

BERICHT

ÜBER DEN

IX. INTERNATIONALEN WOHNUNGSKONGRESS

WIEN, 30. MAI BIS 3. JUNI 1910

HERAUSGEGEBEN VOM
BUREAU DES KONGRESSES

II. TEIL:
ORGANISATION DES KONGRESSES
UND VERHANDLUNGEN



WIEN 1911

VERLAG DER ZENTRALSTELLE FÜR WOHNUNGSREFORM IN ÖSTERREICH

Biblioteka Politechniki Krakowskiej



100000305604

BERICHT

ÜBER DEN

IX. INTERNATIONALEN WOHNUNGSKONGRESS

WIEN, 30. MAI BIS 3. JUNI 1910

HERAUSGEGEBEN VOM

BUREAU DES KONGRESSES

II. TEIL:

ORGANISATION DES KONGRESSES
UND VERHANDLUNGEN



WIEN 1911

VERLAG DER ZENTRALSTELLE FÜR WOHNUNGSREFORM IN ÖSTERREICH



III 307262

III 27/867

Akc. Nr. ~~k-2768~~ 57

DRUCK VON FRIEDRICH JASPER IN WIEN

BRK- 0-262/2018

Inhaltsverzeichnis.

I. Bericht des Kongreßbureaus.

Einleitung	
Anlage 1. Die Kongreßveranstaltungen	21
Anlage 2. Organisations-Statut (Règlement du Congrès — Regulations) . .	38
Anlage 3. Frageprogramm für den Kongreß	45
Anlage 4. Permanentes Komitee der internationalen Wohnungskongresse (Le Comité Permanent des Congrès internationaux d'habitations à bon marché — Permanent Committee of international Housing Congresses) .	48
Anlage 5. Listen der vorbereitenden Komitees	51
Anlage 6. Kongreßleitung	54
Liste der offiziellen Delegierten der Regierungen (Liste des Délégués Officiels des Gouvernements — List of official Delegates of Governments)	55
Liste der Mitglieder und Teilnehmer	59
Anlage 7. Verzeichnis der zur Verteilung gelangten Schriften	125

II. Protokoll der Kongreßverhandlungen.

Eröffnungssitzung.

Montag, den 30. Mai vormittags.

Redner: Exzellenz Dr. Klein (Präsident)	129
Exzellenz Ritt (Minister für öffentliche Arbeiten)	139
Landesausschuß Bielohlawek (Niederösterreich)	142
Bürgermeister Dr. Neumayer (Wien)	143
Hofrat Dr. Maresch (Wien)	144
Ministerialrat Szántó (Ungarn)	145
Direktor M. Lepreux (Belgien)	146
Professor Mahaim (Belgien)	147
Ministerialdirektor Just (Deutsches Reich)	148
M. Risler (Frankreich)	148
Commendatore Magaldi (Italien)	151
Minister a. D. Dr. Lely (Niederlande)	153
Direktor Tolman (Vereinigte Staaten)	153
Rat Wilkins (Großbritannien)	154
Oberregierungsrat Neumann (Deutsches Reich)	155
Dr. von Fürth (Generalsekretär)	156
Exzellenz Dr. Klein	157

IV

Erste Arbeitssitzung.

Montag, den 30. Mai nachmittags.

	Seite
Redner: Exzellenz Dr. Klein, Dr. Moroianu (Rumänien)	158

I. Thema: Welche Schlüsse ergeben sich aus den bisher gewonnenen Erfahrungen für die Entwicklung der kommunalen Wohnungspolitik und in welcher Weise sind ihre Aufgaben zu lösen?

	Seite
Redner: Generalreferat: Oberbürgermeister von Wagner (Ulm)	161
Diskussion: Méville (Berlin), Exzellenz Dr. Klein	175
v. Wagner, Exzellenz Dr. Klein, Méville	176
Marx (Düsseldorf)	177
Dr. Baron Oppenheimer (Wien)	180
Hansson (Christiania)	184
Bellom (Paris)	187
Dr. Baumert (Spandau)	189
Dr. Gargas (Lemberg)	192
Pohlmann-Hohenaspe (Friedrichshöhe bei Detmold)	194
Rey (Paris), Exzellenz Dr. Klein, Bellom (Paris)	198
Dr. v. Fürth, Exzellenz Dr. Klein	199

Zweite Arbeitssitzung.

Dienstag, den 31. Mai vormittags.

Redner: Exzellenz Dr. Klein, Dr. v. Fürth	200
Gretzschel (Darmstadt)	200
Weißborn (Halberstadt)	202
Dr. v. Mangoldt (Frankfurt a. M.)	204
Koska (Berlin), Exzellenz Dr. Klein	208
Dufourmantelle (Paris)	209
Dr. Costinescu (Bukarest)	211
Dr. Ferenczi (Budapest)	212
Schmid (München)	214
Dr. Boldt (Dortmund)	217
Dr. Fuchs (Tübingen)	218
Harford (Liverpool)	220
Lepreux, Velghe (Brüssel)	222
Flusser (Reichenberg)	223
Kohl (Wien)	225
Tellegen (Amsterdam)	226
Bellom (Paris)	229
Gielen (Neuß am Rhein)	229
v. Wagner (Ulm)	231

II. Thema: Die Organisation des Kredites für die gemeinnützige Bautätigkeit.

	Seite
Redner: Generalreferat: Hofrat Dr. Rauchberg (Prag)	233
Dr. Maresch, Lepreux	248

Dritte Arbeitssitzung.

Mittwoch, den 1. Juni vormittags.

	Seite
Redner: Diskussion: Exzellenz Dr. Klein, Dr. v. Fürth	249
Bellom	249
Dr. Kruseman (Amsterdam)	251
Exzellenz Dr. Klein	256
Ferrand (Paris)	257
Exzellenz Dr. Klein	259
Aldridge (Leicester), Exzellenz Dr. Klein	260
Magaldi (Rom)	260
Dr. Baumert	261
Szántó (Budapest)	264
Dr. Příbram (Wien)	266
Dr. Groß (Krakau)	268
Lardeur-Becquerel (Saint-Omer)	269
Dr. Lošťák (Prag)	271
Dr. Ferenczi (Budapest)	274
Dr. Alberti (Wiesbaden)	275
F. Wetzlar (Frankfurt am Main)	276
Lehne (Hamburg)	277
Deroover (Brüssel)	278
Dr. Rauchberg	279
Exzellenz Dr. Klein	282
Exzellenz Dr. Ritter v. Wittek (Wien)	282

III. Thema: Kleinhaus (Cottage) oder Miethaus (Block)?

Redner: Generalreferat: Professor Dr. Fuchs (Tübingen)	285
------------------------------------------------------------------	-----

Vierte Arbeitssitzung.

Donnerstag, den 2. Juni vormittags.

Redner: Exzellenz Dr. Klein, Dr. Fuchs	303
--------------------------------------------------	-----

IV. Thema: Welche Maßregeln empfehlen sich zur Verbilligung der Baukosten für Kleinwohnungen?

	Seite
Redner: Generalreferat: Professor Karl Mayreder (Wien)	303
Diskussion: Exzellenz Dr. Klein	319
Buchholz (Philadelphia)	320
Lepreux, Risler (Paris)	321
Dr. Mayer (Prag)	324
Munthe af Morgenstjerne (Christiania)	326
Aldridge (Leicester)	327
Mahaim (Liège)	327
Exzellenz Dr. Klein, Benoît-Lévy (Paris)	328
Dr. Mildschuh (Prag)	329
Frl. Federn (Wien)	331
Shawcross (Rochdale)	334
Dr. Kampffmeyer (Karlsruhe)	334

VI

	Seite
Redner: Lepreux	337
Schreber (Berlin)	337
Schoener (München)	338
Grünbaum (Prag)	340
Wetzlar (Frankfurt)	341
Exzellenz Dr. Klein, Dr. Ferenczi	342
Dr. Plochl (Graz)	344
Exzellenz Dr. Klein	346
Tippow (Wien)	346
Exzellenz Dr. Klein	347
Schmitz (Neuß am Rhein)	347
Ford (New York)	348
Exzellenz Dr. Klein	349
Dr. Fuchs	349
Exzellenz Dr. Klein	356
Iden (Berlin)	357
Mayreder	357
Exzellenz Dr. Klein, Exzellenz Dr. Lely (Den Haag)	358
Tellegen (Amsterdam)	358
Exzellenz Dr. Klein	359
Lepreux, Exzellenz Dr. Klein	360
Lepreux, Dr. Maresch	366
Velghe, Exzellenz Dr. Klein	367
Rednerliste	368

ORGANISATION DES KONGRESSES
UND VERHANDLUNGEN

I. Bericht des Kongreßbureaus.

Einleitung.

Die internationalen Wohnungskongresse haben von Frankreich ihren Ausgangspunkt genommen. Der I. Internationale Wohnungskongreß fand 1889 in Paris statt; es folgten die Kongresse in Antwerpen 1894, Bordeaux 1895, Brüssel 1897 und gelegentlich der letzten Pariser Weltausstellung 1900 in Paris. Erst der VI. Internationale Wohnungskongreß griff in stärkerem Maße auf die germanischen Länder über und brachte in Düsseldorf im Jahre 1902 insbesondere eine lebhaftete Beteiligung an dem Kongresse und an seinen Arbeiten aus dem Deutschen Reiche. Es folgten Lüttich im Jahre 1905 und London im Jahre 1907. Der Londoner Kongreß betraute das Internationale Permanente Komitee, welchem damals die Staaten Belgien, Deutschland, Frankreich, England, Italien, die Niederlande, Österreich, Schweden, die Schweiz und die Vereinigten Staaten angehörten*), mit der Aufgabe, Ort und Zeit des nächsten Kongresses zu bestimmen.

Dieses Permanente Komitee trat im Februar 1908 in Brüssel zusammen. Die österreichischen Mitglieder hatten hierbei Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß das steigende Interesse, welchem die Fragen der Wohnungspolitik in Österreich begegnen, sich da und dort bereits zu einem praktischen Erfolge verdichtet hatte. Der Boden erscheine daher vorbereitet, auf welchem die Anregungen eines aus den Fachkreisen aller Länder beschickten Kongresses günstige Aufnahme finden können. So ging denn Wien gegenüber Dresden und Rom als Sieger hervor. Die österreichischen Mitglieder des Permanenten Komitees wurden mit der Aufgabe betraut, den Kongreß vorzubereiten und die ersten Einleitungen zur Organisation zu treffen. Es war selbstverständlich, daß sie sich hierbei zuerst mit dem in Österreich bestehenden Zentralorgane, der „Zen-

*) Der IX. Internationale Wohnungskongreß hat Norwegen und Ungarn in die im Internationalen Permanenten Komitee vertretenen Staaten aufgenommen. Das Verzeichnis der Mitglieder dieses Komitees siehe Anlage 4.

tralstelle für Wohnungsreform“ ins Einvernehmen setzten, zumal sie in dem Vorstande dieser Korporation führende Stellungen einnahmen. So bot die „Zentralstelle für Wohnungsreform“ die natürliche Basis zur Bildung eines österreichischen Organisationskomitees.

Gleichzeitig mit der Wahl Wiens zum Kongreßort setzte das Internationale Permanente Komitee auch die Tagesordnung des IX. Internationalen Wohnungskongresses fest, indem es dem Kongresse die Behandlung folgender Themen zur Aufgabe stellte:

I. Welche Schlüsse ergeben sich aus den bisher gewonnenen Erfahrungen für die Entwicklung der kommunalen Wohnungspolitik und in welcher Weise sind ihre Aufgaben zu lösen?

II. Wie ist der Kredit für die gemeinnützige Bautätigkeit zu organisieren?

III. Kleinhaus (Cottage) oder Miethaus (Block)?

IV. Welche Maßregeln empfehlen sich zur Verbilligung der Baukosten für Kleinwohnungen?

Eine Ergänzung sollte die Beantwortung dieser vier auf die Tagesordnung des Kongresses gestellten Fragen durch besondere, für jedes Land zu erstattende Berichte über die Fortschritte der Wohnungsreform während der letzten fünf Jahre erhalten. Diese Berichte sollten die Fortschritte auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung ebenso wie die praktischen Erfolge gemeinnütziger Bautätigkeit darstellen. Von Kongreß zu Kongreß fortgesetzt, werden sie in übersichtlicher Weise über die Entwicklung der Wohnungsreform in allen Ländern fortlaufend orientieren.

Noch vor der Konstituierung des österreichischen Organisationskomitees erachteten es die österreichischen Mitglieder des Permanenten Komitees für notwendig, sich zur Vorbereitung der Kongreßverhandlungen die erforderlichen Referate aus allen Staaten zu sichern. Um die aus den einzelnen Ländern zu jedem Thema zu erstattenden Referate möglichst einheitlich zu gestalten, wurde ein detailliertes Frageprogramm*) ausgearbeitet. Dieses Frageprogramm wurde an die Vertreter der verschiedenen Staaten versendet und um die Bestellung geeigneter Referenten gebeten. Das vorbereitende Komitee glaubte sich hierbei nicht allein auf die im Permanenten Komitee vertretenen Staaten beschränken zu sollen, sondern trat auch mit

*) Siehe Anlage 3.

einer Reihe von anderen Staaten in Verbindung. Als Termin für die Einlieferung der Einzelberichte wurde der Herbst 1909 in Aussicht genommen, damit genügend Zeit bleibe, um für die Drucklegung der Referate zu sorgen.

Es war eine günstige Vorbedeutung für den Kongreß, daß es gelang, den früheren Justizminister Exz. Dr. Franz Klein zur Übernahme des Präsidiums des österreichischen Organisationskomitees zu veranlassen. Das Interesse, welches man in den weitesten Kreisen den mit dem Kongresse verbundenen Bestrebungen entgegenbrachte, fand seinen sprechenden Ausdruck in der Bereitwilligkeit, mit welcher hervorragende Vertreter der Wissenschaft und der Fachkreise der Einladung zum Eintritt in das Komitee Folge leisteten, in der großen Zahl der Delegierten, die von allen beteiligten Ministerien, den Landesausschüssen, den Handels- und Gewerbekammern, der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und mehreren Landeshauptstädten, von Vereinigungen der Architekten, von freien, industriellen und kommerziellen Vereinigungen, von Hausbesitzervereinen in das Komitee entsendet wurden. Selbstverständlich waren auch die bestehenden Wohnungsvereine und Baugenossenschaften, die großen Versicherungsanstalten, Banken, Sparkassen und Industrie-Unternehmungen durch hervorragende Persönlichkeiten in dem Komitee vertreten, das aus 150 Mitgliedern bestand.*)

Die konstituierende Sitzung des österreichischen Organisationskomitees fand am 23. Mai 1909 im Festsale der Wiener Handels- und Gewerbekammer statt. Ein großer Teil der Mitglieder war persönlich erschienen. Exzellenz Dr. Franz Klein, Minister a. D., begrüßte die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er zunächst seinem Danke für die zahlreiche Beteiligung an der Versammlung Ausdruck gab.

„Die Gesamtheit der Beitrittserklärungen,“ so fuhr er fort, „gibt ein gutes Prognostikum für den Kongreß. Je vollständiger das Organisationskomitee die verschiedenen Meinungen, Interessen und Wünsche umfaßt und repräsentiert, die sich in der Wohnungsfrage begegnen, desto besser für die Kongreßverhandlungen und ihre Ergebnisse; denn der Kongreß soll unserer Ansicht nach kein Instrument sein, um gewisse Lieblingsideen aufzudrängen oder ihnen durch seine Approbation höheres An-

*) Die Mitglieder des Organisationskomitees sind in dem Verzeichnisse der Kongreßmitglieder (Anlage 6) durch ein beigefügtes O kenntlich gemacht.

sehen zu geben, als sie verdienen. Wir erwarten uns vielmehr von ihm Förderung nur dadurch, daß sich aus dem Widerstreite der Ansichten offenbart, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln unsere Ziele am sichersten und zweckmäßigsten zu erreichen sind. Der Sieg sozialer Ideen ist von ihrer inneren geschichtlichen Notwendigkeit abhängig. Dieses Notwendige aus dem Wust der Tatsachen und Erscheinungen des heutigen Wohnungswesens herauszufinden und es festzustellen, darauf kommt es an. Einseitigkeit wäre hierbei das größte Hindernis und der größte Fehler.

Die Wohnungsfürsorge ist bloß ein Segment, eine einzelne Seite des sozialpolitischen Problemes der Gegenwart. Trotzdem hat sie in Österreich die Aufmerksamkeit viel später auf sich gezogen als die anderen Teilfragen. Unter den Männern, die in England die ersten Schritte zur Verbesserung der städtischen Wohnungsverhältnisse machten, tritt uns der Name Robert Peels entgegen; in Österreich ist das Arbeiterwohnungsgesetz vom Jahre 1892 das erste Zeichen aufdämmernden Bewußtwerdens der in dieser Hinsicht bestehenden Pflichten und Aufgaben. Das ist die Differenz, der Verlust eines halben Jahrhunderts, und noch dazu eines halben Jahrhunderts, das bekanntlich wie wenige vorher das Weltbild materiell und geistig total verändert hat. Sie wissen übrigens, wie wenig selbst dieses späte Signal beachtet wurde. Von einer wahren Bewegung zugunsten rationeller, systematischer Wohnungsfürsorge kann man bei uns wohl erst seit Gründung der Zentralstelle für Wohnungsreform reden. Diese Schöpfung, das rühmliche, hochverdienstliche Werk von Männern, die wir auch heute mit aufrichtiger Genugtuung in unserer Mitte sehen, ist ein Wendepunkt in der Behandlung der Wohnungsfrage in Österreich. Die Gleichgültigkeit, mit der man früher diese Dinge betrachtete, ist im Schwinden. Man erkennt allmählich, was hier am Spiele steht. Alle maßgebenden öffentlichen Stellen, insbesondere Regierung und Städteverwaltungen, zeigen reges Interesse für das Wohnungswesen und erklären sich zur Hilfe bereit. Doch ungeachtet alles guten Willens, das Versäumte nachzuholen, welcher Abstand gegenüber anderen Staaten! Gar nicht von England zu sprechen, das nicht nur eine wiederholt revidierte und vervollkommnete eingehende Wohnungsgesetzgebung besitzt, sondern auch stolz auf die Tatsache hinweisen kann, daß nach einer Statistik des Jahres 1901 die Durchschnitts-Behausungsziffer 5·2 Bewohner für das

Haus beträgt und daß außerdem diese Ziffer in der überwiegenden Mehrzahl der Städte, ganz besonders aber in den großen Industriestädten, im Sinken begriffen ist. Wir kennen die Schatten, die auf diesem Bilde liegen, aber es zeigt auch unleugbar stark glänzende Lichter! In Paranthesi wäre beizufügen, daß, um mit den Unterlassungssünden der Vergangenheit in diesem Sinne aufzuräumen, an vielen Orten sehr radikal eingegriffen werden mußte. Es war also auch in England, namentlich im Anfange, ein Schwimmen gegen den Strom unter den erschwerendsten Umständen und wir dürfen nicht glauben, daß überall, wo andere Länder Fortschritte aufweisen, dies sich ohne Reibung oder von selbst gemacht habe und bei uns allein die Wohnungsreform auf Schwierigkeiten stoße. Aber auch im Deutschen Reiche und seinen einzelnen Staaten hält man viel weiter als wir, obwohl die legislative und praktische Befassung mit den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter und der minderbemittelten Klassen dort erst in den neunziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts stärker einsetzte. Die Regierung, der ich anzugehören die Ehre hatte, hat in das letzte von ihr eingebrachte Budget einen Kredit von 4 Millionen Kronen zur Bildung eines Fonds eingestellt, der die Förderung der Wohnungsfürsorge für Staatsbeamte zum Zwecke hatte und für Salinenarbeiter wurde zu gleichem Zweck ein Betrag von einer Million Kronen begehrt. Es war dies die erste derartige Widmung aus Staatsmitteln. Im Deutschen Reiche sind dagegen zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches — wie einer dem Reichstage erstatteten Denkschrift zu entnehmen ist — von 1901 bis 1. Jänner 1909 nicht weniger als 33 Millionen Mark zugewiesen worden und das Reich hat aus diesen Krediten 82 gemeinnützige Bauunternehmungen durch Darlehensgewährung unterstützt. Von den aus Reichsmitteln unterstützten gemeinnützigen Unternehmungen wurden 1619 Wohngebäude mit 7856 Wohnungen errichtet und 164 Häuser mit 917 Wohnungen sind in Bau. Unter dem Einflusse dieser Aktion mehren sich natürlich auch die Baugenossenschaften: Im Jahre 1889 zählte man 38, im Jahre 1907 747 solcher Genossenschaften. Wir sind an positiven Errungenschaften nicht ganz so arm, als man es nach einem jüngst erschienenen staatswissenschaftlichen Nachschlagebuch annehmen müßte, das unter den Leistungen der Wohnungsfürsorge in Österreich neben dem Bau von Arbeiter-

häusern durch die Unfallversicherungsanstalten nur den öffentlichen Wohnungsnachweis in einigen Städten und die Gründung der Zentralstelle anzuführen weiß. Aber das ist gewiß: Wir haben zu lange gezögert und wir müssen nun trachten, um jeden Preis vorwärts zu kommen.

Bei dieser Sachlage kann der Plan, den nächsten internationalen Wohnungskongreß in Wien abzuhalten, nicht warm genug begrüßt werden. Gerade in dem Stadium des Erwachens und Besinnens, in dem wir uns befinden, ist es eine außerordentlich glückliche Fügung. Der Kongreß kann uns keine Arbeit abnehmen, er wirft uns nicht reife Früchte in den Schoß, aber er wird voraussichtlich beitragen, unseren Bestrebungen die Bahn zu ebnen und den Boden für die Ideen der Wohnungsreform und für die ihr dienenden Vorschläge und Anregungen aufnahmefähiger zu machen. Lange hat der Mensch seine Wohnstätte nach seinen ethnologischen Anlagen und seinen äußeren und inneren Bedürfnissen gestaltet; in der Bauweise prägte sich sein Wesen aus. Heute modelt im Gegenteil in Millionen Fällen das Haus, die Wohnung den Menschen, bestimmt seinen Charakter, seine Anschauungen, sein Schicksal. Diese folgenschwere Wendung hängt zweifellos mit ökonomischen Vorgängen, mit Verschiebungen in den Produktionsverhältnissen und mit der steigenden Bedeutung des Kapitalfaktors in der Volkswirtschaft zusammen. Aber sie hätte vielleicht doch nicht so unbeschränkt triumphieren, so unerträgliche Konsequenzen zeitigen müssen. Die Empfindung mangelt nicht, daß sich da ein verhängnisvoller Prozeß vollziehe, etwas, das den natürlichen Wohlfahrtsbedingungen nicht durchaus kongruent und der Persönlichkeit geradezu feind sei. Das sagt schon schlicht und urwüchsig der Spruch auf einem Tiroler Bauernhause:

Ein Mann, der muß wohnen
 In and'rer Leut' Häuser,
 Der ist ärmer
 Als ein Kardäuser.

Aber widerstandslos, lautlos ertrug man Jahrzehnte hindurch die fortwährende Verschlimmerung der Wohnungsverhältnisse; man nahm es wie etwas Unvermeidliches hin und überlegte kaum, ob es wirklich in allem und jedem so sein müsse. Zugegeben, daß der Geist dieser Periode an diesem unbegreiflichen Gewährenlassen und Preisgeben viel schuld ist, unsere

Zeit ist von einem anderen Geiste erfüllt. Der Tatkraft und Schaffenslust sind Vorbilder geboten, um die Entwicklung des Wohnungswesens in richtigere Bahnen zu leiten. Nun heißt es, die Rechts- und Verwaltungseinrichtungen, die sich so schlecht bewährt, Stück für Stück durch andere zu ersetzen, die öffentlichen Kontrollen auszudehnen, der Bautätigkeit administrativ, technisch und steuerrechtlich den Rückfall in die bisherigen Mißstände zu verschließen und die Bau- und Wohnungspolitik durch eine gute Boden- und lokale Verkehrspolitik zu stützen. Das werden uns die Kongreßverhandlungen wesentlich erleichtern, denn sie werden zeigen, was anderwärts bereits getan wurde, man wird hören, daß, wie und aus welchen Ursachen Verbesserungen Platz gegriffen haben, man wird die heimischen Zustände damit vergleichen können, und alles das wird über die unmittelbar verhandelten Themen hinaus aufklärend, befruchtend und ermutigend wirken. Um so mehr, als aus den Debatten auch hervorgehen wird, daß es sich in der Wohnungsfrage im wesentlichen um internationale, gleichartige Bedürfnisse handelt und daß sowohl über die Notwendigkeit der Abhilfe, wie auch betreffs der hierzu geeigneten Mittel überall ziemlich ähnliche Anschauungen herrschen, weil die Auswahl unter den Formen und Maßregeln einer volkstümlichen Boden- und Wohnungspolitik keine allzu große ist. Und durch die Summe dieser Kriterien wird sich schließlich auch dem mindergeübten Auge die Wohnungsreform als fundamentale Kulturfrage enthüllen, deren Perspektiven sich täglich erweitern und vertiefen und von der sich fernzuhalten für ein Gemeinwesen, das als Kulturmacht gelten will und auf Zukunft rechnet, einfach ausgeschlossen ist. Nur ein kleines Beispiel, welche Tragweite man diesem Problem heute schon beimißt. Als ein wissenschaftliches Meeting in den Vereinigten Staaten vor kurzem die Frage des Race Improvement verhandelte, galt es von vorneherein als ausgemacht, daß wegen der Abhängigkeit der Rassenverbesserung vom Wohnen und der baulichen Umgebung der Bevölkerung auch diese Dinge behufs einer befriedigenden Antwort diskutiert werden müssen.

Es beruht tatsächlich auf dem unser Denken heute beherrschenden Evolutionsprinzip, daß uns nicht bloß das Spekulieren über Zukünftiges näher liegt, sondern daß wir auch die Motive unseres Handelns mit Vorliebe der Zukunft entnehmen, sie eher in Wirkungen, die später einmal eintreten

werden, als in der Rücksicht auf Gegenwärtiges suchen. Die Sorge für die, welche kommen, ist oft ein zwingenderer Antrieb als die Sorge um die, welche da sind. Fast alle unsere hygienischen, sittlichen, erzieherischen und sozialpolitischen Zukunftssorgen, welche die Programme moderner gesellschaftlicher Bestrebungen bilden, laufen in der Wohnungsreform zusammen; kaum eine, für welche die Wohnungsfrage nicht irgendwie von Belang wäre. Das stellt die Wohnungsreform in die vorderste Reihe dieser Bestrebungen und macht sie sozusagen zum Schlüssel jeder demokratischen Kulturpolitik. Daran zu mahnen, empfiehlt sich, damit man nicht vergißt, wo für die meisten sozialen Reformbestrebungen der feste Punkt ist, an dem der Hebel angesetzt werden muß, und damit der Wohnungsreform vielleicht auch die Kräfte und die Begeisterung derjenigen zufließen, die weitergehende Ziele vor Augen, leicht in die Gefahr geraten, das Wohnungswesen und seine Wichtigkeit zu übersehen. Unser Kongreß sollte sie alle vereinigen, und es wäre der schönste sachliche Erfolg, wenn unsere Gäste wenigstens den Eindruck empfangen würden, daß die für die Verbesserung der Wohnverhältnisse direkt oder indirekt Verantwortlichen, Länder und Kommunen, gesellschaftliche und individuelle Tätigkeit, jedes in der ihm offenstehenden und ihm zukommenden Sphäre ihre Aufgabe ernst nehmen und eifrig Hand anlegen wollen, eingedenk der Worte Fichtes, daß die Hoffnung einer besseren Zukunft nur auf das gegründet werden kann, was man selbst für die Entwicklung einer Zukunft in die Gegenwart zu legen vermag.

Der Wiener Wohnungskongreß des nächsten Jahres darf hinter seinen Vorgängern in keiner Weise zurückstehen. Die fremden Kongreßmitglieder sollen sich während des Aufenthaltes in unserer Stadt wohl und behaglich fühlen, und wer beim Kongreß war, soll sich sagen können, daß dies sich gelohnt habe und er manche Bereicherung seines Wissens oder doch neue Impulse zum Nachdenken oder Handeln heimtrage. Die Stimmung, die man unserem Kongreß in den leitenden Kreisen entgegenbringt, ist — wie ich dankbarst anerkennen muß — eine freundliche und wohlwollende. Die Österreicher sind in derlei Versammlungen als belebendes Element gerne gesehen; Wien hat sich als Kongreßstadt schon einen guten Namen erworben. Die Auspizien sind also ziemlich günstig und ich hege die Zuversicht, daß es unseren vereinten Bemühungen gelingen wird, diesen günstigen Voraussetzungen ein Resultat

abzugewinnen, mit dem wir und die Kongreßteilnehmer zufrieden sein können! Ich bitte Sie nochmals um einträchtiges, ausdauerndes Zusammenwirken an dem Werke, zu dem wir jetzt vertrauensvoll den Grundstein legen wollen.“

Hierauf erstattete der geschäftsführende Sekretär des Kongresses Kammerkonsulent Dr. Hermann von Sauter namens des vorbereitenden Komitees einen Bericht über die bisherigen Vorarbeiten, in welchem er unter anderem ausführte, daß als Kongreßbeginn Montag, der 30. Mai 1910 in Aussicht genommen sei, daß im Zusammenhange mit dem Kongresse eine Ausstellung von Mustertypen und Plänen von Kleinwohnungsbauten stattfinden solle und daß durch das Entgegenkommen der Regierung die finanzielle Durchführung des Kongresses wesentlich gefördert worden sei.

Als Kongreßbeitrag schlug er namens des vorbereitenden Komitees 20 Kronen, beziehungsweise 20 Francs, 16 Shilling, 16 Mark vor, für Delegierte von Angestellten-Organisationen sollte hierbei eine Erleichterung in Aussicht genommen werden.*)

Hierauf skizzierte der mit der Vorbereitung der Kongreßreferate betraute Sekretär Privatdocent Dr. Karl Příbram den Inhalt der auf die Tagesordnung des Kongresses gestellten Verhandlungsgegenstände und gab einen Überblick über die zur Gewinnung der Referate bereits geleisteten Vorarbeiten.

Über diesen Bericht entspann sich eine lebhafte Debatte, da von verschiedenen Seiten eine Erweiterung der Kongreßthemen gefordert wurde. In Erwiderung auf diese Anträge wiesen die Mitglieder des vorbereitenden Komitees darauf hin, daß es unerlässlich sei, die Verhandlungen des Kongresses auf einige wenige, bestimmt abgegrenzte Probleme zu beschränken, daß die Feststellung der Kongreßthemen auf internationaler

*) Es wurden sodann bei dem Kongresse Mitglieder, Teilnehmer und Subskribenten unterschieden. Die Mitglieder zahlten den Beitrag von 20 Kronen = 16 Mark = 20 Francs = 16 Shilling, hatten das Recht, an allen Verhandlungen und Veranstaltungen teilzunehmen, und Anspruch auf alle Kongreßschriften.

Für Vertreter von Arbeiterorganisationen und gemeinnützigen Baugenossenschaften wurde der Mitgliedsbeitrag auf die Hälfte herabgesetzt.

Die Teilnehmer (Familienangehörige der Mitglieder; Beitrag 10 Kronen = 8 Mark = 10 Francs = 8 Shilling) besaßen das Recht, an allen Verhandlungen und Veranstaltungen teilzunehmen, hatten jedoch auf den Bezug der Kongreßschriften keinen Anspruch.

Die Subskribenten (Beitrag 12 Kronen = 10 Mark = 12 Francs = 10 Shilling) sollen nach dem Kongresse alle Referate und Protokolle erhalten.

Vereinbarung beruhe, die Aufnahme neuer Verhandlungsgegenstände daher nicht wohl möglich sei.

Im Anschlusse an die Konstituierung der Versammlung als „Österreichisches Organisationskomitee des IX. Internationalen Wohnungskongresses Wien, Mai 1910“ erfolgte die Wahl des Vorsitzenden, Exzellenz Dr. Franz Klein zum Präsidenten, ferner wurde die Wahl von fünf Vizepräsidenten des Organisationskomitees sowie eines Exekutivkomitees, eines Ausstellungskomitees und eines Finanzkomitees vorgenommen. Das Exekutivkomitee sollte gleichzeitig als Lokalkomitee fungieren.*)

Im Anschlusse an die Sitzung konstituierte sich das Exekutivkomitee und wählte Exzellenz Dr. Klein zum Vorsitzenden, Hofrat Dr. Maresch zum Stellvertreter des Vorsitzenden und Hof- und Gerichtsadvokat Dr. von Fürth zum Generalsekretär.

In der Durchführung seiner umfangreichen Aufgaben wurde das Exekutivkomitee von den beiden Kongreßsekretären Privatdozent Dr. Karl Příbram und Handelskammerkonsulent Dr. Hermann von Sauter unterstützt. Als Herr Dr. von Sauter im Dezember 1909 mit der Einrichtung der bosnisch-herzegowinischen Kammer in Sarajevo betraut wurde, übernahm Herr Handelskammerkonzipist Dr. Emil Perels seine Funktionen. Die Aufteilung der Geschäfte erfolgte in der Weise, daß Dr. Příbram vor allem der wissenschaftlichen, Dr. Perels der administrativen Vorbereitung des Kongresses ihre Aufmerksamkeit zuwandten, eine Zweiteilung, welche sich trefflich bewährte.

Wie bereits oben erwähnt, war das Exekutivkomitee mit der Bitte wegen der Erstattung von Referaten zu den einzelnen Kongreßthemen mit hervorragenden Fachleuten der am Kongresse beteiligten Staaten in Fühlung getreten. Der erste Band der vorliegenden Publikation ist ein sprechender Beweis für die Fülle von Referaten, die dem Exekutivkomitee in der Folge zur Verfügung gestellt wurden.

Es sind dies im ganzen 54 Berichte mit Leitsätzen. Hier von entfallen auf Thema I 8 Berichte, auf Thema II 10 Berichte, auf Thema III 9 Berichte, auf Thema IV 10 Berichte, auf Thema V 17 Berichte.

Nach Ländern verteilt entfielen von den Referaten auf Belgien drei (zu drei Themen), Bulgarien eines, Dänemark

*) Das Verzeichnis der gewählten Funktionäre und Komitees, siehe Anlage 5.

eines, Deutsches Reich sieben (zu fünf Themen), Finnland und Frankreich je vier (zu vier Themen), Großbritannien vier (zu zwei Themen), Italien zwei (zu zwei Themen), Niederlande fünf (zu fünf Themen), Österreich sieben (zu fünf Themen), Rumänien, Schweden und Schweiz je eines, Ungarn vier (zu vier Themen), Vereinigte Staaten von Amerika neun (zu vier Themen).

Die Drucklegung der Referate wurde, nachdem sich das Exekutivkomitee von mehreren Druckereien Wiens Offerte eingeholt hatte, der Firma Friedrich Jasper übertragen, während die administrativen Drucksachen der Firma Karl Brakl übergeben wurden. Die Anforderungen, welche an die Leistungsfähigkeit dieser Firmen gestellt wurden, steigerten sich in den letzten Wochen vor Beginn des Kongresses sehr bedeutend, da begreiflicherweise die Mehrzahl der Referate erst knapp vor dem Kongresse einlangte und das Exekutivkomitee den größten Wert darauf legte, alle Referate noch während der Tagung des Kongresses gedruckt zur Verteilung zu bringen. Da es sich in Anbetracht der großen Zahl und des bedeutenden Umfanges der Referate als unmöglich erwies, sämtliche Referate vollinhaltlich in allen Kongreßsprachen zu veröffentlichen, wurde der Ausweg gewählt, jedes Referat nur in seiner Originalsprache abzudrucken und von jedem Referenten eine kurze zusammenfassende Übersicht der Ergebnisse seiner Ausführungen zu erbitten. Diese „Leitsätze“ wurden neben den Referaten, in deutscher, französischer und englischer Sprache gedruckt, zur Verteilung gebracht.*)

Bei der Anfertigung der Übersetzungen ins Englische und Französische wurde das Exekutivkomitee in dankenswerter Weise von Herrn Universitätsdozent Dr. F. H. Pughe (Wien) und Herrn M. Courtial (Wien) unterstützt. Wer jemals den Versuch gemacht hat, Fachausdrücke in fremde Sprachen zu übersetzen, wird die Versicherung nicht übertrieben finden, daß manchmal die sinngemäße Übertragung eines Satzes in eine andere Sprache erst nach stundenlanger Besprechung gelang.

War der Gang der wissenschaftlichen Vorbereitung des Kongresses von vornherein ein fest bestimmter, so erforderte

*) Das Italienische wurde zwar ebenfalls unter die offiziellen Kongreßsprachen aufgenommen (Statut des Kongresses, Anlage 2), doch verzichteten behufs Erleichterung der Drucklegung in entgegenkommender Weise die italienischen Delegierten auf die Übersetzung der Kongreßschriften in ihre Sprache.

die administrative Durchführung ständig neue Beratungen und Beschlußfassungen des Exekutivkomitees, da jeden Tag neue Fragen auftauchten und, oft sehr dringend, eine Erledigung erheischten. Das Kongreßpräsidium hielt daher vom Monate Januar an mehrmals wöchentlich interne Besprechungen ab, deren Ergebnisse dem Exekutivkomitee zur definitiven Entscheidung unterbreitet wurden.

Unvorhergesehene Schwierigkeiten ergaben sich vor allem dadurch, daß die Zahl der Mitglieder, die nach den Erfahrungen früherer internationaler Wohnungskongresse anfänglich auf 600—700 geschätzt worden war, in den letzten Wochen vor Beginn des Kongresses in ungeahnter Weise auf das Doppelte stieg und mancherlei Änderungen in den bereits getroffenen Dispositionen erforderte. Nicht wenig mochte zu diesem großen Erfolge der Umstand beigetragen haben, daß das Exekutivkomitee nicht weniger als 15.000 Einladungen zur Beteiligung an dem Kongresse zur Aussendung brachte und bei dieser Propagandatätigkeit nicht nur von den in Österreich wie im Auslande bereits bestehenden Organisationen der Wohnungsreform, sondern auch von zahlreichen staatlichen und autonomen Organisationen auf das lebhafteste unterstützt wurde.

Besonderes Gewicht legte das Exekutivkomitee auf die Beteiligung der Regierungen, Städteverwaltungen und gemeinnützigen Bauvereine durch offizielle Delegierte. Die Einladungen an die ausländischen Regierungen erfolgte üblicherweise durch Vermittlung des k. u. k. Ministeriums des Äußern.

Die Tabelle auf Seite 13 gibt eine Übersicht über die Verteilung der Mitglieder (1200), Teilnehmer (129) und Subskribenten (263) des Kongresses nach Staaten geordnet.

Die schwierige Frage der Sicherstellung geeigneter Räume für die Abhaltung des Kongresses wurde durch das außerordentliche Entgegenkommen des Kuratoriums des k. k. Österreichischen Museums für Kunst und Industrie und des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten in glücklicher Weise gelöst. Die geschmackvollen Räume des Österreichischen Museums für Kunst und Industrie, in welchem auch die anlässlich des Kongresses veranstaltete Ausstellung von Mustertypen und Plänen von Kleinwohnungsbauten ihren Platz fand, bildeten einen stimmungsvollen Rahmen für die ernstesten Fragen, welche auf dem Kongresse zur Verhandlung gelangten. Die opferwillige Liebenswürdigkeit, welche der Direktor des Museums,

	Mitglieder und Teilnehmer	Subskribenten
Österreich (Wien 475) } » (übriges 317) }	792	81
Ungarn	60	4
Deutsches Reich	191	54
Großbritannien	90	—
Belgien	38	17
Frankreich	34	11
Amerika	32	63
Italien	28	3
Niederlande	24	13
Finnland	8	3
Rumänien	8	1
Schweiz	6	5
Schweden	6	1
Norwegen	3	1
Bulgarien	3	1
Rußland	2	2
Dänemark	2	3
Serbien	1	—
Japan	1	—
	1329*)	263

Regierungsrat Dr. Leisching, dem Exekutivkomitee des Kongresses bewies, ging über das Maß gewöhnlicher Gastfreundschaft weit hinaus.

Verursachte die große Zahl der Kongreßteilnehmer auf der einen Seite größere Kosten, so stärkte sie anderseits die finanzielle Grundlage des Kongresses, die übrigens dank dem Entgegenkommen der Regierung, des Landesausschusses von Niederösterreich, der Stadt Wien, der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, hervorragender Wiener Kreditinstitute und einzelner Persönlichkeiten aus industriellen Kreisen bald gesichert war.**)

*) Vgl. die vollständige Liste der Mitglieder und der offiziellen Delegierten in Anlage 6.

**) Die Kreditinstitute, denen das Organisationskomitee für die Gewährung von Subventionen zu größtem Dank verpflichtet ist, sind: K. k. priv. allgemeine österreichische Bodenkreditanstalt, K. k. priv. österreichische Länderbank, Wiener Bankverein, Unionbank, Anglo-österreichische Bank, K. k. priv. Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, Erste österreichische Sparkasse, S. M. von Rothschild. Ferner gewährten in freigebigster Weise Subventionen: Lokomotivfabrik Kraus & Co., A.-G..

Die finanzielle Gebarung des Kongresses lag in den Händen des Finanzausschusses, der zu seinem Vorsitzenden Herrn Julius Herz, Gouverneur-Stellvertreter der k. k. privilegierten allgemeinen österreichischen Bodenkreditanstalt, und zu seinem Schatzmeister Herrn Kommerzialrat Otto Kanitz wählte.

Das verhältnismäßig große Budget des Kongresses erscheint dadurch gerechtfertigt, daß das Exekutivkomitee bestrebt war, den Kongreßgästen ihren Aufenthalt in Wien möglichst angenehm und anregend zu gestalten, daß ferner die mit dem Kongresse verbundene Ausstellung bedeutende Aufwendungen erheischte. Dank der werktätigen Unterstützung des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten, der Gemeinde Wien, des niederösterreichischen Landesausschusses, der Kaiser Franz Josef I.-Jubiläumstiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrts-einrichtungen, der Generalintendanz der beiden Hoftheater, wie der Wiener Privattheater, endlich der Leitung der Jagdausstellung gelang es, ein sehr reichhaltiges Programm verschiedenartiger festlicher Veranstaltungen zu entwerfen. *) Bei diesen Vorbereitungen stand dem Präsidium des Kongresses ein aus den Vertretern verschiedener lokaler Verbände zusammengesetzter Ortsausschuß **) zur Seite, der unter dem Vorsitz des Herrn Truchseß Oskar Edlen von Hoefft seine Sitzungen abhielt.

Ein Damenkomitee, dessen Leitung Frau Hofrat Karoline Maresch-Arthaber zu übernehmen die Liebenswürdigkeit hatte, unterzog sich der dankenswerten Aufgabe, den Damen der auswärtigen Kongreßmitglieder während ihres Wiener Aufenthaltes, eine sachkundige Führung durch die Kunststätten Wiens zu bieten. **)

Linz, Krainische Industriegesellschaft »Aßlinghütte«, A. E. G., Union-Elektrizitätsgesellschaft, Wien, Veitscher Magnesitwerke A.-G., »Kosmos«, vereinigte Textil- und Druckfabriken, Erste österreichische Jutespinnerei und Weberei, Wien, Österreichische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, Wien, Österreichische Waffenfabriks-gesellschaft Steyr, Rossitzer Bergbaugesellschaft Wien, Wiener Lokomotivfabriks-A.-G., Österreichische Textilwerke A.-G., vorm. I. Mautner & Sohn, Wien, A.-G. für Mineralölindustrie vorm. David Fanto & Co., Wien, Österreichisch-ungarischer Verband der Privatversicherungs-Anstalten, Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, Vogel & Noot, Union-Baumaterialiengesellschaft, Kabelfabrik und Draht-industrie, Skoda-Werke, A.-G., Gebr. Böhler & Co., Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke A.-G., Schöllner & Co., Dr. Felix Freiherr von Oppenheimer.

*) Vgl. den Bericht über die Kongreßveranstaltungen (Anlage 1).

**) Vgl. Anlage 5.

Die Durchführung der anlässlich des Kongresses veranstalteten Ausstellung von Plänen und Modellen gemeinnütziger Wohnungsanlagen war einem eigenen Ausstellungskomitee*) überantwortet, welches sich unter dem Vorsitze des Herrn Professors Karl Mayröder konstituiert hatte. Mit der technischen Durchführung der Ausstellung war Herr Architekt Siegfried Sitte betraut. Die Ausstellung war in der Zeit vom 12. Mai bis 26. Juni 1910 allgemein zugänglich und begegnete dem regsten Interesse sowohl bei den Kongreßteilnehmern als auch im Publikum. Die Ausstellung war von 88 Korporationen und Einzelpersonen besichtigt, und zwar aus Amerika (1), Dänemark (1), Deutschland (33), England (1), Frankreich (1), Holland (1), Italien (5), Österreich (45). Durch 32 Modelle und etwas über 1000 Pläne und Photographien waren rund 150 gemeinnützige Bauanlagen von bescheidenen Hausgruppen bis zu großen Gartenstädten vorgeführt. Der gedruckte Führer durch die Ausstellung enthielt ausführliche Mitteilungen über die Tätigkeit der einzelnen Baugenossenschaften, Geldbeschaffung, Baukosten u. dgl., so daß er von bleibendem Werte sein dürfte.

Die österreichische Abteilung der Ausstellung enthielt naturgemäß fast alle hier bekannten gemeinnützigen und industriellen Wohnungsanlagen sowie viele Projekte, die erst im Entstehen begriffen sind. Bemerkenswert waren die leider noch zu wenig publizierten Anlagen der Metallwarenfabrik von Artur Krupp in Berndorf, der Plan zu dem Wald- und Wiesengürtel für Wien, das schöne Modell der Kolonie der Baugesellschaft für Arbeiterwohnungen in Wiener-Neustadt (Architekt Professor Leopold Simony), die durch ihre Gediegenheit in wirtschaftlicher und technischer Beziehung hervorragenden Schöpfungen der Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen; in künstlerisch architektonischer Beziehung ragten besonders hervor die durch prachtvolle Photographien vorgeführten Arbeiterhäuser der Kolonie Waldhügel der Firma Mandl in Mastig, Böhmen (Architekt A. Grothe, Dresden); eine besondere Gruppe bildeten die preisgekrönten und angekauften Entwürfe eines von der Zentralstelle für Wohnungsreform mit Unterstützung des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten veranstalteten Wettbewerbes für Kleinwohnungsbauten, in welchen manche wertvolle

*) Vgl. Anlage 5.

Gedanken enthalten sind, die nur von dem Alldrucke veralteter Bauordnungen und Anschauungen befreit werden müßten, um zu voller Entwicklung zu gelangen. Außerdem zeigte die österreichische Abteilung leider — und dies müssen wir Österreicher uns vor allem selbst einbekennen — einige Beispiele, welche in jeder Hinsicht als verfehlt zu bezeichnen sind; es ist zu hoffen, daß die Ausstellung zur Vermeidung solcher Fehler beigetragen hat.

Die aus Deutschland vorgeführten Beispiele überragten nach Menge und Güte alle übrigen Abteilungen der Ausstellung. Schon die zwölf Gruppen, welche unter Führung des bayerischen Landesvereines zur Förderung des Wohnungswesens ausgestellt waren, enthielten eine Fülle von in praktischer und künstlerischer Hinsicht vollendeten Objekten, unter welchen alle Wohnungstypen vom einfachsten eingeschossigen Landhause bis zum mehrgeschossigen Großstadthause vertreten waren. Das schönste Stück der Ausstellung bildete die durch ein Modell, viele Photographien, Gemälde und Pläne dargestellte Arbeitergartenstadt der Firma Ulrich Gminder bei Reutlingen (Württemberg), welche nach den einheitlichen Entwürfen von Architekt Theodor Fischer und unter der wirtschaftlichen Leitung des Direktors Khun stets ein Denkmal wirklich reformatorischer Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge bleiben wird. Die Gußstahlfabrik Friedrich Krupp in Essen an der Ruhr brachte die Lagepläne von sechs großen Kolonien. Die beigegebenen Photographien zeigten, wie das unter der Leitung des Architekten Schmohl stehende Baubureau mit der aufstrebenden Richtung der deutschen Baukunst gleichen Schritt hält. Von den übrigen Gruppen der deutschen Abteilung seien noch besonders erwähnt: das Muster städtischer Wohnungsfürsorge und zielbewußter Bodenpolitik, vorgeführt durch zwei Lagepläne und zahlreiche Einzeldarstellungen von der Stadtgemeinde Ulm; die malerischen Plan- und Modellentwürfe des hessischen Zentralvereines; die für großstädtische Verhältnisse mustergültigen Anlagen des Berliner Beamten-Wohnungsvereines (Architekt Paul Mebes), desgleichen eine Ansiedelung des Berliner Spar- und Bauvereines. Die Deutsche Gartenstadtgesellschaft brachte eine große Sammlung schöner Photographien aus englischen Gartenstädten, welche eine wertvolle Ergänzung der aus England selbst zur Verfügung gestellten Pläne der Gartenstädte Hampstead, Letchworth und Earswick

(Architekten Parker und Unwin) bildeten. Sehr umfangreich war auch die Beschickung der Ausstellung von Italien, insbesondere aus Rom, Mailand und Venedig; bei den Anlagen der letztgenannten Stadt ist der gute Anschluß an die bodenständige Bauweise lobend hervorzuheben. Frankreich war durch einige sehr sorgfältig zusammengestellte Tableaus der Fondation Rothschild in Paris vertreten. In den Photographien amerikanischer Wohnungsanlagen war besonders die praktische Anordnung von Vorgärten ohne schwerfällige Einfriedungen zu beachten. Dänemark zeigte seine mit dem Baugedanken engverknüpfte Organisation der sogenannten Hundertmannvereine.

Gleichzeitig mit dieser Ausstellung befanden sich in den Parterreräumen des k. k. österreichischen Museums für Kunst und Industrie zwei weitere inhaltlich verwandte Ausstellungen. Die eine derselben zeigte in 179 mustergültig dargestellten Plänen das Projekt zu der Gartenstadt München-Perlach von den Architekten Berlepsch-Valendas und Hansen (München). Das Projekt erstreckt sich auf ein Gebiet von zirka 200 ha und würde zur Ansiedlung von etwa 30.000 Menschen in weiträumiger Bauweise genügen. Die Pläne zeigten die praktisch und künstlerisch wohl durchdachte Aufteilung, Straßenführung, Platzbildung, Blockbildung, ferner verschiedene Typen von Wohngebäuden, hauptsächlich Reihen-, Doppel- und auch freistehende Einfamilienhäuser; außerdem waren Beispiele von Inneneinrichtungen dargestellt, welche für die Gestaltung der Wohnräume und der Gebäude maßgebend waren.

Die andere Ausstellung enthielt ausgeführte Einrichtungen von Kleinwohnungen, welche auf Grund einer vom Kuratorium des Museums veranstalteten und aus den Mitteln des Hoftiteltaxfonds bestrittenen Konkurrenz eingelangt sind; es waren fünf Arbeiten für Wohnungstyp I, bestehend aus Zimmer, Kabinett, Küche oder Wohnküche, eventuell Vorraum zu den Höchstkosten von 900 Kronen und vier Arbeiten für Wohnungstyp II, bestehend aus Zimmer und Küche oder Wohnküche zu dem Höchstbetrage von 600 Kronen. Die Preis-träger mußten sich verpflichten, im Laufe von zwei Jahren Bestellungen bis zu 50 Exemplaren zu gleichem Preise und gleicher Qualität zu übernehmen. Sechs Preise im Betrage von je 500 bis 2500 Kronen wurden verteilt. Die Teilnehmer an dem Wettbewerb waren verhalten, die Wohnungen, für

welche sie die Einrichtungen lieferten, in Naturgröße samt Türen, Fenster, Öfen und Bemalung im Modell aufzustellen, so daß diese Ausstellung sich als zugkräftiger Bestandteil in das Gesamtbild der anlässlich des Kongresses aufgestellten Objekte eingliederte.

Für das Zustandekommen der Ausstellung, welche den propagandistischen Zweck des Wohnungskongresses kräftigst unterstützte, ist neben vielen anderen zu danken den Herren Regierungsrat Dr. Leisching (Wien), Architekt Berlepsch-Valendas (München), Architekt P. A. Hansen (München), Professor Dr. H. Albrecht (Berlin), Commendatore V. Magaldi (Rom) usw.

Das lebensvolle Bild, das die Ausstellung von den Bestrebungen bot, dem Kleinwohnungsbau in Österreich einen fruchtbaren Boden zu schaffen, erhielt eine wertvolle Ergänzung durch zahlreiche Publikationen, welche von verschiedenen Behörden und privaten Vereinigungen dem Kongreßpräsidium zur Verteilung an die Mitglieder zur Verfügung gestellt wurden.*)

Die Durchführung aller laufenden Arbeiten des Kongresses war wesentlich dadurch erleichtert, daß dem Exekutivkomitee das Bureau der Zentralstelle für Wohnungsreform mit seinen beiden ständigen Kanzleikräften zur Verfügung stand. Mit dem Anwachsen der umfangreichen Agenden wurde das Personal allmählich in den Monaten April bis Mai auf drei männliche und zwei weibliche Hilfskräfte vermehrt. Während der Kongreßtage wurden überdies noch weitere Personen zur Verteilung von Druckschriften, Erteilung von Auskünften, Ausgabe von Mitgliedskarten, Wohnungsvermittlung usw. herangezogen, so daß 22 Bureaukräfte zur Verfügung standen. Um eine Vorstellung von der Größe der Korrespondenz zu geben, sei angeführt, daß bei einem Einlauf von 1300 Geschäftsstücken (die Anmeldungen nicht eingerechnet) bis zu Beginn des Kongresses (wovon auf den Monat Mai allein 470 entfielen) die Zahl der Expeditionen 15.900 Stück umfaßte.

Von den Kongreßverhandlungen selbst gibt das vorliegende Protokoll ein vollständiges Bild. Es sei nur bemerkt, daß sämtliche mündliche Generalreferate und die bei der Diskussion gehaltenen Reden in den Sitzungen auszugsweise übersetzt wurden. Für die französische Sprache unterzog sich die-

*) Vgl. Anlage 7, Liste der Druckschriften, welche zur Verteilung gebracht wurden.

ser Aufgabe Herr Maurice Bellom, Professeur à l'École Supérieure des Mines (Paris), für die englische Herr Professor Dr. Karl Johannes Fuchs aus Tübingen, die sich damit den größten Dank des Kongresses sicherten.

Über die Verteilung der Beratungen und der verschiedenen Veranstaltungen, mit denen die Nachmittage und Abende der Kongreßtage ausgefüllt wurden, gibt der ausführliche Bericht über die Kongreßveranstaltungen (Anlage 1) nähere Mitteilung.

Allen jenen Faktoren, welche das Organisationskomitee bei der Durchführung des Kongresses in liberalster Weise unterstützten, muß es eine besondere Genugtuung bieten, daß auch der IX. Internationale Wohnungskongreß wesentlich dazu beigetragen hat, den Ruf Wiens als Kongreßstadt zu bewähren und zu festigen.

Am Schlusse des Kongresses konnte das österreichische Exekutivkomitee mit Befriedigung auf das Ergebnis seiner Arbeit zurückblicken. Was noch zu tun war, bot verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten. Die Rechnungen mußten zum Abschlusse gebracht und die Drucklegung der Kongreßverhandlungen besorgt werden.

Indem die Kongreßverhandlungen hiermit der Öffentlichkeit übergeben werden, erfüllt das Organisationskomitee seine letzte Pflicht gegenüber den Mitgliedern des Kongresses. Wenn die Wahl Wiens als Kongreßort von Anfang an durch die Erwägung bestimmt wurde, daß der Gedanke der Wohnungsreform in Österreich durch den eindrucksvollen Verlauf der Tagung eine kräftige Unterstützung finden werde, so hat diese Hoffnung nicht getäuscht. Schon wenige Monate nach dem Kongresse haben die beiden Häuser des Reichsrates mit einer auch in wirtschaftlichen Fragen seltenen Einmütigkeit ein Gesetz votiert, das einen staatlichen Wohnungsfürsorgefonds in der Höhe von 25 Millionen Kronen ins Leben ruft. Dieser Fonds ist in erster Linie dazu bestimmt, die Errichtung von Kleinwohnungen dadurch zu erleichtern, daß er die Bürgschaft für jenen Teil der Hypothekendarlehen übernimmt, der die pupillar-sichere Werthälfte übersteigt. Damit verwirklicht das österreichische Gesetz *) einen Gedanken, der in den Kongreßverhandlungen von den verschiedensten Seiten mit großem Nachdrucke vertreten wurde.

*) Gesetz betreffend die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds vom 27. Dezember 1910, R. G. Bl. Nr. 242.

Für die Wohnungsreform in Österreich eröffnet sich damit eine neue aussichtsreiche Zukunft. Vielleicht schafft das Gesetz, wenn die Durchführung den gehegten Wünschen entspricht, ein Vorbild, das in anderen Staaten Nachahmung findet, vielleicht gelingt es Österreich auf diese Weise, jenen Staaten einen Teil seiner Dankeschuld abzustatten, die ihm bisher in der Wohnungsreform ein nachahmenswertes Beispiel gegeben haben.

Wien, im Dezember 1910.

Das Bureau des IX. internationalen Wohnungskongresses.

Die Kongreßveranstaltungen.

Sonntag, den 29. Mai.

Am Nachmittage versammelte sich das Comité Permanent in einem Beratungszimmer der Wiener Handelskammer zu einer Sitzung, in welcher die letzten Dispositionen für den Kongreß beschlossen und das Kongreßstatut genehmigt wurde.

Um 8 Uhr abends fand im Festsale des Wiener Kaufmännischen Vereines ein zwangloser **Begrüßungsabend** für die bereits eingetroffenen Kongreßteilnehmer statt.

Der Präsident des Organisationskomitees des Kongresses, Exzellenz Dr. Franz Klein, begrüßte die äußerst zahlreich aus allen Ländern erschienenen Teilnehmer mit folgender Ansprache:

Exzellenz Dr. Klein:

»Welcome ever smiles, sagt Shakespeare, und mit lachender Miene und frohen, herzlichen Gefühlen heißen wir Sie willkommen und freuen uns, daß unsere Einladung bei Ihnen Anklang gefunden hat.

Wir sind glücklich, so viele ausgezeichnete, um die Wohnungsreform hochverdiente Männer bei uns zu sehen, und Wien wird sich nun rühmen können, von dem geistigen Kapital, das im Wohnungsproblem arbeitet, mehr als irgend ein anderer Ort zu besitzen und damit wird auch — leider nur für einige Tage — unser Disagio in Wohnungssachen schwinden.

Wir sind aber auch glücklich, so viele am Kongresse teilnehmen zu sehen, die bei uns nicht lehren, sondern lernen, nicht geben, sondern auch empfangen wollen, die daran glauben, daß die Bevölkerung von den schweren Übeln und ersten Gefahren des heutigen Wohnungswesens befreit werden müsse und könne, aber den Weg dazu noch nicht ganz überblicken und aus dem Verkehr mit den auf diesem Gebiete führenden Männern Aufschluß und Aufklärung erwarten.

Fortschritt in die Tiefe und Fortschritt in die Breite, das ist Zweck und Lösungswort unseres Kongresses. Denn zu den Bewegungen, die der Enthusiasmus allein vorwärts bringt, gehört bekanntlich das Bestreben nach Verbesserung der Wohnungsverhältnisse nicht. Wir haben es mit harten Tatsachen, Entwicklungsgesetzen und mächtigen Interessen zu tun und mit ihnen zu ringen und nirgends, wo die Wohnungsbewegung heutzutage sich neu geltend macht, kann sie sich im großen Zuge verwirklichen, sondern sie muß trachten, mit dem Bestehenden rechnend durch eine Summe von größeren oder kleineren Änderungen in Wirtschaft und Recht, Technik und Verwaltung das Bestehende ihren Zielen anzupassen. Daß sie diesen langsamen Regenerationsprozeß ersparen und daß sie an Alterprobtes anknüpfen können, ist der beneidenswerte Vorteil jener Staaten, die trotz der großen

Umwälzungen in der Wohnungsweise während der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts in Mittel- und Westeuropa die Tradition ihrer Väter nicht in Vergessenheit geraten ließen.

Ce fut une idée ingénieuse et fertile que de discuter à des congrès internationaux les nombreuses questions, pour la plupart bien compliquées, que renferme le problème des habitations à bon marché. Cette idée n'aurait pas su déployer toute son efficacité sans l'essor des congrès. Cet essor, nous le devons surtout au Comité permanent, qui a réussi à rendre intéressants les congrès en leur proposant les thèmes les plus intéressants, comme le démontre de nouveau le programme du IX^{ième} congrès que vous avez entre les mains. Les congrès sont une manifestation solennelle et éclatante en faveur des opinions et des buts qui nous unissent ainsi que de leur harmonie. Cette harmonie s'accorde cependant bien avec la diversité des moyens et des méthodes, adoptés ou proposés par les différentes nations pour résoudre le problème, auquel nos efforts sont dévoués. Ce problème est trop étroitement lié aux qualités et conditions matérielles et intellectuelles d'un pays pour qu'il en puisse être autrement.

Doch bei allen Verschiedenheiten verstehen wir uns in allen großen Dingen vollkommen und deshalb freuen wir uns, daß alle Länder, die an der Wohnungsfrage ein Interesse nehmen, auf dem Kongresse vertreten sind, und wir sehen darin ein günstiges Vorzeichen für seinen Erfolg.

Wir Österreicher haben es bisnun in der Wohnungsfrage leider noch zu keiner eigenen Nuance gebracht. Bei uns finden Sie die Wohnungsreform in den Anfangsstadien, obwohl im Einzelnen bereits manches Vortreffliche geschaffen wurde, um das Übel der schlechten Wohnungsverhältnisse zu bekämpfen. Dies geschah in neuerer Zeit hauptsächlich dank der Initiative der österreichischen Mitglieder des Internationalen Permanenten Komitees, und insbesondere hat sich der Obmann der Zentralstelle für Wohnungsreform, Hofrat Dr. Maresch, um die Einbürgerung und die Förderung von Idee und Werk der Wohnungsreform in Österreich verdient gemacht. Sein Name darf nicht vergessen werden, wenn davon gesprochen wird, was in Österreich geschehen ist, um die Wohnungsreform einzubürgern (*Lebhafter Beifall.*) Was uns aber fehlt, ist die systematische Tätigkeit, das organische Zusammenfassen und Zusammenwirken und die genügend weit verbreitete Einsicht, daß hier unabweisbare Pflichten zu erfüllen sind und daß diesen Pflichten Opfer gebracht werden müssen. Wir erhoffen uns vom Kongresse und von seiner Abhaltung in Wien, die deshalb bei uns den größten Beifall gefunden hat, einen nachhaltigen Antrieb zum Besseren.

It is, first of all community of convictions on a question that belongs to the most important social problems of the present time that has brought us together. But such a community in the matter of housing reform implies identical convictions as to many other intellectual, ethical and social questions, which are closely connected with our inner life; and we may, therefore, hope that personal sympathies will grow up and an agreeable intercourse take place between persons whose way of thinking and feeling affords numerous points of contact. In our days, when a great many people like to emphasize too strongly their individual interests, it is always a pleasure to meet persons who are disposed to devote themselves to higher ideas and aims, and are ready to work for them. I am sure there is no lack of such men among the ranks of the adherents of housing reform.

Verehrte Damen und Herren! Wir begrüßen Sie nochmals und freuen uns, daß Sie in so großer Anzahl gekommen sind. Wir hoffen und wünschen, daß Sie sich in unserer Stadt und in unserem Kreise während der Kongreßtage recht be-

haglich fühlen. Wir waren bemüht, dafür vorzusorgen, soweit es von uns abhängt. Sollte nicht alles zusammenstimmen, so werden wir trachten, der Störung Herr zu werden, und wir bitten Sie, sich an uns zu wenden, wenn Wünsche unerfüllt bleiben. Gegen die Tücke des Objekts ist niemand gefeit.

Insbesondere mache ich darauf aufmerksam, daß wir das Glück gehabt haben, daß ein aus hervorragenden Damen bestehendes Komitee sich uns zur Seite gestellt hat, um diejenigen Damen, deren Gatten und Väter durch die ersten Beratungen in Anspruch genommen sind, unter ihren Schutz zu nehmen und es unseren Gästen zu ermöglichen, in der kurzen Zeit ihres Aufenthaltes Wien nach all den Richtungen kennen zu lernen, die sie besonders interessieren. Die Damen werden erfreut sein, wenn sie in die Lage kommen, mit ihrer Hilfsbereitschaft ihren Schwestern dienen zu können.

Lassen Sie mich damit schließen. Möge es der Wiener Luft und der Wiener Weise gelingen, sich in Ihre Herzen zu schmeicheln! Den Stadtfremden mit offenen Armen aufzunehmen und ihm gefällig zu sein, ist gute Wiener Art. Hoffentlich wird sie Ihnen lieb, wenn Sie von ernster Arbeit ausruhen wollen. Nochmals herzlich willkommen in unserer Stadt!* (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Die Teilnehmer blieben sodann noch bei Musikvorträgen bis in die späten Abendstunden beisammen, erneuerten alte Freundschaften und knüpften neue Bekanntschaften an.

Montag, den 30. Mai.

Um 10 Uhr 30 Min. fand die feierliche **Eröffnungssitzung** im festlich geschmückten großen Säulenhofe des k. k. Österreichischen Museums für Kunst und Industrie am Stubenring statt.

Von offiziellen Vertretern seitens des diplomatischen Korps und der österreichischen Regierung waren zur Begrüßung der Vertreter der auswärtigen Staaten und der Kongreßteilnehmer erschienen:

Der Minister für öffentliche Arbeiten August Ritt, der Leiter des Ackerbaumministeriums Geh. Rat Josef Ritter von Pop.

Die Botschafter und Gesandten: Heinrich Freiherr von Tucher (Bayern), Gaston Comte Errembault du Dudzeele (Belgien), Herzog von Avarna (Italien), Dr. Wilhelm Marc Jonkheer de Weede de Berenkamp (Niederlande), Hans Joachim Freiherr von Beck-Friies (Schweden).

Vom k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten: die Sektionschefs Dr. Max Graf Wickenburg, Dr. techn. Franz Berger, Dr. Adolf Müller, die Ministerialräte Dr. Franz Meinzingler Edler von Meinzingen, Dr. Rudolf Freiherr von Mensi-Klarbach, Alois Koch, die Sektionsräte Dr. Julius von Twardowski, Doktor Rudolf Kaiser, Oberbaurat Adalbert Stradal.

Vom Ministerium des Innern: die Ministerialräte Dr. Georg Pockels, Dr. Julius Kaan, Sektionsrat Dr. Karl Ritter von Helly.

Vom Ministerium für Kultus und Unterricht: Ministerialrat Dr. Josef Braitenberg zu Zeneburg, Ministerialsekretär Dr. Karl Longin-Womla.

Vom Justizministerium: Sektionschef Dr. Hugo Schauer.

Vom Finanzministerium: die Sektionschefs Dr. Robert Meyer, Dr. August Ritter Engel von Mainfelden, Dr. Richard Reisch, Sektionsrat Dr. Eugen Lopuszanski.

Vom Handelsministerium: die Sektionschefs Dr. Heinrich Ritter Wagner von Jauregg, Dr. Franz Müller, Richard Riedl, die Ministerialräte Otto Gasteiger von und zu Raabenstein und Kobach, Dr. Moritz Ritter von Wimmer-Walpurz, Dr. Alfred Prantner, Sektionsrat Dr. Walter Schiff, Oberbaurat Anton Sklenář.

Vom Eisenbahnministerium: Ministerialrat Dr. Theobald Pollak, Oberbaurat Leopold Schick.

Vom Ackerbauministerium: Hofrat Dr. Hermann Ritter von Schullern zu Schrattenhofen.

Vom Gemeinsamen Finanzministerium in Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina: Hofrat Otto Freiherr von Klimburg.

Vom Lande Niederösterreich: Landmarschallstellvertreter Karl Freiherr von Freudenthal, Landesauschuß Hermann Bielohlawek, Landtagsabgeordneter Leopold Steiner, Oberlandesinspektionsrat Fédor Gerényi.

Von der Stadt Wien: Bürgermeister Dr. Josef Neumayer, die Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer und Franz Hoß, Präsidialvorstand Josef Formanek, Direktor Ing. Ludwig Spängler, die Oberbauräte Karl Sykora und Heinrich Goldemund.

Von der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer: Präsident Paul Ritter von Schöllner, der erste Sekretär Dr. Max von Tayenthal, die Kammerräte Hugo Herzfelder, Dr. James Klang, Karl Reisenleitner und Dr. S. M. Singer.

Von der Polizeidirektion: Vize-Präsident Freiherr von Gorup und Regierungsrat Camillo Windt;

Vom Österreichischen Museum für Kunst und Industrie: Direktor Dr. Eduard Leisching, Vize-Direktoren Josef Folnesics, Dr. Moritz Dreger, Kustos Dr. August Schestag und Prof. Doktor Oskar Strnad.

Von der Direktion der Tabakregie: Oberfinanzrat Dr. Guido Ritter von Schosserer.

Ferner waren erschienen: Minister a. D. Dr. Heinrich Ritter von Wittek; die Professoren Hofrat Dr. Eugen von Philippowich und Hofrat Dr. Friedrich Freiherr von Wieser; für den Bund Österreichischer Industrieller: Kommerzialrat Max Koffmann; für den Industriellen Klub: Dr. Hugo Fürth; für den Niederösterreichischen Gewerbeverein: Kommerzialrat Ehrenfest; vom Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr: Kaiserlicher Rat Simon Lehr und viele andere Vertreter von österreichischen Organisationen und Instituten.

Über den Verlauf der Sitzung berichtet das Protokoll.

Am Nachmittage fand von 2 bis 6 Uhr im neuen Vortrags-saale des Museums die **erste Arbeitssitzung** statt.

Zu dem am Nachmittage im k. k. Prater abgehaltenen **Blumenkorso** hatte das Damen-Komitee die Frauen und Töchter der Kongreßmitglieder eingeladen; auf reservierten Tribünenplätzen verfolgten diese Gäste den durch das Wetter begünstigten Korso.

Der Abend wurde in den verschiedenen **Theatern** verbracht; die Hoftheaterintendanz hatte dem Komitee für die Aufführungen im Hof-Burgtheater (»Wenn der junge Wein blüht«) und im Hof-Operntheater (Oper »Cavalleria rusticana« und Ballett »Mondweibchen«) eine Reihe von Logen und Plätzen zur Verfügung gestellt und auch die anderen Theater waren in der gleichen Weise entgegengekommen.

Dienstag, den 31. Mai.

Von 9 Uhr bis 1 Uhr 30 Min. fand die **zweite Arbeitssitzung** statt.

Das Damen-Komitee hatte während dieser Zeit einen Rundgang durch die Stadt veranstaltet, ferner eine Führung durch die **Kongreß-Ausstellung** und endlich einen **Besuch in der k. k. österreichischen Anstalt für Frauenindustrie** (Zentralspitzenkurs, III. Blattgasse). Hier wurden die Teilnehmer von Direktor Dr. F. Minkus und Betriebsleiter J. Langenhagen-Bach in liebenswürdigster Weise empfangen und nach eingehender Besichtigung der Ausstellungs- und Arbeitsräume mit Blumen und Spitzenmaschen beschenkt und einem Frühstück bewirtet.

Am Nachmittage fand die **Besichtigung** des von der Kaiser Franz Joseph I. Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen in Hernals (Wurlitzer-gasse) anlässlich des 60jährigen Regierungs-Jubiläums des Kaisers errichteten **Männerheimes** statt. An 600 Teilnehmer hatten sich

mittels der von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Sonderzüge der Straßenbahnen eingefunden und wurden vom Oberkurator der Stiftung, Fürst Karl Auersperg, dem Baureferenten Oberbaurat Julius Koch, dem Generalsekretär Hofrat Maresch, dem Sekretär Kaiserlichen Rat Spiegel und den Architekten Leopold Ramsauer und Otto Richter empfangen.

Fürst Auersperg richtete folgende Ansprache an die Besucher:

»Es gereicht uns zu besonderer Freude, Sie in diesem Hause begrüßen zu können, denn von gleichen Anschauungen ausgehend, verfolgen wir dasselbe Ziel und wir hoffen, daß Sie einiges von dem, was der Kongreß anstrebt, bei uns verwirklicht sehen werden.

Es ist wohl kein Zweifel, daß erst mit der Seßhaftigkeit des Menschen seine Kultur beginnt und daß sie mit dem Grade seiner Seßhaftigkeit steigt und sinkt. Aber gerade auf hohen Kulturstufen geraten Teile der Bevölkerung auf der Suche nach Erwerb in ein Wanderleben, welches sie weitab führt von der Häuslichkeit, welche selbst der Wilde noch inmitten der ihn umgebenden freien Gottesnatur genießt.

Ja noch mehr! Während unser Kulturzustand die Bedürfnisse der Menschen reichlich und immer allgemeiner befriedigt, wohnt heute dennoch der Durchschnitt der bürgerlichen Gesellschaft weit unter dem Maße der Ansprüche, welche er sonst an das Leben stellt und dank unserer Zivilisation auch wirklich befriedigen kann.

Bei allen Lebensgenüssen unserer Zeit wohnen wir heute in den Städten und auf dem Lande schlecht, teuer und barbarisch geschmacklos.

Und doch kann nur in einer entsprechenden Wohnung eine menschliche Familie erwachsen und nur aus einem gesunden Familienleben heraus der Staat gedeihen. Mit Recht rufen Sie daher auf Ihrem Kongreß unserer Kultur ein »Quo vadis!« zu und weisen dabei auf das Haus, auf die Wohnung.

Mit bescheidener Stimme wollen wir Ihnen durch den Augenschein, welchen Sie hier nehmen werden, antworten.

Sie wissen, daß wir kein Familienhaus besuchen, aber wir glauben, daß auch dieses Heim der Heiligkeit des Familienlebens dient, wenn es jenen Obdach gibt, welche sonst als Fremde in die Familienwohnungen eindringen müßten, wenn es zur Ordnung erzieht und Wohnungsbedürfnis erweckt.

Wenn Ihnen in der Ausstattung dieses Hauses manches luxuriös scheinen sollte, so wollen Sie uns glauben, daß wir bloß die Absicht hatten, die bei der Besiedelung dieses Hauses ungeheure Abnützung herabzusetzen und seine Reinhaltung zu ermöglichen.

Wir sind endlich der Meinung, daß die Wohnungsfrage im allgemeinen und in großen Zügen nie und nimmer durch die »Charitas« gelöst werden kann, sondern nur dann, wenn die aufgewendeten Baukosten sich entsprechend verzinsen und amortisieren, weil nur in diesem Falle dem großen Zwecke die notwendigen Mittel zugeführt werden können.

Vergönnen Sie mir noch die patriotische Freude, daran zu erinnern, daß unser Entschluß, dieses Haus zu bauen, dem Wunsche unseres Allergnädigsten Kaisers entsprang, es möge das sechzigste Jahr Seiner glorreichen Regierung nicht durch Ehrengaben und Feste, sondern durch gemeinnützige Werke gefeiert werden. Dessen möge eingedenk sein, wer unter dieses schützende Dach tritt.«

Ihm erwiederte Exzellenz Dr. Klein:

»Namens der hier erschienenen Mitglieder des IX. Internationalen Wohnungskongresses danke ich dem verehrlichen Kuratorium für die uns sehr erwünschte Einladung zur Besichtigung des Männerheimes und bitte unseren verbindlichsten Dank für die freundlichen Worte der Begrüßung entgegennehmen zu wollen. Die Jubiläumsstiftung ist Pfadfinderin auf dem Gebiete der Wohnungsreform in Österreich. Ehe sie ins Leben trat, war die Wohnungsfürsorge nur auf die Tätigkeit einiger weniger großherziger Unternehmer angewiesen. Die Jubiläumsstiftung ist der wissenschaftlichen Erkenntnis entsprungen, daß die Wohnungsfrage im engsten Zusammenhange mit den großen sozialen Problemen der menschlichen Gesellschaft steht, sie ging auch wissenschaftlich-rationell ans Werk und hat durch ihre technischen Anlagen die Wohnungsfürsorge in eine Form gebracht, die bisher bei uns nichts ihresgleichen hatte. Außerdem hat sie das große Verdienst, den Anstoß gegeben zu haben zur Errichtung der Zentralstelle für Wohnungsreform. Dadurch erst erhielt die Wohnungsfürsorge einen festen Rückhalt und wurde sie in die richtigen Bahnen geleitet. Das neue Männerheim zeigt, daß trotz dieser ungewöhnlichen Leistungen die Schaffenskraft der Stiftung noch nicht erschöpft ist. Ihre bisherigen aufs trefflichste gebauten und verwalteten Häuser, in denen sie jahraus, jahrein, Unzähligen die Wohltat einer billigen und guten Unterkunft gewährt, hat die Jubiläumsstiftung nun eine neue Anlage hinzugefügt, die sowohl der Größe wie der inneren Einrichtung nach an erster Stelle steht. Auch hier prägt sich die Tendenz aus, dem Mieter nicht bloß Obdach, sondern auch den Komfort der Reinlichkeit und der Körperpflege zu bieten, ihn geistig zu heben und zu erziehen. Dadurch wird das neue Männerheim zu einer wahren Kulturanstalt, zu der wir das Kuratorium der Stiftung auf das herzlichste beglückwünschen können. Ich möchte wünschen, daß dem Kuratorium gegönnt sei, seine segensreiche und vorbildliche Tätigkeit auch weiterhin in dieser glänzenden Weise zu entfalten. Der schönste Lohn seines menschenfreundlichen Strebens wird es sein, wenn die Einrichtungen, die es ärmeren Familien und Ledigen zur Verfügung stellt, wenigstens vorübergehend das bittere und herbe Gefühl der Entbehrung und Zurücksetzung mildern und die Mieter auf Stunden an das harte Los, das ihnen beschieden ist, vergessen lassen.«

Hierauf wurde eine gruppenweise Besichtigung der ganzen Anlage vorgenommen.

Nach dem Rundgange, der über eine Stunde währte, versammelten sich die Teilnehmer neuerdings in dem großen Speisesaale, wo ihnen ein kleiner Imbiß aus der Hauskantine gereicht wurde.

Namens der Kongreßmitglieder nahm sodann Herr Professor Dr. Albrecht (Deutschland) das Wort:

»Ich glaube im Namen aller sprechen zu können, wenn ich der Jubiläumsstiftung unseren wärmsten Dank ausspreche, daß sie uns Gelegenheit gegeben hat, etwas so ganz Hervorragendes zu sehen.

Heute morgens hat einer der Herren Redner aus Österreich gesagt, daß er uns Deutsche um gewisse Einrichtungen der Kreditorganisation beneide. Ich darf es hier aussprechen, daß wir Deutsche um diese Anstalt Österreich auf das äußerste beneiden. Wir haben uns mit den gleichen Problemen der Fürsorge für Ledigenheime seit einer Reihe von Jahren beschäftigt, wir haben Versuche

gemacht und sind in den Versuchen stecken geblieben. Und wenn ich nun sehe, wie es der Jubiläumstiftung gelungen ist, dieses Problem der Ledigenfürsorge — und ich kenne seit Jahren die österreichischen Anstalten und ihre Betriebsorganisation, welche das geleistet haben — einer so günstigen Lösung zuzuführen, dann überläuft mich ein Gefühl des Neides, daß wir nichts Ebenbürtiges zur Seite stellen können.

Ich kenne eine ganze Reihe von ähnlichen Häusern in der ganzen Welt, ich habe die Rowtonhäuser in England gesehen, die den Ihren an Vollendung vielleicht nahekommen, aber so Schönes, Frisches, so Herzerquickendes habe ich in der ganzen Welt nicht gesehen und deshalb unseren aufrichtigsten, herzlichsten Glückwunsch jenen, die sich diesem Ziele in so aufopfernder Weise gewidmet haben, und auch unseren Glückwunsch und Dank jenen, die uns Gelegenheit gegeben haben, so vortreffliche Einrichtungen kennen zu lernen.«

Die Glückwünsche der Franzosen verdolmetschte Mons. Ferrand (Paris). Würde er diese Einrichtung in Frankreich sehen, führte er aus, würde ihn dies mit Trauer erfüllen, denn dadurch würden dort zu viele Personen dem Familienleben entzogen. Hier seien die Verhältnisse anders und sei ein Institut geschaffen, in dem für die Pflege des Körpers und des Geistes in feinsinniger Art gesorgt wurde. Dem Armen sei nicht bloß ein Heim errichtet worden, nicht bloß ein Obdach, sondern eine Stätte, in der er nicht nur zur Reinlichkeit erzogen wird, in der auch auf sein Gemüt und seine Sinnesart einzuwirken versucht wird. Gar manches Jünglings Denken und Trachten werde sicherlich durch diese Bilder aus Handel und Industrie in neue Bahnen gelenkt, gar mancher wird angeregt werden, nach einer besseren Lebensstellung zu streben.

Hierauf ergriff Hofrat Dr. Maresch das Wort.

»Als Chef der Exekutive der Stiftung dankte er für die der geleisteten Arbeit gezollte Anerkennung und verwies auf die Arbeitsteilung bei der Durchführung des Baues, auf das mit Erfolg betriebene Studium der ausländischen analogen Anlagen und betonte, daß alle davon durchdrungen waren, daß nichts, sei es auch das kleinste Detail, des Studiums unwert sei, denn alle Anordnungen mußten einen doppelten Zweck erfüllen: die größtbeste Verwendbarkeit des Gebäudes und seiner Einrichtung zu bewirken und nicht gegen die ökonomischen Grundlagen zu verstoßen. So sei jedes Stück in diesem Hause nach beiden Richtungen hin überprüft worden und sei der in den Augen der Ausländer so niedrig erscheinende Kostenaufwand des ganzen Baues darauf zurückzuführen, daß die Lieferanten wußten, daß sie auf rascheste Ausgleichung ihrer Forderungen rechnen können — werden doch in 14 Tagen nach der Eröffnung alle liquiden Rechnungen bezahlt sein — und deshalb in der Lage waren, ganz andere Preise in ihre Offerte einzustellen als gewöhnlich. Wenn die gemeinnützigen Bauge nossenschaften nach den hier betätigten Prinzipien arbeiten, wenn sie dabei einen kommerziellen Blick beweisen werden, dann werden sie ebenfalls zu solchen Erfolgen gemeinnütziger Tätigkeit gelangen. Mit Stolz könne betont werden, daß das der Stiftung anvertraute Kapital gut verwaltet wird — trägt dieses Heim doch $4\frac{1}{2}\frac{0}{10}$ — und dieser ökonomische, verbunden mit dem moralischen Erfolg wird ein Ansporn sein zu weiterer Arbeit auf diesem Gebiete.«

Am Abend folgten die Kongreßteilnehmer einer Einladung des Bürgermeisters der Stadt Wien zu dem im **Rathause** veranstalteten **Empfange**.

Der Einladung hatten etwa 1200 Personen entsprochen.

Die Gäste wurden von den Kustoden Dr. Englmann und Böck durch die städtischen Sammlungen geleitet und versammelten sich dann im Stadtratssitzungssaale, wo Bürgermeister Dr. Neumayer, unterstützt von den drei Vizebürgermeistern und deren Damen und zahlreichen Stadt- und Gemeinderäten und Bezirksvorstehern, die Honneurs machte.

Im Stadtratssitzungssaale hielt Minister a. D. Dr. Klein eine Ansprache an den Bürgermeister, in welcher er für die Einladung des Kongresses den Dank aussprach. Dann fuhr Redner fort: »Gerade die Beziehungen zwischen Wohnungsreform und Gemeindeverwaltung sind einer der Hauptgegenstände der Tagesordnung des Kongresses. Daher ist der Wunsch der Kongreßmitglieder sehr begreiflich, mit Mitgliedern einer so angesehenen Korporation, wie es der Wiener Gemeinderat ist, darüber in einen Gedankenaustausch zu treten. Er wird auf der einen Seite verhindern, zu viel zu fordern, und auf der anderen Seite vielleicht der Überzeugung Eintritt verschaffen, daß gerade für großstädtische Verwaltungen die Beseitigung mancher der jetzt im Wohnungswesen herrschenden Übelstände aus den verschiedensten Ursachen ein Ziel aufs innigste zu wünschen wäre.«

Bürgermeister Dr. Neumayer erwiderte in längerer Ansprache, in der er unter anderem sagte: »Ich kann Sie versichern, daß die ganze Bevölkerung Ihnen dafür dankt, daß Sie in diesen zwei Tagen so außerordentliche Arbeit geleistet haben. Noch zwei andere schwere Tage stehen Ihnen bevor, die Aufgabe, der Sie sich unterzogen haben, ist außerordentlich dankenswert, und Sie sind daran, mit Riesenschritten die soziale Frage wenigstens nach einer Richtung hin zu lösen.« Der Bürgermeister schloß mit dem Wunsche, die Kongreßteilnehmer mögen die Tage, welche sie in Wien verleben, recht angenehm verbringen.

Nunmehr begab sich die Gesellschaft in den Festsaal, wo das **Festmahl** stattfand.

Den ersten Toast sprach Bürgermeister Dr. Neumayer. Er gedachte zunächst der Entschließungen des Kaisers Franz Josef, durch welche vor 50 Jahren die Basteien und vor 20 Jahren die Linienwälle fielen und die Möglichkeit zu einer modernen Entwicklung der Stadt geschaffen wurde. Er schloß: »Die Monarchen und Oberhäupter aller auf dem Wohnungskongreß vertretenen Staaten, insbesondere Se. Majestät Kaiser Franz Josef I., sie leben hoch!«

Nun begrüßte der Bürgermeister nochmals die Gäste der Stadt und brachte ihnen sein Glas.

Dann ergriff der Präsident des Kongresses Minister a. D. Dr. Klein das Wort zu einer Rede, in der er Zweck und Ziel des Kongresses auseinandersetzte. Der Redner zählte auf, was in Wien bisher auf diesem Felde geleistet wurde durch die Einführung der Bauzonen, durch das Projekt des Wald- und Wiesengürtels, das vorbildlich zu wirken beginnt. Die Straßenbahn begünstige eine Dezentralisierung des Wohnungswesens und der Entwurf der neuen Bauordnung enthalte manch günstige, von demselben Geiste diktierte Bestimmung, von der wir hoffen, sie werde trotz allen Einwendungen die Genehmigung finden. Er führte dann weiter aus, der Kongreß hoffe und erwarte von der Stadt Wien, daß sie, nachdem die großen Werke der Verstadtlichung nunmehr vollendet sind, sich auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge gleich erfolgreich betätigen werde. Redner schloß: »Die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und ihr hochverehrter Herr Bürgermeister, sie leben hoch!«

Vizebürgermeister Dr. Porzer bezeichnete es als glücklichen Zufall, daß der Kongreß gerade zu einer Zeit in Wien tagt, da die Reform der Bauordnung auf der Tagesordnung steht und auch die Bodenwertzuwachssteuer an die Tore der Stadt zu klopfen beginnt. Nicht alles, was der Kongreß fordert, kann von Staat oder Gemeinde gemacht werden. Der Redner rühmt dem Präsidenten des Kongresses Dr. Klein nach, daß er wie vielleicht kein anderer ein Verständnis für soziale Pflichten habe. Der Mann, welcher durch Einführung der neuen Zivilprozeßordnung Österreich in die vorderste Reihe der europäischen Staaten in dieser Hinsicht gerückt hat, von dem man, wenn er länger am Ruder geblieben wäre, noch manche rühmliche Werke gesehen hätte, sei auch imstande, die soziale Wohnungsfürsorge durchzuführen. Er schloß mit einem Hoch auf Dr. Klein.

Der Ehrenpräsident des Kongresses Monsieur O. Lepreux trank auf den Bürgermeister und die Verwaltung der Stadt Wien.

Geheimer Rat Dr. Rumpelt dankte namens der Vertreter der deutschen Regierungen für die liebenswürdige Einladung. Es werde den Reichsdeutschen immer warm ums Herz, wenn sie die schwarzgelben Grenzpfähle überschreiten. Es wirke da die Erinnerung an die tausendjährige freundschaftliche Geschichte mit. Er wünsche vom ganzen Herzen, daß die Stadt Wien, die so Großes geleistet, in der Wohnungsfürsorge eine führende Stellung erreichen möge. Er schloß mit einem Hoch auf das Land Niederösterreich.

Minister a. D. Dr. Geßmann sagte, daß die Vertreter des Landes den Ausführungen des Geheimrates Gefühle aufrichtigsten Dankes entgegenbringen. Er schloß mit einem Hoch auf das Wohl der deutschen Brüder und auf die treuen Bundesgenossen im Deutschen Reiche.

Ministerialrat Melchior Szántó, Direktor des Sozialen Museums in Budapest, der in Vertretung des ungarischen Ministeriums am Kongresse teilnimmt, erhob sein Glas auf die schöne Stadt Wien.

Den Schluß der offiziellen Toaste bildete eine Rede des Vizebürgermeisters Hierhammer, der in launiger Weise die Damen und die Wohnungsfrage in Zusammenhang brachte und auf die Damen sein Glas leerte.

Mittwoch, den 1. Juni.

Von 9 bis $\frac{1}{2}$ 2 Uhr wurde die **dritte Arbeitssitzung** abgehalten.

Nachmittags hielt das Internationale Permanente Komitee eine Sitzung ab.

Die Kongreßteilnehmer nahmen an drei verschiedenen **Exkursionen** teil, und zwar:

Die eine Gruppe besichtigte einen Teil des **Wald- und Wiesengürtels**, ausgehend vom Kahlenberg.

Die zweite Gruppe nahm eine Besichtigung des **Kaiser Franz Joseph-Jubiläums-Werkstättenhofes in Mariahilf** vor.

Die dritte Gruppe besichtigte das **städtische Versorgungsheim in Lainz** und wurde dort von dem Magistratsrat Dr. Dont begrüßt und in alle Teile der weitverzweigten Anlagen geführt.

Die Kongreßdamen besichtigten vormittags die k. k. Hofmuseen und einige Privatgalerien und machten nachmittags in zwei Gruppen Ausflüge nach Tivoli und Schönbrunn und in die Rothschild-Gärten und auf die Hohe Warte.

Am Abend fand in den Räumen des Kursalons im Stadtpark ein **Empfang** der Kongreßteilnehmer durch Se. Exzellenz den Minister für öffentliche Arbeiten **August Ritt** statt.

Der Minister wurde in seinen Pflichten als Gastgeber von den Sektionschefs Dr. Graf Wickenburg, Dr. Franz Berger, Dr. Adolf Müller, Emil Homann und Dr. Paul Beck von Managetta, dem Hofrat Dr. von Meinzingen und dem Präsidialvorstand Sektionsrat Dr. Schaukal unterstützt, das Arrangement hatte Baurat August Fieger besorgt.

Der Einladung waren die Kongreßmitglieder und Teilnehmer mit ihren Frauen gefolgt und die österreichische Regierung war durch den Minister des Innern Freiherrn von Haerdtl, Unterrichtsminister Graf Stürgkh, Eisenbahnminister Wrba, Handelsminister Dr. Weiskirchner, Minister Dr. Dulęmba vertreten und waren die Spitzen aller Behörden und autonomen Körperschaften der Einladung gefolgt. Vom diplomatischen Korps waren anwesend die Botschafter und Gesandten von Tschirschky und Bögendorf (Deutsches Reich), Freiherr von Tucher (Bayern), Graf von Paraty (Portugal), Graf Rex (Sachsen).

Donnerstag, den 2. Juni.

Von 9 bis $1\frac{1}{2}$ Uhr fand die **vierte Arbeits- und Schlußsitzung** des Kongresses statt.

Während der Sitzung stattete Se. kaiserliche Hoheit Herr Erzherzog Rainer unter Führung des Kongreßpräsidenten Exzellenz Dr. Klein, des Vizepräsidenten Hofrat Dr. Maresch und des Musealdirektors Regierungsrat Dr. Leisching der Kongreßausstellung einen eingehenden Besuch ab, bei welcher Gelegenheit er eine Reihe auswärtiger Staatenvertreter und Aussteller ins Gespräch zog. Der Herr Erzherzog betrat auch für kurze Zeit den Verhandlungssaal.

Die Damen besorgten am Vormittag ihre Einkäufe unter Führung des Damenkomitees.

Der Nachmittag war der **Besichtigung** der ersten **Internationalen Jagdausstellung** im k. k. Prater gewidmet.

Am Abend fand das vom Kongreßkomitee veranstaltete

Abschiedsmahl in der Jagdausstellung

im großen Saal des Hauptrestaurants der Stadt Wien statt.

Mehr als 300 Gäste hatten daran teilgenommen, die österreichische Regierung war durch den Minister für öffentliche Arbeiten Exzellenz August Ritt und den Leiter des Ackerbauministeriums Freiherrn von Pop vertreten.

Exzellenz Dr. Franz Klein begrüßte die erschienenen offiziellen Vertreter und fuhr dann fort:

»Während der Kongreßtage beschäftigte unser Denken die Idee des Hauses, der Wohnung als Stätte des Familienfriedens, als Zuflucht, wo auch der Geringste Herr ist, wo man sich selbst findet und wo man aufatmen kann von den Mühen und Bedrängnissen der Außenwelt. Unsere Beratungen galten ja eben der Frage, was geschehen könne, um die Wohltaten eines freundlichen Heimes auch möglichst viel von denjenigen zu sichern, welchen sein Besitz gegenwärtig versagt ist.

Aber die Verhandlungen unseres Kongresses umspannten nur einen ganz kleinen Ausschnitt dessen, was gegeben sein muß, damit man das Glück des eigenen Herdes voll genießen und noch mehr, damit man es gegen eherne Gesetzmäßigkeiten eringen kann.

Ein griechischer Philosoph hat das Haus einen Teil des Staates genannt und in den Diskussionen unseres Kongresses ist es plastisch hervorgetreten, daß die für die Wohnungsreform zweckmäßig gehaltenen Mittel fast das ganze Gefüge der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaftsorganisation in Anspruch nehmen und daß sie überhaupt nur dort anwendbar sind, wo Staat und öffentliches Leben wohl geordnet sind und der Verkehr allen Anforderungen der Gegenwart entspricht.

Diese Perspektive leitet uns von dem engen Nebengebiet, das wir bebaut und besprochen haben, auf die große Gesamtheit, in der sich unser Leben und Streben erfüllt und durch die es bedingt ist, auf den Staat und auf diejenigen, in denen sich die Staaten personifizieren und die sie als ihre Lenker zum Hort des inneren Friedens machen. In den politischen Kämpfen unserer Tage gilt den Schwachen das Staatsoberhaupt mehr denn je als der oberste Hüter der Gerechtigkeit und deren Schirmherr. Als Anhänger der Wohnungsreform, die gleichfalls gegen ein Unrecht kämpft, das Unzähligen angetan wird, hegen auch wir diesen Glauben und diese Zuversicht. Wir verehren im Staatsoberhaupt den Bürger der Gerechtigkeit und wir wollen als gute Bürger derjenigen Staaten, denen wir angehören, in dem Augenblicke, wo wir uns versammelt haben, um noch einmal rückschauend die Tage des Kongresses an unserem Auge vorübergleiten zu lassen, die Gefühle unserer Loyalität und unserer ehrerbietigen Ergebenheit zum Ausdruck bringen. Ich lade Sie ein, mit mir in den Ruf einzustimmen: Unser Allergnädigster Herr, Seine Majestät Kaiser und König Franz Joseph I., und die hohen Souveräne und Chefs der Staaten, aus denen wir Gäste am Kongresse zu begrüßen die Freude hatten, sie leben hoch! hoch! hoch! (*Stürmische Hochrufe, die Volkshymne wird gespielt und gesungen.*)

En résumant les débats du congrès, le fait le plus saillant qui mérite d'être mis le premier en avant, est la vigueur de la conviction éthique, de l'altruisme et de l'amour du bien public qui s'y sont dévoilés. Il n'y eut pas de propositions, de raisonnements ou de discussions, où ne retentirent pas ces sentiments. Presque toutes les personnes qui se firent entendre, se montrèrent remplies du désir le plus ardent de servir dans la mesure de leurs facultés ceux qui sont abandonnés et sans secours, de servir la société et le bien commun. Ce qui plus est: ces sentiments nous ne les avons pas trouvés chez des rêveurs ou des visionnaires, mais chez des hommes qui connaissent les réalités de la vie et qui affirment par leur vie entière les sentiments, qu'ils ont manifestés dans les débats du congrès. Les flammes de cet idéalisme moral et social qui se sont élevées de nos débats répandent une lumière qui pourrait même obscurcir un peu les autres résultats du congrès. Ces scènes pleines d'enthousiasme seront pour nous un précieux souvenir du congrès et nous rempliront de confiance et de courage pour lutter contre les nombreux obstacles qui ne peuvent manquer de se présenter.

Das zweite, hochverehrte Damen und Herren, was den Kongreß in meinen Augen besonders auszeichnet, ist der starke Zug zur Wahrheit, die tapfere und unerschrockene Kritik, nicht an den gegnerischen Ansichten — denn das kommt häufig vor — sondern sozusagen an dem eigenen Ideal. Es gibt Kongressewelche irgend eine vorgefaßte Idee, einen Wunsch, durch einen — wenn ich mich so ausdrücken darf — mächtigen Unisono-Orgelton durchzusetzen versuchen

und verstehen, bei denen der Kongreß nur ein Mittel der Stimmenverstärkung ist. Es gibt aber Kongresse, die um ihres Zweckes willen die Wahrheit finden wollen, sie ehrlich suchen und bereit sind, dem Gefundenen sich unterzuordnen, mag es mit der früheren Meinung übereinstimmen oder nicht.

Unser Kongreß gehört zu der zweiten Gruppe. Es war ein anziehendes und fesselndes Schauspiel, wie von allen Seiten Erfahrungen und Argumente herbeigebracht wurden, um den besten Weg zu dem uns teuren Ziel ausfindig zu machen, um nirgends Illusionen sich einnisten zu lassen und Mittel und Wege innerhalb der strengsten Wahrhaftigkeit und Wirklichkeit zu finden. Es war ein fesselndes und anziehendes Schauspiel, zu sehen, wie alles, was vorgebracht wurde, mit gespannter Aufmerksamkeit und mit dem heißen Willen, zu lernen und wieder zu lernen, eingesogen wurde — ich habe selten etwas Ähnliches gesehen — wie da unermüdet gesprochen und zugehört wurde, als gälte es, eine heilige Pflicht zu erfüllen. Das gibt uns Gewißheit, daß es für absehbare Zeit an begeisterten Kämpfern für die Wohnungsreform nicht fehlen wird und daß diese auch den Anforderungen ihrer Aufgabe nicht blind gegenüberstehen, sondern in voller Erkenntnis der Schwierigkeiten des Wohnungsproblems und seiner Heilmethoden dessen bewußt sein werden, daß sie alle geistigen und Willenskräfte anspannen müssen, um das Bestehende umzugestalten. Denn das ist doch das Wichtigste. Ob irgend ein Teilproblem mehr oder minder der Erfüllung nahe ist, ist für das letzte Ziel von geringerem Belang, als daß recht viele den kategorischen Imperativ lebhaft in sich empfinden und den hinreißenden Willen haben, danach zu handeln. Nur so werden wir vorwärts kommen. Diese mächtigen Regungen, diese Impulse, die sich über alle sachlichen Meinungsverschiedenheiten hinaus erstrecken, konnten wir auf unserem Kongresse konstatieren und das ist das unschätzbare Aktivum, mit dem wir nun, da es zum Scheiden kommt, unseren Kongreß abschließen können.

At our first meeting I quoted the words of Shakespeare: Welcome ever smiles. I am sorry to say, that the time has come when the second part of this verse has become true: Welfare goes out sighing. The days have passed rapidly, you have been overwhelmed with debates and other congress business, your leisure has been short and in my opinion the leave taking and parting have us surprised. It is a pity, you have to depart. If you share my views, then we have succeeded in making the time as pleasant and agreeable to you as was our intention. Please to keep these few days in memory and if perhaps some unsatisfactory incidents have occurred be so kind as to forget them and to take the will for the deed.

Da wir die Ehre haben, in unserer Mitte auch Mitglieder der hohen Regierung, ausgezeichnete und einflußreiche staatliche Funktionäre und Repräsentanten der autonomen Verwaltung zu sehen, so möchte ich es nicht unterlassen, auf die Ergebnisse der Kongreßverhandlungen ihre Aufmerksamkeit zu lenken und ihnen überhaupt die Förderung der Wohnungsreform wärmstens ans Herz zu legen. (Beifall.) Wir anerkennen gern, daß Staat, Land und Gemeinde, soweit sie im einzelnen davon berührt werden, sich gegen die Forderungen der Wohnungsreform nicht mehr prinzipiell ablehnend verhalten. Wir danken für das Entgegenkommen, das einzelne in Ausführung begriffene Maßregeln gefunden haben. Wir geben auch zu, daß die Wohnungsreform manche weittragende Fragen aufwirft, die nicht von heute auf morgen in unserem Sinne gelöst werden können. Aber bei aller Einsicht, nur das Mögliche und Notwendige zu fordern, müssen wir doch gestehen, daß wir hinter dem Möglichen und Notwendigen noch weit zurück sind und daß es nun an der Zeit wäre, daß auch in Österreich

das Problem der Wohnungsreform konzentrisch in Angriff genommen würde. Es wäre gut, wenn ein engerer Kontakt geschaffen würde zwischen den Beteiligten, damit wenigstens ein Aktionsprogramm aufgestellt und die Arbeiten richtig verteilt werden könnten. Denn bei den großen Schwierigkeiten, die sich auch sonst darbieten, könnte aus einer zu großen Zersplitterung, aus dem Mangel an Einverständnis und Planmäßigkeit sich mancher Nachteil ergeben. Gerade jetzt regt sich in manchen Teilen unseres Reiches ein frischer Zug. Auch die Wohnungsreform hat ihre gute oder schlechte Konjunktur. Es wäre zu bedauern, wenn diese Keime sich nicht entwickeln könnten.

Darum richte ich an die Mitglieder der hohen Regierung und die früher genannten Funktionäre der autonomen Verwaltung die aus beklommenem Herzen kommende Bitte, der Wohnungsreform, soweit sie ihrer bedarf und soweit es in ihrer Macht liegt, ihre hilfreiche Unterstützung angedeihen zu lassen, und ich richte diese Bitte gerade deshalb an die verehrten Herren, weil ich weiß, daß sie die Wichtigkeit dieser Bewegung nicht unterschätzen, und weil ich überzeugt bin, daß sie für diese Bewegung wirklich das beste Wohlwollen und die besten Absichten hegen.

Die hohe Regierung und in erster Linie Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten, die Funktionäre der Ministerien, Direktion und Kuratorium des Österreichischen Museums für Kunst und Industrie, der niederösterreichische Landtag sowie der Gemeinderat und dessen Repräsentanten sind uns bei der Vorbereitung des Kongresses in der lebenswürdigsten Weise entgegengekommen und haben den Kongreß, der in den Räumen des Museums eine herzliche Gastfreundschaft erfuhr, durch die Beteiligung an der Eröffnungssitzung, durch die veranstalteten Festlichkeiten und durch die Anwesenheit bei den Verhandlungen über alle Maßen ausgezeichnet. Ohne diesen Beistand hätte der Kongreß nicht mit großer Geste auftreten, nicht so glänzend verlaufen können. Auch das ist ein Fall, wo die Selbsthilfe nicht ausreicht. Und um bei der Analogie zu bleiben: Wir wollen die Hilfsbereitschaft, die wir in Sachen des Kongresses überall gefunden haben, als gutes Zeichen dafür nehmen, daß auch dort, wo das Problem der Wohnungsreform uns auf fremden Sukkurs hinweist, die öffentliche Verwaltung geneigt sein wird zu jener Unterstützung, die notwendig und berechtigt ist. Wir leben nicht mehr im Nachwächterstaate. Der moderne Staat ist mehr und mehr ein Staat der Vorsehung geworden, der gebend und fördernd unseren Zustand beeinflusst. Im gleichen Maße gilt dies von den Unterverbänden des Staates.

Ich danke der hohen Regierung, insbesondere dem Minister für öffentliche Arbeiten, allen Behörden, Korporationen und Organisationen, die den Kongreß und sein Organisationskomitee zu Dank verpflichtet haben, auf das aufrichtigste und beste und fasse diesen Dank und den Ausdruck meines Vertrauens in den guten Willen der Regierung und aller anderen Stellen, in deren Händen das Schicksal der Wohnungsfrage ruht, in den Ruf zusammen: Die hohe Regierung und alle anderen hochgeschätzten Gäste leben hoch! hoch! hoch!« (*Stürmische Hochrufe.*)

Hierauf antwortete der Minister für öffentliche Arbeiten, Exzellenz Ritt:

»Als Vertreter der österreichischen Regierung möchte ich nur kurz auf die Worte meines verehrten Vorredners zurückkommen. Seine Exzellenz hat in lebenswürdiger Weise auch der werktätigen Mithilfe gedacht, welche die Regierung dem Kongresse zugewendet hat. Ich bestreite diese Mithilfe nicht. Ich

freue mich, daß wir dadurch haben bekunden dürfen, welches Interesse die Regierung dem Kongresse entgegengebracht hat. Daß sich ihr Interesse für die Wohnungsfrage nicht in dieser bescheidenen Mithilfe erschöpft, haben Sie aus Ihren Verhandlungen entnommen, in welchen mehrfach auf den unserem Parlament vorliegenden Gesetzentwurf über die Schaffung einer allgemeinen Wohnungsfürsorge hingewiesen worden ist. Auch möchte ich noch erwähnen, daß in dem meiner Leitung anvertrauten Ministerium für öffentliche Arbeiten bereits ein Gesetzentwurf über Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege in Vorbereitung steht. *(Beifall.)* Daraus wollen Sie ersehen, daß wir bestrebt sind, im Sinne Ihrer Forderungen an die finanztechnischen und verwaltungsrechtlichen Probleme der Wohnungsfrage praktisch heranzutreten. Und deshalb preise ich es als ein besonderes glückliches Zusammentreffen, daß Ihre Tagung gerade jetzt in Wien stattgefunden hat. Denn ich bin mir wohl bewußt, daß Ihre den Lebensbedürfnissen und wahrhaftigen Volksfragen gewidmeten, so interessanten und tief gründlichen Verhandlungen dazu beigetragen haben werden, den Boden für diese Gesetzentwürfe zu ebnen. Damit habe aber vielmehr ich Ursache, Ihnen zu danken, — nicht Sie stehen in unserer, vielmehr wir in Ihrer Schuld. In diesem Gefühle erhebe ich mein Glas, indem ich dem IX. Internationalen Wohnungskongreß, dessen Verlauf ich als gelungen bezeichnen darf, allen seinen Teilnehmern, vor allem seinem unermüdlichen Komitee, an seiner Spitze Exzellenz Dr. Klein, im Namen der österreichischen Regierung für all ihren Fleiß, ihre Arbeit und Mühe den besten, herzlichsten Dank ausspreche!« *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Ferrand (Paris) dankte für die hier genossene Gastfreundschaft. Oberregierungsrat Neumann (Berlin) trank auf die Damen, als die Bundesgenossinnen in dem schweren Kampfe, den die Wohnungsreformer zu führen haben. Magaldi (Rom) gab der Hoffnung auf den Erfolg des Kongresses Ausdruck. Aldridge (London) erhob sein Glas auf die Stadt Wien und trat für den fortdauernden Frieden unter den Nationen ein. Tellegen (Niederlande) widmete sein Glas dem Damenkomitee. Landesauschuß Bielohlawek feierte die Verdienste des glanzvollsten und hervorragendsten Juristen Geheimen Rat Dr. Klein um den Kongreß. Zum Schluß rief Hofrat Dr. Maresch den Kongreßteilnehmern »Auf Wiedersehen im Haag und ein anderes Mal wieder in Wien« zu.

Freitag, den 3. Juni.

Eine große Anzahl von Kongreßteilnehmern — ungefähr 270 — benützten diesen Tag, um einen vom Organisationskomitee veranstalteten **Ausflug auf den Semmering** zu unternehmen.

Mittels Sonderzuges der Südbahn um 1/21 Uhr in der Station Semmering eingelangt, wurden sie dort vom Bürgermeister Dangel begrüßt und zogen sodann in das Südbahnhotel zum Mittagmahle. Südbahninspektor Merlitschek begrüßte die Teilnehmer als Gäste der Südbahnverwaltung.

»Wenn Sie«, sagte er, »wieder in Ihre Heimat kommen, so erzählen Sie, wie die Wiener ihre Kleinhäuser bauen und wo sie Erholung suchen.« Er schloß mit einem Hoch auf die Gäste. Hofrat Dr. Maresch dankte der Südbahnverwaltung, welche durch die Schaffung dieser Anlagen auf dem Semmering ein bedeutendes Werk zur Hebung des Fremdenverkehrs geleistet und als Pionier der Kultur auf den Höhen der Berge gewirkt habe.

Schließlich sei noch erwähnt, daß im Anschlusse an den Kongreß von zwei auswärtigen Mitgliedern desselben **Vorträge** über die Wohnungsfrage gehalten wurden, und zwar von dem Generalsekretär der deutschen Gartenstadtgesellschaft (Karlsruhe) Hans Kampffmeyer am 2. Juni ein Vortrag »Über Gartenstädte« im Wiener Settlement (XVI. Bezirk) und von dem Pariser Architekten Herrn Augustin Rey am 4. Juni ein von der Alliance Française in Wien veranstalteter Vortrag über das Thema »La Ville d'aujourd'hui, la Ville de demain, au point de vue des habitations populaires«. Beide mit Lichtbildern ausgestatteten Vorträge waren von einem zahlreichen Publikum besucht, das den Ausführungen der Vortragenden mit großem Interesse folgte.

Organisations-Statut.

§ 1.

Der IX. Internationale Wohnungskongreß tritt zu Wien am Montag den 30. Mai 1910 zusammen. Die Tagung des Kongresses dauert bis einschließlich 2. Juni 1910.

§ 2.

Die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses obliegt dem österreichischen Organisationskomitee.

§ 3.

Mitglieder des Kongresses sind:

1. Die Mitglieder des Permanenten Komitees der internationalen Wohnungskongresse.
2. Die Mitglieder des Organisationskomitees.
3. Die offiziellen Regierungsvertreter.
4. Diejenigen Einzelpersonen, Vereine und Körperschaften, die ihren Beitritt zu dem Kongresse erklären und einen Mitgliedsbeitrag von 20 Kronen (= 16 Mark = 20 Francs = 16 sh.) bezahlen. (Vertreter von gemeinnützigen Bau-genossenschaften und Arbeiterorganisationen haben nur den halben Mitgliedsbeitrag zu entrichten.)

Den Mitgliedern wird von dem Organisationskomitee eine auf ihren Namen lautende, nicht übertragbare Mitgliedskarte ausgestellt, die als Legitimation dient.

§ 4.

Teilnehmer des Kongresses sind die Familienangehörigen von Mitgliedern, welche einen Teilnehmerbetrag von mindestens 10 Kronen (= 8 Mark = 10 Francs = 8 sh.) bezahlt haben.

§ 5.

Mitglieder und Teilnehmer sind berechtigt, an allen Verhandlungen und Veranstaltungen des Kongresses teilzunehmen.

Die Mitglieder haben Anspruch auf sämtliche Drucksachen.

§ 6.

Subskribenten auf die Kongreßschriften erhalten gegen Entrichtung des Betrages von 12 Kronen (= 10 Mark = 12 Francs = 10 sh.) nach dem Kongresse alle Referate und Protokolle.

§ 7.

Die erste Sitzung des Kongresses wird von dem Präsidenten des Organisationskomitees eröffnet.

In dieser Sitzung wird auf Vorschlag des Organisationskomitees die Wahl der Präsidenten und Vizepräsidenten vorgenommen und das Kongreßbureau gebildet.

Die Tagesordnung jeder Sitzung wird von dem Kongreßbureau festgesetzt.

§ 8.

Die Generalreferenten leiten die Verhandlung über ihr Thema ein und haben das Schlußwort.

Den anderen Rednern wird das Wort nur auf je zehn Minuten erteilt, und nicht öfters als zweimal zu demselben Verhandlungsgegenstande.

Eine Abstimmung über die aufgestellten Thesen findet nicht statt.

Die Versammlung hat das Recht, Abweichungen von diesen Grundsätzen zuzulassen.

§ 9.

Die Kongreßsprachen sind Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch. Jeder Redner kann sich jedoch seiner Muttersprache bedienen.

Es wird Vorsorge getroffen, daß der wesentliche Inhalt der Vorträge und Reden nach dem Ermessen des Vorsitzenden sofort und kurz übersetzt wird.

§ 10.

Das Sekretariat des Organisationskomitees führt über jede Sitzung ein gedrängtes Protokoll.

Die Redner sind verpflichtet, dem Bureau bis zu dem auf den Sitzungstag folgenden Tag einen schriftlichen Auszug ihrer Ausführungen zu übergeben, andernfalls kann das Bureau einen vom Sekretariat anzufertigenden Auszug aus ihren Ausführungen dafür in das Protokoll einsetzen.

Die endgültige Redaktion der Berichte über die Verhandlungen obliegt dem Organisationskomitee.

§ 11.

Alle in diesen Satzungen nicht vorgesehenen Fragen entscheidet das Kongreßbureau.

*

Règlement du Congrès.

§ 1.

Le IX Congrès international des habitations à bon marché se réunit à Vienne le 30 Mai 1910 et prolonge la durée de ses séances jusqu'au 2 Juin 1910 inclus.

§ 2.

La préparation et l'arrangement de Congrès incombe au comité d'Organisation autrichien.

§ 3.

Sont Membres du Congrès :

- 1^o Les membres du comité permanent des congrès internationaux des habitations à bon marché.
- 2^o Les membres du comité d'organisation.
- 3^o Les représentants officiels des gouvernements.
- 4^o Les particuliers, sociétés et corporations qui déclarent vouloir prendre part au congrès et paient une cotisation

de membre de 20 couronnes (= 16 mark = 20 francs = 16 sh.). (Les représentants d'associations de construction d'habitations à bon marché et d'organisation ouvrières ne sont tenus de verser que la moitié du montant de la cotisation.)

Il sera remis aux membres, par les soins du comité d'organisation, une carte de membre à leur nom, non cessible et servant de carte d'identité.

§ 4.

Membres participants du Congrès sont les parents des membres qui ont versé une cotisation minima de 10 couronnes (= 8 mark = 10 francs = 8 sh.).

§ 5.

Les membres et membres participants ont droit à prendre part à toutes les séances et à tous les divertissements du Congrès. Les membres ont droit à tous les imprimés.

§ 6.

On peut souscrire pour les imprimés du Congrès. Un versement de 12 couronnes (= 10 mark = 12 francs = 10 sh.) donne droit à l'expiration du Congrès, à tous les rapports et procès-verbaux.

§ 7.

La première séance du Congrès est ouverte par le Président du comité d'organisation.

Dans cette séance sera procédé, sur l'invitation du comité d'organisation, à l'élection des présidents et vice-présidents et du bureau du Congrès.

L'ordre du jour de chaque séance est établi par le bureau du Congrès.

§ 8.

Les rapporteurs généraux ont la direction de la discussion sur leur propre sujet et le droit de clore le débat.

Les autres orateurs n'ont la parole que pour un laps de temps de 10 minutes à la fois et jamais plus de 2 fois pour

le même objet. Il n'est procédé à aucun vote au sujet des thèses proposées.

L'Assemblée a le droit de permettre certaines transgressions à ces principes.

§ 9.

Les langues du Congrès sont l'allemand, l'anglais, le français et l'italien. Pourtant chaque orateur a le droit de se servir de sa langue maternelle.

Il sera veillé à ce que l'essentiel sur l'estimation du président des exposés et des discours soit immédiatement et brièvement traduit.

§ 10.

Le secrétariat du comité d'organisation rédige à propos un procès-verbal concis.

Les orateurs sont tenus de déposer au bureau, le lendemain même de la séance, un résumé par écrit de leurs paroles ; autrement le bureau pourrait mettre au procès-verbal un résumé de leur paroles rédigé par le secrétariat.

La rédaction définitive des comptes-rendus des séances incombe au comité d'organisation.

§ 11.

Toutes les questions non prévues aux présents statuts sont solutionnées par le bureau du Congrès.

*

Regulations.

§ 1.

The IXth International Housing Congress meets in Vienna, on May 30th, 1910. The Session of the Congress lasts till June 2nd, 1910, inclusively.

§ 2.

The arranging and conduct of the Congress is incumbent on the Austrian Executive Committee.

§ 3.

Members of the Congress are :

- 1) The members of the Permanent Committee of the International Housing Congress.
- 2) The members of the Executive Committee.
- 3) The official delegates of the Government.
- 4) Those persons, societies and corporations that declare their intention of taking part in the Congress and pay a member's subscription of 20 Kronen (= 16 marks = 20 francs = 16 shillings). (Representatives of Building Societies of Public utility and Trades Unions pay half the member's fee.)

The members receive, from the Executive Committee, a members' ticket with their name, and untransferable, which serves to prove their identity.

§ 4.

As persons, taking part in the Congress, the relatives of members are recognised, that have paid a participator's contribution of, at least, 10 Kronen (= 8 marks = 10 francs = 8 shillings).

§ 5.

Members and Participators are entitled to take part in all the proceedings and social arrangements of the Congress.

The members are entitled to receive all the papers printed by the office.

§ 6.

Subscribers to the Congress Papers receive, on payment of the amount of 12 Kronen (= 10 marks = 12 francs = 10 shillings) after the Congress, all the reports and minutes.

§ 7.

The first meeting of the Congress is opened by the President of the Executive Committee. In this meeting, on the proposal of the Executive Committee, the Election of the Presidents and Vice-Presidents is conducted, and the Congress-Office constituted.

The agenda of each meeting are determined by the Congress-Office.

§ 8.

The readers of general reports introduce their subject, and have the right to make some concluding remarks. Other speakers may only speak for 10 minutes each, and not oftener than twice upon the same subjects of discussion. There is no voting upon the theses proposed.

The assembly has the right of admitting departures from these principles.

§ 9.

The languages employed in the Congress are German, English, French and Italian. Every speaker may, however, make use of his native tongue.

Provision is made for an immediate and short translation of the essential contents of the papers and speeches, according to the discretion of the President.

§ 10.

The Secretariat of the Executive Committee makes a succinct Report of each meeting.

The speakers accept the obligation, to hand in to the Congress-Office, by the day, following that of the meeting, a written summary of their speeches; otherwise the office may insert an epitome in the minutes, which is to be made by the Secretariat. The final publication of the reports of the proceedings is incumbent on the Executive Committee.

§ 11.

All questions not considered in these Regulations are decided by the Congress-Office.

Frageprogramm für den Kongreß.

Verhandlungsgegenstände.

I. Welche Schlüsse ergeben sich aus den bisher gewonnenen Erfahrungen für die Entwicklung der kommunalen Wohnungspolitik und in welcher Weise sind ihre Aufgaben zu lösen?

Zur Beantwortung dieser Frage ist in großen Umrissen darzustellen, inwieweit in Ihrem Lande die Gemeinden bisher auf dem Gebiete der Wohnungspolitik tätig gewesen sind, insbesondere auf jenem

- a) der Wohnungsinspektion,
- b) der Erschließung von Bauland (Stadterweiterung),
- c) der Bodenpolitik (Erwerbung von Grund und Boden und Erhaltung desselben im Gemeindeseigentum),
- d) der Besteuerung,
- e) des Wohnungsbaues durch die Gemeinde selbst und der Förderung gemeinnütziger Bautätigkeit.

Die Schlußfolgerungen dieser Darstellung sind zu Leitsätzen einer kommunalen Wohnungspolitik zusammenzufassen.

II. Wie ist der Kredit für die gemeinnützige Bautätigkeit zu organisieren?

1. Auf Grund der Erfahrungen Ihres Landes ist darzulegen, wie groß die Kreditbedürftigkeit der gemeinnützigen Bautätigkeit ist, d. h. welchen Teil des Bauaufwandes die Bauvereine regelmäßig aus eigenem aufbringen können und welcher Darlehenszinsfuß die höchste zulässige Grenze bildet, bei der die gemeinnützige Bautätigkeit zu bestehen vermag.

2. Welches sind die in Ihrem Lande für die gemeinnützige Bautätigkeit vorhandenen Kreditquellen? Die Beantwortung dieser Frage ist nach Möglichkeit in der Weise zu teilen, daß, abgesehen vom allgemeinen Kapitalmarkte, die Kreditgewährung seitens des Staates, seitens der kommunalen und anderen öffentlichen Organe, seitens öffentlicher Anstalten (Zwangsversicherungsanstalten, Landeskreditkassen, Sparkassen usw.) und endlich seitens besonderer privater Kreditinstitute unterschieden wird. Besonders zu berücksichtigen ist dabei, ob neben der Beschaffung von Hypotheken bis zur Mündelsicherheit (deren Höhe anzugeben ist) auch für die Beschaffung des darüber hinausgehenden sogenannten zweiten Satzes und für die Beschaffung von kurzfristigen Baukrediten Sorge getragen wird.

3. Wem werden die Kredite gewährt (Gemeinden, Korporationen, Stiftungen, Privatpersonen usw.)? und unter welchen Bedingungen? Inwiefern wird dabei

unterschieden zwischen der Errichtung von Eigenhäusern und solchen Gebäuden, die im Eigentum der Gemeinde, Korporation, Stiftung verbleiben?

4. Welches sind die Erfahrungen, die man bisher mit den verschiedenen Arten der Kreditorganisation gemacht hat, und welche Projekte werden in Fachkreisen zur künftigen Organisation des Kredites erörtert?

Es wird ersucht, die Schlußfolgerungen zu einigen kurzen Leitsätzen zusammenzufassen.

III. Kleinhaus (cottage) oder Miethaus (bloc)?

1. Es ist auf Grund der bisherigen Entwicklung darzustellen, welches der beiden Systeme, Kleinhaus oder Miethaus, seitens der gemeinnützigen Bautätigkeit Ihres Landes zur Anwendung gebracht wird und dabei nötigenfalls zu unterscheiden zwischen den verschiedenen Organisationsformen der gemeinnützigen Bautätigkeit (öffentliche Körperschaften, Stiftungen, Genossenschaften, Baugesellschaften usw.). Unter »Kleinhaus« ist zu verstehen das für eine oder zwei Familien bestimmte Wohnhaus, gleichviel ob es an Privatpersonen zu Eigentum beziehungsweise Erbpacht überlassen wird oder im Eigentume der gemeinnützigen Organisation verbleibt. Unter »Miethaus« ist hier das Haus mit mehr als zwei Familienwohnungen gemeint, die lediglich im Wege der Vermietung vergeben werden. Nach Möglichkeit sind dabei die Voraussetzungen anzugeben, unter denen jedes der beiden Systeme zulässig ist, und die Gründe, aus denen sich die Bevorzugung des einen oder des anderen Systemes erklärt.

2. Es sind die Erfahrungen zu berichten, die man bisher mit dem Kleinhaus und dem Miethaus gemacht hat, und die Vorzüge und Mängel der beiden Systeme in technischer, administrativer und sozialer Beziehung vergleichend darzustellen. Insbesondere ist auf Grund des vorhandenen Tatsachenmaterials zu erörtern, inwieweit das Kleinhaus sich mit Rücksicht auf seine Gestehungs- und Erhaltungskosten als weniger rentabel erweist und inwieweit die Überlassung von Kleinhäusern in das Eigentum von Privatpersonen die Gefahr einer spekulativen Verwertung in sich birgt. Im Anschlusse daran, sind die Maßregeln anzugeben, die man bisher versucht oder vorschlug, um die Mängel zu beseitigen, die jedem der beiden Systeme anhaften.

3. Es sind die Aussichten für die weitere Entwicklung der gemeinnützigen Bautätigkeit im Hinblick auf die gestellte Frage zu erörtern und die Schlußfolgerungen zu einigen knappen Leitsätzen zusammenzufassen.

IV. Welche Maßregeln empfehlen sich zur Verbilligung der Baukosten für Kleinwohnungen?

Welche Mittel werden bei Ihnen angewendet, um die Baukosten für Kleinwohnungen zu ermäßigen,

- a) in Beziehung auf die Grundrißlösung;
- b) in Beziehung auf die baulichen Konstruktionen;
- c) in Beziehung auf die verwendeten Baustoffe.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem Baue von einzeln stehenden Häusern in offener Bauweise und dem Baue von Reihenhäusern in geschlossener oder halboffener Bauweise. Es wird ersucht, die Grundsätze für eine Verbilligung des Wohnungsbaues zu einigen kurzen Leitsätzen zusammenzufassen.

V. Die Fortschritte des Wohnungswesens während der letzten fünf Jahre.

Es ist ein zusammenfassender Bericht über die Fortschritte zu erstatten, welche das Wohnungswesen während der letzten fünf Jahre in Ihrem Lande gemacht hat. Dieser Bericht soll einen Überblick gewähren einerseits über die Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der Wohnungsreform und andererseits über die praktischen Erfolge der gemeinnützigen Bautätigkeit. Die Darstellung hat nicht nur den Zweck, das erforderliche Tatsachenmaterial für die Behandlung der auf das Kongreßprogramm gestellten Fragen zu sammeln, sondern auch die Grundlage für eine verlässliche, fortlaufende Berichterstattung über die Fortschritte des Wohnungswesens zu liefern, die, von Kongreß zu Kongreß fortgeführt, in übersichtlicher Weise über die Erfolge der Wohnungsreform in allen Ländern orientiert.

Permanentes Komitee der internationalen Wohnungskongresse.

Le Comité Permanent des Congrès internationaux d'habitations
à bon marché.

Permanent Committee of international Housing Congresses.

Präsident: O. Lepreux, Directeur de la Banque Nationale Belge, Bruxelles.

Sekretär: O. Velghe, Directeur Général de l'Administration du Service de Santé et de l'Hygiène, Bruxelles.

BELGIQUE.

J. Dubois, Directeur Général au Ministère de Travail, Bruxelles.

E. Mahaim, Professeur à l'université de Liège.

A. Soenens, Vice-président de la Cour Suprême de Justice, Bruxelles.

DEUTSCHES REICH.

H. Albrecht, Dr., Prof., Geschäftsführer der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin.

C. J. Fuchs, Dr., Universitätsprofessor, Tübingen.

Stübben, Dr.-Ing., Geheimer und Oberbaurat, Berlin.

FRANCE.

Lucien Ferrand, Chargé d'affaires de la Société française des habitations à bon marché, Paris.

E. Fuster, Secrétaire Général de l'alliance d'Hygiène sociale, Paris.

G. Paulet, Professeur, Directeur de l'Assurance et la Prévoyance Sociales, Paris.

GREAT BRITAIN.

H. R. Aldridge, Secretary National Housing Reform Council, Leicester.

T. C. Horsfall, J. P. Macclesfield.

P. W. Thompson, Mayor of Richmond, chairman, National Housing reform council.

ITALIE.

V. Magaldi, Directeur au Ministère de l'Agriculture, Rome.

M. Besso, Ministère de l'Agriculture, Rome.

Conte C. Sabini.

NIEDERLANDE.

J. H. Faber, Zivilingenieur, Reichs-Wohnungsinspektor, Zwolle.

W. de Man, Mitglied des Staatsrates für Hygiene, Amsterdam.

J. W. C. Tellegen, Direktor der Bau- und Wohnungspolizei, Amsterdam.

ÖSTERREICH.

Emil Ritter von Fürth, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, Wien.

R. Maresch, Dr., Hofrat, Obmann der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, Wien.

H. Rauchberg, Dr., Hofrat, Universitätsprofessor, Prag.

SCHWEDEN.

Oskar Trapp, Konsul, Direktor der Eisenbahnen, Helsingborg.

Sven Palme, Generaldirektor der Lebens-Assekuranz-Gesellschaft „Thule“, Reichstagsabgeordneter, Stockholm.

Axel Ramm, Stadtrevisor, Göteborg.

SCHWEIZ.

M. Schnetzler, Dr., Universitätsprofessor, Lausanne.

UNITED STATES OF AMERICA.

R. W. de Forest.

M. Arthur Williams.

W. H. Tolman, Museum of Safety and Sanitation. New York.

UNGARN.

- Dr. St. von Barczy, Bürgermeister der kgl. Hauptstadt Budapest.
- Dr. Edmund von Wildner, Magistratsobernetär, Budapest.
- Dr. Emerich Ferenczi, Budapest.

NORWEGEN.

- Th. Svane, Inspektor, Christiania.

Listen der vorbereitenden Komitees.

Präsidium des Organisations-Komitees:

Präsident: Exz. Dr. Franz Klein, wirklicher Geheimer Rat, k. k. Justizminister a. D.

Vize-Präsidenten: Dr.-Ing. Franz Berger, Sektionschef im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten; Dr. Julius Leo, k. k. Universitätsprofessor, Präsident der königl. Hauptstadt Krakau; Dr. Joh. Nep. Lošťák, Obmann des böhmischen Landesvereines für Wohnungsreform; Dr. Rudolf Maresch, k. k. Hofrat, Obmann der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich; Dr. Heinrich Rauchberg, k. k. Hofrat, Universitätsprofessor.

Bureau: Generalsekretär: Dr. Emil Ritter von Fürth, Gemeinderat der Stadt Wien, Hof- und Gerichtsadvokat; Schatzmeister: Otto Kanitz, k. k. Kommerzialrat; Sekretäre: Dr. Karl Příbram, Universitätsdozent; Dr. Emil Perels, Konzipist der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer.

Exekutivkomitee: Exz. Dr. Franz Klein (Obmann); Magistratsrat Dr. Rudolf Bibl; Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Emil Ritter von Fürth; Kommerzialrat Otto Kanitz; Hofrat Dr. Rudolf Maresch (Obmann-Stellvertreter); Architekt Prof. Karl Mayreder; Ministerialrat im Arbeitsministerium Dr. Franz Edler von Meinzingen; Universitätsdozent Dr. Karl Příbram; Kammerkonzipist Dr. Emil Perels; Kammerkonsulent Dr. Hermann von Sauter; Oberbaurat im Arbeitsministerium Adalbert Stradal.

Finanzkomitee: Vizegouverneur der k. k. priv. allg. österr. Bodenkreditanstalt Kammerrat Julius Herz (Obmann); Kammerrat Hugo Herzfelder (Obmann-Stellvertreter); Kommerzialrat Otto Kanitz; Landesrat der Hypothekenanstalt

Dr. Karl Karlik; Kammerrat Dr. James Klang; Regierungsrat Karl Kögler; Präsident der Statistischen Zentralkommission Exz. Dr. Meyer; Großindustrieller Hugo von Noot (Obmann-Stellvertreter); Dr. Felix Freiherr von Oppenheimer; Ministerialsekretär Dr. Franz Pauer; Sparkassenvorstand Dr. Paul Schwarz; Oberkurator Leopold Steiner.

Ausstellungskomitee: Architekt Professor an der k. k. technischen Hochschule Karl Mayreder (Obmann); städtischer Oberbaurat Heinrich Goldemund; Oberbaurat Julius Koch; Ministerialkonzipist Dr. Ignaz Kubista; Regierungsrat Dr. Eduard Leisching (Obmann-Stellvertreter); Doktor Felix Freiherr von Oppenheimer; Baurat Dr. Ing. Josef Piskač; Professor Leopold Simony; Architekt Siegfried Sitte; Magistratsrat Dr. Franz Späth; Oberbaurat Adalbert Stradal; Oberbaurat Anton Sklenář; Ober-Stadtphysikus Dr. Theodor Szongott.

Damenkomitee: Frau Hofrat Karoline Maresch-Arthaber (Vorsitzende); Frau Professor Berta von Arthaber; Frau Major Frida von Becher; Frau Regierungsrat Elsa Brockhausen; Fräulein Helene Bucher; Fräulein Anna von Carpentier; Frau Hofrat Lisa Schwiedland; Frau Baronin Risa Vesque-Püttingen; Frau Baronin Amalie Falke-Lilienstein; Frau Hofrat Otilie Friedländer; Frau Ernestine von Fürth; Frau Direktor Heller; Frau Kommerzialrat Wally Herzfelder; Frau Ministerialrat Emma Kaan; Frau Kommerzialrat Melanie Kanitz; Frau Helene Scheu-Riesz; Frau Anna Schüller; Frau Kaiserliche Rat Elly Spiegel.

Ortsausschuß: Truchseß, Kommerzialrat Oskar Edler von Hoefft, Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr (Vorsitzender). Sektionsrat Dr. Julius von Twardowski, Ministerium für öffentliche Arbeiten; Ministerialkonzipist Dr. Ignaz Kubista, Ministerium für öffentliche Arbeiten; Patentamts-Konzipist Dr. Friedrich Rucker, Ministerium für öffentliche Arbeiten; Magistratsrat Dr. Franz Spaeth, Magistratspräsidium; Magistratssekretär Josef Formanek, Magistratspräsidium; Bahnkonzipist Dr. Artur Maria Scheiber, k. k.

Staatsbahndirektion; Bahnkonzipist Dr. Rudolf Edler von Radler, k. k. Staatsbahndirektion; Kaiserlicher Rat Oberinspektor Dr. Mündl, Generaldirektion der k. k. priv. Südbahngesellschaft; Inspektor Merlitschek, Generaldirektion der k. k. priv. Südbahngesellschaft; Kommerzialrat Rudolf Maaß, Landesverband für Fremdenverkehr; Kaiserlicher Rat Direktor Simon Lehr, Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr; Hotelier Peter Wolfbauer, Gremium der Hoteliers und Fremdenherbergen; Sekretär Josef Rieß, Gremium der Hoteliers und Fremdenherbergen; Kaiserlicher Rat Moritz Spiegel, Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Stiftung; Kaiserlicher Rat Dr. Aug. von Schenker-Angerer; Kaiserlicher Rat Karl Richard, Hotelier; Oberinspektor Adolf Janisch, Eisenbahnministerium; Oberinspektor Julius Petzold, Eisenbahnministerium; Direktor Ingenieur Ludwig Spängler, Gemeinde Wien — Städtische Straßenbahnen; Direktionsrat Dr. Wenzel Reuß, Gemeinde Wien — Städtische Straßenbahnen.

Kongreßleitung:

Ehrenpräsident: Mr. O. Lepreux.

Präsident: Minister a. D. Dr. Franz Klein.

Vizepräsident für Belgien: Professor E. Mahaim;

„ „ Deutschland: Professor Dr. Heinrich Albrecht;

„ „ Frankreich: Lucien Ferrand;

„ „ Großbritannien: Henri R. Aldridge;

„ „ Italien: Comm. Dott. V. Magaldi;

„ „ die Niederlande: Direktor J. W. C. Tellegen;

„ „ Schweden: Stadtrevisor Axel Ramm;

„ „ Ungarn: Bürgermeister Dr. Stephan Barczy;

„ „ die Vereinigten Staaten: Direktor William H. Tolman;

Vizepräsidenten für Österreich: Sektionschef Dr. Franz Berger, Stadtpräsident Dr. Julius Leo, Direktor Dr. J. N. Lošťák, Hofrat Dr. Rudolf Maresch, Hofrat Dr. Heinrich Rauchberg.

Generalsekretär: Dr. Emil Ritter von Fürth.

Sekretäre: Universitätsdozent Dr. Karl Přibram, Handelskammerkonzipist Dr. Emil Perels.

Liste der offiziellen Delegierten der Regierungen.

Liste des Délégués Officiels des Gouvernements.

List of official Delegates of Governments.

Belgien. — Belgique. — Belgium.

- M. Lepreux, O., Directeur de la Banque National Belge, Bruxelles.
- „ Velghe, O., Directeur Général de l'Administration du Service de Santé et de l'Hygiène, Secrétaire du Comité permanent des Congrès internationaux des habitations à bon marché, Bruxelles.
- „ Soenens, A., Vice-président de la Cour Suprême de Justice, Bruxelles.
- „ Dubois, Jean, Directeur Général de l'Office du Travail au Ministère de l'Industrie et du Travail, Bruxelles.
- „ Mahaim, E., Professeur à l'Université de Liège.
- „ Melle, van, Chef de bureau à l'Office du Travail au Ministère de l'Industrie et du Travail, Bruxelles.

Dänemark. — Danemark. — Denmark.

- Herr Juul, V., kgl. Bahndirektor, 1 E., Gl. Kongevei, Kopenhagen.

Deutschland. — Allemagne. — German Empire.

- Herr Just, Direktor im Reichsamt des Innern, Berlin. (Deutsche Reichsregierung.)
- „ Hartmann, Dr., Regierungsrat im Reichsamt des Innern, Berlin. (Deutsche Reichsregierung.)
- „ Neumann, Geheimer Ober-Regierungsrat, Vortragender Rat im kgl. Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin.
- „ Wever, staatlicher Wohnungsinspektor, kgl. preußischer Regierungs- und Baurat, Düsseldorf.
- „ Knözinger, Ludwig, Ministerialrat im kgl. Bayrischen Staatsministerium des Innern, München.

- Herr Bergmann, Eugen, Dr., Regierungsrat, Zentralwohnungsinspektor im kgl. Bayrischen Staatsministerium des Innern, München.
- „ Rumpelt, Dr., Geheimer Rat, Ministerialdirektor im kgl. Sächsischen Ministerium des Innern, Dresden.
- „ Lossow, Geheimer Regierungsrat im kgl. Sächsischen Ministerium des Innern, Dresden.
- „ Daser, Wilhelm, Bauinspektor, Landeswohnungsinspektor im kgl. Württembergischen Ministerium des Innern, Stuttgart.
- „ Deditius, Baurat, Senat der freien und Hansestadt Lübeck.
- „ Nocht, Dr., Professor, Medizinalrat, Senat der freien und Hansestadt Hamburg.
- „ Gründler, Baurat, Senat der freien und Hansestadt Hamburg.
- „ Classen, Baupolizeidirektor, Senat der freien und Hansestadt Hamburg.

Frankreich. — France.

- M. Paulet, Georges, Conseiller d'État, Directeur de l'Assurance et de la Prévoyance Sociales au Ministère du Travail, Professeur de la législation ouvrière à l'École des Sciences politiques de Paris, Paris.
- „ Bellom, Maurice, Ingénieur-en-chef des Mines, Professeur de l'Économie industrielle à l'École Supérieure des Mines, Ministère des Travaux publics, Paris.
- „ Risler, Georges Henry, Membre du Conseil Supérieur des Habitations à bon marché, Délégué par le Ministre du Travail et de la Prévoyance sociale, Président de la Délégation de la Société Française des Habitations à bon marché au Congrès de Vienne, Paris.
- „ Rey, Adolphe Augustin, s. c. Architecte A. D. G., Membre du Conseil Supérieur des Habitations, Ministère du Travail, Paris.

Italien. — Italie. — Italy.

- M. Magaldi, V., Comm. Dott. Direttore Generale del Credito e della Previdenza del Ministero di Agricoltura, Industria e Commercio, Roma.

- M. Besso, Marco, Direttore Generale della Società di Assicurazioni Generali di Venezia.
 „ Maffi, Antonio, Presidente della Lega Nazionale delle Cooperative Italiane.
 Conte Sabini, Candido, Delegato Commerciale presso la R. Ambasciata d'Italia.

Niederlande. — Pays-Bas. — Netherlands.

- Herr Lely, C., Dr., Zivilingenieur, gewesener Minister, Beigeordneter, Den Haag.

Norwegen. — Norvège. — Norway.

- Herr Morgenstjerne, Chr. v. Munthe af, Architekt, Christiania.
 „ Hansson, Chr., Obergerichtsanwalt, Christiania.

Österreich. — Autriche. — Austria.

- Herr Wickenburg, Max Graf, Dr., Sektionschef im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien.
 „ Meinzinger Edler von Meinzingen, Franz, Ministerialrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien.
 „ Koch, Alois, Ministerialrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien.
 „ Stradal, Adalbert, Oberbaurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien.
 „ Gasteiger von und zu Raabenstein und Kobach, Otto, Ministerialrat im k. k. Handelsministerium, Wien.
 „ Sklenář, Anton, Oberbaurat im k. k. Handelsministerium, Wien.
 „ Schullern zu Schrattenhofen, Hermann Ritter von, Dr., Professor, Hofrat im k. k. Ackerbaumministerium, Wien.
 „ Pockels, Georg, Dr., Ministerialrat im k. k. Ministerium des Innern, Wien.
 „ Helly Karl Ritter von, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium des Innern, Wien.
 „ Schauer, Hugo, Dr., Sektionschef im k. k. Justizministerium, Wien.

- Herr Pollak, Theobald, Dr., Ministerialrat im k. k. Eisenbahnministerium, Wien.
- „ Schick, Leopold, Oberbaurat im k. k. Eisenbahnministerium, Wien.
- „ Braitenberg zu Zenoburg, Josef von, Dr., Ministerialrat im k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht, Wien.
- „ Longin-Womela, Karl, Dr., Ministerialsekretär im k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht, Wien.
- „ Reisch, Richard, Dr., Sektionschef im k. k. Finanzministerium, Wien.
- „ Lopuzanski, Eugen, Dr., Sektionsrat im k. k. Finanzministerium, Wien.

Bosnien.

- Herr Klimburg, Otto, Freiherr von, Hofrat im k. u. k. Gemeinsamen Finanzministerium in Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina, Wien.

Portugal.

- Exz. Paraty, Don Miguel de Noronha, Graf von, kgl. portugiesischer a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister, Wien.

Rumänien. — Roumanie. — Rumania.

- M. Moroianu, George, Dr., kgl. rum. Handelsattaché in Deutschland und Österreich-Ungarn.

Schweden. — La Suède. — Sweden.

- Herr Palme, Sven, Generaldirektor der Lebens-Assekuranzgesellschaft „Thule“, Mitglied des Unterhauses, Stockholm.
- „ Trapp, Oskar, Hon. Vizekonsul, Direktor der Eisenbahnen, Mitglied des Oberhauses, Helsingborg.
- „ Ramm, Axel, Munizipal-Rechnungskontrollor, Göteborg.

Ungarn. — Hongrie. — Hungary.

- Herr Szántó, Melchior, Ministerialrat und Museumsdirektor, Budapest.

- Herr Jendrassik, Alfred, Kunstrat im kgl. ung. Ministerium des Innern, Budapest.
 „ Barta, Ernst, Dr., Finanzrat im kgl. ung. Finanzministerium, Budapest.

Vereinigte Staaten von Amerika. — Etats Unis d'Amérique. — United States of America.

- Mr. Tolman, William H., Director, Secretary American Section Housing Congress, New-York City.
 „ Buchholz, Arthur E., Chief Inspector, Division of Tenement House Inspector, City Hall, Philadelphia, Penna.

Liste der Mitglieder und Teilnehmer.*)

Belgien. — Belgique. — Belgium.

- M. Ampe, Cyrille, Notaire, Assche.
 „ Beauduin, Lucien, Directeur de la Raffinerie Tirlemontoise, Tirlemont.
 „ Begasse, Joseph, Consul Général d'Autriche-Hongrie, Liège.
 Mme. Begasse, Joseph, Avenue de l'Observatoire, Liège.
 M. Buls, Charles, Ancien Bourgmestre de Bruxelles, 40, rue du Beau-Sitte, Bruxelles.
 „ Capellen, van, trésorier et Hauwaert, Secrétaire du Comité de patronage des Habitations ouvrières de Vilvorde, Assche et Wolverthem, Vilvorde.
 „ Colbeck, Janssens, Secrétaire de la Bréeër Krediet maatschappij voor werkmanswoningen, Brée.
 „ Dardenne, E. J., Secrétaire du Comité de patronage des Habitations ouvrières d'Andenne, 15, rue Descreety, Andenne.
 „ Deroover, Emile, Premier Directeur de la Caisse générale d'Epargne et de Retraite, 48, rue du Fossé-aux loups, Bruxelles.

*) Abkürzungen: C. P. = Comité Permanent; O. = Österreichisches Organisationskomitee; D. = Delegierter (Regierungsvertreter).

- M. Deuren, Jean van, entrepreneur de travaux publics, 16, avenue Macau, Bruxelles.
- „ Doat, H. L. J., Ingénieur, Compagnie générale des conduites d'eau, Liège.
- „ Dubois, Jean, Directeur général de l'Office du Travail au ministère de l'Industrie et du Travail, 2, rue Lambermont, Bruxelles. — C.P. — D.
- „ Duvelaar van Campen, Louis, Avocat, Président de la „Maison ouvrière“, Député suppléant, Ath.
- „ Gellé, M. A., Architecte, Bruxelles.
- „ Gravez, Benoît, Chef des bureaux du Crédit communal de Belgique, 26, Boulevard du Jubilé, Bruxelles.
- „ Hemptinne, Eugène de, 12, rue du Hainaut, Gent.
- „ Lepreux, O., Directeur de la Banque nationale Belge, Président du Comité Permanent des Congrès internationaux des habitations à bon marché, Bruxelles. — C. P. D.
- „ Maes, M. M. Echevin de l'Assistance publique et des Cultes, 18, rue du Lombard, Bruxelles.
- „ Mahaim, E., Professor à l'Université, Ministère de l'Industrie et du Travail, Comité de patronage des Habitations ouvrières de la ville de Liège et des communes limitrophes, Palais Provincial à Liège. — C.P. — D.
- Mme. Mahaim, M., Liège.
- M. Melle, van, Chef de bureau à l'Office du Travail au Ministère de l'Industrie et du Travail, Bruxelles. — D.
- Mme. Melle, van, 136, rue Traversuré, Bruxelles.
- M. Peltzer de Clermont, Sénateur, Président du Credit immobilier de l'ouvrier, Verviers.
- Mme. Peltzer de Clermont, Verviers.
- M. Petre, Industriel, Président du Comité de patronage des Habitations ouvrières de Vilvorde, Assche et Wolverthem, Vilvorde.
- „ Plehiers, Felix, géomètre du catastre, administrateur de la société: Bréeër Krediet maatschappij voor werkmanswoningen, Brée.
- „ Polain, Henri, Société de la Vieille-Montagne, 6, Quai de la Boverie, Liège.
- „ Polain, Henri jun., 6, Quai de la Boverie, Liège.

- M. Quéker, Directeur de l'Assistance publique et des Cultes, 18, rue du Lombard, Bruxelles.
- „ Schepmans, Villem, Chef de Bureau, Le Collège des Bourgmestres et Echevins, Anvers.
- „ Slegten, Théodore, entrepreneur de travaux publics, Neerpelt.
- „ Soenens, A., Vice-président de la Cour Suprême de Justice, Président du Comité de patronage des Habitations ouvrières de St. Gilles, 176, Avenue de Ter-vueren, Bruxelles. — C.P. — D.
- „ Strauss, échevin, Le Collège des Bourgmestres et Echevins, Anvers.
- „ Velghe, O., Directeur Général de l'Administration du Service de Santé et de l'Hygiène, Secrétaire du Comité permanent des Congrès internationaux des habitations à bon marché, 129, chaussé Saint-Pierre, Bruxelles. — C.P. — D.
- „ Vivroux, Aug. M., Architecte, Crédit immobilier de l'ouvrier, Verviers.
- Le Foyer Anderlechtois, Société Anonyme pour la construction, l'achat et la vente et la location de maisons ouvrières, 8, rue Van Lint, Anderlecht, Bruxelles.
- La Province de Liège.

Bulgarien. — Bulgarie. — Bulgaria.

- M. Daneff, S., Dr., Membre du Parlement, avocat, Sofia.
- „ Ilieff, Grégoire, Ingénieur, Directeur des Travaux Publics de la Mairie de Sofia.
- „ Moutafoff, Chr., Dr., avocat, 2, Rue Denkoglou, Sofia.

Dänemark. — Danemark. — Denmark.

- Herr Juul, V., kgl. Bahndirektor, 1 E., Gl. Kongevei, Kopenhagen. — D.
- „ Trap, Cordt, Direktor des Kommunalstatistischen Bureaus, Kopenhagen.

Deutschland. — Allemagne. — German Empire.

- Herr Alberti, Dr., Justizrat, Allg. Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Wiesbaden.

- Herr Albrecht, H., Dr., Professor, Zentralstelle für Volkswohlfahrt, 11, Schillerstraße, Groß-Lichterfelde bei Berlin. — C. P.
- „ Altenrath, Dr. jur., 14, Dessauerstraße, Berlin SW. 11.
- „ Althoff, Dr., Landesrat, Vorstandsvorsitzender der Landesversicherungsanstalt Westfalen, 1, Bispinghof, Münster i. W.
- „ Andrescu, Heinrich, Geschäftsführer der Bauvereine zu Hamburg, 29, Ferdinandstraße, Hamburg.
- „ Ansprenger, Alois, Magistratsrat der Stadt München.
- „ Barth, Peter, Baumeister, Grund- und Hausbesitzerverein München, 63, Türkenstraße, München.
- „ Baumert, Georg, Dr., Justizrat, 29, Potsdamerstraße, Spandau bei Berlin.
- „ Baur, Melchior, Gemeindebevollmächtigter der Stadt München.
- „ Bergmann, Eugen, Dr., Regierungsrat und Zentralwohnungsinspektor im kgl. Bayrischen Staatsministerium des Innern, München. — D.
- „ Berlepsch-Valendas, H. E., Architekt, B. d. A., Planegg bei München.
- „ Beuing, Sekretär des Westfälischen Vereines zur Förderung des Kleinwohnungswesens, 2, Bispinghof, Münster i. W.
- „ Bickel, August, Töpfermeister, Haus- und Grundeigentümerverschein von Kiel und Umgebung, 73, Holtenuerstraße, Kiel.
- „ Bissing, Max, Architekt, 3a, Wilhelminenstraße, Berlin SW.
- „ Bleyer, Fritz, Regierungsbaumeister a. D., Architekt, 8, Arndtstraße 3, Königsberg i. Pr.
- Frau Bleyer, 8, Arndtstraße 3, Königsberg i. Pr.
- Herr Blumentritt, Karl, Rentier und Stadtverordneter, 65, Ludwig Winberestraße, Halle a. d. S.
- „ Boldt, Dr., Stadtrat, 13, Dresdenerstraße, Dortmund, Westfalen.
- „ Classen, Baupolizeidirektor, Hamburg. — D.
- „ Dannenberg, Hans, Kaufmann, 20, Lübeckerstraße, Berlin NW.
- „ Daser, Wilhelm, Bauinspektor, kgl. Landeswohnungsinspektor, 5, Seestraße, Stuttgart. — D.

- Herr Dauer, Architekt, Stadtbaumeister, Bauverein für Arbeiterwohnungen A.-G., Düren.
- „ Deditius, Baurat, Lübeck. — D.
- „ Dietz, Dr., Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt des Großherzogtums Hessen, Darmstadt.
- „ Döschel, Rudolf, Rentier und Bürgervorsteher, 74, Hafestraße, Lehe, Deutschland.
- „ Drenske, H., Rentier, 8, Zossenerstraße, Berlin SW.
- „ Düttmann, Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt, Oldenburg.
- „ Ebeling, Ernst, Dr., Oberbürgermeister, Dessau, Anhalt.
- „ Fabarius, Mag.-Baurat, Kassel.
- „ Fieck, M., Baumeister, 59/61, Steindamm, Königsberg i. Pr.
- „ Frank, M., Apotheker, Stadtverordneter, Hohenzollernring, Köln.
- „ Frech, Michael, Gemeindebevollmächtigter der Stadt München.
- „ Frenay, Ignaz, Dr., Bürgermeister, Gemeinnützige Bau-genossenschaft in Bensheim a. Bergstraße.
- Frau Frenay, Bürgermeistersgattin, Bensheim a. Bergstraße.
- Herr Fuchs, Dr., Beigeordneter, Rathaus, Köln a. Rh.
- „ Fuchs, Karl Johann, Dr., Universitätsprofessor, Tübingen. — C. P.
- „ Ganz, Emil, Geheimer Rechnungsrat, 6, Zietenstraße, Berlin W., 57.
- „ Gielen, Bürgermeister, 86, Kaiser Friedrichstraße, Neuß a. Rh.
- „ Glaschke, Max, Stadtrat, 1. Vorsitzender des Grundbesitzervereines, Frankfurtertorbezirk, 163, Frankfurter Allee, Berlin O., 112.
- „ Gloger, Georg, Mittelschullehrer, 3, Yorkstraße, Stettin.
- „ Gretzschel, G., Großh. Landeswohnungsinspektor, Darmstadt.
- „ Gronewaldt, Karl, Kaufmann, 147, Schönhauser Allee, Berlin N.
- „ Gründler, Baurat, Hamburg. — D.
- „ Guenter, Richard, Kaufmann, 161, Poststraße, Neidenburg, Ostpreußen.
- Frau Guenter, Bertha, 161, Poststraße, Neidenburg, Ostpreußen.

- Herr Günther, Dr., 1-2, Nikolaistraße, München.
- „ Gygás, Baumeister, 12, Magdeburgerstraße, Halle a. d. S.
- „ Hansen, Landesversicherungsrat, Vorsitzender des Verbandes schleswig-holsteinischer Baugenossenschaften, 60, Fleethörn, Kiel.
- „ Hansen, P. J., Architekt, B. D. A., 3, Südliche Auffahrtsallee, München B. VI.
- „ Hartmann, Dr., Regierungsrat im Reichsamte des Innern, Berlin. — D.
- „ Heige, Josef, Dr., Gemeinde-Bevollmächtigter der Stadt München.
- „ Heyder, Franz, Rentier, 21, Halleschestraße, Berlin SW.
- „ Heyne, R., Professor, 3, Zietenstraße, Berlin W.
- „ Hirschberg, Karl, kgl. Bausekretär, Wohnungsbauverein, Pleß a. S.
- „ Hofmann, Stadtrat, Leipzig.
- „ Holtmeyer, A., Landbauinspektor, Allgem. Verband der Eisenbahnvereine der preußisch-hessischen Staatsbahnen und der Reichsbahnen, 15, Eulenburgstraße, Kassel.
- „ Hopf, Dr., Stadtverordneter, kgl. Stabsarzt a. D., 4, Reichsstraße, Dresden.
- „ Humar, Josef, Kunstanstaltsbesitzer, Gemeindebevollmächtigter, 34/I., Arcisstraße, München.
- „ Iden, Wilhelm, Stadtverordneter, 26, Sorauerstraße, Berlin.
- „ Junge, E., Subdirektor und kgl. Oberleutnant a. D., Grund- und Hausbesitzerverein, 22, Schönfeldstraße, München.
- Frau Junge, Direktorsgattin, 22, Schönfeldstraße, München.
- Herr Just, Direktor im Reichsamte des Innern, Berlin. — D.
- „ Kampffmeyer, Hans, Generalsekretär der Deutschen Gartenstadtgesellschaft, Verband gemeinnütziger Gartenstadtunternehmungen, 37, Humboldtstraße, Karlsruhe.
- „ Kehl, Geheimer Regierungsrat, Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz, 1, Adersstraße, Düsseldorf.
- „ Keller, Karl, Dr., 117, Kniprodestraße, Berlin NO., 18.
- „ Klewitz, Geheimer Regierungsrat, Direktor im Kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung, Verband Deutscher Beamtenvereine, 23, Hubertusbaderstraße, Grunewald bei Berlin.

- Herr Klotz, Oberbürgermeister, Dürener Bauverein für Arbeiterwohnungen, A.-G., Düren.
- Frau Klotz, Oberbürgermeistersgattin, Düren.
- Herr Knözinger, Ludwig, Ministerialrat im kgl. Bayrischen Staatsministerium des Innern, 21, Theatinerstraße, München. — D.
- Frau Köhler, 36, Schillerstraße, Hannover, Deutschland.
- Herr Köhne, Gerichtsassessor a. D., Knappschaftsdirektor, Allgemeiner Knappschaftsverein, 39, O-Straße, Bochum.
- „ Kohlmann, H., Dr., Rechtsanwalt, Stadtverordneter, 18, Marschallstraße, Dresden.
- „ Koska, Max, Regierungsrat im kgl. Preußischen Ministerium des Innern, 61/62, Kaiserallee, Friedenau, Berlin.
- „ Krause, A., Rentier, 8, Strelitzerstraße, Berlin N., 31.
- „ Krause, Hermann, Kaufmann, 56, Rathenowerstraße, Berlin NW., 5.
- „ Krieg, Georg, Dr., kgl. Regierungsdirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Versicherungsanstalt für Oberbayern, 11, Holbeinstraße, München.
- Frl. Krieg, Amalia, 11, Holbeinstraße, München.
- Herr Küster, Max, Architekt und Bürgervorsteher, Hannover.
- „ Kuhn, F. W., Spinnerei-Direktor, Fa. Ulrich Gminder, Reutlingen, Württemberg.
- „ Landsberg, Th., Stadtverordneter, Buchdruckereibesitzer, 33, Hamburgerstraße, Berlin N., 24.
- „ Lehne, G., Bauleiter, Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, 40, Louisenweg, Hamburg 35.
- Frau Lehne, Anna, 38 IV, Louisenweg, Hamburg 35.
- Herr Lerche, R., Magistratsassessor, 9, Tegeler Weg, Charlottenburg.
- „ Liebrecht, Dr., Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender des Vorstandes der Versicherungsanstalt, Hannover.
- „ Lindecke, Dr., Generalsekretär des Rheinischen Vereines für Kleinwohnungswesen, Direktor des Verbandes Rheinischer Baugenossenschaften, 1, Aderstraße, Düsseldorf.
- „ Lindemann, Stadtbauinspektor, Altona.
- „ Lindemann, Hugo, Dr. phil., Degerloch bei Stuttgart.
- „ Lipp, Karl, Magistratsrat der Stadt München.
- „ Lohmann, Wilhelm, Stadtverordneter, Grundbesitzerverein, Frankfurtertorbezirk, 11, Cadinerstraße, Berlin.

- Herr Lossow, Geheimer Regierungsrat im kgl. Sächsischen Ministerium des Innern, Dresden. — D.
- „ Mangoldt, Karl von, Dr., Generalsekretär des Deutschen Vereines für Wohnungsreform, 156, Burgstraße, Frankfurt a. M.
- „ Martin, Paul, Oberbürgermeister, Kaufhaus, Mannheim.
- „ Marx, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf.
- „ Matthes, Paul, Kaufmann, 21, Augustenbürgerstraße, Chemnitz.
- „ May, Dr., Bürgermeister, Rathaus, Dresden.
- Frau May, Bürgermeistersgattin, 4, Henzestraße, Dresden.
- Frl. May, Lisbeth, 4, Henzestraße, Dresden.
- Herr Metzendorf, Georg, Architekt der Margarethe Krupp-Stiftung, Essen a. d. Ruhr, Deutschland.
- „ Méville, Eduard, Schriftsteller, 38A, Krautstraße, Berlin O., 27.
- „ Meyer, Friedrich, Direktor der Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg, 15/15A, Keithstraße, Berlin W., 62.
- „ Mieth, Rudolf, Maurermeister, 8, Gethsemanestraße, Berlin N., 58.
- „ Mönch, Ernst, Fabrik feiner Lederwaren, 42-43, Ritterstraße, Berlin SW., 68.
- „ Mönning, Rechtsanwalt, Schwalbengasse, Köln.
- Frau Molthan, Marie, Mainz.
- Herr Most, Dr., Direktor des statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf.
- „ Mosthof, von, Staatsrat, Vorstand der kgl. Württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Stuttgart.
- „ Mühlhaus, Richard, Kaufmann, Vorstand des Gemeinnützigen Bauvereines in Dresden, 10, Reichsstraße, Dresden A. 14.
- „ Müller, Walter, Dr., Rechtsanwalt, 3, Neumarkt, Leipzig.
- „ Neumann, Geheimer Oberregierungsrat, Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin. — D.
- „ Nocht, Dr., Professor, Medizinalrat, Senat der freien und Hansestadt Hamburg. — D.
- „ Nockher, Dr. med., Fürst Pücklerstraße, Köln-Lindenthal.
- „ Ott, Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Elsaß-Lothringen, Straßburg, Elsaß.

- Herr Pabst, Fritz, Dr. phil., Schriftsteller, 22, Bandelstraße, Berlin, NW.
- „ Paetow, Regierungsrat, Arbeiter-Bauverein Potsdam, E. G. m. b. H., 12, Lennéstraße, Potsdam.
- „ Paulsen, Andreas, Stadtrat, Haus- und Grundeigentümerverschein von Kiel und Umgebung, 22, Lorentzendamm, Kiel.
- Frau Paulsen, 22, Lorentzendamm, Kiel.
- Herr Perthel, Robert, Architekt, Hansaring, Köln.
- „ Plathner, Adolf, Dr., Senator, 11 B, Löwenstraße, Hannover.
- Frau Plathner, Senatorsgattin, 11 B, Löwenstraße, Hannover.
- Herr Platz, Ferdinand, Amtsgerichtssekretär, Vorsitzender des Beamten-Wohnungsvereins in Lublinitz, Preußen.
- „ Pohlmann-Hohenaspe, Bund deutscher Bodenreformer, Friedrichshöhe bei Detmold.
- „ Pommer, Max, Stadtrat und kgl. Baurat, 65, Weststraße, Leipzig.
- „ Prasse, E. A., kgl. Betriebsingenieur a. D., 23, König-Johannstraße, Leipzig 75.
- „ Raith, Anton, Gemeindebevollmächtigter, München.
- „ Rasp, Karl, Gemeindebevollmächtigter, München.
- „ Redlich, Josef, kgl. Bauinspektor, 115, Bergstraße, Berlin-Rixdorf.
- „ Rehorst, Beigeordneter, Rathaus, Köln a. Rh.
- „ Reitzenstein, Freiherr von, kgl. preuß. Major z. D., 38, Augsburgstraße, Berlin W.
- Frau Reitzenstein, Freifrau von, Majorsgattin, 38, Augsburgstraße, Berlin W.
- Herr Riggauer, Konrad, Gemeindebevollmächtigter, München.
- „ Ritter, Otto, Privater, 15, Tischlerbrücke, Magdeburg.
- „ Roscher, Ernst, Kaufmann, 7, Sickingenstraße, Berlin NW. 87.
- „ Rosencrantz, Dr., Senator, Altona.
- „ Ross, Architekt, Köln.
- „ Rumpelt, Dr., Geh. Rat und Ministerialdirektor im kgl. Sächs. Ministerium des Innern, Dresden. — D.
- „ Ruppel, F., Dr. ing., Baurat, 7, Lenastraße, Hamburg.
- Frl. Ruppel, Elfriede, 7, Lenastraße, Hamburg.
- Herr Ryssel, Wilhelm, Stadtrat und Kaufmann, 24, Pfaffendorferstraße, Leipzig.
- „ Sarason, D., Dr., med., 2, Tauenzienstraße, Berlin W. 50.

- Herr Schleyer, Stadtrat, 3, Naumannstraße, Posen.
- „ Schmalz, Albert, Kaufmann, 5, Im Gehölz, Hamburg.
- Frau Schmalz, Sarah, 5, Im Gehölz, Hamburg.
- Herr Schmid, Eduard, Magistratsrat, München.
- „ Schmitz, Johann Hubert, Stadtverordneter, Arbeitersekretär, Neuß.
- „ Schneider, Eduard, Stadtrat, 15, Tischlerbrücke, Magdeburg.
- „ Schneider, Richard, Postsekretär, 2, Kyffhäuserstraße, Berlin W. 30.
- „ Schnell, Hermann, Rentier, Bayerischer Landesverein zur Förderung des Wohnungswesens, 4, Burgstraße, München.
- „ Schoener, Josef, rechtskundiger Magistratsrat, Rathaus, München.
- Frau Schoener, Marie, Magistratsratsgattin, München.
- Herr Scholl, O. Theodor, Magistratsrat, München.
- „ Scholz, W., Stadtverordneter, Architekt, 18, Bodenbachstraße, Dresden.
- „ Schreiber, Hugo, Apotheker, 24, Spenerstraße, Berlin NW.
- „ Schubert, Baumeister, Deutscher Technikerverband, Berlin.
- „ Schümichen, Architekt, Stadtrat, 6, Hohestraße, Dresden.
- „ Selbach, Oberpostsekretär, Verband deutscher Beamtenvereine, 7, Genterstraße, Köln a. Rh.
- „ Seydel, Stadtrat, Charlottenburg.
- „ Siebold, Karl, kgl. Baurat, Bethel bei Bielefeld.
- „ Sittel, Karl, Stadtbaumeister, Neuß, Deutschland.
- „ Spindler, Walter, Stadtverordneter und Bergwerksdirektor, Essen a. d. Ruhr, Deutschland.
- „ Starzmann, August, Baugenossenschaft München-Süd, 6, Meindlstraße, München.
- „ Stein, Erwin, Chefredakteur der „Kommunalen Rundschau“, Generalsekretär des „Reichsverbandes Deutscher Städte“, 93, Großbeerenstraße, Berlin SW.
- „ Stiersdorfer, Karl, dipl. Ing., Gemeindebevollmächtigter, 22, Zieblandstraße, München.
- „ Stinnes, Heinrich, Dr., Regierungsrat, 6, Virchowstraße, Köln-Lindenthal.

- Herr Stübben, Dr. ing., Ober- und geheimer Baurat, Berlin-Grunewald. — C. P.
- „ Südekum, Albert, Dr., Reichratsabgeordneter, 58, Kaiserin Augustastraße, Berlin W. 10.
- „ Thiedke, A., Stadtrat, 7, Blumenthalstraße, Berlin O. 112.
- „ Thiele, C., Kanzleirat, 58, Weißenburgerstraße, Berlin N.
- Frau Ullrich, Maria, Wiesbaden.
- „ Voigt, Christiane, 2, Loristraße, München.
- Herr Wagner, Georg, Privatier, 31, Friedrichstraße, Frankfurt a. M.
- „ Wagner, von, Oberbürgermeister, Ulm a. d. D.
- Frau Wagner, von, Ulm a. d. D.
- Herr Wallraf, Oberbürgermeister, Rathaus, Köln a. Rh.
- „ Weger, Geheimer Rat, Vorstandsvorsitzender der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen, Dresden.
- „ Weidtmann, Dr., Geheimer Bergrat, Vorsitzender des Vorstandes des Allg. Knappschaftsvereins zu Bochum, 11, Hochstraße, Aachen.
- „ Weiß, Regierungs- und Baurat, Hauptbahnhof, Königsberg, Preußen.
- „ Weißenborn, Bürgermeister, Rathaus, Halberstadt.
- „ Wetzlar, Franz, Assistent am Sozialen Museum, 19, Jordanstraße, Frankfurt a. M.
- „ Wever, Regierungsrat, Düsseldorf. — D.
- „ Wieland, Fritz, 16, Lothringerstraße, Berlin C. 54.
- „ Wolff, Hellmut, Dr., Privatdozent, Direktor des statist. Amtes der Stadt Halle a. d. S., 6, Wettinerstraße, Halle a. d. S.
- „ Zabel, Hermann, Stadtrat, Brandenburgischer Provinzialverband der Haus- und Grundbesitzervereine, 8, Gartenstraße, Guben N. L., Preußen.
- „ Zacherl, Otto, Malermeister, 6, Donauwörtherstraße, Augsburg, III.
- „ Zimmermann, Stadtsekretär, Vorsitzender der gemeinnützigen Charlottenburger Baugenossenschaft, 4, Eosanderstraße, Charlottenburg.
- Bayerischer Landesverein zur Förderung des Wohnungswesens, 4/II, Burgstraße, München.
- Gemeinnütziger Bauverein, Dresden.
- Institut für Gemeinwohl, G. m. b. H., 19, Jordanstraße, Frankfurt a. M.

Landes-Versicherungsanstalt Schleswig-Holstein, 7,
Gartenstraße, Kiel.

Stadtmagistrat Fürth i. Bayern.

Verein zur Verbesserung der Wohnungsverhält-
nisse in München, 4, Burgstraße, München.

Finnland. — Finlande. — Finland.

Herr Böök, Einar, Magister phil., cand. juris, Helsingfors.

„ Brunila, Birger, Architekt, Helsingfors.

„ Hjeld, August, Dr., Direktor des Statistischen Zentral-
bureaus Finnlands, Senator a. D., Helsingfors.

„ Jung, Bertel, Architekt, 10, Brunnsparken, Helsingfors.

Frau Jung, Gundborg, 10, Brunnsparken, Helsingfors.

Herr Snellman, G. R. Mag. phil., Helsingfors.

„ Stenius, Sigurd, Magister phil., Høplaks.

„ Stenroth, Otto, Senator a. D., Helsingfors.

Frankreich. — France.

M. Agache, Donat Alfred, Architecte diplômé par le gou-
vernement français, Professeur au collège des Sciences
sociales à Paris, 11, rue Eugène-Flachat, Paris, Musée
social.

„ Bellom, Maurice, Professeur à l'École Supérieure des
Mines, 6, rue Daubigny, Paris (XVII-ième arr.) — D.

„ Benoit-Lévy, Georges, 11, rue Malebranche, Paris.

„ Cacheux, Émile, Société française des Habitations à bon
marché, 25, Quai St.-Michel, Paris.

„ Cazalet, Charles, Président du Comité départemental des
Habitations à bon marché et de la Prévoyance sociale,
Administrateur délégué de la société Bordelaise des
Habitations à bon marché, 8, rue Reignier, Bordeaux.

„ Ceelen, Joseph, Conseiller Provincial, Président du
"Werkmanswoning", Lille, St.-Hubert.

„ Cheysson, E., † Inspecteur général des chemins de fer
et des ponts et chaussées, Paris. — C. P.

„ Chillaye, Georges, Agent Général de la Caisse d'Épargne
et de Prévoyance, Paris.

„ Coulon, Paul, Chef de bureau à la Caisse des Dépôts
et Consignations, 80, avenue de Breteuil, Paris.

Mme. Coulon, 80, avenue de Breteuil, Paris.

- M. Dufourmantelle, Maurice, docteur en droit, Professeur au Collège libre des Sciences sociales, Secrétaire Général de la Société française des Habitations à bon marché, 95, avenue Kléber, Paris.
- Mme. Dufourmantelle, 95, avenue Kléber, Paris.
- M. Ferrand, Lucien, Membre du Conseil supérieur des Habitations à bon marché, 68, rue Ampère, Paris. — C. P.
- „ Fourcade, Président de la Société „Le Progrès“, 7, rue La Boétie, Paris.
- „ Fuster, E., Secrétaire général de l'Alliance d'Hygiène sociale, 7, rue de Bois-Colombes, Bécon-Les Bruyères (Courbevoie). — C. P.
- „ Giurgea, Emile, 99, rue Notre-Dame des Champs.
- „ Guinet, Georges, Notaire, 15, rue Forest, Charleville.
- „ Juge, Edmond, Membre du Conseil d'administration de la Société française des Habitations à bon marché, 4, rue Commaille, Paris.
- „ Lacau, L. C., Architecte, Société française des Habitations à bon marché, 50, rue Etienne Marcel, Paris.
- „ Lardeur-Becquerel, Joseph, Délégué du Comité Départemental de Patronage des Habitations à bon marché et de la Prévoyance sociale du Département du Nord, 29, rue Saint-Sépulcre, Saint-Omer P. d. C.
- „ Lefebvre, François, 320, rue Nationale, Lille.
- „ Marie, 143, rue Lafayette, Paris.
- „ Mayen, Alfred, Président d'honneur du Conseil d'Administration de la Compagnie d'Assurance-Accidents „La Prévoyance“, 22, Avenue du Bois de Boulogne à Paris.
- „ Norgeot, Georges, avoué de première instance, 64, rue Eiquetonne, Paris.
- „ Paulet, Georges, Directeur de l'Assurance et de la Prévoyance sociales au Ministère du Travail, Professeur de législation ouvrière à l'Ecole des Sciences politiques de Paris, 47, Boulevard Suchet, Paris. — D.
- „ Peyerimhoff, de, Comité central des Houillers de France, 55, Rue de Chateaudun, Paris.
- „ Pilette, E., 2, rue Poussin, Paris.
- „ Prévost, Dieppe.
- „ Rey, Adolphe Augustin, Architecte, Membre du Conseil supérieur des Habitations au Ministère du Travail, 119, rue de la Faisanderie, Paris. — D.

- Mme. Rey, Margu erite, Fondatrice de l'H opital gratuit pour enfants appelé: L'H opital Margu erite   Neuilly sur Seine, 119, rue de la Faisanderie, Paris.
- M. Risler, Georges Henry, Membre du Conseil supérieur des Habitations   bon marché, Société française des Habitations   bon marché, 71, Avenue Marceau, Paris.
— D.
- „ Schneider, F., Secrétaire Général, Fondation Rothschild pour l'amélioration des Conditions et de l'existence matérielle des travailleurs, 21, rue Lafitte, Paris.
- „ Siegfried, Jules, Député, Ancien Ministre, 226, Boulevard St. Germain, Paris.
- „ Spaas, Théodore, propriétaire, Saint-Hubert, Lille.

Gro britannien. — Grande-Bretagne. — Great Britain.

- Mr. Abercrombie, Patrick, School of Civic Design, Liberty Buildings School Lane, Liverpool.
- „ Adam, P. (National Housing and Town Planning Council), „Cairndu“, Kidderminster.
- Miss Adam, Margaret N., Kidderminster.
- Mr. Aldridge, Henry R. (Secretary, National Housing and Town Planning Council), 18, Dulverton Road, Leicester.
— C. P.
- Mrs. Aldridge, Olive M., 18, Dulverton Road, Leicester.
- Mr. Alexander, John T., City Building Surveyor, Liverpool City Council, Liverpool.
- „ Aman, F. T., City Engineer's Departement, Municipal Buildings, Liverpool.
- „ Baker, Herbert J., Councillor (Hanwell Urban District Council), Bydorp House, Balfour Avenue, Hanwell, London W.
- „ Barrett, John C., 75, Leyland Road, Southport.
- „ Barlow, John H., Secretary of the Bournville Village Trust and Member of the Committee National Housing and Town Planning Council.
- „ Bland, Geo. E., F. R. J. B. A., Architect, North Park Road, Harrogate.
- „ Boam, Cornelius, Alderman (Derby Country Borough Council), „Kirkleys“, Derby.
- „ Bradley, Arthur W., Borough Engineer (Bury County Borough Council), Bury, Lancashire.

- Mr. Brearly, J., Alderman (Halifax Town Council), Rose
Lea, Hipperholme, Halifax.
- „ Bretell, H. C., Town Clerk, Dudley.
- Mrs. Bretell, Dudley.
- Mr. Briscoe, Councillor (Dublin City Council), 4, Rostrevor
Terrace Clontarf, Dublin, Ireland.
- „ Charlesworth, Sidney, Councillor (Bridlington Town
Council), Headfield Park Avenue, Bridlington, York-
shire.
- „ Clements, Councillor, Chairman, Southall-Norwood
Urban District Council, Southall, Middlesex.
- „ Cripps, R. D., Assistant Solicitor, Liverpool City Coun-
cil, Liverpool.
- „ Davies, Ernst M., Ex-Alderman, Morrthorpe, Darwen,
Lancashire.
- „ Dawson, John (Association of Master Builders), „Surrey-
side House“, Mold Green, Huddersfield.
- „ Depree, F., Templar, Alderman (Exeter City Council),
Exeter.
- Mrs. Depree-Templar, Exeter.
- Mr. Domville, E. J., Dr., British Medical Association
Southernay House, Exeter.
- „ Edwards, F. E. P., City Architect (Sheffield City Coun-
cil), Town Hall, Sheffield.
- „ Fouracre, J., Architect, 4, Tavistock Road, Plymouth,
Devon.
- „ Furze, W. J., Councillor (West Bridgford Urban District
Council), West Bridgford, Nottingham.
- „ Gibbs, Edward M. (Sheffield Society of Architects),
15, St. James Row, Sheffield.
- „ Good, Ferdinand, Architect, „Mornex“, Pennsylvania
Park, Exeter.
- „ Gosney, G., Councillor (Southall-Norwood Urban District
Council), Hill House, Southall, Middlesex.
- „ Hadfield, J., Councillor (Southport County Borough
Council), Southport.
- „ Harford, Austin, Councillor, Deputy Chairman of the
Housing Committee (Liverpool City Council), Liver-
pool.
- „ Harris, David (Swansea Town Council), Crown Villas,
Morrleston, Swansea.
- Mrs. Harris, David, Crown Villas, Morrleston, Swansea.

- Mr. Horsfall, T. C., J. P. (Committee National Housing and Town Planning Council), Swanseve Park, Macclesfield.
— C. P.
- „ Howkins, F., Surveyor, Woodstock Avenue, Golders Green, London NW.
- „ Jarrat, Ernest J., Town Clerk, Southport.
- „ Jones, W. E., Councillor (Bournemouth County Borough Council), „Cresden“, Western Road, Bournemouth.
- „ Kelly, Sydney A., Surveyor, The Naylor Estate Office, 136, The Albany, Liverpool.
- „ Lacey, F. W., Borough Engineer (Bournemouth County Borough Council), Bournemouth.
- „ Lawrence, Dr., Society of Medical Officers of Health Town Hall, Edmonton, London N.
- „ Limont, Dr., Councillor (Southport County Borough Council), Southport.
- „ Lord, Jas., Borough Engineer (Halifax Town Council), Halifax, Yorkshire.
- „ Lovesey, W. E., Councillor (Chairman, Housing Committee, Birmingham City Council), Council House, Birmingham.
- „ Malcolmson, P., Alderman (Reigate County Borough Council), Powerscourt, Redhill, Surrey.
- Mrs. Malcolmson, Powerscourt, Redhill, Surrey.
- Mr. Martin, Frederik, W., Architect, 106, Colmore Row, Birmingham.
- „ Mawson, T. H., Architect, Hacelwood Offices, Windermere.
- Mrs. Mawson, Windermere.
- Mr. Meakin, Johnson, Councillor (Plymouth County Council), Ford Park, Plymouth.
- „ Meech, T. Cox (The Morning Leader), Stonecutter Street, London E. C.
- „ Monson, E. C. P., Architect, Sutton Trust, Finsbury Pavement House, London E. C.
- „ Morgan, E. Rice, Dr., Medical Officer of Health (Swansea Rural District Council), Morrision, Swansea.
- „ Owen, Jas. G. (Chairman, Exeter Public Library Committee), Exeter.
- „ Paine, W., Councillor (Chatham Town Council), Maidstone Road, Chatham.

- Mr. Parkinson, W. H., Councillor, Liverpool City Council,
17, Green Lane, Stoneycroft, Liverpool.
- Mrs. Parkinson, 17, Green Lane, Stoneycroft, Liverpool.
- Mr. Parry, Lloyd H., Town Clerk, Exeter City Council,
Exeter.
- „ Pickering, J. S., Borough Engineer (Cheltenham Bo-
rough Council), Cheltenham.
- „ Pooler, Dr., Councillor (Housing Committee, Birmingham
City Council), Council House, Birmingham.
- „ Randolph, Edward, National Press Agency, Whitefriars
House, London E. C.
- „ Ratcliffe, S. D., Secretary, Sociological Society,
Buckingham Street, Strand, London W. C.
- „ Roberts, Thos, Councillor, Housing Committee, Liver-
pool City Council, Liverpool.
- „ Robertson, Dr., Medical Officer of Health (Birmingham
City Council), Council House, Birmingham.
- „ Sanders, E. A. B., Rev. Vicar of Edmonton and Rural
Dean of Enfield, Edmonton, London N.
- „ Shawcross, Harold, J. P., Councillor (Committee Na-
tional Housing and Town Planning Council), Wolsten-
holme Hall, Norden, Rochdale.
- „ Shelton, A. W. (National Housing and Town Planning
Council), 15, King Street, Nottingham.
- „ Smethurst, Samuel, J. P. (National Association of
Master Builders), Longsight, Oldham, Lancashire.
- „ Smillie, John F. (Borough Surveyor, Tynemouth County
Borough Council), Tynemouth.
- „ Smith, Edward, J. P. (National Housing and Town Plann-
ing Council), Bewdley, Worcestershire.
- „ Smith, George, J. P., Councillor (Cambridge City Coun-
cil), The Lodge, Hill Road, Cambridge.
- „ Spencer, J. P., Alderman, A. M. J. C. E. (Tynemouth
County Borough Council), Tynemouth.
- „ Stewart, Harry S., Co-Partnership Tenants Limited,
6, Bloomsbury Square, London W. C.
- „ Swanzy, J. P. (National Housing and Town Planning
Council), Quarry Bank, Sevenoaks, Kent.
- „ Symons, W. H., Dr., Medical Officer of Health (Bath
City Council), Bath.

- Mr. Thompson, W., Mayor (Chairman, National Housing and Town Planning Council), 16, Queen's Road, Richmond, Surrey. — C. P.
- „ Tilley, A. L. T., Councillor, M. S. A. (Dorchester Town Council), „Bingleaves“, Richmond Park Road, Bournemouth.
- „ Turton, F. T., Deputy Corporation Surveyor, Liverpool City Council, Liverpool.
- „ Unwin, Raymond, Architect, First Garden City Hampstead Suburb Trust, Committee National Housing and Town Planning Council, Hampstead.
- „ Walker, C. C., Councillor (Walsall Town Council), Walsall.
- „ Wilkins, W. J. P. (Treasurer, National Housing and Town Planning Council), 59, Uttoxeter New-Road, Derby.
- „ Winnicott, J. F., Alderman, J. P. (Plymouth County Council), Rockville, Mannamead, Plymouth.
- „ Wood, Edgar, Architect, 78, Cross Street, Manchester.

Italien. — Italie. — Italy.

- M. Alessi, An. Giovanni Battista, Presidente Società Umanitaria, 38, via S. Barnaba, Milano.
- „ Ansaldo, Pierre, avvocato, Istituto "Case popolari", 5, Piazza scuole, Genova.
- „ Antonietti, Carlo, Società Coop. S. Gerardo "Case popolari", Monza, 1, via del Leyva, Monza.
- „ Besso, Marco, Comm., Ministero di Agricoltura, 51, Corso Vittorio Emanuele, Roma. — C. P. — D.
- „ Cattaneo, Mario, avvocato, Comune di Milano, Milano.
- „ Ferrini, Giannino, ingegnere, 14, via S. Marco, Milano.
- „ Gabba, Bassano, sindaco, municipio, Milano.
- „ Maffi, Antonio, ex-deputato, Lega nazionale delle Cooperative Italiane, Federazione Italiana della Società di Mutuo Soccorso, 10, via Pace, Milano. — D.
- „ Magaldi, V., Comm. Dott., Direttore Generale del Credito e della Previdenza del Ministero di Agricoltura, Industria Commercio, Cooperativa "Case ed Alloggi per Impiegati", Roma. — C. P. — D.

- M. Orsini, Eugenio, Prof. Dott., segretario della Commissione per le Case sane economiche e popolari presso il Comune di Venezia.
- „ Pacchetti, Antonio, Vice-Presidente Soc. Coop. S. Gerardo "Case popolari", 9, Via Felice Cavallotti, Monza.
- „ Pugno, Francesco, ingegnere, 6, Viale di Porta Monforte, Milano.
- Conte Sabini, Candido, Delegato commerciale presso la R. Ambasciata d'Italia, 73, Rue de Grenelle, Paris. — C. P.
- M. Sangiorgi, avvocato, sindaco, Firenze.
- „ Spataro, Donato, Ing., Prof., 15, Via Venezia, Roma.
- „ Tanari, Marchese Giuseppe, Deputato al parlamento, Bologna.
- „ Toma, Antonio de, Cav., ingegnere, Società degli Ingegneri e degli Architetti Italiani, 22, Alleegasse, Wien IV.
- Mme. Toma, Anna de, 22, Alleegasse, Wien IV.
- M. Treves, Carlo, Presidente della Cooperativa "Case ed Alloggi per Impiegati", Fondo di Via Alessandria, Quartiere Caprera, Roma.
- „ Tuccimei, Paolo, ingegnere architetto, Società degli ingegneri e degli architetti, 36, Via Po (Villino Dari), Roma.
- Mme. Wydrin, Raïssa, Umanitaria, Milano.
Comune di Bologna.
- Istituto per le Case popolari, Roma.
- Unione Cooperativa, 9—11, Via Meravigli, Milano.

Japan. — Japon.

Herr O g a w a, Gotaro, Professor an der Universität zu Kyoto, Japan.

Niederlande. — Pays-Bas. — Netherlands. —

- Herr Bruyn de, G. A. M., Mitglied der Gesundheitskommission, 157, Nieuwe Binnenweg, Rotterdam.
- Frl. Bruyn de, Th. J. Tr., 157, Nieuwe Binnenweg, Rotterdam.
- Herr Cuypers, Ed., Architekt, Jan Luykenstraat, Amsterdam.
- „ Drucker, H. L., Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten, 25, Nassauplein, 's Gravenhage.

- Herr Faber, J. H., Zivilingenieur, Reichswohnungsinspektor, Zwolle.
- „ Fockema, Andreae J. P., Dr., Wethouder der Stadt Utrecht, 4, Trans, Utrecht.
- „ Hudig D., Dr., Direktor der Zentralstelle für soziale Fragen, Amsterdam.
- „ Keppler, A., Ingenieur der Bau- und Wohnungspolizei, Amsterdam.
- „ Kruseman, J., Dr., Landrichter, Städtische Gesundheitskommission, 643, Keisergracht, Amsterdam.
- Frau Kruseman, J., 643, Keisergracht, Amsterdam.
- Herr Lely, C., Dr., gew. Minister, Beigeordneter, Den Haag. — D.
- „ Lier, H. J. D. van, Dr., Sekretär der Gesundheitskommission in Rotterdam, 230, Mathenesserlaan, Rotterdam.
- Frau Lier, van, 230, Mathenesserlaan, Rotterdam.
- Herr Man, W. de, Mitglied des Staatsrates für Hygiene, 5, Baanstraße, Utrecht. — C. P.
- Frl. Meulen, Johanna ter, Betriebsleiterin des gemeinnützigen Bauvereines, Amsterdam.
- Herr Nieboer, H. J., Dr., Gemeindebeamter, 84a, Voorschoterlaan, Rotterdam.
- „ Rutgers, G. J., Architect, Genootschap Architectura et Amicitia, 290, Overtoom, Amsterdam.
- Herr Spieckmann, Journalist, 99A, Nieuwe Binnenweg, Rotterdam.
- „ Stoffels, A. M., Direktor der Bau- und Wohnungspolizei, 64, Statenlaan, Den Haag.
- „ Tellegen, J. W. C., Direktor der Bau- und Wohnungspolizei, Rathaus, Amsterdam. — C. P.
- „ Wibaut, F. M., 32, Weesperzijde, Amsterdam.
- Frau Wibaut, M. — B. van Berlekom, 32, Weesperzijde, Amsterdam.
- Herr Zoetmulder, J. M. A., Reichswohnungsinspektor, 12, Nassaustraaf, Utrecht.

Norwegen. — Norvège. — Norway.

- Herr Hansson, Chr., Obergerichtsanwalt, 27, Carl Johannsgade, Christiania. — D.

- Herr Morgenstjerne, Christian v. Munthe af, Architekt,
14, Jacob Aalls gade, Christiania. — D.
„ Svane, Th., Ingenieur, Chef des Wohnungswesens bei
der Sanitätsbehörde, 55, Akersgaden, Christiania.

Österreich. (Wien.) — Autriche. (Vienne.) — Austria. (Vienna.)

- Herr Adler, Siegmund, Realitätenbesitzer, 6, Lerchenfelder-
straße, Wien VIII.
„ Alpi, Heinrich Ritter von, Dr., Vizesekretär im k. k. Mini-
sterium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
„ Anninger, Otto, Kaufmann, 4, Schottenbastei, Wien I.
„ Appel, Karl, Magistratsdirektor, Rathaus, Wien I. — O.
„ Appel, Oskar, Bezirksrat, 5, Friedrich Schmidtplatz,
Wien VIII.
„ Arthaber, Gustav von, Dr., k. k. Universitätsprofessor,
3, Ferstelgasse, Wien IX.
Frau Arthaber, Berta von, Professorgattin, 3, Ferstelgasse,
Wien IX.
Herr Bartl, Rudolf, k. k. Ministerialrat, Schriftführer des
Wiener Cottage-Vereines, 49, Karl Ludwigstraße, Wien
XVIII.
„ Bartsch, Robert, Dr., Ministerial-Vizesekretär im k. k.
Justiz-Ministerium, 4, Schillerplatz, Wien I.
„ Basch, Eduard, Hausbesitzer, Reichsverband der Haus-
besitzervereine Österreichs, 3, Schlickplatz, Wien IX.
— O.
„ Basch, Ludwig, kais. Rat, Redakteur, Journalisten- und
Schriftstellerverein „Concordia“, 12, Rudolfsplatz,
Wien I. — O.
„ Baudouin, Andreas, Direktor und Stadtzimmermeister,
16, Sechsschimmelgasse, Wien IX.
„ Baumfeldt, Richard, Dr., 12, Maximilianplatz, Wien IX.
Frau Becher, Frida von, Majorsgattin, 9, Paulanergasse,
Wien IV.
Herr Beer, Heinrich, Reichsratsabgeordneter, Obmann der All-
gemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse,
62, Gumpendorferstraße, Wien VI. — O.
„ Beresina, Ottokar, Ministerial-Konzipist im k. k. Mini-
sterium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
„ Berger, Franz, n.-ö. Landesbaudirektor, 24, Ungargasse,
Wien III.

- Herr Berger, Franz, Dr., Ing., Sektionschef im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, 33, Porzellangasse, Wien IX. — O.
- „ Bergmann, Adalbert, k. k. Kommerzialrat (Fa. Felten & Guillaume), 11, Gudrunstraße, Wien X.
- „ Bergmann, Karl, Ministerialvizesekretär im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Bernatzik, Edmund, Dr., k. k. Hofrat und Universitätsprofessor, 7—9, Hechtengasse, Wien IV. — O.
- „ Bertelevon Grenadenberg, Karl, Baurat der k. u. k. Privat- und Familienfondsgüter-Direktion, 12, Dapontegasse, Wien III.
- „ Biach, Jakob, Dr., Fabrikant (Fa. Cosmanos), 58, Billrothstraße, Wien XIX.
- „ Biach, Max, Mitglied der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer (Fa. Cosmanos), 20, Mayerhofgasse, Wien IV.
- „ Bibl, Rudolf, Dr., Magistratsrat, Rathaus, Wien I. — O.
- „ Biellohwek, Hermann, Reichsrats- und Landtags-Abgeordneter, 4, Domgasse, Wien I. — O.
- „ Bittner, Franz M., Reichsverband der nichtpolitischen Vereinigungen christlicher Arbeiter Österreichs, 8, Kaiserstraße, Wien VII.
- „ Blau, Karl, Ingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien.
- „ Blazicek, Hans, Dr., Sekretär der k. k. Staatsbahndirektion Wien, 1. Schriftführer der Genossenschaft „Spar- und Darlehensverein der Bediensteten der Staatseisenbahnverwaltung“, 47, Embelgasse, Wien V.
- „ Blazika, Wladimir, Dr., Bezirksarzt im k. k. Ministerium des Innern, Wien I.
- „ Blumenfeld, Heinrich, Dr., Landessanitätsinspektor im k. k. Ministerium des Innern, Wien I.
- „ Bock, Hans, Direktor der Kabelfabrik und Drahtindustrie-A.-G., 4, Stelzhammergasse, Wien III.
- „ Böhm, Adolf, Dr., Prokurist der Fa. Gebr. Böhler & Co., A.-G., 12—14, Elisabethstraße, Wien I. — O.
- „ Böhm, August, Dr., Stadtphysikus, Rathaus, Wien I. — O.
- Frau Böhm, Leokadie, Artzensgattin, Wien I.
- Frl. ten Bosch, Dina, 2, Möllwaldplatz, Wien IV.
- Herr Boscovitz, Alfred, Dr., Hof- und Gerichts-Advokat, 1, Volksgartenstraße, Wien I.

- Frau Bescovitz, Mina, 29, Lerchenfelderstraße, Wien VIII.
- Herr Braitenberg Edler von Zenoburg, Josef, Ministerialrat im k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht, 5, Minoritenplatz, Wien I. — O.-D.
- „ Brakl, Karl, Buchdruckereibesitzer, 41—43, Schottenfeldgasse, Wien VII.
- Frau Brakl, Sophie, 41—43, Schottenfeldgasse, Wien VII.
- Herr Brassloff, Stephan, Dr., Privatdozent an der k. k. Universität Wien, 127, Währingerstraße, Wien XVIII.
- „ Brauer, Oberbaurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- Frau Brentano, H., Generalsekretärin der Katholischen Frauenorganisation Österreichs, 12, Stroheckgasse, Wien IX.
- Herr Breßler, Emil, k. k. Baurat, Präsident des n.-ö. Gewerbevereines, 10, Goldschmiedgasse, Wien I.
- Frau Brockhausen, Elsa, Universitätsprofessorsgattin, 4, Garnisongasse, Wien IX.
- Herr Brod, J., Sekretär des Verbandes der Arbeiterkranken- und Unterstützungskassen Österreichs, Redakteur des „Arbeiterschutz“, 62, Gumpendorferstraße, Wien VI.
- Frl. Bucher, Helene, 21, Vegagasse, Wien XIX.
- Herr Bührlen, Hermann, Mitglied der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Landtagsabgeordneter (Fa. Vogel & Noot), 5, Landskronngasse, Wien I.
- „ Bungers, Hans, Dr., Vertreter der „Kölnischen Zeitung“, 3, Zenogasse, Wien XII.
- „ Burian, Rudolf, Rechnungsoffizial im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- Frl. Carpentier, Anna von, 21, Vegagasse, Wien XIX.
- Herr Černý, Ministerialvizesekretär im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Chiari, Karl Freiherr von, Dr., Reichsratsabgeordneter, Vizepräsident des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs, 8, Opernring, Wien I. — O.
- Exz. Chlumecký, Johann Freiherr von, k. u. k. w. Geheimer Rat, k. k. Minister a. D., 14, Schwindgasse, Wien IV.
- „ Clam-Gallas, Franz, Graf, k. u. k. w. Geheimer Rat, Herrenhausmitglied, Herrschaftsbesitzer, 30, Währingerstraße, Wien IX.
- Herr Claus, Maximilian, Architekt, 20, Anastasius Grüngasse, Wien XVIII.

- Frau Claus, Mizzi, Architektensgattin, 20, Anastasius Grüns-
gasse, Wien XVIII.
- Mr. Courtial, M., écrivain, 11—13, Opernring, Wien I.
- Frl. Cronbach, Else, Dr., 29, Hofzeile, Wien XIX.
- Herr Danzer, Karl M., Chefredakteur und Herausgeber von
„Danzers Armee-Zeitung“, 27, Messerschmidtgasse,
Wien XVIII.
- „ Daum, Adolf, Dr., Advokat, Österreichischer Verein
gegen Trunksucht, 19, Spiegelgasse, Wien I. — O.
- „ Decastello von Rechtwehrr, Moritz, Oberbaurat im
k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Demski, Georg, Architekt und Baumeister, 3, Günter-
gasse, Wien IX.
- „ Dokoupil, Wilhelm, k. k. Regierungsrat, 63, Liechten-
steinstraße, Wien IX.
- „ Dont, Jakob, Dr., Magistratsrat, 132 A, Linzerstraße,
Wien XIII.
- „ Dorn Ritter von Marwally, Alexander, Dr., Gemeinderat,
16, Währingerstraße, Wien IX. — O.
- „ Dudynskyj, Roman, Bauadjunkt im k. k. Ministerium
für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Durig, Ernst, Dr., Sektionsrat im k. k. Justizministerium,
4, Schillerplatz, Wien I.
- „ Ebner, Felix, Architekt und Baumeister, 20, Porzellan-
gasse, Wien IX.
- „ Eisl, Hermann Maria, Dr., Ministerialsekretär im k. k.
Eisenbahnministerium, 1, Goldeggasse, Wien IV.
- „ Eisenstädter, H. v., Privat, 3, Mülkergasse, Wien
VIII.
- „ Eldersch, Matthias, Reichsratsabgeordneter, Reichs-
kommission der Krankenkassen Österreichs, 62, Gum-
pendorferstraße, Wien VI.
- „ Ellbogen, Leo, Baurat bei der k. k. n.-ö. Statthalterei,
Wien I.
- „ Ender, Artur, Baurat bei der k. k. n.-ö. Statthalterei,
Wien I.
- „ Ettinger, Markus, Dr., Hof- und Gerichts-Advokat,
2, Parkring, Wien I.
- „ Exler, Franz, Tischlermeister, 4, Brandmayergasse,
Wien V.
- „ Exner, Ludwig, Sekretär des Zentralverbandes österr.
Konsumvereine, 58, Wolfganggasse, Wien XII.

- Herr Faber, Viktor, Oberingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.
- „ Fabiani, Max, Dr., Professor und Architekt, Niederösterreichischer Gewerbe-Verein, 7, Schlüsselgasse, Wien IV. — O.
- Baronin Falke-Lilienstein, Amalie, 71, Ungargasse, Wien III.
- Herr Falkenau, Artur, Ingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.
- „ Faltis, Richard, k. k. Steuerbeamter i. P., Realitätenverwalter, 11, Kaiser Josefstraße, Wien II.
- Frl. Federn, Else, Arbeitsleiterin des Settlement, 79, Ottakringerstraße, Wien XVI.
- Herr Fellner, Ferdinand, k. k. Oberbaurat, 6, Waisenhausgasse, Wien IX.
- „ Felsenberg, Edgar von, Hausbesitzer, 21, Franz Josefs-Kai, Wien I.
- Frau Fickert, Auguste †, weiland Präsidentin des Allgem. österr. Frauenvereines, 5, Riglergasse, Wien XVIII.
- Herr Fieger, August, Baurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Fischer, Felix, Fabrikant, 4, Brucknerstraße, Wien IV.
- „ Fischer-Colbrie, Eduard, Dr., Privatdozent an der k. k. Universität Wien und Ratssekretär des Obersten Gerichtshofes, 3, Feldgasse, Wien VIII.
- „ Fischer von See, Eduard, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Foltz, Alfred, Oberbaurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, 4, Antonburggasse, Wien IV.
- „ Formanek, Josef, Magistratssekretär, Rathaus, Wien I.
- „ Fortner, Erich, Dr., Richter im k. k. Justizministerium, 4, Schillerplatz, Wien I.
- „ Frank, Hans, cand. jur., 1, Franziskanerplatz, Wien I.
- „ Franz, Rudolf Freiherr von, Ministerialkonzipist im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- Frau Franzos, Marie, Schriftstellerin, 25, Gumpendorferstraße, Wien VI.
- Herr Freissler, Anton, Ingenieur, 3, Erlachplatz, Wien X.
- „ Frey, Friedrich, Dr., Hof- und Gerichts-Advokat, 3, Helfferstorferstraße, Wien I. — O.
- „ Friedländer, Josef, Dr., Hofrat des Obersten Gerichtshofes, 33, Wipplingerstraße, Wien I.

- Frau Friedländer, Ottilie, Hofratsgattin, 33, Wipplingerstraße, Wien I.
- Herr Friedmann, Oskar, Ingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthaltereirei, Wien I.
- „ Fries, Alfred von, Dr., Sektionschef im k. k. Ministerium des Innern, Wien I.
- „ Fronz, Emil, Dr., a. o. Universitätsprofessor, Vizepräsident des Vereines „Viribus unitis“, 16, Rasumofskygasse, Wien III.
- Frau Fronz, Professorsgattin, 16, Rasumofskygasse, Wien III.
- Frl. Fronz, Hermine, 16, Rasumofskygasse, Wien III.
- Herr Fuchs, Artur J., Dr., 100a, Burggasse, Wien VII.
- „ Fürer von Haimendorf, Rudolf Ritter, Dr., k. k. Bezirkskommissär, 10, Universitätsstraße, Wien IX.
- „ Fürth, Hugo, Dr., Industrieller, Industrieller Klub, 7, Rathausstraße, Wien I.
- „ Fürth, Emil Ritter von, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, 7, Reichsratsstraße, Wien I. — C. P.-O.
- Frau Fürth, Ernestine von, 7, Reichsratsstraße, Wien I.
- Herr Ganz, Hugo, Dr., Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, 77, Karl Ludwigstraße, Wien XVIII.
- „ Gasteiger von und zu Rabenstein u. Kobach, Otto, Dr., Ministerialrat im k. k. Handelsministerium, Wien I. — O.-D.
- „ Gelse, Gustav, Ingenieur im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Gerényi, Fedor, Landesoberinspektionsrat, 13, Herrngasse, Wien I. — O.
- „ Gerstle, Max, kais. Rat, Präsident der Unionbaumaterialiengesellschaft, 7, Schottengasse, Wien I.
- „ Gerstner, Friedrich von, Dr., 10, Blasstraße, Wien XIX.
- „ Glossy, Gustav, Hausbesitzer, Zentralverband der Hausbesitzervereine von Wien und Umgebung, 16, Suppé-
gasse, Wien XIII.
- „ Göbel, Robert, Dr., k. k. Finanzsekretär, Direktor der Wiener gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft im Zentralverband der österreichischen Staatsbeamtenvereine, 21, Cumberlandstraße, Wien XIII. — O.
- „ Goldberger, Arnold, Architekt, 30, Kolschitzkygasse, Wien IV.

- Herr Goldemund, Heinrich, Ingenieur, Oberbaurat der Stadt
Wien, Rathaus, Wien I. — O.
- „ Goldscheid, Rudolf, Schriftsteller, 45, Jaqingasse,
Wien III.
- „ Gotthilf, Ernst von, Architekt, k. k. Baurat, 14, Maxi-
milianplatz, Wien IX.
- „ Graßberger, Roland, Dr., k. k. Universitätsprofessor,
47, Braungasse, Wien XVII.
- Frau Graßberger, Mathilde, Professorsgattin, 47, Braun-
gasse, Wien XVII.
- Herr Greil, Alfred, Baurat, Rathaus, Wien I. — O.
- „ Grohmann, Robert, stud. phil., 9, Unterberggasse,
Wien XX.
- „ Gromann, Alfred, Oberingenieur im k. k. Ministerium
für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Grünbeck, Josef, Gemeinderat, Rathaus, Wien I. — O.
- „ Grünberg, Karl, Dr., k. k. Universitäts-Professor,
38, Gentzgasse, Wien XVIII. — O.
- „ Grunn, Eduard, Bezirkskommissär im k. k. Ministerium
für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Gruwe, Paul, Dr., Bezirksrichter im k. k. Ministerium
für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Güntner, Hans, Inspektor der Gemeinde Wien — Städti-
sche Gaswerke, Verein der Gas- und Wasserfach-
männer in Österreich-Ungarn, 10/12, Josefstädter-
straße, Wien VIII.
- Frl. Haberfeld, Hilde, Vorstandstellvertreterin des Reichs-
verbandes der Advokaturangestellten Österreichs,
14a, Schegargasse, Wien XIX.
- Herr Haberler, Franz Ritter von, Dr., Ministerialrat und
Referent für Sanitäts-Angelegenheiten im k. k. Ministe-
rium des Innern, 54, Döblinger Hauptstraße, Wien
XIX. — O.
- Frau Haberler, Fanni von, Ministerialratsgattin, 54, Döb-
linger Hauptstraße, Wien XIX.
- Herr Hahn, Edmund, Dr., Sekretär der Allgemeinen Pensions-
anstalt für Angestellte, 35, Alserstraße, Wien VIII. —
O.
- „ Hall, Hans, Dr., Generaldirektor der Gesellschaft für
Lebens- und Rentenversicherung „Der Anker“, Österr.-
ung. Verband der Privat-Versicherungs-Anstalten,
11, Hoher Markt, Wien I.

- Herr Halla, Ludwig, Dr., Arzt, 17, Gonzagagasse, Wien I.
- „ Hallwich, Hermann, Dr., k. k. Hofrat, Zentralverband der Industriellen Österreichs, 2, Schauflergasse, Wien I. — O.
- „ Halusa, Josef, Dr., Ministerial-Vizesekretär im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Hecke, Wilhelm, Dr., k. k. Hofsekretär, 12, Gentzgasse, Wien XVIII.
- „ Heinsheimer, Alfred, Direktor des Wiener Bankvereines, Herrengasse, Wien I.
- „ Heller, Edmund, Direktor der A. E. G. Union, Elektr. Gesellschaft, Rahlhof, Wien VI.
- Frau Heller, Direktorsgattin, 8, Alleegasse, Wien IV.
- Herr Helly, Karl Ritter von, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium des Innern, 8, Wipplingerstraße, Wien I. — O.-D.
- „ Herbatschek, Heinrich, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, 16, Stubenring, Wien I.
- „ Herz, Julius, Mitglied der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Vize-Gouverneur der k. k. priv. allg. österr. Bodenkredit-Anstalt, 8, Teinfaltstraße, Wien I. — O.
- „ Herzfelder, Hugo, k. k. Kommerzialrat, Mitglied der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, 3, Kärntnering, Wien I. — O.*
- Frau Herzfelder, Wally, 4, Maximilianstraße, Wien I.
- Herr Hillebrand, Anton, Oberingenieur im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Hiller, Wilhelm, Verwaltungsrat der Union-Baumaterialien-Gesellschaft, 7, Schottengasse, Wien I.
- „ Hochenegg, Karl, k. k. Hofrat, o. ö. Professor an der Technischen Hochschule, 5, Doblhoffgasse, Wien I.
- „ Hock, Paul Freiherr von, Dr., Hofrat am k. k. Verwaltungsgerichtshofe, Reichsratsabgeordneter, 31, Neustiftgasse, Wien VII.
- „ Hoefft, Oskar Edler von, k. u. k. Truchseß, k. k. Kommerzialrat, Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr, 34, Darwingasse, Wien II.
- „ Hoffmann, Karl, Dr., Industriehaus, Schwarzenbergplatz, Wien III.
- „ Holik, Kajetan, Dr. techn., Ingenieur bei der k. k. Statthaltereirei, Wien I.

- Herr Holzapfel, Alexander, Vorstand der Häuseradministration der Wr. Baugesellschaft, Zentralverband der Hausbesitzer-Vereine von Wien und Umgebung, 2, Wallnerstraße, Wien I.
- „ Hornberg, Othmar von, Dr., Sekretär des Zentralverbandes der Baugewerbetreibenden Nieder-Österreichs, 3, Strobachgasse, Wien V. — O.
- „ Horner, Richard J., Kanzler und interimistischer Gerent des kais. ottomanischen Generalkonsulates, 3, Plößlgasse, Wien IV.
- „ Horst, Adolf, Dr., Sanitätskonzipist im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Hoß, Franz, Vicebürgermeister, Rathaus, Wien I. — O.
- „ Humbourg, Eugen Reichsritter von, Dr., k. k. Hofkonzipist, 7, Leegasse, Wien XIII.
- „ Illing, Ferdinand, Dr., k. k. Ministerialrat i. R., 13, Barstensteingasse, Wien I.
- „ Jaksch, Robert, Oberingenieur im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Janeček, Josef, Kondukteur der k. k. Nordbahn, Schriftführer des Humanitäts- und Rechtsschutzvereines für Eisenbahner Österreichs, 16, Albrechtsbergergasse, Wien XII.
- „ Janisch, Adolf, Oberinspektor der k. k. Staatsbahndirektion, Wien.
- „ Járay, Sándor, kais. Rat, k. u. k. Hof- und Kammerlieferant, 96, Margarethenstraße, Wien V.
- „ Jellinek, Wenzel, Obmannstellvertreter der Allg. Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse, 23, Rueppgasse, Wien II.
- „ Jentsch, August, Ingenieur im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Juraschek, Franz Ritter von, Dr., † weiland k. k. Sektionschef und Präsident der k. k. Statistischen Zentral-Kommission, Wien. — O.
- „ Kaan, Julius, Dr., Ministerialrat im k. k. Ministerium des Innern, 4, Garnisonsgasse, Wien IX. — O.
- Frau Kaan, Emma, Ministerialratsgattin, 4, Garnisonsgasse, Wien IX.
- Herr Kahane, Benno, Prokurist der A.-G. Ignaz Kuffner & Jak. Kuffner, Wiener Kaufmännischer Verein, 91, Ottakringerstraße, Wien XVI.

- Herr Kaiser, Richard, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- Herr Kanitz, Otto, k. k. Kommerzialrat, 2, Elisabethstraße, Wien I. — O.
- „ Kanitz, Adolf, Dr., 2, Elisabethstraße, Wien I.
- Frl. Kanitz, Margarit, 2, Elisabethstraße, Wien I.
- Frau Kanitz, Melanie, 2, Elisabethstraße, Wien I.
- „ Kapaun, Franz, Dr., k. k. Oberbaurat, Betriebs-Direktor i. R., 75, Nußdorferstraße, Wien IX.
- „ Kapeller, Josef, Architekt für Wohnungsausstattung, 11, Schmidgasse, Wien VIII.
- „ Karlik, Karl, Dr., n.-ö. Landesrat, n.-ö. Landeshypothekenanstalt, 18, Löwelstraße, Wien I. — O.
- „ Kirillo, Klaudius, Verbandssekretär, Reichskommission der Krankenkassen Österreichs, 10, Königseggasse, Wien VI.
- Frl. Kassowitz, Julie, Dr., 7, Geroldgasse, Wien XVII.
- Herr Kitschelt, Rudolf, kais. Rat, Vizepräsident der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, 8, Stubenring, Wien I. — O.
- „ Klang, James, Dr., Mitglied der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Generaldirektor des „Phönix“, Österr.-ung. Verband der Privatversicherungsanstalten, 2, Riemergasse, Wien I. — O.
- „ Klarwill, Viktor Ritter von, Inhaber des Observer, 4, Concordiaplatz, Wien I.
- Exz. Klein, Franz, Dr., k. u. k. wirklicher Geheimer Rat, k. k. Minister a. D., Universitäts-Professor, 8, Lange-gasse, Wien VIII. — O.
- Herr Klein, Hugo, Schriftsteller, 24, Müllnergasse, Wien IX.
- Frl. Kleinsasser, Etta, Bibliothekarin im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- Herr Kletter, Anton, Rechnungsrevident im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Klimburg, Otto Freiherr von, Hofrat im k. u. k. gemeinsamen Finanzministerium in Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina, 3, Marokkanergasse, Wien III. — D.
- „ Klimburg, Rudolf Freiherr von, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Kluger, Wolfgang, Dr., Chemiker, 92, Peter Jordanstraße, Wien XIX.

- Herr Kobylanski, Kornel, Inspektor der St. E. G., Buchhalter des Spar- und Darlehensvereines der Bediensteten der Staatseisenbahnverwaltung, 8, Stiegengasse, Wien VI.
- „ Koch, Alois, Ministerialrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten. — D.
- „ Koch, Johann, Ingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien. I.
- „ Koch, Julius, Architekt, k. k. Oberbaurat, Obmannstellvertreter der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, 50, Millergasse, Wien VI. — O.
- „ Köchlin, Heinrich, Oberbaurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Kögler, Karl, k. k. Regierungsrat, Direktor der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt, 10, Schottenbastei, Wien I. — O.
- „ Körber, August, k. k. Landesgerichtsrat, Wiener gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft im Zentralverbande der österr. Staatsbeamtenvereine, 2, Rudolf von Altplatz, Wien III.
- „ Kövesdy, Theodor, Oberrevident der k. k. Staatsbahnen, 63, Floridsdorfer Hauptstraße, Wien XXI.
- „ Koffmahn, Max, k. k. Kommerzialrat, Bund österreichischer Industrieller, 56, Van der Nüllgasse, Wien X. — O.
- „ Kohl, Heinrich, Kondukteur der k. k. Staatsbahnen, Obmann des Humanitäts- und Rechtsschutzvereines für Eisenbahner Österreichs, 2, Oswaldgasse, Wien XII.
- „ Koppensteiner, Rudolf, Oberingenieur im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Križ, Arpad, Dr., Sanitätskonsulent im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Krones, Anton, Stadtbaumeister, Mitglied der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, ständige Delegation der Baumeister Österreichs, 19, Amerlingstraße, Wien VI. — O.
- „ Kruger, Simon, Dr., Bezirksarzt, k. k. Ministerium des Innern, Wien I.
- „ Kubišta, Ignaz, Dr., Ministerialkonzipist im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX. — O.

- Herr Kulhanek, Albert, k. k. Regierungsrat, Landtagsabgeordneter, Gemeinderat, Reichsverband deutscher Sparkassen in Österreich, 5, Khevenhüllerstraße, Wien XIII. — O.
- „ Kure, Josef, Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Österreichs, 8, Kaiserstraße, Wien VII.
- „ Landesmann, Moritz, Dr., k. k. Polizeibezirksarzt, Reichsverband österreichischer Amtsärzte, 7, Neubaugasse, Wien VII. — O.
- „ Larisch-Mönnich, Heinrich Graf, Dr., Ministerialkonzipist im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Lederer, Max, Dr., Ministerialvizesekretär im k. k. Handelsministerium, Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge, 2, Biberstraße, Wien I. — O.
- „ Lehr, Simon, kais. Rat, Direktor, Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr, 2, Bräunerstraße, Wien I.
- „ Leisching, Eduard, Dr., k. k. Regierungsrat, Direktor des k. k. österreichischen Museums für Kunst und Industrie, 45, Wollzeile, Wien I. — O.
- „ Leiß, Josef, Baurat bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.
- „ Lemberger, Artur, Präsident des Vereines Reisender Kaufleute Österreich-Ungarns, 2, Stubenring, Wien I.
- „ Leoster, H., Dr., 20, Nußdorferstraße, Wien IX.
- „ Lewicki, Rudolf Ritter von, „Viribus unitis“, Hilfsverein für Lungenkranke in den österreichischen Königreichen und Ländern, 8, Wallfischgasse, Wien I. — O.
- „ Licht, Stefan, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, Reichsratsabgeordneter, Zentralverband der Industriellen Österreichs, 2, Schmerlingplatz, Wien I. — O.
- „ Lobmeyr, Ludwig, Mitglied des Herrenhauses, Großindustrieller, 1, Schwangasse, Wien I.
- „ Löwy, Wilhelm, Dr., Magistratssekretär i. R., 35, Kloster-gasse, Wien XVIII.
- „ Longin-Womela, Karl, Dr., Ministerialsekretär im k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht, Wien I. — D.
- „ Lopuzanski, Eugen, Dr., Sektionsrat im k. k. Finanzministerium, Wien I. — O. — D.
- „ Lotz, Arnold, Architekt, Nieder-Österreichischer Gewerbeverein, 5, Metternichgasse, Wien III/3. — O.

- Herr L u b e r, Karl, Mitglied der n.-ö. Handels- und Gewerkekammer, Landtagsabgeordneter, 16—20, Beingasse, Wien XV. — O.
- „ L u d w i g, Bernhard, Architekt, Reichsverband der deutschen Gewerbevereine, 2, Münzwardeingasse, Wien VI. — O.
- „ L u t z, Julian Herbert, Verwaltungsdirektor und gewerbsmäßiger Gebäudeverwalter, 5, Kaiserstraße, Wien VII.
- „ M a d j e r a, Wolfgang, Dr., Magistratssekretär und Schriftsteller, 25, Anastasius Grüngasse, Wien XVIII.
- Frau M a d j e r a, Valerie, 25, Anastasius Grüngasse, Wien XVIII.
- Herr M a i e r, Max, Dr., Bezirksarzt im k. k. Ministerium des Innern, Wien I.
- „ M a n n e r Reichsritter von M a t z e l s d o r f f, Raimund, Rechnungsrevident im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ M a r e s c h, Johann, Oberingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei in Wien.
- „ M a r e s c h, Rudolf, Dr., k. k. Hofrat, Obmann der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, 2—4, Währingerstraße, Wien IX. — O. — C. P.
- Frau M a r e s c h, Karoline, geb. von Arthaber, Hofratsgattin, 2—4, Währingerstraße, Wien IX.
- Herr M a r m o r e k, Friedrich, Architekt und Stadtbaumeister, 108, Taborstraße, Wien II.
- „ M a s c h e k, Josef, Bauadjunkt bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.
- „ M a t t i s, Josef, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, Zentralverband der Hausbesitzervereine von Wien und Umgebung, 10, Palmgasse, Wien XV.
- „ M a y e r, Artur, kais. Rat, Direktor und Repräsentant der A.-G. „Quarnero“, 2, Akademiestraße, Wien I.
- „ M a y e r, Eduard, Oberingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.
- „ M a y e r, Josef, Regierungsrat im k. k. Ministerium des Innern, 3, Judenplatz, Wien I.
- „ M a y r e d e r, Julius, Architekt, 37, Porzellangasse, Wien IX.

- Herr Mayreder, Karl, o. ö. Professor an der k. k. Technischen Hochschule, Ständige Delegation des V. österreichischen Ingenieur- und Architektentages, 10, Plößlgasse, Wien IV. — O.
- „ Medinger, Hans Edler von, Brauereiindustrieller, 2b, Nußberggasse, Wien XIX. — O.
- „ Meinl, Hugo, Fabrikant, 20, Kreindlgasse, Wien XIX.
- „ Meinzinger Edler von Meinzingen, Franz, Dr., Ministerialrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX. — O. — D.
- „ Meixner, Josef, Oberingenieur im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Melcher, Edmund, Baumeister und Gemeinderat, 1, Servitengasse, Wien IX.
- „ Mensi von Klarbach, Rudolf Freiherr, Dr., Ministerialrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Menzel, Adolf, Dr., k. k. Hofrat, o. ö. Professor an der k. k. Universität, 20, Schwarzspanierstraße, Wien IX. — O.
- „ Merlitschek, Hans, Oberinspektor der k. k. priv. Südbahngesellschaft, Südbahnhof, Wien X.
- Exz. Meyer, Robert, Dr., k. u. k. wirklicher Geheimer Rat, Präsident der k. k. statistischen Zentralkommission, Kaiser Franz Joseph I.-Jubiläumsstiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen, 12a, Ungargasse, Wien III. — O.
- Herr Micheu, Franz, Redakteur, Schriftsteller, Deutsch-österr. Schriftsteller-Genossenschaft, 13, Josefstädterstraße, Wien VIII. — O.
- „ Mises, Ludwig von, Dr., Konzipist der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, 4, Friedrichstraße, Wien I.
- „ Miška, Franz, Baurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Müller, Hermann, Architekt, Z. V., Direktor des Wiener Cottage-Vereines, 53, Sternwartestraße, Wien XVIII.
- „ Nagler, Anton, Gemeinderat, Rathaus, Wien I. — O.
- „ Nava, Alexander Ritter von, Dr., k. k. Hofrat, Generalsekretär der I. österreichischen Sparkassa, 21, Graben, Wien I.
- „ Nemeč, Alois, Dr., Richter im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.

- Herr Netolitzky, Richard, Dr., Bezirksarzt im k. k. Ministerium des Innern, Wien I.
- „ Neuberger, Adolf, Dr., Vorstand des Rechtsbureaus des Ersten allgemeinen Beamtenvereines der österreichisch-ungarischen Monarchie, 25, Wipplingerstraße, Wien I.
- „ Neuman, Emil von, Eisenwerksbesitzer, 13, Riemergasse, Wien I.
- „ Noot, Hugo von, Mitglied des Herrenhauses, Großindustrieller, Zentralverband der Industriellen Österreichs, 32, Weihburggasse, Wien I. — O.
- Frl. Obermair, Mizzi, 7, Lugeck, Wien I.
- Herr Ofner, Julius, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, Reichsratsabgeordneter, 12, Wollzeile, Wien I. — O.
- „ Oppenheimer, Felix Freiherr von, Dr., Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, 51, Kärntnerstraße, Wien I. — O.
- „ Overhoff, Julius, Direktor der Österreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, 8a, Teinfaltstraße, Wien I.
- Frau Overhoff, Lilly, 19, Hochschulstraße, Wien XIX.
- Herr Palcich, Anton, Dr., Bezirksarzt im k. k. Ministerium des Innern, Wien I.
- „ Palla, Edmund, Dr., Konzipist der k. k. statistischen Zentralkommission, 5, Schwarzenbergstraße, Wien I.
- „ Pattai, Arnold, Generaldirektor der Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, 1, Karlsplatz, Wien I.
- „ Pauer, Franz, Dr., Ministerialsekretär im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX. — O.
- „ Paul, Gustav, Dr., Direktor der k. k. Impfanstalt, 12, Laudongasse, Wien VIII. — O.
- „ Pensch, Rudolf, Dr., Ministerialrat im k. k. Finanzministerium, 2, Strohgasse, Wien III.
- „ Perels, Emil, Dr., Konzipist der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, 8, Stubenring, Wien I. — O.
- „ Pergelt, Franz, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Petzold, Julius, Oberinspektor der k. k. Staatsbahndirektion, Wien I.
- „ Pfeiffer, Hans, Magistratsrat, Rathaus, Wien I. — O.
- „ Pfungen, Otto, Baron, 4, Maximilianstraße, Wien I.

- Herr Philippovich von Philippsberg, Eugen, Dr., k. k. Hofrat, Universitätsprofessor, Mitglied des Herrenhauses, 4, Vegagasse, Wien XIX. — O.
- „ Pichler, Anton, Dr., kais. Rat, Oberbezirksarzt im Wiener Stadtphysikat, Rathaus, Wien I.
- „ Pichler, Ferdinand, k. k. Oberbaurat, Baudirektor, Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Wirtschaftsgenossenschaft: Heim der Vereinigung der arbeitenden Frauen, 6, Belvederegasse, Wien IV.
- „ Pick, Hans, stud. phil., 51/53, Kaiserstraße, Wien VII.
- „ Piekniczek, Bartholomäus, Baurat der k. k. n.-ö. Statthaltereie, Wien I.
- „ Pillbauer, Rudolf, Dr., Ministerialrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Piskač, Josef, Dr. Ing., Baurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX. — O.
- „ Pockels, Georg, Dr., Ministerialrat im k. k. Ministerium des Innern, 7, Wipplingerstraße. — O. — D.
- „ Pokorny, Ferdinand, Regierungsrat, Generalinspektor der priv. österreichisch-ungarischen Staatseisenbahngesellschaft, Verwaltungsrat der Gesellschaft zum Baue von Arbeiterwohnungen in Prag, 3, Oppolzergasse, Wien I.
- „ Polak, Otto, Architekt, 11, Reichsratsstraße, Wien I.
- „ Pollack Edler v. Parnegg, Leopold, Mitglied der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Präsident des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, 3, Vorlaufstraße, Wien I. — O.
- „ Pollak, Theobald, Dr., Ministerialrat im k. k. Eisenbahnministerium, 5, Elisabethstraße, Wien I. — O. — D.
- „ Postelberg, Viktor, Architekt Z. V., 11, Garnisonsgasse, Wien IX.
- „ Pražák, Vladimír Baron, k. k. Ministerialrat a. D., 16, Heugasse, Wien IV.
- „ Preyer, Hans, Gemeinderat, Bund österreichischer Gastgewerbe-Angestellter, 23, Bennogasse, Wien VIII.
- „ Přebíram, Ewald, Dr., Konzipist der Allgemeinen Pensionsanstalt, 5, Mühlgasse, Wien IV.
- „ Přebíram, Karl, Dr., Privatdozent, Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, 8, Stubenring, W. I. — O.
- „ Pughe, Dr., Privatdozent, 4, Schmidgasse, Wien VIII.

- Herr Putschar, Moritz, Ingenieur, Stadtbaudirektor a. D.,
Ständige Delegation des V. österreichischen Ingenieur-
und Architektentages, 30, Kolschitzkygasse, Wien IV.
— O.
- „ Raabe, Hans Camillo, Generaldirektor der k. k. priv.
österreichischen Versicherungsgesellschaft „Donau“,
Österreichisch-Ungarischer Verband der Privatversiche-
rungsanstalten, 1, Grünangergasse, Wien I.
- „ Radler, Rudolf Edler von, Dr., k. k. Bahnkonzipist,
132, Mariahilferstraße, Wien XV.
- „ Ramsauer, Leopold, Architekt, 4, Klimschgasse,
Wien III.
- „ Rasinger, Alois, Ingenieur bei der k. k. n.-ö. Statt-
halterei, Wien I.
- „ Raunig, A. G., Sekretär d. Ind. Klubs, 1, Radeckgasse,
Wien IV.
- „ Reich, Rudolf, Baurat im k. k. Ministerium für öffent-
liche Arbeiten, Wien IX.
- „ Reichel, Heinrich, Dr., Assistent am hygienischen In-
stitut, Österreichische Gesellschaft für Gesundheits-
pflege, 15, Kinderspitalgasse, Wien IX.
- „ Reisenleitner, Karl, Mitglied der n.-ö. Handels- und
Gewerbekammer, 1, Schweglerstraße, Wien XIV.
- „ Reisch, Richard, Dr., Sektionschef im k. k. Finanzmini-
sterium, 62, Döblinger Hauptstraße, Wien XIX. —
O. — D.
- „ Resch, Josef, Dr., Beamter des Reichsverbandes der
christlichen Arbeiterjugend Österreichs, 35, Rötzer-
gasse, Wien XVIII.
- „ Reuß, Wenzel, Dr., Direktionsrat der städtischen Straßen-
bahn, 3, Favoritenstraße, Wien IV.
- „ Richard, Karl, kais. Rat, Hotelier, 4, Riemergasse,
Wien I.
- „ Richter, Otto, Architekt, 35, Franz-Josephbahnstraße,
Wien IX.
- „ Ried, Max, Bauadjunkt bei der k. k. n.-ö. Statthalterei,
Wien I.
- „ Riedl, Richard, Sektionschef im k. k. Handelsmini-
sterium, 16, Berggasse, Wien IX.
- „ Riehl, Anton, Dr., Ministerialkonzipist im k. k. Mini-
sterium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.

- Herr Rie ß, Josef, Sekretär des Gremiums der Hoteliers und Fremdenherberger, 8, Florianigasse, Wien VIII.
- „ Rie ß, Theodor Ritter von, k. u. k. Major, Wiedener Gürtel, Wien IV.
- „ Rode, Walther, Dr., Hof- u. Gerichtsadvokat, 4, Schreyvogelgasse, Wien I.
- Frau Rode, Helene, 4, Schreyvogelgasse, Wien I.
- Herr Rosenberg, Wilhelm, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, 11, Am Hof, Wien I.
- „ Roth, A. J., Oberingenieur, Verein der Gas- und Wasserfachmänner in Österreich-Ungarn, 23, Kolschitzkygasse, Wien IV.
- „ Roth, Hans, Redakteur und Fachschriftsteller, 94, Währingerstraße, Wien XVIII.
- „ Rous, Alois, kais. Rat, Stadtbaumeister, 32, Kirchengasse, Wien VII.
- „ Rucker, Friedrich, Dr., Ministerialkonzipist im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Rudofsky, Anton, Krankenkassenbeamter, Verein der Schuhmacher Österreichs, Verein Schrebergärten, Wien und Umgebung, 4, Zöchbauergasse, Wien XIII.
- „ R ü c k e r, Friedrich, Dr., Ministerial-Vizesekretär im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Šafarik-Pštrosz, Eduard Ritter von, Dr., Bezirkskommissär im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Scharff, Joh. Michael, Dr., Sektionschef im k. k. Justizministerium, 4, Schillerplatz, Wien I.
- „ Schattenfroh, Artur, Dr., k. k. Sanitätsrat, Universitätsprofessor, 1, Lammgasse, Wien VIII. — O.
- „ Schauer, Hugo, Dr., Sektionschef im k. k. Justizministerium, 4, Schillerplatz, Wien I. — D.
- „ Schaukal, Richard, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Scheiber, Artur Maria, Dr., k. k. Bahnkonzipist, Staatsbahndirektion, 132, Mariahilferstraße, Wien XV.
- „ Scheimpflug, Karl, Dr., k. k. Sektionsrat a. D., 6, Erdbergerlande, Wien III.
- „ Schenker-Angerer, August, Dr., kais. Rat, 17, Neutorgasse, Wien I.
- „ Scheu, Gustav, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, 8, Mariahilferstraße, Wien VII.

- Frau Scheu-Riesz, Helene, Schriftstellerin, 5, Trauttmannsdorffgasse, Wien XIII.
- Herr Schick, Leopold, Oberbaurat im k. k. Eisenbahnministerium, Wien I. — D.
- „ Schiff, Walter, Dr., Universitätsprofessor, Sektionsrat im k. k. Handelsministerium, 2, Metternichgasse, Wien III. — O.
- „ Schima, Karl, Dr., Ministerialrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten (Patentamt), Wien VII.
- Frau Schima, Johanna, Ministerialratsgattin, 40, Zirkusgasse, Wien II.
- Herr Schmid, H. D., Ingenieur, Lokomotivfabrik Kraus & Co., A.-G., München und Linz a. d. D., 6, Pestalozzigasse, Wien I.
- „ Schmidt, Karl J., Architekt und Stadtbaumeister, 32, Wimberggasse, Wien VII.
- „ Schnabel, Anton, k. k. Bergrat, Finanzministerium, 17, Singerstraße, Wien I.
- „ Schneider, Julius, 42, Zirkusgasse, Wien II.
- „ Schoeller, Paul Ritter von, Präsident der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Mitglied des Herrenhauses, 7, Johannesgasse, Wien I.
- „ Schöls, Georg, Hausbesitzer, Zentralverband der Hausbesitzervereine von Wien und Umgebung, 4, Nymphen-gasse, Wien XII.
- „ Schön, Friedrich, Architekt, 44, Türkenschanzstraße, Wien XVIII.
- „ Schön-Kreuzenau, Richard von, Dr., Senatspräsi- dent des k. k. Verwaltungsgerichtshofes, 14, Wallfisch- gasse, Wien I.
- „ Schönthal, Richard, Dr., Sekretär, Reichsverband deut- scher Sparkassen in Österreich, 22, Lederergasse, Wien VIII. — O.
- „ Schrenkh, Otto, Dr., Sanitätsassistent der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.
- „ Schröpfer, Franz, Gebäudeverwalter, 23—25, Maria- hilferstraße, Wien VI.
- Frau Schröpfer, Louise, 23—25, Mariahilferstraße, Wien VI.
- „ Schröppel Katharine, Sprachlehrerin, 11, Beckmann- gasse, Wien XIII.
- Herr Schüller, Robert, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, 9, Lindengasse, Wien VI.

- Frau Schüller, Anna, 9, Lindengasse, Wien VI.
- Herr Schullern zu Schrattenhofen, Hermann von,
Dr., k. k. Hofrat, Professor an der Hochschule für
Bodenkultur, Ackerbauministerium, Wien. — D.
- „ Schuster, Johann, kais. Rat, Redakteur, Österreichische
Zentralstelle zur Wahrung der land- und forst-
wirtschaftlichen Interessen, 6, Schauflergasse, Wien I.
— O.
- „ Schwabe, Rudolf von, k. k. Hofrat i. R., 33, Hietzinger
Hauptstraße, Wien XIII.
- „ Schwarz, Franz, Gemeinderat, Christlichsozialer Ar-
beiter-Verein für Niederösterreich, 6, Stumpergasse,
Wien VI.
- „ Schwarz, Paul, Dr., Vorstand der Hypotheken-Abtei-
lung der I. österreichischen Sparkasse, 9, Goldschmid-
gasse, Wien I. — O.
- „ Schwarz-Hiller, Rudolf, Dr., Gemeinderat, Hof- und
Gerichtsadvokat, 6, Dominikanerbastei, Wien I.
- „ Schwer, Arnold, Stadtrat, Rathaus, Wien I. — O.
- „ Schwiedland, Eugen, Dr., k. k. Hofrat, Professor an
der Technischen Hochschule, 3, Dreihufeisengasse,
Wien VI. — O.
- Frau Schwiedland, Lisa, Hofratsgattin, 23, Gloriettegasse,
Wien XIII.
- Herr Schwoiser, Hans, Sekretär der Firma Gebrüder Böh-
ler & Co., 12—14, Elisabethstraße, Wien I.
- „ Sehnal, Eugen, k. k. Baurat, beh. autor. und beeid.
Zivilarchitekt, 3, Strobachgasse, Wien V.
- „ Seidel, Rudolf, Architekt, 30, Belvederegasse, Wien IV.
- Frau Seidel, Josefine, Architektensgattin, 30, Belvederegasse,
Wien IV.
- Herr Setz, Maximilian, Oberingenieur bei der k. k. n.-ö. Statt-
halterei, Wien I.
- „ Sieß, Johann, Oberingenieur bei der k. k. n.-ö. Statt-
halterei, Wien I.
- „ Simony, Leopold, Architekt, Z. V., o. ö. Professor an der
k. k. technischen Hochschule, Österr. Ingenieur- und
Architektenverein, 35, Alleegasse, Wien IV. — O.
- „ Singer, S. M., Dr., kais. Rat., Mitglied der n.-ö. Handels-
und Gewerbekammer, 3, Fischergasse, Wien II. — O.

Herr Sitte, Siegfried, Architekt, Z. V., Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, 2a, Fichtegasse, Wien I. — O.

„ Sklenář, Anton, Oberbaurat im k. k. Handelsministerium, 6, Ungargasse, Wien III. — O. — D.

„ Skoda, Karl Ritter von, Generaldirektor der Skoda-Werke, 1, Franz Josefs-Kai, Wien I.

„ Smitka, Johann, Reichsratsabgeordneter, Verband der Genossenschaftskrankenkassen Wien, 9, Loquaiplatz, Wien VI.

„ Spängler, Ludwig, Ingenieur, Direktor der städtischen Straßenbahnen, 9, Favoritenstraße, Wien IV.

„ Späth, Franz, Dr., Magistratsrat, Rathaus, Wien I. — O.

„ Spalowsky, Franz, Zeitungsbeamter, Landtagsabgeordneter, 21, Ägydigasse, Wien VI.

„ Spiegel, Ferdinand, Direktor, 7, Blasasstraße, Wien XIX.

„ Spiegel, Moritz, kais. Rat, Sekretär der Kaiser Franz Joseph I.-Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen, 7, Blasasstraße, Wien XIX. — O.

Frau Spiegel, Elly, 7, Blasasstraße, Wien XIX.

Herr Spitzer, Leopold, Schriftsteller, 4, Rosenbursenstraße, Wien I.

„ Stein, Max, Metallarbeiter, Verband der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungs-Kassen Österreichs, 62, Gumpendorferstraße, Wien VI.

„ Steinbach, Artur, Ingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.

„ Steinbach, Erwin, Bauadjunkt bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.

„ Steiner, Leopold, Oberkurator der n.-ö. Landes-Hypothekenanstalt, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter, 18, Löwelstraße, Wien I. — O.

„ Steiner, Wilhelm, Rechnungsoffizial im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.

„ Steinitz, Leo, Ingenieur, beh. autor. und beeideter Zivilarchitekt, Z. V., 35, Kaiser Josefstraße, Wien II.

„ Sternberg, Moritz, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, 14, Stubenring, Wien I.

- Herr Stradal, Adalbert, Ingenieur, Oberbaurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX. — O. — D.
- Frau Stradal, Emmy, Oberbauratsgattin, 60, Westbahnstraße, Wien VII.
- Herr Stummer Ritter von Traunfels, Moritz, Ingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.
- „ Sychrowsky, Emanuel, Oberbaurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Sykora, Karl, Oberbaurat, Leiter des Stadtbauamtes, Rathaus, Wien I.
- „ Szongott, Theodor, Dr., Oberstadtphysikus, Rathaus, Wien I. — O.
- „ Taborsky von Hirschenfeld, Engelbert, Rechnungsassistent im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Tacheci, Ladislav, Oberingenieur im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Tayenthal, Max von, Dr., k. k. Kommerzialrat, erster Sekretär der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien I. — O.
- „ Teleky, Ludwig, Dr., Privatdozent, Arzt, 23, Türkenstraße, Wien IX.
- „ Tippow, Ludwig August, Schriftsteller, Geschäftsführer des Allgem. österr. Mietervereines, 48, Alserstraße, Wien IX.
- „ Tomaschek-Stratowa, Robert von, Dr., k. k. Hofsekretär, 8, Annagasse, Wien I.
- „ Tomášek, Franz, Reichsratsabgeordneter, Parlament, Wien I.
- „ Tomssa, Silvester, Oberbaurat bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.
- „ Twardowski, Julius von, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Tyszkowski, Leo Ritter von, Bezirksarzt im k. k. Ministerium des Innern, Wien I.
- „ Ullreich, Franz, Christlicher Tabakarbeiterverband Österreichs, 21, Neulerchenfelderstraße, Wien XVI.
- Frau Vesque, Risa, Baronin, Schottenhof, Wien I.
- Herr Vetter, Adolf, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.

- Herr Vičéč, Anton, Dr., Bezirksarzt im k. k. Ministerium des Innern, Wien I.
- „ Vogel, Emanuel, Dr., k. k. Finanzkommissär, 10, Plenergasse, Wien XVIII. — O.
- „ Vonderheid, August, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, Zentralverband der Hausbesitzervereine von Wien und Umgebung, 2, Nußdorferstraße, Wien IX.
- „ Wälder, Josef, Prokurist der A.-G. für Mineralölindustrie, 7—9, Börsegasse, Wien I.
- „ Wagner, Ignaz Franz, Oberbaurat bei der k. k. n.-ö. Statthaltereie, Wien I.
- „ Walecka, Leo, Sekretär der Allgemeinen Arbeiterkranken- und Unterstützungskasse, 9, Loquaipplatz, Wien VI.
- „ Wallner, Karl, Dr., k. k. Regierungsrat, 2. Gen.-Sekretär der I. österr. Sparkasse, 21, Graben, Wien I.
- „ Waygart, Johann, Dr., Sektionsrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Weichselbaum, August, Baumeister des Hum.- und Rechtsschutzvereines für Eisenbahner Österreichs, 6, Freyung, Wien I.
- „ Weil, Rudolph O., Realitäten- und Hypothekenbureau, 12, Stubenring, Wien I.
- „ Weil, Siegfried Franz, kais. Rat, leitender Verwaltungsrat der Österreichischen Asphalt-Aktiengesellschaft, 3, Pramergasse, Wien IX.
- „ Weiner, Karl, Ingenieur, 7, Schäffergasse, Wien IV.
- Exz. Weiskirchner, Richard, Dr., k. u. k. wirklicher Geheimer Rat, k. k. Handelsminister, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter, 8, Postgasse, Wien I.
- Herr Weissenstein, E., Mitglied der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Direktor der Ersten Österreichischen Jutespinnerei und Weberei, 22, Maria Theresienstraße, Wien I.
- „ Werner, Heinrich, Dr., Finanzsekretär im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Wetschl, Ferdinand Freiherr von, Dr., Ministerialsekretär im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX. — O.
- „ Wickenburg, Max, Graf, Dr., Sektionschef im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX. — D.

- Herr Widholz, Laurenz, Reichsratsabgeordneter, Obmann des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkassen, 9, Karsernengasse, Wien VI.
- „ Widmer, Emil, Dr., Direktorstellvertreter der k. k. priv. allgemeinen Bodenkreditanstalt, 1, Lindengasse, Wien VII. — O.
- „ Wiesenburg Edler von Hochsee, Adolf, kais. Rat, k. k. Kommerzialrat, 7, Elisabethstraße, Wien I.
- „ Wieser, Friedrich Freiherr von, Dr., k. k. Hofrat und Universitätsprofessor, 25, Alserstraße, Wien VIII.
- „ Wilberg, Wilhelm, k. k. Architekt, 5, Hörlgasse, Wien IX.
- Frau Wilberg, Marie, 5, Hörlgasse, Wien IX.
- Herr Wilhelm, Adolf, Dr., k. k. Universitätsprofessor, 5, Schlickgasse, Wien IX.
- „ Wilhelm, Hermann, Dr., Notariatskandidat, 56, Josefstädterstraße, Wien VIII.
- „ Wilfort, Fritz, Ingenieur, Adjunkt des Stadtbauamtes, Rathaus, Wien I.
- „ Winarsky, Leopold, Reichsratsabgeordneter, Gemeinderat, 11, Thongasse, Wien III. — O.
- „ Windt, Kamillo, k. k. Regierungsrat, 11, Schottenring, Wien I.
- „ Winter, Max, Dr., k. k. Landes-Sanitätsinspektor, 26, Ungargasse, Wien III. — O.
- „ Wittek, Anton, k. k. Postunterbeamter, Verein der Postbediensteten, 43, Wimbergergasse, Wien VII.
- „ Witzmann, Karl, Architekt, 21, Steckhovengasse, Wien XIII.
- „ Wöllner, Otto, Kaufmann, 5, Volksgartenstraße, Wien I.
- „ Wohlgemuth, Emil Edler von, Dr., Ministerialsekretär im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien IX.
- „ Wolfbauer, Peter, Hotelier, Gremium der Hoteliers und Fremdenbeherberger, 23, Johannesgasse, Wien I.
- „ Würth, Viktor, k. k. Hofrat und Zentralgewerbeinspektor, 2, Biberstraße, Wien I. — O.
- „ Wurm von Arnkreuz, Ludwig, Ingenieur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei, Wien I.
- „ Wytrlik, O., k. k. Professor, Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Heimhof“, 22, St. Veitgasse, Wien XIII.
- Direktion der Österreichischen Länderbank, Hohenstaufengasse, Wien I.

- Österreichischer Metallarbeiterverband, 27, Kohl-
gasse, Wien V.
- Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten
Österreichs, 10, Hohenstaufengasse, Wien I.
- Verein der Beamten der Wiener städtischen Stra-
ßenbahnen, 9, Favoritenstraße, Wien IV.
- Wiener gemeinnützige Wohnungsbau-Genossen-
schaft im Zentralverbande der österrei-
chischen Staatsbeamtenvereine in Wien,
23, Cumberlandstraße, Wien XIII.
- Allgemeiner Verband der auf Selbsthilfe be-
ruhenden deutschen Erwerbs- und Wirt-
schaftsgenossenschaften in Österreich,
5, Lindengasse, Wien VII.
- Verein der Beamten der Stadt Wien, Rathaus, Wien I.

*Österreich. (Provinz.) — Autriche. (Province.) — Austria.
(Province.)*

- Herr Ackerl, Josef, k. k. Regierungsrat, Direktor der Arbeiter-
Unfallversicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten,
1, Hans Sachsgasse, Graz. — O.
- „ Bach, Theodor, k. k. Oberbaurat, o. ö. Professor an der
k. k. deutschen Technischen Hochschule, 8, Franzens-
kai, Prag I. — O.
- „ Bajardi, Fritz, Dr., Bezirkskommissär bei der k. k.
Statthalterei, Graz.
- „ Baroch, Vaclav, Baurat, Direktor der städtischen, wirt-
schaftlich-technischen Kanzlei, Karolinenthal.
- Frl. Baroch, Mana, 316, Karolinenthal.
- Herr Beer, Siegfried, Oberbaurat bei der k. k. Landesregierung,
Salzburg.
- „ Benis, Arthur, Dr., k. k. Kommerzialrat, Sekretär der
Handels- und Gewerbekammer, Krakau.
- „ Bercugl, Giovanni, Sekretär der Handels- und Gewerbe-
kammer, Rovereto, Tirol.
- „ Beringer, Wendelin, Architekt und Stadtrat, Krakau.
- „ Berthold, Karl, Schlesischer Landesrat und Vorstand
des landesstatistischen Amtes, Troppau. — O.
- „ Bertl, Josef, Prorektor, Professor der k. k. böhmischen
Technischen Hochschule, Karlsplatz, Prag II. — O.

- Herr Bešták, Ferdinand, Vizebürgermeister, Rathaus, Kladno, Böhmen.
- „ Binder, Robert, k. k. Postoffizial, Uřednické stavební družstvo, 62, Neugasse, Brünn.
- „ Bisiach, Anton, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer und des Gewerbeförderungsinstitutes, Görz. — O.
- „ Blasig, Alexander, Großgrundbesitzer und Bürgermeister, Ronchi bei Triest.
- „ Blažej, Ladislav, Architekt, Kralup a. d. Moldau, Böhmen.
- „ Blažek, Gabriel, Dr., Generaldirektor der Hypothekbank für das Königreich Böhmen, Prag. — O.
- „ Blitz, Gustav, k. k. Bezirksrichter, Mährisch-Schönberg.
- „ Bliženec, Josef, k. k. Statthaltereirat, Tabor, Böhmen.
- „ Brüll, Johann, Dr., Advokat, 3/5, Rennergasse, Brünn.
- „ Brunar, Hugo, Architekt, Gutenstein, Vorderbruck, N.-Ö.
- „ Bublik, St., Dr., Sekretär der mährischen Hypothekbank, Brünn.
- „ Buchstätter, Hans, Landeskommissär, Landesauschußamt, Salzburg.
- „ Bujwid, Odo, o. ö. Professor für Hygiene an der Universität zu Krakau.
- „ Buřival, Franz, Reichsratsabgeordneter, 4, Karlsgasse, Žižkow.
- „ Bužek, Josef, Dr., Reichsratsabgeordneter, k. k. Universitätsprofessor, Lemberg. — O.
- „ Caporcich, Peter, Dr., Bezirksarzt bei der k. k. Statthaltereitriest, Abbazia.
- „ Celebrini, Emil von, Dr., Landessanitätsreferent, Statthaltereirat bei der k. k. Statthaltereitriest.
- „ Chiari, Max, Dr., k. k. Hofrat und Finanzdirektor, Gemeinnützige Beamten-, Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Kärnten, Klagenfurt. — O.
- Exz. Clary von Aldringen, Manfred Graf, k. u. k. wirkl. Geheimer Rat, k. k. Statthalter, Zweigverein Graz der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, Graz. — O.
- Herr Colcuc, Karl, Direktor der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Triest, das Küstenland, Krain und Dalmatien, 40, via Valdirivo, Triest.

- Herr Czech, Ludwig, Dr., Advokat, Bezirkskrankenkasse für den Stadt- und Landbezirk, Brünn, 4, Rennergasse, Brünn.
- Frau Czech, Lili, 22, Rennergasse, Brünn.
- Herr Danzer, Karl, Oberlandesrat, 75, Hauptstraße, Urfahr-Linz. — O.
- „ Daszýnski, Ignaz, Redakteur, Reichsratsabgeordneter, Krakau.
- „ Demetrio, Johann Anton di, Präsident der Handels- und Gewerbekammer, Triest. — O.
- „ Dinghofer, Franz, Dr., Bürgermeister der Stadt Linz.
- „ Dvořák, Matthias, Bauoberingenieur der Fa. F. Ringhoffer, Smichov bei Prag.
- „ Dwernicki, Tadeusz, Dr., Advokat und Gemeinderat, 8, ul. Slowackiego, Lemberg.
- „ Ehrlich, Hugo, Oberlehrer, Kleinaugezd.
- „ Eigl, Josef, Oberbaurat bei der k. k. Landesregierung, Salzburg.
- „ Eisenstein, Otto, Dr., k. k. Bezirkskommissär, Družstvo pro stavbu úřednických domů v Praze, 9, Havličekgasse, Prag - Königliche Weinberge.
- „ Elstner, Ferdinand, Architekt, Reichenberg in Böhmen.
- „ Engel, Anton, Architekt, Družstvo pro stavbu úřednických domů v Praze, 32, Karpfengasse, Prag V.
- „ Epstein, Thaddäus, Industrieller, k. k. Kommerzialrat, 12, Rynek, Krakau.
- „ Erber, Moritz, Direktor der Brünnener Lokaleisenbahngesellschaft, 2, Johannesgasse, Brünn.
- „ Etter, D., Landesausschuß, Salzburg.
- „ Eybner, Otto, Bürgermeister, St. Pölten, Niederösterreich.
- „ Feith, Michael, Dr., Stadtrat, 2, Dominikanergasse, Brünn. — O.
- „ Fiala, Ludwig, Architekt, Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft, Witkowitz, Böhmen.
- „ Fiedler, Gustav, Dr., Bürgermeister der Stadt Mährisch-Ostrau.
- „ Flinker, Arnold, Dr., k. k. Bezirksarzt, Czernowitz.
- „ Flusser, Heinrich, k. k. Gewerbeschulprofessor und Leiter der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft für k. k. Staatsbeamte, 13, Albrechtstraße, Reichenberg.

Herr Foramitti, Alfons, Dr., k. k. Bezirksarzt, Innsbruck.
 „ Fortwängler, Johann, Dr., Landessanitätsreferent,
 Landesregierungsrat bei der k. k. Landesregierung,
 Troppau.

Frau Fortwängler, Gusti, Landesregierungsratsgattin, Troppau.

Herr Franta, Bohuslav, Dr., Landesauschußrat, 12, Ferdinandstraße, Prag-Smichov. — O.

„ Friedrich, Ludwig, Dr., Bezirkskommissär der k. k. Statthalterei, Prag.

„ Fürpaß, Georg, Direktor der I. Grazer Baugenossenschaft, 3, Tummelplatz, Graz.

„ Fulda, Eugen, Baumeister und Ziegeleibesitzer, Teschen, Öst.-Schlesien.

„ Geppert, Paul, akad. Architekt, kais. Rat, 8a, Stauffenstraße, Salzburg.

Frau Geppert, Betty, Architektensgattin, 8a, Stauffenstraße, Salzburg.

Herr Groß, Adolf, Dr., Landesadvokat, Reichsratsabgeordneter, 9, St. Annagasse, Krakau.

„ Gruber, Leopold, Gemeinderat, 1, Stadtplatz, Wels.

„ Grünbaum, Eugen, Dr., Advokat, 40, Zeltnergasse, Prag I.

„ Haas, Franz, Obmann der Baugenossenschaft in Reichenau, Niederösterreich.

„ Haas, Richard, Ingenieur, Stadtbauinspektor, Rathaus, Stadtbauamt, Troppau.

„ Haerpfer, Ernst, Ingenieur, Bauadjunkt bei der k. k. Statthalterei in Böhmen, 9, Heinrichsgasse, Prag II.

„ Haimel, Franz, Dr., Bezirksarzt bei der k. k. Statthalterei, Graz.

„ Hájek, Josef, Kondukteur, Spolek pro stavbu zdravých a laciných rodinných domků dělnických, 112, trávník Prerau, Mähren.

„ Halla, Emil, Dr., Advokat, Butschovitz, Mähren.

„ Hanauer, Karl, Architekt und Baumeister, Gemeinderat, NC. 340, Nusle, Böhmen.

„ Hanszel, Maximilian, k. k. Bezirkskommissär, Freudenthal.

Frau Hassenbauer, Mary von, 8, Bergmannngasse, Graz.

- Herr Havliček, Ferdinand, k. k. Statthaltereii-Oberingenieur, Spolek architektů a inženýrů v Království Českém, 91, Jungmannstraße, Prag-Königliche Weinberge.
- „ Herlinger, Hugo, Mährisch-Ostrauer Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft, 3, Goldgasse, Mährisch-Ostrau.
- „ Herrmann, Walther, Dr., Statthaltereii-Konzepts-Praktikant bei der k. k. Statthaltereii, Graz.
- „ Herzer, Josef, Direktor der Sparkasse in Aussig, Verband deutscher Sparkassen in Böhmen, Aussig. — O.
- „ Herzog, Josef, Krankenkassenbeamter, Gemeinderat, Obmannstellvertreter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Steiermark etc. und der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft, 38a, Keplerstraße, Graz.
- „ Hinskamp, Heinrich, Dr., Bürgermeister und Landtagsabgeordneter, Urfahr.
- „ Hoffmann, Johann, Bürgerschuldirektor, Obmann des gemeinnützigen Vereines zur Erbauung billiger Wohnungen, 3, Angergasse, Mähr.-Schönberg.
- „ Holansky, Adalbert, Präsident der Genossenschaft für den Bau von Arbeiterwohnhäusern, Budweis.
- „ Hon, Paul, k. k. Postoffizial, Baugenossenschaft Prerau, Prerau, Mähren.
- „ Horáček, Cyrill, Dr., k. k. Universitäts-Professor, Prag. — O.
- „ Horníček, Michael, Dr., k. k. Bezirksarzt, Prag-Smichov.
- „ Horowitz, Samuel Edler von, Präsident der Handels- und Gewerbekammer in Lemberg. — O.
- „ Hoszard, Ladislaus, Bezirkshauptmann bei der k. k. Statthaltereii, Lemberg.
- „ Hribar, Ivan, Bürgermeister, Reichsratsabgeordneter, Laibach. — O.
- „ Hruška, Jaroslav, Dr., Bürgermeister der kgl. Bergstadt Kladno.
- „ Illasiwicz Ritter von Javor, Stanislaus, k. k. Bezirkskommissär, Lańcut, Galizien.
- „ Inwinkl, Roland, k. k. Professor, „Società Cooperativa per la costruzione di case in Capodistria“, Capodistria.
- „ Jaeger, Ernst, Dr., Landeshauptmann-Stellvertreter in Oberösterreich, Gemeinderat, Rechtsanwalt, 24, Franz Josefsplatz, Linz a. d. D.

Herr Jansa, Sekretär der Betriebsdirektion der Poldihütte, Kladno.

„ Jareš, Josef, Ingenieur, Gewerbe-Oberinspektor, Český zemský spolek pro reformu bytovou v Království Českém, 536-III., Prag. — O.

„ Jedlička, Josef, Genossenschaft für den Bau von Häusern für Arbeiterfamilien in Aussig, 2, Zibernik, Aussig.

„ Jeschek, Eduard, Stadtrat, 10, Futtergasse, Znaim.

„ Jilek, Franz, Genossenschaft für den Bau von Häusern für Arbeiterfamilien in Aussig, 94, Altenlerchenfelder Hauptstraße, Aussig.

„ Jungwirth, Friedrich, Dr., Advokaturskonzipist, Sekretär des Linzer Mietervereins, Linz.

„ Kaan, Johann, Dr., k. k. Bezirksarzt, Mährisch-Ostrau.

„ Kalitta, Johann, Oberingenieur bei der k. k. Landesregierung, Troppau.

Frau Kalitta, Anna, Troppau.

Herr Kempf, Josef, Baudirektor, Linz.

„ Kepka, Karl H., Architekt, o. ö. Professor an der tschechischen Technischen Hochschule, 17, Augustinská, Brünn.

„ Kessler, Jan, Privatier und Stadtrat, 191, Sedlačekgasse, Pilsen.

„ Kienmann, E., Bürgermeister-Stellvertreter der Stadtgemeinde Wiener-Neustadt.

„ Kittel, Theodor, Vorsitzender des Bauvereines Wettin, Annaberg im Erzgebirge.

„ Klas, Jindřich, Dr., Handels- und Gewerbekammer, Pilsen.

„ Klepetář, Josef, Inspektor, Gesellschaft zum Bau von Arbeiterwohnungen in Prag, 9, Žižkastraße, Karolinenthal.

„ Kletetschka, Josef, Dr., k. k. Statthalterei-Konzeptspraktikant, 11, Schwedische Gasse, Smichov.

„ Kloiber, Franz, Präsident der Handels- und Gewerbekammer, Graz. — O.

„ Knot, Otto, Magistratsrat, Weinberggasse, C. Nr. 735, Prag VII.

„ Koch, Cyrill Method, Stadtarchitekt, Laibach.

„ König, Dr., k. k. Bezirksarzt, Braunau.

- Herr Kokall, Heinrich, Dr., Stadtphysikus, k. k. Sanitätsrat,
2, Ferdinandsplatz, Brünn.
- „ Konopásek, Josef, k. k. Bezirkskommissär, Obecné
prospěšné stavební a bytové družstvo v Třeboni,
Wittingau.
- „ Korzinek, Max, Ingenieur bei der k. k. Landes-
regierung, Teschen.
- „ Kosmann, A., Fabriksbesitzer, Wattens bei Hall in Tirol.
- „ Koudela, Josef Edler von, Dr., Advokat, Landeshaupt-
mann-Stellvertreter von Mähren, Brünn.
- „ Koutský, Ottokar, Dr., Advokat, Spolek pro zvýšení lido-
vého blahobytu in Pardubitz.
- Frau Koutský, Olga, Advokatensgattin in Pardubitz.
- Herr Krek, Janez, Dr., Theologieprofessor, Reichsratsabgeord-
neter, Laibach. — O.
- „ Kremensek, Johann, Landesregierungsrat bei der k. k.
Landesregierung, Laibach.
- „ Křiženecký, Rudolf, Professor an der k. k. tschechi-
schen Technischen Hochschule, Prag.
- Frau Křiženecký, Ružena, 91, Jungmannstraße, Prag-König-
liche Weinberge.
- Herr Krommer, Hermann, Dr., Bürgermeister-Stellvertreter,
Landtagsabgeordneter, Rechtsanwalt, Zweigverein
Troppau der Zentralstelle für Wohnungsreform in
Österreich, 15, Franz Josefplatz, Troppau.
- „ Krupička, Franz, Heizer, Vorsitzender der „Družstvo
pro stavbu lidových domů a rodinných domků“, Nym-
burg.
- Frl. Kubiena, Paula, Kassierin des Vereines für Frauen-
interessen, Zwittau, Mähren.
- Herr Kudlich, Walter, Bürgermeister der Landeshauptstadt
und Landesausschußbeisitzer, Troppau.
- „ Kuntschner, Rudolf, Bezirkshauptmann bei der k. k.
Statthalterei, Brünn.
- „ Kurka, Franz, JUC., Städtämterdirektor, Nr. 500, Nusle,
Böhmen.
- „ Lamezan-Salins, Olivier Graf, Großindustrieller,
Budweis, Böhmen.
- „ Landa, Anton, k. k. Landesoberbaurat, Radeckyplatz,
Prag III. — O.
- Frau Landa, Eleonore, Landesoberbaurats-Gattin, Radecky-
platz, Prag III.

- Herr Lennkh zu Burgheim, Rudolf Ritter von, Dr., Statthaltereikonzipist bei der k. k. Statthalterei, Graz.
- Frau Lennkh, Dora von, 13, Lichtenfelsgasse, Graz.
- Herr Leo, Julius, Dr., k. k. Universitäts-Professor, Stadtpräsident, Krakau. — O.
- „ Leonhardt, Hugo Ritter von, Dr., k. k. Oberfinanzrat und Finanzbezirksdirektor, Korneuburg.
- Frau Leonhardt, Valerie von, Oberfinanzratsgattin, Korneuburg.
- Herr Lode, Alois, Dr., k. k. Universitäts-Professor, Innsbruck. — O.
- „ Löw-Beer, Arnold, Industrieller, Vorstand der Aktiengesellschaft für Gemeinnützige Arbeiterwohnungen, 2, Ugartestraße, Brünn.
- „ Lošťák, Johannes Nepomuk, Dr., emerit. Direktor der Landesbank des Königreiches Böhmen, Český spolek pro reformu bytovou, Jednota k povzbuzení průmyslu v Čechách, 9, Niklasstraße, Prag V. — O.
- „ Möller, Anton, Stadtbaumeister, Gemeinnütziger Bauverein Warnsdorf, Warnsdorf, Böhmen.
- „ Morawetz, Richard, Fabrikant, Spolek českých průmyslníků textilních, Eipel.
- „ Morgenstern, Ludwig, Dr., Mährisch-Schönberg.
- „ Možny, Matthäus, Geschäftsmann, Spolek pro stavbu laciných a zdravých obydlí, 53, Zeile, Brünn.
- „ Müller, Adolf, schlesischer Landes-Oberbaurat und Vorstand des Landesbauamtes, schlesischer Landesauschuß, Landesamtsgebäude, Troppau.
- „ Mandl, Heinrich, Beamter, Duxerstraße, Teplitz-Schönau, Böhmen.
- „ Mašek, Alois, M. U. Dr., Bürgermeister, Landtagsabgeordneter, Klattau.
- „ Mašek, Vincenz, Dr., Český zemský spolek pro reformu bytovou v Království Českém, Hohenmaut.
- „ Mayer, Alfred, Dr., Konzeptsadjunkt der Handels- und Gewerbekammer in Prag.
- „ Mayer, Ewald, Dr., Konzipist der k. k. Statthalterei, Trautenau.
- „ Mayr, Max, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, Landesauschuß im Erzherzogtume Österreich ob der Enns, Linz.

- Herr Mehrer, Adolf August, Inspektor, Direktor-Stellvertreter der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungs-Genossenschaft für k. k. Staatsbeamte etc., Bahnhof, Salzburg.
- „ Meisels, Adolf, Dr., Advokat, Vorstandsmitglied der Genossenschaft für den Bau von billigen Wohnhäusern und Arbeiterhäusern, 1, starowiślna, Krakau.
- „ Merunowicz, Josef, Dr., Landessanitätsreferent bei der k. k. Statthaltereie in Lemberg.
- „ Mert, Karl, Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Neuhaus, Böhmen.
- „ Merz, Ludwig, Dr., Advokat, Stadtrat, 32, Grodzkagasse, Krakau.
- Frau Merz, Steffa, Advokatensgattin, 32, Grodzkagasse, Krakau.
- Herr Mildschuh, Vilibald, Dr., Privatdozent, Konzipist des statistischen Landesamtes für das Königreich Böhmen, Smichov 1115.
- „ Mischler, Ernst, Dr., k. k. Hofrat und Universitäts-Professor, Grazer Unentgeltlicher Wohnungsnachweis, 1, Kroisbachgasse, Graz. — O.
- „ Müller, Anton, Ingenieur, Stadtrat, 1076, Královské nám., Pilsen.
- Frau Müller, Flora, 4, Jahnplatz, Troppau, Schlesien.
- „ Muhry, Ludwig, städtischer Baurat, Stadtgemeinde Graz.
- „ Musch, Franz, k. k. Finanz-Landeskassa-Kassier, Beamten-Wohnungsverein, Innsbruck.
- „ Neumann, Alois, Herrenhausmitglied, Präsident der Handels- und Gewerbekammer, Reichenberg. — O.
- „ Neumann, Felix, Zivilarchitekt, Mährisch-Ostrau.
- „ Nikolaus, Hermann, Architekt, Hermannstadt, Siebenbürgen.
- „ Noot, Karl, Direktor der Krainischen Industrie-Gesellschaft, Abling-Hütte, Krain.
- „ Nowotny, Franz, Tischlergehilfe, Direktor der Arbeiter-Wohnungs-Genossenschaft, 94, Prödlitz, Böhmen.
- „ Obermann, Franz, k. k. Rechnungsrat, Obmann der Beamtenbaugenossenschaft, Königgrätz.
- „ Oesterreicher, Gustav, Kaufmann, Spolek pro zvýšení lidového blahobytu, Pardubitz.
- „ Ofner, Hermann, Dr., Advokat und Obmann des Vereines zur Erbauung billiger Wohnungen in der landesfürstlichen Stadt St. Pölten.

- Herr Ott, Karl, Dr., schlesischer Landtagsabgeordneter, Bürgermeister, Zweigverein Troppau der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, Oderberg.
- „ Pačovský, Friseur, Spolek pro zvýšení lidového blahobytu zvláště stavbu rodinných domků, Pardubitz.
- „ Passegger, Johann, kais. Rat, Gemeinnützige Beamten-Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Kärnten, Klagenfurt.
- „ Patryn, Ludwig, k. k. Landesregierungsrat, Troppau.
- „ Penso, Renato, Ingenieur, Professor, Direktor des Gewerbeförderungsinstitutes, Görz.
- „ Peroš, Johann, Architekt, Stadtrat, Krakau.
- „ Petelenz, Ignaz, Dr., Reichsratsabgeordneter, Direktor der k. k. Oberrealschule, 12, Studentengasse, Krakau.
- „ Pětník, Karl, k. k. Oberingenieur d. R., 2, Jodokstraße, Brünn.
- Frau Pětník, Johanna, Oberingenieursgattin, 2, Jodokstraße, Brünn.
- Herr Peydl, Franz, sen., Stadtmaurermeister, Unter-Tullnerbach, Irenenthal.
- „ Pfeiffer, Theodor, Dr., Professor, Direktor der Heilstätte Hörgas, 33, Heinrichsstraße, Graz.
- „ Pištelak, Wilhelm, Sollizitator, Bezirkskrankenkasse für den Stadt- und Landbezirk Brünn, 4, Zwittagasse, Brünn.
- „ Pittner, Adolf, R. v., Dr., Hofrat der k. k. Statthalterei Linz.
- „ Pivonka, Johann, Ingenieur, Prerau.
- „ Plattner, Franz, k. k. Regierungsrat, Direktor der Arbeiterunfallversicherungsanstalt Salzburg, Salzburg. — O.
- „ Plochl Karl, Dr., Stadtrat, Graz.
- „ Pollak, Oskar, Dr., Prokurist der österreichischen Waffenfabriksgesellschaft Steyr.
- „ Pöschl, Gustav, Dr., Advokat, Verband der böhmischen Sparkassen in Böhmen, Mähren und Schlesien, Melnik. — O.
- „ Pospíšil, Josef, Chef-Architekt der bosnisch-herzegowinischen Bau-Aktien-Gesellschaft, Serajewo.
- „ Possaner, Felix, Freiherr von, k. k. Landesregierungsrat, Klagenfurt.

- Herr P r a u s n i t z, Wilhelm, Dr., Universitäts-Professor, Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Steiermark in Graz, 9, Zinzendorfgasse, Graz. — O.
- „ P r e g e l, Anton, Dr., k. k. Bezirksarzt, Laibach.
- „ P r e i n i n g e r, Ladislav, Buchbinder und Ornamentist, Stavební družstvo dělnických domků pro Šmichov, 4, Příkladná ul., Prag II.
- „ P ř i b r a m, Otto, Dr., Präsident der Arbeiterunfallversicherungsanstalt für das Königreich Böhmen, 11, Ferdinandstraße, Prag. — O.
- „ P r o c h á z k a, Ladislaus, M. U. Dr., Stadtphysikus, N. C. 18, Jungmannstraße, Prag II.
- „ P r o k o p, Josef, Stadtbaudirektor, Stadtgemeinde Sankt Pölten.
- „ P r ü c k n e r, Emil, Architekt und Baumeister, Družstvo pro stavbu lidových domů a rodinných domků v Nymburce a okolí, Nymburg.
- „ P u s t a w k a, Johann, Dr., k. k. Bezirksarzt, Teschen.
- „ R a u c h b e r g, Heinrich, Dr., k. k. Hofrat, Universitätsprofessor, Landesverband der deutsch-böhmischen Zweigvereine der Zentralstelle für Wohnungsreform, 91, Kopernikusgasse, Prag-Königliche Weinberge. — C. P. — O.
- Frau R a u c h b e r g, Freia, Hofratsgattin, 91, Kopernikusgasse, Prag-Königliche Weinberge.
- Herr R a u d n i t z, Alfred, Fabrikant, Obmannstellvertreter der deutsch-böhmischen Landesstelle für Pensionsversicherung, 22, Kohlmarkt, Prag I.
- Frau R a u d n i t z, Berta, Fabrikantensgattin, 22, Kohlmarkt, Prag I.
- Herr R e d e r, Josef, Dr., k. k. Bezirksarzt, Gmünd, Niederösterreich.
- „ R e i c h l, Wenzel, Architekt, Spolek pro zvýšení lidového blahobytu zvláště pro stavbu rodinných domků, Königgrätz.
- „ R e i n l e i n Freiherr von Marienburg, Philipp, Bezirkshauptmann bei der k. k. Statthalterei in Triest.
- „ R e z e k, Josef, Oberkondukteur der k. k. Staatsbahnen, Spolek pro zvýšení lidového blahobytu in Pardubitz.
- „ R i c h e t t i, Edm. Edler von Terralba, Generalsekretär der Assicurazioni Generali, Handelskammer-Vizepräsident, Triest. — O.

- Herr Ringhoffer, Alfred, Baron, Gesellschafter der Firma
F. Ringhoffer, Smichov bei Prag.
- „ Řivnač, Anton, Präsident der Handels- und Gewer-
kammer, Prag. — O.
- „ Rösler, Hans, Stadtrat, Baureform I. allgemeine gemein-
nützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft Linz-Ur-
fahr, 48, Rudolfstraße, Urfahr.
- „ Rößler, Oskar, Dr. Ing., Architekt, 13, Schloßgasse,
Reichenberg in Böhmen.
- „ Röthl, Matko, Gemeinderat, Laibach.
- „ Ruckensteiner, Fritz, Dr., Hof- und Gerichtsadvokat,
Gemeinderat, Linz. — O.
- „ Rudolf, K., Všeobecné a bytové družstvo v Táboře, 762,
Tabor, Böhmen.
- „ Rudolff, Artur, Zentralinspektor, Gesellschaft zum Baue
von Arbeiterwohnungen in Prag; Staatsbahnhof,
Prag II.
- „ Ruß, Walter, Dr., Rechtsanwalt, Graupnergasse, Teplitz.
- „ Ruth, Ludwig, k. k. Hofrat, Generalinspektor der k. k.
Staatsbahnen i. P., Riegerkai, Prag.
- „ Sare, Josef, k. k. Oberbaurat, Stadt-Vizepräsident, Kra-
kau. — O.
- „ Sauter, Hermann von, Dr., Handelskammersekretär, Se-
rajewo. — O.
- „ Schenk, Heinrich, Dr., Universitätsprofessor, Obmann
der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft
für Steiermark in Graz, 180 D, Teichhof, Maria-Trost
bei Graz.
- „ Schiebl, Jaroslav, städt. Offizial, 445, Havličekgasse,
Pilsen.
- „ Schlesinger, Theodor, Dr., Zahnarzt, Spolek pro
stavbu lačných a zdravých obydlí, 32, Ferdinandgasse,
Brünn.
- „ Schloffer, Franz, Kommissär der Arbeiter-Unfallver-
sicherungsanstalt, Gemeinnützige Bau- und Wohnungs-
genossenschaft für Steiermark in Graz, 1, Hans Sachs-
gasse, Graz.
- „ Schmeja, Ingenieur und Maschinenfabrikant, Biala-
Bielitz.
- „ Schmidt, Otto, Oberingenieur, Witkowitz Bergbau-
und Eisenhüttengewerkschaft, Witkowitz.

- Herr Schoeller, Gustav Ritter von, Präsident der Handels- und Gewerbekammer, Brünn. — O.
- „ Schonka, Josef, Dr., k. k. Oberbezirksarzt, Landes-Sanitäts-Referent, k. k. Ministerium des Innern, 2, Westbahnstraße, Salzburg.
- „ Schraffl, Landesauschuß-Beisitzer, Reichsratsabgeordneter, Innsbruck. — O.
- „ Schragger, Sigismund, Bauunternehmer, Strassewskiego, Krakau.
- Frau Schragger, Rosa, Strassewskiego, Krakau.
- Herr Schuster, Friedrich, Generaldirektor der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft, Zentralverband der Industriellen Österreichs, Witkowitz. — O.
- „ Sieber, Julius, Dr., Konzipist, Baugenossenschaft der Bank- und Sparkassenbeamten in Prag, 869, Havlíčekplatz, Prag II.
- „ Sieger, Ferdinand, Lithograph im k. k. Eisenbahnministerium, Zentralauschuß des humanitären und Rechtsschutzvereines für Eisenbahner Österreichs, 18, Linzerstraße, Purkersdorf-Ort.
- „ Skořepa, Franz, Architekt, Zbraslavitz.
- „ Škorpil, Karl V., k. k. Bezirksrichter, Direktor der Baugenossenschaft Ungarisch-Hradisch, Mähren.
- „ Sopuch, Rainer, k. k. Oberbaurat, Statthaltereirei, Lemberg.
- „ Spaho, Mehmed, Dr., Sekretär der Handels- und Gewerbekammer für Bosnien und die Herzegowina, Serajewo.
- „ Spiethoff, Artur, Dr., k. k. Universitätsprofessor, Landesverband der deutsch-böhmischen Zweigvereine der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, Prag. — O.
- „ Šrámek, Johann, Konsistorialrat, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter, bischöfl. Konsistorium, Reichsparteivollzugsausschuß der čechoslawischen christlichsozialen Partei, Moravhko-slezská Jednota potravních a jiných svépomocných družstev in Brünn, 19/21, Altbrünnergasse, Brünn.
- „ Srb, Franz, k. k. Baurat, Landesregierung, Teschen.
- „ Stachy, Julius, Dr., Bahnsekretär, Stanislauer Beamten-Wohnungs-Baugenossenschaft, 64, Goluchowskigasse, Stanislau.

- Frau Stachy, Marie, 64, Goluchowskigasse, Stanislau.
- Herr Stadler, Franz, Dr., k. k. Landesregierungsrat und Landes-sanitätsreferent, Salzburg.
- „ Staněk, Franz, Landtags- und Reichsratsabgeordneter, Landwirt, Schelletau, Mähren.
- „ Staniszewski, Valentin, Dr., Reichsratsabgeordneter, Direktor der städtischen Sparkassa, Stadt Krakau, Parlament, Wien I.
- „ Stehlik, Franz, Chefindenieur des städtischen Bauamtes, Pilsen.
- „ Steinbrenner, Karl, Baukommissär der Stadtgemeinde Marburg a. d. Drau.
- „ Steiner, Richard, Lehrer, Zweigverein des allg. n.-ö. Volksbildungsvereines, Waidhofen a. d. Thaya.
- „ Štěpánek, Jan, M. Ph., Stadtrat, C. N. 81, Kgl. Weinberge.
- „ Stepanek, Karl, Dr., Generalsekretär der mährischen Hypothekenbank, Brünn.
- „ Stockhammer, Emerich, Dr., Stadtphysikus, 16, Franz Josefsplatz, Linz.
- „ Stölzel, Artur, Dr., Landesausschußbeisitzer, Reichsratsabgeordneter, Salzburg.
- „ Strachotinsky, Johann, Statthaltereirat bei der k. k. Statthalterei, Prag.
- „ Stradal, Theodor, Ingenieur, behördl. autor. Zivilgeometer, 48, Friedländerstraße, Reichenberg.
- „ Straßmann, Adolf, Gemeindeausschuß, Mährisch-Ostrau.
- „ Strauß, Otto, Dr., Statthalterei-Konz.-Praktikant bei der k. k. Statthalterei, Graz.
- Frau Strauß, Luisa, 11, Wastlergasse, Graz.
- Herr Stych, Anton, Dr., I. Bürgermeisterstellvertreter, Prag. — O.
- „ Swarovski, D., Fabriksbesitzer, Wattens bei Hall, Tirol.
- „ Swiatkowski, Stephan, Sanitätsassistent bei der k. k. Statthalterei, Lemberg.
- „ Taschek, Josef, Bürgermeister, Budweis.
- „ Taub, Siegfried, Sekretär-Stellvertreter der Bezirkskrankenkasse, 24/26, Franz Josefstraße, Brünn.
- „ Tauer, Josef, städtischer Bauverwalter, Wels.
- „ Thun, Graf Rudolf, Landesregierungsrat bei der k. k. Landesregierung, 38, Rudolfskai, Salzburg.

- Herr Tichy, Josef, M. U. Dr., k. k. Landessanitätsinspektor,
Prag III., 563.
- „ Tomicki, Josef, Ingenieur, Direktor der elektrischen
Straßenbahn Lemberg, 2, Wólecka, Lemberg.
- „ Tommasco, Hieronymus Edler von, Dr., k. k. Hofrat
a. D., Landesausschuß des Königreiches Dalmatien,
Zara, Dalmatien.
- „ Trappen, August, Direktor der Krainischen Industrie-
Gesellschaft, Aßling-Hütte, Krain.
- „ Twaróg, Felix Ritter von, Dr., Sekretär der k. k. Staats-
bahndirektion, 3, Swobodagasse, Krakau.
- „ Ullrich, Hans, Baumeister, Gemeinderat, Mährisch-
Ostrau.
- „ Urbanowsky, Alfred, Stadtsekretär, Mährisch-Ostrau.
- „ Vancaš, Josef von, kgl. Baurat, Zivilarchitekt, Direktor
der bosnisch-herzegowinischen Bau-Aktiengesellschaft,
Serajewo, Bosnien.
- „ Vanicky, Josef, Ingenieur, Stadt Raudnitz a. d. E.,
Böhmen.
- „ Weingärtner, Wilhelm, k. k. Oberbaurat, Družstvo pro
stavbu úřednických domů v Praze, 26, Ferdinandskai,
Smichov.
- „ Velich, Franz, Ingenieur, städtischer Baurat, C. N. 1858,
Wenziggasse, Prag II.
- „ Vietz, Johann, Bürgermeister, Witkowitz, Mähren.
- „ Vivenot, Manfred Ritter von, Dr., k. k. Bezirkshaupt-
mann a. D., 5, Weidlingbachgasse, Weidling bei Wien.
- „ Wachner, Hugo, Dr., k. k. Bezirksarzt, Klagenfurt.
- „ Weiser, Kajetan, Gemeinderat der Stadt Linz.
- „ Weißmann, Alois, Dr., k. k. Bezirksarzt, Linz.
- „ Werlik, Johann, Landesregierungsrat bei der k. k.
Landesregierung, Troppau.
- „ Werther, Artur von, Dr., Zuckerfabriksbesitzer, Ob-
mann des Prager Volkwohnungsvereins, 19, Marien-
gasse, Prag.
- Frau Werther, Elsa von, 19, Mariengasse, Prag.
- Herr Wien, Franz, Dr., Advokat, 24, Heinrichsgasse, Prag II.
- Frau Wien, Hilda, 24, Heinrichsgasse, Prag II.
- Herr Winkler, Karl, Landesausschußbeisitzer, Klagenfurt.
— O.
- „ Winkler, Ingenieur, Direktion der Witkowitz Steinkohlengruben, Mährisch-Ostrau.

- Herr Winter, Leo, Dr., Reichsratsabgeordneter, 10, Dobrovskýgasse, Kgl. Weinberge bei Prag.
- „ Wolf, Emil, Dr., Landesadvokat, Zweigverein Brünn der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, Brünn. — O.
- „ Wotitzky, Siegmund, Dr., Distriktsarzt, Zweigverein Budweis der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, Baugenossenschaft „Heimstätte“, 21, Ringplatz, Budweis.
- „ Záhorský, Heinrich, Dr., emer. Stadtphysikus, 8, Petersgasse, Prag II.
- „ Zásche, Josef, Architekt, 21, Thorgasse, Prag II.
- „ Závorský, Max, Dr., Sekretär der Landesbank für das Königreich Böhmen, Český zemský spolek pro reformu bytovou v Království Českém, Prag. — O.
- „ Zawiejski, Johann, städtischer Baurat, Krakau. — O.
- „ Zázvorka, Anton, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Landtagsabgeordneter, Grundbesitzer, Šlapánice, Post Zlonitz, Böhmen.
- „ Zeh, P., Ingenieur, k. k. Professor, Leiter-Stellvertreter der Baugenossenschaft deutscher Staatsbeamten, 3, Mozartstraße, Reichenberg.
- „ Zerlauth, Otto, Ingenieur, Bauoberkommissär, Direktion der bosnisch-herzegowinischen Landesbahnen, Serajewo.
- „ Zieleniewski, Edmund, Ingenieur, Reichsratsabgeordneter, Direktor der Maschinenfabrik L. Zieleniewski, A.-G., Krakau.
- „ Zvěřina, Franz, städtischer Ratsingenieur, Prag. — O.
- Bau- und Wohnungsgenossenschaft Kladno.
- Bukowinaer Landesbank, Czernowitz.
- Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Troppau und Umgebung, Troppau.
- Giunta provinciale dell' Istria, Parenzo.
- Handels- und Gewerbekammer, Görz.
- Jubiläumsgenossenschaft der Handelsangestellten, Prag (A. Lustig, Riunione Adriatica di Sicurtà, Stadtpark, Prag II).
- Sparkassa Melnik, Melnik.
- Stadtgemeinde Königsfeld bei Brünn.
- Spolek architektů a inženýrů v Království Českém, 20, Wladislawgasse, Prag II.

Tuchmachergenossenschaft, Jägerndorf.
Zweigverein des allg. n.-ö. Volksbildung-Vereines, Waidhofen a. d. Thaya.

Portugal.

Exz. Paraty de Noronha, Don Miguel, königlich portugiesischer a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister, 19, Gußhausstraße, Wien IV. — D.

Rumänien. — Roumanie. — Rumania.

M. Costinescu, J., Dr. médecin, 75, Strada Romana, Bucarest.

Mme. Costinescu, Aline, 75, Strada Romana, Bucarest.

M. Darvari, Démètre, ingénieur, 3, Place Lahovary, Bucarest.

Mme. Darvari, Hélène, 3, Place Lahovary, Bucarest.

M. Moroianu, George, Dr., kgl. rum. Handelsattaché in Deutschland und Österreich-Ungarn, 48, Heugasse, Wien IV. — D.

„ Petrescu, Jean, ingénieur, Bucarest.

Mme. Petrescu, Marie, Bucarest.

M. Schmidts, Ernst, Architecte, 70, Alla Blanc A., Bucarest.

Rußland. — Russie. — Russia.

M. Suzor, Comte Paul de, Président de la Société des architectes artistes académiciens, 21, ligne des cadets, St. Petersbourg.

„ Schmejke, G., Architect, Hausbesitzer-Verein in Warschau.

Schweden. — La Suède. — Sweden.

Herr Meurling, Carl H., Leutnant W. W. C., Direktor der Stadtgüter, 16, Stockskobninken, Stockholm.

Frau Meurling, Meggie, 16, Stockskobninken, Stockholm.

Herr Palme, Sven, Generaldirektor der Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft „Thule“, Reichstagsabgeordneter, Stockholm. — C. P.

Herr Ramm, Axel, Stadtrevisor, Sekretär des allg. Hauseigentümer-Vereines etc., Göteborg.

Frau Ramm, Augusta, Göteborg.

Herr Trapp, Oskar, Konsul, Direktor der Eisenbahnen, Helsingborg. — C. P.

Schweiz. — Suisse. — Switzerland.

Herr Bruschweiler, Karl, Dr., Adjunkt im stat. Amt, Zürich.

„ Fessler, Franz, Stadtbaumeister von Zürich.

„ Groß, Paul, Dr., aargauischer Kantonsstatistiker, Aargau.

„ Lorenz, Adjunkt des Schweizerischen Arbeitersekretariates und Generalsekretär der Schweizerischen Heimatsausstellung, Zürich.

„ Schatzmann, H., Sekretär des Gesundheitsamtes Zürich, 4, Rigistraße, Zürich IV.

„ Schnetzler, Universitäts-Professor, Lausanne. — C. P.

Serbien. — Serbie. — Servia.

Herr Mijalkowitsch, Demeter J., Direktor der ersten serbischen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft „Serbia“, 49, König Peterstraße, Belgrad.

Ungarn. — Hongrie. — Hungary.

Herr Balint, Zoltán, Architekt, Ungarischer Ingenieur- und Architektenverein, Budapest.

„ Barczy, Stephan, Dr., Bürgermeister, Budapest.

„ Barta, Ernst, Dr., Finanzrat im k. ung. Finanzministerium, Budapest. — D.

„ Brolly, Theodor, Bürgermeister der Stadt Preßburg.

„ Dallos, Josef, hauptstädtischer Ingenieur, Budapest.

„ Devecis de Vecchio, Franz von, städtischer Bau- direktor, Budapest.

„ Eberling, Béla, Architekt, Budapest.

„ Eberling, Stephan, Baurat, Budapest.

„ Endrődi, Izsó, Direktor, „Házépítő és Telepítő Bank“, Budapest.

„ Eperjessy, Béla von, städtischer Ingenieur, Bezirks- vorstehung, Budapest II.

Frau Eperjessy, Béla von, Ingenieursgattin, Budapest II.

Herr Feleki, Béla, Dr., Stadtrepräsentant, Budapest.

- Herr Fenyő, Max, Dr., Bund der ungarischen Fabriksindustriellen, 1, Zrinyigasse, Budapest V.
- „ Ferenczi, Emerich, Dr., Schriftsteller, 19, Visegrádi utca, Budapest V.
- „ Fleischl, Robert, Architekt, Budapest.
- „ Földes, Edmund, Architekt, Budapest.
- „ Fónagy, Béla, Konzipist des Sozialen Museums, Budapest.
- „ Friedrich, Wilhelm, Dr., königl. Rat, Oberarzt, Dozent der Universität, Arbeiterversicherungs- und Krankenkassa, Budapest.
- „ Guth, Paul, Post- und Telegrapheninspektor, Budapest.
- „ Haeffner, Sigismund, Postoffizial, Budapest.
- „ Harrer, Franz, Magistratsnotär, Budapest.
- „ Hauszmann, Alois, Hofrat, Professor am Polytechnikum, Budapest.
- „ Hegedüs, Armin, Ingenieur, Budapest.
- „ Helmár, August, Professor, 53a, Palisadenweg, Preßburg.
- „ Hennyey, Wilhelm von, Dr., Post- und Telegraphendirektor, Budapest.
- „ Hermann, Nikolaus, Hermannstadt.
- „ Hofer, Wilhelm, Dr., Stadtrat, Győr.
- „ Jámbor, Ludwig, Architekt, Budapest.
- „ Jendrassik, Alfred, Kunstrat im königl. ungar. Ministerium des Innern, Josef-Ring, Budapest. — D.
- „ Jonás, David, Architekt, Budapest.
- „ Kabdebó, Julius von, Ingenieur, Budapest.
- „ Kis, Adolf, Direktor der Arbeiterkranken- und Versicherungslandeskasse, Budapest.
- „ Kratky, Johann, technischer Rat der Haupt- und Residenzstadt Budapest.
- „ Krejcsi, Rudolf, Dr., Sekretär der Budapester Handelskammer, 34, Toldygasse, Budapest II.
- „ Kun, Béla, Konzipist, Kolozsvár.
- „ Málnay, Béla, Architekt, Budapest.
- „ Mandello, Julius, Dr., Direktor der ungarischen volkswirtschaftlichen Gesellschaft, 2, Táborgasse, Budapest I.
- „ Messinger, Alois, Architekt, Budapest.
- „ Mihályik, Stephan, hauptstädt. Ingenieur, Budapest.
- „ Molnar, Sigismund, Bureauchef der Házépítő és Telepítő Bank, Budapest.

- Herr Orczy, Julius von, Oberingenieur, Budapest.
 „ Orth, Ambrosius, Architekt, Budapest.
 „ Palóczy, Anton, Architekt, Ungarischer Landes-Industrieverein, 4, Zichy Jenő-Gasse, Budapest.
 „ Pláner, Julius, Ingenieur, Budapest.
 „ Pollak, Mánó, Architekt, Budapest.
 „ Popper, Theodor, Dr., Advokat, Budapest.
 „ Rozsavölgyi, Mánó, Dr., Stadtrepräsentant, Budapest.
 „ Schoditsch, Anton, Architekt, Budapest.
 Frä. Schwimmer, Rosa, Präsidentin des Feministenvereines, Budapest.
 Herr Sidó, Zoltán von, Dr., Konzipist der Haupt- und Residenzstadt, Budapest.
 „ Somló, Emil, Architekt, Budapest.
 „ Szabó, Erwin, Dr., Stadtbibliothekar, 28, Károlykörút, Budapest IV.
 „ Szántó, Melchior, Museumdirektor, Ministerialrat im königl. Handelsministerium, Budapest. — D.
 „ Székács, Anton, Stadtrepräsentant, Budapest.
 „ Szemenyei, Kornel von, Dr., Vizedirektor der Arbeiterkranken- und Versicherungslandeskassa, Budapest.
 „ Sztankovics, Konstantin von, Dr., Sekretär des Bürgermeisters, Budapest.
 „ Thirring, Gustav, Dr., Professor, Direktor des Kommunal-statistischen Bureaus, Budapest.
 „ Varró, Stephan, Dr., Konzipist der Budapester Handelskammer, 6, Szemere-utca, Budapest V.
 „ Vidor, Emil, Architekt, Budapest.
 „ Wildner, Edmund von, Dr., Magistratsnotär, Budapest.
 „ Zerkowitz, Sigismund, Dr., Budapest.

*Vereinigte Staaten von Amerika. — Etats Unis d'Amérique. —
 United States of America.*

- Mr. Buchholz, Arthur E., Chief-Inspector of the Tenement House Division of the Philadelphia Departement of Health and Charities, Philadelphia, Penna. — D.
 „ Farman, Henry W., Professor of Economics, Yale University, New-Haven, Conn.
 „ Feiss, Paul L., Chairman, Housing Problem Committee Chamber of Commerce, Cleveland, Ohio.

- Mr. Fesler, Mayo, secretary, Civic League of St. Louis, 903, Security Building, St. Louis, Mo.
- „ Ford, Geo. B., architect, National Housing Association of America, Harvard University, 347, 5th Avenue, New-York. — D.
- „ De Forest, Robert W., President American Housing Congress, 30, Broad Street, New-York, City. — C. P.
- Miss Fox, Hannah, 339, South Broad Street, Philadelphia, Pa.
- Mr. Gilder, Richard Watson, New-York. — C. P.
- „ Glenn, John M., Direktor, The Sage Foundation, 105, E. 22nd. St., New-York, City.
- „ Leland, N. M., Cadillac Motorcar Co., 2984, Grand Boulevard, West, Detroit, Michigan.
- „ Macy, V. Everit, 68, Broad Street, New-York, City.
- „ Martin, T. C. Exec. Sec. Nat. Electr. Light Association, 29, W. 39, New-York, City.
- „ Morgenthau, Henry, 165, Broadway, New-York, City.
- „ Nolen, John, City Planner, Harvard Square, Cambridge, Massachusetts.
- „ Peabody, George Foster, Lake George, New-York.
- „ Reynders, J. V. W., Vice-President, Pennsylvania Steel Co., Steelton, Pa.
- Miss Schuyler, Louisa Lee, 37, Madison Avenue, New-York, City.
- Mr. Seligmann, Isaac N., 1, William Street, New-York, City.
- „ Smith, Frank Sullivan, Plaza Hotel, New-York, City.
- „ Sternberg, Geo. M., General, 2005, Massachusetts Avenue, Washington.
- „ Stokes, J. N. Phelps, 100, William Street, New-York, City.
- „ Swan, Laurence W., Business Director, Miami University, Oxford, Ohio.
- „ Thomas, John Lloyd, Manager Mills Hotels and Modern Dwellings, New-York, City.
- „ Tolman, William H., Director, Secretary, American Section Housing Congress, 29, West 39th Street, New-York, City. — D.
- „ Wadlin, C. Horace, Librarian, Boston Public Library, Boston, Massachusetts.
- „ Welch, A. A., Phoenix Mutual Life Insurance Co., Hartford, Conn.
- „ White, Alfred T., 5, Nassau Street, New-York, City.

- Mr. Williams, Arthur, General-Inspector, The N. Y. Edison Company, 55, Duane Street, New-York, City.
- Mrs. Woerishoffer, Anna, 11, East 45th Street, New-York, City.
- Mr. Wyman, Walter, Surgeon General, S. Public Health and Marine Hospital Service, Washington.
- City and Suburban Homes Company, 281, Fourth Avenue, New-York, City.

Verzeichnis der Schriften,

die dem Präsidium des Kongresses zur Verteilung an die Kongreßmitglieder zur Verfügung gestellt wurden.

1. Die Kaiser Franz Joseph I.-Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen. — Selbstverlag. Wien I., Stubenring 8.
2. Die Wohnungsfrage. Vorträge, gehalten im Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein. — Selbstverlag. Wien I., Eschenbachgasse 9.
3. Die gemeinnützigen Kleinwohnungsanlagen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern nach den Ergebnissen der Erhebung vom 17. April 1909 (k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten). — Verlag: Friedr. Irrgang, Brünn.
4. Statistische Grundlagen zur Beurteilung des Wohnungswesens in Österreich. Von Dr. Edmund Palla. Sonderabdruck aus dem Maiheft der Statistischen Monatsschrift, XV. Jahrgang, für den IX. Internationalen Wohnungskongreß Wien 1910 (k. k. Statistische Zentralkommission). — Verlag: Friedr. Irrgang, Brünn.
5. Statistik der hauszinssteuerepflichtigen Wohnungen nach dem Stande von 1908 (k. k. Finanzministerium). — Verlag der k. k. Hof- und Staatsdruckerei, Wien.
6. Statistik über die Ergebnisse des Arbeiterwohnungsgesetzes ex 1902 in den Jahren 1902 bis inklusive 1908 (k. k. Finanzministerium). — Verlag der k. k. Hof- und Staatsdruckerei, Wien.
7. Bauhandwerkerfrage und Mittelständische Wohnungspolitik. Mit Unterstützung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten herausgegeben im Auftrage des Redaktionsausschusses des II. Internationalen

- Mittelstands-Kongresses Wien 1908. — Selbstverlag. Wien IX/2, Severingasse 9.
8. Die Tätigkeit der gemeinnützigen Baugesellschaften für Arbeiterwohnhäuser (Gesellschaften mit beschränkter Haftung) in Brigittenau (Wien XX.), Stadlau (Wien XXI.) und Wiener-Neustadt. Von Doktor Felix Freiherrn von Oppenheimer und Professor Leopold Simony. — Verlag der Gemeinnützigen Baugesellschaft für Arbeiterwohnhäuser, Gruppe Brigittenau, r. G. m. b. H., Wien XX.
 9. Die Wohnungsverhältnisse der österreichischen Tabakfabrikarbeiter. Eine Erhebung des Christlichen Tabakarbeiterverbandes Österreichs. — Wien 1910. Verlag des Verbandes.
 10. Gmindersdorf, Arbeiterkolonie Ulrich Gminder, G. m. b. H., Reutlingen.
 11. Relazione della Cooperativa Case e Alloggi per Impiegati in Roma. Officina Poligrafica Italiana 1910.
 12. La Casa Moderna nell'Opera dell'Istituto Romano di Beni Stabili. (Ing. E. Talamo, Direttore Generale dell'Istituto Romano di Beni Stabili.) Roma 1910.
 13. Községi lakáspolitikai és lakásügyi intézmények. Kommunale Wohnungspolitik und Wohnungseinrichtungen. Denkschrift, verfaßt im Auftrage der Haupt- und Residenzstadt Budapest zur Vorbereitung eines kommunalen Wohnungsamtes. (Dr. Emerich Ferenczi, Budapest V., Visegrádi-utca 19.)
 14. Kongreß-Nummer (14) der Mitteilungen der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich. — Selbstverlag. Wien I., Stubenring 8.
 15. Bericht über die von der Budapester Handels- und Gewerbekammer in Angelegenheit der Wohnungsfrage eingeleitete Aktion. (Erstattet an den IX. Internationalen Wohnungskongreß in Wien, Mai 1910, von Dr. R. Krejcsi, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer, Budapest.)
 16. Municipal Housing in England and Wales. By Alderman W. Thompson. (Municipal Year Book.)
 17. Führer durch Wien. Herausgeber: Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr. — Verlag: Otto Maaß' Söhne, Wien.

18. Wien. Eine Auswahl von Stadtbildern. (Gemeinde Wien.)
19. Technischer Führer durch Wien. Herausgegeben vom Österreichischen Ingenieur- und Architektenverein, redigiert von Ing. Dr. Martin Paul, Stadtbauinspektor (Gemeinde Wien). — Verlag: Gerlach & Wiedling, Wien I., Elisabethstraße 13.
20. Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft. Programm. (Generalsekretär: Hans Kampffmeyer, Karlsruhe.)
21. La Ligue pour les Espaces libres. L'Assainissement et les Sports. Déclassement des fortifications et conversion de la zone en espaces libres. (George Benoît-Lévy, Paris, 11, Rue Malebranche.)
22. Société de Mines de Dourges. Habitations ouvrières.

II. Protokoll der Kongreßverhandlungen.

Eröffnungssitzung.

Montag, den 30. Mai.

(Beginn 10 Uhr 30 Minuten vormittags.)

Exzellenz Dr. Klein: Hochansehnliche Versammlung! In dem ich hiermit den IX. Internationalen Wohnungskongreß eröffne, gereicht es mir zur Ehre, den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, Exzellenz Ritt, und den Herrn Leiter des k. k. Ackerbauministeriums, Exzellenz von Pop, die namens der Regierung unserer Einladung zu folgen die Güte hatten, auf das ergebenste zu begrüßen.

Es ist mir eine Auszeichnung, weiters zu begrüßen: Seine Exzellenz den Herrn Botschafter des Königreiches Italien, Herzog von Avarna, und die Herren Gesandten von: Bayern, Exzellenz Freiherrn von Tucher, Belgien, Exzellenz Conte Errembault de Dudzeele, Niederlande, Exzellenz Jonkheer de Weede de Berenkamp, Portugal, Excellenz Graf Paraty, und von Schweden, Excellenz Freiherrn von Beck-Frijs.

Sodann erlaube ich mir auf das geziemendste zu begrüßen die zum Kongresse delegierten Vertreter der österreichischen und der ungarischen Regierung und des k. u. k. Gemeinsamen Finanzministeriums, ferner die offiziellen Delegierten der Regierungen von Belgien und Dänemark, des Deutschen Reiches und der Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und der Freien und Hansastädte Hamburg und Lübeck sowie die offiziellen Delegierten der Regierungen von Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Weiters begrüße ich auf das wärmste die Repräsentanten des Landes Niederösterreich, den hochverehrten Herrn Bürgermeister und die Herren Vizebürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die von zahlreichen Städten und Kor-

porationen des In- und Auslandes entsendeten Delegierten und die Mitglieder des Permanenten Internationalen Komitees, dem wir für die Veranstaltung des Kongresses in Wien aufrichtig verpflichtet sind.

Ich danke allen wärmstens für das Interesse, das Sie damit für die Sache der Wohnungsreform und für die am Kongresse zu verhandelnden Gegenstände bekunden. Desgleichen heiße ich alle verehrten Damen und Herren, die als Gäste oder Kongreßmitglieder von nah und fern zum Kongreß erschienen sind, auf das herzlichste willkommen.

Nous sommes ravis de voir parmi les congressistes en grand nombre des étrangers, des membres des nations, dont nous admirons les œuvres éminentes et le travail empressé et énergique en matière de l'habitation à bon marché. Les connaissances et les expériences, dont ces messieurs disposent, sont des biens précieux, qu'ils apportent dans notre communauté. Les débats en tireront de grand profit. Tous ceux qui se sont occupés pratiquement des questions, qui nous réunissent, n'oublieront plus les difficultés qui ont fait échouer maints projets bien raisonnables d'après les apparences. Ce qu'ils placent pour cela toujours en première ligne, c'est à savoir s'il y a une mesure réalisable. Ces congressistes venant des pays, qui nous servent de modèles ne manqueront pas d'accentuer ce point de vue pratique et dans les résultats des débats on trouvera à coup sûr les reflets de leur influence salutaire. En effet nos congrès peuvent être comparés à des orchestres formés d'un grand nombre d'instruments dont les différents sons créent l'harmonie de l'œuvre musicale.

En nous organisant en congrès internationaux nous mettons nos buts communs pour ainsi dire sous une garantie internationale, ce qui ôte à nos adversaires — et il y en a partout — l'espérance de supprimer le mouvement concernant les habitations à bon marché pour tel ou tel pays. En outre l'échange de nos opinions aux congrès peut accélérer le rythme de nos progrès parce qu'on évite par là beaucoup d'erreurs et de détours.

Ajoutez les discussions et les critiques qui proviennent de tant de manières de voir différentes et les propositions qui ont pu soutenir des épreuves si variées, et vous comprendrez pourquoi nous attachons tant de valeur à nos congrès et pourquoi nous les apprécions d'autant plus, s'ils sont des assemblées vraiment internationales.

Nous savons pour cela bon gré aux congressistes de l'étranger de prouver tant d'intérêt pour le congrès de Vienne et nous espérons que ce congrès ne sera que le commencement de relations étroites et perpétuelles entre eux et nous.

Der internationale Wohnungskongreß wird zum ersten Male auf österreichischem Boden abgehalten. Das ist für uns Österreicher ein wichtiger Merktag, im gewissen Sinne ein Anfang, allgemein betrachtet beginnt aber damit nichts Neues. Wir treten vielmehr in eine im vollen Flusse befindliche internationale Bewegung ein, die es in den meisten Ländern nicht mehr nötig hat, ihre grundsätzliche Berechtigung nachzuweisen. Vielleicht gilt dies hierzulande noch nicht im gleichen Grade, aber auch bei uns hat sich die Erkenntnis, daß Abhilfe gegen das Wohnungselend in den ärmeren Volksschichten notwendig sei, ausgebreitet, und die Bereitschaft zu werktätiger Hilfe ist größer geworden.

Wir danken das dem aufklärenden und werbenden Wirken unserer Zentralstelle für Wohnungsreform, den mustergültigen Schöpfungen der Jubiläumsstiftung für Volkswohnungen und einiger gemeinnütziger Bauvereine größeren Stils und dem, was in besonderem Maße die Industrie und dann Staatsbetriebe und Eisenbahnverwaltungen in ihrem Bereiche zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse getan haben. In neuerer Zeit zeigen sich verheißungsvolle Anfänge konsequenter kommunaler Wohnungspolitik in einzelnen Teilen Österreichs, die wir freudig und mit dankbarer Gesinnung für diejenigen registrieren, die dazu die Anregung gegeben. So mögen unsere Genossen aus den anderen Staaten, denen wir heute zum ersten Male als eine größere Gruppe uns zugesellen, uns in ihre Arbeitsgemeinschaft mit Vertrauen aufnehmen. Unsere Ausrüstung ist noch schwächer, wir verfügen nicht über ihre Erfahrungen und können nicht so viel Siege aufzählen wie sie, aber wir haben den ernsten Willen, unseren Platz unter ihnen auszufüllen. Die heutige Versammlung ist ein Beweis, daß die Gleichgültigkeit gegen die Übel des Wohnungswesens im Schwinden ist. Zum ersten Male wird aus der Mitte der Bevölkerung in unzweideutiger Weise für die Anschauungen derer Partei genommen, die den trostlosen, oft geradezu menschenunwürdigen Wohnverhältnissen der minderbemittelten Klasse nach Kräften abzuhelpen, für eine der dringendsten Aufgaben der Gesellschaft erklären. Unsere Versammlung ist ein Protest dagegen, daß das furchtbare Wohnungselend, das man kennen

gelernt hatte, als die selbstverständliche Unterschichte des Glanzes und der Regsamkeit der großen Städte angesehen und hingenommen wird, und sie zeigt uns, daß auch Österreich für sachgemäße Aktionen der Wohnungsreform geistig reif geworden ist.

Charakteristisch für die gegenwärtige Phase der Reformbestrebungen sind zwei Dinge: das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und eine ganz eigenartige Verbindung von Selbsthilfe und Beistand Dritter. Beides hat sich in einer raschen wechselvollen Entwicklung ausgebildet, die in verkürztem Maße die Hauptabschnitte des 19. Jahrhunderts rekapituliert. Solange man die Genealogie und die Gesetze von Not und Elend noch nicht studiert hatte, ist Wohnungsfürsorge Sache der Humanität, freiwillige Leistung der Wohltätigkeit, die sich dabei in allem und jedem an das normale Schema der Bauführung hält und deswegen nur dann zu einem solchen Schritte sich entschließt, wenn sie so viel opfern will und kann, als Grund, Bau, Gebäudeerhaltung und was sonst an Aufwand mit einem Hause verbunden ist, jeweils kosten. Dieser, man könnte sagen patriarchalischen Periode folgt die Wohnungsfürsorge der Industrie, eine Begleiterscheinung der industriellen Entwicklung und der damit zusammenhängenden Steigerung und Ausdehnung der Wohnungsmißstände. Die Motive sind nicht mehr rein charitativ, es mischen sich Erwägungen der Geschäftspolitik darunter, aber den Hauptanteil an der intensiveren Fürsorge für entsprechende, gegen mäßige Preise abzugebende Arbeiterwohnungen hat der Fortschritt sozialpolitischer Einsicht. Der Industrielle baut nach dem Herkommen, jedoch gehört bei ihm genaue Rechnung schon zum Berufe. Und endlich: es gelingt, die Gesetzgebung zu überzeugen, daß diese Wohnungsfürsorge, weil sie zugleich sozialpolitischer Natur ist, Anspruch auf Unterstützung durch Staat und Gemeinde hat, und die Folgen sind die fiskalischen Begünstigungen, die Gebäuden mit Arbeiterwohnungen unter gewissen Bedingungen zuteil werden. Das gleiche wie für die Industrie gilt für die geschäftlichen Unternehmungen des Staates und anderer öffentlicher Korporationen. Die Schattierung des Motives, der erste Keim rechnender Tendenz und die öffentliche Hilfe, sind die drei wichtigsten Errungenschaften dieser Periode. Aus Ursachen, die teils bekannt sind, teils aufzuführen die Zeit fehlt, wächst der Wohnungsnotstand weiter und übersteigt bald, was Wohltätigkeit oder einzelne große Unternehmungen leisten können.

Die Gesellschaft beginnt, sich mit dem Problem zu beschäftigen, und will helfen. Wenn jedoch so geholfen werden soll, muß dies ohne die Mittel hochherziger Wohlhabenheit und ohne die reichen Gewinne einträglicher Geschäftsunternehmungen möglich sein. Hier vollzieht sich nun die interessante Wendung: Die aus den Rückwirkungen des Wirtschaftslebens entstandene Wohnungsbewegung muß selbst eine streng wirtschaftliche werden. Um die durch Industrialismus und Kapitalismus enorm vergrößerten Schwierigkeiten überwinden zu können, muß auch sie sich auf rationelle wirtschaftliche, der heutigen Wirtschaftsordnung gemäße Grundlagen stellen und die dieser eigenen Triebfedern akzeptieren. So wird die Wirtschaftlichkeit ihr Leitstern, das heißt, das Streben, den Wohnungsgenuß durch möglichstes Herabdrücken des Aufwandes für die Wohnungsherstellung, soweit es immer angeht, zu verbilligen, weil nun die Wohnungsherstellung nicht mehr Bestandteil eines anderen kräftigeren wirtschaftlichen Unternehmens ist, daß sie trägt, sondern ein Unternehmen für sich, das auf seine eigenen schwachen Mittel angewiesen ist und nur durch sein eigenes wirtschaftliches Gleichgewicht sich erhalten kann.

Die gemeinnützige Wohnungsfürsorge ist heute idealistisch in ihren letzten Zwecken und zum Teile auch in ihren Wurzeln, strenge realistisch dagegen in ihrer Methode. Sie ist in einem einzigen Punkte prinzipiell, darin nämlich, daß sie es für eine Pflicht der Gesamtheit erklärt, den Mißständen des Wohnens der ärmeren Klassen zu steuern, sonst durchaus praktisch. Hier klebt ihr noch einiges aus der Almosenperiode und einiges vom Zwang der Notlage, der Hilfe um jeden Preis an. Ihr Ziel ist, Wohnverhältnisse herzustellen, die innerhalb der sehr beschränkten finanziellen Kapazität der Bewohner das größtmögliche Maß von Hygiene, Zweckmäßigkeit und Behaglichkeit des Wohnens gewähren, und ihre Hauptsorge, Mittel und Wege zu finden, um eine solche Befriedigung des Wohnbedürfnisses den geringer Entlohnnten zu erschwinglichen Preisen zugänglich zu machen. Sie begnügt sich aber nicht damit, zu diesem Zwecke etwa ähnlich wie in der Periode der industriellen Wohnungsfürsorge unter Ausnützung der jeweils gegebenen technischen und wirtschaftlichen Bedingungen möglichst billig zu produzieren, sondern um in organischer Weise, in ausgedehntem Maße und mit der Bürgschaft der Beständigkeit helfen zu können, sucht sie diese Bedingungen tunlichst nach ihren Zwecken zu formen, die

weitestgehende Wirtschaftlichkeit der Wohnungsherstellung durch verschiedenartige neue Einrichtungen und neue Methoden zu erreichen, und ist nun daran, ein System von Maßregeln zu entwerfen, um die beiden größten Wundertäter unserer Zeit — ich sage absichtlich nicht Wohltäter — Kredit und Technik sich dienstbar zu machen. Die Tagesordnung des Kongresses und die mit ihm verbundene Ausstellung spiegeln dieses Stadium des Suchens wieder, für das es selbstverständlich nach der Natur des wirtschaftlichen Lebens nur relative Ruhepunkte geben kann. In rühmenswerter Weise tun sich dabei die Techniker hervor, indem sie mit feinem Verständnisse auf die Absichten und das Wesen unserer Bestrebungen eingehen und nach allen Seiten: in Bebauungs- und Hausplänen, in Konstruktion, Baumaterialien und Wohnungseinrichtung, der Trias Gesundheit, Zweckmäßigkeit und Billigkeit unter tunlichstem Bedacht auf das ästhetische Moment in das Bau- und Wohnungswesen Eingang zu verschaffen trachten, und schon mancher Erfolg hat ihren Eifer belohnt.

Die Entwicklung, die ich in groben Umrissen schilderte, offenbart einen unleugbaren Drang zur freien Initiative und zur Selbständigkeit. Wenn man öfter hört, Staat und Gemeinde seien in erster Linie verpflichtet, die pathologischen Wohnungsverhältnisse zu sanieren, so setzt sich das mit der sichtbaren Tendenz unserer Bewegung in Widerspruch. Gerade um das Schicksal in seine Hand zu bekommen, versucht man es, neben den beiden älteren eine neue Form wirksamer Wohnungsfürsorge zu finden, die nunmehr zur überwiegenden geworden ist. Man denke, um beim Nächstliegenden zu bleiben, an den Aufschwung der Baugenossenschaften und ihre Tätigkeiten im Deutschen Reiche und vergleiche damit, was Wohltätigkeit oder Staat und Gemeinde geschaffen haben. Das Eingreifen der Industrie ist aber naturgemäß ein begrenztes: es beschränkt sich auf die Arbeiter des eigenen Unternehmens und mehr oder weniger auf die großen Etablissements. Die Selbsthilfe bietet so viele Vorteile, daß es nicht ratsam wäre, ohne zwingenden Anlaß darauf zu verzichten, wobei wir unter Selbsthilfe natürlich auch die gemeinnützige Tätigkeit verstehen, da diese die Sache der unmittelbar unter den schlechten Wohnverhältnissen leidenden Personen, die sich selbst nur zum geringen Teile helfen können, zu ihrer eigenen Sache macht. Würde die Selbsthilfe rein durchgeführt, so möchte die gemeinnützige Bautätigkeit wohl ebensowenig angegriffen werden wie die Wohnungs-

fürsorge der Industrie. Nun steht sie aber vor einem schwierigen Dilemma, das für sie eine Lebensfrage ist. Anfangs schmeichelte man sich, den Wohnungsmißständen zum Teile sozusagen polizeilich beikommen zu können. Die Behörden sollten das Krumme gerade biegen. Heute weiß man, daß der Schwerpunkt im Bauen liegt. Zur Wohnungsreform ist vor allem Bauland und Kredit nötig. Wer aber mit reformerischen Absichten baut, kann in sehr vielen Fällen weder Bauland noch Geld unmittelbar aus dem Markte nehmen, da die automatische Überwälzung der Preise meistens den Zweck vereiteln würde. Der auf Gewinn berechnete oder als Kapitalanlage gedachte Häuserbau geht vom effektiven Preise aus und berechnet danach den Mietzins. Wird aber gebaut, um der Wohnungsreform zu dienen, so muß umgekehrt von einem sehr mäßigen Mietzinsmaximum ausgegangen und danach der Preis berechnet werden, den man für Bauland und Kredit zahlen kann, und, was die Sache unendlich schwieriger macht, die für dieses Maximum maßgebenden Momente sind die Einkommen- und Familienverhältnisse der präsumtiven Mieter, so daß sich inkommensurable Größen gegenüberstehen. Die gemeinnützige Bautätigkeit kann daher nicht immer die Bewegungen des Marktes mitmachen, sie muß Grund und Boden und Kredit für Volkswohnungen zu Bedingungen suchen, die der spekulativen Steigerung entrückt sind, weil sie nicht selbst spekuliert und gegen die Preissteigerung sich nicht bei ihren eigenen Abnehmern decken kann. Gegenüber dem „Markt- und Preistreiben“ ist die für die bescheidensten Budgets arbeitende Selbsthilfe mit ihrem Latein bald zu Ende. Findet sie dagegen keinen Schutz, so werden ihre besten Absichten neunzig- unter hundertmal zu nichte werden. Ob sie aber deshalb von irgend einer Seite Hilfe erlangen kann, hängt davon ab, ob man sie als Trägerin einer wichtigen, schutzwürdigen sozialen Funktion nimmt, denn nur die Rücksicht auf das Ganze kann solche Ausnahmen rechtfertigen. Es wäre überflüssig, den Beweis dafür von neuem anzutreten, denn diese Frage ist bekanntlich schon in verschiedenen Staaten durch Gesetzgebung und Verwaltung im bejahenden Sinne entschieden. Sei es, daß der Staat oder die Gemeinde Land gegen eine angemessene Jahresrente in Erbbaurecht vergeben oder Gemeindeland für gemeinnützigen Wohnungsbau zu den Selbstkosten oder mit anderen Begünstigungen verkauft wird, sei es, daß aus Wohnungsfürsorgefonds, und insbesondere aus staatlichen Fonds Dar-

lehen zu mäßigem Zins gewährt oder Geldinstitute oder gemeinnützige Anstalten, wie Unfall- oder Altersversicherungskassen, zu solchen Krediten oder zur Beteiligung an gemeinnützigen Baugesellschaften ermächtigt werden, ersteres eventuell unter Mithaftung der Gemeinden, was hauptsächlich den Sinn einer Kontrolle der Leistungsfähigkeit und Solidität des Bauunternehmens hat. Bei diesen Transaktionen handelt es sich aber niemals um Geschenke. Es sind wahre entgeltliche Geschäfte, aber unter Verzicht auf jeden spekulativen Zusatz, so daß man sich mit den Gestehungskosten, mit dem Zinsfuße guter sicherer Anlagepapiere begnügt. In dem zweiseitigen Verhältnisse unserer Bewegung zur Wirtschaft, einerseits Annahme des Prinzipes der Wirtschaftlichkeit, andererseits Ablehnung der Spekulation und der durch sie emporgetriebenen Preise, drückt sich eine Idee aus, die in viel weiterem Umfange das Denken unserer Zeit beschäftigt, die Idee, daß es Zonen der menschlichen Existenz oder des menschlichen Bedarfes gibt, die der Spekulation nicht schlechthin ausgeliefert werden dürfen.

Als Schutz gegen die vernichtende Logik der Wirtschaftsordnung meint man in gewissen Bereichen Vorzüge fordern zu müssen, damit die Brandung des modernen Wirtschaftslebens den letzten Konsumenten wenigstens nicht mit ihrem ganzen Ungestüm treffe. Es ist dies der Gedanke, der auch der Bodenreform, der Kritik der Kartelle und der Opposition gegen die ins Ungemessene gehende Lebensmittelpreiserhöhung zugrunde liegt. Er ist übrigens, was das Wohnungswesen anbelangt, schon in der industriellen Wohnungsfürsorge zu finden, denn diese kann nur eine Anerkennung der Notwendigkeit einer indirekten Lohnerhöhung sein, was keine so allgemeine und gleichmäßige Erscheinung geben könnte, oder sie ist eine für notwendig gehaltene, gewollte Ausschaltung aus der Terrain-, Bau- und Wohnungsspekulation. Die gemeinnützige Wohnungsfürsorge hat den Gedanken nun schärfer durchgedacht und folgerichtig nach allen Seiten entwickelt. Auf seine Zusammenhänge mit den großen Grundfragen des heutigen Wirtschaftssystems und mit anderen vermeintlich weit davon abliegenden Erscheinungen des modernen Wirtschaftslebens kann hier leider nicht eingegangen werden; nur so viel sei gesagt: einen Gedanken, der sich in so verschiedenen Anwendungen als eminent volksfreundlich zeigt, wird man nicht überlegen beiseite schieben dürfen. Er mag manchen unbequem sein, aber er weist auf

Störungen im Organismus hin, mit denen sich der Staatsmann wird wohl oder übel beschäftigen müssen.

Von ganz anderer prinzipieller Bedeutung ist eine zweite Gruppe. Es gibt nämlich noch anderes, der Wohnungsreform zur erfolgreichen Arbeit Notwendiges, das aber die Selbsthilfe nicht leisten kann, weil es der Natur der Sache nach oder positiv ihrer Sphäre entzogen ist. So die Einrichtung der Wohnungsinspektion, des Wohnungsnachweises, vernünftige Bauordnungen, städtische Kommunikationsmittel, Erschließung baureifen Geländes durch Kanalisierung, Wasserleitungs- und Straßenanlagen, Mietrecht und Steuergesetzgebung. Das sind aber, wie man sofort sieht, durchwegs Dinge, die nichts Spezifisches der Wohnungsreform, nicht Benefizien für diejenigen sind, an die wir hier zunächst denken, sondern davon zieht je nachdem die ganze Bevölkerung oder jedermann, der Wohnhäuser baut, Nutzen. Wenn die Bauordnung die Errichtung von Miethäusern mit Kleinwohnungen oder die Erbauung von kleineren Familienhäusern in einzelnen Stadtteilen und unter gewissen Bedingungen im Vergleiche zu den anderen Kategorien von Wohnhausbauten erleichtert, so bildet das kein Reservatrecht der gemeinnützigen Baugenossenschaften, sondern jeder ohne Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Ziele kann ebenso bauen. Und wenn die Vertreter des Gedankens der Wohnungsreform eine Änderung des Steuersystemes verlangen, weil die Besteuerung von Hausbesitz und Wohnungsbedürfnis einer Verbilligung und Verbesserung des Wohnens im Wege steht, wie dies nach dem Urteil der meisten Fachleute in Österreich der Fall ist, so handelt es sich nicht um eine Ausnahme für die gemeinnützige Bautätigkeit, obwohl auch das nichts Unerhörtes wäre, sondern die Änderung der Steuervorschriften käme aller Welt zugute und würde wohl auch außerhalb der Kreise der Wohnungsreform wohltätige Wirkungen äußern. Die Anhänger der Wohnungsreform sind nur die Vorkämpfer gemeinsamer Interessen aller, wenngleich sie sich dieser Sache namentlich im Interesse derjenigen annehmen, die als die Schwächsten die Steuerbelastung am empfindlichsten nicht bloß in einzelnen Entbehrungen, sondern im Sinken ihrer gesamten Lebenslage fühlen. Und ganz so ist es — nebenher erwähnt — mit der Verbilligung des Bauens. Was hier unter dem besonderen Gesichtspunkte der Wohnungsreform ersonnen und erfunden wird, ist im Augenblicke auch für alle erfunden.

Damit enthüllt sich eine in der Regel wenig beachtete Seite unserer Bewegung. Sie ist in jedem Sinne sozial. Sie dient nicht nur der Gesellschaft, indem sie Leben und Los einzelner Volksschichten zu verbessern strebt, sondern sie dient ihr auch dadurch, daß sie allgemein eine neue rationellere und billigere Bauweise und eine gesündere, zweckmäßigere, kulturell höher stehende Wohnungsweise einzubürgern versucht. Sie arbeitet für alle. Auf ihr hohes soziales Ziel zuschreitend, streut sie für Besitzlose und Besitzende eine reiche Saat aus, darin eine echte Kulturbewegung, denn das Beste hat die Menschheit fast immer durch Bestrebungen gewonnen, die zuvörderst nur an die Dürftigen und Schwachen dachten. Vielleicht öffnen diese universellen Wirkungen unseren Bestrebungen manche bisher verschlossene Pforte. Ihre unbesiegbare Kraft liegt aber nicht darin, sondern in ihrem Grundgedanken, im Schutze des Mittelpunktes des sozialen und individuellen Seins, im Schutze der Familie. „Aus glücklichen Familien besteht das Wohl des Staates; oder seine Glückseligkeit ist Scheingröße,“ sagt Herder. In dieser Hinsicht hat sich die Gesellschaft zu lange unverzeihlicher, fast sträflicher Sorglosigkeit hingeeben. Alles sich selbst überlassen und auf die Vernunft der Dinge warten, ist eine schlechte Politik. Es wird von der Notwendigkeit gesprochen, die Verwahrlosung der Jugend einzudämmen — allerdings redet man bei uns nur davon, ein darauf sich beziehender Gesetzentwurf ist seit 1907 noch nicht weiter als bis zur Beratung in einer Kommission gekommen — die steigende Kriminalität der Jugendlichen erregt Besorgnis. Man schaffe Wohnungen, in denen ein reines, sauberes Familienleben möglich ist, wo nicht Phantasie und Denken der Kinder, Autorität der Eltern, alle zarteren Familienbeziehungen durch Zustände verdorben und zerstört werden, die Sie aus den Schilderungen des Wohnungselendes kennen, so wird dies wohl anders werden. Und ebenso ist es mit dem Alkoholismus, mit der Tuberkulose u. a. An der Wurzel aller dieser Übel findet man die Mißstände des Wohnungswesens. In der Wohnungsfrage stehen die wichtigsten Interessen der Gesamtheit am Spiele; hier sind öffentliche Obliegenheiten erster Ordnung zu erfüllen. Die Folgerungen, die sich daraus für die Organe des Staates und der öffentlichen Verwaltung ergeben, die hier innerhalb der dargelegten Grenzen helfen können, sind klar. Es gibt kein Ausweichen, kein Vorbeidrücken. Man muß sich dafür erklären oder man ist dagegen.

Wir fordern für uns nicht das geringste, alles nur für die Gemeinschaft, und deshalb werden wir hoffen können, daß unsere Forderungen von den berufenen Bewahrern der Gemeinschaftsinteressen mit anderem Maße werden gemessen werden, als wenn wir Sonderbegünstigungen für eine Erwerbsgruppe, für eine Klasse oder einen Stand begehren würden.

Trotz der unübersehbaren Größe der Aufgabe, trotz der im Vergleiche dazu winzigen Abhilfe, Tropfen gegen einen Strom, zeigen die dem Kongresse erstatteten Berichte über die Fortschritte des Wohnungswesens während der letzten Jahre überall entschlossene Zuversicht. Auf die Dauer kann kein Staat zurückbleiben. Es wird vom Beispiel der anderen fortgezogen. Wir wollen auch nicht ungeduldig sein; wir werden nicht aufhören, mit praktischem Sinn zu arbeiten. Das freiwillig übernommene Amt eines kritischen Beraters wird der Kongreß auch diesmal gewissenhaft ausüben. Die imposante Summe von Wissen und Erlebnissen, die diese Versammlung in sich schließt, bürgt dafür, daß auch der IX. Internationale Wohnungskongreß, wie seine Vorgänger die Erkenntnis des Wohnungsproblems erweitern und die Praxis des Wohnungswesens vielfach befruchten wird.

Mit dem Ausdrucke dieser Hoffnung und mit diesem Wunsche lassen Sie mich nunmehr die Sitzung aufnehmen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Minister für öffentliche Arbeiten, Ritt: Als Vorsteher des Ressorts, dem in Österreich die Wohnungsfürsorge als staatliche Agende zufällt, habe ich die Ehre, Sie im Namen der Regierung auf das herzlichste zu begrüßen und Ihnen dafür zu danken, daß Sie der Einladung so zahlreich gefolgt sind. Wir in Österreich sind auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge freilich noch nicht in der Lage, auf eine bedeutende Tätigkeit zurückzublicken — wir können nur auf vereinzelte Zeugnisse unserer Bemühungen hinweisen —, aber wir sind wißbegierig, lernbereit und arbeitswillig. Vor allem haben wir noch viel zu lernen.

Und hierzu bietet diese Tagung wohl die erfreulichste Gelegenheit, diese Tagung vereint die geistigen Führer, die erprobten praktischen Lehrmeister des Wohnungswesens aller Kulturländer. Von ihnen, den Wegweisern, werden wir erfahren, wie Sie in der Theorie über die vielverschlungenen Probleme der Wohnungsfrage denken, wie Sie versucht haben, diese Probleme praktisch zu lösen. Beides ist für uns gleich wert-

voll. Das Charakteristische der Wohnungsfrage scheint mir darin zu liegen, daß zwar die schlechten Wohnungsverhältnisse einander durchaus gleichen, von Land zu Land, von Stadt zu Stadt, daß auch im einzelnen stets dieselben beklagenswerten Mängel wiederkehren, daß aber anderseits die Mittel, diesen Schäden beizukommen, in ihren Formen, so vielgestaltig sind, als es Rechtssysteme gibt. Dies ist doppelt auffallend, weil schließlich doch der Kern des Wohnungsproblems eine hygienische Frage ist, also gerade in ein Wissensgebiet fällt, das vor allem durch internationale Gleichartigkeit sich auszeichnet. Aus diesen beiden Momenten ergibt sich denn das Wesen der Wohnungsfrage: Sie ist eine hygienische, speziell eine bauhygienische Frage und sie wendet sich an die Jurisprudenz. Von der Jurisprudenz erwartet sie ihre Lösung.

Es ist das unvergängliche Verdienst der medizinischen Wissenschaft, auf alle Mängel des schlechten Wohnens hingewiesen, seine Folgen im einzelnen bewiesen zu haben. Es muß und wird das Verdienst der Jurisprudenz sein, Mittel und Wege anzugeben, wie diesen Mängeln und damit allen bösen Folgen abzuhelfen ist. Den Begriff „Jurisprudenz“ selbstverständlich hier im weitesten Sinne des Wortes gefaßt, als die Lehre, welche nicht nur die abstrakten Rechtsnormen, sondern auch die lebendigen Organisationsfragen für das neue Recht schafft.

Ich habe „Bauhygiene“ gesagt. Es handelt sich somit um die Vereinigung von zwei Wissensgebieten. Und es liegt im Begriffe „Bauhygiene“, daß hier der Architekt den Forderungen der Heilwissenschaft zu folgen hat. Diese Anforderungen scheinen sehr einfach. Es sind ihrer auch wenige. Sie erschöpfen sich in dem Begehren nach Luft und Licht. Aber hinter diesen scheinbar bescheidenen Forderungen verbirgt sich das gesamte moderne wirtschaftliche Problem der Baukunst, nämlich das Problem, mit möglichst geringen Mitteln, demnach auch auf einer möglichst eng begrenzten Grundfläche Wohnräume so herzustellen, daß sie dem Alltagsleben zweckdienlich angepaßt und zugleich alle mit breitem Lichteinfall und genügendem Luftdurchzug ausgestattet sind. Als erschwerend kommt noch dazu, daß auch die heimischen Wohnsitten beachtet werden müssen. Sie sind meist so tief in den sonstigen Lebensgewohnheiten, in der örtlichen Lage und den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, daß man von ihnen nicht ohne Be-

denken abgehen kann. Es ist nicht bloß die Tradition, die eben als Tradition liebgeworden ist, es ist eben Leben, das nicht zerstört werden darf. Dies und nicht nur das ästhetische Moment ist ja auch der Grund dafür, daß der Ruf nach Erhaltung der heimischen Baukunst allerorts immer mehr an Bedeutung gewinnt und Beachtung findet. Die Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind, sind demnach tatsächlich so bedeutend, daß das scheinbar Selbstverständliche mit Recht zu einer Forderung im Namen des Gemeinwohles erhoben werden konnte, einer Forderung, die zu lösen die Architekten aller Kulturstaaten mit vereinten Kräften dauernd bemüht sind.

Deshalb finden Sie auch mit unserem Kongreß eine Ausstellung von Plänen und Modellen mustergültiger Kleinwohnungen des In- und Auslandes verbunden. Sie gibt ein lehrreiches Bild davon, mit welcher Ausdauer, mit welchem Scharfsinn und künstlerischem Vermögen darum gekämpft wird, die Natur zu bezwingen, in ringsummauerten Räumen Licht und Luft nach dem Maße der menschlichen Bedürfnisse Zutritt zu gewähren.

Schon aus dieser kurzen Darstellung, die das Wohnungswesen nur berührt, erscheint hier somit erwiesen, daß drei Wissenschaften, die Medizin, die Jurisprudenz, die Ingenieur- und Baukunst, an der Lösung der Wohnungsfrage beteiligt sind. Diese drei Wissensgebiete stehen hier in so engem Zusammenhange, daß jeder Fortschritt in der einen unbedingt auf die anderen zurückwirken muß. Wissenschaft aber, in welcher Form auch immer, ist Arbeit, und auf die Wohnungsfrage angewendet, Arbeit zum sozialen Fortschritt. Also bevorzugte Arbeit, die, wenn die Zeichen nicht trügen, immer mehr in den Vordergrund tritt, als beredtes Zeugnis des zunehmenden Gemeinsinnes.

Das Bedürfnis wird allgemein, alle Menschen an den Wohltaten der Kultur teilnehmen zu lassen. Aber die Wissenschaft allein wäre doch ohnmächtig, alle Mittel hierzu bereitzustellen. Die Wissenschaft gibt nur die Richtschnur für ein zweckbewußtes Handeln. Die Tätigkeit selbst kann sie nicht hervorrufen. Eine große Idee muß sich ausbreiten, sie muß fruchtbaren Boden finden. Sie muß praktisch erlebt werden und von allen erlebt werden. Hierzu aber wird unser Kongreß vieles beitragen. Er wird werben für die große Idee, wird die Ungläubigen bekehren und die Gläubigen ermuntern. Der Kongreß soll zeigen und er wird uns zeigen, daß die für

Familie, Volk und Staat so wichtige Wohnungsfrage nicht mehr überhört werden kann.

Und so wünsche ich denn Ihren Verhandlungen den Erfolg, der mir der schönste zu sein scheint, den wir anstreben können: Durch Arbeit zum Herzen der Menschen und damit zum Wohle unserer Mitbürger! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Landesausschuß Biellohlawek: Hochansehnliche Versammlung! Sehr verehrte Damen und Herren! In Vertretung der niederösterreichischen Landesverwaltung und als Referent für Humanitätswesen und Gewerbeförderung habe ich die Ehre, den IX. Internationalen Wohnungskongreß auf das herzlichste zu begrüßen. Ich könnte mich mit diesem Gruß begnügen und bloß anknüpfen an die herrlichen und glänzenden Ausführungen Seiner Exzellenz des gewesenen Justizministers Dr. Klein, der heute der Vorsitzende dieser Versammlung ist. Aber es drängt mich denn doch, nur ganz kurz als Vertreter des Landes Niederösterreich bei dieser Gelegenheit hier einige Worte zu sprechen.

Schon Seine Exzellenz der Herr Vorsitzende und Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten haben durchklingen lassen, daß es mit der Selbsthilfe allein nicht mehr geht, sondern daß auch die kompetenten Behörden und insbesondere die Staatsbehörden den Ruf nach Wohnungsreform nicht mehr ungehört verhallen lassen können. Dieser Ausspruch, hochverehrte Versammlung, freut mich außerordentlich, weil er von kompetenter Seite herrührt. Aber: so glänzend sich voraussichtlich auch Ihre Beratungen gestalten werden und so genau auch die Herren Vertreter der Wissenschaft und alle Kreise der Jurisprudenz, Technik usw. wissen, um was es sich handelt und was geschehen muß — denn darüber ist sich kein Ingenieur mehr im unklaren, wie groß die Wohnung sein und wieviel Luft sie haben muß, darüber ist sich kein Mensch im unklaren, was das kostet: Im unklaren sind die Menschen nur darüber, woher die Mittel dazu beschafft werden sollen! (Heiterkeit und Beifall.) Haben wir diese Mittel, dann ist auch die Frage schon gelöst. Sonst könnte es sich so gestalten wie einst bei den Mäusen, die eine Beratung darüber abgehalten haben, wie sie sich vor den Gefahren der Katze schützen können, und zu dem Beschluß gekommen sind, der Katze eine Schelle umzuhängen, damit sie sie läuten hören, wenn sie sich nähert.

Aber keine Maus hat es wirklich unternommen, der Katze die Schelle umzuhängen.

Und so trete ich mit meinen Worten an die Öffentlichkeit heran und nicht mehr an die Behörden. Es ist im Laufe der letzten Jahrzehnte durch alle mögliche Agitation so weit gekommen, daß nur gefordert wird. Es wird auf allen Gebieten gefordert, höhere Löhne, höhere Gehalte — alles steigt in die Höhe — aber kein Mensch fragt, wie die Bedeckung erfolgen soll. Die Bevölkerung muß sich einmal vorstellen, daß der Minister nicht das Geld im Sacke hat, um zu bezahlen, ebenso auch nicht der Landesausschuß und die Bürgermeister der großen Städte, sondern daß „Staat“, „Land“ und „Gemeinde“ nur wir alle sind, und wenn die gesamte Bevölkerung neue Verkehrswege und neue Verkehrsmittel wünscht, wenn sie eine Wohnungsreform und manches andere wünscht, dessen Berechtigung voll und ganz anerkannt wird, dann darf sie sich nicht mehr mit der Anerkennung begnügen, sondern sie muß auch den Pflichten gerecht werden, die vor allem erfüllt werden müssen, wenn die Reformen durchführbar sein sollen. Wir kommen darüber nicht hinweg: Wenn nicht alle diejenigen, die an dem Nutzen der Reformen teilnehmen sollen, auch erklären, daß sie tun wollen, was ihre Pflicht ist, so kommen wir nicht vorwärts. Es muß einmal nicht nur versprochen werden, was geschehen kann und geschehen muß, sondern es muß auch davon gesprochen werden, wer das alles zu leisten hat.

In diesem Sinne erhoffe ich von dem hochgeehrten Kongreß, daß er nicht nur genau stipulieren wird, wie die Wohnung aussehen soll, wie groß und wie hoch sie sein muß, ob die Stiege aus Holz oder aus Eisen herzustellen ist usw., sondern daß er auch darauf Bedacht nehmen wird, woher die Mittel genommen werden sollen. Die Verwaltung des Landes Niederösterreich wird sich gewiß bemühen, auch auf diesem Gebiete fördernd einzugreifen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister Dr. Neumayer: Eure Exzellenz! Hochansehnliche Versammlung! Als Bürgermeister meiner Vaterstadt, der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, habe ich vor allem anderen die Ehre und fühle ich mich gedrängt, den Dank dafür auszusprechen, daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Abhaltung des IX. Internationalen Wohnungskongresses unser Vaterland Österreich und insbesondere

unsere Stadt erkoren haben. Sie werden hier gewiß in der Stadtverwaltung und bei allen denjenigen Organen, die mit der Wohnungsfrage und ähnlichen, einschlägigen Reformen zu tun haben, außerordentlich viel Material finden. Wir danken Ihnen aber auch dafür — und es wird gewiß segensvoll sein — wenn Sie alle Ihre Erfahrungen, Ihr theoretisches Wissen und Ihre praktischen Kenntnisse auf dem Gebiete der Wohnungsreform, ob es sich nun um Rechtsfragen, Wirtschaftspolitik oder soziale Doktrinen handelt, zum Besten geben und alles das zusammentragen, was für die praktische Behandlung und Erledigung dieser hochwichtigen Frage notwendig ist. Wir werden Ihnen dafür unendlich dankbar sein, und die Stadt Wien wird gewiß auch ihrerseits den größten Nutzen davon ziehen, denn die Organe unserer Verwaltung werden getreulich alles das sammeln, was Sie aus dem reichen Born Ihrer Erfahrungen uns darbieten.

In diesem Sinne begrüße ich die Abhaltung dieses Kongresses im Interesse unserer Vaterstadt auf das allerherzlichste und ergebenste und verbinde damit auch den besonderen Dank dafür, daß Sie der Einladung, morgen unser Rathaus zu besuchen, entsprechen werden. Ich heiße Sie willkommen und behalte mir vor, Sie morgen ganz persönlich als unsere Gäste im Rathause zu begrüßen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hofrat Dr. Maresch: Hochgeehrte Versammlung! Die Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich fühlt sich gedrängt — und sie hat gewiß auch das Recht dazu — Sie heute zu begrüßen und freudig erregt zu sein über das Zustandekommen des Kongresses. War es doch der VII. Kongreß in Lüttich, dem die Zentralstelle die Anregung zu ihrer Entstehung gedankt, dem wir es zu verdanken haben, daß — zunächst nur wenige, sodann aber eine immer mehr zunehmende Zahl von Personen zusammengetreten sind, um auch in Österreich der Frage näherzukommen, wie es denn eigentlich um die Behausung der minderbemittelten Volksschichten steht. Die Erfolge der Wohnungskongresse, der starke Besuch unseres heutigen Kongresses und das allgemeine Interesse, das in unserem engeren Vaterlande für die Wohnungsfrage wachgerufen wurde, sie mögen wohl auch ein kleines Verdienst unserer Zentralstelle sein. Sie hat es sich ja zur Aufgabe gemacht, alles daranzusetzen, um die Fragen der Wohnungspolitik nicht nur zu studieren, sondern auch an ihrer Durch-

setzung mitzuarbeiten, das Interesse weiter Kreise für die Wohnungsfrage zu erregen und wach zu erhalten. Sehen wir nun heute in dieser Saale eine stattliche Anzahl von Vertretern führender, berufener Kreise aus unserer Vaterlande, so gibt uns das einen Beweis dafür, daß jetzt auch in Österreich das große Kulturproblem der Behausung der Bevölkerung zu einem integrierenden Bestandteil der Wirtschafts- und Sozialpolitik sich durchgerungen hat.

Aber auch die Vertreter der anderen Kulturnationen, die heute in so großer Zahl sich hier versammelt haben, geben uns ein Zeugnis ab. Sie geben uns ein Zeugnis dafür ab, daß sie die Mitarbeit der Österreicher an der Lösung der konkreten Wohnungsfragen, zu deren Behandlung in einzelnen Punkten sich ja der Kongreß zusammensetzt, beachtenswert finden und daß sie unser junges Streben, unseren guten Willen der Sache der Wohnungsreform und damit dem ganzen Kulturproblem der Behausung dienstbar machen wollen. Dafür müssen wir Österreicher Ihnen herzlichst Dank sagen. Und wir wollen aus den Beratungen des Kongresses Belehrung schöpfen, wir wollen uns durch sie die Wege weisen lassen, die wir in unserer Vaterlande zu gehen haben, wir wollen neue Anregungen und Leitmotive finden, die uns zu dem von uns angestrebten Erfolge führen, zu dem Erfolge, den breitesten Schichten der Bevölkerung jene Heimstätten zu bieten, deren sie dringend bedürfen, damit sie an den Fortschritten der Kultur auch ihrerseits nach jeder Richtung hin teilzunehmen in die Lage kommen. Darum begrüßt die Zentralstelle vom ganzen Herzen die Tagung des IX. Wohnungskongresses in Wien. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ministerialrat Szántó: Hochgeehrter Kongreß! Im Namen der ungarischen Regierung und der aus Ungarn delegierten Vertreter habe ich die Ehre, den Kongreß zu begrüßen, und erkläre mit Freude, daß unsere kompetenten Behörden, Organisationen und Vereine sich durch eine zahlreiche Delegation vertreten ließen, da sie die große Wichtigkeit der in Verhandlung stehenden Fragen in vollem Maße würdigen. Wir wollen auch die Lehren und Erfahrungen dieses Kongresses uns möglichst zunutze machen. Mit um so größerer Begeisterung wird daher die ungarische Delegation an den Arbeiten des Kongresses teilnehmen, als die richtige Lösung des Wohnungsproblems das wertvollste Material des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, nämlich die Familie, konserviert. Ich

begrüße noch einmal den hochgeehrten Kongreß. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

M. Lepreux, Président du Comité Permanent International: Excellence, mesdames, messieurs, Il y a deux ans et demi, le Comité Permanent des habitations à bon marché, réuni à Bruxelles, délibérait sur le choix du siège du IX^{ième} Congrès International. Les délégués représentants de l'Autriche, les docteurs Maresch et Fürth plaidèrent éloquemment la cause de leur pays. Les congrès internationaux, disaient-ils, ne sont pas seulement comme des académies itinérantes d'enseignement mutuel où des savants et des hommes d'œuvres viennent échanger le fruit de leurs travaux, de leurs recherches, de leurs expériences, — ils sont encore d'admirables et très utiles instruments de propagande locale. (Bravo!) L'heure est venue pour l'Autriche, ajoutaient-ils, de recevoir et d'entendre les hommes de bonne volonté qui depuis si longtemps poursuivent la recherche de la solution de l'important problème du logement à bon marché. Les représentants de l'Autriche avaient raison, messieurs. Il faut, en effet, qu'un premier congrès vienne à son heure, à l'heure où dans un pays les persévérants efforts des premiers initiateurs ont commencé à secouer l'indifférence des uns et à triompher du scepticisme des autres. Il faut qu'à ce moment-là le gouvernement, les pouvoirs publics, tous ceux qui aiment vraiment leur pays, entraînent les indifférents vers la voie du progrès.

A ce sujet, un souvenir intéressant me revient à ce moment à l'esprit. C'était en 1894, il y a 16 ans. On discutait devant la Chambre belge plusieurs projets de lois particuliers relatifs à l'assurance sociale. Le ministre des finances de l'époque M. de Smedt, qui est resté président d'honneur de la Conférence nationale des habitations ouvrières belges, proposa d'adjoindre quelques actuaireaux aux conseillers auditeurs du gouvernement. "Des actuaireaux!" s'écria précisément un de nos plus spirituels députés, "qu'est-ce que c'est que cette nouveauté?" A cette boutade, le chef de l'école nationale des actuaireaux belges, répondit en organisant le premier Congrès International d'actuaireaux à Bruxelles, congrès qui fut suivi de bien d'autres, parmi lesquels en dernier lieu le Congrès de Vienne de 1909 auquel j'ai eu le regret de ne pouvoir prendre part. Depuis 1895 les actuaireaux belges infestent tous les conseils du gouvernement belge, ils ont été appelés à faire partie

des conférences gouvernementales d'assurance sociale — et je pense que la législation sociale ne s'en est pas mal trouvée.

Ainsi, les congrès internationaux exercent, lentement, mais sûrement, sur les hommes et sur les idées, leur action bien-faisante, orientent souvent comme il convient les initiatives privées et déclenchent parfois l'action des pouvoirs publics. Il en sera, sans nul doute, du Congrès de Vienne, comme de ceux qui l'ont précédé. Il marquera de nouveaux points lumineux la route que nous parcourons tous et aux divers carrefours de laquelle nous nous rassemblons de temps en temps pour prendre une allure nouvelle.

Le Comité d'organisation de ce Congrès, à la tête duquel nous saluons un des hommes éminents de l'Autriche, son Excellence le Dr. François Klein a dirigé avec une grande maîtrise, avec un réel bonheur les travaux préparatoires, et a assuré ainsi à l'avance le succès complet de ce Congrès. Il m'est particulièrement agréable, au nom du Comité Permanent, de l'en féliciter chaleureusement. (Applaudissements.) Pendant deux ans, messieurs, vous avez été à la peine. Dès aujourd'hui il est juste que vous soyiez à l'honneur. (Applaudissements prolongés.)

M. Mahaim, Professeur, Délégué de la Belgique: Mesdames, messieurs, Le gouvernement belge ne pouvait pas manquer de se faire représenter à ce Congrès International. Depuis longtemps, en effet, le gouvernement belge a témoigné l'intérêt qu'il porte à la question des habitations ouvrières et aux congrès internationaux dans lesquels les délégués de tous les pays s'efforcent d'arriver à des solutions à la fois pratiques et scientifiques, cette sollicitude s'est toujours manifestée. La Belgique est en vérité un bien petit pays, et par son nombre d'habitants et par son territoire. A coup sûr, il ne peut pas se comparer aux grands empires qui l'entourent, et cependant il a sur ceux-ci un avantage: Il les a de quelque temps précédés dans le développement industriel, et cet avantage a entraîné avec lui des maux et des inconvénients tels que nous pouvons dire que c'est par nécessité, que c'est pressée par la question sociale que la Belgique est entrée une des premières — il faut bien le dire — dans la voie de la solution pratique de la question des logements ouvriers.

Nous ne vous apportons pas grand' chose. Nous vous apportons l'expérience de quelques années et une grande bonne volonté. Nous pouvons le dire, tous les gouvernements belges

— et depuis longtemps certainement celui qui se trouve au pouvoir aujourd'hui — ont fait quelque chose dans l'ordre d'idées qui nous préoccupe. Non seulement ils se sont préoccupés des questions théoriques, mais grâce à eux nous sommes arrivés quelque peu à des résultats pratiques sur tout l'ensemble de notre territoire.

Vous avez eu l'occasion, messieurs, — du moins beaucoup d'entre vous — de le voir hors du Congrès précédent, et nous sommes particulièrement heureux d'avoir entendu M. le docteur Maresch rappeler le souvenir du Congrès de Liège comme ayant eu une certaine influence sur l'institution des logements ouvriers en Autriche. Nous en sommes heureux, mais ne croyez pas, je vous prie, que nous n'ayons rien à apprendre ici. Au contraire. Nous avons partout à apprendre, partout nous avons des enseignements à recevoir et je suis certain que sur le sol de l'Autriche nous aurons bien des choses à retenir.

Au nom du gouvernement belge, je salue le IX^{ième} Congrès International des habitations à bon marché et je vous déclare que nous sommes particulièrement heureux de le voir tenir dans un pays auquel tant de liens historiques nous rattachent. (Applaudissements prolongés.)

Ministerialdirektor Just: Meine hochverehrten Damen und Herren! Es gereicht mir zur besonderen Ehre, im Auftrage des Herrn von Bethmann-Hollweg, des Leiters der Politik des Deutschen Reiches, und des Staatssekretärs des Innern herzlich zu danken Ihrem Komitee und namentlich dem Herrn Vorsitzenden (Redner tritt ab.)

Exzellenz Dr. Klein: Herr Ministerialdirektor Just ist unwohl geworden und läßt um Entschuldigung bitten. Wir bedauern sehr und hoffen, daß der Herr Ministerialdirektor nach kurzer Zeit imstande sein wird, seine Rede fortzusetzen.

M. Risler, membre du Conseil supérieur des habitations françaises, délégué du gouvernement français: Je suis, Messieurs, extrêmement heureux d'avoir été chargé par M. le Ministre du Travail et de la Prévoyance sociale de France, et comme président de la Délégation de la Société Française des habitations à bon marché de prendre la parole, au nom des Français réunis ici. Cela me vaut le très-grand honneur de saluer, au nom de notre groupe, Son Excellence Monsieur le Ministre des travaux publics, et Son Excellence M. de docteur Klein, président de ce Congrès et de les remercier bien cor-

dialement pour les souhaits de bienvenue si aimables et si gracieux qu'ils ont bien voulu nous adresser. Vous savez tous de quelle universelle sympathie l'Autriche-Hongrie est entourée en France et quel prix tout particulier on y attache aux relations d'amitié sincères et pleines de délicatesse qui existent entre nos deux pays.

Comment pourrait-on en être surpris lorsqu'on parcourt votre magnifique ville de Vienne et que l'on jouit de la beauté, du bon goût, de la finesse et de la grâce qui s'y trouvent partout répandues. Que de points de ressemblance il y a entre nos deux pays, et combien la sympathie est naturelle entre nos deux peuples ! C'est donc avec le plus grand plaisir que nous acceptons l'invitation que vous nous avez adressée, de prendre part à vos travaux ; nous collaborerons avec vous dans un grand esprit de modestie, désireux avant tout de constater les progrès que vous avez réalisés, et de profiter de vos expériences.

De plus en plus, le problème si angoissant du logement digne et salubre des travailleurs nous passionne en France. Le nombre de ceux qui sont convaincus, comme on l'a dit, il y a longtemps déjà, "que l'amélioration du logement populaire est la première des questions sociales" s'accroît chaque jour en France. C'est Mr. Jules Siegfried, l'éminent fondateur et président de la Société Française des Habitations à bon marché qui avait prononcé ces mots lorsqu'il commença la noble campagne, d'où est sorti tout le mouvement en faveur de l'amélioration du logement populaire en France. Une indisposition l'a empêché de nous accompagner ici ; il m'a chargé de vous présenter ses excuses et ses bien vifs regrets. M. Georges Paulet, directeur général du ministère du travail et de la prévoyance qui apporté à toutes nos œuvres l'appui d'une intelligence exceptionnelle et d'une activité qui nous sont infiniment précieuses, obligé de présider hier, à l'extrémité de la France un congrès mutualiste m'a aussi prié de l'excuser auprès de vous et de vous exprimer ses regrets.

Mais ces absences sont momentanées et vous reverrez dans vos futurs congrès ces deux hommes éminents, tandis que Georges Picot et Cheysson nous ont dit un adieu définitif, nous laissant profondément désolés et désemparés par leur départ si subit. Tous ici, vous connaissiez le nom et les travaux de cet homme admirable qu'était Mr. Georges Picot. Il avait été l'un des premiers pionniers dans cette lutte cou-

rageusement entreprise contre le fléau du taudis. C'est une véritable croisade qu'il avait faite dans toute la France pour en dénoncer les méfaits au point de vue moral et au point de vue matériel, et comme ce n'était pas seulement un admirable orateur mais aussi un esprit parfaitement pratique, il fonda partout où il le put, des sociétés d'habitations à bon marché auxquelles nous devons les résultats actuellement obtenus. Il prit lui-même une part active et très fructueuse à l'administration d'un certain nombre de sociétés dont les progrès furent rapides. Pendant l'année 1900, rien qu'à Paris, il ne visita pas moins de 5000 logements sans compter des centaines de garnis et c'est alors qu'il jeta un véritable cri d'alarme, qui eut dans le pays un long écho, dont ses titres de président de la société Française des Habitations à bon marché et de Sénateur perpétuel de l'Académie des sciences morales et politiques en augmenta la portée.

Tout ce que je viens de dire de G. Picot s'applique également à mon très cher et regretté ami Emile Cheysson. Pendant bien des années, il avait été l'âme de nos congrès. Sa vaste intelligence, son énorme bagage scientifique, sa prodigieuse facilité de travail et son extraordinaire faculté d'assimilation l'avaient fait l'objet de notre admiration. Mais, si exceptionnels qu'ils fussent, ses dons exceptionnels n'auraient pas suffi pour lui permettre de créer les œuvres admirables qu'il nous laisse ; il y fallait en outre ce cœur large, vibrant à la vue de toute souffrance humaine, cette âme d'apôtre dont le souffle brûlant a su faire lever de superbes moissons d'œuvres philanthropiques qui lui survivront et qui toujours béniront son nom glorieux et respecté. Messieurs, d'aussi grands hommes de bien ne sont pas seulement une gloire pour le pays où ils sont nés ; ils honorent l'humanité toute entière, et vous voudrez certainement vous unir tous à moi pour saluer respectueusement leur mémoire.

Ce n'est point ici le moment de vous énumérer tout ce qui a été fait en France pendant les 3 années qui se sont écoulées depuis notre dernier Congrès à Londres. Mes très distingués collègues vous exposeront à propos de chacune des questions qui seront agitées pendant nos séances, les progrès considérables, qui ont été réalisés. Qu'il me suffise de vous dire que, pendant cette période, on a fait, en France, plus que pendant la totalité des années précédentes qui avaient constitué la période d'initiation. Ce mouvement a été

puissamment aidé par la Société Française des Habitations à bon marché qui a comblé les vides cruels, qui s'étaient produits dans son sein par suite de la mort de MM. Picot et Cheysson en nommant Mr. Challamel et Mr. Dufourmantelle l'un de nos collègues les plus distingués déjà connu de vous tous par la part très importante qu'il a prise en France dans toutes les branches du mouvement social, et dont vous avez tous le remarquable rapport qui va être discuté dans ce Congrès.

Permettez moi de saisir l'occasion de ce Congrès International pour remercier les représentants de toutes les nations qui s'y sont rendus pour le magnifique et touchant élan de solidarité qui s'est produit chez elles lorsque notre cher pays a été, cet hiver, éprouvé par des inondations sans précédent. Parmi les sinistrés, il y avait un assez grand nombre de clients de nos sociétés qui ont vu leur maisonnette, fruit de leurs persévérantes économies envahie par les eaux. Tous ont fait preuve d'un courage admirable. Dès que l'eau s'est retirée, ils se sont unis bravement à l'ouvrage, et vous ne verriez plus aujourd'hui la moindre trace du désastre. Beaucoup d'entre eux n'ont même pas eu recours à l'aide que les pouvoirs publics leur avaient généreusement offerte. Le mouvement admirable de solidarité universelle qui s'est produit à cette occasion honore grandement l'humanité toute entière ; il a laissé en France de profonds sentiments de reconnaissance. L'immoralité et l'insalubrité du taudis qui est la cause de tant de tares morales et matérielles dans tous les pays ne doit-elle pas engendrer un mouvement semblable ? Nous en sommes convaincus ; et c'est pour cela que la chaude collaboration de tous les cœurs Français vous est acquise pour les travaux si utiles que vous allez entreprendre. Prenant pour but le noble idéal, qui nous réunit ici, nous marcherons avec vous d'un pas résolu à la conquête des biens moraux et matériels indispensables à nos sociétés modernes, et à la réalisation de tout ce qui est bon, de tout ce qui est juste, de tout ce qui est beau, de tout ce qui en un mot rend la vie vraiment digne d'être vécue. (Applaudissements.)

Commendatore Magaldi, délégué du gouvernement italien : Mesdames et Messieurs, Le IX^{ième} Congrès International des habitations à bon marché qui vient d'être inauguré aujourd'hui en cette ville glorieuse de Vienne, me permet de vous donner la bonne nouvelle des grands progrès que l'im-

posant problème a fait en mon pays, en Italie. Au Congrès de Liège nous étions aux premiers essais d'une législation récente, au Congrès de Londres nous nous présentions avec l'espoir d'avoir bientôt de nouvelles dispositions législatives qui étaient alors à l'étude et qui tendaient à donner une impulsion plus vigoureuse à la construction des habitations à bon marché. Notre espoir a été complètement réalisé et maintenant, grâce à l'activité inépuisable de l'illustre économiste qui maintenant est le chef admiré de notre gouvernement, j'ai nommé Luigi Luzatti, on vient de présenter au Parlement de nouvelles et plus étendues propositions de loi. En attendant, des lois spéciales ont permis graduellement d'appliquer à la construction de maisons populaires ou économiques le considérable capital de 70 millions de francs, au moyen de dotations de l'État et de prêts accordés par des institutions d'État. Il faut observer que, lorsque ce capital sera employé, on pourra recourir au crédit pour 16 millions et demi, c'est-à-dire pour les deux troisièmes de la valeur des bâtiments de sorte qu'on aura à la fin une disponibilité totale de 116 millions et demi de francs.

Les initiatives privées ont répondu avec confiance aux efforts du législateur, de manière que maintenant nous comptons en Italie pour la construction de maisons populaires 265 Sociétés qui ont employé un capital de 50 millions de francs au moins.

Ce progrès si encourageant ne nous a cependant pas encore apporté la solution satisfaisante du grand problème, nous en avons la preuve dans le mouvement incessant de l'opinion publique, dans les discussions du premier Congrès national des habitations populaires qui a eu lieu à Milan le janvier dernier. D'où la nécessité d'une nouvelle phase législative qui amène à augmenter les sources du crédit et les bénéfices tributaires. Et voilà le but du projet de loi que Mr. Luzatti avec la collaboration de son Collègue, le Ministre de l'Agriculture, de l'Industrie et du Commerce Monsieur Raineri vient de présenter au Parlement. -

J'ai l'honneur aujourd'hui de vous saluer au nom de ces deux illustres Hommes d'État et je sais que j'exprime fidèlement leur pensée en vous disant combien ils s'intéressent au bon succès de ce Congrès et aux précieux éléments de doctrine et d'expérience qui seront ici illustrés et discutés et qui

apporteront la lumière la plus utile dans les réformes prochaines.

Messieurs, permettez-moi maintenant de vous présenter au nom de la Délégation du Gouvernement d'Italie les souhaits les plus vifs pour le meilleur succès de ce IX^{ième} Congrès International des habitations à bon marché. (Applaudissements.)

Minister a. D. Dr. Lely, Delegierter der niederländischen Regierung: Geehrte Damen und Herren! Es ist mir eine große Freude, im Namen der niederländischen Regierung den aufrichtigen Dank zu sagen für die freundliche Einladung zu diesem Kongresse. In unserem Lande ist das Wohnungsgesetz noch ziemlich jung, erst acht Jahre alt, aber in diesen acht Jahren haben wir so viel als möglich ist, getan. Wir haben viele Wohnungen verbessert, wir haben viele für unbewohnbar erklärt und haben auch mit dem Wohnungsgesetz für Neubauten einen Anfang gemacht. Wir haben für zehn Jahre zehn Millionen Kronen dafür bestimmt, aber das ist doch noch wenig im Verhältnis zu dem, was man braucht, um zum Ziele zu gelangen. Deshalb freue ich mich sehr, daß wir diesem Kongresse beiwohnen können und daß die wichtigen Fragen der Neubauten auf die Tagesordnung gestellt sind. Wir erhoffen uns viel, weil wir selbst keine lange Erfahrung besitzen und die Erfahrungen anderer Länder benötigen, um zu lernen — und wir wollen lernen, denn wir wollen das Wohnungsproblem im ganzen lösen. Im Namen der Niederlande begrüße ich diesen Wohnungskongreß auf das herzlichste mit dem Wunsche, daß er uns weiter bringe auf unserem gewiß langen Wege, der zum Ziele haben muß, daß nicht nur Einzelne, sondern jeder Arbeiter eine gute Wohnung besitze, in der er sich mit seiner Familie des Lebens erfreuen kann. (Lebhafter Beifall.)

Direktor William H. Tolman (Delegierter der Regierung der Vereinigten Staaten): Eure Exzellenz! Meine geehrten Damen und Herren! Indem ich mir erlaube, Grüße unserer Regierung zu überbringen, gebe ich Ihnen die Versicherung, daß unser amerikanisches Volk das lebhafteste Interesse für soziale Probleme empfindet, besonders für alle diejenigen Probleme, die Bezug auf das Leben und die Arbeit des Volkes haben.

Alles, was mit dem Problem der Häuslichkeit in Zusammenhang steht, ist von größter Bedeutung. Wir sind zu diesem Kongreß aus Amerika herbeigeeilt, um zu lernen, wie die Er-

fahrung und Einsicht älterer Nationen das Wohnungsproblem in Angriff zu nehmen und zu lösen gedenkt.

Ich habe hier den Eindruck gewonnen, daß die Schönheit Ihrer Architektur, Ihrer Parks und öffentlichen Plätze mit dazu beiträgt, um dem Bewohner die Wohnung lieb zu machen, ihn dauernd daran zu fesseln. Diese deutsche Gemütlichkeit, die uns besonders in Wien so vielfach entgegentritt, macht uns das Zusammensein mit Ihnen so angenehm.

Wir können viel von Ihnen lernen. Darin besteht die große Bedeutung dieser internationalen Konferenzen für uns, daß sie uns in den Stand setzen, aus den Erfahrungen älterer Nationen Nutzen zu ziehen.

Die Bewegung für Verbesserung der Wohnungen in Amerika hat einen schmerzlichen Verlust durch das Hinscheiden des Herrn Richard Watson Gilder erfahren, der in uneigennützigster Weise sein Leben in den Dienst dieser Sache gestellt hatte. Die erst kürzlich erfolgte Organisation der Nationalen Wohnungsgesellschaft ist ein Beweis dafür, daß die von Mister Gilder und anderen gegebene Anregung, der Wohnungsreform größere Aufmerksamkeit zu schenken, bereits zu Erfolgen geführt hat.

Wir begrüßen Sie seitens der Delegierten der Vereinigten Staaten von Nordamerika und hegen die feste Zuversicht, daß der Kongreß vom Jahre 1910 in Ihrer schönen Stadt Wien eine neue mustergültige Norm für Wohnungsreform geschaffen hat. (Beifall.)

Councillor W. G. Wilkins, J. P. (Derby): We meet today under the shadow of a great loss. Our beloved sovereign Edward VII has passed away. He will be remembered in history for the thought he gave to the subject of the better housing of the poor, and for his efforts to promote international peace. We rejoice, not only that he has been called "Edward the Peace maker" but also that the use of this name as a high title of honour shews the growing appreciation of peace amongst civilized nations.

You also have suffered bereavement, your great Oberbürgermeister Lueger has been called away. Some men need monuments, he needs none. Your grassy girdle of woods and meadows, and the happy faces of your playing children are the best monuments to his memory.

We used to be taught, that in early days, mankind was divided into different nationalities through the building of a

tower. Is not this magnificent Congress an illustration that the building of a cottage can unite men of all nationalities, and bring nearer the time "when men shall brothers be the wide world oer". (Applause.)

Exzellenz Dr. Klein: An Stelle des durch sein Unwohlsein an der Fortsetzung seiner Rede gehinderten Herrn Ministerialdirektors Just wird der Herr Geheime Oberregierungsrat Neumann als Vertreter des Deutschen Reiches das Wort ergreifen.

Geheimer Oberregierungsrat Neumann: Meine hochverehrten Damen und Herren! Der Vertreter des Deutschen Reiches ist leider, wie es scheint, nicht unerheblich erkrankt, er hat über 120 Pulsschläge und es ist ihm deswegen nach ärztlicher Anordnung nicht erlaubt, so sehr er es wünschen möchte, hier eine Rede zu halten.

Sie wollen es deshalb mir gestatten, im Namen der hier vertretenen deutschen Staaten und im Namen unseres Deutschen Reiches unserem herzlichen Danke Ausdrücke zu geben für die freundliche Einladung zu der heutigen Tagung.

Wir in Deutschland haben die Frage der Wohnungsreform, die Frage der Verbesserung des Wohnungswesens für die minderbemittelten Klassen von jeher als eine Aufgabe von allerhöchster Bedeutung erachtet und wir haben uns von jeher zu dem Standpunkte bekannt, daß eine Abhilfe auf diesem Gebiete nur erfolgen kann durch das Zusammenwirken der Selbsthilfe in der Form der organisierten Genossenschaften mit der Hilfe der öffentlichen Gewalten in Gemeinde und Staat. Wir haben auch die erfreuliche Erfahrung gemacht, daß nach anfänglichen Widerständen in den letzten Jahren dieser Weg als der richtige erkannt worden ist und daß immer mehr, wie der Staat, so auch namentlich unsere Gemeinden diesen Boden betreten haben.

Das Deutsche Reich hat besondere Fonds eingestellt, um daraus gesunde und gute Kleinwohnungen für seine Arbeiter und unteren Beamten herzustellen, der preußische Staat hat bereits etwa 150 Millionen aus Staatsmitteln für diesen Zweck zur Verfügung gestellt und ebenso ist das Königreich Bayern und sind andere deutsche Staaten vorgegangen. Wir haben in unserer Invalidenversicherung Summen von großer Bedeutung zur Verfügung und es sind etwa 200 Millionen für die Zwecke der Arbeiterwohnungen bereits ausgegeben worden. Besonders darf aber rühmend hervorgehoben werden, in welch hervor-

ragendem Maße unsere deutschen Kommunen auf diesem Wege immer vorgeschritten sind, auf dem Wege einer gesunden, verständigen Bodenpolitik und der Unterstützung der gemeinnützigen Bautätigkeit in jeder Weise, die als zweckmäßig erkannt worden ist.

Wir in Deutschland sind mit großem Vergnügen zu dieser Tagung erschienen, um an unserem bescheidenen Teile mit-helfen zu können, daß die Reformbewegung, wie wir sie in Deutschland seit 20 Jahren haben, sich überall gleichmäßig vollziehe und wir in Fühlung bleiben mit jenen Bestrebungen, die in allen anderen Ländern nach dem gleichen Ziele sich geltend machen. Ich erlaube mir, namens des Deutschen Reiches den Verhandlungen des Kongresses den besten Erfolg zu wünschen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Exzellenz Dr. Klein: Da sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat, erteile ich unserem Herrn Generalsekretär Doktor Ritter von Fürth das Wort zu einem Vorschlage für die Wahl des Präsidiums.

Generalsekretär Dr. Ritter von Fürth: Im Auftrage des Organisationskomitees habe ich die Ehre, Ihnen folgende Vorschläge für die Wahl des Kongreßpräsidiums zu machen.

Wir schlagen vor, zunächst als Ehrenpräsidenten des Kongresses zu wählen den Präsidenten des Permanenten Komitees Mr. Lepreux, als Präsidenten des Kongresses den Präsidenten des österreichischen Organisationskomitees, Seine Exzellenz Dr. Klein, als Vizepräsidenten des Kongresses die Vertreter der einzelnen Staaten im Permanenten Komitee, und zwar: Für Belgien Herrn Professor Mahaim, für Deutschland Professor Albrecht, für Großbritannien Mr. Aldridge, der heute nachmittags von uns wird begrüßt werden können, für Frankreich Mr. Ferrand, für Italien Commendatore Magaldi, für die Niederlande Herrn Tellegen, für Ungarn Herrn Bürgermeister Barczy, für Schweden Herrn Axel Ramm, für die Vereinigten Staaten Mr. Tolman, für Österreich die Vizepräsidenten des Organisationskomitees Sektionschef Dr. Berger, Stadtpräsident Dr. Leo, Direktor Doktor Lošťák, Hofrat Dr. Maresch und Hofrat Dr. Rauchberg. Wir beantragen weiters, mit der Führung der Sekretariatsgeschäfte zu betrauen die Sekretäre des Organisationskomitees Dr. Ritter von Fürth, Dr. Přibram und Dr. Perels. (Wiederholt den Vorschlag in französischer Sprache.)

Exzellenz Dr. Klein: Wenn kein Widerspruch erhoben wird (niemand meldet sich), so glaube ich annehmen zu können, daß die Vorschläge des Herrn Generalsekretärs Dr. v. Fürth genehmigt sind. (Allgemeine Zustimmung.) Herr Generalsekretär Dr. v. Fürth bittet nochmals um das Wort, um Ihnen einige geschäftliche Mitteilungen zu machen, bevor wir zum Schlusse der Sitzung schreiten.

Generalsekretär Dr. Ritter von Fürth: Die nächste Sitzung, die erste Geschäftssitzung, findet um 2 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht die erste Frage: „Welche Schlüsse ergeben sich aus den bisher gewonnenen Erfahrungen für die Entwicklung der kommunalen Wohnungspolitik und in welcher Weise sind ihre Aufgaben zu lösen?“ Die Diskussion wird von dem Generalreferenten Herrn Oberbürgermeister v. Wagner eingeleitet werden. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die an der Diskussion teilzunehmen wünschen, sich hier zum Worte zu melden. Ich bitte ferner zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie heute Nachmittag die Leitsätze aller Referate vorfinden werden, die zu diesem Thema erstattet worden sind, und zwar in drei Sprachen. Sie werden auch, falls Sie noch nicht in ihrem Besitze sind, die Referate selbst vorfinden. Ich bitte weiters, zur Kenntnis zu nehmen, daß diejenigen Damen und Herren, die ihre Schriften noch nicht behoben haben, auf Grund ihrer Mitgliedskarte ein Paket Schriften erhalten, worin sie auch das vollständige Programm des Kongresses vorfinden. Diesem Programm bitte ich, Ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, und besonders die rote Seite zu beachten. Sie finden dort bemerkt, wann und wo Sie sich zu melden haben, um die Karten für die Veranstaltungen zu erhalten. Ich bitte dringend, sich in die im Vorsaale aufliegenden Listen eintragen zu lassen, damit wir wissen, an welchen Veranstaltungen Sie sich beteiligen wollen, und damit wir die erforderlichen Vorkehrungen treffen können. Falls es sich in der heutigen Sitzung zeigen sollte, daß dieser Raum wegen des Stuhlrückens usw. weniger geeignet ist, dürften wir morgen in einen anderen Saal im ersten Stock übersiedeln. Wir werden uns heute abends erlauben, Ihnen darüber eine Mitteilung zukommen zu lassen.

Exzellenz Dr. Klein: Ich erkläre die Eröffnungssitzung des Kongresses für geschlossen.

(Schluß: 12 Uhr 30 Minuten.)

Erste Arbeitssitzung.

Montag, den 30. Mai.

(Beginn 2 Uhr nachmittags.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Ich eröffne die erste Arbeitssitzung mit dem Wunsche, daß unsere Arbeiten recht flott von statten gehen mögen.

Ich würde natürlich sehr gern sofort in medias res eingehen, habe aber noch einen Zwischenfall von Vormittag auszutragen, der sich trotz aller Aufmerksamkeit und Sorgfalt ereignet hat. Der sehr geehrte Herr Vertreter und Delegierte der rumänischen Regierung ist im Drange der Eröffnungssitzung übergangen worden. Er wollte die Liebenswürdigkeit haben, uns die Grüße seiner Regierung zu überbringen, und ich bedauere außerordentlich, daß er durch ein Mißverständnis daran verhindert worden ist. Ich bin sicher, die Zustimmung der geehrten Versammlung zu finden, wenn ich dem hochgeehrten Herrn Delegierten nunmehr das Wort erteile, damit er vorbringe, was er Vormittag vorzubringen keine Gelegenheit hatte.

M. le Dr. Georges Moroianu, Attaché commercial de Roumanie pour l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie, délégué du Gouvernement Royal de Roumanie: Illustre Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, Au nom du Gouvernement Royal de Roumanie j'ai l'honneur de saluer avec une sympathie toute particulière cette réunion d'économistes, de sociologues, d'ingénieurs et d'architectes distingués, ainsi que de tant d'autres personnalités éminentes, qui s'intéressent à l'un des problèmes les plus ardents qui agite la vie sociale moderne.

L'intérêt que la Roumanie prend à ce congrès est double, Mesdames et Messieurs; d'abord, parce qu'il s'occupe du vaste problème des habitations à bon marché, qui tient une si grande place dans les soucis de tous les gouvernements, et en suite, parce que le congrès a lieu dans une ville à laquelle nous

autres Roumains nous sommes rattachés par des liens très serrés et par les meilleures traditions qui datent de plusieurs siècles.

Quoique nous n'ayons pas en Roumanie de villes avec de très grandes agglomérations d'ouvriers comme c'est le cas pour la plupart des pays représentés à ce congrès, pourtant la nécessité de la création des habitations à bon marché se fait sentir chez nous aussi de plus en plus. En dehors de la classe ouvrière proprement dite, c'est la classe des petits fonctionnaires publics et privés ainsi que celle des gens qui professent les petits métiers qui souffrent surtout du manque d'habitations à bon marché.

Dans la cherté de la vie qui chez nous, comme partout ailleurs, est devenue presque générale, la question de l'habitation occupe une place de tout premier ordre. Aussi s'est-on efforcé chez nous aussi, de remédier autant que possible à ce mal social. Ce furent d'abord quelques entreprises privées qui construisirent dans certains faubourgs de Bucarest des habitations à bon marché; seulement on doit reconnaître que ces entreprises poursuivent avant tout un but spéculatif.

Tout dernièrement la municipalité de Bucarest, qui a envoyé elle aussi un délégué à ce congrès en la personne de M. le Dr. Costinescu, ainsi que l'Etat lui-même, ont prêté la plus grande attention à ce problème tâchant de lui donner une solution pratique. La mairie de Bucarest a fait construire dernièrement une quarantaine de maisons dans les meilleures conditions hygiéniques, dont les prix varient entre 3000 et 5000 francs. La municipalité cède ces maisons aux ouvriers et aux petits employés à titre de propriété en leur faisant des facilités de paiements.

Dans la dernière session du parlement le gouvernement de notre pays s'est occupé également de cette ardente question et M. Orleanu, ministre de l'Industrie et du Commerce, présenta et fit voter par les chambres, une loi pour l'encouragement des habitations à bon marché. Cette loi prévoit une série d'avantages pour les entreprises privées et pour les sociétés qui voudraient construire des habitations hygiéniques à bon marché.

Voici quelques uns de ces avantages :

"Les sociétés ou les particuliers seront exemptés de tout impôt envers l'Etat, la commune et le district en ce qui concerne ces constructions.

Les actes de construction ainsi que les actions, obligations, actes de liquidation de sociétés, seront également exemptés de toute taxe de timbre et enregistrement.

Les maisons construites seront exemptées pour la durée de 10 ans à partir de la date de la construction, de tout impôt envers l'Etat, le district et la commune ; durant 5 autres années des trois quarts des impôts et encore, durant 5 autres années de la moitié de ces impôts."

Dans son article 2 la loi prévoit que l'Etat, le district, les communes et les institutions de bienfaisance sont autorisées à construire ou à acheter des actions des sociétés de construction, ou bien à participer à la création des sociétés de construction. Dans ce dernier cas elles pourront participer jusqu'à concurrence de maximum la moitié du capital social et sans que l'Autorité garantisse des intérêts plus grands que 5%.

Les obligations émises par ces sociétés seront acceptées à leur valeur nominale, comme garantie à toutes les caisses de l'Etat.

La valeur des maisons construites sous l'empire de cette loi, le terrain y compris, ne dépassera pas 8000 francs à Bucarest et 6000 francs dans le reste du pays. Le loyer de la demeure ne dépassera pas 5% du capital en plus la quote-part de l'amortissement.

Les sociétés de constructions et crédit se déclareront obligées par les statuts de vendre les maisons construites en observant la présente loi, au prix coûtant majoré de 6%. Ces ventes seront exemptées de taxes de timbre et d'enregistrement.

En assurant tous ces avantages importants, la loi roumaine ouvre une voie large et rémunératrice aux capitaux qui voudraient entreprendre la construction des habitations à bon marché.

Comme vous voyez, Mesdames et Messieurs, la Roumanie elle aussi vient d'aborder d'une façon sérieuse et pratique le vaste problème qui nous réunit ici. Pourtant nous aurons beaucoup à apprendre de vos longues et précieuses expériences sur ce terrain et des discussions lumineuses que vous allez commencer tout à l'heure.

Il ne me reste plus que d'exprimer ici mes plus vifs remerciements au vénérable comité du congrès pour la brillante réception qu'il nous a faite et tout particulièrement son illustre président, son Excellence M. le Dr. Klein pour le savant ex-

posé de la question, qu'il a fait ce matin devant nous et pour toutes les peines qu'il s'est données pour la réussite de ce congrès.

Et maintenant, Mesdames et Messieurs, un dernier mot de profonde sympathie et d'admiration pour cette ville magnifique, pour cette glorieuse cité, à laquelle les Roumains souhaitent de tout cœur un développement continu dans la paix et une prospérité toujours croissante.

Die reizende Haupt- und Residenzstadt Wien lebe hoch, hoch, hoch!

Präsident Exz. Dr. Klein (zuerst in französischer Sprache, sodann deutsch): Wir kommen zum ersten Verhandlungsgegenstande des Kongresses:

I. Thema:

Welche Schlüsse ergeben sich aus den bisher gewonnenen Erfahrungen für die Entwicklung der kommunalen Wohnungspolitik und in welcher Weise sind ihre Aufgaben zu lösen?

Ich bitte den Herrn Oberbürgermeister v. Wagner, hierzu als Generalreferent das Wort zu nehmen.

Generalreferent Oberbürgermeister v. Wagner (Ulm): Kaum ein Jahrzehnt ist dahingegangen, seit auf dem Wohnungskongreß in Paris mit knapper Majorität ein Antrag Rostands abgelehnt worden ist, wonach „ein Eintreten der öffentlichen Gewalten auf dem Gebiete der Förderung des Arbeiterwohnungsbaues nicht tunlich wäre.“

Zwei Jahre später bei dem VI. Internationalen Wohnungskongreß in Düsseldorf konnte der Referent, Dr. Liebrecht-Hannover, über die genannte Frage in seinem Schlußworte feststellen, daß nicht mehr gefragt werde: sollen Staat und Gemeinde einschreiten? sondern daß nur noch gefragt wird: wie soll eingeschritten werden? was soll der Staat machen? in welcher Weise können die Gemeinden, kann der Staat bei der Wohnungsfrage mitwirken?

Heute sind wir so weit, daß der Frage der kommunalen Wohnungspolitik ein breiter Raum in den Verhandlungen unseres Kongresses zugemessen ist.

Wenn einige der Herren Referenten nur in schüchternen Umrissen ein Programm der Aufgaben der Gemeinde auf dem Gebiete der Wohnungspolitik aufgestellt haben, und wenn insbesondere der Herr Referent für Frankreich die Notwendigkeit einer Kommunalpolitik mit direktem Eingreifen der Gemeinde für Frankreich verneint, so stehe ich umgekehrt nicht an, die Gemeinde für das ausführende Organ der Wohnungsfürsorge zu erklären und an die Spitze meines zusammenfassenden Referates folgende Leitsätze zu stellen:

1. Die Gemeinde ist unter finanzieller Beihilfe des Staates in erster Linie dazu berufen und imstande, die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der unteren Volksschichten, insbesondere im Sinne der Schaffung des Arbeitereigenhauses nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse so zu vollziehen, daß der Kleinwohnungsbau nach technisch-hygienisch und wirtschaftlich richtigen Grundsätzen erfolgt und das Wohnungswesen unter Berücksichtigung der sozialen Besonderheiten in den einzelnen Ländern in planmäßigem Fortschreiten zur Ausgestaltung kommt.

Die von ihr erstellten Gebäude müssen im Wege des Erbaurechtes, des Wiederkaufsrechtes oder der Erbpacht der Spekulation dauernd entzogen bleiben.

2. Die Gemeinde fördert das Kleinwohnungswesen neben dem Regiebau von Kleinwohnungen dadurch, daß sie gemeinnützige Vereine und Baugenossenschaften unterstützt.

a) durch Überlassung von Gemeindeland im Wege des Erbaurechtes oder Erbpacht;

b) durch Darlehen auf zweite Hypothek;

c) durch Erleichterung der Vorbedingungen für den Bau (Straßen-, Kanal-, Beleuchtungsanlagen.)

3. Die Gemeinde muß, um den in Ziffer 1 und 2 gestellten Aufgaben gerecht zu werden, sich Gemeindegrundeigentum verschaffen, dasselbe erhalten und vermehren, zugleich auch im Interesse eines Einflusses auf zweckmäßige und weitsichtige Stadterweiterungspläne.

4. Behufs Einrichtung und Vervollkommnung von Verkehrserleichterungen für Außenstadtteile und Vororte empfiehlt sich die Übernahme der Verkehrsmittel in kommunale Regie.

5. Die Besteuerung des Konjunkturgewinnes im Liegenschaftsverkehr (Steuer auf den unverdienten Wertzuwachs) ist ein Vorrecht der Gemeinde.

Meine Damen und Herren! Wenn ich den Kleinwohnungsbau durch die Gemeinde selbst, zum Unterschied von der Reihenfolge der den Referenten zur Beantwortung vorgelegten Fragen vorangestellt habe, so geschah es deshalb, weil ich hoffe, daß diese Art der Wohnungsreform künftig nicht das letzte Glied der Kette kommunaler Maßnahmen sein wird, sondern das erste. Selbstverständlich ist alsdann eine Wohnungsinspektion ebenso wie eine vernünftige Erschließung von Bauland und unerläßliche Vorbedingung eine tatkräftige Bodenpolitik der Gemeinde.

Freilich, wenn man die Auffassungen und die bisherigen Erfahrungen, welche in den verschiedenen auf unserem Kongreß vertretenen Ländern hinsichtlich der kommunalen Wohnungspolitik bestehen, ins Auge faßt und Schlußfolgerungen daraus ableiten will, so kommt man zu teilweise sehr dürftigen Ergebnissen.

So beschränkt sich der Referent für die Vereinigten Staaten von Amerika darauf zu sagen: „Es gibt in Amerika keine kommunalen Arbeiterheime und es soll auch keine geben“ und verweist die Lösung der Frage der amerikanischen Wohnungsversorgung der arbeitenden Klasse an die Einzelbestrebungen auf dem Gebiete der Wohltätigkeit und auf kommerziellen Gebiete; auch der Referent für Frankreich ist der Meinung, „daß die Notwendigkeit einer kommunalen Politik zum Zwecke eines direkten Eingreifens sich in Frankreich in keiner Hinsicht zeigt“ und hält es „nicht für eine Aufgabe der Gemeinde, eine Untätigkeit in der Privatinitiative zu ersetzen.“

Dementsprechend verhält sich in Frankreich auch die wohnungspolitische Tätigkeit der Gemeinde; sie ist, abgesehen von einigen wenigen Gemeinden, eine ganz unbedeutende.

Trotz des in Holland der wohnungspolitischen Betätigung der Kommunen durch die Gesetzgebung eingeräumten großen Spielraumes und der hierbei vorgesehenen finanziellen Unterstützung seitens des Staates, sind in dem ganzen genannten Königreiche bis jetzt von den Gemeinden und durch die gemeinnützige Bautätigkeit zusammen nur zirka 2000 Wohnungen errichtet worden, also durch das ganze Land kaum das Doppelte von dem, was in der Stadt Ulm bisher geleistet worden ist. Immerhin ist der kommunale Wohnungsbau daselbst im Fluß.

In Finnland gewährt eine Anzahl von Stadtgemeinden Kredit für die Erstellung von Kleinwohnungen, nur die Stadt Helsinki hat bisher selbst Wohnungen für Gemeindearbeiter gebaut.

In Österreich hält sich — nach den eigenen Worten des Herrn Referenten — die Errichtung von Kleinwohnungen seitens der Stadtgemeinden noch in engen Grenzen. Auch von einer systematischen kommunalen Bodenpolitik kann nicht gesprochen werden, nur vereinzelte österreichische Stadtgemeinden treiben eine solche. Eine Wertzuwachssteuer gibt es in Österreich nicht.

Einen beachtenswerten Anlauf nimmt sowohl in der Frage des gemeindlichen Wohnungsbaues, der kommunalen Bodenpolitik als auch der Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses in der Schweiz eine ganz erhebliche Anzahl von Gemeinden. Der Herr Referent für die Schweiz steht mir offenbar am nächsten; auch er nennt in seinen Leitsätzen in Übereinstimmung mit Schatzmann-Zürich zuerst den Selbstbau durch die Gemeinde. Insbesondere die Stadt Zürich hat mit dem gemeindlichen Selbstbau in großem Stile begonnen, ebenso hat die Stadt Bern eine größere Zahl von Kleinwohnungen erstellt.

Von Großbritannien, das in der Förderung des Kleinwohnungswesens wohl die bedeutendsten Erfolge aufzuweisen hat, liegt ein Referat leider nicht vor, ebenso fehlt ein solches von einer Reihe anderer Staaten.

Weitaus die größte Tätigkeit auf dem Gebiete mittelbarer und unmittelbarer kommunaler Wohnungsfürsorge unter den in den Spezialreferaten behandelten Ländern hat Deutschland entfaltet. Die Arbeit des Berichterstatters für Deutschland zeigt, daß der wohnungsreformerische Gedanke in vielen deutschen Stadtverwaltungen schon tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß aber auch Deutschland trotzdem noch in den Anfängen einer gesunden Wohnungspolitik steckt.

Trotz der spärlichen Leistungen, die da und dort die gemeindliche Wohnungsfürsorge aufweist, läßt sich doch ein gewisses Maß von Erfahrungen auf diesem Gebiete feststellen und ich hätte mein Generalreferat nicht übernommen, wenn ich nicht selbst über solche verfügen würde, wenn ich nicht gewissermaßen „aus meinem Leben“ sprechen könnte.

Daß Wohnungsenqueten in größeren Städten von Zeit zu Zeit angestellt werden, ist geboten; der Wohnungspolitiker,

der wissen muß wie das arbeitende Volk wohnt, braucht sie ja freilich nicht, aber es gibt viele Menschen, die das, was sie täglich vor Augen sehen können, erst durch Zahlen nachgewiesen haben wollen; manche auch um aus diesen Zahlen noch etwas anderes herauszulesen, als der Griffel der nackten Wirklichkeit ihnen vorzeigt.

Wie alles im menschlichen Leben unvollkommen ist, so geben auch die wohnungsamtlichen Nachweise nicht immer eine sichere Basis zu Schlußfolgerungen ab. Wie oft kommt es bei Prüfung derselben vor, daß kleine Wohnungen als leerstehend aufgeführt sind und daß es sich, wenn die Behörde im Interesse wohnungsuchender, kinderreicher Familien Umfrage hält, herausstellt, daß die leerstehenden Räume nur an kinderlose Mietparteien vergeben werden.

Die Wohnungsinspektion und die sich daran knüpfenden polizeilichen Maßnahmen sind als Pioniere praktischer Arbeit unentbehrlich, indessen bringen sie, wie insbesondere das Beispiel von Holland zeigt, tieferen Nutzen nur dann, wenn es möglich ist, den aus einer ungesunden Wohnung ausgewiesenen Leuten eine andere und bessere zu bieten, andernfalls arbeitet die Polizei mit ganz unzulänglichen Mitteln.

Ohne Bodenpolitik keine gesunde, keine durchgreifende Wohnungspolitik, das ist eine Erkenntnis, die sich wenigstens bei uns mehr und mehr Bahn bricht; auch die Mehrzahl der Referenten steht auf diesem Standpunkte.

Eine Arbeiterwohnungsfürsorge im großen Stile und mit dem Ziel der Schaffung von Eigenheimstätten läßt sich nur durchführen, wenn die Stadt über ein möglichst großes Grundeigentum verfügt; ferner ist klar, daß die Erhaltung und planmäßige Vermehrung des letzteren auch noch andere, die Interessen der Allgemeinheit und damit auch die Arbeiterwohnungsfrage auf das vorteilhafteste begünstigende Errungenschaften in sich schließt.

Nicht allein, daß ein großes Grundeigentum die Gemeinde befähigt, Wohlfahrtseinrichtungen aller Art, wie öffentliche Anlagen, Volksgärten, Spiel- und Eislaufplätze, Kinder- und Schulgärten, Pachtgärten für kleine Leute, Seen u. dgl. zu schaffen, es setzt dieselbe auch in den Stand, die bauliche Entwicklung nach der sozialen, hygienischen und bautechnischen Seite hin zu beeinflussen, lebens- und entwicklungsfähige industrielle

Unternehmungen heranzuziehen und ungesunde und schwindelhafte Gründungen hintanzuhalten, die Grundstücks- und Bauspekulation durch Moderierung der Bauplatzpreise einzuschränken und den Wertzuwachs des Grund und Bodens der Allgemeinheit zu sichern.

Was vor allem deutsche Städte — über andere, z. B. Stockholm, vergl. den Bericht des Prof. Dr. Albrecht über Bodenpolitik und Wohnungsfürsorge in Schweden: Concordia Nr. 4, 5 und 6 — auf diesem Gebiete geleistet und wie sie das Gemeindeleben befruchtet haben, zeigt Ihnen das Referat des Herrn Gretzschel.

Gestatten Sie, daß ich ganz kurz auf die Bodenpolitik Ulms zu sprechen komme. Die Stadt Ulm a. D. hat im Laufe der letzten 18 Jahre bis heute nahezu 560 *ha* Gelände, in der Hauptsache zwischen den Vororten und der Stadt gelegen, um zirka 8 Millionen Mark erworben, sie hat im gleichen Zeitraum für die verschiedensten Zwecke, insbesondere für das Kleinwohnungswesen, aber auch für Bedürfnisse der Militär-, Staats-, Eisenbahn- und Straßenbauverwaltung, ferner der Industrie und der privaten Bautätigkeit zirka 175 *ha* um rund 9 Millionen veräußert, somit neben der kostenlosen Vermehrung des Gemeindegrundeigentums um 385 *ha* noch einen Überschuß von 1 Million erzielt.

Das Reinvermögen der Stadt ist um viele Millionen Mark gestiegen. Von dem gesamten auf Ulmer Markung gelegenen Grundbesitz stehen heute mehr als drei Viertel im Eigentum der Stadt und ihrer Stiftungen. Unrichtig ist die vielfach verbreitete Behauptung, daß das von der Stadt Ulm dem Reiche abgekaufte Festungsgelände ein billiges Bauland für die Förderung des Kleinwohnungswesens abgegeben habe; das nur 69 *ha*, also nur den achten Teil des von der Stadt erworbenen Gesamtgeländes umfassende Gebiet des angekauften inneren Festungswalles, war ziemlich teuer; es kommt der Quadratmeter, bis es baureif gemacht ist, im Durchschnitt auf zirka 20 Mark zu stehen.

Vergleicht man den von Ulm für das veräußerte Gelände erzielten Liegenschaftsgewinn (Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis) mit dem Ertrage, welchen gleich große Städte in Preußen (Flensburg 25.117 Mark, Liegnitz 48.787 Mark [07] 42.123 [08], Mühlheim a. R. 16.761 Mark) durch die Wertzuwachssteuer erzielt haben, so ergibt sich, daß Ulm mit seiner direkten Ausnützung des Wertzuwachses, abgesehen von den

sonstigen Vorteilen, einen zehn- bis zwanzigfachen Ertrag alljährlich sich zugeführt hat. Treibt eine Gemeinde Bodenpolitik in großem Stile, so ist sie Herrin ihrer künftigen Entwicklung, und Fragen der Stadterweiterung, der Bauordnungen usw. lassen sich ohne Schwierigkeiten lösen. So hat die Stadt Ulm auf ihrer Markung eine Zonenbauordnung, die u. a. das Verbot der Bewohnbarmachung ganzer Hinterhäuser enthält, erlassen, ohne daß ein Widerspruch gegen dieselbe sich erhoben hat.

Wie wir gehört haben, ist das Kleinwohnungswesen von den Gemeinden in verschiedenen Ländern mittelbar und unmittelbar gefördert worden.

Dies ist vielfach geschehen: 1. durch Erschließung von Bauland; 2. mittels Bürgschaft für Schuldverbindlichkeiten gemeinnütziger Vereine und Baugenössenschaften; 3. durch Übernahme von Geschäftsanteilen solcher Vereinigungen; 4. durch die in Deutschland schon im 12. und 13. Jahrhundert auftretende Bodenleihe, durch den Verkauf von Gemeindeland zu billigem Preise an gemeinnützige Vereine, Baugenössenschaften, Spar- und Bauvereine, mitunter auch an private Bauunternehmer, durch die Überlassung von Grundeigentum der Gemeinde an solche Organisationen im Wege des Erbbaurechtes und der Erbpacht; 5. durch Gewährung der 2. Hypothek bis zu 75 oder gar 90% des Bauwertes; 6. durch Regiebauten für Gemeindebedienstete und Arbeiter; 7. durch Regiebauten für minderbemittelte Einwohner ohne Unterschied.

Schrittweise sind manche Gemeinden von einer der genannten Formen zu einer fortschreitenden übergegangen, und da die Stadt Ulm fast die sämtlichen erwähnten Systeme zur Anwendung gebracht hat und ich als Vorstand dieser Stadt sie alle selbst erprobt habe, so darf ich vielleicht auch in dieser Hinsicht einen Augenblick bei den von Ulm gemachten Erfahrungen verweilen.

Was die Erschließung von Bauland betrifft, so würde eine solche Maßnahme in Verbindung mit der Anlage von Straßen, Kanälen, Gas- und Wasserleitungen usw. auf Kosten der Gemeinden für das Kleinwohnungswesen nur dann eine größere Bedeutung haben, wenn eine Sicherheit dafür bestünde, daß die privaten Bauunternehmer, welche an solchen Straßen Wohnungen für Minderbemittelte aufstellen, sich verpflichten, einmal dieselben zu einem billigen, Steigerungen möglichst nicht unterworfenen Mietpreis den in Betracht kommenden

Angehörigen der minderbemittelten Bevölkerung zu überlassen und zum anderen diese Kleinwohnungen ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung zu erhalten. Nach meinen und anderwärts gewonnenen Erfahrungen sind die privaten Bauunternehmer nicht gewillt, die von ihnen zu erstellenden Gebäulichkeiten mit irgendwelchen, die Veräußerlichkeit erschwerenden Bestimmungen zu belasten und wenn dieselben etwa, was in seltenen Fällen nur vorkommen wird, der Gemeinde ein Vorkaufsrecht einräumen würden, wäre es dann nicht zweckmäßiger und besser, wenn die Gemeinde gleich selbst in Regie baute? Durch die Erschließung von Bauland also wird für das Kleinwohnungswesen das von dem Wohnungs- und Sozialpolitiker erstrebte Ziel nicht erreicht und es ist nicht zu verkennen, daß das freie Spiel der Kräfte auf dem Gebiete der Kleinwohnungsfürsorge, d. h. einer befriedigenden Fürsorge zumeist versagt hat.

Freilich ist so viel klar, daß, wenn Wohnungsnot herrscht und irgendwelche, wenn auch unzulängliche Fürsorge winkt, schließlich auch zu den weniger hilfreichen Mitteln Zuflucht genommen werden muß. Wenn ein Arzt an dem Bette eines Schwerkranken das wirksamste Heilmittel nicht zur Stelle hat, so muß er sich gern oder ungerne auch zur Anwendung einer weniger tauglichen Arznei entschließen, ehe er den Patienten zugrunde gehen läßt.

Aber sollte es in einer Zeit, in der so viel von Kulturfortschritten die Rede ist, nicht möglich sein, die großen Massen des Volkes, oder doch wenigstens einen Teil desselben an dieser so viel gepriesenen, fortschrittlichen Entwicklung teilnehmen zu lassen? Kann in einem Familienvater, welcher mit fünf bis sechs Personen ein einziges Zimmer teilen muß, die Fähigkeit aufkommen, sich als Glied eines Kulturstaates zu fühlen? Sich zur Überzeugung durchzuringen, daß der Staat eine wohlthätige Einrichtung für alle Klassen ist?

Und um ausreichende und geeignete Hilfe zu schaffen, genügt es nicht, daß für fünf oder sechs Personen in einer Mietkaserne statt bisher ein Raum, künftig vielleicht deren zwei zur Verfügung stehen. Nein, wir müssen dahin mit allen Mitteln streben, daß wir die idealste Lösung der Wohnungsfrage erreichen, das Haus, das den Nährboden des Familiensinnes, der Heimatliebe, der Reinlichkeit, Sauberkeit und Ordnung abgibt, nämlich das Arbeiter-Einfamilienhaus, ein Haus, das den Grund-

forderungen einer gesunden Wohnung entspricht, das von Luft und Sonnenschein durchdrungen ist, denn „wo die Sonne nicht hinkommt,“ sagt ein altes Sprichwort, „da kommt der Arzt und der Tod hin“.

Ich habe davon gesprochen, daß die Stadt Ulm fast alle Systeme, die genannt worden sind, erprobt hat. Sie hat Bauareale zu billigem Preise (6 Mark pro Quadratmeter) in geringer Entfernung vom Zentrum der Stadt an einen im Jahre 1891 gegründeten gemeinnützigen Wohnungsverein, ferner an Spar- und Baugenossenschaften der Gewerkvereine (Hirsch-Dunkerscher Richtung) und der Eisenbahnbediensteten, an Industrielle für den Bau von Arbeiter-Eigenhäusern, an die Kgl. Postverwaltung für Postbedienstetenwohnungen, an eine von Lehrern und Beamten gegründete Baugenossenschaft, im Wege des Erbbaurechtes (Erbbauzins 20 bis 30 Pfennig pro Quadratmeter), ferner an eine Baugesellschaft für Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses von Angehörigen des Mittelstandes abgegeben und sie hat eine Menge sogenannter Schreberscher Gärten für Arbeiter, Unterbeamte, Rechtsanwälte, Lehrer, Geistliche usw. angelegt und verpachtet.

Schon im Jahre 1888 hat sie ein großes Gebäude für städtische Unterbeamte errichtet. Obschon die Wohnungen ziemlich geräumig und gesund sind und der Preis wesentlich niedriger ist als der sonstige Mietpreis, hat die Stadt günstige Erfahrungen mit diesem Regiebau nicht gemacht. Derselbe ist nur stark zur Hälfte von denjenigen Elementen besetzt, für welche er bestimmt ist. Die Nachteile, welche das Wohnen einer größeren Zahl von Familien unter einem Dache, die gemeinsame Benützung von Treppen, Hausflur, Waschküche und Hofraum mit sich bringen, haben sich noch verstärkt durch die von den Ehefrauen der Unterbeamten auf ihre Ehemänner übertragenen Streitigkeiten.

Der gemeinnützige Wohnungsverein hat 18 Gebäude mit 62 Wohnungen um die Summe von 223.000 Mark errichtet. Die obengenannten Spar- und Bauvereine, denen die Stadt die 2. Hypothek bis zu 90% beliehen hat, haben 42 Gebäude mit 200 Wohnungen und einem Gesamtaufwande von rund einer Million erbaut. Erbbaurechtshäuser, welche bis zu 80% des Bauwertes von der Stadt beliehen werden, sind es 18, die meisten der letzteren sind Einfamilienhäuser. Die weiter bezeichneten privaten und staatlichen Organe haben 171 Gebäude mit zirka 440 Wohnungen errichtet.

Bei dem Bau der von Arbeitgebern erstellten Wohnungen kommt bekanntlich die Verstärkung der Abhängigkeit des Arbeitnehmers in Betracht; hinsichtlich der baugenossenschaftlichen Tätigkeit aber ist in Ulm wie anderwärts festzustellen, daß sie dem vorhandenen Kleinwohnungsbedürfnis weder nach Maßgabe ihres Umfanges, noch bezüglich der Art der Befriedigung des Bedürfnisses zu genügen vermocht hat. Da hiernach die Fürsorge für Wohnungen der unteren Volksschichten in Ulm als eine ungenügende und unbefriedigende betrachtet werden mußte, beschloß die Stadtvertretung, die Fürsorge zur Gemeindeangelegenheit zu erheben und hierbei dem Arbeiter ein Eigenheim zu schaffen.

Während die Stadt anfangs aus Gründen der Vorsicht diese Eigenheime mit je zwei Wohnungen ausstattete, so daß jeder Hauseigentümer eine Wohnung zu einem von der Stadt zu bestimmenden Maximalpreise mangels Bedarfs für sich und seine Familie vermieten kann, ist sie später zu dem Bau von Einfamilienhäusern geschritten, welche von vornherein nur zum Alleinbewohnen konstruiert sind und in denen keine Aftermieter, auch keine Schlafgänger zugelassen sind. So hat die Stadt seit 1892 im ganzen 175 Häuser mit 291 Wohnungen für eine Bevölkerung von rund 1400 Einwohnern erstellt. Darunter sind 48 reine Einfamilienhäuser. Näheres darüber (Preis, Verzinsung, Amortisation, Wiederkaufsrecht usw.), ist aus der Literatur ersichtlich. Da die zuerst erstellten Gebäude in das Jahr 1892 zurückreichen, die Einfamilienhäuser zum Teil sechs Jahre bestehen und bisher das System des Eigenhausbaues durch die Stadt sich in Ulm durchaus bewährt hat, so halten wir den Beweis für erbracht, daß das Arbeiter-Eigenhaus zum Alleinbewohnen überall da recht wohl ausführbar ist, wo seitens der Gemeinde rechtzeitig in die Boden- und Wohnungspolitik eingegriffen wird. Insgesamt sind in Ulm seit 1891 von der Stadt, von gemeinnützigen Bauvereinen und Genossenschaften, von privaten Arbeitgebern sowie vom Staate erbaut worden: 388 Gebäude mit über 1000 Wohnungen für eine Bevölkerung von mehr als 5000 Einwohnern, und zwar unter solchen Verhältnissen, daß eine Erhöhung des Aufwandes für die Wohnung beziehungsweise des Mietpreises nicht eintritt, wenn auch der Wert des Grund und Bodens steigt oder die sonstige allgemeine Lebenshaltung sich verteuert. Für mehr

als 60% des Bevölkerungszuwachses in Ulm ist somit auf dem genannten Wege gesorgt worden und es ist festzustellen, daß weder die Bauunternehmer hierdurch geschädigt noch die neben der Gemeinde wirksamen Organe in der Kleinwohnungsarbeit lahmgelegt worden sind.

Eine der größten Errungenschaften des Ulmer Arbeiter-Eigenhausbaues und der damit verbundenen weiträumigen Bauungsweise aber ist zweifellos die Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse der Bewohner der neuen Quartiere. Während in Ulm auf 1000 Personen 15 bis 16, in der seit drei Jahren eingemeindeten Vorstadt sogar 25 bis 30 Gestorbene kamen, entfallen auf die neuen Arbeiterquartiere nur **85 Gestorbene** auf 1000 Einwohner, trotzdem daß sämtliche Familien mit vielen Kindern gesegnet sind, da in erster Linie Familien mit vielen Kindern berücksichtigt werden. Ähnliches hat auch der Stuttgarter Stadtarzt bezüglich der Kolonie des Herrn Geh. Hofrates v. Pfeiffer nachgewiesen.

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zu den Schlußfolgerungen, die sich aus den bisherigen Erfahrungen ergeben. Zunächst ist meines Erachtens, trotzdem vielfach Wohnungsensqueten nicht angestellt worden sind, so viel sicher, daß fast überall da, wo eine rasche und starke Vermehrung der Gemeindebevölkerung im Zusammenhang mit der Entwicklung der Industrie und des Gewerbes erfolgt, eine Wohnungsnot oder doch ein Mangel an geeigneten Wohnungen entsteht. In solchen Fällen ist es Pflicht der Gemeindeorgane, der Wohnungsnot zu steuern und eine Verbesserung des Wohnungswesens im allgemeinen und besonderen zu bewirken. Wenn in Amerika die Wohnungsfürsorge der Privatwohlthätigkeit oder dem freien Spiel der Kräfte überlassen wird oder werden kann, so ist dies in einer Reihe anderer Staaten, fast in der ganzen sogenannten Alten Welt nicht angängig. In Württemberg ist nach den Ausführungsbestimmungen zum Deutschen Reichs-Unterstützungs-Wohnsitzgesetz die Gemeinde verpflichtet, im Falle der Obdachlosigkeit dem Hilfsbedürftigen angemessene Unterkunft zu schaffen und es hat z. B. in Württemberg vor zirka 25 Jahren einmal das Ministerium des Innern einen herben Tadel — und meines Erachtens mit Recht — einem Gemeinde- und Bezirksvorstande darüber ausgesprochen, daß einer obdachlosen Familie auf dem Lande, obschon sie über einige tausend Mark Vermögen in Liegenschaften verfügte, seitens der Ortsbehörde keine Unter-

kunft verschafft worden ist. Wenn sonach die Gemeinde nach deutscher Rechtsauffassung die Pflicht hat, für Obdachlose, gleichviel ob sie verschuldet oder unverschuldet in Wohnungsnot gekommen sind, zu sorgen, warum soll sie nicht verpflichtet sein, zum mindesten sich berechtigt fühlen, unter gewissen Voraussetzungen, die Wohnungsfürsorge für Familien, die zahlungsfähig und zahlungswillig sind, zu übernehmen? Und nicht bloß darum handelt es sich ja, daß ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung eine Wohnung, gleichviel welcher Beschaffenheit, überhaupt schwer bekommen kann, es besteht doch ein allgemeines Interesse, daß insbesondere kinderreiche Familien eine geordnete und gesunde Wohnung zu erschwinglichem Preise erhalten können!

„Man schaffe Wohnungen, wo ein sauberes reinliches Familienleben möglich ist“, haben wir heute früh den Herrn Präsidenten unseres Kongresses sagen hören. Wer steht dieser Aufgabe am nächsten? Was soll die Gemeinde gegenüber der von ihr erkannten Not tun? Soll sie die Beteiligten auf den Weg des genossenschaftlichen Zusammenschlusses verweisen? Soll sie ihnen sagen, sie möchten sich an die Regierung, an die Parlamente wenden? Und wenn dies alles nichts nützt, soll die Gemeindeverwaltung mit verschränkten Armen zusehen, wie ein namhafter Teil ihrer Gemeindemitglieder an Leib und Seele zugrunde geht?

Allenthalben wird der Gemeinde der Rat gegeben, in eigener Regie überhaupt nicht zu bauen und selbst der Herr Referent für Deutschland meint, die Regiebautätigkeit der Gemeinde sollte nur dann stattfinden, wenn bei Wohnungsmangel die private Bautätigkeit versagt.

Ja, meine Damen und Herren, ist denn angesichts der von den Referenten aller Länder festgestellten Erfahrungen ein solcher Rat, welcher einer Warnung sehr ähnlich sieht, notwendig? Ist denn nicht bei vielen Gemeindeverwaltungen nachgewiesen, daß sie überhaupt keine Lust haben sich mit der Wohnungsfrage zu befassen? Dies geht doch deutlich daraus hervor, daß viele Gemeinden selbst bei ganz traurigen Wohnungszuständen das Vorhandensein von Mißständen überhaupt leugnen! Wie erklärt sich ein solches Verhalten? Wohl damit, daß die betreffenden Gemeindeverwaltungen befürchten, es könnte ein Eingeständnis den guten Ruf ihrer Gemeinde gefährden.

Die Publizistik macht ja doch mitunter ganz eigenartige Sprünge. Ich erinnere mich, daß wir in Ulm im Schoße des Gemeinderates eines Tages über die Konzessionierung einer Pferdeschlächtereier verhandelten. Einige Tage später schrieb ein sächsisches Federvieh in einer sächsischen Zeitung folgendes: „In der Gemeinde Ulm lebt die Bevölkerung von Pferdefleisch.“ (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn die österreichischen Gemeinden ähnliche übertreibende Nachrichten in die Welt hinausgehen lassen müßten angesichts solcher Zugeständnisse, dann könnte ich es verstehen, wenn sie nicht fatieren, wie die Wohnungsverhältnisse bei ihnen liegen. Das ist recht wohl verzeihlich.

Aber weiterhin glaube ich auch, daß die bisherige Tätigkeit unserer Vereine, auch der Kongresse, nicht besonders geeignet ist, die Ortsvorsteher und die Gemeindeverwaltungen für den Regiebau zu begeistern. Es kommt ja doch in Betracht, daß bei dieser Tätigkeit in verschiedene Wespennester hineingegriffen werden muß. Man muß sich doch vorstellen, welche Anfechtungen, Sorgen, Mühen und Schmähungen einem auf Boden- und Wohnungspolitik abzielenden Bestreben beschieden sind! Aber auch alte wissenschaftliche Dogmen wirken noch nach, die physiokratische Lehre, daß das freie Spiel der Kräfte alles zum guten Ende führe, ist bei manchem Verwaltungsbeamten noch nicht überwunden. Freilich, da und dort schon begegnet man einer Umkehr; so hat eine Reihe von Stadtverwaltungen, die früher über gemeindliche Bodenpolitik mitleidig die Achsel zuckten, schon schüchterne Versuche gemacht, das Gemeindeland zu vermehren und den noch Zurückgebliebenen möchte ich zu bedenken geben, daß das Eingeständnis eines gemachten Fehlers, das Bestreben ihn gutzumachen, nicht von Schwäche des Charakters, sondern von dessen Stärke zeugt.

Solange im ganzen Deutschen Reiche kaum ein Dutzend Gemeinden den Regiebau von Kleinwohnungen für Minderbemittelte aller Kreise betreibt, scheint mir eher eine Aufmunterung als eine Abmahnung nötig zu sein. Ich bin weit entfernt, die Bedeutung einer guten Bauordnung, die Wichtigkeit der Erschließung von Bauland für das Wohnungswesen zu verkennen, aber ausschlaggebend bei unseren Bestrebungen muß doch der Wohnungsbau selbst sein, der Bau von billigen und gesunden Kleinwohnungen, deren Preise nicht von jedem Sprung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes abhängig sind.

Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Gemeinde, wenn eine Wohnungsnot in ihrem Bereiche besteht und eine Abhilfe von anderer Seite nicht oder nicht in geeigneter Weise und in genügendem Maße erfolgt, berufen, ja moralisch verpflichtet ist, helfend einzutreten; sie steht der Not am nächsten und von ihr kann man erwarten, daß sie am besten zu beurteilen vermag, wie geholfen werden kann.

Auch der Beweis ist geführt, daß die Gemeinde imstande ist, auf die zweckmäßigste und für die allgemeine Wohlfahrt förderlichste Art die Wohnungsfrage zu lösen oder in ihrem Teile zu deren Lösung beizutragen.

Und wenn es richtig ist, daß die Privatbautätigkeit, daß das freie Spiel der Kräfte auf dem Gebiete des Kleinwohnungswesens allenthalben versagt, wenn die gemeinnützigen Bauvereine und Genossenschaften trotz all des Großen, was sie geschaffen haben, das Wohnungselend doch nicht zu heben vermocht haben, wenn die Gartenstädte, wie sie mein verehrter Freund Herr von Berlepsch-Valendas in so klarer, einfacher und doch so bestrickender Weise sich ausgedacht hat und Ihnen in diesen Räumen vor Augen führt, zumeist nur aus der Ferne winken, dann sind doch wohl fast überall diejenigen Voraussetzungen erfüllt, unter denen nach Ansicht wenigstens eines Teiles der Referenten die Gemeinde zum Regiebau Anlaß hat.

Und warum sollte sie den Regiebau nicht in die Hand nehmen? Warum sollte sie nicht das Arbeiter-Eigenhaus schaffen? Soll denn die Mietkaserne ein unabänderliches Verhängnis für das Familienleben der unteren Volksschichten sein?

Alle die Bedenken, die Männer der Wissenschaft und Praxis gegen den Regiebau und das „Arbeiter-Eigenhaus zum Alleinbewohnen“ erhoben haben, sind widerlegt. Mag in Berlin, mag in anderen Großstädten, in denen eine durchgreifende Bodenpolitik nicht rechtzeitig eingesetzt hat, der Gedanke unausführbar sein oder erscheinen; es gibt in allen Ländern noch große und kleine Städte genug, wo er verwirklicht werden kann.

Abhilfe tut dringend not! „Tum tua res agitur, paries cum proximus ardet!“ möchte ich allen führenden Männern und Frauen im Staats- und Gemeindeleben zurufen. Vorwärts und aufwärts muß es in der Wohnungsfrage gehen, sollen nicht

unschätzbare geistige, seelische und leibliche Kräfte bei allen Völkern zugrunde gehen!

Die kräftigste und beste Hilfe verbürgt die Gemeinde! „Die Gemeinde an der Spitze der Wohnungsreform!“ Ich schließe mit dem Schillerschen Worte: „Des Menschen Würde ist in eure Hand gegeben, bewahret sie!“ (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Herr Méville, Schriftsteller (Berlin) (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorredner hat es für angezeigt erachtet, in seinem Referat den Ausdruck zu gebrauchen, in irgend einer Zeitung in Sachsen habe „ein sächsisches Federvieh“ das und jenes geschrieben. Ich bin selbst Schriftsteller. Dem Präsidium ist wahrscheinlich dieser Ausdruck und diese Entgleisung entgangen. Ich weiß nicht, ob es in Ulm Sitte ist, Schriftsteller mit „Federvieh“ zu bezeichnen. Ich habe zum ersten Mal die Ehre, dem Kongreß beizuwohnen. Im Namen meines Standes protestiere ich gegen eine derartige niederziehende Bemerkung! (Beifall.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Es hätte gewiß nicht dieses sehr energischen und sehr akzentuierten Protestes bedurft, um die Sache beizulegen. Es würde mir viel richtiger und besser erschienen sein, wenn sich der geehrte Herr an mich gewandt hätte. Ich hätte gewiß die Form gefunden, um die Sache zu ordnen (lebhafter Beifall und Händeklatschen) und ihm gerecht zu werden, ohne daß wir die erste Stunde des Internationalen Wohnungskongresses durch einen solchen Zwischenfall trüben. (Beifall und Händeklatschen.)

Da der Wunsch ausgesprochen wurde, daß dieser Vorfall in irgend einer Weise gutgemacht werde, stehe ich nicht an, zu sagen, daß ich jene Bemerkung bloß als einen Scherz aufgefaßt habe. (Zustimmung.) Ich glaube, sagen zu können, daß die Ausführungen des Herrn Generalreferenten im ganzen nicht von der Art waren, daß man in ihnen irgend eine aggressive Spitze gegen einen Stand hätte erblicken können. (Beifall.) Ich betone weiter, daß in dieser Versammlung eine praesumptio doli unmöglich ist. Denn wenn nicht in einer Versammlung wie der unsrigen, die nur für das allgemeine Beste arbeitet, gegenseitig die Voraussetzung bester Absichten besteht, dann kann es überhaupt keine Versammlung geben, wo dies möglich ist. (Beifall und Händeklatschen.) Wir befinden uns unter Bundesfreunden, unter Freunden und Genossen derselben Sache,

und unter solchen Freunden kann auch in anderen Dingen nur ein urbaner, konzilianter Ton herrschen. Niemand denkt daran, zu beleidigen. Wenn aber auf der anderen Seite die Empfindung vorhanden war, daß eine Beleidigung stattgefunden hat, so werden wir nicht zögern, zu sagen — und der Herr Oberbürgermeister v. Wagner wird das gewiß bestätigen —, daß die Absicht nicht bestand, dem ehrenhaften Stande der Presse in irgend einer Weise nahezutreten. (Beifall und Händeklatschen.)

Generalreferent Oberbürgermeister v. Wagner: Ich kann das, was der Herr Präsident bemerkt hat, nur bestätigen. Es ist mir nicht im Traume eingefallen, die Schriftsteller irgendwie beleidigen zu wollen. Ich habe überhaupt an einen Schriftsteller dabei nicht gedacht, weil ich es nicht für möglich gehalten habe und nicht für möglich halte, daß ein Schriftsteller überhaupt etwas derartiges schreibt. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Es ist mir nicht nur darum zu tun, daß der Fall an und für sich beglichen ist, sondern es würde mir zur persönlichen Genugtuung gereichen, wenn der verehrte Herr, der die Reklamation erhoben hat, erklären würde, daß er zufrieden sei und mit dieser Aufklärung die Sache als beigelegt erachtet. Wir legen den größten Wert darauf, daß unser Kongreß im vollsten Einvernehmen und ohne jeden Vorbehalt des Mißfallens verlaufe.

Herr Méville: Auf diese direkte Interpellation muß ich erwidern. Ich hätte selbstverständlich keinen Anlaß gefunden, diese Erinnerung zu erheben, wenn das Präsidium als solches eingegriffen hätte. Da die Erinnerung unterblieb, habe ich es im Interesse meines Standes geboten erachtet, energisch Einsprache zu erheben, daß unser Stand in dieser Weise mißächtlich behandelt werde. (Widerspruch.) Wenn vor der ganzen Welt — wir sind ja international — Herr Oberbürgermeister v. Wagner sagt: „Ich habe die Presse nicht beleidigen wollen, weil ich nicht angenommen habe, daß das ein Schriftsteller geschrieben hat“, so ist das eine Art Rückzug, den ich von meinem Standpunkte nicht billigen kann. Im übrigen gebe ich dem Präsidium gern die Versicherung: Für mich ist der Zwischenfall Wagner vollkommen erledigt.

Präsident Exz. Dr. Klein: Ich danke dafür und betrachte die Sache damit als vollständig erledigt.

Wir treten in die Diskussion ein. Das Wort hat Herr Oberbürgermeister Marx aus Düsseldorf.

Oberbürgermeister Marx (Düsseldorf): Ich bin kein Spezialist in der Theorie der Wohnungsfrage. Wenn ich mich trotzdem zum Worte gemeldet habe, so bitte ich, meine Legitimation aus einem Doppelten herleiten zu dürfen. Einmal lehrt der instruktive Vorbericht des Herrn Landeswohnungs-Inspektors Gretzschel, daß Düsseldorf, welche Stadt zu vertreten ich die Ehre habe, zu denjenigen Großstädten sich rechnen darf, die von jeher der Wohnungsfrage starkes Interesse entgegengebracht haben; dann aber möchte ich durch meine Worte der dankbaren Erinnerung an die Tage vom Juni 1902 Ausdruck verleihen, wo der Internationale Wohnungskongreß zum ersten und bislang einzigen Male auf reichsdeutschem Boden in Düsseldorf getagt hat.

Damals war es mir vergönnt, eine ähnlich illustre Versammlung wie heute in unserer Stadt zu begrüßen. Seitdem ist die Bedeutung und der Einfluß des Internationalen Wohnungskongresses ständig gewachsen.

Die Wohnungsfrage ist allerdings nicht in dem Sinne international, daß etwa die Versuche zur Lösung des Problems aus einem Lande ohne wesentliche Änderung auf ein anderes übertragen werden können. Auch die Wohnweise ist das Ergebnis einer langen nationalen Geschichte und ist begründet in den Verschiedenheiten des kulturellen Lebens der Völker. Aber insofern ist die Wohnungsfrage international, wie der französische Handelsminister Siegfried schon vor acht Jahren in Düsseldorf treffend gesagt hat: „Derjenige, der für die Hebung des Wohnungswesens im eigenen Lande arbeitet, wirkt für die Hebung der Kultur der ganzen Welt.“ (Beifall.) Und vor allem die große Idee von der überragenden Bedeutung des Wohnungsproblems für die staatliche Wohlfahrt gewinnt an überzeugender Kraft, je größer die Zahl der führenden Männer aus allen Kulturländern ist, die gemeinsam die Wurzeln des Übels zu erkennen trachten und gemeinsam über die Mittel zu seiner Bekämpfung beraten, dann freilich getrennt marschieren, aber doch in dem Gedanken gemeinsamer Endziele sich stets wieder zusammenfinden.

Das Bewußtsein von der Solidarität der Kulturländer auf dem Gebiete der Wohnungsfrage ist im letzten Jahrzehnt mehr als je zuvor Gemeingut aller sozial

denkenden Kreise geworden. Darin erblicke ich ein wesentliches Verdienst des Internationalen Kongresses. Es ist um so größer, als mit der Erkenntnis auch die Kritik gewachsen ist.

Dank der intensiven wissenschaftlichen Forschung und dank den zahlreichen praktischen Versuchen von Staat, Gemeinde und Privaten betrachten wir heute kritischer als früher die Heilmittel, die uns empfohlen werden. Wir haben im letzten Jahrzehnt gelernt, die Wohnungsfrage zu betrachten, nicht als etwas Abgeschlossenes für sich, sondern als einen Teil der Volkswirtschaft. Gerade in diesem Kreise freue ich mich feststellen zu können, daß seit der Düsseldorfer Tagung von Jahr zu Jahr mehr an Stelle des oft allzu unbedächtigen Vorwärtsdrängens immer mehr die Erkenntnis von der volkswirtschaftlichen Bedingtheit der Wohnungspolitik an Raum gewonnen hat. Bei jedem Schritte weiter, bei jeder neuen Maßnahme, die empfohlen wird, hält die Praxis es heute immer mehr für ihre Pflicht, sorgsamst das Plus und das Minus gegeneinander abzuwägen, d. h. die Frage zu beantworten: Wird der Gewinn, der der Allgemeinheit durch eine wohnungspolitische Maßnahme direkt zugeführt wird, nicht etwa aufgewogen durch den Schaden, den sie indirekt erleidet in Verletzung der Interessen bedeutsamer anderer Faktoren des volkswirtschaftlichen Lebens?

In der zutreffenden Würdigung dieses Gesichtspunktes liegt meines Erachtens allein die sichere Gewähr für dauernden Segen unserer wohnungspolitischen Arbeit.

Es ist nicht meine Absicht, die Berechtigung dieses Satzes an jeder einzelnen der vom Herrn Referenten behandelten Materie zu erörtern. Nur drei Punkte lassen Sie mich kurz streifen, die für die kommunale Wohnungspolitik besonders aktuell sind: Wertzuwachssteuer; Dezentralisierung der Industrie; gemeinnütziger Wohnungsbau.

Der unentbehrliche Faktor des Wohnungsbaues ist — darüber herrschte auch vor acht Jahren in Düsseldorf Übereinstimmung — die private Bautätigkeit, d. h. privater Unternehmungsgeist und privates Kapital. Je mehr aber privates Kapital sich einem Wirtschaftsgebiete zuwendet, um so billiger müssen sich nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage die Preise stellen. Jede Belastung des Verkehrs muß ihn notgedrungen vermindern. Ich bin darum zwar ein Freund der Bodenbesteuerung, aber eine Bodenverkehrs-

besteuerung wird wohnungspolitisch niemals von Vorteil sein können. Von diesem Gesichtspunkte aus verwerfe ich nicht nur die Umsatzsteuer, sondern auch die Wertzuwachssteuer. Schon heute ist die Klage über das Abwandern des Kapitals vom Immobilienbesitz zu den Industripapieren eine allgemeine; schon heute wird es immer schwieriger, Hypotheken zu angemessenen Bedingungen zu erhalten. Die Wertzuwachssteuer mit ihrer Einschränkung der Gewinnchancen wird die Wage der Entscheidung für den Kapitalisten noch mehr zuungunsten der Anlage im Haus- und Grundbesitz sinken lassen. Ein „Caveant Consules“ den eifrigen Befürwortern der Wertzuwachssteuer gegenüber ist darum vom national wirtschaftlichen Gesichtspunkte heraus wohl am Platze.

Ziemlich unbestritten erscheint heute noch folgende These und ist erst jüngst von hervorragender Seite besonders unterstrichen worden: Eine kräftige Ansiedlungspolitik, vor allem in der Richtung einer Herausführung der Industrie auf das Land, soll ein wesentliches Mittel dafür sein, der arbeitenden Bevölkerung gesunde und billige Wohnungen zu verschaffen. Was das Erste anlangt, so ist zu beachten, daß die Wohnung zwar ein wesentlicher, aber doch nur ein Faktor der Gesundheitspflege ist. Die Gesundheitspflege der großen Städte hat es schon heute vermocht, daß der Nachteil, den ihre Bevölkerung durch engeres Wohnen erleidet, nicht nur wettgemacht, sondern sogar überkompensiert wird durch die sterblichkeitmindernden Einflüsse der öffentlichen Hygiene. Die Säuglingssterblichkeit, der beste Gradmesser des allgemeinen Gesundheitsstandes, ist heute in den preußischen Städten geringer als auf dem Lande, und die Gesamtmortalität, z. B. in dem städte- und industriereichen Regierungsbezirk Düsseldorf, bleibt wesentlich hinter derjenigen der agrarisch-ländlichen Provinzen des Ostens zurück. (Beifall.)

Somit wäre von einer Dezentralisation der Industrie ein gesundheitlicher Vorteil nicht zu erwarten, noch weniger aber ein wirtschaftlicher. Die Industrie hat sich nicht zufällig in den Städten zusammengefunden, sondern darum, weil in unserem heutigen Wirtschaftsleben das eine Gewerbe auf das andere angewiesen ist und weil, je enger die aufeinander angewiesenen Gewerbe- und Verkehrsunternehmungen zusammen wohnen, um so mehr Zeit und Geld in der Produktion gespart wird. Zahlreiche Industrieunternehmungen würden die Konkurrenzfähigkeit verlieren, wenn man sie von

den Zentren des gewerblichen Lebens entfernen wollte. Der verfehlte Versuch, niederrheinische Industrie nach dem Osten der preußischen Monarchie zu verpflanzen, ist hierfür ein abschreckendes und warnendes Beispiel. (Beifall.) Wenn man so verführe, dann würden die betroffenen Arbeiter zwar vielleicht weniger Geld verwohnen, aber sicher noch weit weniger verdienen. Das Ergebnis wäre somit: Absolute Verbilligung der Wohnungen, aber — und das ist das Entscheidende — relative Verteuerung.

Eine Sozialpolitik, die das Allgemeinwohl der Volkswirtschaft im Auge hat, wird aber schließlich auch auf dem dritten Gebiet alles vermeiden müssen, was die Unternehmungslust des Einzelnen, die gewerbliche private Initiative hemmt. Die völlige Kommunalisierung des Wohnungsbaues ist ein Traum und nicht einmal ein schöner (Beifall); kämen doch damit die besten Kräfte des Menschen, Unternehmungslust und Selbstverantwortlichkeitsbewußtsein zu kurz. Wohl bin auch ich dafür, daß durch Wohnungsbauten der Gemeinden und gemeinnütziger Baugenossenschaften Anregung und Muster gegeben wird; eine Hauptaufgabe aber, die der kommunalen Wohnungspolitik obliegt, ist, den privaten Häuserbau materiell zu fördern und ideell zu ermuntern. (Beifall.) Es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß die Verhandlungen des Internationalen Wohnungskongresses unter gleicher Parole stehen möchten: „Nicht gegen den Privatwohnungsbau, sondern mit ihm!“ daß der private Unternehmer, gestützt durch die Autorität dieses Kongresses, den Wohnungsbau betrachten lernt als eine soziale Mission, sich zur Lust und der Allgemeinheit zum Segen!

Es würde mich freuen, wenn die Diskussion sich mit diesen kurz skizzierten Gedanken weiter beschäftigen würde. (Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Felix Baron Oppenheimer (Wien): Wir haben hier und dort und auch in den vorliegenden Ausführungen gehört, daß die Wohnungsfrage in letzter Linie den einen eine Finanz-, den anderen eine Bodenfrage sei. Unsere Untersuchungen wissen von so weitgehender Vereinfachung und Schematisierung nichts. Nach ihnen ist die Wohnungsfrage ein Komplex von vielerlei, teilweise selbst wider Recht verschlungenen Fragen der Gesetzgebung und der Verwaltung (der staatlichen wie der kommunalen), der Volkswirtschaft, der Finanzen, der Technik.

Gewiß mag nach der Verschiedenheit der Betrachtungsweise oder des Landes der Nachdruck auf diesen oder jenen Faktor besonders zu legen sein. In letzter Linie aber ist die Wohnungsfrage nicht eine Kredit- oder Bodenfrage allein, sondern, wie jeder andere Teil des großen sozialen Problems, eine Frage der erhöhten Einsicht in soziale Pflichten seitens bestimmter Kategorien von Begüterten, eine Frage der Selbstlosigkeit oder Selbstbeschränkung der letzteren, eine Frage der Versöhnung von Individual- und von Klasseninteressen mit den Rechten und Interessen der Gesamtheit. Jede Betrachtung der Forderungen der kommunalen Wohnungspolitik bestätigt das. Ob es sich um einen neuen städtischen Bauordnungsentwurf und die damit zusammenhängenden Beschränkungen der Ausnutzungsmöglichkeit von Grund und Boden oder ob es sich um irgend welche Form der Unterstützung der gemeinnützigen Bautätigkeit durch die Gemeinde und damit um eine Konkurrenzierung des bisherigen Wohnungsangebotes handelt, ohne irgend welche Beschränkung oder Verschiebung bisheriger Rechte und Interessen geht es nirgends ab. Die Bedingungen der öffentlichen Gesundheit und Sittlichkeit, der größeren Leistungsfähigkeit des Einzelnen und der Gesamtheit werden ebenso wie die Rechte der Masse immer eingehender behandelt und schärfer betont und es ist unumgänglich, daß die Rechtssphären und Rechtsbegriffe einzelner Klassen- und Interessentengruppen sich jenen Bedingungen akkomodieren. Eine zielbewußte Wohnungsreform wird sich vor radikalen Eingriffen in bestehende Rechte hüten. Sie wird ihre wichtigste Aufgabe darin sehen, die Solidarität der Interessen des soliden Hausbesitzes und der Öffentlichkeit nicht bloß theoretisch nachzuweisen, sondern praktisch zu festigen. Diese Solidarität der Interessen besteht. Ein Hausbesitzerstand, der seinen Besitz dessen Bestimmung gemäß verwaltet, hat von der Wohnungsreform so wenig zu besorgen wie ein gesundes Bauunternehmertum. Denn die Wohnungsfrage wäre auf schiefer Bahn, wenn sie die Rechte der Besitzenden nicht mit ihrem gebührenden Wert in ihren Kalkül einstellt. Die Wohnungsreform soll der großen Masse der Menschen Raum für den Aufbau ihrer eigenen Häuslichkeit schaffen, weil ohne solchen ein Leben, das den Namen verdient, sich nicht führen läßt. Sie muß dem Wohnungsbedürfnis der minderbemittelten Schichten Rechnung zu tragen trachten, ohne bestehende Rechte und Interessen unbillig zu schmälern. Zu diesem Be-

hufe muß sie die gemeinsamen Interessen der Vermieter und Mieter, die ja in vielfachem Belangen vorhanden sind, feststellen und vertreten. Darum ist auch die gemeinnützige Bautätigkeit ein so brauchbares Instrument der Wohnungsreform, weil sie die Wohnungsverhältnisse auf einer Basis verbessern hilft, bei der auch das Kapital einigermaßen seine Rechnung findet, weil sie zwischen den Interessen der Arbeit und des Kapitals auf diesem Gebiet einen ganz erträglichen Ausgleich schafft.

Diesen Ausgleich mit den Machtmitteln der Gemeinde zugunsten aller derjenigen ihrer Mitglieder, die unter der Wohnungsnot leiden, zustande zu bringen oder anzubahnen, dazu erscheint die kommunale Wohnungspolitik vor allem geeignet. Ich verweise hier bloß auf alle vorteilhaften Folgen, welche der planmäßige Erwerb von Liegenschaften seitens der Stadtgemeinde mit sich bringt: für den Eigenbedarf der Stadt, für die Ausgestaltung der Vorstädte, für die Regulierung der Grundpreise und damit der Mieten. All das, ohne daß von irgend welchen direkten Verlusten privater, von einer Belastung des Gemeindebudgets oder von einer irgend wesentlichen Vermehrung des Beamtenpersonales der Gemeinde die Rede wäre. Eine einzige tüchtige Kraft kann hier für die Gesamtheit der Gemeindemitglieder Außerordentliches leisten, und wenn hier Chancen benützt und Gewinne erzielt werden können, so geschieht dies stets zugunsten der Gesamtheit. Daß von den Möglichkeiten, die sich einem zielbewußten Vorgehen hier bieten, bei unseren Gemeindeverwaltungen noch kaum eine blasse Ahnung aufgedämmert ist, ist wohl der wesentlichste Grund unserer Rückständigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens. In dieser Hinsicht wird es niederschlagen, das, was der deutsche Referent über die kommunale Wohnungspolitik, Landeswohnungs-Inspektor Gretzschel, von den Bestrebungen und Erfolgen deutscher Städte mitzuteilen weiß, mit jenen mehr als bescheidenen Ansätzen zu vergleichen, auf die ich mich in meinem Referat über die kommunale Wohnungspolitik in Österreich zu beschränken hatte. Und trotzdem und gerade deshalb möchte ich glauben, daß wir unter den an die kommunale Wohnungspolitik zu stellenden Anforderungen dem planmäßigen (d. h. zeitgerechten und ökonomisch vorteilhaften) Liegenschaftserwerb die wichtigste Stelle einräumen müssen. Die Wohnungsinspektion kann ja ihr Letztes und Bestes nicht leisten, solange es an genügenden

erschwinglichen Wohnungen fehlt, in welchen die aus schlechten Quartieren Verwiesenen Unterkunft finden.

Damit aber erschwingliche Wohnungen in genügender Anzahl entstehen, bedarf es nebst der günstigeren Kreditgewährung, die nun endlich doch auf dem Wege zu sein scheint, vor allem zweier Momente: der Beschaffung preiswerten Baulandes und einer Herabsetzung der Steuerlast. Was sonst an Forderungen aufgestellt wird, hat gewiß auch seine Wichtigkeit, ist aber doch sekundärer Natur. Von jenen beiden Kardinalforderungen ist die der Herabsetzung der Steuerlast gewiß nicht die minder wichtige. Aber eine solche Herabsetzung dürfte, um die Mietzinse ernstlich herabzudrücken, sich nicht auf einige wenige Prozente beschränken. Und das ist eine Forderung, die gegenwärtig in Österreich wohl kaum gewährt, ja in Anbetracht der jetzigen mißlichen Lage der Staatsfinanzen jetzt kaum ernstlich gestellt werden kann.

Desto wichtiger bleibt die Erfüllung der anderen Bedingung. Und da ist es nur billig, zu verlangen, daß die großen Kommunen den kleineren mit gutem Beispiel vorangehen. Zumal wenn, wie bei Wien, der größten von allen, Eingemeindungen in jüngster Zeit in einem Ausmaß vollzogen wurden, das Vorkehrungen gegen die private Bodenspekulation — und der kommunale Liegenschaftserwerb ist die beste von allen — im öffentlichen Interesse erheischt und praktisch erleichtert. Ich möchte keiner von denen sein, die die eigene Stadt wegen ihrer Unterlassungen auf diesem Gebiete vor Fremden tadeln. Ich möchte vielmehr im Gegenteil dem züversichtlichen Glauben Ausdruck geben, daß die Gemeinde Wien, deren tatenfroher verewigter Bürgermeister eine so weit ausgreifende verkehrs- und wirtschaftspolitische Initiative entwickelt hat, ja nicht anders kann als das auf dem Gebiete der Wohnungsreform Versäumte mit verdoppeltem Anlaufe nachzuholen. Denn es ist auf die Dauer doch nicht möglich, daß eine Gemeinde, die den Verkehr ihrer Bürger zu einem so großen Teile allein beherrscht, die Wasser, Licht, motorische Kraft bereitstellt, die für Parks und Bäder, für Belehrung und Unterhaltung in so weitreichendem Maße Vorsorge trifft, allein dort sich passiv verhält, wo es sich um das Wohnen der Menschen handelt: Da sie doch eine Großstadt eben dadurch ist, daß heute zwei Millionen Menschen in ihr wohnen, und eine Kulturstadt nur dann sein und bleiben kann, wenn wenigstens die weitüberwiegende Mehrheit dieser zwei

Millionen unter halbwegs erträglichen Bedingungen wirtschaftet und wohnt.

Mit diesem zuversichtlichen Ausblick möchte ich schließen. (Beifall und Händeklatschen.)

Obergerichtsanwalt Chr. Hansson (Christiania): Die technischen und sozialen Fragen der Wohnungspolitik sind fachgemäß in reichem Maße schon behandelt worden. Die ökonomische Seite aber weniger. Und doch ist diese nicht die unwichtigste. Die plötzlichen Schwankungen des Grundstückmarktes rufen häufig genug einen Finanzkrach hervor. Mittel anzugeben, die diesem vorbeugen können, wäre von größter Bedeutung.

Es ist dies in Christiania durch eine gegenseitige Versicherung gegen Mietausfälle versucht worden. Die Gesellschaft arbeitet seit vier bis fünf Jahren mit so schönen Resultaten, daß diese Versammlung vielleicht einige Erläuterungen, die Tätigkeit der Gesellschaft betreffend, interessieren möchten. Die Gesellschaft wurde unter dem Namen „Husleie-Forsikringen“, d. h. „Mietverlust-Versicherung“ in Christiania im Jahre 1905 gestiftet. Sie ist auf beschränkte Gegenseitigkeit basiert und ist berechtigt, Zuschlagsprämien in der Höhe von 50% der Vorschußprämien einzufordern. Die Prämie hat gewöhnlich $2\frac{1}{2}\%$ der Miete betragen, doch auch 2 und $1\frac{1}{2}\%$. Dies entspricht in Christiania 1—2 Promille des öffentlichen Taxierungswertes. Bei genügender Beteiligung würden in der Hauptstadt Norwegens die Prämien auf 1 von 1000 Kronen des Wertes festgestellt werden können. Die vier ersten Jahresabschlüsse weisen eine gesamte Prämieinnahme von ungefähr 575.000 Mark auf, davon Zuschlagsprämien zirka 125.000 Mark; im letzten Jahre jedoch keinen Zuschlag. An Entschädigungen hat die Gesellschaft bis jetzt gegen 400.000 Mark ausgezahlt. Als Fonds sind zirka 80.000 Mark zur Seite gelegt worden. Die versicherten Häuser werden je nach der Anzahl der Zimmer der Wohnungen verschiedenen Risikoklassen zugeführt, für welche beim Schlusse des Versicherungsjahres ein Nichtvermietungsprozentsatz vom Aufsichtsrate der Gesellschaft festgestellt wird. Dieser Prozentsatz bestimmt das Eigenrisiko des Besitzers. Er muß selbst in erster Reihe eine Verantwortlichkeit tragen, einen Teil des Verlustes, und zwar gerade den eben erwähnten durchschnittlichen Prozentsatz seiner Klasse. Die Gesellschaft entschädigt also nur diejenigen Ausfälle, die diesen durch-

schnittlichen Prozentsatz überschreiten. Unter günstigen Konjunkturen trifft also das Entschädigungsrecht der Versicherten schneller und unter schlechten Konjunkturen etwas später ein. Und dies reguliert sich sozusagen automatisch je nach der Lage des Wohnungsmarktes.

Hier ein Beispiel. Risikoklasse 2 umfaßt mittlere Wohnungen, von drei, vier und fünf Zimmern und Küche, Mädchenzimmer miteingeschlossen. Im ersten Jahre wurde der Nichtvermietungsprozentsatz für diese Klasse auf 10·953 festgestellt, was einigermaßen den tatsächlichen Verhältnissen entsprach, nachdem ein Baukrach beim Wechsel des Jahrhunderts den Hausbesitzern und deren Pfandgläubigern große Verluste gebracht hatte. Das zweite Jahr gab einen Durchschnitt von 9% und das dritte von 6%. Im letzten Jahre aber konnte der durchschnittliche Nichtvermietungsprozentsatz für leerstehende Wohnungen der zweiten Klasse bis auf 3% herabgesetzt werden. Jedes Grundstück in dieser Klasse wurde somit zur Entschädigung berechtigt, wenn dessen Nichtvermietung in dem abgelaufenen Rechnungsjahr höher als 3% gewesen war.

Das so in größter Kürze geschilderte System unterscheidet sich von allen früheren Versuchen, die Mietverlustversicherung ins Leben zu rufen, und hat infolgedessen den Namen „das norwegische System“ oder das „Christianiasystem“ bekommen. Durch seine Elastizität schmiegt es sich den Konjunkturen des Wohnungsmarktes an. Die Gesellschaft hat in Christiania ihre Lebensfähigkeit unter sinkenden Konjunkturen bewiesen. Es ist ihr gelungen, nicht allein den sinkenden Mieten standzuhalten, sondern diese auch wieder in eine dem wirklichen Grundstückswert entsprechende Höhe zu bringen, nachdem es zehn Jahre lang nach dem Krache den Hausbesitzern unmöglich gewesen war, genügende Miete zu bekommen, um einen sehr vorsichtig bemessenen Wert der bebauten Grundstücke zu verzinsen. In dieser Hinsicht läßt die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft bei genügender Beteiligung keinen Zweifel übrig. Eine ebenso große Bedeutung wird aber eine solche Versicherung gegen unliebsame Spekulation haben, denn die Gesellschaft übernimmt keine Verantwortung für Mieten, die nicht als mäßig und anständig erkannt werden können. Bei guten Konjunkturen für die Hausbesitzer werden die Versicherungssummen oft niedriger als die Marktmietpreise sein. Die Schwierigkeit wird darin liegen, zu solchen Zeiten den Versicherungsbestand zu erhalten. Bei Gewährung

von Rabatt auf die Prämien für die besten Risiken, bei Auszahlung von Bonus und unter Mithilfe der großen Hypothekarstitute, die bei uns jetzt daran denken, vorläufig als Probe für fünf Jahre Mietverlustversicherung als Bedingung für neue Darlehen aufzustellen, hofft man aber, diese Schwierigkeit überwinden zu können.

Als Nebenaufgaben einer Mietverlustversicherungsgesellschaft dürften erwähnt werden, daß einer solchen die Beobachtung des Wohnungsmarktes in bezug auf Angebot, Nachfrage und Bedürfnis und auch Höhe der Mietpreise ganz natürlich obliegen würde, und daß eine solche Gesellschaft auch bei Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse im allgemeinen mitwirken könnte — alles Aufgaben, die jetzt die kommunale Wohnungspolitik angehen. Auch in dieser Hinsicht vermag die „Christianiagesellschaft“ auf eine erfolgreiche Tätigkeit hinzuweisen. Zuletzt aber — und doch vielleicht von allergrößter Bedeutung — würde die Mietverlustversicherung sich als ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot erweisen. Je weniger die Hausbesitzer mit großen Schwankungen in den Mieterträgen und mit einer großen Verlustgefahr zu rechnen brauchen, um so weniger werden sie veranlaßt sein, in hohen Mietpreisen einen Ausgleich für jenes Risiko zu suchen. Sollte durch die Mietausfallversicherung namentlich auch die Bereitstellung kleiner Wohnungen weniger gefahr- und verlustreich gestaltet werden, so wäre damit eine sozialpolitisch ungemein segensreiche Erleichterung in der Beschaffung von Wohnungen für die minderbemittelten Volksklassen gegeben.

Ich zitiere hier den Herrn Präsidenten des kaiserlichen Aufsichtsamtes in Berlin, der sich auf einer Reise nach Christiania 1908 mit der Tätigkeit unserer Gesellschaft vertraut machte und sich später in einem Schreiben an mich als Stifter und Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft, über die Bedeutung der Versicherung ausgesprochen hat. Übrigens beziehe ich mich auf Professor Dr. Alfred Manes, Generalsekretär des Deutschen Vereines für Versicherungswissenschaft, in seinem Buche: „Die Mietverlustversicherung. Eine wirtschaftliche Studie. Mittler & Sohn, Berlin 1908“, und ebenso auf Adolf Weber in Bonn in seiner Schrift über „Die Großstadt und ihre sozialen Probleme.“ Die beiden Herren stimmen darin überein, daß die Mietverlustversicherung geeignet sei, das Risiko des Vermieters von kleinen Wohnungen zu verringern

und dadurch anregend auf die Errichtung solcher Wohnungen zu wirken. (Beifall und Händeklatschen.)

Professeur Maurice Bellom (Paris): Je vous demande la permission de prendre la parole en mon nom personnel, après l'avoir prise plusieurs fois comme un phonographe.*)

Mon attention avait été appelée hier à la lecture, en chemin de fer, de certains rapports, sur celui de M. le Dr. Altenrath de Berlin, dont les considérations m'ont particulièrement frappé. A la page 28 de son rapport M. Altenrath rend à l'initiative privée dont je suis un fervent partisan un hommage qui m'a particulièrement séduit. Parlant des institutions de construction d'intérêt commun, il résulte, dit-il, de leur développement, qu'elles doivent être d'autant plus encouragées que leur situation est moins favorable que celle des entreprises privées. Il résulterait donc de ces considérations qu'elles ont sur l'initiative privée une certaine infériorité qui oblige les pouvoirs publics à multiplier en leur faveur les encouragements. Cette initiative privée à laquelle M. Altenrath rend ainsi un hommage indirect ne me paraît pas tout à fait résumée par les considérations qu'il invoque vers la page 23/24 de son rapport où il exprime sa satisfaction d'avoir vu les calamités financières des communes préparer les voies à l'impôt sur la plus-value des immeubles.

Cet impôt sur la plus-value des immeubles a fait encore l'objet de l'étude de M. le baron von Oppenheimer. Ce n'est pas sur les considérations qu'il a invoquées à la Tribune, mais dans son rapport même que je puise les considérations que je cherche à développer aujourd'hui. Il développe, en effet, aux pages 17 et 18 de son rapport des considérations sur l'application en Allemagne de l'impôt sur la plus-value et il paraît regretter formellement que l'Autriche ne soit pas entrée dans cette voie.

Or, si on veut me permettre, je ne dirais pas d'élever le débat, mais de le transporter sur un terrain plus général que celui de l'habitation, je me demande si ce procédé qui consiste à demander au particulier un sacrifice supplémentaire à cause de la plus-value, n'est pas une autre forme d'une doctrine que les économistes et les professeurs d'économie politique comme moi, sont forcés de bien connaître. Nous revenons à la

*) M. Bellom avait en effet traduit d'allemand en français les discours des orateurs de langue allemande.

rente de Ricardo, à la rente foncière et à toutes les formes que les socialistes avec Henri George ne se sont pas fait faute de lui donner. Si on en vient à demander à certaines personnes un sacrifice, à leur infliger une pénalité parce qu'elles ont eu un avantage (ce que Stuart Mill, socialisant sans être socialiste, avait appelé immérité, *unearned increment*) il faudrait alors en toute légitimité, en toute justice, leur donner une indemnité lorsqu'elles éprouvent un préjudice.

Sans doute on invoque aujourd'hui que le propriétaire doit la plus-value non à lui-même, mais à la collectivité. On vous dit: Voilà un terrain — on construit auprès de lui une gare de chemin de fer. Il y a ainsi une plus-value immédiate, j'en conviens. Mais si, par suite du développement du trafic, on construit une autre gare qui traîne tout le trafic de la première, ira-t-on indemniser le propriétaire dont l'immeuble subira ainsi une moins-value notable? Et ainsi de suite. C'est bien là un peu décourager l'initiative privée que de dire qu'on lui laisse tous les mauvais risques en la privant des bons.

Et c'est ce qui m'a fait entendre tout à l'heure avec plaisir M. le bourgmestre de Dusseldorf qui s'insurgeant contre la plus-value et se plaçant à un point de vue moins général que celui auquel ma profession me conduit, invoquait la loi de l'offre et de la demande pour le marché des capitaux. D'ailleurs ce phénomène de la rente qu'on dit immoral se produit pour tout le monde. Vous avez vous-même été victimes ou bénéficiaires des phénomènes de la rente. Vous avez par exemple deux avocats qui ont passé les mêmes examens, qui ont fait les mêmes études. Chez l'un les clients affluent, chez l'autre il n'y en a pas un. Pourquoi? Parce qu'il est moins doué, parce que son concurrent a mieux profité de ses études, de sa situation. Va-t-on frapper d'un impôt l'avocat qui a plus de clients? Nous voyons pourtant qu'ils ont tous les deux les mêmes titres, acquis dans les mêmes universités.

Si je me suis un peu éloigné ainsi du terrain spécial des habitations à bon marché, c'est que je vois que les congrès ne sont pas destinés simplement à tracer toujours le même sillon et à suivre toujours les mêmes traces, mais à apporter au fond, des pensées aux praticiens qui ne voient que la pratique immédiate, à leur rappeler les principes généraux dont la législation a aussi besoin de s'inspirer que de leurs théories. J'ai été frappé de voir la facilité avec laquelle cet impôt de plus-value joue. Rien de plus facile que de tourner

un peu la vis, mais si on va trop loin, les filets finissent par se briser. (Applaudissements.)

Ce que je voudrais, c'est qu'on retienne ces considérations auxquelles je n'avais pas pensé avant quelques minutes, puisqu'elles ont été provoquées par l'intervention du bourgmestre de Dusseldorf — c'est que ceux mêmes qui considèrent que l'initiative privée est chose surannée, veuillent bien penser à ces motifs terre à terre, de bourse des capitaux, auxquels M. Marx avec sa grande expérience et sa grande pratique faisait allusion tout à l'heure. (Applaudissements.)

Justizrat Dr. Baumert (Spandau): Zunächst danke ich dem geehrten Herrn Redner aus Christiania, welcher die Mietverlustversicherung hier erörtert und die in Christiania gemachten Erfahrungen uns mitgeteilt hat. Ich kann Ihnen versichern, daß sehr viele Herren in dieser Versammlung mit großem Interesse seinen Ausführungen gefolgt sind, besteht doch in Deutschland das Bestreben, die Mietverlustversicherung nach dem Muster von Christiania bald ins Leben zu rufen. Insbesondere sind die Hausbesitzervereine in Dresden und München seit langem nach dieser Richtung hin tätig; hoffen wir, daß sie bald greifbare Erfolge erzielen.

Sodann knüpfe ich an die Worte des Herrn Oberbürgermeisters aus Düsseldorf an, welcher den Kommunalbau gänzlich verwirft. Zu seiner Unterstützung möchte ich hier hinweisen auf eine Schrift eines Engländers, des Lord A v e b u r y, welche vor kurzem in deutscher Übersetzung erschienen ist und welche jede gewerbliche Tätigkeit der Kommunen verwirft. Ich gehe so weit nicht, immerhin wäre es sehr interessant, eingehender zu erörtern, welche Grenzen der Tätigkeit einer Kommunalverwaltung ihrer Natur nach gezogen sind. Leider verbietet es die Zeit, näher hierauf einzugehen. Hervorheben möchte ich nur, daß wohl zweifellos Gasanstalten, elektrische Zentralen, Wasserleitungen, Straßenbahnen u. ähnl. zweckmäßig von den Kommunen betrieben werden, bei welchen Anstalten die Stadt jedem Bürger dieselbe Leistung zu demselben Preise gewähren kann. Anders liegt es, wenn eine Gemeinde große Mietkasernen errichtet und die Wohnungen darin billiger vermieten will. Dann wird natürlich jeder Bürger eine solche billige Wohnung beanspruchen und dies kann die Stadt eben nicht jedem leisten. Sie kann sich also dem Vermietungsgeschäfte in umfangreicher Weise nicht widmen. Wohl aber könnte sie für ihre Arbeiter und Beamten Wohnungen errichten

und diese so billig als es ihr beliebt, den bei ihr Angestellten vermieten. Ebenso mag sie Kleinhäuser errichten, um dem Arbeiter ein Eigenhaus zu verschaffen, sofern sie dieses ihm zu eigen überläßt. Wenn sie aber dies im Wege des Regiebaues ausführen wollte, so wäre dies gänzlich verfehlt, denn das Bauen würde erheblich teurer werden, wenn sie die Maurer und Zimmerleute selbst auslohnen wollte. Die Stadt Ulm tut dies auch nicht. Sie hat ihre Bauten, wie mir versichert worden ist, durch Bauhandwerker ausführen lassen, denen sie die Arbeit übertragen hat. Leider hat dies nicht immer so die Stadt Zürich gemacht. Sie hat damit die einer Stadtverwaltung naturgemäß gezogenen Grenzen überschritten. Jedenfalls werden wir alle es mit Freuden begrüßen, wenn eine Stadtgemeinde sich bemüht, auch dem kleinen Manne ein eigenes Heim, ein Eigenhaus zu schaffen. Interessant wäre es, wenn der Herr Generalberichterstatter näher begründet hätte, warum Ulm das Erbbaurecht verworfen und statt dessen das Wiederkaufsrecht gewählt hat.

Abgesehen hiervon, enthielten seine Ausführungen auch einen Widerspruch, wenn er zwar dem kleinen Mann ein Eigenhaus verschaffen will, aber durchaus verlangt, daß es unveräußerlich sein soll. Wenn der kleine Mann nicht bloß die vertragsmäßige Amortisation, sondern sogar noch mehr durch freiwilliges Sparen abgezahlt hat und er stirbt unter Hinterlassung von Kindern, dann wäre es hart, wenn die Stadt das Haus nicht einem Kinde weiterbelassen, sondern es einziehen wollte. Eine sozial denkende Stadtverwaltung wird dies nicht tun und die Stadt Ulm tut es sicher nicht. Also mit der Unveräußerlichkeit ist es nicht so schlimm in Ulm, sie steht mehr auf dem Papier und wird sich in der Praxis nicht so durchführen lassen, wie es geplant ist. Übrigens steht sie bei Verkäufen an Gewerbetreibende und Industrielle in Ulm auch nicht einmal auf dem Papier. Die Ulmer sind eben Praktiker und haben sich durch theoretische Grundsätze allein nicht bestimmen lassen.

Wenn aber der Herr Oberbürgermeister von Ulm fragt, welcher Privatmann verlangen wird, im Grundbuch einzutragen, daß nicht höher als ein Stock gebaut werden darf, so kann man derartiges durch ein Baugesetz wirksamer erreichen als durch vertragliche Abmachungen. Man braucht nur durch eine Polizeiverordnung oder durch ein Baugesetz vorzuschreiben, daß in einer bestimmten Zone oder in einem bestimmten Gebiet nicht

höher gebaut werden darf. Derartige Gesetze kann auch eine Stadt erlassen.

Wenn der Herr Oberbürgermeister v. Wagner ferner seine Verwunderung darüber ausgesprochen hat, daß der amerikanische Berichterstatter ausführt, daß Amerika eines Kommunalbaues nicht bedürfe, so kenne ich zwar persönlich amerikanische Verhältnisse nicht, kenne aber zwei amerikanische Rechtsinstitute, auf die ich hier verweisen möchte, weil sie eine Aufklärung dafür geben dürften. Nämlich zuerst die Lien-Gesetzgebung, welche den Bauschwindel nicht zuläßt. Ich bedauere es, daß unsere preußische Regierung zurzeit noch nicht geneigt ist, den zweiten Abschnitt des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen in einzelnen Städten Preußens einzuführen. Es gehört nämlich dazu eine landesherrliche Genehmigung. Solange wir in Deutschland nicht den Bauschwindel und dessen Auswüchse beseitigen, werden wir gesunde Verhältnisse im Wohnungswesen nicht erreichen. In Amerika ist eben augenscheinlich der Bauschwindel unbekannt.

Sodann verweise ich auf die amerikanische Heimstätten-gesetzgebung. Ich bin schon vor länger als einem Jahrzehnt mit Wort und Schrift dafür eingetreten, daß die Heimstätten-gesetzgebung in Deutschland nachgeahmt werden möge, jedoch ohne Erfolg. Vielleicht ist Herr Oberbürgermeister v. Wagner so freundlich, diesen Punkt mit unter seine Fittiche zu nehmen und warm dafür einzutreten, wir werden dann eher auf einen Erfolg rechnen können.

In einem Punkt möchte ich dem Vortrage des Herrn Oberbürgermeisters Marx aus Düsseldorf widersprechen. Er sagte nämlich, daß die Industrie in die Stadt gehöre. Ich gebe zu, daß die Kleinindustrie an die Stadt gefesselt ist und immer in der Großstadt verbleiben wird. Dagegen meine ich, daß die Großindustrie besser auf dem Lande oder in der Kleinstadt oder in der Provinz gedeiht. (Widerspruch.) Es ist eben bei allen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Frage zu beantworten: cui bono? wem kommt die Maßnahme am letzten Ende zugute? Sie meinen natürlich, wenn Sie durch Baugenossenschaften oder sonstwie billige Wohnungen errichten, daß dies dem kleinen Manne zugute komme. An erster Stelle allerdings. An letzter Stelle kommt es doch aber dem Gewerbetreibenden oder Fabrikanten zugute, daß er an dem Orte eine Arbeitskraft findet, und infolgedessen sein Gewerbe vergrößern kann. Selbst in Ulm mußte mir von

Herrn Stadtbaumeister Rohmann zugegeben werden, daß die Bautätigkeit der Stadt Ulm am letzten Ende zur Vergrößerung der bestehenden Gewerbebetriebe und zur Entstehung neuer Gewerbebetriebe gedient hat.

Wenn von einem Berichtstatter von der Großmannsucht gesprochen worden ist, so hat er damit vielleicht die Großmannsucht der Arbeiter bezüglich der Wohnungen gemeint. Ich möchte aber hier die Großmannsucht der Großstädte betonen, welche immer größer werden wollen. Ich erkenne dieses Streben als berechtigt an bei mittleren und Kleinstädten, zu welchen ich auch die Stadt Ulm rechne, die wohl nur 60.000 Einwohner hat. Ich verneine aber diese Berechtigung bei Städten mit mehreren 100.000 Einwohnern oder gar bei Millionenstädten. Ein Volk, das nur in Großstädten wohnt, geht unter. Der Mensch gedeiht nicht in Großstädten, die Großstadtbevölkerung vermehrt sich aus sich heraus nicht. Es ist daher wohl die Frage aufzuwerfen, ob es richtig ist von unseren Großstädten, zu denen ich auch Düsseldorf rechne, daß sie durch Errichtung von Arbeiterwohnhäusern die Bevölkerung und die Industrien immer mehr in die Großstadt ziehen. Ich vermag nicht, darin einen Vorteil für das Volkswohl zu erblicken.

Schließlich ist auch die Wertzuwachssteuer berührt worden. Nach meiner Ansicht dürften Steuern auf den Grundbesitz und auf Häuser niemals zur Förderung des Wohnwesens beitragen, und deshalb meine ich, gehört die Frage der Wertzuwachssteuer nicht auf diesen Kongreß, der doch der Förderung des Wohnungswesens dienen soll. Denn jede Wertzuwachssteuer, welche wie die vom Deutschen Reiche geplante auch die Neubauten und Wohnhäuser erfassen soll, wird und muß auf das Wohnwesen einen nachteiligen und schädlichen Einfluß ausüben. Durch eine Wertzuwachssteuer auf Neubauten wird der Bauunternehmer allmählich abgeschreckt, seine Tätigkeit dem Wohnhausbau ferner zu widmen. Dies wird, wenn auch nicht sofort, so doch sicher nach einem Menschenalter, einen höchst unheilvollen Einfluß auf das Wohnwesen ausüben. Nur diesen einen Punkt will ich hier zum Schlusse hervorheben, auf die übrigen Fragen, die die Wertzuwachssteuer betreffen, einzugehen, mangelt es hier leider an Zeit. (Beifall.)

Schriftsteller Dr. Gargas (Lemberg): Herr Oberbürgermeister v. Wagner hat in seinen Ausführungen gegenüber

dem Berichte des amerikanischen Referenten eine skeptische Stellung eingenommen, indem er der Meinung Ausdruck gab, es wäre wohl nicht richtig, daß eine kommunale Wohnungspolitik in Amerika nicht am Platze sei. Ich glaube, hier wie in so vielen anderen Fällen gilt das Wort: „Eines schickt sich nicht für alle.“ In der Wohnungsfrage wie in so vielen anderen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen herrscht ja zwischen dem alten Europa und dem jungen Amerika ein prinzipieller und oft ziemlich weitgehender Unterschied. Eine soziale Wohnungspolitik in Europa hat mit einer Reihe von Hindernissen zu kämpfen, die in Amerika so gut wie unbekannt sind. Die ganze europäische Kommunalpolitik überhaupt verdankt ja zu einem bedeutenden Teile ihr Entstehen dem Umstande, daß die breiten Volksschichten in Europa sich in so weitem Abstand vom Kapital befinden, daß eine Überbrückung dieses Abstandes nicht so leicht zugänglich ist. Dies ist in Amerika in vielen Stücken anders. Dort werden äußerst oft auch Proletarier zu Kapitalisten. Können sie es nicht im Osten, dann gehen viele von ihnen nach dem Westen, wo des Menschen Arbeit den ökonomischen Hauptwert des Bodens ausmacht. Und es ist für die Vereinigten Staaten höchst charakteristisch, wenn im letzten Jahre bereits etwa 100.000 Nordamerikaner nach Kanada gezogen sind. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist aber viel beweglicher und tatkräftiger wie diejenige Europas, sie will und kann eben ihre wesentlichen Lebensbedingungen einer grundsätzlichen Änderung unterziehen. So ist es auch in der Frage einer menschenwürdigen Behausung. Die Zahl der Eigentümer von Einfamilienhäusern in Amerika ist ohne kommunale Wohnungspolitik unvergleichlich größer als in Europa. Ganze Massen von Personen, die als Proletarier nach Amerika gekommen sind, sind nach verhältnismäßig wenigen Jahren Eigentümer von Eigenhäusern, von Einfamilienhäusern geworden und sind es auch oft bescheidene Häuschen, so sind es doch Eigenhäuser und Einfamilienhäuser. Steuerdruck und Erschließung des Baulandes, zwei in Österreich höchst akute Fragen, entbehren in Amerika einfach jeder Aktualität. Und wenn die Arbeiter in verhältnismäßig großen Mengen zu Eigenhäusern gelangen, so verdanken sie es in hohem Grade der eigenen Tatkraft und die amerikanischen Baukreditgenossenschaften legen in dieser Beziehung ein löbliches Zeugnis ab. Nur darf daraus keineswegs der Schluß gezogen werden, das amerikanische Beispiel

solle in allen Stücken in Europa nachgeahmt werden, wo doch die ganze jahrhundertelange wirtschaftliche Entwicklung folgenreicher auf uns lastet und der freien Selbstentfaltung der sozialen Kräfte Hindernisse in den Weg legt. Es folgt aber daraus andererseits auch keineswegs, daß die Wohnungsfrage für die amerikanischen Kommunen jeglicher Bedeutung entblößt sei. Hat doch jegliche Bauordnung einen tiefgehenden Einfluß auf die Richtung der ganzen Wohnungspolitik. Und hier hat auch Amerika große Sünden gutzumachen. Die amerikanischen sky scrapers sind zwar oft ein Stolz der Amerikaner, aber sie sind in sozialer Beziehung ein großer Hemmschuh des Fortschrittes, denn sie verstärken alle modernen Konzentrationstendenzen ins Ungemessene. Eine Beschränkung der Stockzahl wäre daher wohl am Platze. Im großen und ganzen glaube ich aber, daß die Verhältnisse in Amerika viel besser beschaffen sind als diejenigen Europas, und daß auch hier, und auch auf diesem Gebiete die Selbsthilfe in Amerika große Triumphe gefeiert hat. Sie würde es auch in Europa tun können, wenn die Vergangenheit nicht so folgenschwer auf uns lasten würde und die Erwerbsmöglichkeit nur annähernd so groß wäre wie in Amerika. Schaffen Sie in Europa nur annähernd so gute Erwerbsverhältnisse wie in Amerika und die europäische Wohnungsfrage wird auf diese Weise zum großen Teile gelöst sein. (Beifall und Händeklatschen.)

Herr Pohlmann-Hohenaspe (Bund deutscher Bodenreformer, Friedrichshöhe bei Detmold): Ich würde nicht das Wort ergriffen haben, wenn nicht hier so überaus scharfe Angriffe gegen die Wertzuwachssteuer gefallen wären, die mich als Vertreter des Bundes deutscher Bodenreformer geradezu drängen, ein paar Worte über das Thema zu sagen. Denn wir Bodenreformer behaupten ja, daß in der Frage der Besteuerung des Bodens der Kernpunkt der ganzen Wohnungsfrage ruhe. (Beifall.) Die Wertzuwachssteuer gehört ganz entschieden auf jeden Wohnungskongreß, und ein Kongreß, der sich nicht mit den Grundwertsteuern befassen würde, würde nach meiner Ansicht seine Pflicht nicht erfüllen. Es scheint ja auf den ersten Blick widersinnig, daß man den Grund und Boden, der zum Hausbau absolut nötig ist, mit einer Steuer belegen soll, um den Hausbau zu erleichtern. Das wäre auch so, wenn der Grund und Boden den wahren Charakter hätte, den er gehabt hat. Darauf will ich nicht weiter eingehen, ich

möchte nur ein kleines Beispiel aus meiner Praxis geben dafür, wie scheinbar fernliegende Hilfen oft die wirksamsten sind.

Ich war jahrelang in Brasilien und zu jener Zeit herrschte dort das gelbe Fieber. In der Hauptstadt Rio Santos usw. forderte es Tausende von Opfern. Die Ärzte bemühten sich, wie das Fieber zu behandeln sei. Die einen behandelten es mit Eisumschlägen, die anderen hielten Hitze für das beste Mittel, die einen gaben Chinarinde, die anderen Rizinusöl, und jeder schrieb darüber dicke Bände. Da kam ein Mann, der sagte: „Wenn ihr das gelbe Fieber los sein wollt, dann nehmt eine Kanne Petroleum und gießt in die Pfützen um eure Häuser das Petroleum!“ Die Leute lachten und sagten: „Wie kann das Petroleum auf den Pfützen das gelbe Fieber töten?“ Er hatte aber doch recht, und seitdem man das tat, ist das Fieber verschwunden und man braucht nicht mehr um die kleinen Mittel zu streiten, ob Chinin oder Rizinusöl das Beste sei — nur deshalb, weil der Mann die richtige Ursache erkannt hat.

Genau so ist es mit der Steuerpolitik. Scheinbar fernliegend, ist sie die wichtigste Sache. Am schärfsten hat Herr Oberbürgermeister Marx darüber gesprochen, und ich möchte auf seinen Vortrag eingehen. Wir Bodenreformär stehen ganz und gar auf dem Standpunkt, daß die Wohnungsbeschaffung die Hauptaufgabe des Privatunternehmens ist. Aber wir sagen: Wo das Privatunternehmen nicht ausreicht, ist es einfach Pflicht der Gemeinde, für jene zu sorgen, die unter den Verhältnissen leiden. Und da ist die gemeinnützige Bautätigkeit an der richtigen Stelle, weil nach der Gestaltung der Verhältnisse sie notwendig ist.

Zur Lösung der Wohnungsfrage sind eben zwei Wege nötig. Das eine ist, daß wir alles tun müssen, was den Wohnungsbau fördert, daß wir den Kredit erleichtern, daß wir auch eine Mietversicherung einführen usw. — das sind kleine Mittel — auf der anderen Seite aber müssen wir uns fragen: gibt es nicht in unserem Wirtschaftsleben Hemmungen, die die natürliche Entwicklung eines gesunden Wohnungswesens hindern? Ist denn die Wohnungsart so geartet, daß sie absolut mit unserer modernen Entwicklung zusammenhängt, oder ist sie auf verkehrte menschliche Eingriffe in diese Entwicklung zurückzuführen? Haben wir solche verkehrte Eingriffe festgestellt, dann sagen wir: „Beseitigen wir zuerst die verkehrten Eingriffe!“

Die private Bautätigkeit hat es in den meisten Ländern auf dem alten Kontinent nicht vermocht, die Wohnungsfrage zu lösen — das ist eine unbestreitbare Tatsache; denn in der Wohnungsfrage sind wir zurückgegangen, während wir auf allen anderen Gebieten Fortschritte gemacht haben. Bei der 150. Wiederkehr des Geburtstages Schillers wurde in den Zeitungen erwähnt, daß Schiller bei einer Jahreseinnahme von 2000 Talern den zwanzigsten Teil seiner Einnahme für die Bestreitung seiner Wohnung auszugeben hatte. Er hatte in Weimar ein geräumiges, hübsches Haus mit Garten für den zwanzigsten Teil seiner Einnahme. Wo im ganzen Deutschen Reiche ist ein Mann, der das heute haben kann? Unsere reichsten Stände können es vielleicht; der Mittelstand benötigt den siebenten oder achten Teil seiner Einnahme, und je weiter nach unten, desto größer wird diese Quote, ja ein Arbeiter muß durch 80 Tage im Jahre arbeiten, um sein Wohnungsbedürfnis zu befriedigen, wenn von „Befriedigen“ überhaupt die Rede sein kann. (Beifall und Händeklatschen.)

Was nützen uns alle Fortschritte und alle unsere herrlichen Erfindungen? Unsere Fortschritte sind viel zu teuer erkaufte, wenn sie erkaufte werden müssen mit der Opferung des Familienheimes, des Familienhauses. Am Familienhause klebt noch ein ideales Moment, das nicht zerstört werden soll; das Familienhaus ist etwas, was ein Mensch heilig halten kann durch sein ganzes Leben; aber bei einer Familienetage kann sich kein Mensch etwas denken. (Beifall.)

Um nun auf die Steuerfrage zu kommen! Wenn von den Gegnern der Wertzuwachssteuer behauptet wird, daß die Steuerfrage mit der Wohnungsfrage nichts zu tun hätte, so läßt sich die Sache namentlich auf einem Internationalen Wohnungskongreß ganz kurz besprechen, wenn wir die Erfahrungen von anderen Ländern heranziehen. Es scheint: wenn wir den Boden besteuern, wird der Boden teurer und darum das Haus. Wenn das wahr wäre, dann müßten diejenigen Länder, die eine hohe Übertragungsabgabe auf Grund und Boden haben, die höchsten Bodenpreise zeigen. Denn die Wertzuwachssteuer ist doch eine verfeinerte Wertumsatzsteuer. Die Umsatzsteuer — eine Registrierungssteuer wie in Frankreich und Belgien — wird bei jedem Besitzwechsel von demjenigen eingehoben, an den die Veräußerung stattfindet. Die Wertzuwachssteuer läßt aber den verlustbringenden Verkauf frei und

erhebt eine Abgabe nur von dem gewinnbringenden Verkauf, die dann allerdings größer ist. Wenn nun eine Steuer schädlich wäre, so wäre das doch vor allem jene, die auf jedem Wechsel ruht, und nicht jene, die bloß auf dem Gewinn lastet. In Belgien und Frankreich aber finden wir die größten Umsatzsteuern in ganz Europa, und dennoch finden Sie in Paris billigere Grundpreise als in Berlin. In Paris hat die amtliche Statistik den höchsten Bodenpreis in der Avenue de l'Opéra ausgewiesen mit 1788 Franken pro Quadratmeter; in Berlin wird jeden Tag in der Leipziger- und Friedrichstraße die Quadratrute mit 40.000 bis 50.000 Mark gehandelt. In Belgien, wo jeder Besitzwechsel 10—12% kostet, ist der Grund und Boden so billig, daß überhaupt das Einfamilienhaus dort gebaut werden kann. Wenn es wahr wäre, daß die Bodensteuern den Preis von Grund und Boden in die Höhe treiben, dann müßten in diesen beiden Ländern die Grundwerte höher sein als in Deutschland. Tatsächlich haben sie in keinem Lande Europas jene Höhe wie bei uns. Grund und Boden genießen bei uns geradezu ein Steuerprivileg, und dieses Privileg gradeso wie unser Hypothekenrecht, das den Grund und Boden verteuert, müssen wir beseitigen. Dann kommen wir zu gesunden Grundverhältnissen und zu der Möglichkeit, den Kleinbau zu fördern und gesunde Wohnungen zu schaffen.

Aber noch ein Wort! Wir Bodenreformer werden so oft mißverstanden, weil man bei uns immer den Hauswert und die Meliorationen in die Besteuerung hineinzieht. Wir wollen aber nur den nackten Grund und Boden versteuern, abzüglich des Hauses und aller Meliorationen, denn alles, was die menschliche Tätigkeit hervorbringt, muß steuerfrei sein. Nur den Grund- und Bodenwert, den die Aktion der Gesamtheit hervorbringt, wollen wir erfassen, und dann ist auch von schädlichen Wirkungen nichts zu spüren. Wenn Sie nach Hause kommen in Ihre verschiedenen Länder, bitte ich Sie, folgendes zu beachten: Wo geringe Steuern und ein brillantes Hypothekenrecht bestehen, gibt es schlechte Wohnungsverhältnisse und die Gemeinden müssen sich abmühen, wie sie der bedrängten Menschheit helfen können. Wo Sie aber ein schwerfälliges Hypothekenrecht finden und wo deshalb der Grund und Boden noch nicht Handelsware geworden ist, während er mit Steuern stark belastet ist, dort haben Sie gute Grund- und Bodenverhältnisse, und es sind solche Mittel nicht nötig, um das äußerste Elend zu lindern. Wir brauchen sie leider

— ich sage „leider“ —, denn ein Glück ist es nicht! (Beifall und Händeklatschen.)

M. Augustin Rey, Délégué du Gouvernement Français (Paris), expose à quel point la discussion de la 1ère question mise en tête des discussions du Congrès est d'importance capitale.

Il estime, en face de la situation grave dans laquelle les grandes agglomérations s'engagent de plus en plus, qu'une orientation générale peut être donnée, qui améliore progressivement les conditions d'habitations du plus grand nombre.

Il divise son rapide et substantiel exposé en trois points :
Politique Municipale vis-à-vis :

1° de la question fondamentale du terrain ;

2° de la question du crédit dont la collectivité ne sait pas user ;

3° de la question de la construction directe.

Präsident Exz. Dr. Klein: Die Stunde des Schlusses naht. Bevor ich zum Schlusse der Sitzung schreite, gebe ich das Wort Herrn Professor Bellom zur Berichtigung.

Professeur Bellom (Paris) tient à rectifier deux points de fait dans le discours de M. Pohlmann. D'une part celui-ci a indiqué pour la prix du terrain à Paris des chiffres infiniment trop bas : sur la place de l'Opéra le mètre carré de terrain vaut beaucoup plus que le chiffre que M. Pohlmann a indiqué (1788 francs) et dépasse le chiffre que celui-ci a donné relativement à Berlin. D'autre part, M. Pohlmann n'a pas répondu à l'objection que M. Bellom a formulé contre l'impôt sur la plus-value, car il n'a pas expliqué comme on pourrait équitablement priver le propriétaire du bénéfice de bons risques sans l'indemniser des mauvais.

Präsident Exz. Dr. Klein (zuerst französisch, sodann deutsch): Die Anzahl der Redner ist so groß, daß es nicht möglich ist, die bisher unbeschränkte Redefreiheit noch weiterhin zu gestatten. Ich muß daher von der Bestimmung des Organisationsstatuts Gebrauch machen, das festsetzt, daß jeder Redner nur eine Maximalredezeit von zehn Minuten hat. Dieses Regime wird von morgen früh an gehandhabt werden, weil es der einzige Weg ist, um dieses Thema und überhaupt die Tagesordnung des Kongresses rechtzeitig zu erledigen. Ich bedauere das außerordentlich; ich habe bis jetzt unbe-

dingte Redefreiheit walten lassen, aber Sie sehen, daß die Freiheit auch hier keine unbeschränkte sein darf. (Lebhafte Heiterkeit.)

Generalsekretär Dr. Ritter v. Fürth macht in französischer und deutscher Sprache Mitteilungen über den Semmeringausflug.

Präsident Exz. Dr. Klein: Ich schließe die Sitzung; die Fortsetzung der Verhandlung erfolgt morgen, 9 Uhr früh.

(Schluß: 6 Uhr nachmittags.)

Zweite Arbeitssitzung.

Dienstag, den 31. Mai.

(Beginn: 9 Uhr vormittags.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Verehrte Damen und Herren! Indem ich Ihnen allen einen guten Morgen wünsche, wünsche ich auch, daß unsere Beratungen mit der Frische und Empfänglichkeit dieses jungen Tages begnadet seien. Wie ich schon gestern angekündigt habe, bin ich leider genötigt, die Redezeit von zehn Minuten einzuführen, weil die Zahl der Redner eine außerordentlich große und die zur Verfügung stehende Zeit, wenigstens soweit das programmatisch vorausbestimmt werden konnte, sehr kurz bemessen ist. Ich deponiere hier meine Uhr als Zeichen, daß das standrechtliche Regime beginnt. (Heiterkeit.)

Generalsekretär Dr. Ritter v. Fürth macht in französischer und deutscher Sprache Mitteilungen, betreffend die Berücksichtigung des Männerheims, die Teilnahme am Bankett und an der Semmeringfahrt.

Präsident Exz. Dr. Klein: Wir setzen nun die Debatte über das erste Thema fort. Das Wort hat Herr Landeswohnungsinspektor Gretzschel aus Darmstadt.

Landeswohnungsinspektor Gretzschel (Darmstadt): Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Marx haben mich um so mehr überrascht, als die Stadt Düsseldorf zu den deutschen Städten gehört, die auf dem Gebiete kommunaler Wohnungspolitik Bedeutendes geleistet haben. Diese Ausführungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Soweit die Wertzuwachssteuer in Betracht kommt, ist dies bereits geschehen. Ich möchte mir nur erlauben, noch die Bemerkung anzuknüpfen, daß meines Erachtens die Wertzuwachssteuer, die ich an sich für durchaus berechtigt halte, in ihrer bis jetzt festgelegten

Form für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse keine Bedeutung hat. Soll sie eine solche gewinnen, dann müßten die Erträge der Steuer wenigstens zum Teil für den gedachten Zweck verwendet werden, z. B. zum Ankauf von Gelände seitens der Gemeinden oder Unterstützung der gemeinnützigen Bautätigkeit. Jetzt ist die Steuer nur eine steuerfiskalische Maßregel.

Nun zur Dezentralisation. Ich bin im Gegensatz zu Herrn Oberbürgermeister Marx der Meinung, daß die Hinausverlegung der Industrie auf das Land oder wenigstens in die entfernteren Vororte der Großstädte allerdings erheblich zur Gesundung des Wohnungswesens beitragen würde. Es scheint mir zweifellos, daß Ansätze zu einer solchen Dezentralisation bereits vorhanden sind, z. B. kann man das in der chemischen und in der Lederindustrie beobachten. Was die Sterblichkeit auf dem Lande betrifft, so wird sie auch unter anderem durch den Umstand erhöht, daß gerade viele lebenskräftige Elemente vom Lande in die Stadt gehen, dort ihre besten Lebensjahre und ihre besten Kräfte verbrauchen, und dann wieder in ihre Heimdörfer zurückkehren. (Lebhafter Widerspruch.) Die geringere Sterblichkeit in der Großstadt hat jedenfalls mit den Wohnungsverhältnissen nichts zu tun, denn diese sind auf dem Lande keineswegs schlechter als in der Stadt. (Widerspruch.) Am besten ist es in denjenigen kleineren Städten und Landgemeinden bestellt, in denen neben der Landwirtschaft auch mehrere Fabriken bestehen. Nicht die reinen Bauerndörfer, sondern gerade diese Städte und Gemeinden stellen das beste Soldatenmaterial. Warum in der Industrie auf dem Lande die Löhne geringer sein müßten als in den Großstädten, verstehe ich nicht; ich kann auch aus eigener Beobachtung feststellen, daß jene Behauptung der Regel nach nicht zutrifft. Ebenso wenig ist es richtig, daß die Mieten auf dem Lande zwar absolut niedriger, aber relativ höher seien als in der Großstadt. Der gleichgroße und gleichwertige Wohnraum ist auf dem Lande häufig für den dritten Teil der Miete in der Großstadt zu haben.

Nun die kommunale und gemeinnützige Bautätigkeit. Daß wir die Privatbautätigkeit nicht entbehren können und wollen, ist selbstverständlich; darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber daneben ist die gemeinnützige Bautätigkeit sehr nötig, um einigermaßen bessere Wohnungsverhältnisse zu erzielen. Die gemeinnützige Bautätigkeit ergänzt die private, sie hätte

sich nicht in solchem Umfange entwickeln können, wenn sie nicht einem Bedürfnis entspräche. Ihre Vertreter halten die Wohnungsfrage in Fluß, sie wirkt vorbildlich in der Herstellung von Kleinwohnungen, ihr ist es auch in erster Linie zu verdanken, daß schon gute Anfänge zu einer Verbesserung des Wohnungswesens vorhanden sind. Insofern stimme ich Herrn Marx bei, daß die Gemeinden erst dann zum Kleinwohnungsbau in eigener Regie schreiten sollen, wenn von keiner anderen Seite Abhilfe geschaffen wird. Erst wenn also die Privatunternehmung versagt und auch gemeinnützige Bauvereine nicht bestehen, erscheint mir der kommunale Wohnungsbau erwünscht. Daß letzterer aber nicht ein „Traum“ ist, wie Herr Marx meint, beweist gerade die Tätigkeit der Stadt Ulm, aber auch vieler anderer Städte, darunter übrigens auch Düsseldorf. Private Interessen werden durch den gemeinnützigen Wohnungsbau der Bauvereine und Gemeinden nicht geschädigt, auch möchte ich darauf hinweisen, daß der Kleinwohnungsbau weite Volkskreise berührt, deren Interessen ebenfalls berücksichtigt werden müssen, und da 70—80% der gesamten Bevölkerung hierbei in Betracht kommen, so sind letztere Interessen mit dem Allgemeininteresse nahezu identisch. Herr Justizrat Baumert hält die gemeinnützige Bautätigkeit deshalb nicht für empfehlenswert, weil davon auch die Arbeitgeber Vorteil haben, insofern, als sie der Sorge um Beschaffung von Wohnungen für ihre Arbeiter enthoben würden. Ich halte das gerade für einen Vorteil und würde es sehr begrüßen, wenn die Arbeitgeber gerade die gemeinnützige Bautätigkeit finanziell in weitestem Maße unterstützen wollten. Die Wohnungen der Arbeitgeber sind bekanntlich bei den Arbeitern aus verschiedenen Gründen nicht immer beliebt.

Wer Gelegenheit hat, in die bestehenden Zustände hineinzusehen, und daran denkt, wie die vielfach ungünstigen Wohnungsverhältnisse das Familienleben untergraben, den Betroffenen die Lebenslust und Lebensfreude beeinträchtigen, der kann nur den dringenden Wunsch hegen, daß die gemeinnützige Bautätigkeit ihre segensreiche Arbeit nicht nur fortsetzt, sondern in Zukunft noch erheblich erweitert. (Beifall.)

Bürgermeister Weißborn (Halberstadt): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich gestern zum Worte gemeldet in einem Zeitpunkte, als von drei Seiten gegen die Wertzuwachssteuer gesprochen wurde und bevor die Wertzuwachssteuer Unterstützung gefunden hatte, was ja inzwischen

geschehen ist. Wenn ich trotzdem das Wort ergreife, so geschieht es, um mich insbesondere auch gegen Herrn Oberbürgermeister Marx zu wenden, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als ob das, was er sagte, der Auffassung der Majorität der preußischen Gemeinden entspräche. Oberbürgermeister Marx befindet sich in einer außerordentlich kleinen Minorität, wenn er nicht etwa ganz isoliert ist. (Widerspruch — Zustimmung.) Die große Majorität der preußischen und — ich glaube sagen zu können — der deutschen Gemeinden steht auf dem absolut gegenteiligen Standpunkt. (Widerspruch.)

Wenn Herr Marx diese Besteuerung als Maßregel der Wohnungspolitik verwirft, während er sie als finanzpolitische Maßnahme gutheißt, so kann er seinen ablehnenden Standpunkt nur halten mit der Annahme, daß die Schäden der Steuer auf dem Gebiete der Wohnungspolitik größer sind als ihr Nutzen in finanzpolitischer Hinsicht.

Eine ungerechtfertigte Schädigung der Terrain- und Bauspekulation durch die Wertzuwachssteuer liegt aber deshalb nicht vor, weil dieser Gewerbezweig so lange ohne Grund vor anderen bevorzugt war, als er nicht nach dem Maße der Aufwendungen, welche die Gemeinde in seinem Interesse macht, zu diesen Kosten steuerlich herangezogen wurde. Erst eine übermäßig hohe Steuer kann bedenklich werden, weil sie dem Bauunternehmer in einem Zeitpunkte zugemutet wird, in dem er eine Reihe weiterer großer Ausgaben zu leisten hat. Die von Herrn Justizrat Dr. Baumert gefürchtete Erdrosselung der privaten Bautätigkeit ist deshalb nicht zu erwarten, weil einsichtige Gemeinden, bevor es dazu kommen kann, mit Sicherheit die Steuersätze herabsetzen werden.

Andererseits ist die Steuer — finanzpolitisch — für die Gemeinden sehr viel wert. Die Erträge waren recht hohe und deren Schwankungen werden je länger je mehr zur Ansammlung der Erträge in besonderen Fonds führen, Fonds, deren Mittel für die Bodenpolitik der Gemeinde zu verwenden sind. Überdies ist die Steuer gerecht und besonders deshalb leicht zu tragen, weil in ihr in starkem Maße das den sogenannten Beiträgen innewohnende Moment der Entgeltlichkeit zum Ausdruck kommt. Je mehr eine Steuer die Natur des privatwirtschaftlichen Preises erkennen läßt, um so williger wird sie gezahlt. Allerdings sind sehr hohe Preise immer schwerer zu zahlen und deshalb wird es sich — entsprechend dem Gedanken, der z. B. in Dresden zur Gründung einer kommunalen Bank ge-

führt hat, die eine Zahlung der Anliegerbeiträge in Rentenform ermöglicht — empfehlen, zu einer von dem Umsatz losgelösten periodischen und deshalb im Einzelfalle niedrigeren Form der Wertzuwachsbesteuerung überzugehen. Eine solche direkte Wertzuwachssteuer, die ich schon an anderer Stelle befürwortet habe, hat auch sonst große Vorzüge und kann zu einem nicht unwichtigen Gliede der wohnungspolitischen Maßnahmen werden.

Dr. v. Mangoldt, Generalsekretär des Deutschen Vereines für Wohnungsreform (Frankfurt a. M.): Auch mich hat im wesentlichen der Eindruck der gestrigen Debatte veranlaßt, einige wenige Worte zu sagen. Insbesondere möchte ich mich in erster Linie gegen Herrn Oberbürgermeister Marx wenden. (Lebhafte Heiterkeit.) Über die Wertzuwachssteuer ist bereits gesprochen worden, ich will sie also wegen der Kürze der Zeit weglassen.

Einiges ist aber über die Frage der Dezentralisation der Industrie zu sagen. Ich muß allerdings behaupten, daß Herr Oberbürgermeister Marx, wenn er gegen die Dezentralisation der Industrie kämpft, eigentlich notorische Tatsachen leugnet. Die Abwanderung der Industrie, wenigstens wichtiger und großer Zweige der Industrie, aus dem Bereiche der großen Städte ist eine Tatsache, an der nicht viel wird geändert werden können. Die wissenschaftliche Begründung hat Professor Sombart in seinem „Modernen Kapitalismus“ gegeben. Dieser Tatsache haben auch die Wohnungsreformer ins Auge zu sehen, und ich stehe nicht an, zu erklären, daß an diese Abwanderung sich eine der Hoffnungen für die Gesundung unseres städtischen Wohnungswesens knüpft. (Beifall.)

Was sehen wir alle? Wir sehen in den kontinentalen großen deutschen Städten, daß diese drangvoll fürchterliche Enge, in der die Massen zu leben genötigt sind, einem gesunden Zustande, einer gewissen Auflockerung Platz macht, und deshalb sollten wir es an sich, wenn auch Schwierigkeiten in Hülle und Fülle entstehen, mit Freude begrüßen, wenn ein volkswirtschaftlicher Vorgang einsetzt, der uns die Möglichkeit zu einer neuen Gestaltung bietet und die Hoffnung auf ein gewisses Neuland erweckt. Welche Aussicht bietet sich uns? Die Industrie löst sich nicht von der Großstadt überhaupt ab, sondern sie wandert in den entfernter gelegenen Bannkreis. Damit bekommt sie die Möglichkeit, wenn wir nur eingreifen wollen und einzugreifen fähig sind, die Sünden,

die bisher in dem Gebiete der Großstadt begangen wurden, draußen bis zu einem gewissen Grade gutzumachen. Die Industrie wandert auch ab in gewisse kleinere und mittlere Städte, bei denen in Deutschland in ziemlich großer Zahl ein starkes industrielles Aufblühen zu konstatieren ist. Damit ergibt sich die weitere Aufgabe für sehr zahlreiche und aufwärtsstrebende mittlere und kleine Gemeinden, diese Situation zu benützen, vorwärts zu streben und der Anhäufung der Menschen in der Großstadt eine gesunde Konkurrenz zu machen. Es würde angezeigt sein, diese Aussichten der Zukunft zu verwerten.

Nun noch ein Wort über den kommunalen Wohnungsbau. Wenn man Herrn Oberbürgermeister Marx hörte, konnte man ungefähr zu der Anschauung kommen, daß über Deutschland eine gräßliche Gefahr schwebe, nämlich die Gefahr der völligen Zertrümmerung der privaten Bautätigkeit durch eine intensive und anhaltende Tätigkeit der deutschen Gemeinden in bezug auf den kommunalen Wohnungsbau.

Ich frage aber Sie alle, die Sie die Tatsachen kennen: Heißt das nicht die Tatsachen auf den Kopf stellen? (Zustimmung.) Tatsache ist doch: Wir leiden nicht unter dem Überschwang der kommunalen Bautätigkeit in bezug auf Wohnungen, sondern unter den furchtbaren Mißständen der privaten Bautätigkeit. (Beifall.) Was haben wir Wohnungsreformer in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten getan? Wir haben der privaten Bautätigkeit zugeredet — ich möchte sagen: wie einem kranken Pferde — daß sie endlich ihre Mißstände beseitige. Hat das Zureden geholfen? Im wesentlichen nein. Das liegt auch in der menschlichen Natur. Helfen wird erst eine Politik der Tat, und bei den schüchternen Anfängen, in denen wir in Deutschland und überhaupt auf dem Kontinent stehen, wäre es richtiger und angezeigter, zu bekennen, daß eine mit Vorsicht angewandte kommunale Bautätigkeit ein wesentliches Mittel zur Gesundung der Verhältnisse darstellen kann, wie die vorliegenden Tatsachen, gerade auch aus Ulm, beweisen.

Nun noch ein Wort gegenüber Herrn Justizrat Baumert! Herr Justizrat Baumert hat ein großes Schreckenslied gesungen in bezug auf die schweren Folgen, die eintreten könnten und würden, wenn die großen Städte billige Arbeiterwohnungen herstellen, und er hat insbesondere auch den vielfach hervortretenden Gedanken variiert, daß dadurch in ungesunder Weise

der Zuzug in die großen Städte, speziell vom Lande, forciert würde.

Da möchte ich etwas hervorheben, was bisher noch gar nicht beachtet worden ist: daß in gewissem Sinne — natürlich cum grano salis zu verstehen — gerade die Wohnungspolitik in den großen Städten geeignet wäre, den Zuzug vom Lande abzdämmen, statt ihn zu forcieren, und zwar durch folgende Verkettung von Umständen. Ob die Massen vom Lande in die Großstadt kommen oder nicht, hängt zwar von vielen Umständen ab. In erster Linie jedenfalls davon, ob freie Nahrungs- und Arbeitsplätze für diese zuströmenden Massen vorhanden sind. Andernfalls würde das Zuströmen sehr bald aufhören. Es liegt aber auf der Hand, daß in den großen Städten die für die arbeitenden Klassen freien Arbeits- und Nahrungsplätze in erster Linie werden besetzt werden von dem Zuwachs, der in den Großstädten selbst aufwächst. Die Kinder, die hier heranwachsen, werden selbstverständlich von ihren Eltern in der Stadt selbst auf den besseren Plätzen placiert. Wenn nun die Verhältnisse in den großen Städten, namentlich mit Hilfe einer gesunden Wohnungspolitik, so gestaltet werden, daß der Nachwuchs zahlreicher wird, dann werden die Leute auf dem Lande, die geneigt sind, in die Stadt zu gehen, die Plätze bereits besetzt finden und es wird auf diese natürliche Weise der ländliche Zuzug ganz von selbst verringert werden. Wenn Sie aber die Verhältnisse in den Großstädten so lassen, wie sie gerade in bezug auf den Nachwuchs und das Heranwachsen einer gesunden und lebensfähigen Generation heute geartet sind, dann wird die Großstadt in viel höherem Maße ein Saugschwamm sein, der zu seiner Sättigung — möchte ich sagen — das Wasser des platten Landes an sich zieht und aufsaugt.

Noch ein kurzes Wort über einen Punkt, der nicht vergessen werden darf! Wir sprechen hier über kommunale Wohnungspolitik. Da sollte man doch nicht einen geradezu ausschlaggebenden Punkt vergessen, das ist das kommunale Wahlrecht. Wir sind hier keine politische Versammlung, wir haben auch keine politischen Erörterungen zu pflegen. Wohl aber ist es unser Recht und meines Erachtens auch unsere Pflicht, den Einfluß zu untersuchen, den die Gestaltung des kommunalen Wahlrechts auf die Wohnungspolitik natürlicherweise haben muß, und ich möchte es sehr bezweifeln, daß Herr Oberbürgermeister v. Wagner in der Lage gewesen wäre,

über solche Erfolge zu berichten, wie er sie berichtet hat, wenn er es mit einem Dreiklassenwahlrecht zu tun hätte wie wir in Preußen. Ich halte es für vollständig unmöglich, eine durchgreifende Wohnungspolitik zu treiben ohne die nachhaltige und freudige Mitwirkung derjenigen, die in erster Linie unter den Notständen leiden. (Beifall und Händeklatschen.) Deswegen sage ich: Geben Sie uns in Preußen und in Norddeutschland ein gesundes kommunales Wahlrecht und dann werden Sie ein sehr großes Stück, vielleicht das wichtigste Stück der Wohnungspolitik erledigt haben!

Nun zum Schlusse eine kurze Ausführung, die ich anknüpfen möchte an die Mitteilungen des Herrn Gargas über amerikanische Verhältnisse. Es ging daraus hervor, was Ihnen ja auch bekannt war, daß in Amerika für uns eine Merkwürdigkeit besteht. Auf der einen Seite haben wir Wohnungszustände, die in vieler Beziehung an Robustheit die unseren übertreffen: Verbreitung des Kleinhauses, eine große Beteiligung der Bevölkerung am Grundeigentum usw.; auf der anderen Seite aber eine viel geringere Entfaltung der kommunalen und sozialen Wohnungspolitik als bei uns. Das läßt doch den Schluß zu, daß in den Grundlagen die Gestaltung dieser nordamerikanischen Verhältnisse — ich sage nicht in allen, aber in einigen wichtigen Dingen wesentlich besser geartet sein muß als bei uns. Das würde nun eine sehr weitgehende Untersuchung erfordern.

Ich möchte aber doch auf etwas hinweisen, was bisher viel zu wenig beachtet worden ist, was aber eine große Beachtung verdient. Es ist in diesen Verhandlungen wiederholt durchgeklungen, daß eine gewisse Abneigung gegen ein weitgehendes kommunales und überhaupt behördliches Eingreifen besteht. Ich glaube, daß diese Abneigung unberechtigt ist, soweit sie sich auf die Grundsätze einer wirklichen sozialen Gerechtigkeit und einer starken Sozialpolitik bezieht. Wir brauchen uns nicht zu scheuen, einzugreifen gegenüber den Milliarden an unverdientem Wertzuwachs. Wir brauchen uns auch nicht zu scheuen, einzugreifen mit dem sogenannten Enteignungsrecht. Die sogenannten „erworbenen Rechte“ brauchen durchaus nicht das „Kräutlein Rührmichnichtan“ zu sein, wie sie es bisher gewesen sind. Wir müssen aber jedenfalls an unsere Brust schlagen und uns fragen, ob nicht etwas zu bessern wäre in bezug auf die unglaubliche Vielregiererei, die auch in bezug auf das Wohnungs- und Ansiedlungswesen in

Deutschland — vermutlich auch in Österreich — herrscht. Durch die Untersuchungen des westfälischen Vereins für Kleinwohnungswesen ist festgestellt, mindestens in hohem Grade wahrscheinlich gemacht worden, daß durch die bürokratische Gestaltung der Bauvorschriften in Westfalen die Baukosten für Kleinhäuser um 10—20% direkt verteuert werden. Ferner: Wie behandelt man bei uns denjenigen, der baut? Man behandelt ihn nicht als einen Mann, der willkommen ist, sondern man macht ihm tausend Schwierigkeiten. (Zustimmung.) Endlich das Ansiedlungswesen! Wenn die Bodenpreise an der amerikanischen Peripherie so billig sind, so ist der Hauptgrund der, daß sie nicht so viele Einschiebungen haben, die die Terrainspekulation notwendig machen und eine Fülle von Kosten verursachen, die zu vermeiden sind. Deswegen schließe ich mit den Worten: Was wir in Deutschland, und wahrscheinlich auch in anderen kontinentalen Ländern, auf dem Gebiete des Wohnungswesens brauchen, ist: Weniger Polizei und mehr soziale Gerechtigkeit! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Regierungsrat Koska (Berlin) (zur Geschäftsordnung) beantragt Schluß der Debatte, damit noch mit dem zweiten Verhandlungsthema begonnen werden könne. (Beifall.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Ich ergänze die Bemerkung des Herrn Vorredners, indem ich mitteile, daß noch 13 Redner zu der Frage der kommunalen Wohnungspolitik gemeldet sind, daß also der eventuelle Schluß der Debatte der Redefreiheit keine zu engen Grenzen zieht. Ich bitte nun, sich über den Antrag zu entscheiden, und ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrage des Herrn Regierungsrates Koska zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist angenommen. Sämtliche bereits eingetragenen Redner kommen zu Wort.

Regierungsrat Koska: Ich hatte nicht Schluß der Rednerliste beantragt, sondern Schluß der Debatte. Das ist ein Unterschied. Ich meinte, wenn Schluß der Debatte angenommen wird, spreche kein Redner mehr.

Präsident Exz. Dr. Klein: Wenn Sie Ihrem ergebenen Präsidenten gestatten, ein Wort zu sprechen, so glaube ich, daß eine so unbedingte Cloture, die jetzt gleich der Diskussion dieses hochinteressanten und wichtigen Themas ein Ende macht, durch die Zeitverhältnisse nicht unbedingt geboten

ist. Wir sollten daher den Versuch machen, die bereits zum Wort gemeldeten Redner zu Worte gelangen zu lassen, sie aber gleichzeitig dringlichst bitten, sich kürzer zu fassen, oder, wenn die Versammlung weiter gehen will, die Redezeit herabzusetzen. Jedenfalls ist es besser, die Redner wenigstens in Kürze sprechen zu lassen, als sie vollständig mundtot zu machen; denn unser Kongreß ist eine Versammlung zum Reden und nicht zum Schweigen. (Beifall.) Wie soll ich das also verstehen? (Rufe: Fünf Minuten!) Also: Den Antrag auf Schluß der Debatte in dem Sinne, daß die Rednerliste nicht mehr erweitert werden darf, betrachte ich als angenommen. Nun kommt der Zusatzantrag, die Redezeit auf fünf Minuten abzukürzen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit überwiegender Majorität angenommen. Damit ist der zweite Grad der Tortur etabliert. (Heiterkeit.)

Professeur Maurice Dufourmantelle (Paris): J'ai cru comprendre que Mr le Rapporteur général de la question I avait représenté la France comme un pays opposé à l'intervention municipale en matière d'habitations à bon marché. Cela n'est pas tout à fait exact, et vous me permettez de préciser ce point en quelques mots.

La loi française autorise certaines interventions communales, et la majorité de nos Sociétés et de nos économistes approuvent le principe de ces dispositions légales: je vous prie de vous reporter à cet égard à ce que je dis dans mon rapport.

Ce que nous repoussons, en France, c'est la théorie qui veut confier aux municipalités la construction même des habitations populaires et leur gestion. Nous acceptons le principe des interventions communales auxiliaires des œuvres d'initiative privée; mais nous nous arrêtons là, parceque nous estimons qu'il est inutile, chez nous du moins, et qu'il serait dangereux d'aller plus loin.

En effet, les difficultés principales que rencontrent les Sociétés d'initiative privée consistent à trouver des terrains et des capitaux à un prix suffisamment réduit. Si, par le concours des municipalités, elles peuvent se procurer les uns ou les autres, l'appui attendu de la politique communale se trouve alors réalisé, et il est inutile que les communes veuillent faire davantage encore en se chargeant de la construction même, puisque les sociétés d'initiative privée assument cette

dernière fonction. On comprend que les pouvoirs publics agissent lorsque l'initiative privée ne fait rien. Mais il n'en est pas ainsi en France, où l'initiative privée est active et demande seulement que les pouvoirs communaux facilitent son action. On arriverait à un résultat tout contraire, en faisant concurrencer la construction libre par la construction municipale.

Celle-ci, d'autre part, présenterait, chez nous, des dangers réels. Nous pourrions craindre que des abus ne se produisissent dans la passation des marchés entre les entrepreneurs et les municipalités, ou encore que la gestion d'immeubles élevés par des municipalités ne fût ou défectueuse par négligence ou trop bureaucratiquement coûteuse. Dans l'un et l'autre cas les finances publiques pourraient en souffrir. L'expérience montre que, dans bien des pays, les entreprises privées sont gérées plus soigneusement et plus économiquement que les entreprises publiques similaires ; l'Angleterre elle-même, malgré la sagesse pratique de ses municipalités, ne nous montre-t-elle pas, en matière d'habitations populaires, que la construction directe et la gestion par les communes se sont souvent traduites par des déficits, qu'ont dû combler les budgets publics !

C'est là, le gros danger des interventions municipales directes. La ville de Zurich l'a si bien compris, que, lorsqu'elle est entrée dans cette voie, elle a décidé que les capitaux municipaux employés à la construction et à l'exploitation des maisons à bon marché, devraient y trouver une rémunération égale au taux d'intérêt normal que les sociétés d'habitations à bon marché retirent de leurs entreprises libres. Cela est sage, car c'est le moyen d'éviter le gaspillage des deniers publics ; il sera toutefois intéressant de voir, dans quelques années, si la ville de Zurich a pu maintenir sans défaillance ce principe.

Nous aurions aimé recevoir de nos collègues allemands des renseignements relatifs à ce point de vue sur les entreprises municipales réalisées dans leur pays. Nous avons entendu des dissertations philosophiques et sociales fort intéressantes sur le rôle des municipalités en notre matière. Mais il ne serait pas inutile qu'après la théorie, on nous exposât quelques faits venant l'éclairer, en nous montrant quelle répercussion, sur les finances publiques notamment, ont pu avoir en bien ou en mal les expériences communales de construction et de gestion directes tentées jusqu'à ce jour, dans les divers pays représentés au Congrès. (Applaudissements.)

Dr. J. Costinescu (Bucarest): Je crois qu'il ne faut pas s'éloigner de la question, que ce n'est pas le moment de faire le procès de l'industrie et de l'agriculture et surtout de venir affirmer que la maison n'est pas un des plus grands maux des villes au point de vue de la santé et que la mortalité est plus grande chez l'ouvrier agricole que chez l'ouvrier de l'industrie. C'est vrai qu'on a parlé de la mortalité infantile, seulement on a oublié de vous ajouter qu'il s'agit surtout de la mortalité des enfants dans la première année. La cause de cette mortalité à la campagne est due surtout au manque d'éducation, au manque des premiers conseils et soins qu'on a plus facilement en ville qu'à la campagne. — Mais si nous prenons la mortalité en général, elle est bien plus élevée chez l'ouvrier de la ville que chez l'ouvrier de la campagne!

Comment messieurs, la maison n'est pas la première cause du mal physique et du mal moral bien souvent? Mais l'habitation c'est le sol dans lequel doit naître, croître et se former la graine humaine des villes. Moi commune, moi conseil, administrateur délégué par l'initiative privée pour conduire une ville j'ai le devoir de m'occuper de votre éclairage, de votre eau, de vos égouts et je n'ai pas le droit de m'occuper de vos habitations? Heureusement qu'ils sont peu nombreux, ceux qui ont contesté ce droit. Mais c'est plus qu'un droit, c'est un devoir. Messieurs, je suis médecin et par mon métier je suis arrivé à me convaincre que la cause de bien de souffrances et de bien de malheurs est dans l'habitation. Et je me suis encore convaincu qu'en changeant les conditions d'habitation on supprimerait en grande partie ces souffrances. Vous connaissez tous cette question, je n'ai pas besoin d'insister. Mais je me suis demandé par quel moyen je pourrais arriver à un résultat pratique et puissant, efficace, pour changer l'état actuel de l'habitation du pauvre. J'ai écrit; mais je me suis vite convaincu que ce procédé est beaucoup trop lent, que c'est un procédé d'éducation. Je crois qu'on insiste un peu trop sur ce procédé en Autriche. Je ne me suis plus adressé au capitaliste car il me faut un sacrifice dans cette affaire et il ne peut le faire.

C'est alors que l'idée m'est venue et l'occasion s'étant présentée, je suis entré comme conseiller de notre capitale de Bucarest. J'ai eu raison de m'adresser à la commune car en un temps très court nous avons fait des progrès très importants dans cette direction, grâce à la bonne volonté de notre maire et de tout le conseil. Le rôle de la commune n'est pas de bâtir

des maisons ; son rôle est de réveiller l'initiative privée et de l'encourager en l'aidant dans sa tâche. Nous avons facilement réveillé l'initiative privée par la loi générale des habitations à bon marché que vous pouvez lire dans le petit résumé présenté au congrès, et par une nouvelle loi qui a passé cette année au parlement : C'est la formation d'une société très grande de crédit et construction dans laquelle la commune est intéressée avec 40% du capital, le reste étant souscrit par les particuliers. Le capital de la société ne sert que pour des opérations de banque et pour l'industrie de la construction, ces bâtisses étant payées en obligations, qui sont en partie garanties par la commune. Une fois que la société a été formée, elle a été mise entre les mains de l'initiative privée. Mais la commune s'occupe de la surveillance sanitaire, forme les cahiers des quartiers, des rues et des maisons insalubres, démolit des taudis. Elle achète encore et de plus en plus les grands terrains disponibles des quartiers périphériques pour les passer sans bénéfice à la société de construction ; relie par des voies et des moyens de communication rapides la périphérie avec le centre. La commune ne doit pas penser à des impôts nouveaux mais prendre à sa charge une partie des travaux de voirie. Voilà, messieurs, en quelques mots ce que la politique communale peut faire et ce que nous avons fait à Bucarest. (Applaudissements.)

Dr. E. Ferenczi (Budapest) : Die kommunale Wohnungspolitik in Ungarn, und namentlich in Budapest, erweist das französische Wort „Les extrêmes se touchent“. Von einer absoluten Laissez-faire-Politik sind wir in den letzten Jahren zu einem Radikalismus auf dem Gebiete der Wohnungspolitik und der Wohnungsbautätigkeit übergegangen, die vielleicht in den Kulturstaaten nicht ihresgleichen hat. Die absolute Wohnungsnot in Land und Stadt hat eine schnelle, prompte und möglichst billige Lösung der Frage gefordert. Wir haben im Jahre 1907 ein Gesetz zur staatlichen Förderung der landwirtschaftlichen Arbeiterhäuser geschaffen. Auf Grund dieses Gesetzes wurden in den letzten zwei Jahren schon etwa 12.000 Eigenhäuser für die landwirtschaftlichen Arbeiter durch die Munizipien und Kommunen gebaut mit einem staatlichen Kreditzuschuß, über den ich bei dem anderen Thema sprechen werde. In der Hauptstadt Budapest, wo eine absolute Wohnungsnot eingetreten war, hat die Munizipalrepräsentanz zu Anfang des Jahres 1909 einen Kredit von 31 Millionen für

Wohnungsbauten bewilligt, und davon wurden bereits 16 Millionen verbaut, indem bis 1. August 1910 2000 kommunale Mietwohnungen vorhanden sein werden, zu denen sich bis 1. November weitere 1000 Wohnungen hinzugesellen werden. (Beifall.) Diese großartige Bautätigkeit soll in den folgenden Jahren in einem den Bedürfnissen entsprechenden Maße, aber mindestens bis zu 5000 Wohnungen fortgesetzt werden, so daß schon die kommunale Wohnungsbautätigkeit einen großen Einfluß auf den Wohnungsmarkt ausüben wird.

Abgesehen von der kommunalen Wohnungsbautätigkeit — und auf diese Sache als eine prinzipielle möchte ich die Aufmerksamkeit des Kongresses besonders lenken — hat der Staat selbst in der Nähe von Budapest auf Grund eines Gesetzes, das für diese Zwecke 12 Millionen votiert hat, zwei große neue Arbeiterstädte geschaffen. Auf diesen Anlagen sollen in drei bis vier Jahren 8000—10.000 Mietwohnungen in kleineren Cottages vorhanden sein, die mit großen Plätzen, Gartenanlagen und allen kulturellen Einrichtungen ausgestattet werden, mit einem Worte: in den nächsten fünf Jahren werden etwa 15.000 Wohnungen von Seite des Staates und der Stadt bereitgestellt sein. Da wir jetzt zirka 160.000 Mietwohnungen haben, so ist das ein Prozentsatz, der auf die Mieten schon einen großen Einfluß ausüben wird. Um diese Bautätigkeit zu verstehen, muß ich noch folgendes anführen.

Die private Bautätigkeit in Budapest hat infolge der eigenartigen Zustände, infolge der Kreditnot, die mit den allgemeinen Zuständen des Landes zusammenhängt, infolge der privatwirtschaftlichen Stadterweiterung, infolge der mangelhaften Bodenpolitik und des Baustatuts sich nur gering betätigt, so daß wir seit dem Jahre 1874, seit dem wir eine Wohnungsstatistik haben, nie den normalen Satz von 3% leerstehender Wohnungen erreicht haben. Seit 1903 hat die private Bautätigkeit so versagt, daß wir im Jahre 1906 bloß 0·3% leerstehende Wohnungen hatten, und derzeit absolut keine einzige Kleinwohnung verfügbar ist. Dieser Mangel der privaten Bautätigkeit hat einen schädlichen Einfluß auf die ganze populationistische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zur Folge gehabt, er hat eine Abwanderung von der Großstadt in die Gemeinden der Umgebung herbeigeführt, so daß die Zukunft der Stadt davon abhing, ob die Kommune bereit ist, schnell Abhilfe zu schaffen ohne die Vermittlung von gemein-

nützigen Vereinen, die die Sache verzögert hätten, widrigenfalls weitere Gefahren die Stadt bedroht haben würden.

Diese Bautätigkeit der Hauptstadt hat auch in den Provinzstädten infolge des Mangels einer gemeinnützigen Bautätigkeit — wir haben keine einzige Baugenossenschaft, die auf genossenschaftlicher Grundlage bauen würde — eine große Bautätigkeit hervorgerufen, so daß acht bis neun kleine Provinzstädte 500 bis 1000 Wohnungen aus kommunalen Mitteln bauen.

Aus diesen Tatsachen will ich nicht die prinzipielle Folgerung ableiten, daß die kommunale Bautätigkeit in eigener Regie das Ideal ist, das überall zu befürworten wäre. Sie beweist nur, daß, wo eine organische Wohnungspolitik nicht besteht, solche Zustände hervorgerufen werden, welche dieses Mittel als das geeignetste erscheinen lassen. Der Mangel einer organischen Wohnungspolitik ist in Budapest und anderwärts dadurch hervorgerufen, daß kein eigenes Organ für die Wohnungsfürsorge, kein Wohnungsamt vorhanden ist. Diese hochwichtige Angelegenheit war bei uns in den verschiedenen Sektionen des Magistrats zersplittert und das hat bewirkt, daß die Frage nicht mit der nötigen Umsicht und mit dem nötigen sozialen Sinn gefördert wurde. Infolgedessen hat der Magistrat beschlossen, ein Wohnungsamt zu errichten, welches auf Grund aller Erfahrungen, die in den anderen Kulturländern gesammelt wurden, ein solches zentrales Amt sein soll, das alle Zweige der Wohnungspolitik vereinigt, die von einer Kommune betrieben werden können. Dieses Amt soll drei Abteilungen umfassen. In der einen Abteilung soll die große Masse von kommunalen Wohnungen nach einheitlichen sozialen, finanziellen und wohnungspolitischen Gesichtspunkten verwaltet werden wie in England. Es soll zweitens eine Abteilung für die Wohnungsverwaltung, nämlich Wohnungsaufsicht, Wohnungsstatistik, Wohnungsvermittlung, Rechtsauskunft usw., erstellt werden und endlich soll eine dritte, wohnungspolitische Abteilung auf Grund der praktischen Erfahrungen der anderen Abteilungen alle Maßnahmen für die Zukunft vorbereiten. Ich hoffe, daß die Tätigkeit dieses Wohnungsamtes solche Resultate herbeiführen wird, daß wir einmal in der Lage sein werden, den Kongreß bei uns zu begrüßen, um Ihnen die praktischen Erfolge dieses Amtes vorzuführen. (Beifall.)

E. Schmid, Magistratsrat und Landtagsabgeordneter (München): Gestatten Sie mir namens eines Teiles der Delegierten

der Stadt München einige Bemerkungen. Wir sind im höchsten Grade verwundert, ja direkt enttäuscht über das, was wir gestern von einigen Rednern des Internationalen Wohnungskongresses vernehmen mußten. Wir erachten es als unsere Pflicht, dies hier zu dokumentieren und unsere Anschauungen über die Aufgaben des Kongresses kurz darzulegen. Wir sind uns wohl bewußt, daß der Internationale Wohnungskongreß nur eine Aussprache pflegen, keine Beschlüsse fassen oder nach irgend einer Richtung positive Maßnahmen treffen kann. Weil dem so ist und die angeschnittene Frage seit Jahren theoretisch doch gewiß in reichem Maße schon erörtert worden ist, so sollte der Kongreß, der Positives ja nicht leisten kann, wenigstens die praktische Wohnungsreform, die Fortschritte auf dem Gebiete der gemeinnützigen Bautätigkeit nicht auch noch hemmen! (Zustimmung.) Darauf liefen aber die mit starkem Beifall aufgenommenen Reden der Herren Oberbürgermeister Marx und Justizrat Baumert hinaus. Das ist einfach unerhört! (Beifall.) Es wurde auf diesem Kongreß bestritten, daß es Aufgabe der Kommune sei, selbständig Wohnungsreform zu treiben; unter keinen Umständen dürfe das in großen Städten geschehen, damit sich dort nicht immer noch mehr Menschen ansiedeln. Kann ein verkehrterer Standpunkt eingenommen werden? Die Städte vergrößern sich doch auch aus sich selbst. Dem muß Rechnung getragen werden. Vor wenigen Tagen ist ein großer Gelehrter, Professor Dr. Robert Koch, gestorben, der uns gesagt und wissenschaftlich nachgewiesen hatte, welch eminenten Einfluß das schlechte Wohnen auf die Volksgesundheit ausübt. Üble Wohnungsverhältnisse verseuchen unser Volk. Sind Epidemien, Seuchen aber erst einmal vorhanden, so machen sie auch nicht halt an der Schwelle der Besserwohnenden, der Reichen. (Beifall.) Alle Kreise sind an der Lösung der Wohnungsfrage deshalb interessiert. Unberechenbar sind also die schlimmen Folgen des Wohnungselendes. Wir haben in München eine Wohnungsenquete, alle Wohnräume im ganzen Stadtgebiet umfassend, durchgeführt. Wir haben so die volle Wahrheit erfahren; sie war nicht schön, das Ergebnis dieser Enquete hat uns krasse Übelstände gezeigt. Sie lassen sich nicht mehr hinwegdeuteln oder gar bestreiten.

Nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wenn so die tatsächlichen Verhältnisse festgestellt sind, wenn die Gemeinde, wenn der Staat sieht und weiß, wo es fehlt, wenn

die Privatbautätigkeit versagt und die Banken mit der Belehnung zurückhalten, wenn die Not größer wird von Jahr zu Jahr, soll es da nicht Aufgabe der Gemeinde, der Regierung sein, mit aller Energie helfend einzugreifen? Es wäre geradezu ein Verbrechen, wenn die genannten Stellen untätig blieben, sie müssen die Wohnungsreform in Angriff nehmen. Und daß die selbsttätige, praktische Wohnungspolitik zu ernstesten Aufgaben, zu den Pflichten der Gemeinden und der Landesregierungen zählt, das muß hier auf dem Internationalen Wohnungskongreß offen und bestimmt ausgesprochen werden. (Lebhafter Beifall.) Meine Damen und Herren! Was ist auf dem Gebiete der kommunalen Wohnungsfürsorge geschehen? Nur die Stadt Ulm allein hat seit Jahren vorbildlich gewirkt, nur sie hat praktische Erfahrungen gesammelt und große Erfolge erzielt. Gestern aber hat ein Kongreßteilnehmer diese wohnungsreformerische Tätigkeit getadelt. Wir in München haben Anfänge zu verzeichnen. Die Gemeinde erstellt zurzeit selbst Kleinwohnungen, sie beginnt die gemeinnützigen Baugenossenschaften zu fördern und sie belehnt private Wohnungsbauten. Die Stadtgemeinde München hat gegen acht Millionen Mark ins Feuer gestellt. Der bayerische Staat unterstützt diese Tätigkeit entschieden durch Bereitstellung von Geldmitteln. Der bayerische Landtag hat in dieser Session dem Eisenbahnminister zehn Millionen Mark für den Bau von Bediensteten- und Arbeiterwohnungen genehmigt und nun wird auf dem Internationalen Wohnungskongreß davon geredet, daß Gemeinde und Staat die Hände davon lassen sollen, daß der Privatbautätigkeit keine Konkurrenz gemacht werden darf! Nein, der Kongreß darf dieser fortschrittlichen Bewegung, der ohnehin von anderer Seite große Schwierigkeiten gemacht werden, nicht auch noch Hemmnisse bereiten, er muß vielmehr für die Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit durch Gemeinde und Staat mit allem Nachdruck eintreten. (Beifall.)

Wir haben in Bayern ein staatliches Institut, die Kulturrentenanstalt, das den Bauvereinen unter Haftung der Gemeinde ausreichende Mittel für die Herstellung von Kleinwohnungen gewährt. Ganz besondere Begünstigungen sind der Landwirtschaft zugedacht zum Zwecke der Ansiedelung ländlicher Arbeiter. Das Gesetz ist seit zwei Jahren in Kraft, bis zur Stunde ist, wie Minister v. Brettreich jüngst im Landtag bestätigte, nicht ein einziges Gesuch eingelaufen, das Mittel beansprucht für eine bessere Unterbringung ländlicher Arbeiter. Die

Landwirte klagen über Landflucht, tun aber nichts, um ihren Arbeitskräften den Aufenthalt erträglich, menschlich zu gestalten. Der kgl. bayer. Zentralwohnungsinspektor Regierungsrat Bergmann (auf dem Kongresse anwesend) hat Erhebungen angestellt und gefunden, daß die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande auch in Bayern sehr schlecht, die landwirtschaftlichen Dienstboten bisweilen ganz miserabel, so erbärmlich wie in Ostelbien untergebracht sind. In Stadt und Land tut Hilfe not. Gemeinde und Staat müssen, weil im gleichen Maße interessiert, mit vereinten Kräften mitwirken, die Übelstände zu beseitigen. Doch wie auch die Frage gelöst, welche Form gewählt werden mag, daran muß festgehalten werden, die Unabhängigkeit der Wohnungsinhaber darf in keiner Weise beeinträchtigt werden, damit auch dem Arbeiter diese Wohlfahrtseinrichtungen zugute kommen. (Beifall.)

Stadtrat Dr. Boldt (Dortmund): Ich möchte auf Grund langjähriger praktischer Erfahrungen und theoretischer Beschäftigungen auf dem Gebiet der Wertzuwachssteuer zunächst einige Worte zur Wertzuwachssteuer sprechen. Ich möchte dabei zunächst hervorheben, daß Herr Oberbürgermeister Marx aus Düsseldorf mit den Ausführungen, die er gestern über die Wertzuwachssteuer gemacht hat, unter den Leitern der großen deutschen Gemeindeverwaltungen vollständig isoliert dasteht. (Widerspruch.) Alle Leiter der großen deutschen Gemeindeverwaltungen stehen auf dem Standpunkte, daß die Einführung einer kommunalen Wertzuwachssteuer dringend erwünscht ist. Der Oberbürgermeister von Berlin ging, als vor drei Jahren die Einführung einer kommunalen Wertzuwachssteuer unter dem Einflusse der Grundinteressenten in Berlin abgelehnt wurde, so weit, daß er diesen Akt der Ablehnung als einen „dies ater“ als einen schwarzen Tag in der Geschichte der Berliner Gemeindeverwaltung bezeichnet hat. Ich selbst würde Gegner der Wertzuwachssteuer sein, wenn ich die Überzeugung hätte, daß durch Einführung dieser Steuer die kommunale Wohnungspolitik geschädigt werden könnte. Ich habe mich seit Jahren sowohl theoretisch als praktisch mit der Wohnungsfürsorge beschäftigt, praktisch als langjähriger Vorsitzender des Dortmunder Spar- und Bauvereines, welcher bisher zirka 1300 Wohnungen für Minderbemittelte fertiggestellt hat und damit an der Spitze der preußischen Arbeiterbaugenossenschaften steht. Ich stehe im Gegensatze zu verschiedenen Vorrednern auf dem Standpunkte, daß die Wertzuwachssteuer bei richtiger Ge-

staltung nicht nur eine einseitige finanzpolitische Maßregel ist, sondern zur Förderung einer gesunden kommunalen Bodenpolitik dienen kann. Dies kann dadurch erreicht werden, daß man mäßige Gewinne, welche der selbsthabende Hausbesitzer nach längerer Eigentumsdauer erzielt, vollkommen steuerfrei läßt, dagegen die hohen Gewinne, welche durch große Wertsteigerungen in Geschäftsstraßen durch City-Bildungen entstehen, kräftig besteuert und ganz besonders hohe Gewinne erfaßt, welche die großstädtischen Bodenspekulanten und die Urbesitzer (Millionenbauern) in Großstädten erzielen. Die erheblichen Erträge, welche durch eine solche Besteuerung erzielt werden, können dadurch sehr wohl der kommunalen Boden- und Wohnungspolitik nutzbar gemacht werden, daß sie zu Bodenankäufen und Förderungen gemeinnütziger Bautätigkeit Verwendung finden.

Ich möchte nur noch auf einige Punkte ganz kurz hinweisen, welche bei der Erörterung des ersten Punktes unserer Tagesordnung kaum gestreift worden sind. Ich bin der Ansicht, daß es Aufgabe der Gemeinde ist, Bauterrains in genügendem Umfange zu erschließen, und daß man diese Aufgabe nicht, wie es insbesondere in Berlin und seinen Vororten geschehen, der Terrainspekulation überlassen soll. Bei der Erschließung von Bauterrains müssen die Baublöcke so gestaltet werden, und Bauordnungen eingeführt werden, daß Hinterwohnungen, denen kein Licht und keine Luft zugeführt wird, unmöglich werden. Durch Bauordnungen muß eine allzu schrankenlose Ausnützung des Terrains durch eine zu große Stockwerkezahl und eine zu weitgehende Überbauung der vorhandenen Fläche verhütet werden.

Die Wohnungsfrage ist in erster Linie eine Bodenfrage und gelingt es, die Bodenpreise herabzudrücken, was durch vorgenannte Maßregeln nach den gemachten Erfahrungen durchaus möglich ist, so wird man auch die Wohnungsverhältnisse in erheblichem Maße verbessern. (Beifall.)

Professor Dr. Fuchs (Tübingen): Gestatten Sie mir nur zwei kurze Bemerkungen. Es hat gestern ein Redner von dem Buche eines Engländers, Lord Avebury, und von den ungünstigen Erfahrungen der kommunalen Bodenpolitik und Wohnungspolitik englischer Städte gesprochen. Da keiner unserer englischen Freunde darüber gesprochen hat und dieser Äußerung entgegengetreten ist, gestatten Sie mir, der ich mich mit

diesen Verhältnissen eingehend beschäftigt habe, darüber ein Wort zu sagen.

Die Wissenschaft ist, mit Ausnahme meines Kollegen Ehrenberg, der das Buch herausgegeben hat, heute wohl in allen Ländern der Meinung, daß die Anschauungen, die Lord Avebury darin vertreten hat, in hohem Grade übertrieben sind. Was speziell die Frage der Wohnungspolitik der englischen Städte betrifft, so hat er sich ausschließlich beschäftigt mit derjenigen des Londoner Grafschaftsrates und einzelner Londoner Distrikte, die allerdings ein sehr kostspieliges Experiment waren, weil man sich an einer Stelle, die viel zu wertvoll war, bemüht hat, Arbeiterwohnungen zu schaffen. Später hat der Londoner Grafschaftsrat, indem er außerhalb der Grenzen Londons Wohnungen anlegte, eine andere Wohnungspolitik betrieben.

Vor allem aber haben die eigentlich typischen Städte, wozu London nicht gehört, jene Städte, die charakteristisch sind für die englische Gemeindeverwaltung, Liverpool, Manchester, Glasgow usw., überaus große Erfolge auf dem Gebiete der Gemeindeeigenbauten erzielt, indem es speziell in Liverpool gelang, nachdem die Slums niedergerissen waren, für die allerunterste Klasse Wohnungen zu bauen, die von dieser Klasse bezogen wurden und eine gewaltige Hebung der Bevölkerung herbeigeführt haben. Es handelte sich vielfach um irische Elemente. Jene Bauausführungen haben gar keinen Zuschuß erfordert und haben die Armenpflege ersetzt.

Ich stimme nicht vollständig mit Herrn Oberbürgermeister v. Wagner überein in bezug auf die Richtigkeit und Ausdehnung des unmittelbaren Häuserbaues durch die Gemeinde. Ich bin durchaus nicht der Ansicht, daß, was in der Mittelstadt vortrefflich ist, auch in den ganz großen Städten möglich und wünschenswert sein würde; denn es muß damit gerechnet werden, daß hier eine solche Politik ein stärkeres Einströmen der Bevölkerung in die Städte zur Folge haben kann, ein Hereinströmen von durchaus nicht erwünschten Elementen. Ich bin durchaus nicht der Ansicht, daß die Notwendigkeit dann beginnt, wenn die private Bautätigkeit nicht für jeden einzelnen Arbeiter ein Haus zu schaffen in der Lage ist. Ich meine, man soll sich beschränken auf die Fälle der größeren und dringenderen Notwendigkeit, besonders wenn es sich, wie in London, um die Sanierung von ganzen Stadtteilen handelt. Dann sollte allerdings die Stadt bauen, aber es nicht so machen

wie Hamburg, denn sonst werden die damit verfolgten sozialen Zwecke nicht leicht erreicht werden.

Noch einen zweiten Punkt kann ich nicht unbesprochen lassen, nämlich die Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters Marx, der die Möglichkeit der Dezentralisation der Industrie überhaupt als lächerliche Utopie bezeichnet. Das Beispiel, das er als Argument anführte, trifft nicht zu. Er sagt, die Verpflanzung aus dem Westen in den Osten Preußens sei mißlungen. Diese Verlegung, die Verpflanzung der Industrie nach dem Osten Preußens, ist gescheitert, weil man einen ganzen historischen Entwicklungsprozeß überspringen wollte. Sie ist nicht gescheitert an dem Vorherrschen des Großgrundbesitzes, sondern an dem Fehlen gut besiedelter Landstädte und eines dichten Bauernstandes, wobei natürlich die Industrie ebensowenig gedeihen konnte wie in Oberitalien. Wenn ein solches unhistorisches Experiment mißlingt, so beweist das gar nichts.

Was wir unter Dezentralisation verstehen, ist, daß die großen Städte sich in der unmittelbaren Umgebung auflösen, daß neue Industrien, die mit großen Wasserkräften an neuen Orten auftauchen, sich nicht wieder in der Großstadt ansammeln, sondern daß sie Ansiedlungen, kleine Anlagen in der Umgebung werden, die uns als Gartenstädte vorschweben. Sie werden auch hygienisch nicht schlechter sein als die Großstädte, denen wir sehr danken für das, was sie auf hygienischem Gebiete geleistet haben, an die wir aber auch denken müssen bei der Geschichte, die Herr Pohlmann vom gelben Fieber und dem Petroleum erzählt hat. Viele dieser Ausgaben wären erspart worden, wenn man rechtzeitig daran gedacht hätte, richtig vorzugehen. (Beifall.)

Mr. Austin Harford, Deputy Chairman, Liverpool Housing Committee (Liverpool): Although not quite in order I am, at the request of the president, with the indulgence of the delegates, allowed 5 minutes in which very briefly to place before the Congress as much information as possible on the policy of the Liverpool Corporation in Housing the working classes. The Liverpool Municipality felt it a far amount obligation to clear with an iron hand the slum areas of Liverpool. This is done by the powers given by various acts of Parliament, some local to Liverpool, others general to the whole Country. What is known as a slum dwelling is one back to back to another house without any through ventilation,

without proper water supply and necessary sanitary and water-closet conveniences. Some are situated in the front seats and many are in what we call courts, a court being a small place with six or eight houses, facing each other, almost within arm's stretch of each other and approached from the main street. It is a cul-de-sac, entered in some cases through a sort of tunnel. At the top of the court are one and in some cases two water-closet's for the whole court, the population of which may vary from 40 to 50 persons. There is also only one water-tap for the whole court. There is no through current of air either through the court itself or the houses. These abominable houses are the foul heritage handed down to Liverpool from the negligent past and our city is determined to wipe it out at any cost. It happens occasionally that when clearing a large area, say of 250 houses, a number of comparatively good houses have to be demolished. That cannot be helped as old houses cannot be allowed to stand alongside of new ones as a new scheme of housing. In 1864 there were 22.000 insanitary houses of the type I refer to. To-day there are about 6.000. Some ten years ago the corporation felt it a pressing duty to take up the policy of rehousing the people they dispossessed, thus preventing these people from overcrowding into other districts and perpetuating the evils of slum congestion. Most of the inhabitants of the insanitary areas are of the casual labourer type of workmen, nearly all of whom are dependent on dock-work. Consequently they are compelled to be in frequent intercourse (perhaps two or three times a day when seeking work) with the docks, owing to the fluctuation of the tides and arrivals of ships at the dock-side. These men earn on an average 14 sh. to 20 sh. per week. The corporation, realising the needs of meeting the requirements of this class, that is, to provide houses near to their work at rents similar to those paid in the old houses, have erected on, or close to the cleared slum areas some 2.500 up-to-date sanitary dwellings each containing one to four rooms and a separate water-closet and sanitary arrangements. The rents are about 1 sh. 3 d. per room per week, the scullery is not counted as a room. The Local Government Board compel the city to rehouse at least 50% of those dispossessed.

The effects of this policy of Liverpool from a health, a moral and general uplifting standpoint have been remarkable. The corporation dwellings are comparatively free from con-

tagious diseases, whereas the old insanitary areas where active breeding grounds of smallpox, typhoid, and tuberculosis was rampant. The death-rate has come down to the normal percentage of the city as a whole. Whereas three policemen were required formerly to maintain good order on a given area, only one is now needed. Thus briefly, in a tabloid form, I have given within the few minutes at my disposal, the work of housing the labouring classes carried on in Liverpool. I have not touched on the grave problems lying between this life and death question. But Liverpool is satisfied with the work it is doing. It is tackling the question at the bottom and the future will find Liverpool progressing upward from the centre of the city to the outskirts as the needs of her mixed community demands. It has cost the Liverpool ratepayer about 2 sh in the Pound. This is willingly paid, it being felt the City benefits as a whole both in the present and in the future in what we all proudly proclaim to be a holy and in the best socialistic sense, a godlike work.

Ehrenpräsident Lepreux übernimmt den Vorsitz und führt ihn bis zum Schlusse der Sitzung.

M. O. Velghe, Directeur général de l'Administration du service de santé et de l'hygiène (Bruxelles), fait connaître que si aucun rapport belge n'a été présenté au sujet de cette question, c'est parce que, d'une manière générale, la politique communale, en Belgique, s'est caractérisée par l'abstention. Il estime néanmoins que l'on peut tirer quelques renseignements utiles pour le Congrès de cette attitude prise en matière du logement, par les municipalités belges. Leur abstention a, en effet, coïncidé avec une activité très grande déployée dans l'assainissement des agglomérations, assainissement qui a été notablement facilité par les lois qui permettent l'expropriation par zones. Mais précisément parce que les communes, en démolissant les quartiers ouvriers ne se préoccupaient pas de loger les populations privées de leur logement, il en résulta que les conditions de logement des classes nécessiteuses ont continué à laisser beaucoup à désirer. Le mal était non pas supprimé, mais déplacé.

Jusque dans ces dernières années l'opinion publique était, du reste, opposée à l'intervention directe des communes en cette matière. On constate cependant depuis quelque temps un revivement dû en partie aux travaux des Congrès, mais en partie aussi aux enquêtes sur les logements qui ont dévoilé

dans les grands centres des situations lamentables; et en partie enfin à cette constatation que le mouvement auquel a donné naissance la loi du 9 août 1889 n'a pas eu de résultats dans les grandes villes, surtout pour les classes les plus nécessiteuses.

On constate donc depuis quelque temps une tendance à faire intervenir les municipalités et quelques unes d'entre elles se montrent disposées à intervenir. Mais malheureusement elles ne peuvent plus agir comme il le faudrait, pour remédier à la situation à raison du coût élevé des terrains. On voit donc d'une part des sociétés d'habitations ouvrières, d'autre part des communes pleines de bonne volonté, mais dans l'impuissance d'agir. L'initiative privée et l'action des municipalités sont toutes deux en échec.

C'est pour cette raison que Mr. Velghe, s'adressant à ses amies d'Autriche, leur dit: Ne faites pas comme en Belgique, ne laissez pas passer le moment favorable. Faites des enquêtes, mais n'attendez pas qu'elles soient terminées pour agir, car elles ne feront que confirmer des situations que vous connaissez ou que vous soupçonnez. N'attendez pas de nos discussions qu'elles vous éclairent sur le meilleur parti à prendre.

Tentez au contraire les essais qui ont été réalisés ailleurs. Choisissez les solutions qui vous paraissent le mieux cadrer avec vos usages, vos mœurs nationales. Sans doute, toutes offrent leurs inconvénients. La pratique vous le révélera d'elle même. Tâchez de les éviter ou de les réduire au minimum. Mais que ces inconvénients ne vous arrêtent pas de crainte que les enquêtes et les discussions théoriques ne vous fassent perdre un temps précieux et ne vous exposent dans l'avenir et quand vous vous serez décidés à agir, à ne pouvoir remédier à la situation qu'au prix de sacrifier d'argent autrement considérable qu'à l'heure actuelle. (Applaudissements.)

Professor Flussner (Reichenberg): Es wurde unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß es nicht so sehr die hohe Miete sei, welche die Notlage des kleinen Mannes verursache, als vielmehr der Umstand, daß er in manch anderer Beziehung viel mehr ausgabe, als seinen Verhältnissen entspreche. Demgegenüber sei festgestellt, daß das Volk im großen und ganzen bestrebt ist, seiner wirtschaftlichen Lage gerecht zu werden. Insbesondere sei auf die Mäßigkeitsbewegung unserer Tage hingewiesen. Die gute Lösung der Woh-

nungsfrage kann ein geeignetes Mittel sein, die soziale Frage auch nach anderer Seite hin lösen zu helfen.

Für die in Frage gestellte Zweckmäßigkeit der Dezentralisation der Industrie bietet meine Heimatstadt Reichenberg ein schönes Beispiel. Reichenberg in Böhmen, mit einer Bevölkerung von etwa 34.000 Einwohnern (die nächste Umgebung zählt beiläufig die gleiche Bewohnerzahl) ist der Mittelpunkt einer hervorragenden Industrie. Diese hat nur zum Teile ihren Standort innerhalb des Stadtgebietes, zum größeren Teile ist sie über den ganzen Bezirk und darüber hinaus verbreitet. Die Arbeiter wohnen nicht in dichten Massen beisammen, sondern zerstreut in anmutig gelegenen Häuschen, woselbst sie teilweise auch Landwirtschaft betreiben. In der Stadt selbst konzentriert sich auf einem verhältnismäßig engen Gebiet ein geistig und kulturell hochstehendes Gesellschaftsleben und auch eine prächtige Gartenstadt, wenn auch nicht auf gemeinnütziger Grundlage im engeren Sinne, ist seit zwei Jahrzehnten im Aufblühen begriffen. Gleichsam als Angebinde zum Wohnungskongresse hat der Stadtrat die Erbauung von Musterwohnhäusern für städtische Bedienstete und einen ausgiebigen Nachlaß der städtischen Umlagen für Umbauhäuser beschlossen. Andere Maßregeln stehen noch in Vorbereitung. Auch die Industrie hat bereits Stellung genommen und eine der hervorragendsten Textilfirmen hat die Errichtung moderner Arbeiterwohnhäuser in größerem Stile beschlossen.

Es wurde ferner die Frage der Eingemeindung der städtischen Vororte in Erörterung gezogen. Bei der ohnehin gewaltigen Ausdehnung der Weltstädte mag es scheinen, daß die Eingemeindung von allzu fernliegenden Gebieten bei Überschreitung gewisser Grenzen ihren Zweck nicht mehr erfüllt. Für kleinere Verwaltungsgebiete jedoch ist sie ein unentbehrliches Mittel für die Zusammenfassung der örtlichen Kräfte, durch welche allein an die Lösung größerer Aufgaben des Gemeinwohles herangetreten werden kann. Es sollten daher Gesetze geschaffen werden, welche die Schwierigkeiten einer Eingemeindung, dort wo sie sich ihr entgegenstellen, aus dem Wege räumen.

Die Frage des Tages, ob die Gemeinde Trägerin der Wohnungsfürsorge sein soll, scheint mir von ihrem Verhältnisse sowohl zum Staate, als auch zum einzelnen Bürger abzuhängen. Der Staat gewährt dem letzteren Freizügigkeit und Heimatrecht, aber im kulturell geordneten Staate muß dem Bürger

auch die Möglichkeit geboten sein, für sich Wohnung nehmen zu können. Der Staat kann die Erfüllung dieser Forderung nur auf die Gemeinde des Aufenthaltes und der Arbeitsleistung des Staatsbürgers übertragen und diese ist vermöge ihrer Beziehung zum Staatsganzen verpflichtet, die Wohnungsfürsorge unter Mitwirkung des Staates zu übernehmen. Es ist nahelegend, die Beamtschaft mit diesem Gedankengange in Verbindung zu bringen. Die österreichische Beamtschaft ist hoch erfreut, daß nunmehr auch die österreichische Regierung sowohl den Staatsbeamten als auch den Gemeinden hinsichtlich der Unterbringung der ersteren zu Hilfe kommt. Allein es ist unmöglich, daß der Staat diese Vorsorge für alle Gemeindeangehörigen treffe. Darum muß die Gemeinde selbst die Trägerin des Wohnungswesens werden. Damit aber begibt sich die Wohnungsreform von dem Gebiete der Humanität auf dasjenige der sozialen Forderung und Gesetzgebung. (Beifall.)

Heinrich Kohl, Obmann des Humanitären und Rechtsschutzvereines für Eisenbahner Österreichs (Wien): Meine Erlebnisse und Erfahrungen geben mir gewissermaßen die Berechtigung zum Eingriff in die Debatte. Ich möchte mir erlauben, vor allem dasjenige zu empfehlen, was zur Durchführung der Wohnreform in erster Linie unbedingt notwendig ist. Die Grundlage zur Durchführung der Wohnreform ist die Organisation der einzelnen Bevölkerungsklassen dem Stande nach.

Hochverehrtes Präsidium! Senden Sie erfahrene Leute in die Welt, welche die Wohnreform predigen, aufklärend wirken, organisieren und den Ring zur Lösung der Bodenfrage in bezug auf Erstehung des Bodens bilden!

Was die Kreditbeschaffung respektive Belehnung und deren Höhe betrifft, so muß ich alle aufgestellten Normen als ungewiß bezeichnen. Vielmehr wird sich die prozentuale Höhe derselben nach dem Vertrauen in die Sicherheit richten, welche das Unternehmen bietet. Jedenfalls ist aber der Kredit zu mäßigem Zinsfuß ausschlaggebend. Ich, der ich das Dienstverhältnis und das Einkommen des Eisenbahners kenne, trete im Namen der zu vertretenden Körperschaften für das Einfamilienhaus für Eisenbahner ein. Durch die Bemühungen des Humanitären und Rechtsschutzvereines für Eisenbahner Österreichs ist es gelungen, das Mitglied ein Einfamilienhaus ohne Anzahlung auf Grund des Quartiergeldes zur Deckung der Darlehenszinsen, der Amortisation, der Steuer, der Brandschaden-

versicherung, der Erhaltungskosten, erwerben zu lassen, wobei bemerkt wird, daß das Mitglied sofort auf den Grund noch dazu angeschrieben worden ist. Die Sicherstellung liegt in der gesunden Veranlagung des Unternehmens. Der Not an entsprechenden Wohnungen für die Arbeiterklasse ist die weitestgehende Bedeutung beizumessen. Und hilft sich der Eisenbahner aus eigenem und helfen Staat und Gemeinden nach Möglichkeit dazu, dann ist das gesunde Ausgleichsstadium geschaffen, es ist dem Staate, den Gemeinden, dem Eisenbahner, den Eisenbahnerfamilien geholfen.

J. C. Tellegen, Direktor der Bau- und Wohnungspolizei (Amsterdam): Ich fange nicht an mit dem schwarzen Schaf, dem Oberbürgermeister von Düsseldorf, sondern ich habe noch ein anderes schwarzes Schaf, das ist unser vorzüglicher Übersetzer Bellom. Herr Bellom hat ohne Zweifel Vorzügliches für uns geleistet, wenn er übersetzt hat. Aber ob er auch Vorzügliches geleistet hat, wenn er von sich selbst gesprochen hat, das kann ich nicht glauben. (Heiterkeit.) Ich erinnere mich, daß er von zwei Advokaten gesprochen hat, der eine Advokat verdient viel, der andere Advokat verdient wenig und er sagt: „Es muß mit den Steuern auch so sein, der eine muß mehr bezahlen als der andere.“ Ich hatte einen Freund, der Student war, und der sagte: „Jeder Vergleich ist falsch.“ Ich glaube, dieser Vergleich unseres vorzüglichen Übersetzers ist auch falsch. In vielen Ländern und in vielen Städten haben wir jetzt eine Einkommensteuer, nicht nur absolut, sondern auch relativ, und ich glaube, daß der eine Advokat, der wenig verdient, nicht nur absolut, sondern auch relativ weniger zahlt als der Advokat, der viel verdient. Ich glaube darum, daß Professor Bellom in diesem Punkte nichts Vorzügliches geleistet hat.

Nun komme ich auf das wirkliche große schwarze Schaf dieser zwei Tage, den Herrn Oberbürgermeister von Düsseldorf, zu sprechen. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich muß sagen: Ich glaube wirklich nicht, daß der Herr Oberbürgermeister von Düsseldorf so schwarz ist, wie er gestern und heute geschildert wurde. Er hat uns erinnert an die schönen Tage von 1902, die uns so angenehm waren. Wir haben noch unvergeßlich in Erinnerung die schönen Tage von Düsseldorf und den Wohnungskongreß, der dort getagt hat. Erinnern wir uns: War das eine Stadt, wo von der kommunalen Verwaltung nichts geschieht? Alles war kommunal! Wir haben in der städtischen

Tonhalle in städtischer Regie Feste gefeiert in kommunaler Verwaltung, wir haben Wein und Bier aus städtischen Kellereien getrunken (Heiterkeit), wir haben in Düsseldorf in städtischer Regie getanzt unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeisters, des schwarzen Schafes. (Lebhafte Heiterkeit.) Darum ist es unmöglich, daß der Mann wirklich so schwarz hat sein wollen, wie es gestern geschienen hat.

Aber es ist ein psychologisches Moment in dieser Sache. Wenn einer in seinem Leben viele Jahre hart gearbeitet und viel geleistet hat, dann kommt ein Augenblick, wo er ein wenig zurückgeht. Der Herr Oberbürgermeister von Düsseldorf hat dort auf dem kommunalen Gebiete, auch auf dem Gebiete der kommunalen Wohnungstätigkeit viel gearbeitet. Wir haben — es ist schon acht Jahre her — unter der Leitung des Herrn Oberbürgermeisters die städtischen Wohnungen gesehen. Darum glaube ich, daß man nicht so weit gehen mußte, wie es gestern und heute geschehen ist.

Es ist noch eine Bemerkung über die Kindersterblichkeit zu machen. Hier, glaube ich, hat der Herr Oberbürgermeister unrecht. Herr Inspektor Gretzschel hat versucht, ihm zu erwidern, es ist ihm aber nicht gelungen. Warum ist die Kindersterblichkeit in den Großstädten geringer als auf dem flachen Lande? Weil sich die Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten geändert haben. Früher war die Kindersterblichkeit auf dem Lande niedriger. Aber alle Fortschritte der Zivilisation, alles Große, was geleistet wurde in der medizinischen Wissenschaft und in Krankenhäusern, alle Fürsorge auch für Säuglinge und Kinder hat sich in den großen Städten vollzogen, darum ist die Sterblichkeit in den Städten niedriger.

Welche Folgerung müssen wir daraus ziehen? Daß wir an das platte Land eine große Schuld auch in bezug auf die Wohnungsfrage abzutragen haben. Die Herren haben heute gesagt, die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande seien schlecht. Auch in Holland ist es so. Das holländische Gesetz vom Jahre 1901 hat den großen Fehler, daß es dem platten Lande nicht Rechnung getragen hat. Darum soll der Internationale Wohnungskongreß nicht streiten, ob die Leute vom Lande in die Stadt gehen sollen; der Internationale Wohnungskongreß muß sich für die Wohnungsverbesserung auf dem platten Lande einsetzen. (Beifall.)

Ich komme nicht auf die Steuersache zu sprechen, das ist gewiß meine Sache nicht, auch weil ich eine fremde Sprache

spreche. Aber zum Schlusse will ich sagen: Ein französisches Sprichwort lautet: „Qui trop embrasse, mal étireint.“ Ich glaube, das Organisationskomitee und das Comité permanent haben das Sprichwort nicht genau bedacht. Wir haben zu viel auf die Tagesordnung gesetzt. Darum will ich sagen: Für den nächsten Kongreß muß die kommunale Wohnungspolitik wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wir haben viel gesprochen von der Umsatzsteuer und vom kommunalen Wohnungsbau, aber wir haben nicht gesprochen von der Zwangsenteignung. Wenn der nächste Kongreß in Holland tagt, dann können Sie über Zwangsenteignung um so mehr sprechen, weil die holländischen Städte im Jahre 1901 das Recht erhalten haben, unter königlicher Genehmigung Grund für Häuser zu enteignen. Wir können Ihnen dann über unsere Tätigkeit berichten. Ich glaube, das ist sehr wichtig.

Herr Rey hat gesagt: „Wir müssen Boden haben.“ Ich könnte ihn fragen: Wie kommen wir zu Boden? Wir müssen fragen: Wie kommen wir in den Städten von den schlechten Vierteln, den Slums usw. los? Als wir nach Lüttich kamen, sagte der Oberbürgermeister: „Die neuen Teile von Lüttich werde ich mit meiner Stadtverordnetenversammlung selbst fertig machen. Aber, Kongreß von Wohnungsverbesserern, helfen Sie mir von den schlechten Häusern!“ Wir haben das auch heute noch nicht getan, das müssen wir auf dem nächsten Kongreß noch einmal besorgen. Wir in Holland sind sehr damit beschäftigt.

An die Steuern — das ist auch heute gesagt worden — muß man die Leute ein bißchen gewöhnen. Wir haben das in unserer Geschichte erfahren. Wir haben uns von Spanien freigemacht. Der Herzog von Alba wollte, daß wir 10% Steuer zahlen sollten, aber das wollte Holland nicht zahlen. Für die volle Freiheit dagegen bezahlen wir mehr als 10% (Heiterkeit) und fangen keinen Krieg untereinander an. Wenn nur die Leute wissen, daß sie für die Steuer etwas haben! Wenn man mehr und mehr durch Erhebungen und durch Enqueten die öffentliche Meinung erkennen läßt, wie schlecht die Wohnungsverhältnisse sind, dann wird auch die Wohnungssteuer gezahlt werden. Ich glaube, wir müssen auch die Frage der Wohnungsenqueten auf dem nächsten Kongreß noch einmal gründlich erörtern.

Ich habe schon zu lange gesprochen. Aber der Herr Präsident wollte, daß auch eine Stimme aus Holland sprechen soll.

Die Stimme aus Holland bittet, dem Herrn Präsidenten den verbindlichsten Dank aussprechen zu dürfen. Ich hoffe, daß wir auf dem nächsten Kongreß die kommunale Wohnungspolitik noch weiter behandeln werden — vielleicht mit einem beschränkteren Programm, so daß die Diskussion etwas gründlicher geführt werden kann als in diesen zwei Tagen. (Beifall und Händeklatschen.)

(Mit Zustimmung der Versammlung erwidert Professor Bellom auf die Ausführungen des Herrn Tellegen.)

Professeur Maurice Bellom (Paris): Je ne veux pas manquer de répondre à la spirituelle objection de M. Tellegen. Il a trouvé naturel que l'impôt sur le revenu frappe inégalement les deux avocats que j'avais pris pour exemple d'un phénomène de rente. Il me permettra de lui répondre que, de deux choses l'une: ou bien les deux avocats habitent deux villes différentes et alors les charges qui résultent du prix de la vie rendent la comparaison impossible; ou bien ils habitent la même ville et alors si l'impôt sur le revenu frappe chacun d'eux de taxes dont l'inégalité ait précisément pour cause le phénomène de rente, il me paraît aussi injuste que l'impôt sur la plus-value des immeubles. J'ajouterai que la rente ne se manifeste pas seulement chez les hommes; elle apparaît également chez les animaux: un cultivateur a deux chevaux nés de la même mère et dont l'un a plus de force que l'autre: il y a là encore un phénomène de rente, et nul n'aurait l'idée de le prendre pour base d'un impôt. La valeur de l'exemple, que j'avais donné des deux avocats me semble donc incontestable.

Bürgermeister Gielen (Neuß am Rhein): Wenn auch meine beiden Herren Kollegen Weissenborn und Dr. Boldt schon gegen die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Marx Einsprache erhoben haben, möchte ich doch noch einige Worte sagen, damit nicht der Anschein erweckt werde, als ob man speziell am Rhein allen Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Marx zustimmen und seine Ansichten teilen würde. Gerade im Rheinland, in dem industriell am meisten entwickelten Teile Deutschlands, ist man, soweit ich unterrichtet bin, der entgegengesetzten Ansicht. Aus Neuß, direkt vor den Toren von Düsseldorf, kann ich die praktischen Belege dafür erbringen.

Die Stadt Neuß grenzt an Düsseldorf unmittelbar an, die Südgrenze von Düsseldorf ist die Nordostgrenze von Neuß.

Stadtverordnetenversammlung und ich stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß die kommunale Wohnungspolitik eine der wichtigsten Fragen und Pflichten der Kommunalverwaltung ist, und zwar die Wohnungsförderung in jeder Hinsicht. Wir haben in unserer Stadt von 37.000 Einwohnern in den letzten Jahren das Kleinwohnungswesen dadurch gefördert, daß wir für einige der städtischen Angestellten selbst Wohnungen gebaut haben, daß wir uns an den Aktien einer gemeinnützigen Baugenossenschaft mit 100.000 Mark beteiligt und für drei gemeinnützige Gesellschaften einen Ausfall von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark übernommen haben. Wir haben auch dafür gesorgt, daß nicht nur das gemeinnützige Bauwesen in der Form der Genossenschaft gefördert wird, sondern wir haben dadurch, daß wir eine besondere Anleihe zur Hergabe von zweiten Hypotheken aufgenommen haben, dafür gesorgt, daß Privatleute bauen können. Wir geben zweite Hypotheken bis zu 75% des Wertes zu einem um $\frac{1}{4}\%$ höheren Zinsfuß als die erste Hypothek. Die erste Hypothek gibt die städtische Sparkasse. Wir haben es auch dazu gebracht, daß über ein Fünftel des gesamten Grundes der Stadt in städtischem Eigentum ist. Wir können $1 m^2$ Boden für Arbeiterwohnungen um eine Mark hergeben. Das ist unmittelbar vor den Toren von Düsseldorf der Fall. Im Stadtbezirke von Düsseldorf liegen große Flächen, besonders in den eingemeindeten Stadtteilen, wo Terrain für zwei und höchstens drei Mark pro Quadratmeter in vielen Hundert Morgen erhältlich ist, und zwar in solcher Lage, daß es sofort anbaufähig ist.

Also selbst in den rheinischen Großstädten dürfte es möglich sein, kleine Wohnungen, Ein- und Zweifamilienhäuser zu bauen und nicht die Leute in den vierten und fünften Stock und unter das Dach zu verweisen. Ich hoffe, daß die königliche Regierung in Düsseldorf daran festhalten wird, daß Mansarden- und Dachwohnungen nicht zugelassen werden.

Bezüglich der Wertzuwachssteuer teile ich die Ansicht meiner Kollegen Weissenborn und Dr. Boldt. Wir sind der Ansicht, daß die kommunale Wertzuwachssteuer eine der besten Steuern ist, die wir haben können; denn die Gemeinden haben durch ihren Wagemut und durch die Kräfte der Gesamtheit das Vermögen geschaffen, das die einzelnen Grundbesitzer jetzt einstecken wollen. Der beste Beweis ist, daß die Metropole des Rheinlandes, die Stadt Köln, als erste die Wertzuwachssteuer eingeführt hat. Wir haben es gleichfalls getan und

haben gleichzeitig beschlossen, daß der Ertrag in erster Linie für die Verschönerung der Stadt verwendet werden soll. Auf diese Weise kommt der Ertrag wieder den Grundbesitzern zugute, denn durch die Verschönerung der Stadt wächst auch der Wert von Grund und Boden des Einzelnen.

Das alles haben wir — ich möchte das gegenüber den Ausführungen von Dr. v. Mangoldt besonders bemerken — sowohl in Köln als in Neuß gemacht, obgleich die Mehrzahl der Stadtverordneten, bei uns 23 von 24, Grund- und Hausbesitzer sind. (Beifall.) Wir haben die gemeinnützige Bautätigkeit unterstützt auf Grund von Beschlüssen, die sämtlich einstimmig gefaßt wurden. (Beifall.) Sie sehen, daß selbst bei dem heute allerdings schlechten kommunalen Wahlrecht es möglich ist, auf diesem Gebiete zu wirken.

Was die Dezentralisation der Industrie anbelangt, so muß ich es mir versagen, darauf einzugehen, und zwar einmal wegen der Kürze der Zeit und ferner, weil mir sonst von der Nachbarschaft Düsseldorf vorgeworfen werden könnte, ich spreche pro domo. (Lebhafter Beifall.)

Generalreferent Oberbürgermeister v. Wagner (Ulm) (Schlußwort): Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe gestern, als ich mein Referat erstattete, keineswegs in Aussicht genommen, daß alle die verschiedenen Köpfe unter einen Hut gebracht werden können. Es sind so verschiedene Länder, so verschiedene Interessengruppen bei unserem Kongresse vertreten, daß an einen einheitlichen Leitsatz wohl kaum zu denken ist.

Freilich, daran habe ich kaum gedacht, daß ein so großer Widerstand gegen die Frage der kommunalen Wohnungsfürsorge überhaupt sich in den Reihen der Kongreßteilnehmer zeigen wird. Vor allem hat auch mich die Haltung des Herrn Oberbürgermeisters von Düsseldorf in hohem Grade verwundert. Aber, meine Damen und Herren, wenn gestern das Schifflein der kommunalen Fürsorge fürchten mußte, in den Grund gehöhrt zu werden — heute ist es wieder flott geworden (Heiterkeit) und ich hoffe, daß es mit immer frischerem Winde hinaussegeln wird in die Wogen und Wellen des sozialen Lebens.

So viel ist ja doch auch bei diesem Kongresse festgestellt worden, daß allenthalben eine Wohnungsnot besteht, die die private Bautätigkeit nicht oder nicht in genügendem Maße zu berücksichtigen und zu befriedigen imstande ist, und daß, wenn nun eine Lücke in der Fürsorge besteht, dann die kom-

munale Wohnungsfürsorge in ihren verschiedenen Formen eintreten soll.

Wenn ich an die Spitze meiner Leitsätze den Selbstbau durch die Gemeinde gestellt habe, so bin ich freilich nach dem Ergebnis der Beratungen dazu gezwungen, diesen ersten Satz an den Schluß zu stellen. Allein ich hoffe, daß ein künftiger Kongreß ihn wiederum an die Spitze stellen wird.

Herr Dr. v. Mangoldt hat ausgeführt, daß Ulm solche Erfolge nicht erzielt haben würde, wenn in Württemberg das preußische Wahlrecht Geltung hätte, d. h. mit anderen Worten: wenn nur oder wenn vorzugsweise Hausbesitzer in der Stadtvertretung tätig wären. Ich muß, so wenig Sympathie ich für das preußische Wahlrecht habe, doch eine Lanze für die Hausbesitzer brechen. Denn auch ich kann wie mein Kollege von Neuß feststellen, daß die auf die sozialen Maßnahmen abzielenden Beschlüsse der bürgerlichen Kollegien, insbesondere die Beschlüsse über die kommunale Wohnungsfürsorge und den Selbstbau, einstimmig gefaßt wurden, und ich kann feststellen, daß die Mitglieder der bürgerlichen Kollegien damals, als die grundlegenden Beschlüsse gefaßt wurden, durchwegs Hausbesitzer waren. Zur Ehrenrettung der Hausbesitzer muß ich das also feststellen.

Aber das muß ich freilich auch konstatieren, daß diese Hausbesitzer allmählich durchdrungen worden sind von der Überzeugung, daß es sich hier um eine soziale große Tat handle, und daß man hier eine Brücke schlagen muß zwischen dem zum Teil berechtigten Egoismus der Bauunternehmer und anderseits den Forderungen des Gesamtwohles. Und in dieser Richtung kann ich feststellen, daß bei uns die Erkenntnis vollkommen vorhanden ist, daß, wenn man heute von Fortschritten der Kultur in Staat und Gemeinde reden will, man dann an diesen Fortschritten auch die arbeitenden Klassen hinsichtlich der Gestaltung ihres Wohnungswesens teilnehmen lassen soll und muß (Beifall), und das kann meines Erachtens dadurch geschehen, daß man ein Arbeitereigenhaus schafft. Ich schließe meine Ausführungen damit, daß ich wiederhole: Die Gemeinde an die Spitze der Wohnungsfürsorge! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

II. Thema:

Die Organisation des Kredites für die gemeinnützige Bautätigkeit.

Generalreferent Hofrat Professor Dr. H. Rauchberg (Prag): Es ist heute nicht das erste Mal, daß der internationale Wohnungskongreß sich mit der Frage der Kreditorganisation beschäftigt. Schon auf dem Kongresse zu Düsseldorf hat Herr Professor Fuchs in seinem Referate über „Die Abhängigkeit der Wohnungsmieten von Bodenpreis, Baukosten und Besteuerung“ die Wohnungsfrage in erster Linie als eine Kreditfrage erklärt. Als Kreditfrage in einem negativen und in einem positiven Sinne. In positivem Sinne: Erleichterung des soliden und volkswirtschaftlich nützlichen Kredites; in negativem Sinne: Erschwerung des unsoliden und volkswirtschaftlich schädlichen Kredites. Gewöhnlich wird nur die eine Seite dieses Problems, die Erleichterung des Kredites, berücksichtigt und so auch in der Fassung des Themas, über welches ich zu referieren die Ehre habe. Die andere Seite wird in der Regel vernachlässigt. Aber beide Seiten des Kreditproblems sind unlöslich miteinander verbunden wie die Aversseite und die Reversseite einer Medaille. Ich muß daher, bevor ich die mir gestellte Frage beantworte, wie der Kredit für die gemeinnützige Bautätigkeit zu organisieren sei, die Bedeutung des Kredites für die Wohnungsfrage überhaupt kurz besprechen und eine Übersicht über die wichtigsten der in den einzelnen Ländern zur Verfügung stehenden Kreditquellen geben.

Es mag vielleicht auf den ersten Blick befremden, daß die Beschaffung des Kredites für die solide Bautätigkeit überhaupt den Gegenstand einer Frage bildet. Denn noch nie ist die Kapitalbildung so rasch vor sich gegangen wie jetzt. Zu keiner anderen Zeit wurden von den Volkswirtschaften der zivilisierten Länder so erhebliche Ertragsüberschüsse kapitalisiert und auf den Anlagemarkt geworfen. Und welche Anlageform könnte dem Kapital erwünschter sein als wie die bequemste und sicherste: in Hypotheken? Wie kann es da an Kapital für die Bautätigkeit fehlen? Dieser Einwand ist durchaus berechtigt. In der Tat besteht nicht ein Mangel, sondern eher eine Überfülle des Kapitals, das dem Hypothekenmarkt zuströmt. Nicht in dem Mangel an Kapital, sondern in der richtigen Organisation des Kredites liegt die Schwierigkeit.

Gestatten Sie, daß ich, bevor ich dies erweise, durch wenige Ziffern zeige, um wie gewaltige Beträge es sich dabei handelt. Schon in seinem bekannten Werke über den deutschen Kapitalmarkt hat Professor Eberstadt nach älteren Materialien die gesamte Bodenverschuldung des Deutschen Reiches auf nicht weniger als 60 Milliarden Mark, die jährliche Kapitalzufuhr des deutschen Hypothekenmarktes auf mehr als zwei Milliarden geschätzt. So gewaltig diese Ziffern auch sind, so bleiben sie doch hinter der Wirklichkeit zurück. Denn in Preußen allein wächst die Hypothekenschuld jährlich um mehr als 2 Milliarden, wovon $1\frac{1}{2}$ Milliarden auf die städtischen, $\frac{1}{2}$ Milliarde auf die ländlichen Bezirke treffen. In Österreich übersteigt die jährliche Zunahme der Bodenverschuldung $\frac{1}{2}$ Milliarde Kronen, wovon beiläufig die Hälfte auf die größeren Städte entfällt. Als überwiegende Ursache werden Darlehen und gestundete Kaufschillingsreste angegeben.

Unter den Quellen des Hypothekarkredits sind selbstverständlich in erster Linie die Pfandbriefinstitute zu nennen. Nach Hechts Statistik der deutschen Hypothekenbanken betragen die Darlehen der deutschen Hypothekenbanken 9581 Millionen Mark, wovon 8970 Millionen auf städtische und nur 611 Millionen auf landwirtschaftliche Grundstücke kommen. Die österreichischen Banken hatten im Jahre 1907 3529 Millionen Kronen in Hypotheken und Kommunaldarlehen angelegt.

An zweiter Stelle stehen die Sparkassen. Die Sparkassen des Deutschen Reiches verwalteten im Jahre 1906 nicht weniger als 14.200 Millionen Mark; hiervon waren rund 5680 Millionen oder 40% auf städtische, 21% auf ländliche Grundstücke hergeliehen. Das Verwaltungsvermögen der österreichischen Sparkassen betrug im Jahre 1907 5556 Millionen Kronen. Hiervon war der größere Teil, 3330 Millionen, in Hypothekendarlehen angelegt.*) Dazu kommen als weitere wichtige Geldquellen die öffentlichen und privaten Versicherungsanstalten, die Waisenkassen usw. Im Deutschen Reiche haben, um auch hierfür ein Beispiel zu geben, 41 der größten Versicherungsanstalten 3120 Millionen Mark in Hypotheken angelegt.

Sie sehen, wie gewaltig die Kapitalmengen sind, die dem Hypothekenmarkte und damit, wie man meinen sollte, auch der Bautätigkeit zur Verfügung stehen. Gelänge es, diese Ka-

*) Darunter 161·5 Millionen in hypothekarisch sichergestellten Gemeindedarlehen.

pitalsquellen in der Tat heranzuziehen, so könnte von einer Kreditnot der gemeinnützigen Bautätigkeit nicht die Rede sein.

Die Schwierigkeit liegt darin, daß diese Kapitalien, wie die Untersuchungen Eberstadts dargetan haben, eben ganz überwiegend nicht der Bautätigkeit zur Verfügung stehen, sondern in erster Linie dazu dienen, das stetige Anwachsen der Grundrente in Form hypothekarischer Belastung zu eskomprieren und die durch die Steigerung der Bodenpreise erzielten Gewinne zu realisieren. Ich kann mit Professor Eberstadt zwar nicht darin übereinstimmen, daß die Spekulation mit Hilfe des Hypothekarkredits lediglich „fiktive“ Werte schaffe. Die Grundlage der Wertbildung ist offenbar der durch die Konzentration des wirtschaftlichen Lebens in den Städten gewaltig gesteigerte Nutzen, den Grund und Boden als die unentbehrliche Unterlage zur Herstellung von Geschäfts- und Wohnräumen bieten. Aber darin hat Professor Eberstadt zweifelsohne Recht, daß in jenen Ländern, wo Hypothekenrecht und Grundbuchsordnung es gestatten, die größere Hälfte des erst durch die Bebauung zu schaffenden Mehrwertes in der Form hypothekarischer Belastung vorweggenommen wird, bevor noch der erste Spatenstich getan, der erste Ziegel gelegt ist. Mag ein derartiger Kredit, privatwirtschaftlich betrachtet, vollkommen sicher und solid sein, volkswirtschaftlich wirkt er doch schädlich. Denn er erleichtert das Emporschnellen der Grundrente und der Bodenpreise, er verschärft die Unterschiede des Vermögens und Einkommens, er macht die gesamte Volkswirtschaft und die breiten Schichten des arbeitenden Volkes verhältnismäßig wenigen Grundbesitzern tributär, er erschwert die Bautätigkeit und begünstigt den Bauschwindel. Die letzten beiden Punkte sind für uns die entscheidenden.

Die Erschwerung der Bautätigkeit liegt darin, daß der erst durch das Bauwerk zu schaffende Wert schon im voraus verpfändet ist. Es bleibt daher nichts übrig zur Sicherung der Bauhandwerker, deren Hände Arbeit das Gebäude und damit auch den dem Boden zugerechneten und mit ihm im voraus verpfändeten Wert schuf. Das wird vielfach absichtlich oder doch leichtfertigerweise ausgenützt, um die Bauhandwerker zu schädigen und den Grundbesitzer oder Bauführer zum Schaden derselben zu bereichern.

Dieser Zustand hat zu der hauptsächlich von Professor Eberstadt vertretenen Forderung geführt, Bodenwert und Bauwert, Bodenschuld und Meliorationsschuld rechtlich zu son-

dem. Dadurch soll verhindert werden, daß der Wert des Bauwerkes nach dem römisch-rechtlichen Grundsatz: superficies cedit solo dem Boden zuwachse und von dem Grundbesitzer durch hypothekarische Belastung vorweggenommen, die Forderung des Bauhandwerkers aber gefährdet werde. Eine so radikale Umwälzung des österreichischen und des deutschen Grundbuchrechtes halte ich für aussichtslos. Aber das damit angestrebte Ziel würde, wie ich glaube, erreicht werden, durch den in beiden Ländern angestrebten Schutz der Bauhandwerker. Im Deutschen Reiche hat die Gesetzgebung bereits den ersten Schritt in dieser Richtung getan. In Österreich werden hierüber seit langer Zeit in den beteiligten Kreisen Verhandlungen geführt. Der II. Internationale Mittelstandskongreß, der vor zwei Jahren in Wien tagte, hat über diese Frage verhandelt und es hat sich eine allgemeine Übereinstimmung der Ansichten dahin herausgebildet, daß die Bauhandwerker durch ein Vorzugspfandrecht an dem Bauwerke oder an der Baugeldhypothek zu schützen seien. Die rechtliche Durchführung dieses Problems ist Sache der Juristen. Es handelt sich dabei um eine Analogie mit der Organisation des ländlichen Meliorationskredits, die ja in der österreichischen Gesetzgebung schon seit längerer Zeit durchgeführt ist. Der leitende Gedanke ist der folgende: Durch die Melioration entsteht ein neuer Wert. Der für die Melioration erforderliche Kredit ist nur zu erlangen, wenn dem Gläubiger ein Vorzugspfandrecht an diesem durch die Melioration zu schaffenden neuen Werte eingeräumt wird. Da derselbe ohne die Melioration nicht entstanden wäre, werden die übrigen Gläubiger durch den Vorrang der Meliorationshypothek nicht geschädigt. So ist auch der Schutz der Bauhandwerker gedacht. Sie sollen ein Pfandrecht an dem Bauwerke erhalten, das den Grundschulden vorangeht.

Gegen diesen Plan wird eingewendet, daß er den Hypothekarkredit schädigen werde. Nichts kann irriger sein. Nicht um eine Schädigung, sondern um eine zeitweise Einschränkung des Hypothekarkredits handelt es sich. Er soll, solange das Gebäude nicht steht, nicht ausgedehnt werden auf den den Baukosten entsprechenden Wert. Dann steht dieser Wert zur Beschaffung und Sicherung des Baukredits zur Verfügung.

Sie sehen, wie wichtig der Schutz der Bauhandwerker für die gesamte Bautätigkeit, mithin auch für die gemeinnützige ist. Er allein ermöglicht es, den im Bauwerke steckenden Wert

zur Befriedigung der Bauhandwerker zu reservieren. Die zeitliche Verschiebung wird die Gesundung des Kredits mit sich bringen. Dann wird der Kredit nicht vorweggenommen, sondern zur richtigen Zeit eingesetzt werden, nicht zur Bereicherung des Grundbesitzers, sondern zur Bezahlung der Bauhandwerker dienen. Darum ist der Schutz der Bauhandwerker im Namen der Kreditorganisation der gemeinnützigen Bautätigkeit auf das nachdrücklichste zu fordern.

Der Nachteil unseres gegenwärtigen Hypothekensystems besteht darin, daß den Hypothekargläubigern die Verwendung der geliehenen Kapitalien gleichgültig ist. Die größten und wichtigsten Geldquellen verlassen sich einfach auf die Mündelsicherheit, an welche sie gesetzlich gebunden sind. Freilich ist diese Sicherheit oft nur trügerisch. Denn sie beruht auf mehr oder weniger willkürlichen und nicht immer unbeeinflußten Schätzungen.

So kommt es, daß gerade die reichlichsten Kreditquellen zwar der Bodenwertsteigerung, nicht aber auch der Bautätigkeit, vollends der gemeinnützigen Bautätigkeit zur Verfügung stehen. Die besonderen Kreditbedürfnisse derselben sind in den Referaten der Herren Dr. Lošfák und Dr. Přibram klar auseinandergesetzt worden: Die gemeinnützige Bautätigkeit benötigt einen weit über die Grenze der Mündelsicherheit hinausgehenden Kredit bis etwa 85% oder 90% des gesamten Geldaufwandes. Dieser Kredit muß unkündbar, langfristig und nach Maßgabe der eingehenden Überschüsse über die Verzinsung und Erhaltungskosten amortisabel sein. Und er muß vor allem billig sein, das heißt nicht teurer als wie der Zinsfuß erststelliger Hypotheken. Da jene mächtigen Geldquellen, die ich Ihnen früher vorgeführt habe, über die Mündelgrenze nicht hinausgehen, fehlt es an Quellen für zweite Hypotheken, welche diesen Anforderungen entsprechen. Dadurch wird alle Bautätigkeit erschwert, die gemeinnützige Bautätigkeit aber, die vielfach unter ungünstigeren Bedingungen arbeitet, geradezu lahmgelegt.

Wie kann nun der Geldnot der gemeinnützigen Bautätigkeit abgeholfen werden? Wie können ihr ausreichende Kapitalien unter den Bedingungen zugewendet werden, unter welchen allein sie zu bestehen vermag? Der Grundgedanke der Reform ist der folgende:

Die bisher für die großen und entscheidenden Geldquellen allein maßgebende mechanische Beleihungsgrenze ist zu er-

setzen oder doch wenigstens zu ergänzen durch Garantien für die ökonomisch, technisch und sozialpolitisch richtige Verwendung der aufgenommenen Kapitalien. Unter dieser Voraussetzung können Staat und Gemeinde als Garanten für die über die Mündelsicherheit hinausgeliehenen Beträge eintreten. Darin und nicht in irgend einer ziffermäßigen Beleihungsgrenze liegt die wahre Sicherheit des Kredits. Solche Garantien müssen für die gemeinnützige Bautätigkeit durch eine besondere Kreditorganisation geschaffen werden, sonst verdurstet sie trotz der Überfüllung des Hypothekenmarktes.

Zwei Wege führen zum Ziele: der eine besteht darin, daß neue Kreditquellen erschlossen werden, die sich nicht ausschließlich von privatkapitalistischen Erwägungen leiten lassen, nicht nur der höchstmöglichen Sicherheit und Verzinsung nachgehen, sondern auch der öffentlichen Wohlfahrt zu dienen suchen. Der andere Weg besteht darin, daß die alten und ergiebigeren Quellen und Organisationsformen des Kredits der gemeinnützigen Bautätigkeit erschlossen werden. Das kann geschehen, wenn ihnen anstatt der beengenden Mündelsicherheit andere Garantien für die Sicherheit des Kapitals und der Verzinsung geboten werden. Beide Richtungen müssen verfolgt werden.

Wie die vorliegenden Referate über die Kreditorganisation der einzelnen Länder erkennen lassen, haben diejenigen Länder, die der Wohnungsfrage bisher näher getreten sind, fast ausschließlich den ersterwähnten Weg eingeschlagen. Damit ist gewiß viel Nützliches geschaffen worden. Aber eine durchgreifende Lösung der Wohnungsfrage, das lassen die vorliegenden Referate erkennen, ist damit nicht erzielt worden. Sie wird sich nur ermöglichen lassen, wenn es gelingt, durch eine wirksame Garantieorganisation die großen Kreditquellen, die sich bisher abseits gehalten haben, der gemeinnützigen Bautätigkeit zuzuführen.

Um die Richtigkeit dieses Gedankens zu erweisen, wollen wir einen Blick auf die Kreditorganisation der einzelnen Länder werfen.

1. In England ermächtigt die Housing of the working classes act, III. Teil, von 1890 die Lokalbehörden, Kredit zur Erbauung von Arbeiterhäusern zu gewähren. Durch ein Gesetz von 1900 sind sie auch zur Verpachtung von Baugründen zu diesem Zwecke ermächtigt worden. Die Small dwellings acquisition act von 1899 ermächtigt sie weiterhin, Darlehen zum

Erwerb von kleinen Häusern bis zu vier Fünftel ihres Wertes zu gewähren. Diese Begünstigungen sind jedoch an ziemlich enge Grenzen gebunden. Es ist mir nicht bekannt, in welchem Umfange von den Ermächtigungen des Gesetzes Gebrauch gemacht und was auf dieser Grundlage geleistet worden ist. Wirklich große und wichtige Leistungen sind die bekannten Assanierungswerke und Bauunternehmungen einzelner Städte, insbesondere des Londoner County Council, die gänzlich auf Kosten des öffentlichen Haushaltes gehen. Besondere Kreditorganisationen für die gemeinnützigen Baugesellschaften und für die Gartenstadtbewegung scheinen in England nicht zu bestehen. Das Kapitalsbedürfnis der Bautätigkeit wird, wie es scheint, innerhalb des Rahmens der allgemeinen Kreditorganisation in ausreichender Weise befriedigt. Das hängt offenbar damit zusammen, daß die englischen Grundbesitzverhältnisse, die üblichen Bauformen und Wohnsitten eine Bodenspekulation und Preistreiberei, wie sie sich auf dem Kontinent entwickelt hat, nicht aufkommen ließen.

2. Die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen in den Building and loan associations ihre eigentümliche Kreditorganisation. Durch den Bericht des Herrn John Nolen werden wir hierüber unterrichtet. Diese Gesellschaften gewähren ihren Teilnehmern Darlehen bis zum Nominalbetrage der gezeichneten Genossenschaftsanteile. Eine geringe Anzahlung genügt; der volle Betrag wird durch allmähliche Einzahlungen erreicht. Die Beleihung geht bis zu 60 bis 80% des Kapitalsbetrages. Der Zinsfuß beträgt 4 bis 6%. 1904 bestanden 5326 Gesellschaften mit 1.7 Millionen Mitgliedern und 647 Millionen Dollars Vermögen. Die 4444 Gesellschaften, welche Berichte über ihre Tätigkeit vorgelegt haben, haben die Errichtung von 314.755 Häusern ermöglicht.

3. Die Kreditorganisation Belgiens, Frankreichs und Italiens stimmt darin überein, daß sie die Staatssparkasse zum Mittelpunkt hat. In Belgien die Caisse générale d'épargne et de retraite, in Frankreich die Caisse des Dépôts et Consignations, welche den Zentralreservfonds aller Sparkassen verwaltet, in Italien die Cassa dei depositi e prestiti. Die größten Erfolge sind in Belgien erzielt worden. Hier schieben sich zwischen der Staatssparkasse und den Kreditnehmern Kreditgesellschaften ein, die zumeist auf dem Aktienprinzip beruhen. Es genügt, wenn ein Zehntel des Nominalkapitals bar eingezahlt ist, dann können sie von der Staatssparkasse Dar-

lehen bis zum halben Betrage des Nominalkapitals erhalten. So kann das von ihnen investierte Kapital bis zum 32fachen Betrage ausgenützt werden. Auch an Gemeinden können Darlehen gewährt werden. Der Zinsfuß für Darlehen an Arbeiterbaugesellschaften beträgt 3, unter gewissen Bedingungen sogar nur $2\frac{1}{2}\%$. Seit dem Jahre 1889 bis zum Jahre 1909 sind im ganzen 86.6 Millionen Franken für die gemeinnützige Bautätigkeit hergeliehen worden, von welchen Ende 1909 77.5 Millionen noch ausständig waren. Diese Darlehen haben die Errichtung von rund 46.300 Häusern ermöglicht.

Viel bescheidener sind die Erfolge, die in Frankreich und in Italien erzielt worden sind. Über Frankreich werden wir durch den ausgezeichneten Bericht des Herrn M. L. Ferrand, über Italien durch den Bericht des Herrn Generaldirektors Magaldi unterrichtet. Die französischen Gesetze von 1894, 1906 und 1908 ermächtigen die Sparkassen und Armenverwaltungen sowie die Caisse des Dépôts et Consignations, die letztere für den von ihr verwalteten Zentralreservfonds der Sparkassen, bis zu einem Fünftel ihres Vermögens unter gewissen Voraussetzungen in Arbeiterhäusern*) anzulegen. Dies ist in verschiedenen Formen möglich: durch direkten Häuserbau, durch Darlehen an gemeinnützige Baugesellschaften, durch Subskription von Aktien oder Obligationen; in gleicher Weise können nach dem Gesetze von 1906 auch die Gemeinden die gemeinnützige Bautätigkeit fördern; auch können sie auf zehn Jahre die Zinsen für Aktien und Obligationen solcher Baugesellschaften bis zu 3% garantieren. Die Ergebnisse sind bisher recht bescheiden. Die Aufwendungen der Sparkassen während der Jahre 1904 bis 1908 beschränken sich auf 7.64 Millionen Franken, die Caisse des Dépôts et Consignations hat 1896 bis 1908 etwas über 12 Millionen hergeliehen. Armenverwaltungen und Gemeinden haben sich so gut wie gar nicht beteiligt.

In Italien bildet die Cassa dei depositi e prestati die Hauptquelle für die gemeinnützige Bautätigkeit, hauptsächlich unter Vermittlung der Gemeinden. Außerdem sind die wichtigsten gemeinnützigen Kreditorganisationen, wie Sparkassen, Pfandbriefanstalten, die Gemeindeverwaltungen, Invaliden- und Altersversicherungsanstalten, Volksbanken usw., unter verschie-

*) Die Sparkassen werden durch das Gesetz von 1908 auch ermächtigt, einen Teil ihres Vermögens zur Errichtung von Arbeitergärten, für Bäder und direkte Darlehen zur Errichtung von Arbeiterhäusern zu verwenden.

denen Bedingungen ermächtigt, Darlehen für die gemeinnützige Bautätigkeit zu geben. Die Beleihungsgrenze geht bis zwei Drittel, tritt eine Lebensversicherung hinzu, bis zu sieben Zehntel des Bedarfes. Außerdem ist die Cassa dei depositi e prestiti ermächtigt worden, ein Darlehen von 10 Millionen Franken zur Errichtung von Beamtenwohnungen (in Rom) herzugeben, der Pensionsfonds für Eisenbahnbedienstete bis zu 30 Millionen. Aus dem Berichte des Herrn Magaldi erhellt, daß, von den erwähnten Ausnahmen und der Invalidenkassa abgesehen, welche sechs Millionen hergegeben hat, die einzelnen Geldquellen, insbesondere die Sparkassen, von den gesetzlichen Ermächtigungen nur sehr zurückhaltend Gebrauch machen. Immerhin sind schon erfreuliche Erfolge erzielt worden und noch größere für die Zukunft zu erhoffen.

4. In Holland, Dänemark und Norwegen steht der gemeinnützigen Bautätigkeit Staatskredit zur Verfügung. In Holland wird er nach dem Berichte des Reichswohnungsinspektors Faber an Gemeinden für Bauvereine oder auch für Gemeindebauten bis zu 100% des Kapitalbedarfes erteilt. Die Vorschüsse bewegen sich aber in sehr engen Grenzen. Es wurden im ganzen 89 Bauvereine anerkannt und Vorschüsse im Betrage von 3,724.600 Gulden erteilt.

In Dänemark wurden 1890 bis 1902 jährliche Staatsvorschüsse im Betrage von zwei Millionen an Gemeinden und Gesellschaften zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit aufgewendet.

In Norwegen gewährt der Staat aus einem „Hausleihefonds“ kleine Darlehen an Gemeinden, damit diese sie an unbemittelte Bauführer weitergeben können.

5. Welche Bemühungen in Finnland gemacht worden sind, Staats- und Gemeindemittel für die gemeinnützige Bautätigkeit zu gewinnen und die Erfolge, die auf diesem Wege erzielt worden sind, erfahren wir durch den Bericht des Herrn Senators Stenroth.

6. Überaus lehrreich sind die Erfahrungen, die im Deutschen Reiche gemacht wurden. Hier sind für die gemeinnützige Bautätigkeit zwei Geldquellen erschlossen worden: die Invalidenversicherungsanstalten und staatliche Mittel. Im Vordergrund des Interesses stehen die Invalidenversicherungsanstalten. Sie haben bis 1909 280·5 Millionen Mark für Arbeiterwohnungen hergeliehen, wovon 42 Millionen außer der Mündelsicherheit. Aber die Mittel derjenigen Anstalten, die besonders

viel hergegeben haben, beginnen, wie aus dem Berichte des Herrn Dr. Altenrath erhellt, knapper zu werden und man muß auf die Erschließung anderer Quellen bedacht sein.

Das Reich hat 1901 bis 1908 33 Millionen Mark zur Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches zur Verfügung gestellt. Preußen hat 1895 bis 1907 94 Millionen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der vom Staate beschäftigten Arbeiter und gering besoldeten Staatsbeamten aufgewendet, wovon 56·4 Millionen zum Baue staats-eigener Wohnungen und 43 Millionen zu Darlehen. Auch Württemberg und Bayern haben staatliche Mittel aufgewendet.; in Bayern allerdings nur für das Staatseisenbahnpersonal. In Hessen und Schwarzburg sind staatliche Kreditanstalten eingetreten; in Bayern und Preußen steht nunmehr auch staatlicher Rentenbankkredit zur Verfügung. Welche Schwierigkeiten der Benützung dieser neuen Kreditquellen entgegenstehen, ist aus dem Bericht des Herrn Dr. Altenrath zu entnehmen. Hingegen haben alle anderen Kreditquellen, insbesondere die Sparkassen, in der Hauptsache versagt. Es wird daher von den sachkundigen Berichterstattem, um die gemeinnützigen Geldquellen besser ausnützen zu können, empfohlen, daß sich dieselben grundsätzlich auf zweite Hypotheken beschränken oder nur indirekt durch Garantieleistung eingreifen mögen. Die Berichte der Herren Dr. Altenrath und Regierungsrat Koska stimmen darin überein, daß für die beteiligten engeren Kreise zwar Wertvolles geleistet worden ist, daß aber alles bisher Erreichte weit hinter dem Bedürfnisse der breiten, unter dem Wohnungselende leidenden Volksmassen zurückbleibt.

7. Ein Gefühl tiefer Beschämung erfaßt mich, wenn ich an der Hand des Berichtes des Herrn Dr. Přibram über die dürftigen Ansätze zu einer Organisation des gemeinnützigen Baukredits in Österreich berichten soll. Gegenüber jenen 15 Millionen, die der preußische Staat alljährlich aufwendet, von den 100.000 Kronen zu sprechen, die der österreichische Finanzminister in das Budget eingestellt hat, schäme ich mich wirklich. Ich kann nur hoffen, daß dieses Gefühl der Beschämung in Zukunft auch von unserem Finanzminister geteilt werden wird. (Heiterkeit und Beifall.)

Das Pensions- und Provisionsinstitut der k. k. Staatsbahnen hat etwa 13 Millionen für Wohnhäuser für die Staatsbahn-

bediensteten aufgewendet, zum größten Teil in der Form von Hypothekendarlehen an Genossenschaften der Staatsbahnbediensteten. Vier Millionen Kronen aus Staatsmitteln sind als „Kaiser Franz Josef I.-Regierungsjubiläumfonds 1908“ zur Förderung des Beamtenbaugenossenschaftswesens verwendet worden. Zweckmäßigerweise gewährt dieser Fonds hauptsächlich Darlehen nur auf zweite, die Mündelsicherheit übersteigende Hypotheken. Sie sind mit 3% zu verzinsen und in der Regel mit $\frac{1}{2}\%$ jährlich zu tilgen. Die Gesamtbeleihung geht bis zu 90% des Schätzwertes. Aus diesem Fonds werden auch kurzfristige Bauvorschüsse gewährt, die nach der endgültigen Beleihung der damit errichteten Häuser zurückerstattet sind. Aber die Mittel dieses Fonds sind absolut unzulänglich. Er hat zwar in den Kreisen der Staatsbeamten die Genossenschaftsbewegung in Fluß gebracht, setzt sie aber der Gefahr aus, zu versiegen, weil seine Mittel bereits erschöpft sind. Wird der Fonds nicht bald in ausgiebiger Weise gekräftigt, so ist die einzige Wirkung die, daß dem geringen Teile der Beamtenschaft, der zuerst zur Stelle war, geholfen wird, alle anderen aber leer ausgehen, und nunmehr, da der Weg zur Besserung gewiesen, die Wohnungsnot, in der man sie schmachten läßt, doppelt hart empfinden.

Auch die Unfallversicherungsanstalten wollen einen Teil ihrer Deckungskapitalien der gemeinnützigen Bautätigkeit zur Verfügung stellen. Gegen die Errichtung von Eigenhäusern bestehen aber erhebliche Bedenken und die Gewährung von Darlehen über die Mündelsicherheit hinaus scheidet daran, daß die geforderte Garantie durch Solidarbürgschaft von Gemeinden, Sparkassen, Banken, Genossenschaften höherer Ordnung, Dienstgebern von anerkannter Solvenz usw. nur in den seltensten Fällen gewährt wird. Über die vereinzelt Versuche von Stadtgemeinden, der gemeinnützigen Bautätigkeit zuhelfe zu kommen, unterrichtet der Bericht des Baron Oppenheimer. Eine weitere Kreditquelle scheint sich in der bereits bestehenden allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte und insbesondere in der Alters- und Invalidenversicherung zu erschließen, deren gesetzliche Einführung eben jetzt unser Parlament beschäftigt. Allein der § 170 des Gesetzesentwurfes über die Sozialversicherung lehnt sich allzu engherzig an die Bestimmungen über die Kapitalsanlagen privater Versicherungsgesellschaften an; nur ein Viertel der Deckungskapitalien will er über die Mündelsicherheit hinaus mit Zu-

stimmung des Ministers des Innern für Arbeiterhäuser und Wohlfahrtszwecke zur Verfügung stellen.

So müßte denn mein Bericht über Österreich mit einem wenig tröstlichen Ausblicke schließen, wenn nicht in letzter Zeit ein neuer vielversprechender Gedanke aufgetaucht wäre in einer Regierungsvorlage über die Reform unserer Gebäudesteuer, eine sehr interessante Vorlage nicht bloß deswegen, weil Österreich unter allen Kulturstaaten die bei weitem höchste Gebäudesteuer hat, sondern auch weil die Regierung in diesem Entwurfe den richtigen Weg für die Organisation des Kredits betreten hat.

In dem Gesetzentwurfe über die Reform unserer Gebäudesteuer wird nämlich in Aussicht genommen, daß an Stelle weitergehender Steuernachlässe ein staatlicher Wohnungsfürsorgefonds errichtet werde, der allmählich 10 Millionen Kronen erreichen soll. Dieser Fonds ist in erster Linie dazu bestimmt, die Bürgschaft für Kapital und Zinsen jener Darlehen zu übernehmen, welche den Körperschaften der gemeinnützigen Bautätigkeit über die mündelsichere Beleihungsgrenze hinaus gewährt werden, namentlich bei Darlehen der Anstalten für soziale Versicherung, mit Zustimmung des Finanzministers aber auch für sonstige Darlehen. Es handelt sich also dabei hauptsächlich um die Bürgschaft für zweite Hypotheken im Ausmaße von beiläufig 35% des Kapitalbedarfes. Die Garantie deckt etwa den achtfachen Betrag der zweiten Hypothek. Ein Fonds von 10 Millionen würde demnach die Garantie von 80 Millionen und Gesamtinvestitionen von rund 225 Millionen Kronen ermöglichen. Sie sehen, daß verhältnismäßig geringe Mittel erhebliche Leistungen ermöglichen. Damit ist der richtige Weg zur Lösung der Kreditfrage gefunden. Nur muß die Errichtung dieses Fonds losgelöst werden von der Gebäudesteuerreform, womit er ja eigentlich nichts zu schaffen hat. Und in der Tat geht auch die Meinung unseres Abgeordnetenhauses dahin und ich hoffe, daß die Verhandlungen unseres Kongresses dazu beitragen werden, um den kurzsichtigen Widerstand der Regierung zu beseitigen.

Der Gedanke, Staatsgarantie unmittelbar oder durch Vermittlung eines staatlichen Kreditinstituts eintreten zu lassen, ist nicht neu. Schon die Führer der Reformbewegung auf dem Gebiete der Kreditorganisation zur Lösung der Wohnungsfrage, Albert Schäffle, Otto Lechler und Franz Brandts haben diesen Gedanken gefaßt und darauf beruhende Organisations-

projekte ausgearbeitet. Sie sind zwar nicht zur Ausführung gelangt, aber die Gedanken jener verdienstvollen Vorkämpfer auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge sind nicht verloren gegangen. Sie kehren in einer ganzen Reihe von Projekten wieder, die Sie in dem Referate des Regierungsrates Koska aufgezählt finden, und liegen auch den Leitsätzen zugrunde, die von den Herren Regierungsrat Koska, Doktor Lošťák und Dr. Příbram aufgestellt worden sind. Die gemeinsamen Gedanken dieser Referate, denen auch ich mich anschließe, lassen sich zu folgendem Programm für eine alle in Betracht kommenden Quellen zusammenfassende Organisation des Kredits für die gemeinnützige Bautätigkeit zusammenfassen:

1. Die Wichtigkeit der Wohnungsfürsorge für die physische und moralische Gesundheit des Volkes, mithin auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Wehrkraft des Staates muß die Staaten veranlassen, an die Spitze der Kreditorganisation für die gemeinnützige Bautätigkeit zu treten.

2. Dies kann entweder durch unmittelbares Eintreten des Staates, insbesondere durch Errichtung eines Garantiefonds oder durch Vermittlung staatlicher Kreditinstitute (Staatssparkassen, staatliche Rentenbanken usw.) unter staatlicher Haftung geschehen.

3. Die staatlicherseits eingesetzten Mittel sind in erster Linie dazu bestimmt, die Garantie für das Kapital und die Verzinsung der über die mündelsichere Beleihungsgrenze hinausgehenden, unter den unter Punkt 8 angeführten Voraussetzungen, bis 85 oder 90% des Kapitalbedarfes reichenden Hypotheken zu übernehmen. Die betreffenden Darlehen müssen unkündbar und in langfristigen Annuitäten rückzahlbar sein, die erst nach Vollendung des Baues zu laufen beginnen. Im Hinblick auf die Staatsgarantie werden dieselben voraussichtlich nicht oder doch nur unwesentlich höher zu verzinsen sein als wie erststellige Hypotheken. In der Form solcher Garantien wird durch die eingesetzten Kapitalien ein ungleich größerer Effekt erzielt werden als wie durch unmittelbare Darlehensgewährung.

4. Bei Darlehen, die durch Hypotheken- oder Rentenbanken gewährt werden, sind etwa eintretende Kursverluste bei der Ausgabe von Pfandbriefen oder Rentenbriefen oder durch Zuzählung der Darlehen in solchen dem Hypothekennehmer zunächst vorzustrecken. Die regelmäßige Tilgung des Schuld-

kapitals beginnt erst, nachdem die ersten Annuitäten zur Deckung des Kursverlustes verwendet sind.

5. Um die Aufnahme von Zwischenkredit (Baugeld) entbehrlich zu machen, sind die Hypothekendarlehen unter Einhaltung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln schon während der Bauzeit nach Maßgabe der Baufortschritte auszuzahlen. Die staatliche Garantie erstreckt sich auch auf den Baukredit.

6. Die Garantieleistung soll in erster Linie den Trägern der Sozialversicherung und ähnlichen Fonds, sowie den Landeshypothekenbanken und anderen öffentlichrechtlichen Pfandbriefinstituten zustatten kommen. Es besteht aber kein Grund, Sparkassen, private Versicherungsanstalten und andere öffentlichrechtlich organisierte Quellen des Hypothekarkredits von der staatlichen Garantie auszuschließen, wofern nicht der Bedarf schon durch die ersterwähnten Geldquellen gedeckt ist und die Garantiefonds hierfür ausreichen.

7. Um die erwähnten Träger des Hypothekarkredits zu befähigen, über die Mündelsicherheit hinausgehende Hypothekendarlehen unter staatlicher Garantie zu gewähren, sind die erforderlichen Änderungen in den Gesetzen und Statuten durchzuführen, welche die Tätigkeit dieser Kreditorganisationen regeln.

8. Die staatliche Garantie setzt aber auch eine angemessene Organisation der gemeinnützigen Bautätigkeit voraus. Sie soll nur solchen Körperschaften zustatten kommen, die sich satzungsgemäß die Wohnungsproduktion zur Aufgabe gemacht haben und den gesetzlichen oder statutarisch aufzustellenden Anforderungen in bezug auf die technische, hygienische, wirtschaftliche und sozialpolitische Richtigkeit der Bauführung und der Verwaltung der Gebäude entsprechen, und ihre technische und finanzielle Gebarung einer staatlichen oder der staatlichen gleichgehaltenen Revision unterwerfen.

9. Solange die hiermit vorgeschlagene Garantieorganisation nicht geschaffen ist, oder soweit dieselbe nicht ausreicht, muß darauf Bedacht genommen werden, unter den auch für die staatliche Garantie geltenden Voraussetzungen und Bedingungen

a) die bereits vorhandenen gemeinnützigen Kreditquellen besser auszunützen,

b) andere Kreditquellen heranzuziehen,

c) beiden Gruppen von Kreditquellen die erforderliche Sicherheit zu verschaffen.

Ad *a*) Um die gemeinnützigen Kreditquellen, insbesondere die staatlichen und kommunalen Wohnungsfürsorgefonds, die Mittel der sozialen Versicherung usw. besser auszunützen, sind dieselben grundsätzlich auf zweite Hypotheken und auf Baukredite zu beschränken.

Ad *b*) Um neue Mittel heranzuziehen, sind insbesondere die Sparkassen und Landeshypothekenbanken, Waisenkassen usw. zu Darlehen für die gemeinnützige Bautätigkeit zu veranlassen.

Ad *c*) Um den Hypothekargläubigern die erforderliche Sicherheit zu gewähren, wird die Übernahme der Garantie für Kapital und Zinsen seitens der Gemeinden, höherer Kommunalverbände (in Österreich der Länder) und anderer Interessenten sowie die Errichtung von Garantiefonds empfohlen. Entspricht die Bauführung den unter Punkt 8 angeführten Bedingungen, so ist die Gefahr von Verlusten nur gering und werden selbst bescheidene Fonds genügen, um der Bautätigkeit erhebliche Mittel zuzuführen.

Selbstverständlich kann die hier als Ersatz für die Staatsgarantie in Aussicht genommene Organisation auch neben derselben fortbestehen, um ergänzend einzugreifen.

10. Da die Durchführung aller hiermit angeregten Maßnahmen eine einheitliche, von finanzieller und technischer Einsicht und Erfahrung getragene Leitung erfordert, sind staatliche Wohnungsfürsorgeämter zu errichten. Ihnen sollen Beiräte zur Seite stehen, in welche Sachverständige aus den beteiligten Kreisen und Interessentengruppen zu berufen sind. In größeren Staaten mit großen örtlichen Verschiedenheiten und dezentralisierter Verwaltung werden zweckmäßigerweise auch bei den Provinzial- oder Landesstellen Abteilungen für den Wohnungsfürsorgedienst und ehrenamtliche Kommissionen unter Beteiligung der Interessentenkreise einzurichten sein. —

Der Geldaufwand, den die Durchführung eines derartigen Finanzprogrammes dem Staate und den an seiner Statt oder neben ihm eintretenden Gemeinden oder Kommunalverbänden auferlegt, ist, wie die an dem österreichischen Projekte angestellten Berechnungen erweisen, nur gering im Verhältnisse zu den zu gewärtigenden Erfolgen. Es gibt keine bessere, keine segensreichere Verwendung öffentlicher Mittel. Denn die Kraft der Staaten besteht in der körperlichen, geistigen und moralischen Tüchtigkeit ihrer Völker. Mögen unsere Bestrebungen auch nicht in allen Punkten vollen Erfolg gehabt

haben, das Eine haben wir wenigstens erreicht, daß die Regierungen die Wichtigkeit der Wohnungsreform nicht nur in offiziellen Kongreßansprachen anerkennen, sondern daß sie auch innerlich von derselben überzeugt sind. Und sollten sie in dieser Überzeugung wankend werden, so werden sie durch das stürmische Verlangen der arbeitenden Klassen nach einer Verbesserung ihrer Lage immer aufs neue auf die Dringlichkeit der Wohnungsreform hingewiesen werden, denn es gibt keine Verbesserung der Lebenshaltung, die so nachhaltig wirkt wie jene, die von der Wohnung ausgeht. Die Wohnung bildet den Rahmen, die Wohnung bestimmt die Führung des täglichen Lebens, sie gehört mit zu den wichtigsten Einflüssen, von denen die körperliche und geistige Ausbildung der Menschen abhängt.

Einer der Redner, die gestern unsern Kongreß begrüßt haben, hat gesagt: „Die öffentlichen Verwaltungsbehörden sind ja mit Vergnügen bereit, das Ihrige zur Lösung der Wohnungsfrage zu tun. Aber es werden immer wieder neue Ansprüche an die öffentlichen Finanzen gestellt. Wenn Sie Ansprüche erheben, dann sagen Sie auch, wie wir die Sache finanziell durchführen, woher wir das Geld nehmen sollen!“ Eine ganz richtige Frage. Aber ich glaube, wir haben die Antwort auf diese Frage bereit:

Den vereinten Anstrengungen der Gelehrten und der praktischen Volkswirte aller Länder ist es endlich gelungen, jene Kreditorganisation ausfindig zu machen, durch welche die öffentlichen Mittel mit dem größten Erfolge für die Errichtung von Volkswohnungen, d. h. für die Gesundheit und Kraft des Volkes eingesetzt werden können. Ich hoffe, daß unsere Verhandlungen mit dazu beitragen werden, zu erweisen, daß das Problem endgültig gelöst ist. Der Weg, den die Regierungen und die Gesetzgebung zu betreten haben, ist klar vorgezeichnet. Mögen sie nicht länger zögern, ihn zu betreten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vizepräsident Hofrat Dr. Maresch macht in französischer und deutscher Sprache Mitteilungen betreffend den Semmeringausflug und die Besichtigung des Männerheimes.

Ehrenpräsident Lepreux schließt die Sitzung und kündigt die Fortsetzung für den kommenden Tag, 9 Uhr früh, an.

(Schluß: 1 Uhr 40 Minuten.)



Dritte Arbeitssitzung.

Mittwoch, den 1. Juni 1910.

(Beginn: 9 Uhr.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Ich eröffne die heutige Sitzung und erteile dem Herrn Generalsekretär Dr. v. Fürth das Wort.

Generalsekretär Dr. Ritter von Fürth (macht Mitteilungen über den Semmeringausflug und das Abschiedsbankett).

Präsident Exz. Dr. Klein: Ich möchte beifügen, daß ich es außerordentlich erfreulich finden würde, wenn wir uns möglichst vollzählig beim Abschiedsbankett wieder zusammenfänden, um an die schönen Stunden des Beisammenseins eine schöne Trennungsstunde anzuschließen. Ich bitte daher jene verehrten Teilnehmer, deren Dispositionen es gestatten, an dem Bankett teilzunehmen.

Ich eröffne nun die Debatte über das Thema II. Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, glaube ich, es als Absicht der Versammlung verkündigen zu können, daß das für die erste Frage beschlossene Regime der Rededauer von zehn Minuten auch für das II. Thema gilt, wobei es der Versammlung überlassen bleibt, gegebenenfalls eine Abkürzung wie beim ersten Thema eintreten zu lassen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, bitte ich die Herren Redner ihre Ausführungen spätestens nach Ablauf von zehn Minuten zu beenden.

Professeur Maurice Bellom (Paris): Ceux d'entre vous qui ont entendu hier le magistral rapport de M. le professeur Rauberg ont été sans doute frappés comme moi de l'ordonnance et de la clarté d'un exposé qui nous donnait le fil d'Ariane dans le labyrinthe des diverses méthodes d'organi-

sation du crédit. Aussi les observations que je me propose de formuler s'adressent-elles non à mon éminent collègue mais au projet de loi autrichien qu'il a analysé avec tant d'éclat. J'ai pu d'ailleurs grâce à lui obtenir au Ministère des Finances sur cet important document les plus précieuses explications.

Ce qui donne au projet de loi autrichien le puissant intérêt qu'il présente c'est la résultante qu'il apporte des travaux de la théorie et de la pratique sommairement rappelés par M. le professeur Rauchberg. Loin de moi la pensée de médire de la théorie ; mais ingénieur en même temps qu'économiste, j'ai le droit de rechercher dans une œuvre législative les conséquences pratiques dont elle est la préface.

Or l'ingéniosité même de la solution proposée est pour moi une première cause d'inquiétude : en constatant qu'une somme de 10 millions de couronnes fournie par l'État doit permettre de construire près d'un quart de milliards de couronnes d'immeubles, je me demande si la tentation ne deviendra point puissante de majorer le concours de l'État pour en multiplier les effets ; le caractère séduisant de la combinaison la ferait pénétrer comme un coin dans les finances publiques au risque d'engager la responsabilité de l'État.

En effet cette responsabilité se manifeste, non seulement dans la garantie dont le fonds de 10 millions doit être la source, mais encore et surtout dans les prêts directs sur deuxième hypothèque dont le péril n'est plus à démontrer.

De plus la création d'un fonds spécial soulève la question de l'unité budgétaire, dont le principe peut être entamé par le désir de faire accepter au contribuable une charge nouvelle en lui montrant l'emploi des sommes recouvrées mais dont la règle s'impose dans tous les pays où les finances publiques ne sont pas avariées.

D'autre part l'intervention de l'État doit permettre aux intéressés d'obtenir du crédit à bon marché. Sans doute on invoque l'intérêt général ; mais l'argument s'il était admissible conduirait à l'intervention de l'État dans le domaine industriel chaque fois que l'intérêt général pourrait être invoqué. Or le crédit est une marchandise : il se vend et s'achète ; l'industrie du crédit est donc une industrie comme une autre, et, si l'État se met à vendre le crédit, il peut au même titre vendre des matériaux et des terrains.

Si, d'ailleurs, je ne vise que l'État c'est que j'emploie ce vocable selon la terminologie allemande en y comprenant

non seulement l'État central mais encore l'État décentralisé sous forme de provinces, de départements, de communes ou de paroisses.

En un mot, l'attribution à l'État du rôle du marchand de crédit, me paraît une exagération des fonctions naturelles qui lui incombent.

Est-ce à due que l'État doit s'abstenir? Je ne le crois nullement. Mais il doit intervenir sans porter préjudice à l'initiative privée. Par cela il suffit qu'il subventionne l'association libre des intéressés groupés sous la forme coopérative; mais les subsides doivent consister non en dégrèvement dont on ignore la répercution sur les finances publiques, non en associations périodiques dont la charge frappe annuellement le contribuable mais en une somme une fois payée, le capital de 10 millions de couronnes par exemple que prévoit le projet autrichien, et qui fournirait aux associations libres le fonds de roulement nécessaire à leur fonctionnement. Ce régime aurait le double avantage d'une part de n'imposer à l'État aucune responsabilité et de limiter à une somme nettement définie le sacrifice qu'il consent et, d'autre part, de respecter l'autonomie des individus spontanément groupés.

Ce dernier résultat n'est pas à mes yeux le moins appréciable. Le bourgmestre d'Ulm, M. Wagner, dans une éloquente péroraison nous citait récemment la parole de Schiller "La dignité humaine vous a été confiée; gardez la". C'est sous l'égide de ce sublime appel que je placerai mes conclusions, en recommandant la protection de la dignité humaine non plus seulement par l'amélioration du logement que visait M. Wagner, mais par la sauve-garde de l'effort personnel et libre. (Applaudissements.)

Landrichter Dr. Kruseman (Amsterdam): Hochverehrte Versammlung! In Abwesenheit des holländischen Referenten Herrn Faber möchte ich das Wort ergreifen, um dem Kongreß etwas Näheres über das niederländische Gesetz bezüglich der Kreditfrage zu erzählen. Ich will mich zunächst ganz anschließen an die vorzügliche Übersicht des Herrn Generalreferenten Hofrats Rauberg und ich glaube, daß, wenn es auch bei einem internationalen Kongreß oft schwierig ist, einen internationalen prinzipiellen Punkt herauszuheben, weil die nationalen Verhältnisse zu verschieden sind, gerade in dieser Kreditfrage die Schwierigkeit nicht so sehr vorhanden ist, weil doch, wie Hofrat Rauberg ganz richtig hervor-

gehoben hat, aus allen Gutachten hervorgeht, daß die gleichen Schwierigkeiten bei der Geldbeschaffung in den verschiedenen Ländern vorkommen. Es ist einerseits die Schwierigkeit, sich eine zweite Hypothek zu verschaffen, und zweitens besteht auch eine Schwierigkeit für die Baugenossenschaften, sich ein eigenes Stammkapital zu beschaffen. Wenn man etwas näher eingeht auf das Beispiel anderer Länder, z. B. von Belgien, worüber wir jetzt das Gutachten des Herrn Deroover erhalten haben, dann glaube ich, daß Belgien bewiesen hat, daß die großen und bemerkenswerten Erfolge des Gesetzes vom Jahre 1888 außer anderen Ursachen dadurch zu erklären sind, daß die Sparkasse mit Hilfe der Société intermédiaire ungefähr die ganze Summe ausgibt für den zukünftigen Eigentümer des Hauses, den Arbeiter, der ein eigenes Haus erwerben soll. Es ergibt sich dabei im ganzen, daß ungefähr 90% aus den öffentlichen Mitteln, aus den Sparkassemitteln gegeben werden. Ich glaube, daß auch die Belgier zustimmen werden: Wenn das von dem belgischen Gesetz nicht so liberal aufgefaßt worden wäre, so wären diese großen Erfolge nicht erreicht worden. Denn, wenn man die Mündelsicherheit oder eine gewisse Grenze von 50 bis 60% verlangt hätte, dann würde die ganze Menge von Privathäusern in Belgien niemals gebaut worden sein. Ich glaube, daß dieses Beispiel sehr deutlich die Richtigkeit der Worte des Herrn Generalreferenten erweist: Wenn man nicht über diese Schranken hinausgeht, dann kommt die Bautätigkeit nicht genügend in Fluß.

Ich glaube, daß es auch sehr klar ist, warum die Baugenossenschaften sehr schwer auf dem öffentlichen Markt Geld auf Hypotheken bekommen können. Es ist auch in den Kongreßgutachten bewiesen worden, daß im allgemeinen gut geführte Baugenossenschaften keinen höheren Reingewinn aufbringen als 4%. Das lockt natürlich das große Kapital nicht an. Die 4% sind nur eine Entschädigung für den Kapitalgebrauch, deshalb können Baugenossenschaften auf dem öffentlichen Markt niemals Obligationen-Anleihen ausgeben. Das sind immer incurante Wertpapiere und die zweite Hypothek muß sehr teuer werden. Und doch — und das geht auch aus den Gutachten und aus allen Erfahrungen hervor — sind die Unternehmungen der Baugenossenschaften sehr solid, und es ist unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht zu befürchten, daß eine gut eingerichtete Baugenossenschaft nicht rentieren wird.

Auf diesen verschiedenen Gesichtspunkten beruhen die Bestimmungen des niederländischen Gesetzes. Wir haben in unserem Gesetze keine Schranke, es wird keine Mündelsicherheit und keine Percentage gefordert. Es steht im allgemeinen im Gesetz, daß der Staat durch die Vermittlung von Gemeinden Gelder für die Tätigkeit von Baugenossenschaften ausleihen kann. Nur wird das an gewisse Voraussetzungen geknüpft. Die Vereine müssen statutarisch festgesetzt haben, daß sie ausschließlich die Verbesserung des Wohnungswesens anstreben, und sie dürfen ihren Teilnehmern niemals mehr aufbringen als 4%. Also ein Gewinn ist eigentlich ganz ausgeschlossen. Die Vereine werden von den Gemeindebehörden überwacht und kontrolliert, sie müssen jährlich prompt ihre Annuitäten zahlen und diese Annuitäten müssen in 50 Jahren ablaufen. Wenn das Geld unter $3\frac{1}{2}\%$ Zins vom Staate geliehen wird, dann besteht die Befugnis der Gemeinde, zu jeder Zeit alle Besitzungen des Vereines zu übernehmen gegen Bezahlung einer vorausbestimmten Entschädigung und gegen Zahlung einer kleinen Summe für die Liquidationskosten. Wenn der Verein den verschiedenen Bedingungen nicht ordentlich entspricht, wird die ganze Schuld auf einmal fällig.

Der geehrten Versammlung wird es also klar sein, daß die Kommunen die gemeinnützigen Vereine, die nach dem Gesetze eingerichtet sind, absolut in ihrer Macht haben, und der Verein kann keine schlechte Maßnahme ergreifen, er kann nicht exequiert werden, denn die Kommune wird eingreifen. Wenn die 50 Jahre abgelaufen sind, fällt das ganze Eigentum an den Häusern an die Gemeinde kostenfrei, weil alles ausgezahlt ist. Die Gemeinde kann natürlich einen neuen Vertrag mit dem Verein abschließen, aber sie kann die Häuser an sich nehmen und dann werden es kommunale Häuser werden. Das Kapital wird vom Staat aus den allgemeinen Staatsmitteln, aber durch Vermittlung der Gemeinden, verschafft, und die Gemeinde trägt das Risiko. Der Staat hat kein Risiko, weil die Gemeinden natürlich kräftig genug sind, um immer, wenn ein Verlust vorkommen würde, den Verlust decken zu können.

Nun will ich nicht behaupten, daß wir in unserem niederländischen Gesetz die Vollkommenheiten erreicht haben. Es liegt ein schwacher Punkt darin und das ist der, daß jetzt alles von dem guten Willen der Gemeinden abhängt. Wenn eine Gemeinde verlangen würde, nicht höher zu gehen als bis 75%,

so kann der Staat dagegen nichts tun und auch der Verein kann dagegen nicht einschreiten. Es ist alles fakultativ geregelt. Aber, wie schon in der Schrift des Herrn Faber gesagt ist: Es haben in Holland bereits verschiedene Gemeinden die Sache liberal genug aufgefaßt und haben 100%, die ganze Summe, an einen Verein ausgeliehen und das Geld ist dann vom Staate beschafft worden. Wenn auch die Praxis jetzt nicht ganz so ist, wie sie werden muß, so glaube ich doch, daß jedenfalls das Prinzip richtig ist, um große Erfolge zu erzielen.

Ein Mitglied des Kongresses hat mich gestern gefragt, ob das etwa eine sozialistische oder sogar kommunistische Maßregel war, die im Jahre 1902 in Holland ergriffen wurde. Diese Frage muß ich absolut verneinen. Das Wohnungsgesetz ist im Jahre 1902 unter Mitwirkung aller politischen Parteien zustande gekommen, es beruht nicht auf gewissen politischen Grundsätzen, sondern nur auf praktischen. Man hat sich nur gefragt: Mit welchen Mitteln wird die Wohnungsfrage am besten gelöst? Der Gesetzesvorschlag ging von einem liberalen Ministerium aus, welches das Glück hatte, in kurzer Zeit eine große Zahl bedeutender Reformen zustandezubringen, ein Ministerium, dessen Mitglied auch der niederländische Abgeordnete auf diesem Kongreß, Herr Lely, gewesen ist.

Jedenfalls glaube ich, daß wir noch nicht die Vollkommenheit erreicht haben. Die Ziffer von 3,724.000 Gulden ist bescheiden; aber wenn Sie das Tempo der letzten Jahre beachten, so kann man annehmen, daß wir bald viel weiter kommen werden.

Nun wird man fragen: Wird die finanzielle Bürde für den Staat nicht schwer werden? Da muß ich aufmerksam machen, daß, wenn die ersten 50 Jahre vorüber sind, die Kapitalien anfangen zu roulieren und daß man dann das Ende haben wird wie bei den Versicherungsanstalten, daß ein Beharrungszustand eintreten wird, weil immer neue Anleihen ausgegeben werden, während die alten schon zurückgezahlt sind oder allmählich zurückgezahlt werden.

Ich glaube auch mit dem Herrn Generalreferenten, das es ein sehr fruchtbarer Gedanke ist, was man in Österreich plant: einen Fonds zu schaffen. Ich glaube, daß man auch in Holland dazu kommen muß, für etwaige Verluste einen Garantiefonds zu bilden. Man könnte das auch tun, wenn Staat und Gemeinde an diesem Garantiefonds teilnehmen, und man könnte die Ver-

eine gewisse Prämie dafür zahlen lassen. Man hätte dann eine ähnliche Einrichtung wie die Lebensversicherung in Belgien, wo man, wie Sie wissen, beabsichtigt, das individuelle Eigentum an Häusern zu fördern.

Ich möchte also betonen, daß es wünschenswert ist, prinzipiell auszusprechen, daß die Kapitalbeschaffung für den rentierenden Wohnungsbau eine öffentlich-rechtliche Pflicht ist. Wir sprechen jetzt nicht über den nichtrentierenden Bau, der vorkommt, bei Sanierungen oder bei Bauten für große Familien, die Armenunterstützung bekommen. Dies scheint mir eine ganz absonderliche und sehr schwierige Frage zu sein, die ein nächster Kongreß als Frage für sich behandeln sollte. Jetzt haben wir es nur zu tun mit dem Kredit an kreditfähige Unternehmungen, welche die Zinsen vollkommen zahlen können.

Es wäre schon ein sehr großer Fortschritt, wenn — mit Hilfe eines Fonds oder ohne ihn — prinzipiell beschlossen würde, daß man über die Mündelsicherheit hinausgehen und 90% oder auch die ganze Summe an öffentlich anerkannte und überwachte Baugenossenschaften hinausgeben kann.

Man wird wahrscheinlich fragen: „Wo bleibt dann die Selbsthilfe?“ Die Franzosen zeigen sich sehr unruhig über diese Initiative *privée*, sie glauben, daß die Welt untergehen wird, wenn wir so weit gehen. Ich möchte darauf zweierlei antworten. Das erste ist eine Frage. Ich habe mich öfter gefragt, wie es kommt — ich meine damit nichts Schlechtes —, daß man auf den Kongressen den konservativen Standpunkt zumeist oder immer von den Franzosen vertreten sieht? (Heiterkeit.) Ich habe die Antwort selbst gesucht und ich meine, das kommt einerseits davon, weil die alte Manchesterlehre über den Kanal von England nach Frankreich geflüchtet ist; das bemerkt man in verschiedenen sozialen Fragen. Und zweitens glaube ich, daß man in Frankreich das Bedürfnis nicht empfindet, viele Wohnungen zu bauen, weil man dort eine stationäre Bevölkerung hat. Man hat nicht die gewaltige Zunahme der Bevölkerung und das große Anwachsen der Städte, wie in Deutschland, Frankreich, Holland, Österreich (Ruf: Belgien!), auch Belgien. Hier ist es eine absolute Notwendigkeit, in den großen Städten möglichst viele und billige Häuser zu bauen. In Frankreich kommt das nicht vor. Vielleicht in Paris — aber die kleineren Städte sind stationär. Das ist vielleicht die Erklärung für den bescheidenen Wohnungsbau.

Zum Schlusse also die Bemerkung, daß, wenn die Arbeitervereine den Bau überwachen, wenn sie die Verwaltung führen, wenn sie die Miete selbst eintreiben und die Annuität prompt zahlen, sie genug Privatinitiative leisten. Man soll nicht verlangen, daß die Arbeitervereine selbst das Kapital beistellen, weil sie ja Kapital nun einmal nicht besitzen. Gestern haben sich auf diesem Kongreß zwei Strömungen bekämpft: die Privatinitiative und die direkte Gemeindefürsorge. Heute sprechen wir über ein Zwischensystem, das eine Art Ausgleich zwischen den beiden entgegengesetzten Strömungen darstellt: Es ist nicht ganz Privatinitiative und es ist auch keine direkte Gemeindefürsorge, sondern die Geldbeschaffung von den Korporationen der Selbstverwaltung an die privaten Vereine. (Lebhafter Beifall.)

(Es wird Schluß der Rednerliste und Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten beantragt, von anderer Seite das Bedenken geltend gemacht, daß durch eine zu weit gehende Beschränkung der Redezeit die Diskussion sachlich Schaden leide.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Die beiden Standpunkte sind jetzt betont. Ich muß dazu konstatieren, daß mir von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen wurde, den ganzen morgigen Tag der Diskussion der Themen III und IV zu widmen, weil eine Anzahl von Herren, insbesondere aus England, hauptsächlich behufs Beteiligung an diesen Debatten am Kongreß erschienen sind, und unsere Loyalität verlangt es natürlich, daß wir das ermöglichen. Andererseits bin ich überzeugt, daß wir selbst bei einer weiter ausgedehnten Redefreiheit das Thema der Organisation des Kredits auf dem Kongreß nie erschöpfen können. (Zustimmung.) Der Kongreß muß sich damit begnügen, Anregungen zu geben — das andere ist Sache der Diskussion und der Literatur; die Gedanken sind in der Welt und machen ihren Weg von selbst. Diese Erwägung muß uns etwas robuster machen gegenüber dem Gesichtspunkt, den einer der Herren Redner angedeutet hat. Namens des Präsidiums kann ich den Antrag auf Schluß der Rednerliste und Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten nur empfehlen. Die Herren haben gestern gesehen, daß wir diese Einschränkung mit aller Rücksicht handhaben und niemanden stören, der in der Entwicklung eines Gedankens begriffen ist. Würden die Übersetzungen entfallen, auf die

aber, wie es scheint, nicht verzichtet werden kann, so könnten wir allerdings an der Redezeit von zehn Minuten festhalten.

(Der Antrag auf Schluß der Rednerliste und Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten wird mit Mehrheit angenommen.)

M. L. Ferrand, Membre du conseil supérieur des habitations à bon marché (Paris): Il est incontestable que l'organisation du crédit est le point capital de l'œuvre des habitations à bon marché: pour élever de nouvelles constructions, il faut en effet des capitaux considérables, aussi leur recherche doit elle être la préoccupation principale de tous ceux qui s'occupent pratiquement de cette question.

En France toute cette organisation repose sur l'initiative privée, c'est elle qui en est la base. L'État (en prenant ce mot dans son acception la plus large) se contente d'intervenir par des subventions ou en autorisant les grandes Caisses soumises à son contrôle à intervenir par un judicieux emploi des capitaux qui leur sont confiés. Ce sont donc les Sociétés de construction et de crédit approuvées par le Ministre du Travail conformément à la loi sur les habitations à bon marché qui en France sont la base du crédit. Leur capital action est fourni en majeure partie par l'initiative privée, toutefois, les Caisses d'Épargne, les Bureaux d'assistance et d'hospitalisation, les communes et les Départements peuvent souscrire des actions de ces Sociétés.

Les Caisses d'Épargne, dont deux, il ne faut pas l'oublier, celles de Marseille et celle de Lyon se sont montrées les promotrices de l'œuvre de l'habitation ouvrière en France, ont déjà largement usé de cette autorisation: c'est ainsi que la Caisse d'Épargne de Paris possède plus de 300.000 francs d'actions de diverses Sociétés et que le chiffre total d'emploi de capitaux sous cette forme dépasse un demi million et progresse d'année en année. Il ne faut pas du reste oublier que ce n'est que depuis la fin de 1906 que les Caisses d'Épargne sont autorisées à employer ainsi leurs fonds de réserve.

Quant à l'effort fait par l'initiative privée il représente un capital total de 25 millions auxquels il faut ajouter les 18 millions des diverses Fondations, soit au total 43 millions appartenant à 240 Sociétés. La valeur des maisons si on tient compte de celles qui ont déjà été vendues dépasse 50 millions et s'accroît rapidement chaque année.

Les Caisses d'Épargne interviennent de plus en plus sous la forme de prêts : le total des sommes qu'elles ont employé de la sorte s'élève à plus de deux millions, défalcation faite des remboursements. Si cette intervention n'est pas plus importante, il faut remarquer que ce n'est pas sans difficultés qu'on est parvenu à les décider à entrer dans cette voie. Leurs administrateurs étaient en effet habitués depuis de longues années à déposer leurs fonds à la Caisse des Dépôts et Consignations qui les employait en achat de rentes françaises et cela sous sa responsabilité. Il a donc fallu rompre avec une routine presque séculaire et décider les administrateurs des Caisses à accepter une responsabilité dans l'emploi et la surveillance de leurs capitaux à laquelle ils n'étaient pas accoutumés ; ils ne s'y résignent naturellement pas sans une certaine inquiétude. Comme le nombre des interventions va en augmentant chaque année, nous avons pleine confiance dans l'avenir.

Il faut enfin remarquer que les 15,243.000 francs que la Caisse des Dépôts et Consignations a prêtés à diverses Sociétés d'habitations à bon marché ont été prélevés sur le fond de réserve des Caisses d'Épargne dont elle a la gestion, cela augmente singulièrement l'importance de l'intervention de ces institutions, qui, ne l'oublions pas, sont dues à l'initiative privée.

Les bureaux d'assistance et d'hospitalisation commencent également à intervenir dans ce domaine, c'est ainsi que l'Administration de l'Assistance publique de Paris en dehors d'un groupe qu'elle a construit elle-même a consenti pour près de deux millions de prêts à diverses Sociétés.

Enfin, nous ne pouvons pas ne pas signaler que déjà quelques communes ont souscrit des actions de Sociétés d'habitations à bon marché, employant ainsi l'excédent de leur budget.

Enfin, nous ne pouvons passer sous silence l'autorisation donnée par la loi du 10 avril 1908 à la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse de prêter cent millions à 2% aux Sociétés qui sous certaines conditions consentent des prêts pour la construction et l'acquisition de maisons individuelles. Cette loi est d'origine trop récente pour qu'elle ait encore donné des résultats, mais le mouvement qu'elle a provoqué en France pour son application est du meilleur augure.

Si enfin, on ajoute aux ressources dont nous venons de parler celles provenant des Sociétés de secours mutuels dont une entre autres, la Société fraternelle des ouvriers et employés de chemin de fer a employé plus de 3 millions, si on tient compte que le nombre des Sociétés va sans cesse en augmentant (l'année 1909 a vu se créer 3 Sociétés au capital souscrit de 500.000 francs), il est impossible à des français de parler de la faillite de l'initiative privée. L'importance du rôle qu'elle a rempli ne s'exprime que d'une façon insuffisante dans ces chiffres, car ils ne tiennent pas compte de tout ce qui a été fait par de simples particuliers en dehors des lois sur l'habitation ouvrière. Les 50 millions de constructions élevées par les soins de ces Sociétés sont d'ailleurs loin d'être une quantité négligeable dans un pays dont la population ne s'accroît pas.

Nous estimons en outre que l'effort même qu'il a fallu faire pour obtenir ces concours, pour vaincre les routines et les oppositions inévitables quand on soulève des idées nouvelles, ont été un bienfait social pour le pays. En poussant ceux-là même qui devaient bénéficier des lois sur les habitations à bon marché à faire un effort, en montrant aux autres, plus fortunés un devoir social à remplir, et en les convaincant les uns et les autres, nous estimons avoir fait une œuvre hautement moralisatrice et que les dépenses d'énergie faites dans ce but ne l'ont pas été en vain. Peut être la rapidité de la progression de l'œuvre a-t-elle souffert de cette politique, mais le proverbe: "Qui va lentement va sainement" est toujours vrai et la marche ascendante régulière de notre œuvre nous donne entière confiance dans l'avenir. (Applaudissements.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Es wird von englischer Seite der Wunsch ausgesprochen, den Eintritt in die Diskussion der Themen III und IV zu beschleunigen, weil diese Diskussion — wie früher schon erwähnt wurde — für die Herren von Interesse ist. Es wird vorgeschlagen, die Debatten über das Thema des Kredits um 11 Uhr abzuschließen, was ich fast für unmöglich halte. (Zustimmung.) Wir verlieren jetzt unnötig Zeit mit Geschäftsordnungsdebatten. Wir werden das Möglichste tun, um die Debatte mit allen Beschränkungen zu Ende zu führen, lassen wir uns aber nicht durch Dinge stören, die mit der Sache nichts zu tun haben! Es wurde ferner von einer Seite der Wunsch ausgesprochen, daß die Versammlung sich entschließen möge, auf alle Übersetzungen zu verzichten. Dadurch würden wir viel Zeit ersparen. (Zustimmung.)

Mr. Aldridge proposes to finish the discussion of the 2nd question at half past 11.

Präsident Exz. Dr. Klein: Mr. Aldridge beantragt, der Debatte über den Wohnungskredit eine Frist bis 11 $\frac{1}{2}$ Uhr zu geben. Wenn sie bis dahin nicht beendet ist, dann tritt der unbedingte Schluß der Debatte ein, automatisch, mechanisch, kalt und herzlos. (Heiterkeit.) Im Interesse der Sache bitte ich Sie, auf eine Debatte darüber zu verzichten und rasch abzustimmen.

(Der Antrag des Mr. Aldridge wird angenommen.)

Ich erkläre mich unschuldig an dem vergossenen Blute (Heiterkeit), Sie haben es gewollt!

Commendatore Magaldi, Directeur général du Crédit et de la Prévoyance au Ministère de Commerce (Rome): La question du crédit est à mon avis et je l'ai répété toujours, le punctum saliens du problème des habitations à bon marché, car les Sociétés coopératives de construction, les privées aussi n'ont pas l'argent suffisant pour développer dans tout son étendu leur action. C'est pour cela qu'il faut chercher le milieu le plus favorable pour procurer le crédit à des bonnes conditions et en grande quantité. Condition essentielle pour obtenir le crédit à bon marché c'est la confiance, la confiance qui ne s'impose pas, mais qui vient de la sûreté de l'opération, de la sûreté des institutions d'habitations populaires qui ont besoin de recourir au crédit. Et je crois de voir toutes ces conditions dans la coopération qui n'est ni sporadique ni occasionnelle, ni politique ni confessionnelle, la coopération qui dans le domaine du crédit a su gagner autant de confiance qu'elle recueille maintenant dans ses caisses en Italie plus que 800 millions de dépôts.

Mais il faut aussi organiser toute une série de dispositions législatives pour rendre possible le crédit aux habitations à bon marché pour en augmenter les sources.

Le législateur italien a poursuivi ce but constamment et de ses premières étapes il a autorisé les Caisses d'Épargne, les Banques populaires, les Sociétés d'assurance, les Institutions de bienfaisance, les Instituts de crédit foncier, la Caisse Nationale de prévoyance pour l'invalidité et la vieillesse des ouvriers de donner des prêts aux Sociétés coopératives et aux Instituts autonomes pour les maisons populaires. Depuis des lois successives ont autorisé la Caisse des Dépôts et Prêts qui est une véritable Banque d'État de faire des avances pour la con-

struction des maisons pour les employés de l'État et pour les logements de la petite bourgeoisie et des ouvriers.

Pour faciliter les opérations de crédit et pour les conduire au meilleur marché la loi italienne a déchargé de toute taxe les dites opérations et de l'impôt sur le revenu l'intérêt des prêts. Elle a aussi fixé le maximum de l'intérêt qu'on peut imposer aux bénéficiaires des prêts.

Le projet de loi que M. Luzzatti l'éminent maître de la coopération et de la prévoyance vient de déposer au bureau de la Chambre des députés et qui contient des dispositions pour favoriser la construction des habitations populaires et pour favoriser aussi la construction de maisons pour les classes plus élevées, se préoccupe en premier lieu de la question du crédit et, étendant les dispositions des lois précédentes, dispose que les Institutions de bienfaisance peuvent employer en prêts pour les habitations populaires le quatrième de leur fortune, qui est très considérable. Il dispose aussi que la Caisse Nationale de prévoyance pour l'invalidité et la vieillesse des ouvriers, au lieu d'employer en ces prêts le quatrième de son capital patrimonial, presque 6 millions de francs, peut employer le quatrième de sa fortune entière, plus que 25 millions de francs.

Voilà, Messieurs, comment en Italie nous nous proposons de résoudre la question de l'organisation du crédit pour favoriser le développement des habitations populaires. (Applaudissements.)

Justizrat Dr. Baumert (Spandau): Ich bin ein Deutscher, stimme aber den Ausführungen des Franzosen, Herrn Bellom, zu, dessen Ansichten auch in Deutschland nicht bloß von Männern der Praxis, sondern in neuerer Zeit auch immer mehr von Männern der Wissenschaft vertreten werden; nur sind letztere hier nicht anwesend.

Ich habe mir erlaubt, Gegen-Leitsätze aufzustellen, die gedruckt hier aufliegen und jedem zur Verfügung stehen. Sie lauten:

Gegen-Leitsätze. A. (zu II 4 und 8 der Leitsätze von G. Gretzschel und zu II und III der Leitsätze von Max Koska): Das Wohnungswesen, insbesondere „die solide private Bautätigkeit und die gemeinnützige Wohnungsfürsorge“, kann am besten dadurch gefördert werden, daß für jedes Land beziehungsweise jede Provinz

a) Pfandbrief-Institute für städtische Hausgrundstücke nach dem Vorbilde der preußischen Landschaften für erste und zweite Hypotheken ins Leben gerufen werden, nicht aber städtische Hypothekenbanken, deren Bezirk auf eine Großstadt allein beschränkt ist;

b) Rentenanstalten begründet werden, die nach dem Vorbilde der Grundrentenanstalt in Dresden den Anliegern die Aufbringung der Anliegerbeiträge, insbesondere der Straßenbaukosten und der Kosten der Kanalisation, erleichtern.

B. (zu IV b der Leitsätze von Max Koska und zu Seite 14 [3 a und c] des Referates von G. Gretzschel): An Baugenossenschaften dürfen, auch wenn sie durch Begrenzung der Dividende auf 4% zu den gemeinnützigen gerechnet werden, weder Hypotheken unter dem Tageszinsfuß geliehen, noch Baustellen unter dem gemeinen Wert abgesehen, noch steuerliche Sondervergünstigungen gewährt werden, sofern nicht die gleichen Vergünstigungen auch Private erhalten.

Ich fordere dreierlei:

1. Pfandbriefinstitute zur Organisation des Realkredits sowohl für den Wohnungsbau der Gemeinden wie für den gemeinnützigen wie für den privaten, zur Förderung aller;

2. Rentenbanken zur Erleichterung der Abzahlung der Anliegerbeiträge nach dem Vorbilde der Dresdener Rentenanstalt;

3. Gleiches Recht und gleichen Kredit für alle, keine Bevorzugung sogenannter gemeinnütziger Baugenossenschaften.

Die richtige Lösung der Frage des Realkredits bedingt wesentlich, ob die Errichtung von Eigenhäusern ermöglicht und gefördert werden soll. Die Hypothekenbanken pflegen weder in Vororten zu beleihen noch kleinere Häuser, sie bevorzugen die große Mietkaserne. Sie tragen zur Landflucht und Beseitigung des Eigenhauses bei. Sie können im Interesse gesünderer Wohnungsverhältnisse ebensowenig in Betracht kommen, wie städtische Hypothekenbanken, die für die Vororte und das platte Land versagen. In Betracht kann daher nur eine allgemeine Kreditorganisation für ein ganzes Land beziehungsweise eine Provinz kommen.

Nun gibt es bereits in Preußen in den Landschaften oder richtiger in den landschaftlichen Pfandbriefinstituten eine

Organisation für den ländlichen Realkredit, die sich über ein Jahrhundert lang überaus segensreich erwiesen haben. Dieselben brauchen nur mit ihren bewährten und erprobten Grundsätzen auf den städtischen Hausbesitz oder richtiger auf die Wohnhäuser übertragen zu werden und wir haben für den Kredit des Kommunalbaues, für den Kredit der gemeinnützigen Bautätigkeit, nicht zuletzt für den gesamten Privatbau alles was wir nur wünschen können. Beleihet doch die Ostpreußische Landschaft unter gewissen Vorsichtsmaßregeln fünf Sechstel des Wertes, also bis $84\frac{1}{3}\%$, und ihre Pfandbriefe genießen dabei die Mündelsicherheit! Es kann nicht schwer fallen, das was für den ländlichen Grundbesitz schon besteht, für die Wohnhäuser neu zu schaffen, zumal auch hier schon Vorbilder bestehen, wie das Berliner Pfandbriefinstitut. Der Staat hat die erste Pflicht, wenn er sich der Wohnungsreform annehmen will, derartige Organisationen des Realkredits zu schaffen. Mag er ihnen, wie der Herr Vertreter aus Frankreich gesagt hat, zu ihrer Gründung ein einmaliges Geschenk machen, einen Garantiefonds überweisen. Er braucht dann nicht mehr jährlich seinen Etat mit den vielen Millionen zu belasten, wie er dies jetzt bei uns tut.

Die preußischen Landschaften haben erreicht, daß für die ländlichen Grundstücke der Zinsfuß fast um 1% niedriger ist als bei den städtischen, dabei ist die Sicherheit keine bessere.

Mein Vorschlag stimmt fast überein mit dem Vorschlage, den Wohnungsinspektor Gretzschel gemacht hat, allerdings mit dem wichtigen Unterschiede, daß dieser eine solche Kreditorganisation nur für den gemeinnützigen Wohnungsbau ins Auge gefaßt hat, während mein Vorschlag den gesamten Wohnungsbau umfaßt. Es ist dies auch durchaus notwendig; durch ein Pfandbriefinstitut nur für den gemeinnützigen Wohnungsbau werden wir niemals die Verbilligung des Zinsfußes erreichen. Denn an der Börse ist nur das Wertpapier beliebt und günstig im Kurse, das täglich gehandelt wird, das sich womöglich in Hunderten von Millionen im Umlauf befindet. Daher sind auch für den gemeinnützigen Wohnungsbau nur allgemeine Pfandbriefinstitute vorteilhaft, nur durch diese können Sie das erreichen, was Sie erstreben. Es gilt eben die Gesamtheit zu organisieren und dem Wohnungswesen nutzbar zu machen.

Solche Pfandbriefinstitute sind keine staatlichen Anstalten, sondern beruhen auf Selbstverwaltung der Hypotheken-

schuldner, auf Selbsthilfe im edelsten Sinne des Wortes. Der Fiskalismus ist bei ihnen ausgeschaltet. Sie sind auch keine kapitalistischen Gebilde, wie die Hypothekenbanken, es gibt bei ihnen keinen Aktionär, keine Aktie, sondern sie sind lediglich eine Genossenschaft von Hypothekenschuldnern, denen allein auch aller Gewinn des Pfandbriefinstituts zugute kommt. Spannen Sie daher die Allgemeinheit vor den Wagen des Realcredits, nützen Sie die gesamten Kräfte eines Landes für das Wohnungswesen aus und Sie werden mehr erreichen, als wenn Sie nur für den gemeinnützigen Wohnungsbau Bestimmungen oder Anstalten schaffen, ja Sie werden dadurch mit der Zeit den gemeinnützigen Wohnungsbau ganz erübrigen! (Beifall.)

Ministerialrat Szántó (Budapest): Zur Finanzierung der gemeinnützigen Bautätigkeit wurden verschiedene Quellen genannt. Unter den genannten kommt auch der Staat vor. Gewiß, die Aufgaben des Staates haben sich in der letzten Zeit immer mehr erweitert, auf eine Weise, die noch vor 20 Jahren undenkbar war. Ja, es ging sogar da und dort bis zum Eingriff in die Fragen der Privatwirtschaft.

Selbst in England — wo am Prinzip gegen den staatlichen Eingriff am zähesten festgehalten wurde — sehen wir, daß der Staat mit seinem eigenen Kapital die gemeinnützige Bautätigkeit unterstützt.

Im vorigen Jahre war in London im Hampstead Suburb eine kleine Wohnungsausstellung. Bei dieser Gelegenheit hat eine gemeinnützige Baugesellschaft ihre damals im Bau begriffenen Arbeiterwohnhäuser selbst demonstriert. Zu diesem Bau hat der Staat eine beträchtliche Summe von Baukredit geliehen. Wenn also schon England sich bewogen gefühlt hat, auf diese Weise in die private Wirtschaftstätigkeit einzugreifen, haben wir einen Beweis davon, daß wir in der Geschichte des staatlichen Eingriffes an jener Entwicklungsstufe angelangt sind, wo die Staaten zum gemeinnützigen Wohnbau ihr eigenes Kapital oder Kredit zur Verfügung stellen. Wir können trotzdem nicht verlangen, daß die finanzielle Seite der Frage vom Staate allein gelöst werden soll, schon infolge der Höhe der nötigen Summen, da ja der Staat vom Prinzip der Gleichberechtigung nicht absehen kann. Infolgedessen kann sich — nach meiner Ansicht — die direkte Unterstützung des Staates nur auf jene Fälle beschränken, wo von Versuchen von größerer Bedeutung, vom Statuieren eines Exempels oder von Umständen, die die außergewöhnliche Not vorschreibt, die Rede ist.

Das Kapital zur gemeinnützigen Bautätigkeit muß also von anderswo aufgetrieben werden. Ich möchte bloß auf zwei Institutionen hinweisen, deren Quellen zu einer solchen Inanspruchnahme sich naturgemäß darbieten. Die verschiedensten Berufe haben ihre eigenen Pensionsanstalten. So haben z. B. die Eisenbahn- und Postbeamten, die Privatbeamten, die verschiedenen Gewerbetreibenden, die Wirtschaftsbeamten usw. ihre eigenen Pensionsvereine oder aber Pensionsergänzungsinstitute. Die meisten dieser Institute beruhen auf dem Kapitaldeckungsverfahren. Die einzelnen Versicherten leisten nämlich nicht nur den Betrag, welcher eben genügt, den Bedarf des betreffenden Jahres zu decken, sondern ein jeder zahlt periodisch so viel ein, daß der Fonds zur Altersgrenze der durchschnittlichen Arbeitsfähigkeit das nötige Kapital sich ansammelt, welches der Betreffende in der Invaliditätszeit, solange er nach Wahrscheinlichkeit leben würde, als Jahresrente verzehren kann. Auf diese Art summiert sich nach jedem ein gewisses Kapital an. Bekanntlich bedeutet dieses Kapital bei großen Pensionsvereinen eine beträchtliche Summe. Und wenn wir bedenken, wie viele Pensionsvereine ein Land hat und wie viel Kapital dieselben besitzen, stehen wir plötzlich vor einer Summe, die sich auf Hunderte von Millionen beziffert. Diese Summe müßten, denke ich, in erster Linie in den Dienst der gemeinnützigen Bautätigkeit gestellt werden. Es ist nämlich im Interesse der Pensionsvereine, daß ihre Mitglieder je länger aktiv bleiben und je später pensionsbedürftig werden sollen. Und eines der besten Mittel zur Verlängerung der Arbeitsfähigkeit besteht in der guten, gesunden Wohnung. Um ein Beispiel zu nennen, erwähne ich, daß die Bruderladen der Bergwerksarbeiter in Ungarn zur Zeit etwa über 15 Millionen Kronen verfügen, dieselben in Österreich über ein noch viel höheres Kapital. Diese Summe haben zum großen Teile die Arbeiter selbst aus ihrem schwer verdienten Gelde, sozusagen hellerweise zusammengebracht. Es wäre nun nur natürlich, wenn dieses Kapital jenen, die ihr ganzes Leben fern von dem wohltuenden Sonnenlichte verbringen müssen, zur gesunden Wohnung verhelfen würde.

Die andere Institution, die ich anführen will, sind die Privatversicherungsanstalten. Auch deren Interesse ist es, daß ihre Klienten länger leben sollen. Und was tun diese dafür? Sie verzinsen die eingehobenen Prämienreserven, welche die Versicherten zu ihren eigenen Gunsten einzahlen, im allge-

meinen mit $3\frac{1}{2}\%$. Es wäre also nur natürlich, wenn auch diese zur Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Klienten das zu dem Hausbau nötige Kapital ihnen zur Verfügung stellen würden, und zwar zu einem nur um einen Bruchteil höheren Prozent. In der neuen Zeit begegnen wir Tendenzen der Legislatur, die die Geschäftsführung der Privatversicherungsanstalten mehr und mehr unter staatliche Aufsicht ziehen möchten. Die Legislatur und der Staat verfügt also, wie wir sehen, über Mittel, durch welche ein Teil des bei den Privatversicherungsanstalten von Jahr zu Jahr angehäuften enormen Kapitals den Zwecken der gemeinnützigen Bautätigkeit zugänglich gemacht werden könnte, ohne daß das Geld durch das unnütze Vermitteln verteuert würde.

Es sind nun die zwei erwähnten Institutionen solche naheliegende und ausgiebige Quellen, aus denen die Finanzierung eines bedeutenden Teiles der nötigen gemeinnützigen Bautätigkeit bestritten werden könnte, ohne die Mittel des Staates in Anspruch zu nehmen, und das Kapital würde dadurch eigentlich jenen Kreisen zugeführt werden, aus deren Ersparnissen dasselbe entstand. (Beifall.)

Privatdozent Dr. Příbram (Wien): Die Lösung einer Frage hängt zunächst wohl von der Formulierung der Frage selbst ab. Wenn gestern bezüglich der Frage der kommunalen Wohnungspolitik noch ein Streit darüber herrschen konnte, ob diese Frage richtig formuliert sei, ob man nicht zuviel hineingelegt habe: hinsichtlich der Kreditfrage kann ein Streit darüber nicht herrschen, das Problem steht und steht richtig: Wie soll der Kredit für die gemeinnützige Bautätigkeit organisiert werden?

Da hat nun Herr Dr. Kruseman, wie mir scheint, mit außerordentlich glücklichem Griff den entscheidenden Punkt herausgehoben, der zwei einander fundamental gegenüberstehende Anschauungen scheidet, die Anschauung des Individualismus auf der einen Seite, der die Selbstverantwortlichkeit des Individuums fordert und als uraltes Erbstück uns seit den Zeiten der französischen Revolution anhaftet, und die Idee des Kollektivismus, die verlangt, daß Staat, Kommune, öffentliche Korporation eingreifen und ihre Hilfe der gemeinnützigen Bautätigkeit gewähren.

Über derartige, tiefgehende Gegensätze läßt sich nicht streiten; das sind schließlich Sachen des Glaubens. Aber mit dem Augenblicke, wo wir uns auf den Standpunkt stellen, daß

der Staat die Verpflichtung hat, einzugreifen, daß der Staat, sobald es sich um schwere und große soziale Probleme handelt, unbedingt die Schwankenden unterstützen und den Schwachen helfen muß, muß sich für uns notwendig die Konsequenz ergeben, daß der Staat den Kredit für die gemeinnützige Bautätigkeit in einer ganz bestimmten Weise regle, und zwar in einer Weise, welche dieser gemeinnützigen Bautätigkeit angepaßt ist.

Da nun, scheint mir, hat Justizrat Baumert, indem er das ganze Problem erweitert und es überspannen, in das Problem der allgemeinen Organisation des Kredits für die Bautätigkeit, auch die private, hinüberführen will, die Frage eher getrübt als geklärt. (Beifall.) Die gemeinnützige Bautätigkeit braucht eine Organisation für sich, sie ist, wenigstens bei uns in Österreich, viel zu schwach, als daß sie auf den allgemeinen Kapitalmarkt Anspruch machen könnte. Sie kann heute nur auf Krücken gehen und Sache der Öffentlichkeit, Sache des Staates ist es, ihr diese Krücken beizustellen.

Wir haben in der Zentralstelle für Wohnungsreform den Versuch gemacht, Ideen, die früher von den verschiedensten Seiten angeregt worden waren, von Koska und Lošťák, zu verdichten zu einem System der Organisation des Kredits, und die Regierung hat, indem sie mit starken Modifikationen diese Ideen in ihren Gesetzentwurf aufnahm, die Grundlage gegeben für die Organisation des Kredits der gemeinnützigen Bautätigkeit, eine Organisation, die sich wirklich den Zwecken anzupassen scheint, für die sie bestimmt ist, indem sie einen Garantiefonds schafft, der für die zweiten Hypotheken die notwendige Deckung bieten soll.

Herr Professor Bellom hat gemeint, der Staat solle mit einem großen Schlage die Summen herschenken; er fürchtet den Eingriff in die Organisation des Marktes und in die Kreditindustrie, wenn der Staat alljährlich nur seinen Kredit zur Verfügung stellt. Ich sehe nicht ein, warum der Staat schenken soll, wenn er das Ziel auf einem viel einfacheren und billigeren Wege erreichen kann. Wenn Sie die Berechnungen des österreichischen Regierungsentwurfes lesen, so werden Sie finden, daß mit den zehn Millionen, die zur Verfügung gestellt werden, ganz anderes geleistet werden kann als mit einer noch so großen Summe, die der Staat einmal hergibt.

Die Zeit ist zu kurz, als daß ich meine Ausführungen weiterspinnen könnte. Ich glaube aber, wir stehen vor einer

sehr entscheidenden Epoche und wir haben die Pflicht, zu erkennen, welches die Zeichen der Zeit sind. Wenn eine ganze Reihe von Fachleuten ein Problem in einer ganz bestimmten Weise stellt und ganz bestimmte Richtlinien für seine Lösung gibt, dann ist es wohl an der Zeit, das Problem in dieser ganz bestimmt gestellten Weise in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Es wäre der größte Vorwurf, den man überhaupt einer Zeit machen kann, wenn sie nicht erkennen würde, was ihr not tut, und wenn sie das Problem, das ihr gestellt ist, nicht der Lösung zuführen würde. (Beifall.)

Reichsratsabgeordneter Dr. Adolf Groß (Krakau): Ich muß leider konstatieren, daß der Herr Referent mit keinem einzigen Worte erwähnte, daß im Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf in Verhandlung steht, welcher mit der Kreditfrage für gemeinnützige Kleinwohnungen sich beschäftigt. Der Teuerungsausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hat einstimmig den Gesetzentwurf angenommen, womit ein Wohnungsfürsorgefonds mit einer jährlichen Dotation von sechs Millionen Kronen, von 1910 beginnend bis 1919, also in Summa mit 60 Millionen Kronen, gebildet wird, welcher teils durch direkte Belehnungen auf zweitstellige Hypotheken bis zur Gesamtbelastung von 90% des Wertes, teils durch Garantieübernahme für anderweitige Belehnungen für Verbesserung der Kleinwohnungsverhältnisse zu wirken hat.

Der Regierungsentwurf verbindet die Frage der Wohnungsfürsorge unnötigerweise mit der Gebäudesteuerreform, welche damit nichts gemein hat. Ich möchte die Ausführungen des Herrn Referenten noch dahin richtigstellen, beziehungsweise aufklären, daß in der Regierungsvorlage deutlich die Bestimmung enthalten ist, daß der Staat für die Verpflichtungen des Fonds nicht aufkommt. Ein solches Institut, wie es in der Regierungsvorlage gebildet wird, kann überhaupt eine energische Tätigkeit nicht entwickeln. Der Wohnungsfürsorgefonds nach der Regierungsvorlage erhält im Jahre 1911 für ganz Österreich 400.000 Kronen, im Jahre 1912 700.000 Kronen, im ganzen bis Ende 1919 zehn Millionen Kronen. Mit dem Betrage, mit einer Garantie, für welche der Staat nicht aufkommt, läßt sich überhaupt nicht viel tun. Es ist auch nicht richtig, daß die Garantie des Fonds vollständig genüge, um die Gelder zu beschaffen. In den westlichen Provinzen mag wohl die Geldbeschaffung nicht auf solche Schwierigkeiten stoßen, wie es im Osten der Fall ist. Bei uns in Galizien wird

für erststellige Hypotheken, also für mündelsichere Darlehen, oft 5 und $5\frac{1}{2}\%$ an die Sparkassen gezahlt. Es ist daher nicht zu ersehen, wie auf Grund der Garantie eines Fonds, der sehr schlecht dotiert wird und für den der Staat nicht das Risiko übernehmen will, unsere Sparkassen sich veranlaßt sehen sollen, zu zweitstelligen Hypotheken ihre Gelder etwa zu 4% herzugeben. Wir zahlen jährlich dem Staate an Hauszinssteuer zirka 100 Millionen Kronen, an autonomen Zuschlägen zu dieser Steuer zahlen wir über 100 Millionen Kronen, bei dieser ungeheuren Belastung der Mieter sieht sich der Staat veranlaßt, für die Wohnungsfürsorge im Jahre 1911 400.000 Kronen usw. zu bestimmen, ich kann daher der Meinung des Herrn Referenten bezüglich des Regierungsentwurfes nicht beistimmen. Das Abgeordnetenhaus führt jetzt mit dem Fiskalismus der Regierung einen schweren Kampf. Wir wollen ein Gesetz beschließen, welches das Minimum von dem darstellt, womit überhaupt bei einer richtigen Wohnungsfürsorgetätigkeit begonnen werden kann, und darum müssen wir bedauern, daß wir vom Kongresse in der Richtung nicht unterstützt wurden und daß über diesen Gesetzentwurf hier gar nicht gesprochen wurde. Die Regierung hat keinen Grund, selbst aus fiskalischen Rücksichten, sich dem genannten Gesetzentwurfe zu widersetzen, weil der Teuerungsausschuß die Dotation nicht aus dem laufenden Budget verlangt, sondern die Regierung ermächtigt, diese Beträge per sechs Millionen Kronen jährlich sich durch Kreditoperationen zu beschaffen, es ist der Weg, der überall eingeschlagen wurde. Meiner Ansicht nach müßte der Fonds auch die Ermächtigung haben, Pfandbriefe unter staatlicher Garantie herauszugeben. Die Anstalten der sozialen Versicherung, Sparkassen usw. könnten in der Weise mittätig sein, daß sie die Pfandbriefe des Wohnungsfürsorgefonds an sich bringen. Die Regierung widersetzte sich dieser letzteren Forderung, wir mußten daher vorläufig davon absehen, verlieren aber nicht die Hoffnung, daß die Regierung in der Folge schließlich doch ihren Standpunkt ändern werde.

M. Joseph Lardeur-Becquerel, Délégué de la Société d'Encouragement à la petite propriété (Saint-Omer): Je voudrais dire au Congrès quelques mots rapides sur le fonctionnement de la Loi Française du 10 avril 1908 (Loi sur la petite propriété, Loi Ribot), et lui montrer à quels résultats merveilleux elle nous permet d'aboutir. Cette loi, votée sur l'initiative de Mr. Ribot ancien Président du Conseil des

Ministres a pour but de permettre aux travailleurs de devenir propriétaires d'un champ, d'un jardin ou d'une petite maison. L'État est autorisé à prêter aux Sociétés de Crédit Immobilier intermédiaires responsables entre les ouvriers et lui-même 100 millions au taux de 2% à condition qu'il y ait hypothèque et assurance sur la vie et que l'ouvrier possède le $\frac{1}{5}$ de la valeur du terrain ou de la maison. Cet argent, l'État le demande à la Caisse Nationale des retraites sur la vieillesse à qui il doit payer un intérêt de $3\frac{1}{2}\%$. Il consent donc à supporter une perte d'intérêt de $1\frac{1}{2}\%$. Quand les Cent Millions seront prêtés, il faudra inscrire à cet effet au Budget 940.000 francs par an. Mais d'autre part, il estime que le sacrifice qu'il consent n'est que momentané, car moins il y aura de pauvres, moins il y aura à dépenser pour leur assistance, moins il y aura de malades, moins il y aura à dépenser pour les soigner. Et il saute aux yeux que la propriété d'un champ, d'un jardin ou d'une maison salubre apportera tout à la fois l'indépendance et la santé. L'État Français estime donc qu'il fait tout à la fois une bonne affaire et une bonne action et quoiqu'en ait dit un précédent orateur il intervient en venant aider l'initiative privée. Plusieurs Sociétés de Crédit Immobilier fonctionnent déjà, beaucoup sont en voie de formation.

Le Département du Pas de Calais qui se flatte de compter l'auteur de la Loi parmi ses représentants a tenu à honneur d'être le premier bénéficiaire des avantages de la Loi Ribot. Dès la fin de 1908 la somme de 200.000 francs indispensable pour fonctionner était souscrite et les premiers prêts ont été réalisés dès l'année 1909. A l'heure qu'il est, plus de 150.000 francs de prêt ont été consentis au taux de 3%, taux qui décroitra bientôt dès que le chiffre d'affaires réalisées sera suffisant pour nous permettre de couvrir nos frais d'administration et aussi de constituer une réserve indispensable, mais il apparait dès maintenant que nous nous trouvons en face d'un mouvement qui prendra bien vite une extension considérable car il n'est pas douteux que par suite de la réduction du taux d'intérêt la Loi nouvelle nous permettra bien souvent d'offrir à l'ouvrier la propriété de sa maison au prix précédemment payé pour sa location.

Cette loi d'ailleurs se prête à toutes les combinaisons de Crédit Immobilier : Achat de petits champs, achat de jardins, achat de maisons, amélioration, restauration et agrandissement de maisons précédemment bâties, remboursement d'hy-

pothèques précédemment souscrites à des taux onéreux, construction de maisons ouvriers. Vous le voyez, l'ouvrier le plus humble, le plus modeste peut maintenant en France s'engager sans crainte sur le chemin de la propriété, car il peut s'il faut diviser son effort. Il acquiert d'abord un jardin ou un petit champ: Il y trouve la santé physique et la santé morale et tôt ou tard il voit surgir du sol les murs de la maisonnette ensoleillée qui lui permet d'y asseoir son foyer. Il m'a paru utile de signaler au Congrès les immenses avantages apportés à notre démocratie par cette Loi nouvelle qui donne à tous ceux qui veulent cesser d'être des prolétaires pour devenir des propriétaires, le moyen de conquérir le bonheur domestique et le progrès social. (Applaudissements.)

Direktor Dr. J. N. Lošťák (Prag) dankt zunächst in tschechischer Sprache für die Wahl zum Vizepräsidenten des Kongresses und bemerkt, daß er diese Auszeichnung nicht für seine Person, sondern nur für den von ihm vertretenen Landesverein in Anspruch nehmen kann; dann in deutscher Sprache fortfahrend: Dem gestern ausgesprochenen Grundsatz, daß die Gemeinden an die Spitze der eine vernünftige Wohnungsreform bezweckenden Aktion zu treten haben, stimme ich selbstverständlich aus vollem Herzen und vorbehaltlos bei. Aber ich glaube, daß alle Herren, welche jemals bei wirtschaftlichen Kommunal-Angelegenheiten mittätig waren, mit mir übereinstimmen werden, wenn ich behaupte, man könne nicht fordern, daß die Gemeinde auch das zur Aufführung der nötigen Baulichkeiten erforderliche Geld herbeizuschaffen habe. Jedermann von uns wird es als genügend bezeichnen, wenn die Gemeinde den Erwerb eines passenden und billigen Bauplatzes in dieser oder jener Weise ermöglicht, wenn sie die Gründung von Baugenossenschaften, von Vereinen oder sonstiger zweckentsprechender Organisationen patronisiert, alle Vorbereitungsarbeiten erleichtert und unterstützt und wenn sie endlich auch die Herbeischaffung billiger und sich den konkreten Zwecken möglichst anschmiegender Kapitalien vermittelt, oder wenigstens mit Rat und Tat sich dabei beteiligt. So wird z. B. die Gemeinde oft in der Lage sein, dahin zu wirken, daß die Genossenschaft aus ihrer Sparkasse der Größe, dem Zinsfuß und den Rückzahlungsmodalitäten nach mehr oder weniger begünstigte Darlehen erhalten. Wir müssen vor Augen haben, daß es sich hier in den allermeisten Fällen um wenig kapitalskräftige Organi-

sationen handelt, und daß diese oft nur 10—15% des erforderlichen Gesamtaufwandes aufzubringen in der Lage sind. Die Hälfte, oder sagen wir, 50—60% dieses Aufwandes wird überall, wo ein geordnetes Grundbuchs- und ein danach eingerichtetes Kreditwesen funktioniert, ohne Schwierigkeit als sogenannte erste Hypothek zu erreichen sein. Gelder dieser Art können ohne besondere Schwierigkeiten aus Spar- oder Waisenkassen, aus Banken oder anderen Geldinstituten, auch Versicherungsanstalten erborgt werden. Es bleiben dann immer noch 30 bis 40% unbedeckt, und diese müssen nun durch den sogenannten zweiten Satz aufgebracht werden.

Wir dürfen uns der Überzeugung nicht verschließen, daß diese zweiten Sätze mehr oder weniger unsichere und gefährliche Darlehen sind und daß hier Verluste immer als möglich in Rechnung gezogen werden müssen. Der Hypothekarwert kann hier unzureichend werden und es muß daher eine außerhalb der Hypothek stehende, ihre Sicherheit vermehrende Sicherstellung gesucht werden. Diese verschafft sich der Privatgläubiger in der Regel dadurch, daß er hohe Zinsen verlangt und sich aus dieser Einnahme eine Reserve für künftige mögliche Versuche bildet. Aber mit derartigen hochverzinslichen Krediten wäre uns nicht geholfen. Wir wollen billige Darlehen mit günstigen Bedingungen, wir können nur an diese denken, da wir eben Hypothekarobjekte zu schaffen haben, welche keine hohen Erträge abwerfen, und da das Geld für Leute erborgt werden soll, welche auf einen geringen Arbeitslohn oder ein mäßiges Gehalt angewiesen sind. Man mag sich nun mit Gedanken noch so lange abmühen, man wird aus dem Dilemma nicht herauskommen, daß entweder ein besonderer, selbständiger Garantiefonds errichtet werden muß, welcher für die vollständige Sicherheit der zweiten Hypotheken haftet, oder daß wir uns Beiträge, Subventionen oder sonstige der normalen Kreditgewährung entgegengesetzte Zuwendungen sichern müssen. Nun, meine Herren und Damen, ich bekenne es hier offen, daß ich ein prinzipieller Gegner aller derartigen Erbettungen bin. Sie würden auch nicht ausreichen. Ich bin insbesondere kein Freund des heute leider allzu oft angewendeten Prinzipes, daß der Staat dort Subventionen zu erteilen habe, wo es sich um unmittelbare Vergrößerung der Eigentumssphäre eines Individuums handelt. Sein Vermögen hat sich jeder Staatsbürger durch seine eigene Arbeit zu erwerben, beziehungsweise zu

vermehrten. Und so mußte ich in meinen Gedanken zu dem Schlusse gelangen, daß wir an den Staat mit der Anforderung herantreten müssen, er habe die Schaffung der früher erwähnten Garantiefonds in die Hand zu nehmen, weil es sich eben um ein bedeutsames, gemeinnütziges Wirken handelt, bei welchem in erster Linie allgemeine Fragen der Gesundheit, der Moralität und der ökonomischen Fortentwicklung des ganzen Volkes ausschlaggebend sind. Die Anforderung ist daher vollkommen gerechtfertigt. Und ich habe nun in meinem Referate ziffernmäßig berechnet, daß eine jährliche Dotation von 1,045.500 Kronen genügen kann, um die Herstellung von Wohnhäusern mit einem Gesamtaufwande von 34 Millionen Kronen zu ermöglichen. Die Richtigkeit meiner allerdings auf Wahrscheinlichkeitsprinzipien ruhenden Berechnung wurde bisher von niemandem bestritten. Nun frage ich Sie, meine Herren und Damen, ob es ein unbilliges oder übermäßiges Verlangen ist, wenn wir fordern, daß der Staat ein so geringes Prozent der zu verbauenden Summe in den zu konstruierenden Garantiefonds einzuschließen habe? Niemand wird es wagen, diese Frage zu bejahen.

Unser Kongreß hätte meines Erachtens nicht nur theoretische Fragen zu beantworten, es wäre vielmehr zu wünschen, daß aus den Beratungen desselben ein praktisches, die eigentliche Bautätigkeit in jeder ihrer Formen beeinflussendes Desiderium hervorgehe. Ein solches ist nun gewiß die in Antrag gebrachte Schaffung staatlicher Garantiefonds für zweite Hypotheken. Möge es denn doch bald verkündet werden können: Der IX. Internationale Wohnungskongreß in Wien hat in der Tat ein Mittel geschaffen, durch welches die bisherigen Schwierigkeiten der Erwerbung der in zweiter Rangordnung sicherzustellenden Kredite radikal behoben erscheinen.

Bevor ich schließe, möchte ich mir nur noch erlauben, den Ausführungen des Herrn Justizrates Dr. Baumert meine Ansicht entgegenzustellen, daß es nicht notwendig sei, neue Institute hervorzurufen, welche sich ausschließlich mit der Finanzierung unserer Bautätigkeit zu befassen hätten. Wir haben schon genug an Banken und Kreditanstalten, in welchen hinreichende Massen von Kapitalien angehäuft werden, um auch unseren Anforderungen entsprechen zu können. Wozu also neue, mit neuen Regiekosten verbundene Geldquellen schaffen? In dem Falle allein würde ich mit dem Gedankengange des Herrn Justizrates einverstanden sein, wenn er uns

einen Modus namhaft machen könnte, unter welchem die neuen Institute in der Lage wären, auch zweite Hypotheken — bis 90% des Wertes — ohne jegliche Garantie zur Ausschüttung zu bringen.

Anbelangend die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Groß kann ich nur erklären, daß ich sie für eine Entgleisung halte. Wir sind hier zu einem internationalen Kongresse versammelt, welcher in keinem Falle zu einer Filiale des österreichischen Reichsrates umgewandelt werden kann. Was die Behauptung anbelangt, daß durch die Schaffung des staatlichen Garantiefonds noch immer kein Geld für die gemeinnützige Bautätigkeit vorhanden sein wird und daß insbesondere in den östlichen Provinzen Österreichs dadurch keine neuen Kreditquellen erschlossen werden, möchte ich mir erlauben, da ich meine Ausführungen schließen muß, Herrn Dr. Groß zu einer Privatbesprechung einzuladen. Ich hoffe ihn bald zu überzeugen, daß sich das Geld bald einstellen wird. Da ich jahrelang an der Leitung eines der bedeutendsten Landes-Kreditinstitute Österreichs mittätig war, kann ich wohl in Anspruch nehmen, daß man mich in diesen Fragen für einen praktischen Gewährsmann halte.

Ich schließe mit dem Wunsche: Der staatliche Garantiefonds für zweite Hypothekensätze bleibe ein gedeihliches Kind dieser unserer Tagung! (Beifall.)

Dr. Ferenczi (Budapest): Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit auf eine Art der staatlichen Kapitalzufuhr zum gemeinnützigen Wohnungsbau zu lenken, die eine gewisse Eigenart an sich hat.

In Ungarn wurde im Jahre 1907 ein Gesetz zur staatlichen Förderung von landwirtschaftlichen Eigenhäusern geschaffen und es wurde zur Förderung des Baues dieser Häuser ein jährlicher Kredit bis zu 300.000 Kronen bewilligt. Die Förderung der Erbauung dieser Häuser erfolgt in der Weise, daß die Gemeinden und Munizipien, die zum Bau von landwirtschaftlichen Eigenhäusern, von Einfamilienhäusern, Kredit aufnehmen und billiges Land beistellen, vom Staate in der Weise unterstützt werden, daß für die den Arbeitern ins Eigentum übergebenen Häuser ein Teil der Ratentilgung mit staatlichem Zuschuß gedeckt wird, d. h. wenn z. B. die Gemeinde eine Raten- und Zinsentilgung von 5.25% zu leisten hat, der Staat jährlich 2% aus dem bewilligten staatlichen Kredit zahlt.

Der Zweck dieses Gesetzes war nämlich, den Arbeitern ein Eigenhaus herzustellen für denselben Aufwand, den sie bis dahin für ihre schlechten, überfüllten, einzimmerigen Wohnungen geleistet hatten. Ein solches Haus, das in einfachster Konstruktion hergestellt ist, kostet 1200—2200 Kronen auf einer Fläche von 200—300 Quadratklaftern, also mit einem großen Stück Gartenland. Es ist also außerordentlich billig, entspricht aber allen Anforderungen der Hygiene und Volkssitte. Die Arbeiter können das Darlehen in Amortisationsraten von 50 bis 125 Kronen jährlich binnen 20—50 Jahren abtragen und gelangen dadurch in den Besitz eines netten Eigenhauses.

Die bewilligten 300.000 Kronen genügen für die Erstellung von jährlich 15.000 solcher Kleinhäuser, und dieser Kredit erneuert sich alljährlich. Bisher haben 15 Komitate mit 31 Gemeinden eine Summe von 13,500.000 Kronen Kredit aufgenommen und mit diesem Kredit bisher die Errichtung von 12.000 Eigenhäusern gesichert, zu deren Erwerbung der Staat in der erwähnten Weise beiträgt. Diese Wohnungspolitik des Staates ist nicht nur darin begründet, daß er mit dieser Maßnahme die ganz außerordentliche Wohnungsnot in den Landgemeinden lindern will, sondern daß er auch den großen Landhunger, der das ungarische Proletariat erfüllt, durch die Beistellung von Eigenhäusern einigermaßen stillt und die große Auswanderung aus dem Lande ein wenig vermindert. (Beifall.)

Justizrat Dr. Alberti (Wiesbaden): Ich werde mich darauf beschränken, namens des von mir vertretenen Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften eine ganz kurze Erklärung abzugeben, da eine lange programmatische Entwicklung unserer Grundsätze doch nicht möglich ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nicht etwa die Tätigkeit des Staates bei der finanziellen Lösung der hier vorgeschriebenen Fragen auszuschalten sei; wir anerkennen freudig, was in Deutschland auf diesem Gebiete geschaffen wurde durch die Versicherungsanstalten und durch die Tätigkeit des Reiches und der Bundesstaaten für ihre Beamten. Aber wir stehen auf dem Standpunkte, daß es ein verhängnisvoller Beschluß wäre, wenn man den Staat allgemein finanziell verantwortlich machen wollte, daß er das Wohnungsbedürfnis seiner Bürger zu befriedigen habe. Das würde nicht Millionen und nicht Hunderte von Millionen, sondern Milliarden kosten und diese wären nur im Wege der Steuer zu beschaffen. Das würde nicht möglich sein. Wir halten es aber auch für ver-

hängnisvoll, wenn in dem Einzelnen der Glaube erweckt wird, daß der Staat für ihn auf diesem Gebiete verantwortlich sei. Das muß unbedingt das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit in großem Maße lähmen; in diesem Gefühle erblicken wir aber immer noch die erfolgreichste Quelle auch für die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses. Wir können darauf verweisen, was auf diesem Gebiete in Deutschland namentlich auch durch die Genossenschaften geleistet wurde, und wollen alles vermeiden, was unsere Kraft erlahmen lassen könnte. Darum stehen wir auf demselben Standpunkte wie unsere Freunde aus Frankreich. Wir stehen in erster Linie auf dem Standpunkte der Selbsthilfe und der Selbstverantwortlichkeit und sprechen uns gegen alles aus, was diesen auf diesem Gebiete wichtigsten Faktor beeinträchtigen könnte. (Beifall.)

Herr F. Wetzlar, Assistent am Sozialen Museum (Frankfurt am Main): Was mir den Mut gibt, hier das Wort zu ergreifen, ist die Tatsache, daß ich sowohl Praktiker als Theoretiker bin. Ich vertrete eine Kleinwohnungs-Aktiengesellschaft und das Soziale Museum in Frankfurt am Main. Wir, die wir uns in Frankfurt mit der Wohnungsfrage zu beschäftigen haben, sind zu der Ansicht gelangt, daß, trotzdem Staat und Gemeinden in Deutschland Großes in der Wohnungsfrage geleistet haben, man ohne die ergänzenden großen Mittel des Privatgeldmarktes nicht auskommen kann. Man kann aber den Geldmarkt für den Kleinwohnungsbau nicht interessieren, wenn man den Geldgebern nicht eine angemessene Risikoprämie zusichert. Es ist uns in unserer Aktiengesellschaft leider nicht gelungen, den Satz der Höchstdividende höher als 5% bemessen zu dürfen. Das ist aber auch der Mindestsatz, zu dem man Aktienkapital wird erhalten können. Das Aktienkapital unserer Gesellschaft repräsentiert das zweite Hypothekengeld, während die erste Hypothek repräsentiert wird durch die Ausgabe von 4%igen Schuldverschreibungen, welche bezüglich Rückzahlung und Zinsendienst von der Stadtgemeinde Frankfurt garantiert werden. Wir haben es also hier mit einer ergänzenden Tätigkeit der Gemeinde zu tun, aber das Gesamtkapital ist dem offenen Geldmarkt entnommen worden. Unsere Schuldverschreibungen sind an der Börse eingeführt und von dem Publikum willig aufgenommen worden. Wir schätzen, wie gesagt, die Tätigkeit von Staat und Gemeinde auf das höchste, betrachten sie aber nur als ergänzend, wir betrachten sie, wenn ich ein Wortbild brauchen darf, als Schrittmacher in der gemeinnützigen Bau-

tätigkeit. Die Hauptrolle aber wird auch in Zukunft die private Initiative spielen müssen.

Bauleiter G. Lehne (Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, Hamburg): Meine Damen und Herren! Ich möchte die Vorschläge, Mittel für die gemeinnützige Bautätigkeit zu beschaffen, um einen vermehren, und dieser Vorschlag liegt auf dem Gebiete der Selbsthilfe der Wohnungsbedürftigen.

Ich vertrete hier den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg, der in einem Zeitraume von acht Jahren etwas über 600 Wohnungen hergestellt hat, der einen Grund im Werte von einer Million zur Zeit sein Eigen nennt und darauf Bauwerke mit dem Aufwand von vier Millionen hergestellt hat. Ich bemerke dazu, daß auf diesen gesamten Grundstücken nur $1\frac{1}{2}$ Millionen Hypotheken lasten und daß von diesen $1\frac{1}{2}$ Millionen nur eine halbe Million aus den städtischen Sparkassen entnommen ist. Mittel des Staates oder des Reiches haben wir bisher nicht benützt. Wie uns das möglich gewesen ist, dafür einige Zahlen.

Unsere Genossenschaft „Produktion“ hat 40.000 Mitglieder, also ein großer Kreis von Leuten, die für diese Bestrebungen ein Interesse haben. Der Geschäftsanteil ist bloß 30 Mark und kann ratenweise eingezahlt werden oder er wird den Mitgliedern auf Grund des Einkaufes in der Konsumgenossenschaft gutgeschrieben. Dadurch ist es uns innerhalb dieser kurzen Zeit möglich gewesen, ein Betriebskapital von über sechs Millionen zusammenzubringen. Wir besitzen nebenbei auch eine Sparkasse, die sehr großes Vertrauen genießt, was schon daraus zu entnehmen ist, daß ihr über $4\frac{1}{3}$ Millionen zugeführt worden sind. Dadurch haben wir die Mittel beschafft, um in der erwähnten Weise die gemeinnützige Bautätigkeit fördern und einwandfreie Wohnungen auf den Hamburger Wohnungsmarkt bringen zu können.

Sie sehen, daß auch die Arbeiter selbst in der Lage sind, Mittel aufzubringen, vor allem dadurch, daß sie direkt zur Genossenschaft steuern, indem sie Mitglieder werden. Unsere Genossenschaft hat die Einrichtung, und dadurch unterscheidet sie sich im allgemeinen von den Konsumvereinen, daß sie die Ersparnisse, die die Mitglieder durch ihren Einkauf erzielen, den Mitgliedern nicht direkt auszahlt, sondern sie für die Mitglieder für die Fälle besonderer Not aufspart. Wir haben deshalb die Einrichtung geschaffen, daß den Mitgliedern zunächst 100 Mark für den Fall persönlicher Not, der Arbeitslosigkeit

keit usw. angesammelt werden, um daraus Unterstützungen zu erhalten: außerdem hat jeder, der sich um eine Wohnung bewirbt, einen Wohnungsfonds von 100 Mark anzusammeln. Auf diese Art haben wir für den Wohnungsfonds über 100.000 Mark und für den Notfonds über 500.000 Mark angesammelt. Alle diese Mittel sind Betriebskapital für die Genossenschaft und verpflichten uns gleichzeitig zur zweckmäßigen Anlage. Selbstverständlich legen wir sie im Interesse der Arbeiter an, indem wir ihnen einwandfreie Wohnungen schaffen.

Nicht nur die direkten Spargelder der Mitglieder, auch die Gelder von Arbeiterorganisationen werden uns jetzt anvertraut. Ich weise darauf hin, daß auch die Gewerkschaften in Hamburg ihre Spargelder in unsere Sparkasse einlegen und dadurch auch unsere Genossenschaft in die Lage setzen, im Interesse ihrer Mitglieder ihnen Wohnungen zu errichten. (Beifall.)

Ich bin von verschiedenen Seiten aufgefordert worden, die Drucksachen unserer Genossenschaft zur Verfügung zu stellen. Ich bitte alle, die etwas Näheres über die Organisation unserer Genossenschaft zu erfahren wünschen, an unseren Verein — Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg — zu schreiben. Wir sind gerne bereit, in dieser Beziehung jedermann entgegenzukommen und unsere Drucksachen zur Verfügung zu stellen. (Beifall.)

M. E. Deroover, Premier Directeur de la Caisse générale d'Épargne et de Retraite (Bruxelles): Si je prends un instant la parole, c'est pour rectifier une erreur que j'ai entendu se produire tantôt et qui me fait croire que le système belge n'est pas bien compris.

On a dit que la Caisse d'Épargne avance l'entièreté des sommes nécessaires à la construction des habitations ouvrières.

C'est là une erreur. La Caisse d'Épargne ne prête ses capitaux qu'à concurrence des $\frac{6}{10}$ ou des $\frac{7}{10}$ de la valeur des maisons: les $\frac{7}{10}$ lorsque l'ouvrier emprunteur est assuré sur la vie, parce qu'il y a dans ce cas une garantie supplémentaire; les $\frac{6}{10}$ s'il n'y a pas d'assurance.

Et d'où vient le reste des capitaux?

Pas de la Caisse d'Épargne, qui ne traite pas directement avec les ouvriers. Ce sont les sociétés locales qui sont en rapport avec ceux-ci et qui leur prêtent les $\frac{9}{10}$, parfois seulement les $\frac{8}{10}$ ou moins encore.

Les ouvriers fournissent donc $\frac{1}{10}$ ou $\frac{2}{10}$ de la valeur de leurs habitations.

Il reste $\frac{2}{10}$ ou $\frac{3}{10}$ qui sont fournis par l'initiative privée et par le fonctionnement normal de l'œuvre :

Par l'initiative privée, en ce sens que les membres des sociétés locales ont souscrit et couvert partiellement le capital social ; le capital versé est naturellement utilisé ;

par le fonctionnement normal de l'œuvre elle-même, parce que les ouvriers remboursent par annuités les prêts que leur ont consentis les sociétés : les uns remboursent en 15 ans, d'autres en 20 ou 25 ans ; en moyenne, en 22 ans les prêts sont entièrement remboursés. Les capitaux se reforment donc continuellement sur place et peuvent ainsi, dans un roulement continu, alimenter de nouveaux prêts.

En somme, messieurs, la Caisse d'Épargne ne prête pas directement aux ouvriers. Et c'est ce qui forme la caractéristique du système belge : à sa base même se trouvent les vaillantes sociétés locales, dont l'initiative fait le succès de l'œuvre tout entière. Elles sont formées d'hommes dévoués qui se mettent en rapport avec les ouvriers, connaissent leur valeur morale et pécunière, surveillent les constructions que font édifier les emprunteurs ou contrôlent l'évaluation des maisons que les ouvriers achètent toutes construites. S'il n'y avait pas en Belgique ces sociétés locales au travail remarquable et incessant, pas un million ne serait sorti des tiroirs de la Caisse d'Épargne !

C'est pourquoi j'ai pu commencer par les mots suivants les conclusions de mon rapport :

"En Belgique, c'est surtout l'initiative privée qui, généralement sous forme de sociétés anonymes et coopératives, et largement secondée par les pouvoirs publics, s'occupe le plus activement de l'œuvre des habitations ouvrières." (Applaudissements.)

Generalreferent Hofrat Dr. Rauchberg (Schlußwort) : Die heutige Debatte war beherrscht von dem Gegensatze zwischen Kollektivismus und Individualismus. Mit jener Liebenswürdigkeit, welche seine Nation und welche ihn persönlich auszeichnet, aber in aller Schärfe, hat mein verehrter Kollege, Herr Professor Bellom, diesen Gegensatz gekennzeichnet, und indem ich gegen ihn freundschaftlich polemisiere, glaube ich zugleich mich auch gegen alle diejenigen

Einwendungen gekehrt zu haben, die gegen mein Referat erhoben worden sind.

Meine verehrten Damen und Herren! Die mir gestellte Frage: „Wie ist der Kredit für die gemeinnützige Bautätigkeit zu organisieren?“ hat überhaupt nur dann einen Sinn, wenn man davon überzeugt ist, daß das freie Spiel der gesellschaftlichen Kräfte die Wohnungsfrage nicht zu lösen vermag. (Beifall.) Seit einem Jahrhundert hat ja das freie Spiel der gesellschaftlichen Kräfte vollkommen Zeit gehabt, die Wohnungsfrage zu lösen (lebhafter Beifall), und wohin sind wir gekommen? Zur Gefahr der Verelendung, zur Gefahr, die Gesundheit unserer städtischen Bevölkerung und unserer Industriebevölkerung verloren gehen zu sehen. Und das ganze industrielle Europa wurde ja immer mehr zu einer großen Industriestadt, das Stadtproblem ist das Bevölkerungsproblem Mitteleuropas überhaupt. Wir sind der Ansicht, daß der extreme wirtschaftliche Liberalismus auf diesem Gebiete vollkommen versagt hat, und deswegen sagen wir: Wir müssen den Kredit organisieren. Das ist alles. „Organisieren“ heißt ja noch nicht „Staatssozialismus“, wie man zu befürchten scheint. Wenn wir nun sagen, wir müssen organisieren, so ergibt sich das Problem, das, wie ich glaube, Herr Justizrat Dr. Baumert sehr richtig aufgegriffen hat, es ergibt sich die Frage: Allgemeine Kreditorganisation oder eine ganz spezielle?

Ich fürchte, wir alle haben umsonst gearbeitet, wenn man überhaupt der Meinung ist, die allgemeine Kreditorganisation wäre imstande, das ganz spezielle Bedürfnis der gemeinnützigen Bautätigkeit ohne weiteres zu befriedigen. Ich glaube, es ist selbstverständlich — und jeder, der auf diesem Gebiete praktisch gearbeitet hat, weiß es: Die gemeinnützige Bautätigkeit hat ein etwas abweichendes Kreditbedürfnis. Schon daß sie über die Mündelgrenze hinausgehen muß — es sind ja das allbekannte Dinge, die in einem Kreise von Sachverständigen nicht wiederholt werden müssen. Geben Sie nun zu, daß die Kreditbedürfnisse der gemeinnützigen Bautätigkeit etwas andere sind, so muß man auch eine andere Kreditorganisation für sie schaffen.

Das sind die einzigen prinzipiellen Momente, die ich zunächst festgelegt haben möchte; im übrigen bin ich durchaus kein Doktrinär, und glücklicherweise verhindern uns die prinzipiellen Verschiedenheiten des theoretischen Standpunktes

nicht, uns in der Praxis zu verständigen und eine Mittellinie der Politik vorzuzeichnen. Diese Mittellinie besteht darin — darin stimme ich mit fast allen Rednern überein — daß wir uns bemühen müssen, allen Geldquellen den Zugang auf den Wohnungsmarkt zu eröffnen. Wir wünschen gar nicht besondere Geldquellen, sondern es war der leitende Gedanke meines Referats — und darin berühre ich mich mit Dr. Baumert und den anderen Referenten —, jene großen Kapitalien, welche auf dem Anlagenmarkte stehen, heranzuziehen, aber ihnen den Zutritt zur gemeinnützigen Bautätigkeit durch die Sonderorganisation zu ermöglichen, deren Basis schließlich das Eintreten des Staates und des öffentlichen Kredits bildet, weil bisher noch jede andere Sicherheit versagt hat.

Damit wird aber die Privatinitiative, deren Wichtigkeit ich ebensogut einsehe wie jeder der Herren, der für sie eingetreten ist, durchaus nicht eingeschränkt. Wir wünschen die Konkurrenz aller Geldquellen auf dem Markte, wir wünschen auch die Privatinitiative, soweit es sich um die Organisation der Bautätigkeit, um das Bauen, um die Organisation der Verwaltung handelt. Das einzige, was wir sagen, ist, daß die öffentlichen Gewalten eintreten müssen, um dem Kapital in letzter Linie die notwendige Sicherheit zu geben. Und da ist es nun der Gedanke, in dem ich mich mit meinen österreichischen und reichsdeutschen Freunden zusammengefunden habe, daß anstatt einer direkten Kreditgewährung das Eintreten staatlicher Garantie empfehlenswert sei, weil dabei mit dem Einsetze der geringsten Mittel das Größte geleistet werden könnte. Alles, was sich dagegen sagen läßt, hat Professor Bellom in vortrefflicher Weise gesagt. Ich darf wieder an seine Ausführungen anknüpfen. Er hat eingewendet, der Staat nehme ein Risiko auf sich. Gewiß! Irgend jemand muß das Risiko auf sich nehmen. Der Staat nimmt es auf sich, aber er will und soll es begrenzen. Daher der Gedanke des Fonds; setzt er einen bestimmten Fonds ein, so nimmt er, soweit dieser Fonds reicht, das Risiko auf sich. Damit glaube ich auch die Bemerkungen des Herrn Dr. Groß richtiggestellt zu haben.

Es ist ja undenkbar, daß der Staat eine unbegrenzte Garantie auf sich nehme — das wäre ein gefährliches Experiment. Es ist selbstverständlich, daß der Staat sein Risiko beschränken muß. Ich werde mich sehr freuen, wenn er die Grenze höher zieht, als es im österreichischen Gesetzentwurfe der Fall ist. Aber irgend eine Grenze muß gezogen sein, denn in das

Uferlose kann der Staat seinen Kredit unmöglich engagieren. Da nun aber der Staat nicht selbst als Geldgeber, da er nur in letzter Linie als Garant auftritt, kann ich nicht finden, daß er auf dem Kapitalienmarkte als Privatunternehmer, als Privatbankier, mit den anderen Geldquellen konkurriere. Im Gegenteil: er ladet alle anderen Geldquellen ein, sich zu beteiligen, und sagt nur: „Ihr könnt es ruhig tun, denn ich garantiere euch die Sicherheit bis zu einer gewissen Grenze.“

So glaube ich denn, daß in der Tat die verschiedenen Standpunkte, die heute zum Ausdruck gekommen sind, sich auf einer Mittellinie vereinigen lassen, auf einer Mittellinie, die die verschiedensten Kapitalquellen heranzieht, die allen diesen Kapitalquellen die erforderliche Sicherheit gewährt und damit erst die Voraussetzung schafft, daß die Tüchtigkeit, die in der Bevölkerung steckt, sich in der Privatinitiative betätige und so eine breite gemeinnützige Bautätigkeit ins Leben gerufen werde, wie sie den Bedürfnissen unseres Volkes und der Zukunft unserer Kinder, auf denen ja die Hoffnung des Staates beruht, entspricht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit der geehrten Versammlung auf einige Mitteilungen zu lenken, die Exzellenz Dr. Ritter von Wittek jetzt machen wird.

Exz. Dr. R. v. Wittek, k. k. Minister a. D. (Wien): Der hochgeehrte Kongreß beschäftigt sich eingehend mit der Frage des Kredits für die Herstellung billiger Wohnungen, und es wird gewiß allgemein anerkannt sein, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das Zustandekommen der von uns allen so innig gewünschten Wohnungsreform darin besteht, den Organisationen, die diesem Ziele zustreben, einen möglichst billigen Kredit für die Beschaffung ihres Stammkapitals zugänglich zu machen. Ich möchte mir erlauben, dem geehrten Kongreß eine Institution vorzuführen, die sich vor etwa zehn Jahren im Bereiche der k. k. österreichischen Staatsbahnen noch unter meiner Amtsführung begründet hat und seither mit den besten Resultaten für den von uns allen angestrebten Zweck tätig ist. Ich bin mir vollständig bewußt, daß ich damit keinen Beitrag zu leisten vermag für die große und allgemeine Frage der auf alle Klassen, die dessen bedürftig sind, ausgedehnten Wohnungsreform.

Den Grund dafür aber, daß ich mir erlaube, die Aufmerksamkeit des geehrten Kongresses für diese Spezialität, für

dieses Detail zu erbitten, möchte ich darin finden, daß diese Institution in gewissem Sinne einer erweiterten Anwendung auf große Bereiche unseres Tätigkeitsgebietes fähig ist und daß die leitenden Grundsätze, die bei den österreichischen Staatsbahnen in dieser Institution zur Anwendung gelangt sind, sich als vollkommen zutreffend bewährt haben. Es handelt sich um die Baugenossenschaften, welche im Bereiche der Verwaltung der österreichischen Staatsbahnen bestehen und welche vor allem den Zweck verfolgen, die Angestellten der Staatsbahnen, welche in geringeren Gehaltsbezügen stehen, die Unterbeamten, Diener, ständigen Arbeiter, die unteren Funktionäre des Maschinendienstes, Lokomotivführer, Heizer, Kondukteure, Zugsführer, mit ihren Bedürfnissen und ihrer sozialen Lage entsprechenden, guten und billigen Wohnungen zu versorgen. Diese Institution hat sich unter der Ägide der Verwaltung und von ihr organisatorisch und, wie ich noch auszuführen haben werde, auch materiell unterstützt, in außerordentlich gedeihlicher Weise entwickelt.

Die materielle Unterstützung bestand darin, daß man diesen Genossenschaften die Begründung ihres Unternehmens durch die Zuwendung von Darlehen aus den der Verwaltung zur Verfügung stehenden Fonds unter billigen Bedingungen ermöglicht hat, daß man ihnen also die Kapitalien der ersten Institution, den Ankauf der Gründe und die Beschaffung des Baukapitals erleichtert hat und daß die schützende Hand der Verwaltung während der ersten Stadien, in denen ein junges Unternehmen vielen Schwierigkeiten ausgesetzt ist, sich bemüht hat, über diese Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Nachdem diese überwunden waren, haben die Baugenossenschaften der österreichischen Staatsbahnen eine vollständig autonome Organisation erhalten. Es sind die Mitglieder der Genossenschaft, die durch eine kleine Einlage von 200 Kronen die Mitgliedschaft erworben haben, vollständig die Herren des Unternehmens, sie wählen den Vorstand, sie haben eine Generalversammlung, sie verwalten unter der eigenen Verantwortung und unter der Oberaufsicht der Eisenbahnverwaltung die von ihnen ins Leben gerufenen Ubikationen und Wohngebäude, und die bisherigen Erfahrungen in dieser Richtung sind die allerbesten.

Sie sind sowohl ausgezeichnet dadurch, daß die materiellen Resultate eine volle Verzinsung des von der Verwaltung bei Beginn des Unternehmens zur Verfügung gestellten

Darlehens ergeben, aber auch weiters dadurch, daß die Bediensteten selbst, welche Mitglieder sind, mit dieser Form der ihnen gewährten Hilfe vollständig zufrieden sind und daß sie so das Problem gelöst sehen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende, den sanitären Anforderungen genügende und die Behaglichkeit des eigenen Heims ermöglichende Wohnung zur Verfügung zu haben.

Ich möchte mir daher erlauben, den geehrten Kongreß zu bitten, daß er bei den Studien in bezug auf die Lösung der Kreditfrage auch diesen Punkt ins Auge fasse. Es sind das eigentlich Vorsorgen für kleinere oder größere Kreise von minder günstig gestellten Bediensteten, Angestellten und Arbeitern sowohl der öffentlichen als der privaten Unternehmungen, die auf diese Weise durch die Assoziation und eine gewisse Fürsorge der Verwaltung zu dem angestrebten Ziele gelangen können. Ich möchte auch den geehrten Kongreß empfehlen, sich über die technische Seite dieser Einrichtungen zu informieren. Es war das die Frucht eines reiflichen Studiums, wie man in entsprechender Weise, ohne Luxus und ohne Verschwendung, einfach, aber durchaus solid und zweckmäßig derartige Wohnungen errichtet. Wir haben zu diesem Zweck, durch die Beengtheit des Terrains und die Notwendigkeit der äußersten Sparsamkeit veranlaßt, nicht die Errichtung von einzelnen Familienhäusern ins Auge fassen können, sondern die Errichtung von größeren Wohnhäusern, in welchen eine größere Anzahl von Wohnungen, und zwar in mehrstöckigen Gebäuden, untergebracht werden. Diese Wohnungen sind aber so angelegt, daß sie einerseits den hygienischen Raumbedürfnissen der Familien entsprechen und daß anderseits jene Quellen von Unfrieden und Friktionen, die sonst zwischen den Mitbewohnern von Häusern dadurch entstehen, daß gemeinsame Vorplätze, gemeinsame Hilfsanlagen zur gemeinsamen Benützung bereit sind, vermieden werden. Die Wohnungen sind nach einer ganz besonders bewährten Type ausgestaltet, und es würde gewiß für den geehrten Kongreß von Interesse sein, diese Wohngebäude, die sich einerseits in der Nähe des Bahnhofes Hütteldorf, anderseits in der Nähe des Bahnhofes Heiligenstadt befinden, zu besichtigen. (Beifall.)

Thema III:

Kleinhaus (Cottage) oder Miethaus (Block)?

Generalreferent Professor Dr. Fuchs (Tübingen): Das Generalreferat über die Frage „Kleinhaus oder Miethaus?“ hat mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie Sie leicht einsehen werden. Die erste Schwierigkeit entsteht schon bei dem Titel, dem Thema in der schwankenden Terminologie, vor der wir uns hier befinden. „Kleinhaus oder Miethaus?“, so ist das Thema auf dem Programm des Kongresses bezeichnet, aber das ist wohl nicht die beste Formulierung, die man dem Gegensatze geben kann. Denn auch das Kleinhaus, auch das Einfamilienhaus, kann Miethaus sein, und es scheint mir daher richtiger, zu sagen: „Kleinhaus oder Massenmiethaus, beziehungsweise Mietkaserne“.

Zwischen diesen beiden Formen, die grundsätzlich voneinander geschieden werden können, liegen Zwischenformen: das sogenannte Bürgerhaus und das größere oder richtiger mittlere Miethaus mit drei bis vier Geschossen. Dies kann auch Einfamilienhaus sein und ist zum Teil auch ein Einfamilienhaus, besonders in England, in London in den älteren, wohlhabenden Quartieren, wo sich die Wohnung einer Familie durch ein drei- bis viergeschossiges Haus erstreckt. Es kann aber auch Miethaus sein für mehrere Familien, aber doch so, daß nur eine Familie, höchstens zwei, auf derselben Etage wohnen, und infolgedessen vor allem auch eine Durchlüftung aller Wohnungen möglich ist. Diese Form finden wir hauptsächlich in Amsterdam für die arbeitenden Klassen, wie uns berichtet wird, in dem viergeschossigen Hause — Erdgeschoß und drei Stockwerke —, wo jeweils nur eine Familie in einer Etage wohnt. Ähnliches begegnet uns in Düsseldorf und vielfach, wenigstens mit zwei Familien auf einer Etage, in den Häusern, die von der gemeinnützigen Bautätigkeit in Deutschland errichtet worden sind.

Als Extreme treten uns bei dieser Gegenüberstellung das ein- bis zweigeschossige Einfamilienhaus und die Berliner Mietkaserne, die Mietkaserne im engeren Sinne des Wortes mit Seitenflügeln und einem oder mehreren Quergebäuden, entgegen. Wenn wir aber hier das „Kleinhaus“ dem „Massenmiethause“ gegenüberstellen, so verstehen wir darunter nicht nur das alleinstehende Einfamilienhaus, sondern auch

kleine, schmale Reihenhäuser für eine bis drei Familien. Infolgedessen deckt sich dieser Unterschied „Kleinhaus und Massenmiethaus“ auch nicht, wie verhängnisvollerweise die deutschen Bauordnungen sehr oft angenommen haben, mit dem Gegensatz zwischen „offener“ und „geschlossener Bauweise“. Denn wir haben auf der einen Seite hohe Miethäuser bei offener Bebauung, besonders da, wo man auf den sogenannten Bauwuch einen großen Wert legt, wie in Württemberg, also insbesondere Stuttgart, andererseits haben wir Kleinhäuser in geschlossener Bauweise als aneinanderstoßende Reihenhäuser, wie in England, Belgien und Bremen. Der richtige Gegensatz ist also vielmehr: Flachbau und Hochbau, „weiträumige“ und „gedrängte Bauweise“ in diesem Sinne. In diesem Sinne sind nun bekanntlich Länder des Flachbaues und der weiträumigen Bauweise: England und Belgien, in weitestem Umfang auch in den Großstädten, dann Holland und Ungarn mit Ausnahme ihrer Hauptstädte, ebenso die Vereinigten Staaten und in Deutschland der Nordwesten. Länder der gedrängten Bauweise sind insbesondere die romanischen Länder, wie namentlich Italien, auch Frankreich in den großen Städten, dann vor allem das übrige Deutschland und, wenn auch noch nicht ganz in dem gleichen Maße, auch Österreich und die Schweiz. Sie sehen ohne weiteres die Schwierigkeit, die sich gegenüber dieser Mannigfaltigkeit der Gestaltung der Wohn- und Siedlungsweise in der Gegenwart für ein zusammenfassendes Referat ergibt.

Die zweite Schwierigkeit liegt in dem Charakter der Vorberichte, von denen ich Ihnen die Zusammenfassung zu geben habe. Denn diese Vorberichte haben die Frage sehr verschieden angepackt und behandelt. Die meisten von ihnen haben sich nämlich nur beschäftigt mit dem Verhältnis dieser beiden Bauformen bei der gemeinnützigen Bautätigkeit, mit den Ergebnissen, welche die gemeinnützige Bautätigkeit in dieser Beziehung erzielt hat. Nur die Berichte von Deutschland, von England und in gewissem Maße auch der von Österreich haben die Frage in ihrem ganzen Umfange aufgerollt.

Nun ist aber das Verhältnis der gemeinnützigen Bautätigkeit zu der Frage „Kleinhaus oder Massenmiethaus“ meiner Überzeugung nach ohne prinzipielle Bedeutung für diese Frage, für die Frage nach der Möglichkeit einer Änderung der augenblicklich bestehenden Siedlungsweise in den verschiedenen

Ländern. Denn die gemeinnützige Bautätigkeit ist von dieser herrschenden Siedlungsweise durchaus abhängig, sie kann sich nicht wesentlich von ihr entfernen, sondern muß ihr folgen und kann ihr nur technisch und künstlerisch mustergültige Vorbilder liefern. Denn die gemeinnützige Bautätigkeit ist eben durchaus gebunden an die Preisgestaltung des Grundes und Bodens, wie sie die herrschende Bauweise mit sich bringt, und die gemeinnützige Bautätigkeit kann insbesondere doch nur ausnahmsweise, — da es immer erst gilt, die Arbeiter zu erobern und zu gewinnen — gleich mit weit ausschauenden Projekten, die aus dem teuren Gelände weit hinausgehen, beginnen. Sie muß also in verhältnismäßig leicht erreichbarer Nähe beginnen, und daraus ergibt sich in den Ländern des Massenmiethauses für sie die Unmöglichkeit, von diesem System wesentlich abzugehen. Infolgedessen scheinen mir die Ergebnisse, die in bezug auf die beiden Hausformen von der gemeinnützigen Bautätigkeit erzielt worden sind, nur von technischer und privatwirtschaftlicher Bedeutung, und ich gehe daher auf das reiche Material, das uns viele der Vorberichte in dieser Beziehung gebracht haben, insbesondere der Vorbericht von Bach über Österreich und die Vorberichte über Frankreich, hier nicht näher ein.

Ich sage: Diese Ergebnisse haben in erster Linie nur ein technisches und ein privatwirtschaftliches Interesse. Die Frage „Kleinhaus oder Massenmiethaus?“ ist aber nach meiner Überzeugung in erster Linie nicht eine wirtschaftliche Frage, sondern eine hygienische und vor allem eine moralische. Die Überlegenheit des Kleinhauses in hygienischer und besonders in moralischer Beziehung ist unbestreitbar und so groß, daß es Aufgabe der Wohnungsreform sein müßte, es für die Zukunft — also im Erweiterungsgelände unserer Städte — zur vorherrschenden Wohnungsform zu machen und als solche durchzusetzen, selbst wenn sie wirtschaftlich die ungünstigere Form wäre, und zwar ist nach meiner Auffassung durchaus obenan zu stellen die Überlegenheit, die ihr in moralisch-sittlicher oder, wie der deutsche Referent Keller sagt, in „sozial-ethischer“ Beziehung zukommt. Nur durch das Kleinhaus — natürlich am vollkommensten durch das Einfamilienhaus, aber doch auch durch die anderen Formen — ist es möglich, dem Arbeiter innerhalb seiner Zahlungsfähigkeit eine so große Wohnung zu geben, mit so vielen, wenn

auch kleinen Räumen, daß eine Trennung der Geschlechter, der Kinder rechtzeitig möglich ist und damit ein sittlich reines Familienleben. Dies ist nach meiner Auffassung überhaupt der springende Punkt und der Hauptpunkt in der ganzen Wohnungsfrage.

Wenn wir das entsetzliche sittliche Elend verfolgen, das in den Großstädten mit der Massenanhäufung der Bevölkerung durch die Mischung der Geschlechter, der Kinder und der Erwachsenen, der Einlieger und Schlafburschen entsteht, dann befinden wir uns vor dem allergrößten Schaden unserer Zeit, und ihn zu beheben, muß unsere allererste Aufgabe sein. Wir müssen also fragen: Welche Bauweise hat bisher dem Arbeiter das gegeben, was wir eine „menschenswürdige Wohnung“ nennen können? Zu einer solchen gehören, wie Mr. Aldridge in seinem Bericht über England richtig ausführt, wenigstens drei Schlafräume, ein großes Wohn- und zugleich Eßzimmer, eine Spülküche und Bad. Hat die gedrängte oder hat die weiträumige Bauweise, hat das Massenmiethaus oder das Kleinhaus den Arbeitern bis jetzt eine solche Wohnung gebracht?

Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Nur in den Ländern des Kleinhauses ist für viele Tausende von Arbeiterfamilien, allerdings bis jetzt im allgemeinen auch nur für die oberen, gelernten, besser bezahlten Schichten, dieser Wohnstandard heute tatsächlich erreicht. Man ist aber in England auf dem besten Wege, ihn wenigstens auch für die regelmäßig beschäftigten und gelernten Arbeiter zu schaffen. Nun sehen Sie auf Deutschland — und ich darf wohl auch sagen Österreich, jedenfalls Wien —, wo die Hälfte bis zu zwei Drittel der Bewohner, also weit über den Arbeiterstand hinaus, auch den gelernten, nicht mehr als zweizimmerige Wohnungen haben.*) Freilich sind die Zimmer viel größer, und vielleicht ist sogar zum Teil die Zahl der Kubikmeter Luftraum pro Person größer als in den Wohnungen des Kleinhausbaues. Aber darauf kommt es von diesem Gesichtspunkte aus, in bezug auf die moralischen und sittlichen Konsequenzen des Zusammenhäufens der Menschen, nicht an. Es kommt in

*) In den größten preussischen Städten hatte 1900 nahezu die Hälfte der Bevölkerung, teilweise sogar darüber, nicht mehr als eine Wohnung von einem heizbaren Zimmer mit oder ohne Zubehör, in Berlin war für mehr als 70% aller Haushaltungen, in Breslau für 75% der Bewohner die zweiräumige Wohnung die obere Grenze des Wohnungsstandards.

erster Linie an auf die Zahl der Zimmer. Kleinheit der Zimmer kann sogar von Vorteil sein, insofern sie die Aufnahme von Einliegern ausschließen kann. Wenn es auch sein mag, daß in England mancher Raum mitgezählt wird, den die deutsche Statistik nicht mitzählt, so kann das den großen Kontrast doch nur mildern, nicht aufheben. Beim Massenmiet-
 hause besteht überhaupt die technische Unmöglichkeit, dem Arbeiter in Arbeiterwohnungen zu Preisen, die er aufbringen kann, Ähnliches zu bieten, weil das Massenmiethaus keinen solchen Grundriß zuläßt; es verlangt eine gewisse Tiefe, woraus sich die Maße der Zimmer ergeben und die Unmöglichkeit folgt, eine größere Zahl kleinerer Zimmer mit direktem Licht ohne zu große Unkosten zu schaffen.

Ferner gehören zu den sozial-ethischen Schäden des Massenmiethauses auch: die Unmöglichkeit für die große Masse der Bevölkerung, einmal zu einem eigenen Hausbesitz zu kommen, der Gegensatz, der sich erst mit ihm zwischen Hauswirt und Mieter entwickelt hat, der häufige Wohnungswechsel mit seiner gewaltigen Vergeudung von wirtschaftlichen Werten und persönlicher Kraft und auch die ganze, von der Natur abgekehrte, damit zusammenhängende Lebensweise, — durchaus Mängel, die, wie der Referent Keller sagt, durch keine denkbare, noch so vollkommene Form des Massenmiethauses aus der Welt geschafft werden können: sie liegen im Wesen dieser Bauweise.

Das letztere gilt dagegen nur zum Teil von den hygienischen Vor- und Nachteilen. Sie können zum Teil durch sanitäre Fortschritte ausgeglichen werden, die Mängel beim Massenmiethaus können beseitigt werden, allerdings nicht und niemals bei der spezifischen Form der Berliner Mietkaserne mit Seitenflügeln und Quergebäuden. In bezug auf diese Vor- und Nachteile hygienischer Natur verweise ich Sie auf den vorzüglichen österreichischen Bericht von Bach, der in dieser und anderen Beziehungen die beiden Hausformen sehr ausführlich gegenüberstellt, freilich, wie ich glaube, in einem Punkte auf dem hygienischen Gebiet dem Kleinhause nicht gerecht werdend oder ihm ungerechterweise einen Mangel anheftend, der bei der anderen Form ebenfalls vorhanden ist. Er spricht von dem Hetzen, das die zurückzulegende weite Entfernung, die tägliche Reise nach und von der Arbeitsstätte mit sich bringt, und von den gesundheitlichen Schädigungen, die sie bedeuten kann. Ich sehe davon ab, in welcher Weise durch

Dezentralisation diese weiten Entfernungen gemindert werden können; aber ich muß betonen, worauf schon Eberstadt hingewiesen hat, daß auch in der Großstadt mit dem Massenmiethaus und der gedrängten Bauweise große Entfernungen zurückzulegen sind und daß dabei ein noch größeres Hasten und Hetzen erfolgt, weil das nicht zweimal, sondern viermal im Tage geschehen muß, wenn man zu der Mahlzeit in die Wohnung zurückkehrt; und auch in der Großstadt mit dem Massenmiethaus wohnt ja nicht jeder Angestellte in der Arbeitsstätte oder ihr gegenüber. Die Verkehrsmittel aber sind, wie Eberstadt zum erstenmal überzeugend nachgewiesen hat, gerade in den Städten und Ländern des Massenmiethauses schlechter als in jenen der geräumigen Bauweise und des Kleinhausbaues. Die Zeit, die da in Wind und Wetter herumgestanden wird, um auf die Trambahn zu warten und dann oft von einer überfüllten absehen zu müssen, ist mindestens ebenso gefährlich für die Gesundheit und jedenfalls nicht geringer anzuschlagen als die zweimalige weitere Reise, die von den draußen Wohnenden mit besseren Verkehrsmitteln zurückgelegt werden kann.

In diesem Zusammenhange gestatte ich mir, gleich eine weitere Frage zu streifen, die sich bei Empfehlung des Kleinhausbaues sofort geltend macht: die nach dem unmöglichen großen Terrain, das dann erfordert werden würde. Selbst in dem sehr objektiven und gründlichen deutschen Berichte, den Dr. Keller in Berlin im letzten Augenblick, nachdem der frühere Berichterstatter abgesagt hatte, geliefert hat, wofür ich ihm an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte, wird angeführt, was Exzellenz Thiel in der Generalversammlung des Vereines für Sozialpolitik in München gesagt hat darüber, welchen Raum man brauchen würde, wenn man jede Berliner Familie in einem Einfamilienhaus unterbringen wollte. Mit solchen Übertreibungen kann man leicht eine Sache ad absurdum führen. Daran denkt ja niemand. Aber es muß bemerkt werden, daß nach den Berechnungen von Baumeister die eingeschossige Stadt noch nicht einmal doppelt so viel Platz einnimmt als die fünfgeschossig bebaute, also nicht etwa den fünffachen Raum.

In hygienischer Beziehung stehen einander also zweifellos Vor- und Nachteile gegenüber. Aber als der große Vorteil des Kleinhausbaues, der weiträumigen Bauweise muß doch Eines hervorgehoben werden, wie das der deutsche Referent

richtig tut: Die Auflockerung der Siedlungstätigkeit ist beim Kleinhausbau jedenfalls leichter zu erreichen als beim Massenmiethaus. Tatsächlich finden wir bei der Massenmietkaserne nicht, wie es aus hygienischen Gründen sein sollte, größere, sondern kleinere Zwischenräume zwischen den Gebäuden. Dr. Hellmuth Wolff hat in seinem Berichte für Halle gezeigt, wie die horizontale Nutzung beim Massenmiethausbau nicht nur absolut, sondern auch relativ noch stärker zunimmt als die vertikale. Der deutsche Berichtersteller Keller sagt dazu: „Es ist doch nicht ganz gleichgültig, wie hoch der absolute Bodenpreis ist.“ Wir kommen darauf noch zurück.

Jedenfalls aber ergibt sich: Das Kleinhaus bewirkt, daß die Zahl der Menschen pro Hektar geringer wird, dadurch werden zweifellos *ceteris paribus* günstigere hygienische Verhältnisse erzielt, die zur Verfügung stehende Luft ist eine bessere. Wichtiger aber noch als die Reinheit der Luft ist der Luftzutritt zu den Wohnungen und die Größe des Luftraumes. In hygienischer Beziehung die schlimmsten Übelstände finden wir in dieser Beziehung bei der typischen Mietkaserne mit Seitenflügeln und Quergebäuden, wie sie vor allem in Berlin zur Ausbildung gekommen ist. Jedenfalls kann beim Kleinhaus auf diese Form leichter verzichtet und im Innern eine große Fläche freigelassen werden, was ein absolut hoher Bodenpreis auch dann verhindert, wenn er relativ niedriger wäre.

Zu den hygienischen Seiten gehört ferner die Frage des Lichtzutrittes, in der sich, wie Keller nachweist, Kleinhaus und Massenmiethaus durchschnittlich gleichstehen, indem bei letzterem dem besseren Lichtzutritt der oberen Etagen, der schlechtere in den unteren entspricht. Dann ist ein Hauptmoment, das nicht aus der Welt geschafft werden kann, die größere Gefahr der Ansteckung bei einer stärkeren Zusammenballung von Menschen und Familien in einem Hause und an einer Treppe, ferner vor allem die Wirkung, welche die Wohnweise auf die Kinder hat durch die Möglichkeit, die Kinder im Freien spielen zu lassen, die sich bei den hohen Etagenwohnungen für die im Haushalt beschäftigte Mutter nicht so leicht wie beim Kleinhaus ergibt, dann weiter die Möglichkeit, Parks und Kinderspielplätze sowie Gärten für die Arbeiter zu schaffen. Alles das ist in ausgedehntem Maße nur beim Kleinhausbau möglich.

In bezug auf die Sterblichkeit haben wir freilich nur ein noch sehr dürftiges Material zur Vergleichung. Aber dieses

Material — ich verweise auf das in dem Berichte von Aldridge und in Eberstadts „Handbuch des Wohnungswesens“ wiedergegebene — zeigt doch unzweifelhaft eine geringere Sterblichkeit bei der weiträumigen Wohnweise als bei der Zusammenballung der Menschen; vor allem die Tuberkulose ist ja so recht die Krankheit der gedrängten Bauweise.

Aus diesen sittlichen und hygienischen Gründen — von den ästhetischen, die doch auch trotz der modernen geschmackvollen Miethäuser noch in Betracht kommen, will ich hier nicht reden — müßte die Wohnungspolitik die weiträumige Bauweise und das Kleinhaus bevorzugen, auch wenn sie wirtschaftlich ungünstiger wären. Aber das ist grundsätzlich nicht der Fall. Es ist grundsätzlich nicht nachzuweisen, daß die gedrängte Bauweise, sei es in bezug auf die Entwicklung des Bodenpreises, sei es in bezug auf die Baukosten, eine solche wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber dem Kleinhause besitzt, wenn auch anderseits eine wirtschaftliche Überlegenheit des letzteren ebenfalls nicht besteht, also mit einer Verbilligung des Wohnens durch das Kleinhaus wenigstens mit Sicherheit nicht gerechnet werden kann. In dieser Beziehung kommt es auf zwei Fragen an, die Frage der Baukosten und die Frage des Bodenpreises.

Ich verweise zunächst auf die Statistik, die bezüglich der Baukosten über England in dem Bericht von Aldridge gegeben ist. Sie bezieht sich allerdings nur auf die Zimmer, nicht auf den Kubikraum des Wohnraumes, aber da in England in den großen Miethäusern die Räume im allgemeinen nicht größer sind als in den Kleinhäusern, sind diese Angaben verwendbar. Ich verweise ferner auf die Statistik für Frankreich von Rey, die im Anhang zu dem Berichte von Aldridge gegeben ist, und auf die Statistik von Risler, dem zweiten Bearbeiter für Frankreich. In beiden finden wir einen bedeutend geringeren Baukostenpreis beim Kleinhausbau als beim Etagenhausbau.

Sehr eingehend ist diese Frage in neuerer Zeit in Deutschland untersucht worden, es wurden verschiedene Baukostenberechnungen aufgestellt. Ich sehe ab von denen von Voigt und Geldner wegen der ihnen anhaftenden grundsätzlichen Fehler, die sie, wie Keller richtig sagt, als eine *petitio principii* erscheinen lassen. Es stehen sich hauptsächlich die von Fabarius und Baumeister gegenüber. Fabarius sagt,

daß die Verbilligung nur bis zum dritten Stock gehe und daß von da an eine Verteuerung eintritt, während Baumeister auch eine weitere Verbilligung herausrechnet. Fabarius ist zu seinem Ergebnis gekommen, indem er von oben herunter eine immer größere Verstärkung der Mauern angenommen hat, was technisch ohne Zweifel das Richtige wäre, während die Berechnungen Baumeisters auf den Vorschriften bestehender Bauordnungen und auf den Sätzen des Baukalenders beruhen.

Das Ergebnis in dieser Baukostenfrage faßt Keller in die Worte zusammen: „Voll beweiskräftig sind die mitgeteilten Berechnungen aus dem Grunde nicht, weil sie zum Teil auf Grund geltender Bauordnungen angestellt worden sind, und dabei immer noch die Frage offen bleibt, ob die Bestimmungen dieser Bauordnungen nicht für den Kleinhausbau in manchen Punkten zu ungünstig sind. Immerhin scheint sich daraus zu ergeben, daß sich durch die Stockwerkehäufung eine gewisse Verbilligung der Baukosten des Quadratmeters Wohnfläche erzielen läßt. Damit ist aber für die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der typischen Berliner Mietkaserne mit ihren Seitenflügeln und Quergebäuden noch nichts bewiesen.“

Er weist vielmehr selbst nach, wie unwirtschaftlich gerade diese Form ist, wo bei einem typischen Beispiel 18% des Raumes durch dunkle Flure in Anspruch genommen werden, um zu den Zimmern zu gelangen, Flure, welche 11,8% der Miete zur Verzinsung der dafür aufgewendeten Kosten erfordern. Hier decken sich also unhygienische und unwirtschaftliche Bauweise nach seinen Ausführungen vollständig. Nun werden aber in Berlin durch die Bauordnung die Seitenflügel geradezu erzwungen, indem es dann gestattet ist, die Quergebäude höher aufzuführen als sonst, so daß damit, wie Keller sagt, geradezu eine Strafe auf die hygienisch bessere Bebauung gelegt ist. Auch die Untersuchungen von Werther, auf welche der Bericht von Bach Bezug nimmt, und die ebenfalls zu einem gewissen Ergebnis in bezug auf Verbilligung durch Stockwerkeanhäufung kommen, beruhen auf den bestehenden baupolizeilichen Vorschriften. Baumeister hebt dagegen selbst hervor, wie außerordentlich gering diese Verbilligung ist, und daß bei einem Grundstückspreis von 20 Mark eine Wohnung in einem dreistöckigen Hause durchschnittlich nur um 29 Mark teurer ist als in einem fünfstöckigen. „Deshalb“, sagt er, „erscheint es wirtschaftlich durchaus zu-

lässig, in äußeren Stadtteilen und in mittleren Städten durchweg die Zahl der Geschosse und die Zahl der Familien herabzusetzen. Die Mietkaserne ist ganz zu unterdrücken.“*)

Ich kann aber im Anschlusse daran doch nicht unterlassen, auf die Worte aufmerksam zu machen, die in einem anderen Berichte, zu Thema IV, von Magistratsbaurat Fabarius in bezug auf die prinzipielle Bedeutung der Baukosten überhaupt ausgesprochen werden. Er sagt, wie mir scheint, mit Recht: „Es muß von vornherein gesagt werden, daß (mit der Bezeichnung der Wohnungsfrage als „Baukostenfrage“) die Bedeutung der Baukosten für das Wohnungswesen überschätzt wird — unbedingt wenigstens, wenn es sich um größere Städte handelt. Nachdem infolge des stetigen Anwachsens der Städte der Wohnhausbau Gegenstand einer sicheren Kapitalsverwertung und der Baugrund Gegenstand der Spekulation geworden ist, ergibt sich von selbst eine Verteuerung der Mieten dadurch, daß von den Mietern nicht nur die eigentlichen Herstellungskosten der Wohnungen, sondern auch diejenigen Summen mitbezahlt werden müssen, die als Unternehmergewinn, Risikoprämien und Verwaltungskosten den Bauunternehmern und Bodenspekulanten zufallen. Diesen gegenüber sind die erreichbaren, immer verhältnismäßig nicht großen Ersparnisse bei den Baukosten von ganz geringer Bedeutung. Gewiß ist, daß, wenigstens bei großen Zinshäusern in den Städten, solche Ersparnisse unmittelbar niemals den Mietern zugute kommen, sondern lediglich den Unternehmern, die fast immer in der Lage sind, die durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung bestimmten höchsten Mietpreise zu erlangen, unabhängig von ihren eigenen Aufwendungen für den Bau.“

Die zweite wirtschaftliche Frage ist die Frage: Wird durch die Beschränkung der Stockwerkezahl und sonst der Bebauung der Bodenpreis verteuert oder im Gegenteil herabgedrückt oder, richtiger gesagt, nicht herabgedrückt, sondern am Steigen gehindert? Daß er im ganzen herabgedrückt wird, wenn die Ausnützung des Grundes und Bodens beschränkt ist, das ist unbestritten. Denn allgemein wird jetzt zugegeben, daß der Bodenpreis sich nach dem zu erzielenden Ertrage richtet. Aber die Streitfrage bezieht sich darauf, ob die Bewegung eine ganz parallele ist, d. h. ob er um ebensoviel sinkt oder weniger oder mehr, d. h. ob der relative Bodenpreis,

*) »Abhängigkeit der Wohnungsmieten von Geschoßzahl und Bodenpreis« in der Zeitschrift für Wohnungswesen, Jahrg. VIII, Nr. 10.

bezogen auf den Quadratmeter Wohnfläche oder auf das einzelne Zimmer, dadurch erhöht oder vermindert wird.

Diese Frage hat eine eingehende theoretische Untersuchung in dem gedruckten Vorbericht von Dr. Mildschuh erfahren und auch in dem Berichte von Keller eine sehr sorgfältige Behandlung gefunden, in der aber doch meines Erachtens ein Widerspruch sich darstellt. Denn Keller schließt sich zunächst wie Mildschuh den Schlußfolgerungen einer Untersuchung von Naumann*) an, daß durch die Stockwerkehäufung der durchschnittlich auf einen Quadratmeter entfallende Betrag der Grundrente vermindert wird. Dann weist er aber Naumann selbst erhebliche Fehler nach und betont, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Städte in Deutschland durchaus nicht so geartet ist, wie es bei Richtigkeit der Naumannschen Theorie sein müßte: es findet keine Abnahme der Bautätigkeit nach der Peripherie statt, wenn nicht die Bauordnungen sie erzwingen. Er sagt ausdrücklich: „Bei Fortfall aller, die Mietkaserne begünstigenden Einrichtungen würde es durchaus nicht immer privatwirtschaftlich vorteilhafter sein, Mietkasernen statt Einfamilien- und Kleinbürgerhäuser zu errichten.“ Sehr beachtenswert sind in diesem Zusammenhange die von Dr. Hellmuth Wolff angestellten Untersuchungen, welche ergeben haben, daß die Rentabilität größerer Miethäuser mit der Stockwerkehäufung abnimmt, in den höheren Stockwerken geringer wird. So kommt Keller zu einem non liquet in dieser Frage. Er sagt: „Läßt sich so gegen die Behauptung, daß die Stockwerkehäufung den relativen Bodenpreis ermäßigt, immerhin manches einwenden, so ist anderseits die Ansicht, daß sie ihn erhöhe, auch nicht fester begründet. Dieser Behauptung kann nur zustimmen, wer glaubt, daß die Bodenspekulation die Preise tatsächlich über das natürliche Maß erhöht, und wer annimmt, daß die Bodenspekulation durch das Mietkasernensystem begünstigt wird.“

Ich gehöre zu denjenigen, welche diese beiden Sätze für richtig halten. Es ist unmöglich, die Gründe hier ausführlich darzulegen, und ich sage nur, daß die von Mildschuh zugestandene und in den Vordergrund gerückte Vorwegnahme einer künftigen Erhöhung durch die Spekulation doch nichts anderes ist als faktisch eine Erhöhung für die Gegenwart. Denn wenn eine erst in so und so vielen Jahren sonst eintretende Erhöhung heute schon vorweggenommen wird, dann ist für

*) Zeitschrift für Volksw., Soz.-Pol. und Verw. XVIII.

die Gegenwart eben eine Erhöhung gegeben, die ohne sie nicht eingetreten wäre. Und daß die Mietkaserne die Spekulation durch die ganze Art der Errichtung und des Handels mit ihr begünstigt, scheint mir unbestreitbar.

Dafür spricht auch der von Keller angeführte Umstand, daß beim Aneinanderliegen von Gebieten offener und geschlossener Bebauung die letzteren von der Spekulation bevorzugt werden. Außerdem gibt der Referent, wie gesagt, selbst zu, daß es unter gewissen Umständen doch auf die absolute Höhe des Bodenpreises ankommt, — ganz abgesehen davon, daß ein absolut hoher Bodenpreis das Anlegen von Hausgärten, Spielplätzen, Parks usw. ausschließt oder erschwert. Gewiß ist dem deutschen Referenten zuzustimmen, daß für diese Frage wie für die Frage der Baukosten die Herbeischaffung eines internationalen Vergleichsmaterials sehr wünschenswert wäre, und es wäre gewiß eine sehr dankenswerte Aufgabe des Kongresses, beziehungsweise des Permanenten Komitees, derartige vergleichende internationale Untersuchungen zu veranlassen. Wir wollen aber auf dieses Gebiet, weil es so umstritten ist, keinen so großen Wert legen. Wir verlangen den Kleinhausbau und die weiträumige Bauweise, nicht um billigere, sondern um bessere Wohnungen, um einen höheren Wohnstandard für die Massen unserer Bevölkerung zu erzielen, ähnlich wie dies bei der gemeinnützigen Bautätigkeit der Fall ist.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß der Kleinhausbau überall auf Neuland, im Stadterweiterungsgelände, wo der Preis des Bodens sich noch nicht nach der gedrängten Bebauung eingestellt hat, auch wirtschaftlich durchaus möglich ist. Ja, ganz neuerdings sind gleichzeitig von verschiedenen Seiten interessante Projekte aufgestellt worden, den Kleinhausbau sogar dort, wo die viergeschossige Bebauung zugelassen ist, und der Preis sich danach eingerichtet hat, also auf teurem Gelände, sogar in Berlin, wirtschaftlich zu ermöglichen. Es sind die Vorschläge, die unabhängig voneinander von Goecke-Eberstadt und von Kuczinsky und Lehwiss gemacht wurden, von Eberstadt in der Denkschrift zu dem Bebauungsplan für Groß-Berlin, der den zweiten Preis erhalten hat, und von Kuczinsky und Lehwiss in der Zeitschrift „Städtebau“.*) Es soll erreicht werden durch Hochbau an den Außenseiten eines großen Baublocks und schmale

*) Juni 1910.

Wohnstraßen mit niedrigen Reihenhäusern und Gärten im Innern. Es wird von Kuczinsky und Lehwiss berechnet, daß auf diese Weise genau dasselbe wirtschaftliche Ergebnis herauskommen kann: der Besitzer von Grund und Boden bekommt den gleichen Preis, die Baukosten sind die gleichen, die Wohnfläche ist gleich, der Hausbesitzer erhält den gleichen Mietertrag, der Mieter bekommt für den gleichen Mietpreis die gleiche Wohnfläche. Auch die Zahl der Mieter ändert sich nicht, aber die Hälfte der Bevölkerung eines großen Blocks kann in solchen Häusern untergebracht werden und für die andere Hälfte werden das Fehlen der Querlüftung und die hohen Hinterhäuser beseitigt.*) Ich kann die technische Seite der Frage nicht auf ihre Richtigkeit prüfen und erörtern und will nur sagen, daß es jedenfalls bloß ein Auskunftsmittel wäre da, wo der Bodenpreis schon zu hoch ist. Denn als besonders ideal kann ich mir selbst bei einer großen Abmessung der Fläche eines solchen Blocks das Wohnen innerhalb dieser Gefängnismauern, die die hohen Häuser an den Außenseiten doch darstellen, nicht denken, und wie die Gärten im Schatten dieser hohen Häuser gestaltet werden, erscheint mir als fraglich.

Wenn nun aber und wo trotz alledem heute tatsächlich eine wirtschaftliche Überlegenheit des großen Miethauses besteht, so ist der Grund — und damit zugleich der Hauptgrund, warum diese Wohnform im letzten halben Jahrhundert im Deutschen Reiche und in den Anfängen in Österreich usw. das Kleinhaus und das Bürgerhaus verdrängt hat — die weitgehende Benachteiligung des Kleinhauses durch rechtliche und gesetzliche Einrichtungen der neueren Zeit auf dem Gebiete der Baupolitik; der Bauordnung und der Kreditorganisation.

Sehen wir von der letzteren jetzt ab, dann sind es hauptsächlich der Bebauungsplan in negativer, die Bauordnung in positiver Beziehung, welche das Massenmiethaus durch Jahrzehnte in Deutschland geradezu begünstigt haben, so daß sein Vordringen nicht durch die „natürliche“ wirtschaftliche Entwicklung, infolge einer jahrhundertalten „Wohnsitten“, zu erklären, sondern künstlich hervorgerufen oder wenigstens gefördert ist. Indem Bebauungsplan und Bauordnung überall von den Bedürfnissen des hohen Etagenbaues ausgingen und darauf zugeschnitten wurden, haben sie den

*) Vgl. hiezu auch die Vorschläge von Bauinspektor Redlich, Rixdorf: »Miethäuser ohne Seitenflügel« im Technischen Gemeindeblatt 1910, Nr. 22—24.

Kleinhausbau durch für ihn viel zu große und unlogische hygienische und technische Anforderungen mehr oder weniger benachteiligt, so daß, um mich studentisch auszudrücken, die Waffen in dem Kampfe nicht „gut und gleich“ waren und zu- meist auch heute noch nicht sind. Wirtschaftlich vergleichbar sind aber die beiden Hausformen offenbar erst dann, wenn für beide die jeweils richtigen, wirtschaftlichsten Anforderungen gelten.

Wie der Bebauungsplan in dieser Beziehung gewirkt hat, ist bekannt. Es ist Eberstadts bleibendes Verdienst, wie Keller sehr richtig betont, daß er uns als erster in weiteren Kreisen die Augen darüber geöffnet hat, wie die falsche Bodenparzellierung, der falsche Bebauungsplan, die zu breiten Straßen und zu tiefen Baublöcke das Massenmiethaus, speziell in den besonderen Formen der Berliner Mietkaserne, wirtschaftlich geradezu erzwungen haben. Zum Teil begegnet uns die ortsstatutarische Vorschrift, daß neue Straßen nicht unter einer bestimmten Breite — 16 m — breit sein sollen. Dann steht auf demselben Boden der „Großstadt- sucht“, wo es sich um kleine und mittlere Städte handelt, die Vorschrift, daß neue Häuser nicht unter einer bestimmten Anzahl von Stockwerken gebaut werden dürfen.

Mit der Straßenbreite hängen die Straßenkosten zusammen. Wie sehr in Deutschland der Kleinhausbau durch die hohen Straßenbaukosten verteuert wird, dafür zwei Beispiele: Bei der Neuansiedlung des preußischen Fiskus in Thorn standen Grunderwerbungskosten von 10.000 Mark Aufschließungskosten von 620.000 Mark gegenüber. Auf einen Quadratmeter entfielen Mark 0·30 Bodenpreis und Mark 1·60 für Straßenbaukosten. Im Stadtbezirk Posen wird eine Kleinhaussiedlung für den Mittelstand ausgeführt. Hierbei entfallen auf den Quadratmeter rund eine Mark Bodenpreis, die Aufschließungskosten aber sind vier Mark für den Quadratmeter. Allerdings genügt eine Verringerung der Straßenbreite allein, wie Keller zeigt, nicht. Wichtiger ist das Vorgehen und größere Ersparnisse können gemacht werden bei der Art der Straßenbefestigung, bei der Kanalisation, der Gas- und Wasserleitung.

Wir haben gesehen, daß die Gemeinden durch die Bebauungspläne vielfach den Kleinhausbau erschweren. In gleicher Richtung wirkt das kommunale Bauverbot auf Grund des preußischen Fluchtliniengesetzes, wodurch das Bauen an

unregulierten Straßen gänzlich verboten wird, und welches, wenn es sehr schroff gehandhabt wird, das Angebot an Wohnungen vermindert.

Von noch größerer Bedeutung sind aber die Konstruktionsvorschriften der Bauordnungen. Sie finden in dem Berichte Kellers eine höchst interessante Tabelle, welche zeigt, daß die Mindeststärke der belasteten Frontmauern in Deutschland bedeutend größer ist als die in Holland und England üblichen Mauerstärken. Keller sagt dazu: „Es ist sicher kein Zufall, daß in den Ländern des Kleinhausbaues und in denjenigen deutschen Städten, welche sich das Kleinhaus noch am meisten bewahrt haben, wie z. B. Bremen und Lübeck, die Anforderungen am geringsten sind.“ Das gleiche gilt von den Innenmauern. Am schärfsten sind in dieser Beziehung die Anforderungen in Wien.

Es kommt weiter in Betracht die Möglichkeit von Ersparnissen bei Treppen und Brandmauern und bei der vorgeschriebenen Geschoßhöhe. Hier finden wir die höchsten Anforderungen in Klagenfurt. Überhaupt sind die österreichischen Anforderungen die schärfsten.

Wie sehr durch diese übertriebenen Anforderungen der deutschen Bauordnungen der Kleinhausbau verteuert wird und wie willkürlich die Bestimmungen der verschiedenen Bauordnungen sind, hat kürzlich Regierungsbaumeister Hellweg in der „Zeitschrift für Wohnungsreform“ (Jahrgang VIII, Nr. 4) für westfälische Verhältnisse gezeigt. Ein freistehendes Doppelhaus, das nach dem Vorschlag des westfälischen Vereines zur Förderung des Kleinwohnungswesens Mark 9726·11 kostet, würde nach der Bauordnung für die Städte des Regierungsbezirkes Münster sich auf Mark 11.094·74 (+ 1368·63), für Minden auf Mark 10.444·10 (+ 718—) und für den Landkreis Arnsberg auf Mark 11.055·42 (+ 1329·31) stellen. Für ein eingebautes Doppelhaus betragen die Kosten nach dem Vorschlag Mark 8733·51, in Münster Mark 10.682·52 (+ 1949·01), in Minden Mark 9491·13 (+ 757·62), in Arnsberg Mark 10.059·62 (+ 1326·11), so daß für 486.000 Mark nach dem Vorschlage des rheinischen Vereines zur Förderung des Kleinwohnungswesens 100 solcher Häuser gebaut werden könnten, nach den bestehenden Vorschriften aber nur 93, 88 und 87.

An dieser Verteuierung der Kleinbauten durch unsere Bauordnungen ändert, wie Keller sehr richtig ausführt, auch die Tatsache nichts, daß sehr viele deutsche Bauordnungen Er-

mäßigungen enthalten, teils für Bauten, die eine bestimmte Grundfläche und Höhe nicht überschreiten, teils für Ein- und Zweifamilienhäuser. Auch die Bauordnung für die Berliner Vororte gewährt den Einfamilienhäusern nicht unerhebliche Erleichterungen. Der charakteristische, von Eberstadt hervorgehobene Unterschied der deutschen und englischen Bauordnungen besteht aber eben darin, daß man in Deutschland von der Mietkaserne als der typischen Bauform ausgeht und für Kleinbauten Erleichterungen gewährt, während man in England vom Kleinhaus ausgeht und für größere Gebäude Erschwerungen festsetzt.

Nun haben wir freilich schon seit längerer Zeit in einer großen Zahl deutscher Großstädte und auch kleinerer und mittlerer Städte sogenannte „Zonen“- oder „Staffelbauordnungen“, die diese Forderungen zu erfüllen scheinen. Aber auch sie bedeuten trotzdem eine Begünstigung der Mietkaserne, weil sie, wenigstens sehr häufig, nur zwei Bauklassen oder Typen kennen, „Hochbau“ und „geschlossene“ oder „Flachbau“ und „offene Bauweise“, das heißt: die Mietkaserne auf der einen und die Villa für den Wohlhabenden auf der anderen Seite. Dagegen fehlt die Verwendung von Flachbau mit geschlossener Bauweise, also die Ermöglichung des kleinen Reihenhauses — und das ist die billigste Form des Kleinhauses, und sie kommt darum für die unteren Klassen ganz besonders und in erster Linie in Betracht. Neben der weiteren Verbreitung dieser Bauklasse wäre die häufigere Anwendung der „halboffenen“ Bauweise wünschenswert.

Damit bin ich aber schon zu den Reformen, zu dem Programm gekommen, das sich aus diesen Erörterungen ergibt. Wir können sagen, daß bei Beseitigung jener Erschwerungen und Benachteiligungen eine ganz andere Anwendung des Kleinhausbaues auch in wirtschaftlicher Beziehung möglich wäre. Daraus ergeben sich folgende Richtlinien für die Wohnungsreform, in denen ich mit Männern wie Eberstadt und Baumeister vollständig übereinstimme:

Das Massenmiethaus ist für die Zukunft ganz vom städtischen Bauland, d. h. von dem städtischen Erweiterungsgelände, auszuschließen. Im Innern der Städte — abgesehen vom Geschäftszentrum — und ebenso in den breiten, die Wohnquartiere durchziehenden Verkehrsstraßen sind Bürgerhäuser, in den größeren Städten auch

größere Miethäuser in gewissem Umfange zuzulassen, weil es immer Klassen gibt, die in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen müssen und auch nicht durch Dezentralisation herausgebracht werden können. Aber diese mäßig großen Miethäuser müssen hygienisch und technisch einwandfreie Formen haben, — Querdurchlüftbarkeit, eine geringe Zahl von Familien auf einem Stockwerk usw. —, wie sie von der gemeinnützigen Bautätigkeit ausgebildet worden sind. Überall sonst gilt es, wo das heute noch nicht der Fall ist, den Kleinhausbau in dem eingangs gekennzeichneten weiteren Sinne wirtschaftlich möglich zu machen. Dazu gehören als Mittel, abgesehen von einer gesunden, durchaus möglichen Dezentralisation und einer entsprechenden Gestaltung der Verkehrsmittel, vor allem durch die Gemeinden selbst — und „Gartenstädten“ im Rahmen der Dezentralisation —, sowie Reformen auf dem Gebiete des Kredits, vor allem Erleichterungen in den Anforderungen der Bauordnung und entsprechende Gestaltung des Bebauungsplanes.

Die jüngste Entwicklung im Deutschen Reiche zeigt uns denn auch, daß wenigstens die wohlhabenderen Klassen schon in ganz gewaltigem Maße im Begriffe sind, die Wohnsitte wieder umzugestalten, und selbst in Berlin, ja vielleicht hier am stärksten, ist dieser Prozeß zu beobachten. Allenthalben in Deutschland werden nicht nur gemeinnützige Gartenstädte und Vorstädte von Gemeinden und Vereinen gegründet, sondern noch viel mehr sogenannte „Gartenstädte“ von Terraingesellschaften, die herausgefunden haben, daß dieser Name für sie die zugkräftigste Reklame ist. Kann es einen besseren Beweis geben, als daß eine wachsende Beliebtheit dieser Art des Wohnens auch in Deutschland Platz greift?

Allerdings ist aber das richtig, was der deutsche Berichterstatter sagt: „Wenn in Deutschland das Kleinhaus der Mietkaserne Terrain abgewinnen soll, so ist dieses Ziel nur durch ein geschlossenes, alle Zweige der Stadterweiterung umfassendes System der Bodenpolitik zu erreichen. Vereinzelte Maßnahmen können niemals zum Ziele führen.“

Und nun lassen Sie mich diese Rede für das Kleinhaus mit ein paar Worten „pro domo“ — mea schließen! Wir Männer der nationalökonomischen Wissenschaft, die wir seit Jahren für diese Reformen eintreten, haben manches böse Wort darüber zu hören bekommen. Aber wir brauchen uns wahrlich nicht von trockenen Stubengelehrten, die selbst noch nichts auf dem Gebiete der praktischen Wohnungsreform geleistet haben, hochmütig darüber belehren zu lassen, daß wir keine Wissenschaft treiben, wenn wir für derartige Reformen agitieren. (Beifall.) Das wissen wir selbst genau so gut wie sie. Das tun wir so wenig, wie irgend jemand, der irgend eine Politik treibt. Denn die Wissenschaft hat nur ein Ziel: die Wahrheit. Wahrheit aber gibt es nur in der Vergangenheit und in der Gegenwart, für die Zukunft kann höchstens eine Wahrscheinlichkeit gefunden werden. Die Politik aber ist eine Kunst, nicht eine Wissenschaft: die Kunst des Möglichen, aber nicht nur dessen, was schon einmal möglich gewesen ist und immer möglich war, sondern auch ebenso oft des bisher Unmöglichen, erst möglich zu Machenden, ja mitunter sogar des Unwahrscheinlichen. Und wir Männer aus den Kreisen der nationalökonomischen Wissenschaft, die wir uns nicht damit begnügen, festzustellen, was ist und wie es geworden ist, wir lassen uns unser Streben nicht verkümmern, wenn wir uns dazu berufen fühlen, mit dem Staatsmann und dem Beamten zusammenzuwirken bei der Politik, d. h. bei der Schaffung neuer Wahrheiten. Denn nach unserer Überzeugung ist auch die Wissenschaft nicht Selbstzweck, sondern am letzten Ende nur Dienerin des Lebens. Dieses Leben der großen Massen unserer Volksgenossen besser zu gestalten, als es bisher war, dazu sind nach unserer Überzeugung solche tief eingreifende Reformen des ganzen städtischen Ansiedlungs- und Wohnungswesens in der angedeuteten Richtung unerläßlich. Darum kämpfen wir für sie und darum erheben wir auch heute wieder mit aller Entschiedenheit den Ruf: Los vom Massenmiethaus! In hoc signo vincemus! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

(Schluß: 1 Uhr 25 Minuten.)

Vierte Arbeitssitzung.

Donnerstag, den 2. Juni.

(Beginn: 9 Uhr vormittags.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Ich eröffne die heutige, leider letzte Sitzung des Kongresses und erteile zunächst das Wort Herrn Professor Dr. Fuchs für die Übertragung seines Berichtes ins Englische. Sodann wird der Generalberichterstatter über das IV. Thema, Herr Professor Mayröder, das Wort erhalten, da es nach unserer Meinung am zweckmäßigsten erscheint, diese beiden Fragen, die sich vielfach begegnen, kreuzen und gegenseitig unterstützen, gemeinsam zu verhandeln, und dieser Weg es auch zu verbürgen scheint, daß beide Fragen auf diesem Kongreß zur Erledigung gelangen. An den Bericht des Herrn Professors Mayröder schließt sich dann die Diskussion an. Die Zahl der vorgemerkten Redner ist so groß, daß, um überhaupt heute fertig zu werden, wir uns von vornherein die größte Beschränkung auferlegen müssen. Ich bitte daher, schon jetzt, um nicht den Gang der Debatte unterbrechen zu müssen, den Vorschlag machen zu dürfen, daß wir wie gestern an dem Fünfminuten-Regime festhalten, natürlich mit derselben elastischen Anwendung wie gestern, falls etwas ganz besonders wichtig ist, aber zugleich unter Berücksichtigung dessen, daß auch die Verdolmetschung Zeit in Anspruch nimmt.

Generalreferent Prof. Dr. Fuchs (übersetzt sein Referat ins Englische).

*

IV. Thema:

Welche Maßregeln empfehlen sich zur Verbilligung der Baukosten für Kleinwohnungen?

Generalreferent Prof. Mayröder (Wien): Sehr geehrte Anwesende! Ich habe die Ehre, zum IV. Thema das General-

referat zu erstatten, zu jenem Thema, welches sich mit der Verbilligung der Baukosten von Kleinwohnungen beschäftigt. Bei dem innigen Zusammenhange dieses Themas mit dem gestern behandelten — „Kleinhaus oder Miethaus?“ — ist es natürlich, daß der geehrte Herr Referent von gestern bereits auf einen großen Teil der mein Thema betreffenden Fragen einging und mir dabei einen Teil meiner Ausführungen vorwegnahm. Dies ist bei dem innigen Zusammenhange der beiden technischen Referate ganz begreiflich, und ich kann mich deshalb etwas kürzer fassen. Andererseits bitte ich zu entschuldigen, wenn ich einiges wiederhole. Bekanntlich kann man gewisse Dinge nicht oft genug wiederholen, denn „das Selbstverständliche ist nicht das Herrschende, das Bewiesene nicht das Anerkannte“.

Ich erlaube mir mitzuteilen, daß zur Beantwortung dieser Frage je ein Referat aus Belgien, Deutschland und Finnland, aus Frankreich, Holland und Österreich, sowie zwei Referate aus England eingelangt sind. Wenn auch nur ein Teil dieser Berichte positive Vorschläge erbringt, so gibt doch jeder eine so anschauliche Charakterisierung des betreffenden Landes hinsichtlich des Kleinwohnungsbaues, daß ich mir nicht versagen kann, den Kern eines jeden dieser Berichte mit ein paar Worten herauszuschälen.

I. Belgien.

Architekt Gellé teilt mit, daß in Belgien jede Gegend, jede Provinz, jede Stadt sozusagen ihre eigene Bauweise für Arbeiterwohnhäuser hat und daß der belgische Arbeiter bezüglich seines Hauses keinen anderen Wunsch hegt, als die Wiederherstellung seines Vaterhauses mit all seinen Mängeln und Unzukömmlichkeiten. Daher hat in Belgien derzeit kein Projekt, das sich die Verbesserung der Baupläne von Arbeiterhäusern zum Ziele setzt, irgend eine Aussicht auf Erfolg. Auch der Verlegung seines Wohnhauses außerhalb der Stadt, aufs Land, widersetzt sich der belgische Arbeiter wegen der Fahrspesen und wegen der Notwendigkeit, das Mittagessen außer Hause einzunehmen.

Auch bezüglich einer Verbilligung der Baukosten durch Wahl anderer Konstruktionen und Materiale gibt sich der Referent keinen Hoffnungen hin. Denn erstens will der belgische Arbeiter seinem Hause von außen das Ansehen

eines Bürgerhauses geben, um es im Erfordernisfalle leichter verkaufen zu können, und weiters werden diese Gebäude meist nicht von Architekten, sondern von Unternehmern geplant, die oft keine richtige Wahl von Konstruktionen und Material treffen und auch auf die Schönheit der Stadt keine Rücksicht nehmen. Der Referent ist der Überzeugung, daß hier Unkenntnis viel Schuld trägt und daß anderseits durch Weglassung mancher unnötiger Verzierungen an der Fassade, an den Zimmerplafonds usw. die Mittel beschafft werden sollten zu Einrichtungen für bessere Heizungen, Bäder und Lüftungen.

Ersparungen beim Bauen seien schon deshalb nicht zu erzielen, weil sich die Baukosten in letzter Zeit wesentlich erhöhten, und zwar sowohl bezüglich der Materialpreise als auch bezüglich der Löhne. Aber auch durch das Gesetz über die Arbeiterversicherung sowie durch die Verordnungen über die gesundheitlichen Einrichtungen sind die Preise gestiegen. Man kann sagen, daß seit 20 Jahren sich die Baukosten von Arbeiterhäusern in Belgien um 25—30% und ihr Grundpreis um 15—20% erhöhte.

Deshalb ist heute in den belgischen Städten das vom Arbeiter selbst gebaute Einzelhaus selten und sind bis zu einem gewissen Grade in Gruppen gebaute Arbeiterhäuser zu empfehlen. Nur ist dabei die Eintönigkeit in der Bauweise möglichst zu vermeiden. Häuser mit mehreren Wohnungen für Arbeiter werden hauptsächlich durch gemeinnützige Gesellschaften errichtet, welche Arbeiterwohnungen um ein Viertel billiger vermieten als sonst üblich ist und dabei ihren Aktionären doch noch eine 4%ige Dividende auszahlen.

Zum Schlusse gibt der belgische Berichterstatter dem Arbeiter in den großen Städten, der sich ein eigenes Heim gründen will, den Rat, in der ländlichen Umgebung zu bauen, wo die Baukosten geringer sind, wo er billiger leben und sich sein Gemüse selbst anpflanzen kann und wo seine ganze Familie an Geist und Körper frischer sein wird.

II. Deutschland.

Magistrats-Baurat Fabarius findet, daß in Deutschland die Bedeutung der Baukosten für das Wohnungswesen überschätzt wird, unbedingt wenigstens, wenn es sich um größere Städte handelt. Denn die Verteuerung der Mieten er-

gibt sich hauptsächlich dadurch, daß von den Mietern nicht nur die eigentlichen Herstellungskosten der Wohnungen, sondern auch diejenigen Summen mitbezahlt werden müssen, die als Unternehmergewinn, Risikoprämien und Verwaltungskosten den Bauunternehmern und Bodenspekulanten zufallen. Dem gegenüber sind die erreichbaren, immer verhältnismäßig nicht großen Ersparnisse bei den Baukosten von ganz geringer Bedeutung. Gewiß sei, daß, wenigstens bei großen Zinshäusern in den Städten, solche Ersparnisse unmittelbar niemals den Mietern zugute kommen, sondern lediglich den Unternehmern, die fast immer in der Lage sind, die durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung bestimmten höchsten Mietpreise zu erlangen, unabhängig von ihren eigenen Aufwendungen.

Wichtiger sei die Baukostenfrage nur bei Kleinwohnungen, die in den Außengebieten der Städte auf billigem Boden hergestellt werden, wo jede Ersparnis der Baukosten unmittelbar zur Erleichterung des Bauunternehmens und zur Verbilligung des Wohnens dient.

Überdies müsse zugegeben werden, daß die Baukosten verhältnismäßig viel stärker gestiegen sind als die Kosten aller Gegenstände des übrigen Lebens. Als die Ursachen dieser Erscheinung bezeichnet Fabarius folgende drei Momente:

1. Die Preissteigerung der Baustoffe durch das unverhältnismäßig gestiegene Wohnungsbedürfnis und durch die Bildung von Ringen, von Kartellen, sowie die Verteuerung der Arbeit, weniger durch unverhältnismäßige Erhöhung der Löhne, als durch Streike und Verkürzung der Arbeitszeit. Wie weit hier Abhilfe möglich ist, zu untersuchen, gehört nicht in das engere Gebiet der Baukostenfrage.

2. Steigerung der Anforderungen auch der Minderbemittelten an die Größe, Art und Einrichtung der Wohnungen. Solche Forderungen, die sich besonders auf Klosett, Speisekammer, Wasserleitung, Gasleitung usw. erstrecken, lassen sich nur zum geringsten Teile auf eine gewisse Großmannslust zurückführen, während sie zum größeren Teile als ein erfreuliches Zeichen aufsteigender Kultur nicht einzuschränken, sondern zu fördern sind. Hier ließen sich Verbilligungen höchstens erreichen: durch Reduktion der Unterkellerung auf einen Teil des Hauses, durch Verlegung des Klosetts nach außen, durch möglichste Reduktion von Verbindungstüren,

durch Vermeidung von Vorbauten, durch Vermeidung des Tapezierens der Wände usw.

3. Unnötige Anforderungen an die Konstruktion durch Baupolizei und Ortsgebrauch. Hier könnte gespart werden durch Verminderung der Geschoßhöhen, die vielfach mit 25 *m* genügen; durch Verringerung der Mauerstärken, die für Außenmauern bei Gebäuden mit nicht mehr als zwei Geschossen mit 25 *cm* genügen; durch Verschmälerung der Treppen bis zu 80 *cm* und größere Steilheit als üblich; endlich durch Rückkehr zu früheren einfacheren Baumitteln, wo solche noch in Gebrauch sind und ihre gute Herstellung gesichert ist, wie Lehmwände, Strohdächer usw.

Auf Grund dieser Erwägungen stellt der Referent für Deutschland folgende Leitsätze auf:

1. Die Baukosten der Wohnungen, auch der Kleinwohnungen, ergeben sich mit Notwendigkeit aus den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, sowie aus den heutzutage hohen Anforderungen an Art, Zahl, Größe und Ausstattung der Wohnräume und an die Sicherheit und Beständigkeit der Konstruktionen.

2. Eine Verbilligung der Baukosten gegenüber diesen Umständen ist nur in geringem Maße möglich und, soweit sie die Wohnungen verschlechtern muß, überhaupt nicht wünschenswert.

III. Finnland.

Architekt Brunila beantwortet die gestellte Frage damit, daß er die in Finnland üblichen Anordnungen von Kleinwohnungshäusern, sowie die hierbei gemachten Erfahrungen bespricht und Ratschläge anschließt. Er erläutert

1. die verschiedenen Wohnungstypen nach der Zahl der Räume und erwähnt, daß in den größeren finnländischen Städten am meisten verbreitet die kleinstmögliche Wohnung ist, die also nur aus einem Raum besteht, der gleichzeitig als Wohnraum und als Küche dient. Eine Wohnhaustype, die nur in Tammerfors versucht wurde, bei welcher zu je vier Einzelzimmern eine für alle vier Familien gemeinsame Küche gehört, habe sich nicht bewährt. Hingegen stellt die bei den kommunalen Arbeiterwohnungen in Helsingfors eingeführte Type, bestehend aus je einem Zimmer mit je einem gut belichteten und gelüfteten Alkoven schon eine kleine Ver-

besserung dar. (Der Alkoven enthält entweder den Herd oder dient als besonderer Schlafraum). Weitere Typen bestehen aus einem Raum und Küche, aus einem Raum, Alkoven und Küche, endlich aus zwei oder mehreren Räumen und Küche. Alle diese Typen sind in Helsingfors eingeschossige Holzhäuser, als Reihen- oder Viereckhäuser, mit Baukosten von Francs 16·50 bis 18— pro Kubikmeter.

In der Villenkolonie *Boxbacka* bei Helsingfors wurden ähnlich eingerichtete Holzvillen erbaut. Solche Villen werden samt Grundstücken von 500 bis 1000 m^2 mit 4000 bis 5000 Francs verkauft. Besser ausgestattete Villen, die auch Räume in einem Oberstock besitzen, kommen auf 19 Francs pro Kubikmeter und werden nebst Parzellen von 1500 bis 2000 m^2 zu 8000 Francs verkauft. Das entspricht zu 6% einer Jahresmiete von 480 Francs, oder samt Auslagen für die Straßenbahn von 600 Francs, gegenüber 1000 Francs für eine gleiche Wohnung in der Stadt.

2. Wohnungstypen nach der Gruppierung der Räume. Hier unterscheidet der Berichterstatter zwischen den bekannten Typen in offener, halboffener und geschlossener Bauweise und er findet, daß die Doppelvilla und das einfache Reihenhaus die in wirtschaftlicher Hinsicht günstigsten Typen sind. Unter den Reihenhäusern seien jene nach englischem Typus mit Küche und Wohnstube im unteren und einigen Schlafzimmern im oberen Geschoß die zweckmäßigsten. Arbeitermiethäuser mit mehreren Geschossen über dem Parterre und mehreren Wohnungen in einem Geschoß zieht der Referent, wahrscheinlich weil sie in Finnland gar nicht vorkommen, nicht in Betracht.

3. Bezüglich der Wohnräume selbst sei hervorgehoben, daß die Abtrennung eines Spülraumes von der Küche in Finnland bisher keine Verbreitung fand; daß bei billigsten Anlagen zur Vermeidung von Kellern hinter dem Hause Schuppen errichtet werden; endlich daß der kleine Flur wegen der harten Winter gerne durch einen Windfang abgetrennt wird, damit alle Wohnräume vermittleis dreier Türen nach außen abgesperrt sind. Bezüglich der Treppen bemerkt der Referent, daß sie, um zu sparen, steil sein können. Aus dem gleichen Grunde verlangt er niedrige Geschosse; Wohnräume unter 25 m^2 können 2·6 m , kleinere Wohnräume sogar nur 2·4 m hoch sein.

4. Baumateriale. Steinhäuser, beziehungsweise Backsteinhäuser kommen in Finnland nur in den größeren Städten

vor. Sonst sind aber im Lande die meisten kleineren Gebäude aus Holz gezimmert.

Am gebräuchlichsten für das Äußere sind Blockwände, aus behauenen Stämmen, die mit Werg abgedichtet und beiderseits entsprechend verschalt werden. Sie kosten Francs 7·50 pro Quadratmeter, während eine äußere Backsteinmauer, die wegen der Kälte 60 *cm* stark gemacht werden muß, 20 bis 22 Francs pro Quadratmeter kostet. Geringeren Materialaufwand benötigen Fachwerkwände mit beiderseitiger Schalung. Sie kosten nur Francs 6·50 pro Quadratmeter. Für Gegenden, wo kein gutes Balkenmaterial vorhanden ist, empfiehlt der Referent nach schwedischem Muster Plankenwände, die aber samt beiderseitigen Pappagen und Verschalungen auf 11 Francs pro Quadratmeter kommen. In Sägemühlendistrikten werden auch Wände aus Plankenabfällen, ähnlich wie aus Ziegeln gemauert und dann verputzt oder verschalt. In neuester Zeit verwendet man bei Fachwerken zur Verschalung Platten aus Gips oder Kompositionsmaterial; oder man ersetzt das hölzerne Fachwerk durch ein eisernes Gerippe.

IV. Frankreich.

Architekt Laca u, der Berichterstatter für Frankreich, gibt zunächst einen Überblick über die dort üblichen Kleinwohnungshäuser. Er beschreibt das einfachste eingeschossige Einfamilienhaus auf dem Lande, die Einfamilienhäuser in den Marktflecken und Vorstädten, die außer dem Erdgeschoß noch ein Obergeschoß besitzen und auf bescheidenem Grundstück entweder einzeln oder in Gruppen zu vier stehen, oder in Reihen angeordnet sind. Auch beim Hause in doppelter Reihe, das die ökonomischste Art darstellt, sollte auf ein Gärtchen, und sei es nur ein Vorgarten, nicht verzichtet werden. Auch auf das Wesen der Gartenstädte wird hingewiesen. In diesen Gartenstädten findet sowohl der Einzelbesitz Platz, als auch der gemeinsame Besitz zum Zwecke der Vermietung.

Der Bau von billigen Mehrfamilienhäusern mit mehreren Stockwerken wird hauptsächlich in den Städten gepflegt und rentiert sich mit 3%. Ihre Wohnungen umfassen eine Wohnküche und zwei oder drei, seltener vier Räume von nur 10 bis 12 *m*², seltener von 15 *m*². Ihre Höhe ist nicht kleiner als 2·6 *m*. Trotz der in den Städten gebotenen starken Bodenausnutzung vermeidet man es hierbei, mehr als 60% des Grundes

zu verbauen. Auch legt man oft, um den Luftzutritt zu erhöhen, eine Seite des Haupthofes gegen die Straße.

Endlich werden auch Kollektivwohnungen für Unverheiratete und Kinderlose besprochen. Allerdings sind im Innern der Stadt Paris und anderer französischer Großstädte solche Ledigenheime noch nicht errichtet, so außerordentlich notwendig sie auch wären.

In der nun folgenden Besprechung der für Kleinwohnungshäuser in Frankreich üblichen Materialien und Konstruktionen erwähnt der Referent, daß nach außen Ziegelmauern von 34 *cm* und Bruchsteinmauern von 40 *cm* Dicke genügen. Stets verlangt er eine gute Isolierung der Mauern und Fußböden des Erdgeschosses gegen aufsteigende Feuchtigkeit.

Zum Schlusse verlangt der Referent möglichste Vermehrung aller früher genannten Kleinwohnungstypen. Insbesondere der wichtigsten, das ist des Hauses des ländlichen Arbeiters, damit der bekannten „Landflucht“ gesteuert werde. Eine wirksame Vermehrung dieser Heimstätten sei nur zu bewirken durch Gründung von lokalen Bodenkredit-Gesellschaften. Auch die Gründung von Gartenstädten sei zu fördern, doch wird mit Rücksicht auf die französische Vorliebe für das eigene Heim empfohlen, hiebei stets eine Anzahl von Wohngebäuden zum Übergang in das Privateigentum zu bestimmen.

Wo es an Raum für Gartenstädte fehlt, sei das Einzelhaus in Gruppen zu vier, sowie das Reihnhaus zu fördern; in den großen Städten sollen Ledigenheime und insbesondere mehrgeschossige gesunde Häuser für jene vielköpfigen Familien errichtet werden, die nicht imstande sind, ihre elenden, überfüllten und ungesunden Wohnlöcher gegen gesunde Wohnungen zu vertauschen, wenn ihnen diese nicht zu besonders billigen Mieten geboten werden. Da sich aber bei so billigen Mieten derartige Wohnungen auch bei allen erdenklichen Verringerungen der Baukosten nicht rentieren können, müsse die Gesamtheit das Unvermögen der Armen ergänzen, die sonst durch Elend und Krankheit doch nur der Gesamtheit zur Last fallen. Fast alles, was bisher in Frankreich zugunsten billiger Wohnungen geleistet worden ist, verdankt man privater Initiative. Das sei vorteilhaft, denn der Staat baut schlechter und teurer und dies alles auf Kosten der Allgemeinheit. Und doch ist es unerlässlich, daß der Staat hier mithilft. Nur soll er sich darauf beschränken, die Privat-

gesellschaften zu fördern, indem er sie subventioniert, oder durch Darlehen zu sehr geringen Zinsen unterstützt.

V. Großbritannien.

Architekt Barlow, der eine der beiden englischen Referenten, hebt zunächst bezüglich der Kapitalsbeschaffung die segensreiche Tätigkeit der englischen Genossenschaften hervor, deren Vermögen gegenwärtig einen Wert von über einer halben Million Pfund Sterling beträgt. Er ist nicht für eine Milderung der Bauordnungen bezüglich der Konstruktionen, da hierdurch die Bauten weniger hygienisch würden, aber er verlangt die Zulassung engerer Straßen, wie dies bei der Gartenvorstadt Hampstead tatsächlich erreicht wurde. Er findet es unmöglich, einen überall gültigen Hausplan anzugeben, aber in Bournville habe sich eine Type bewährt mit Wohnküche und Spülische, einem Wohnzimmer, ein paar Schlafzimmern sowie mit Kammern für Speisen, Klosett und Kohlen. Er findet den Rohziegelbau am zweckmäßigsten und will statt äußeren Schmuck nur gute Verhältnisse und glückliche Gruppierung, sowie Verwendung von Schlingpflanzen. Zum Schlusse faßt er seine Anregungen in die Worte zusammen: Gute Verwaltung, sorgfältige Vorbereitung, Berücksichtigung des Wesens der Menschen, Einfachheit des Entwurfes, gutes Material, gute Arbeit.

Architekt Unwin, der zweite der beiden englischen Referenten, will das Problem lieber folgendermaßen formulieren: „Wie ist es möglich, mit den geringsten Kosten gute Wohnungen zu bauen?“ Denn er will vor allem die Aufstellung des Wohnungsstandards, also des Wohnungsbedürfnisses, und verlangt als wesentlichstes Mittel für eine sparsame Ausführung: Einfachheit im Plane und Einfachheit bei dessen Durchführung. Er verlangt daher, daß der Plan des Kleinhauses so einfach und geradlinig als möglich sei, daß er sich möglichst dem Quadrat annähere, daß er wenig Vorbauten habe, daß das Dach möglichst einfach sei und die Schornsteine womöglich zusammengezogen werden. Allerdings sei es in vielen Fällen gerade aus Gründen der Sparsamkeit geboten, von diesen allgemeinen Regeln abzuweichen.

Bei der Anlage der Straßen könne dadurch gespart werden, daß man nur die Verkehrsstraßen solider, widerstandsfähiger und kostspieliger, hingegen die Straßen, die nur als Zugänge für wenige Wohnungen dienen, als leichtere Fahr-

wege baut oder nur als bekieste Fußwege anlegt. Auch sonst könne bei der Anlage des Straßennetzes durch Vermeidung überflüssiger Zwickel u. dgl. gespart werden. Die Häuschen seien in Gruppen von vier bis acht Einheiten anzuordnen.

Von großer Bedeutung ist die Aufstellung von Typen, von Normalien für die Erzeugung vieler Wohnungsbestandteile im großen, wie von Türen, Fenstern usw., da die Herstellung vieler Gebäude auf einmal die Erzeugungskosten verbilligt. Was wir brauchen, ist eine vernünftige Kombination der Vorteile, die durch Produktion im großen erzielt werden, mit jener Schönheit, die nur ein solcher Plan hervorbringt, der auf die Erscheinung des einzelnen Hauses wie auch auf dessen Verhältnis zu seiner Umgebung Rücksicht nimmt.

Bezüglich der Materiale bemerkt der Referent, daß er Ziegel und Stein allen anderen vorzieht, daß aber in gewissen Fällen, besonders auch bei Herstellung im großen, Zement billiger sein kann, besonders dann, wenn man den inneren Verputz ersparen kann. Als Mittel gegen die geringe Porosität und geringere Durchlüftung der Zementmauern wird die Verwendung hohler Zementplatten vorgeschlagen.

Zum Schlusse resümiert der Referent seine Betrachtungen folgendermaßen: Die einzigen zulässigen Mittel zur Herabminderung der Baukosten bestehen in der Verfassung verständiger Baupläne; in der Wahl jener Materialien, welche von der besten Qualität und in dem betreffenden Orte am leichtesten und billigsten zu haben sind; sowie endlich in der richtigsten Aufeinanderfolge der einzelnen Arbeiten beim Bauen, so daß vom ersten bis zum letzten Moment alles zur Hand ist, wenn es gebraucht wird, und niemand warten muß.

VI. Holland.

Der Zivilingenieur und Reichs-Wohnungsinspektor Zoetmulder legt sich die gestellte Frage nach den Mitteln zur Verringerung der Baukosten von Kleinwohnungen mit Rücksicht auf die holländischen Verhältnisse dadurch zurecht, daß er sie in die Frage umwandelt: „Auf welche Weise ist dafür Sorge getragen, daß die überlieferte Bauform, das Einfamilienhaus, nicht durch das Wohnhaus mit mehreren übereinanderliegenden Wohnungen verdrängt wird?“ Denn noch jetzt ist mit Ausnahme von einigen größeren Städten das kleine, vollkommen für sich abgeschlossene Haus mit Erd- und Dach-

geschoß der überall vorherrschende Typus der Arbeiterwohnungen in Holland.

Nur in Amsterdam ist das Einfamilienhaus bereits das Vorrecht der Wohlhabendsten, während die mittleren und unteren Klassen meist in viergeschossigen Häusern wohnen. Denn der Boden ist teuer (es kosten die fertigen Baustellen in den Außengebieten 40 bis 60 Kronen pro Quadratmeter), das Terrain muß meist stark aufgehöhht werden und überall sind kostspielige Pfahlrostfundierungen notwendig.

In den anderen größeren Städten sind die Stockwerkhäufungen seltener, doch geht der Bau von Einfamilienhäusern in allem zurück infolge Steigerung der Bodenpreise. Hier kann das Einfamilienhaus nur gefördert werden durch solche Ausnahmebestimmungen in den Bauordnungen, welche durch Gestattung geringer Straßenbreiten die Straßenanlagen, und durch Herstellung seichter Baublöcke die Grundkosten verbilligen. So sind in Utrecht in Gebieten mit Einfamilienhäusern, die nicht höher als 5—6 *m* sind, über die Straßenbreiten gar keine Bestimmungen getroffen, solange ein Lichteinfallwinkel von 45° gesichert ist; und bezüglich der Tiefe der Baublöcke wird nur verlangt, daß hinter jeder Wohnung eine Fläche von mindestens 5 *m* Tiefe freigelassen wird. In diesen Vierteln ist es möglich, Einfamilienhäuser samt Bauplatz um 4000—4400 Kronen herzustellen und um 4·5—5 Kronen wöchentlich zu vermieten.

In der Bauordnung vieler mittelgroßer und kleiner Gemeinden ist das direkte Verbot enthalten, eine Wohnung in einem höheren Stock als unmittelbar über dem Erdgeschoß zu errichten.

Ein anderes Mittel, um die Straßenkosten beim Bau von Kleinwohnungen zu verringern, liegt darin, daß man die Wohnungen um kleine, an der Straßenseite offene Plätze gruppiert, welche auf wenig kostspielige Weise durch Grasstücke oder Bepflanzung ein freundliches Aussehen bekommen.

Was die übrigen auf Grund des Gesetzes in die Bauordnung aufgenommenen Bestimmungen betrifft, so gilt, abgesehen von einigen großen Städten, der Grundsatz, daß die Kleinwohnung und die Bauformen des Einfamilienhauses den Ausgangspunkt der baupolizeilichen Regelung bilden.

Als lichte Höhe der Wohnräume gelten 3 *m* bis herunter zu 2·4 *m*, im Dachgeschoß begnügt man sich vielfach mit 2·5 bis 2·2 *m*.

Die sämtlichen Wände, auch die Außenwände, sind meist bis zu einer Höhe von 6 bis 8 *m* nur einen Stein, das ist 22 *cm* stark, ja in vielen ländlichen Bauordnungen werden bis zu einer Höhe von 4 *m* sogar halbsteinige Außenwände zugelassen, wobei allerdings in der Regel innere Verschalungen hinzukommen.

Holz kann man für Innenwände fast überall verwenden, auf dem Lande teilweise auch für Außenwände. Die Treppen sind immer von Holz.

Mit wie niedrigem Kostenaufwande Kleinwohnungen hergestellt werden, erhellt aus den folgenden Zahlen, die sich auf Einfamilienhäuser beziehen, welche in den letzten Jahren in mittelgroßen und kleineren Gemeinden durch Bauvereinigungen oder durch die Gemeinde selbst errichtet worden sind. Die Wohnungen, die nur aus Erdgeschoß und Dachgeschoß bestehen, enthalten hauptsächlich: ein Wohnzimmer, drei Schlafräume, eine Küche, einen Bodenraum im Dachgeschoß, einen Abort, der in der Regel außen gegen das Haus angebaut ist, und meist einen Keller. Die Baustellen sind 5—6 *m* breit und 13—18 *m* tief. Die kleineren dieser Wohnungen, die 31—36 *m*² Nutzfläche haben, kosten ohne Baustelle 2000—2400 Kronen, also pro Quadratmeter Nutzfläche 60—74 Kronen. Die größeren dieser Wohnungen, die 74—92 *m*² Nutzfläche haben, kosten ohne Baustelle 2600—3200 Kronen, also pro Quadratmeter Nutzfläche 62—82 Kronen.

Schließlich stellt der Referent für Holland folgende Leitsätze auf:

1. Zur Verbilligung der Baukosten von Kleinwohnungen ist die Anlage von Kleinbaubezirken zu empfehlen, in welchen bezüglich der Straßenbreite und des Straßenbaues möglichst erleichterte Bestimmungen gelten.

2. Durch Gruppierung von Kleinwohnungen um kleine ungepflasterte offene Plätze sind Ersparnisse an Kosten der Baustellen zu erreichen.

3. Die Bestimmungen der Bauordnung über die Stockwerkezahl der Wohnungen sollen sich nach dem örtlichen Bodenpreise richten und weitergehende Stockwerkehäufung als die ortsübliche hintanhaltend.

4. Beim Erlaß von Bestimmungen bezüglich der Feuer-sicherheit und Festigkeit ist zu unterscheiden zwischen Kleinhäusern und anderen Gebäuden.

VII. Österreich.

Architekt Postelberg bespricht die österreichischen Verhältnisse und führt aus, daß für die Preisbestimmung von Kleinwohnungshäusern von wesentlichem Einflusse eine geschickte Gesamtdisposition ist, insbesondere die Grundrißdisposition, durch welche das Verhältnis der nutzbaren Fläche zur gesamten Baufläche bedungen ist. Da dieses Verhältnis beim Einfamilienhause nur 53—59%, beim Mehrfamilienhause mehr als 63% beträgt, so stellt sich schon aus diesem Grunde das selbständige Einfamilienhaus als die teuerste Type dar.

Um bei der Gesamtanordnung zu sparen, verlangt der Referent für Kleinwohnungshäuser vor allem die Gestattung geringerer Geschoßhöhen, als es die österreichischen Bauordnungen zulassen, also statt 2·8—3 *m* lichte Höhe ein Mindestmaß von 2·6 *m* bei geschlossener, von 2·5 *m* bei halboffener Bauweise und von 2·4 *m* bei freistehenden Häusern. Hierdurch können die Treppenhäuser kleiner werden und es kann gespart werden an Kubikmaß des unbebauten Raumes sowie auch an Heizmaterial bei der Benützung.

Viele österreichische Bauordnungen untersagen die Unterbringung von Wohnungen im Dachgeschosse oder gestatten sie nur ausnahmsweise; ja sogar das Gesetz über Arbeiterwohnungen vom Jahre 1902 gestattet nur bei ebenerdigen und einstöckigen Familienhäusern Wohnräume in den Dachböden. Demgegenüber verlangt der Referent auch in Österreich eine weitgehende Zulassung von Dachbodenwohnungen.

Drittens wird auf den Wert der in Österreich noch wenig bekannten Wohnküchen hingewiesen.

Bezüglich der Baukonstruktionen und Baumaterialien meint der Referent, daß Gewohnheiten und Indolenz einerseits sowie die klimatischen Unterschiede in den verschiedenen Ländern andererseits die Aufstellung bestimmter Direktiven kaum zulassen.

Immerhin empfiehlt er als wesentliche Mittel der Verbilligung:

1. Abweichend von den meisten österreichischen Bauordnungen: Gestattung von hölzernen Stiegen. Insbesondere sollen in Kleinhäusern der offenen und halboffenen Bauweise Holztreppe ohne feuersicheren Abschluß und ohne irgend eine Beschränkung gestattet sein.

2. Verringerung der bisher geforderten Mindestbreite der Treppen.

3. Einführung des kleineren Ziegelmaßes von 25:12 *cm* gegenüber dem in Österreich gebräuchlichen Maß von 20 zu 14 *cm*.

Hierzu kämen noch als Hilfsmittel der Verbilligung von untergeordneter Bedeutung: Verringerung der Konstruktionshöhe der Decken durch Verwendung von Hohlträmen; Vereinfachung der Fensterkonstruktion; Anbringung von je einem dreiteiligen Fenster in je einem Wohnraum, statt, wie üblich, von je zwei Fenstern, wodurch nicht nur Herstellungskosten gespart, sondern auch Wandflächen in den Zimmern gewonnen würden; Gestattung der Verbindung der obersten Deckenkonstruktion mit dem Dachgesparre; endlich Verwendung neuer und billigerer Materiale als Ersatz für die kartellierten Rohstoffe.

Da aber die zuletzt genannten Abänderungen in der Wahl der Baukonstruktionen und Baumaterialien die Baukosten nur unwesentlich beeinflussen dürften, erklärt der Referent zum Schlusse in seinen Leitsätzen, daß eine Verbilligung der Baukosten von Kleinwohnungshäusern in Österreich nur zu erwarten ist durch Abänderung einzelner Bauordnungsbestimmungen zugunsten der Kleinwohnhäuser. Diese Ausnahmsbestimmungen sollen sich erstrecken:

1. auf die Fixierung niedrigerer Minimalhöhen der Geschosse;
2. auf die Gestattung von Wohnungen im Dachboden;
3. auf die Gestattung hölzerner Stiegen;
4. auf die Restringierung der geforderten Stiegenbreiten;
5. auf die Einführung eines kleinen Ziegelformates.

Überblickt man die Auszüge dieser acht Referate, so sieht man, daß die Berichterstatter von Belgien, Finnland und Frankreich nur Beschreibungen der in diesen Ländern üblichen Anordnungen von Einfamilienhäusern und Kleinwohnungsbauten erbrachten, ohne bestimmte Vorschläge zu erstatten, wie die Errichtung dieser Gebäude noch zu verbilligen wäre. Die Berichterstatter der anderen Länder verlangen übereinstimmend möglichste Einfachheit im Plane und bei der Ausführung, sowie sinngemäße Sparsamkeit bei der Wahl der Abmessungen und der Konstruktionen. Dieser, bei der Errichtung von Klein-

häusern gebotenen Wirtschaftlichkeit setzen sich aber in den meisten Ländern die herrschenden Bauordnungen entgegen, und zwar dadurch, daß diese sich gleichzeitig mit dem Massenmiethause entwickelten, indem sie einen Schutz gewähren sollen gegen die allzu große spekulative Ausnützung des Massenmiethauses, jenen Schutz, der unbedingt notwendig ist für die Sicherheit solcher Gebäude und ihrer Bewohner. Auf die Weise wurden aber unsere Bauordnungen dem Massenmiethause auf den Leib geschrieben und so fördern sie geradezu diese allerschlechteste Wohnungsförm, während sie die Errichtung von Kleinhäusern erschweren.

Hier kann nur Wandel geschaffen werden durch eine sinngemäße Teilung der bautechnischen Anforderungen für Kleinhäuser und Massenmiethäuser (Beifall) in der Weise, daß den Kleinhäusern weitgehende Erleichterungen bezüglich jener geforderten Mindestmaße und Konstruktionen zugestanden werden, die nur beim Massenmiethaus aus hygienischen und feuerpolizeilichen Gründen gerechtfertigt sind. Deshalb verlangen fast alle Referenten übereinstimmend für Kleinhäuser die Gestattung niederer Geschosse und schwächerer Mauern, sowie schmalere und steilere Treppen als sonst üblich. Der Berichterstatter für Österreich, wo die Bauordnungen am schwersten an dem gerügten Fehler leiden und im allgemeinen auch am schwerfälligsten gehandhabt werden, ist genötigt, für Kleinwohnungen noch eine Reihe anderer Zugeständnisse zu fordern, wie die Zulassung von Holz als Baustoff für Treppen, die Einführung eines kleineren Ziegelmaßes, die Erlaubnis, die Deckenträger des letzten Geschosses mit dem Dachgesparre in Verbindung zu bringen, die Erlaubnis, den Dachraum für Wohnungen zu verwenden usw., also Forderungen aufzustellen, die sonst überall bereits erfüllt sind. Gerade in Österreich ist daher eine Revision der Bauordnungen mit Rücksicht auf die Wohnungsfrage von besonderer Dringlichkeit, wenn auch nicht geleugnet werden darf, daß hier infolge ererbter Gewohnheiten und vielfach auch durch die Ungunst des Klimas die Verhältnisse besonders schwierig liegen.

Bei dem innigen Zusammenhange der Baukosten mit den Kosten der Baustellen sei es mir gestattet, nochmals auf jene Ausnahmebestimmungen in den Bauordnungen hinzuweisen, welche die Referenten aus Holland und England zur Verbilligung der Straßenherstellungen und damit zur Verbilligung baureifen Landes für Kleinwohnungen vorschlagen. Diese Vor-

schläge beziehen sich hauptsächlich darauf, daß man in Kleinhausbezirken die vom Verkehre abliegenden Straßen, die eigentlichen Wohnstraßen, als schmälere und leichter gebaute Straßen, zum Teile sogar nur als bekieste Fußpfade ausführt und auch auf die Anordnung von ähnlichen billig ausgestatteten Wohnplätzen besonderes Gewicht legt.

Eine indirekte Förderung erfährt schließlich die Errichtung von Kleinwohnungen durch solche Maßnahmen, welche die weitere Ausbreitung des Massenmiethauses einschränken. Die wichtigste dieser Maßnahmen besteht in der durch Bebauungsplan und Bauordnung vorzuschreibenden Abstufung in der Bebauung derart, daß unter sorgfältiger Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in bestimmten Gebieten die Stockwerkehäufung eingeschränkt, daß durch Vorschreibung einer rückwärtigen Baulinie das Innere der Baublöcke der Verbauung entzogen werde; endlich, daß zwischen dem geschlossenen Reihenbau und der Bauweise mit allseitig freistehenden Häusern auch die halboffene und die Gruppenbauweise durch den Bebauungsplan eingeführt werde.

Ich gestatte mir nun das Ergebnis meiner Betrachtungen in folgenden drei Thesen zusammenzufassen:

1. Die Errichtung von billigen Kleinhäusern ist dadurch zu fördern, daß in den Bauordnungen eine Teilung der bautechnischen Anforderungen für Kleinhäuser und Massenmietfürhäuser in der Weise durchgeführt werde, daß den Kleinhäusern weitgehende Erleichterungen bezüglich der geforderten Mindestmaße und einer Reihe sonstiger Anforderungen zugestanden werden, die nur beim Massenmiethause aus hygienischen und feuerpolizeilichen Gründen gerechtfertigt sind, den Bau von Kleinhäusern aber in ungerechtfertigter Weise erschweren.

2. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen ist auf die Anlage von Kleinwohnungsgebieten durch entsprechende Lage und Abmessung der Straßen und Baustellen Rücksicht zu nehmen. Insbesondere ist zur Verbilligung baureifen Landes dafür Sorge zu tragen, daß die nur als Zufahrten dienenden Straßen billiger im Straßenbau und schmaler als sonst üblich hergestellt werden, sowie daß Kleinhäuser auch nur durch Fußpfade zugänglich gemacht oder um gegen die Straße offene Wohnhöfe gruppiert werden.

3. Um die weitere Ausbreitung des Massenmiethauses möglichst zu hemmen und eine einwandfreie Unterbringung von

Kleinwohnungen auch in Miethäusern zu ermöglichen, ist durch Bauordnung und Bebauungsplan eine Abstufung in der Bebauung derart vorzuschreiben, daß mittels Festsetzung von Bauzonen oder Bauklassen eine abfallende Wohndichtigkeit erzeugt wird. Außer dem geschlossenen Reihensbau und der offenen Bauweise ist der Anlage des Gruppenbaues in seinen verschiedensten Formen ebenso ein Augenmerk zu schenken wie der Vorschreibung von rückwärtigen Baulinien.

Ich gebe zum Schlusse meiner Überzeugung Ausdruck, daß die Techniker zur Mithilfe an der Lösung der Wohnungsfrage gerüstet sind. Sie wissen, was ihrerseits zu leisten ist, und sie verweisen mit Stolz auf eine Reihe richtunggebender technischer Lösungen, besonders durch ausgezeichnete englische und deutsche Architekten, die uns auch gezeigt haben, wie sich hier Wirtschaftlichkeit und Schönheit vereinigen lassen. Allerdings fordern auch die Techniker, daß die Sparsamkeit bei der Errichtung billiger Wohnungen eine Grenze finde in der Sicherheit und Beständigkeit der Konstruktion, sowie in der Gesundheit und Behaglichkeit der Bewohner. Und anderseits richten sich auch beim Wohnhaus Preis und Miete nicht nur nach den Herstellungskosten, sondern zum guten Teile nach dem ehernen Gesetz von Angebot und Nachfrage. (Zustimmung.) Deshalb bin ich der Überzeugung, daß die Baukosten bei der Lösung der Wohnungsfrage nicht das entscheidende Wort haben. Entscheidend bleibt hier, zunächst wenigstens, die Ausdehnung gemeinnütziger Bautätigkeit mittels Organisation des Kredits, eine großzügige Boden-, Wohnungs- und Verkehrspolitik der Gemeinden, sowie eine einsichtige Steuerpolitik des Staates. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Es beginnt nun die Diskussion über das III. und IV. Thema unserer Tagesordnung. Es ist uns für diese Debatte ein Zeitraum bis 1 Uhr offen gelassen, weil wir, um die Sitzung um 1½ Uhr schließen zu können, noch eine halbe Stunde benötigen zur Erörterung und Erledigung gewisser, den Kongreß betreffenden Angelegenheiten. Da mehr als 20 Redner vorgemerkt sind und die Zeit bis 1 Uhr 150 Minuten umfaßt, so ist eine Redezeit von fünf Minuten kaum hinreichend, um alle zum Wort gelangen zu lassen, die vorgemerkt sind. Um aber doch nach dieser Richtung das Möglichste zu tun, waren die französischen und englischen Mitglieder des Kongresses so liebenswürdig, auf die Übersetzung der deutschen Vorträge zu verzichten, damit wir Zeit für die

Diskussion gewinnen. Ich bin überzeugt, daß die deutschen Mitglieder des Kongresses bereit sind, auf die Übersetzungen fremdsprachiger Reden ins Deutsche zu verzichten. Wir beginnen nun die Diskussion und ich bitte die Herren Redner, sich strenge an die fünf Minuten zu halten, weil auch das Präsidium aus den genannten Gründen sich genau danach richten muß.

Mr. Arthur E. Buchholz, Chief of the Division of Tenement House Inspection (Philadelphia, Penna, U. S. A.): I wish to call your attention briefly to the Housing Conditions in the United States and as I only have five minutes allotted to me I can only ask you to read my paper, for I am sure it will give you a true picture of our legislation and conditions. Philadelphia is an example of what can be done in a large city in the matter of building small houses. We have a population of one and one-half million and 400,000 houses, truly a city of homes, only $2\frac{1}{2}\%$ of the people do not have their own home and this gives us a home life that is beautiful and has a great effect on the death rate and the morals of the people. These conditions exist generally throughout the United States and New York and Chicago are the exception and not the rule. The one-family house is the typical workingman's house in my country.

I wish however to call your attention to the necessity of regular systematic periodical inspection of all houses in which more than one family live. These inspections should be made at least every 3 months and you should have power to install water on each floor and see that each family have a modern water closet and that all plumbing is properly trapped. This should be a thorough sanitary inspection and should be under the Health Department. This Congress must remember that there is more work to do than to construct houses. What about the old Houses? What about our duty toward tuberculosis, prostitution and morals in generally, the overcrowding and intermingling of sexes is very important and if we cannot reduce the death rate I am sure we have failed. Building-laws must be flexible so that they can be changed from time to time and all old houses should be changed structurally, so as to give good healthy quarters, at the owners expense and if it is necessary to destroy the property: this should be done and paid for by the City. This however must be done by a very

conservative commission composed of the Chiefs of the Building Bureau, Health Bureau and the City Engineer.

We in Philadelphia have such laws and I as chief of this Division know what can be done and by charging the owner dollars 2 or dollars 3 per year for the inspections it will not cost the city anything.

The health of the city must be considered first, not the landlord. In my visit to and inspection of 25 of the largest cities in the United States last year I find that the public as a rule are not aroused to the importance of the Housing problem. This is because the great middle class is so well housed but through immigration to our country conditions are changing and we will soon have a Housing problem as serious as any European country, if it is not checked. Many cities have been aroused through private societies. We have in Phila a Housing Commission and they are doing good work in helping the city authorities. Many cities are working on some city plan and committees on congestion are giving lectures and last but not least we have the National Housing Association with delegates from every state who are collecting and disseminating housing literature to all cities and acting in an advisory capacity to these cities in framing new laws. These are all healthy signs and show that while America may be behind Europe in housing reform she does not intend to remain there.

Ehrenpräsident Lepreux übernimmt den Vorsitz.

M. Georges Risler, Membre du conseil supérieur des habitations à bon marché (Paris): Pendant les cinq minutes qui me sont accordées je citerai surtout des faits et des chiffres. La question me paraît, pour ma part, fort bien posée. Elle signifie évidemment: Faut-il orienter le mouvement en faveur de la construction des habitations à bon marché vers les blocs ou vers les cottages? Un point de fait il me semble domine le débat: Des journaux sérieux nous ont appris, ces jours derniers que les recensements Américains avaient fait constater une diminution de la population des villes de New-York et de Chicago, qui pendant l'année 1909 avait atteint, pour la première de ces villes 170.000 habitants et pour la seconde 330.000. L'unique raison attribuée à cet exode était que la population ouvrière ne veut plus habiter la grande ville et préfère vivre dans de petits cottages situés en banlieue. Depuis bien des années déjà, mon cher et regretté ami Cheys-

son avait prédit ce retour vers la terre. Ce mouvement doit-il être encouragé? Je pense qu'oui.

Au point de vue moral, il est certain que la famille vit dans une plus intime union dans une maison entourée d'un jardin que dans un appartement exigü donnant sur un escalier. Le travailleur peut être propriétaire de son cottage et vous savez tous combien le sentiment de la propriété augmente le sentiment de responsabilité morale que le travailleur éprouve envers les siens et envers sa patrie. L'ouvrier propriétaire s'élève immédiatement en dignité comme il s'est déjà élevé lorsqu'il a occupé un logement comportant des conditions de propreté et de moralité supérieures. Le cottage entouré d'un petit jardin retient chez lui son heureux propriétaire qui, aidé de ses enfants, prend goût à la culture de son modeste domaine. Il ne va plus au cabaret, et le produit de son jardin est plus que doublé par les économies qu'il fait ainsi. La santé aussi en profite largement. En outre le contact avec la nature est essentiellement bienfaisant pour l'homme; les rayons du soleil lui sont nécessaires et Michelet a eu raison de dire que „de toutes les plantes qui existent dans la nature, la plante humaine est celle qui a le plus grand besoin des rayons du soleil“. Quelle différence entre une maison entourée d'un jardin baigné des rayons du soleil et ces tristes appartements mal éclairés qui donnent sur ces corridors et ces escaliers sombres, réceptacles de tant d'ordures morales et matérielles: Les résultats de la vie au grand air sont d'ailleurs faciles à constater. Peut-on oublier, lorsqu'on l'a vu une fois, le réjouissant spectacle qu'offrent les garden-cities anglaises avec leurs jeunes femmes portant fièrement sur leurs bras, leurs admirables bébés aux joues roses?

On objecte à la création de cottages, leurs prix de revient plus élevé; nous ne croyons pas que cet argument porte. Un appartement de quatre pièces revient à Paris, entre 8000 et 10.000 francs; une maison avec jardin dans la banlieue peut être établie au même prix. Dans d'autres parties de la France des cottages sont construits depuis 2600 francs. Il ne faut pas oublier, en outre, que le taux d'intérêt de l'argent tendant constamment à baisser tandis que le prix des terrains aux environs des villes ne cesse de monter, l'aménagement d'un cottage est toujours pour celui qui l'entreprend, une opération avantageuse au point de vue de l'avenir. Dans les Tenants Limited Societies Anglaises on prend pour base du loyer des

cottages qui les composent, le prix d'un appartement d'un même nombre de pièces de la ville voisine, et ces évaluations laissent à la fin de l'année un "surplus profit" d'un pour cent. C'est une preuve que le cottage revient, en somme, à meilleur marché que le bloc.

Les inconvénients du cottage sont: 1^o La difficulté de le vendre si son propriétaire est obligé de s'en défaire. Mais les Tenants limited Societies dans lesquelles le travailleur n'est propriétaire que d'actions toujours reprises au pair par la société, en cas de mutation remédie à cet inconvénient.

2^o L'éloignement du centre de travail. Il est évident que l'établissement de cités-jardins n'est possible qu'à la condition que des moyens de transport fréquents puissants et économiques soient établis entre elles et les centres de travail. Nous ne croyons pas que ce soit impossible. La garden-city d'Hampstead à la périphérie de Londres se trouve par le "tube" à 20 minutes de Charing-Cross. Nous devons donc pousser de toutes nos forces à la construction des cottages, mais il y a des ouvriers qui, par la nature de leurs occupations, sont absolument obligés d'habiter la ville. Pour ceux-là, la construction de blocs restera nécessaire. Nous demandons alors qu'on donne aux habitants de ces grandes maisons collectives non seulement des conditions matérielles aussi bonnes que possibles, mais encore tout ce qui peut contribuer à les élever moralement. Est-ce possible? Vous n'en douterez pas si vous voulez bien visiter à Paris les quatre grands immeubles du groupe des maisons ouvrières dont l'éminent administrateur M. Hatton a su faire produire aux capitaux qui lui étaient confiés le maximum de bien possible. Tout y est propre, ordonné, confortable, avenant. Pendant l'année 1909 la moralité dans ces quatre immeubles qui abritent une population de 2126 habitants a été de 7 pour mille.

Plusieurs de nos collègues à ce congrès ont demandé des enquêtes sur les logements ouvriers à la campagne. Ces enquêtes confirmeront simplement ce que le chiffre que je viens de donner prouve clairement, c'est à dire que la mortalité est moindre dans une population agglomérée respectant les lois de l'hygiène que dans une population disséminée qui ne s'en préoccupe pas. Les blocs doivent aussi racheter leur infériorité par des conditions supérieures de moralité. C'est ce qui s'est produit à Paris dans les immeubles de la fondation Rothschild dont le secré-

taire général Mr. Schneider, administrateur des plus remarquables, ne cesse de chercher quels nouveaux progrès moraux et matériels il pourra réaliser. Visitez la nouvelle maison de la rue de Prague et vous y verrez, mises à la disposition des 361 locataires: 1^o Une clinique admirablement organisée, où l'on peut même faire des opérations et où a lieu chaque jour une consultation. 2^o Une garderie d'enfants avec un jardin qui leur est spécialement réservé. 3^o Des écoles pour les deux sexes. 4^o Une école d'enseignement ménager parfaitement organisée. 5^o Des ateliers familiaux avec force électrique. 6^o Un dépôt mortuaire organisé pour que la famille puisse veiller celui qui n'est plus, et pour qu'un service funèbre puisse être célébré. Dans les deux maisons que je viens de vous citer, tout est confortable, tout est clair, tout est gai. Et il y a là un point essentiel. Il faut rendre les logements ouvriers, blocs ou cottages, gais et avenants.

On le peut à peu de frais; il suffit de le vouloir. Il faut mettre le plus de poésie possible dans la vie de nos semblables. Et après tout, qu'est-ce que la poésie? C'est l'art de faire sortir des choses les plus simples la part d'idéal qu'elles contiennent. Avec un peu d'eau de savon, même si elle n'est pas propre, vous pouvez en soufflant dans un chalumeau lancer dans l'air une de ces bulles irisées qui sont ornées des plus belles couleurs de l'arc en ciel. Quelle joie pour les yeux! et que de pensées élevées cela comporte. Non, n'oublions pas la poésie dans nos maisons ouvrières, ne nous perdons pas dans les discussions théoriques et cherchons passionnément les moyens d'apporter aux intéressants habitants de ces immeubles blocs ou cottages toujours "plus de moralité, moins de mortalité". (Applaudissements.)

Handelskammeradjunkt Dr. Alfred Mayer (Prag): Sehr geehrte Damen und Herren! Verzeihen Sie, wenn ich mir erlaube, in den kurzen fünf Minuten, die mir zugewiesen sind, eine Frage zu berühren, die beim ersten Thema hätte berührt werden sollen. Aus äußeren Gründen war das damals nicht möglich, aber ich glaube um so mehr sprechen zu sollen, als es sich hier um eine Frage handelt, die nicht vielleicht spezifisch österreichisch ist, sondern auch andere Staaten angeht.

Wir haben hier schon mehrere Male von der Wohnungsnot auf dem Lande reden gehört, und es ist bekannt, daß die Wohnungsfrage des Standes, für den ich hier eine Lanze

legislatorischen Faktoren eingewirkt, daß diesem Erfordernisse in einer möglichst kurzen Zeit willfahrt werde.“

(Auf Antrag des Oberbaurates Bach wird die Rednerliste geschlossen.)

Architekt Chr. v. Munthe af Morgenstjerne (Christiania): Ich möchte einen etwas wunden Punkt berühren in der Hoffnung, daß dies zu einer weiteren Besprechung anregen wird.

Billig und doch zweckmäßig und gut zu bauen, ist sehr schwer, und doch verdient dieses Problem unsere größte Aufmerksamkeit. Als ausführender Architekt mehrerer Arbeiterkolonien bin ich in meinem Bestreben, dieses Problem zu lösen, ziemlich oft mit den Baupolizeiordnungen in Streit geraten. Wir leiden in Christiania seit zehn Jahren unter einem Baugesetz, das sich so ziemlich dem Berliner anschließt; nur ist das unsere in vielen Fällen noch drückender. Ich habe auch für meine Kleinhäuser nahezu bezüglich aller Paragrafen um Dispens ansuchen müssen. Ich war viele Jahre in Berlin, New York und Chicago tätig, und weiß, daß der Berliner Architekt viel zu leiden hat. In Chicago ist es insofern besser, als das Baugesetz alle zwei Jahre revidiert wird. Ich halte es nicht für notwendig, in die Details einzugehen. Es kommt nicht darauf an, ob ein Baugesetz scharf ist; die Hauptsache ist, daß es fähig ist, jede Verbesserung sofort aufzunehmen zu können. Besonders ein Fehler steckt oft darin, daß nämlich die verschiedenen Behörden gar zu unabhängig voneinander arbeiten dürfen. Eine Spezialisierung ist unbedingt erforderlich, aber es ist sehr böse, wenn jeder Spezialist behaupten darf, daß gerade seine Arbeit unbedingt der wichtigste Teil des Baues ist. Dies kommt sehr oft vor und spielt beim Kleinbau eine große Rolle.

Im allgemeinen werden für kleinere Wohnungen bedeutend schwerere Konstruktionen verlangt und gemacht als statisch notwendig ist. Man macht massive, schwere Wände, wo Hohlmauern oder gelöcherte Terrakotten genügen würden, und allerhand komplizierte Konstruktionen.

Kurz zusammenfassend, meine ich: 1. Man muß darauf hinarbeiten, die Baupolizei elastischer zu machen und vielleicht durch alljährliche Sonderbestimmungen zu ergänzen; 2. neue Erfindungen und Erleichterungen müssen angeregt werden, anstatt, wie es allzu häufig vorkommt, bekämpft zu werden. (Beifall.)

Mr. Henry R. Aldridge (Secretary of the National Housing and Town Planning Council Leicester), dealing with the question of the Cottage versus the Block, said that the limits of time would not permit him to deal with the question with any thoroughness, and he could only hope to place what he might call the English national view, before the Congress. They were opposed to the block as a bad method of housing. It meant the "warehousing" of the people instead of the housing of the people. (Hear, hear!) In England workmen and their wives with great good sense refused to accept the block. Outside of London, and some Scotch cities, the block was the "exception" and the cottage the "rule".

Coming to the difficulties in the way of erecting the cottage, he noted that his friends of Berlin told him that it was impossible in a great city to build small dwellings. In this relation he would point out that London was still the greatest city in the world, and if it were possible for less than 10% of the homes of London to be of block kind it was surely possible in other great cities of the world. He advocated the cottage because it provided the best kind of home for the workman and his family, and he urged most strongly the adoption of the excellent principle "one family one house". As Englishmen they recognized the valuable examples set in Town Planning by other nations, but in this question of the block versus the cottage, he believed that England could, despite all her difficulties; set an example of real value. They at home were telling their countrymen of the great examples set by Germany, Austria, and other countries in regard to town planning, and urging them to copy this fine example set for them. In return they desired to return this good service by recommending the adoption of a type of dwelling — the cottage — which he believed to be the best for the workman that the world had yet seen. (Applause.)

M. le Professeur Mahaim (Liège): Messieurs, Je n'ai demandé la parole que pour faire part au Congrès de l'expérience qui se fait en Belgique. Vous savez que la Belgique est essentiellement et depuis toujours un pays de petites maisons. La moyenne des habitants par maison est entre 4 et 5. La bourgeoisie même dans les villes se loge dans des maisons individuelles. S'il était donc vrai que la manière de se loger était absolument déterminante dans cette question du bloc ou du cottage, on ne devrait trouver aucun bloc en Belgique. En

bien, les villes belges — Bruxelles, Anvers, Liège — présentent aujourd'hui ce phénomène singulier qu'elles commencent à construire ou à projeter des maisons à étages.

L'importance de ce fait n'échappera à personne : d'une part, il confirme une conclusion de M. le Prof. Fuchs, qui tout en condamnant les blocs en général, n'a pas manqué de les considérer comme nécessaires — ou plutôt inévitables — dans l'intérieur des villes. D'autre part il porte contre le radicalisme de notre excellent ami M. Aldridge, qui est resté l'ardent idéaliste qu'il était au Congrès de Liège. Nous sommes tous d'accord pour dire que le cottage est le meilleur mode de logement, au point de vue morale, matériel, mais je crois que l'expérience belge montre qu'il ne peut pas être le seul.

M. Aldridge nous a donné comme exemple qu'à Londres même, la plus grande ville du monde, on arrive à loger les ouvriers dans des cottages : Cela n'empêche qu'à Londres même on n'a pas pu non plus se passer des blocs. Nous en sommes là en Belgique. Notez que les règlements sur les bâtisses n'y sont pour rien. Mais le prix du terrain agit seul pour rendre profitable la construction à étages. Je dois dire d'ailleurs, qu'il s'agit de maisons à trois ou quatre étages et non de grandes casernes semblables à celles de Berlin. Mais il n'empêche que ce sont bien des blocs et qu'il n'est pas vraisemblable qu'on y renonce. En conséquence je crois exprimer le sentiment général de l'assemblée en mettant un amendement dicté par la réalité aux condamnations des blocs et en disant que si tous nos vœux sont pour le cottage nous ne devons pas oublier qu'il y aura toujours des blocs et que nos efforts doivent porter alors à en diminuer les inconvénients par des règlements appropriés à leur construction et leur occupation. (Applaudissements.)

Exz. Dr. Klein übernimmt den Vorsitz.

M. Georges Benoît-Lévy, secrétaire général, Association des Cités-jardins de France (Paris), dit qu'il ne fera pas de discours mais qu'il veut seulement laisser échapper un cri de foi. "Ma foi est dans les Cités-jardins ; mon rêve : un cottage ! Ce n'est pas la question 'bloc contre cottage' qui est posée aujourd'hui, mais celle de toute l'organisation de la vie.

Devons-nous continuer à augmenter à l'infinie nos villes meurtrières qui suivant l'expression de Jean Jacques Rousseau sont des Tombeaux de l'espèce humaine, devons-nous continuer cette politique qui consiste à construire casernes contre ca-

sernes, étages sur étages au détriment non seulement de notre santé physique mais de la moralité des citadins. La cherté des loyers, la cherté de l'existence, le développement d'un luxe fallacieux développe les pires instincts qu'aucune société philanthropique ne parviendra jamais à refréner, tant que nous n'aurons pas changé le milieu. La question qui se pose est donc avant tout d'ordre moral. Sa solution reside exclusivement dans la Cité-jardin. Les nations civilisées devront une éternelle reconnaissance à nos amis de Grande Bretagne pour avoir créé la Cité-jardin et je crois que nous devons honorer le nom de trois grands absents de ce Congrès : MM. Howard, Lever, Cadbury.

Pour la France, si le rapporteur a parfaitement exposé pourquoi le mouvement des Cités-jardins s'est lentement développé chez nous, — explication qui se résume en trois mots : La France est un pays privilégié, — du moins devons-nous reconnaître que contrairement aux affirmations de ce rapport, sauf le radieux village modèle créé par la Compagnie des mines de Dourges, nous n'avons pas encore de Cité-jardins en France. Il ne faut pas en effet confondre Cité-ouvrière et Cité-jardin. Néanmoins nous avons certaines sociétés coopératives dont nous pouvons nous féliciter : Témoin la Maissonnette de Nantes dont nous ne pouvons exposer le fonctionnement en cinq minutes, mais dont nous laissons un souvenir sous forme de ces paquets de cartes postales illustrées que la société a bien voulu offrir aux congressistes.

J'ai sous mes yeux les rapports du ministère de travail de Nouvelle Zélande, montrant les ravissants cottages construits dans ce pays, j'ai aussi le rapport de M. le directeur Möurling montrant comment la ville de Stockholm construit dans ses environs de quartiers modèles de villas qui sont presque des Cité-jardins.

Mais je ne veux pas abuser des cinq minutes qui nous sont dévolues. Je termine par où j'ai commencé : en proclamant ma foi dans les Cités-jardins, heureux si j'ai pu la vous faire partager et souhaitant que de cette réunion sorte une association des Cité-jardins Autrichiennes. L'association des Cité-jardins de France sera heureuse d'y avoir contribué. (Applaudissements.)

Priv.-Doz. Dr. Mildschuh (Prag): Ich möchte vor allem bemerken, daß ich den Titel der heute vorliegenden Frage tatsächlich etwas anders aufgefaßt habe als Herr Professor

Fuchs. Ich habe mich nämlich genau an die Worte „Block“ und „Cottage“ gehalten. „Cottage“ ein freistehendes Ein- oder Zweifamilienhaus, „Block“ dagegen ein mehrgeschossiges Reihenhaus, worunter sowohl die große, vier- oder fünfgeschossige Zinskaserne als auch das kleine Miethaus inbegriffen sind. Herr Professor Fuchs hat selbst bemerkt, daß man eigentlich, wenn man die Frage in seinem Sinne auffaßt, sie anders hätte stilisieren sollen; man hätte von Hoch- oder Flachbau und nicht von Kleinhaus und Mietkaserne sprechen sollen.

Wenn ich nun trotzdem mich an den Sinn halte, den Professor Fuchs dieser Frage gegeben hat, so möchte ich vor allem bemerken, daß ich gegen eine Beschränkung der Bauhöhe in den Außenlagen bis zu einem gewissen Grade nichts einzuwenden hätte, gegen eine Abstufung der Bauhöhe nach der Zone. Es ist durchaus nicht notwendig, daß in den Außenlagen der großen Städte vier- bis fünfstöckige Häuser entstehen, die nicht erforderlich sind, und daß fünf- bis sechsgeschossige Häuser erbaut werden. Wenn es also bloß auf den Gegensatz zwischen großer Zinskaserne und kleinem Miethaus ankäme, könnte ich mich mit Professor Fuchs einverstanden erklären. Allein das kleine Miethaus bietet durchaus nicht alle jene sozialen, hygienischen und moralischen Vorteile, von denen Professor Fuchs gesprochen hat. Diese Vorteile bietet bloß das niedrige, kleine Familienhaus, das in der Regel mit einem Garten versehen ist und frei steht, also das Cottage. Ich glaube somit, daß es doch nicht müßig ist, auch über diesen Gegensatz im zweiten Sinne einige Worte zu sprechen.

Um nicht mißverstanden zu werden, bemerke ich, daß auch ich der Meinung bin, daß die Gemeinde für den Familienhausbau große Flächen in den Außenlagen zu reservieren hat und daß der Bau solcher Familienhäuser tunlichst zu fördern ist. Aber man darf die Sache nicht übertreiben, man darf nicht daran denken, eine solche, ganz niedrige Bauweise in den Außenlagen ganz allgemein, für alle Schichten ohne Unterschied, vorzuschreiben. Denn eine solche allgemeine Einführung dieses Systems würde eine nicht unbedeutende Teuerung der Wohnungen bewirken, die vielleicht noch schlimmere Folgen herbeiführen würde. Ich möchte nur bemerken, daß sich die Rente im Durchschnitt nicht unbedeutend höher stellen müßte, weil sie von den Unterschieden der Lage abhängt, die um so größer sind, je größer der Umfang der Stadt. Sodann muß ich auf die großen Kosten hinweisen, welche die

Verkehrsmittel und die Straßenleitungen verursachen würden und welche die Bevölkerung tragen müßte, und schließlich glaube ich, daß aus den uns vorliegenden Berichten hervorgeht, daß die Herstellung der gleichen Wohnfläche in einem niedrigen Familienhause ziemlich bedeutend höher zu stehen kommt als die Herstellung derselben Fläche in einem mehrgeschossigen Reihenhause. Ich möchte hier auf den Bericht von Professor Bach hinweisen; auch Fabarius gibt die Verbilligung der Kosten bis zum dritten Geschoß zu. Was die französischen Zahlen betrifft, so weiß ich nicht, ob es sich da um die gleiche Qualität der Wohnungen handelt; denn die Zahlen würden sonst unseren Erfahrungen widersprechen. Die englischen Verhältnisse lassen sich nicht so leicht heranziehen, denn dort sind die Verhältnisse anders, das Klima ist viel milder. Schon Professor Voigt hat darauf hingewiesen, daß sich die Verbilligung bei dem höheren Bau um so niedriger stellt, je niedriger sich die Baukosten stellen. Das ist in England wirklich der Fall, daß sich die Kosten des Familienhauses niedriger stellen als bei uns. Herr Professor Fuchs hat allerdings bemerkt, daß dies nur bei den bestehenden Bauvorschriften gelte. Diese Frage wäre den Technikern zu überlassen. Ich zweifle aber doch, ob, wenn man unsere Bauvorschriften, die sehr streng sind, nach Möglichkeit mildert, nicht nur für die ein- bis zweigeschossigen, sondern auch für die höheren Häuser dieser Unterschied schwinden würde.

Ich komme zu dem Schlusse, daß wir uns nicht allzu großen Illusionen hingeben dürfen, daß das Cottage bei uns in den Außenlagen allgemein eingeführt wird, sondern daß vielmehr das mehrgeschossige Reihenhause — ich spreche nicht von der Mietkaserne, denn es ist nicht nötig, Mietkasernen dort zu dulden, und die Zinshäuser können hygienischer gestaltet werden — sich bei uns in den Außenlagen behaupten müssen, und ich möchte in dieser Beziehung damit schließen, daß ich weder mit jenen übereinstimme, die sagen "pas de blocs", noch mit jenen, welche sagen "pas de cottages". (Beifall.)

Frl. Federn, Arbeitsleiterin des „Settlement“ (Wien) (mit lebhaftem Händeklatschen begrüßt): Als Arbeitsleiterin des „Settlement“ in Ottakring, einem der ärmsten Arbeiterbezirke, erlauben Sie mir aus den Erfahrungen meiner neun-jährigen Praxis auch für das Kleinwohnungs-haus, womöglich Zweifamilienhaus, einzutreten. Zwar schiene es fast überflüssig

nach den so überzeugenden und klaren Ausführungen des Herrn Referenten, aber wir in Wien erfahren es immer wieder, wie wenig die tatsächlichen Lebensbedingungen unserer arbeitenden Bevölkerung in den maßgebenden Kreisen bekannt sind, und noch weniger bekannt, wie tief diese Verhältnisse auf alle Kreise einwirken. Auch als Frau möchte ich hier sprechen und es herzlich bedauern, daß nicht viel mehr Frauen an den Verhandlungen teilnehmen. Die Wohnungsfrage ist eine Frage der Allgemeinheit von größter Bedeutung, sie ist aber auch vor allem eine Familienfrage und auch als solche der Teilnahme, des Studiums, der Mitarbeit der Frau wert. Wir in Ottakring lernen vor allem die Schäden der Zinskaserne kennen. Sie ist zumeist mit langen, geschlossenen Gängen in jedem Stockwerk angelegt, in welche die Wohnungen einmünden. Zimmer und Küche sind das gewöhnliche Wohnungsbild. Aber die Küche hat kein Fenster; zur Belichtung dient die matte Glasscheibe der Eingangstür, als Luftreservoir der mit allen Wohlgerüchen des Hauses erfüllte und nur selten gelüftete Gang. Die Küche ist aber nicht selten als Wohnraum an eine Afterpartei abvermietet. Ich kenne solche Wohnungen, die zeitweilig sogar von drei Familien bewohnt wurden. Und in solchen nicht durchlüftbaren Wohnungen bleiben Kinder den ganzen Tag eingesperrt.

Durch die Anlage der Zinskasernen mit ihrer Häufung von Parteien nebeneinander (12 und mehr in einem Stockwerk) mit gemeinsamer Benützung von Wasserleitung und anderen Einrichtungen, ist den Streitigkeiten Tür und Tor geöffnet. Je größer die Kinderzahl in einem solchen Hause, um so größer die Mißhelligkeiten, um so häufiger auch berechnigte Klagen. Denn Kinder brauchen Raum und Bewegungsfreiheit. Aber beim Häuserbau denkt man nicht daran, durch Schaffung innerer Höfe, noch besser durch Gärten, Abhilfe zu suchen, sondern der Hausherr beschränkt lieber die Vermietung seiner Wohnungen auf kinderarme Familien. Ja, sind denn Kinder wirklich so nebensächlich, daß ihnen die halbwegs günstigen Wohnmöglichkeiten einfach verschlossen werden dürfen? Bei unserem furchtbaren Wohnungsmangel bringt es die Praxis mit sich, daß Familien bei der Wohnungsmiete die Kinderzahl niedriger angeben, ja selbst Kinder vorübergehend in Kost geben. Sie hoffen auf die Gutmütigkeit des Hausmeisters, meist vergeblich. Nach 14 Tagen ist die Kündigung wieder erfolgt. Nur wer fortgesetzt die Verhältnisse beobachtet, weiß,

wie viel Arbeitskraft und Gesundheit durch diesen ewig drohenden Wechsel zerstört wird, und anderseits, wie viel Geldverlust durch Arbeitsentgang und Abnützung des Besitzstandes des Arbeiters die notwendige Folge davon ist. Aber derselbe Hausherr, der bei seinem Mieter nur eine beschränkte Kinderzahl gestattet, hat nichts gegen die Überfüllung durch Afterparteien und Bettgeher.

Wir haben vorgestern mit größter Bewunderung die Schöpfung des Männerheims in Hernals besichtigt und wir in Ottakring freuen uns doppelt der Wohltat im angrenzenden Bezirk. Aber das Bettgeherwesen hat zwei Ursachen: Den Mangel an angemessener Wohnungsmöglichkeit für Alleinstehende und die Wohnungsteuerung für die Familie. Der Bettgeher wird in demselben Maße gesucht, als er Wohnung sucht. Der Arbeiter, dessen Wochenverdienst 20—24 Kronen beträgt, kann einen solchen Betrag nicht voll für den Monatszins verwenden. Und 20—24 Kronen ist der Durchschnittszins für Zimmer und Küche in Ottakring.

Gestatten Sie mir zum Schlusse ein paar Wohnungsbilder aus Ottakring zu skizzieren. Eine Wohnung, bestehend aus Zimmer, Küche und Kabinett, Zins Kronen 32.60. Die Familie besteht aus Vater, Mutter und sieben Kindern, das achte am Weg. Aber diese Wohnung dient dem Mann und zwei Bettgehern gleichzeitig als Schusterwerkstatt. Ein anderes Bild: Eine Kammer und Küche, bewohnt von Mann, Frau und vier Kindern. Die Frau hatte Knochentuberkulose, ein Kind Lungentuberkulose; in diesem Raum arbeitete der Mann als Perlmutterdrechsler. Als die Familie in die Heimatgemeinde übersiedelte, wurde die Wohnung am nächsten Tag ohne vorhergehende Desinfektion wieder bezogen. Ein drittes Bild: Anstreichermeister. Ein Gassenladen, ein Raum, mit direktem Zugang von der Straße, 14 Kronen Zins, bewohnt von einer Frau mit vier Kindern im Alter von 15 bis 3 Jahren. Das eine Mädchen schwer anämisch, mit wahrscheinlich tuberkulösen Lungenblutungen. Die Arbeit der Frau bestand im Nüsseauslösen für einen Großkaufmann in der Brigittenau. Um welche Quantitäten es sich handelte, können Sie, geehrte Damen und Herren, daraus ermessen, daß der Familie die Nußschalen für den Winter als einziges Brennmaterial genügten. Unter solchen und ähnlichen hygienischen Verhältnissen vollzieht sich der größte Teil unserer Heimarbeit, vom Tütenkleben bis zur

feinsten Näharbeit, die durch die Zwischenmeister hinaus in die größten Verkaufsläden wandert.

Wenn ich diese wenigen Beispiele vor dieser Versammlung angeführt habe, so geschah es in der Hoffnung und Erwartung, daß die uns hier gegebenen Anregungen des Kongresses Erfolg haben werden und daß es darum nützlich ist, den Idealbildern der Zukunft die traurige Gegenwart zum Ansporn gegenüberzustellen, denn die Forderung gesunder Wohnungen für die Arbeitsbevölkerung ist nicht nur eine solche der Humanität oder der sozialen Fürsorge für die Arbeiterklasse, sondern eine soziale Notwendigkeit für die ganze Bevölkerung, mit der der gesunde und kranke Arbeiter und dessen Werk in steter Berührung ist. Vielleicht werden diese Erwägungen des Selbsterhaltungstriebes so manchen eher zur Mitarbeit bringen, als die für uns maßgebenden sozialen, sittlichen und hygienischen Gründe. (Lebhafter Beifall.)

Mr. Harald Shawcross, Councillor (Rochdale): I think at this Congress it is needless to expatiate upon the advantage of the cottage over the block system. We in England have settled that and are determined after having tried both to have no more of the Block. Our workpeople will not stand it on account of its interference with the comforts and privacy of family life. We are asked to discuss the methods of making the cottage cheaper. I tell you this is impossible and that you are beginning at the wrong end in trying to cheapen the house. — Every-where the skilled workmen, who build these houses, have got their wages raised by their Trade Unions and their conditions of work ameliorated by shorter hours &c. Therefore the house becomes dearer and dearer. But the unorganized labourer for whom we have to build these houses do not get their wages raised and therefore we must try and make their remuneration sufficient to live in a house of the proper standard.

We must not be told that these things are impossible but must remember the proverb that "where there is a will there is a way" and must find the means to allow every one live in a house with the minimum of sanitation which is demanded by the science of hygiene. (Applause.)

Dr. H. Kampffmeyer, Generalsekretär der Deutschen Gartenstadtgesellschaft (Karlsruhe): Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einigen wenigen Worten an die Worte von Fräulein Federn anknüpfen! Sie hat uns Zustände ge-

schildert, wie sie nicht nur in Wien, sondern in den meisten großen Städten zu finden sind. Wir unterhalten uns heute über die Frage „Mietkaserne oder Cottage?“, wir stimmen alle darin überein, daß das Cottage, das Einfamilienhaus, das Ideal ist, dem wir alle zustreben müssen, aber ich lege Ihnen die Frage vor: Ist es möglich, dieses Ideal zu verwirklichen bei Löhnen, die die Leute eben nur in den Stand setzen, ein Zimmer und allenfalls noch ein Loch, das man als Küche bezeichnet, zu bezahlen?

Ich muß hier vor Ihnen auf ein Problem hinweisen, das mit der Wohnungsfrage enger zusammenhängt als irgend ein anderes. Die Wohnungsfrage ist eine Lohnfrage, und zwar zum großen Teil eine Lohnfrage. Solange die Leute 12 oder 15 oder allenfalls 20 Kronen in der Woche verdienen, können Sie schöne Reden halten über Wohnungsideale, aber wirtschaftlich durchführen lassen sich diese Ideale nicht, und ich meine: Jeder Wohnungsreformer, der es mit der Wohnungsreform ernst nimmt, muß mit aller Kraft dafür eintreten, daß die Lohn- und Gehaltsverhältnisse unserer Angestellten und Beamten gebessert werden, daß sie so gut werden, daß unsere Ziele wirklich erreichbar sind. Dann noch ein Wort!

Wenn ich mit einigen Worten auf die Gartenstadt-Bewegung eingehe, so bestimmt mich dazu vor allem das Referat des Herrn Risler, das meines Erachtens einige Begriffsverwirrung geschaffen hat. Er nennt „Gartenstadt“ jede beliebige Besiedlung, die ein paar Gärten in ihren Mauern hat. Auf einem wirtschaftlichen Kongresse ist es von größter Bedeutung, die Begriffe ganz scharf anzuwenden, und ich halte es deshalb für notwendig, das Wort „Gartenstadt“ in dem Sinne zu gebrauchen, wie die Schöpfer dieser Bewegung, vor allen Dingen die Engländer es verstanden haben. Man versteht unter „Gartenstadt“ nicht eine beliebige Siedlung mit ein paar Gärten, sondern eine planmäßige Besiedlung auf wohlfeilem Gelände, das durch eine entsprechende Bodenpolitik und durch Ausschluß aller Spekulation dauernd dem Gemeinbesitz erhalten bleibt, eine Bodenpolitik, die jede willkürliche Verteuerung ausschließt. Das ist der volkswirtschaftliche Grundgedanke, den man unter keinen Umständen wird vernachlässigen dürfen.

Eine Fabrikantensiedlung kann noch so schön sein — sie ist keine Gartenstadt; eine Villenkolonie ist es ebensowenig oder viel weniger. Wir haben gerade in Deutschland jetzt

damit zu kämpfen, daß die gemeinnützige Tätigkeit der Gartenstadt-Bewegung von Spekulanten benützt wird, Kapital in ihre Taschen zu leiten. Gerade deshalb ist es von volkswirtschaftlichem Wert, daß wir, die wir Volkswirte sind, die Begriffe so anwenden, wie sie anzuwenden sind. Gerade in Deutschland ist unsere Bewegung in Gefahr, durch eine falsche Anwendung des Begriffes diskreditiert zu werden, dadurch, daß alle Mißstände, die bei einer spekulativen Villenhausgründung vorkommen, uns womöglich zur Last gelegt werden.

Wenn wir aber das Ziel der Gartenstadt-Bewegung verwirklichen wollen, dann müssen wir vor allem die ganz bestimmten Verhältnisse schaffen. Wir dürfen uns — und das möchte ich noch besonders betonen — nicht darauf beschränken, bei neu entstehenden Städten unser Ideal zu verwirklichen, denn die Gartenstadt-Bewegung will nicht bloß neue Städte schaffen. Das ist möglich, wenn irgendwo ein neues Industriewerk entsteht, wenn ein neuer Kanal gebaut wird oder neue Kraftwerke eine neue Besiedlung notwendig machen. Vor allem kommt es aber darauf an, die bestehenden Städte in einer Weise zu erweitern, wie es unseren Zielen entspricht. Die Gartenstadt-Bewegung hat ihre größte Bedeutung in der Gartenvorstadt-Bewegung, und dazu wird es vor allem notwendig sein, bessere Verkehrsverhältnisse zu schaffen, wie sie uns auf dem vorigen Kongreß Professor Mahaim aus seinem belgischen Vaterlande vor Augen führte. Es ist notwendig, bessere Bauordnungen zu schaffen und jene hinwegzufegen, bei denen nur das Alter ehrwürdig ist, so daß man staunen muß, daß sie noch existieren. Es ist nötig, die Bauordnung darauf zuzuschneiden, daß Kleinhäuser gebaut werden können. Auf die Bedeutung des Bebauungsplanes wurde hingewiesen. Ich will erwähnen, daß in Karlsruhe durch die Umänderung des Bebauungsplanes bei 12 ha 150.000 bis 200.000 Mark erspart werden könnten und jeder Quadratmeter um zwei Mark billiger wird. Das ist gewiß ein Erfolg des Bebauungsplanes. Unsere Bebauungspläne leiden darunter, daß man ihnen viel zu sehr anmerkt, daß jene, die sie notwendig haben, keinen Pfennig für die Straßenkosten zu zahlen brauchen.

Ich möchte nur noch bemerken, daß, wenn die Frage gestellt ist „Mietkaserne oder Cottage?“, mir dies nicht bloß als ein nüchternes Rechenexempel mit Kubikmetern Luftraum erscheint, sondern daß es eine Frage der Kultur ist, von so eminenter Bedeutung, daß, wenn wir kulturelle Ziele für unser

Volk erstreben, wir nicht müde werden dürfen, das Kleinhaus weiteren Kreisen zugänglich zu machen. (Beifall und Händeklatschen.)

Ehrenpräsident Lepreux, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, teilt mit, daß Erzherzog Rainer, ohne bemerkt zu werden, für einige Minuten in den Saal gekommen sei, was der Kongreß als eine hohe Ehre zur Kenntnis nehme. (Lebhafter Beifall.)

Apotheker Hugo Schreiber (Berlin): Vom Herrn Generalreferenten wurde gesagt, daß man beim Kleinhausbau möglichst sparen solle; er hat darauf hingewiesen, daß man sehr gut aus Holz und mit einem Stockwerk versehen ein Haus für die Arbeiterklasse errichten könne. Nun, ein solches Haus verdient nicht den Namen „Wohnhaus“, das dürfte nichts mehr sein als ein besseres Stallgebäude. (Beifall.) Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß man Wohnungsfürsorge in den Städten treiben soll. Es ist aber von anderen Rednern gesagt worden, und zwar sehr richtig, daß man vor allem an die Wohnungsfürsorge auf dem Lande, in den Dörfern und kleinen Städten zu denken hätte. Herr Gretzschel hat auf dem Kongreß für Hygiene und Demographie in seiner Eigenschaft als Wohnungsinspektor nachgewiesen, daß er in sehr vielen Häusern auf dem Lande und in kleinen Städten keinen Abort vorgefunden habe. Wenn wir daran denken wollen, für die Wohnungsfürsorge zu arbeiten, muß die Praxis obenan stehen, und es ist, wie der Herr aus Hamburg richtig gesagt hat, durchaus notwendig, daß dabei die Selbsthilfe eine entsprechende Rolle spielt. Professor Fuchs hat auf den Kongressen immer die Berliner Verhältnisse lebhaft angegriffen. Professor Fuchs vergißt aber ganz, daß die Sterblichkeit speziell in Berlin eine äußerst günstige ist. Denn wenn Berlin in der Sterblichkeitsziffer günstiger steht als Wiesbaden, Kassel, Osnabrück, Erfurt, Lüneburg und Potsdam, so können wir sagen, daß die Verhältnisse nicht so schlecht sind, wie sie gewöhnlich bezeichnet werden. Die Außenstehenden müßten nach solchen Äußerungen Berlin für eine schauerhafte Stadt halten, wo es unmöglich ist, zu wohnen. Berlin verwendet aber jährlich für Wohlfahrtseinrichtungen und Unterstützungen an die minderbemittelte Bevölkerung 35 Millionen Mark. Ich glaube, daß Berlin in dieser Beziehung seine Pflicht voll und ganz erfüllt, und ich bin der Ansicht, daß nicht nur durch die Herren Nationalökonomien, sondern vor allem durch die

Hygieniker die Wohnungsfrage gelöst werden muß. Denn was nützen uns schöne Worte für die Arbeiter, wenn die Leute nicht hygienisch wohnen? (Beifall.)

Magistratsrat Schoener (München): Nach den Worten des Herrn Dr. Kampffmeyer habe ich eigentlich den Eindruck, daß wir uns weitere Besprechungen ersparen könnten; denn wenn die Wohnfrage lediglich eine Lohnfrage ist, dann wäre es überflüssig, über die Wohnungsfrage zu verhandeln, ehe wir die Lohnfrage gelöst haben. Allein ich glaube, daß die Verhandlung auf diesem Kongreß sehr wohl ihre Berechtigung hat. Ich war etwas erstaunt, aus den Referaten des Herrn Professors Fuchs und des Herrn Professors Mayreder eigentlich keine direkten, positiven Vorschläge zu der Frage „Block oder Cottage?“, respektive zu der Frage der Verbilligung der Wohnungen entnehmen zu können. Ich glaube, es wird auch wohl überhaupt sehr schwer sein, auf einem Kongreß solche Vorschläge zu machen, und zwar insbesondere bezüglich der Frage, ob Cottage oder Miethaus.

Ich komme aus einer Stadt, in der wir eine der Hauptforderungen, die Professor Fuchs aufgestellt hat, bereits erfüllt haben. Wir haben in München nicht etwa die rohe Unterscheidung zwischen Mietkaserne und Villa, sondern wir haben eine fein abgestufte Staffelbauordnung. Wir sagen nicht „Zonenbauordnung“, weil wir keine eigentlichen Bauzonen haben. Es wird jedes Quartier individuell behandelt, wir haben fünf Staffeln für das geschlossene Bausystem von vier Stock über dem Erdgeschoß bis zu einem Stockwerk und vier Staffeln im offenen Bausystem von drei Stockwerken bis herab zu einem Stockwerk. Dabei sind die Staffeln für jede Straße, ja oft für jede Blockfront innerhalb einer Straße gesondert festgesetzt. Ich glaube, daß diese Hauptforderung des Herrn Referenten von uns erfüllt ist.

Aber wenn wir auch die Vorschriften haben, so ist die Durchführung wieder etwas anderes, und wir liegen bezüglich der Durchführung dieser Vorschriften und unserer baupolizeilichen Vorschriften überhaupt im ständigen Kampfe sowohl mit der Vertretung der Gemeinde als mit den Bauunternehmern. Mit der Vertretung der Gemeinde in einem Punkte, der für die Frage der Baukosten sehr wesentlich ist, nämlich bezüglich der Straßenbreite. Wir leiden in München, wie es wohl in den meisten Großstädten der Fall ist, in den Außenbezirken an einem zu großen Überwiegen breiter Straßen, die das Bauen

bedeutend verteuern, und mit den Bauunternehmern sind wir im Konflikt bezüglich der Aufteilung der Blöcke.

Hier komme ich auf einen Punkt, in dem ich mich mit Professor Fuchs nicht ganz einverstanden erklären kann. Er hat ausgesprochen, daß eine möglichste Beseitigung aller tiefen Blöcke anzustreben sei. Die Erfahrung machen wir in München täglich: Unseren Bauunternehmern und Grundbesitzern können wir gar keinen größeren Gefallen erweisen, als wenn wir allen ihren Anträgen auf Aufteilung der Blöcke entsprechen. Wir sind aber der Meinung, daß das nicht allgemein im Interesse der Bevölkerung liegt. Ich gebe Professor Fuchs vollkommen recht, daß es erstrebenswert ist, schmale Baublöcke zu schaffen in jenen Gebieten, wo eine dichte Bebauung durch die Staffeln gestattet ist, um das Entstehen von wenig belichteten Rückgebäuden hintanzuhalten. Dagegen stimme ich nicht zu bezüglich jener Gebiete, wo nur Parterre oder ein Stock gestattet ist. Hier ist es sogar zu erstreben, daß man tiefere Blöcke erlange, weil vernünftige Mieter und Architekten ruhig gelegene Rückgebäude, besonders in Gärten gelegene Rückgebäude, vorziehen.

Aber unsere Bauunternehmer ziehen sie nicht vor und leider ist die Belehnungspraxis unserer Banken einer derartigen vernünftigen Bestrebung durchaus entgegen. Wie schon wiederholt im Verlaufe der Verhandlung über die Frage der Kreditbeschaffung betont wurde: Die Praxis unserer Hypothekenbanken wird, wenn diese Frage gelöst werden soll, abgesehen von anderen Gesichtspunkten, die in Frage kommen, eine wesentliche Änderung erfahren müssen, wenn alles das, was wir erstreben, erreicht werden soll.

Gestatten Sie nur noch eine kurze Anregung! Wir haben gestern und heute von den Baukosten gesprochen und es hat mich gewundert, daß die Frage, ob die Baukosten bei einer niedrigeren Bebauung oder bei Errichtung von vielen Stockwerken geringere seien, als eine Frage zu betrachten ist, von der man sagen muß: „Non liquet“. Bei dieser Sachlage muß man wohl annehmen, daß der Unterschied in den Baukosten zwischen den genannten beiden Typen jedenfalls kein großer ist. Und da ergibt sich dann im Sinne der Ausführungen des ersten Herrn Referenten die Folgerung: Wenn die Unterschiede finanziell unbedeutende sind, so wird man aus hygienischen und sittlichen Gründen nach aller Möglichkeit das Einfamilienhaus anstreben müssen. Ich möchte den Wunsch aussprechen,

daß bei zukünftigen Kongressen — internationalen, nationalen oder lokalen Kongressen — wo über die Wohnungsfrage verhandelt wird, die diesjährige, außerordentlich reichhaltige Ausstellung von Bauplänen dahin ergänzt und etwas deutlicher erläutert werde, daß auf den Plänen angegeben wird: Wie viel Grund beansprucht das betreffende Bauquartier, was sind die Baukosten, wie berechnen sich die Kosten nach Zinsen, Tilgung, Unterhaltungskosten usw. pro Raum und Wohnung für das Jahr? Erst dann werden wir von einer derartigen Ausstellung Früchte erzielen. (Beifall.)

Advokat Dr. Grünbaum (Prag): Gestatten Sie einem Praktiker auf dem Gebiete des Wohnungswesens, einen kleinen Beitrag zur Lösung der Frage, ob Miethaus oder Kleinhaus, vorzubringen. Für die Zukunft stimmen wir gewiß überein, daß es wünschenswert ist, Kleinhäuser zu bauen. Inwieferne das in der Gegenwart möglich ist, will ich mir an einem Beispiel zu zeigen erlauben. Ich komme zu der Ansicht, daß in großen Städten und am Rande derselben bei uns in Österreich vorläufig nicht daran zu denken ist, daß das Kleinhaus eine dominierende Stellung einnehme. Ich hatte die Ehre, an einem Projekte des Prager Volkswohnungenvereines mitzuarbeiten. Wir haben umfassende Studien angestellt, als deren Ergebnis ich mir folgendes vorzutragen erlaube.

Wir hatten mit einem Grundkostenbetrage von 34 Kronen gerechnet, dazu kam die Parzellierungsgebühr an die Stadt mit einer Krone pro Quadratmeter bei Miethäusern und 50 Heller bei Kleinhäusern. Bei Kleinhäusern haben wir eine Erhöhung von zwei Kronen pro Quadratklafter zu rechnen. Die Berechnung ergab, daß, wenn der Grundpreis um zehn Kronen pro Quadratklafter steigt, der jährliche Mietzins um Kronen 450 pro Normalwohnung von Küche und Zimmer steigen muß.

Was die Geschoßhöhe betrifft, haben wir Untersuchungen angestellt, wie sich die Baukosten bei zwei- und dreigeschossigen Häusern stellen würden. Wir haben gefunden, daß bei einem dreigeschossigen der Mietpreis um 35 Kronen billiger gestellt werden kann als bei einem zweigeschossigen. Auch bezüglich der Baukosten haben wir geforscht, wie die Sache zu verbilligen wäre, und haben gefunden, daß in Österreich mit Holzbalkendecken billiger gearbeitet werden kann als mit Beton. Anders in Deutschland, wo, wie in Leipzig, die Arbeiterhäuser mit Beton hergestellt sind.

Bezüglich der Geldbeschaffung haben wir gefunden: je billiger der Zinsfuß der Hypothek, desto billiger kann die Wohnung erstellt werden. Wir haben auch die Amortisation berechnet und haben gefunden, daß, je länger wir das Baukapital amortisieren, desto billiger die Wohnung sich stellen wird. Unsere Steuerverhältnisse — last not least — lassen es heute nicht zu, daß wir ein Kleinhaus billig erstellen. Die Herren werden staunen, wenn ich sage, daß wir bei der sogenannten vollen Steuer an Staatssteuer, Landes-, Gemeinde- und Bezirkumlagen 42% des Bruttozinses auf die Steuer verrechnen müssen; wenn wir die 12%ige Steuerfreiheit von der Staatssteuer genießen, wobei wir aber die Umlagen zahlen müssen und anstatt der Staatssteuer eine 5%ige Steuer entrichten, müssen wir zirka 35% des Mietzinses abgeben. Wenn wir die von unseren Regierungsorganen hervorgehobenen Befreiungen nach dem Gesetz vom Jahre 1902 in Betracht ziehen, müssen wir noch immer 17% vom Bruttozins auf die Steuer rechnen.

Ich glaube, am richtigsten hat Herr Dr. Kampffmeyer die ganze Sache dargestellt, indem er sagte, die Wohnungsfrage sei in dieser Beziehung eine Lohnfrage. Wir müssen fragen: Was kostet die Wohnung? Und danach haben wir uns zu entschließen, ob Kleinhaus oder Miethaus. Wir haben auch in dieser Beziehung Erfahrungen. Der Prager Volkswohnungsverein hat ein Modell aufgestellt und hat den Arbeitern gezeigt: „So wird die Wohnung aussehen, so viel wird sie kosten.“ Wir haben einen eigenen Zugang gemacht, einen Balkon geschaffen — Vorteile, wie sie in den umliegenden Häusern nicht zu finden sind. Die Leute haben gesagt: „Das ist uns egal; uns kommt es darauf an, was wir für die Wohnung zahlen.“ Danach muß sich nach meiner Ansicht die Sache richten.

Ich komme zu dem Schlusse, daß für uns in Österreich und speziell für Prag das Miethaus dominieren wird und wir an das Kleinhaus so lange nicht denken können, als nicht alle diese Fragen, die ich berührt habe, einer endgültigen und gründlichen Lösung von Staats wegen zugeführt werden. (Beifall.)

Herr Wetzlar, Assistent am Sozialen Museum (Frankfurt am Main): Ich würde es bedauern, wenn dieser Kongreß damit schließen sollte, daß er über einen Typ des Hauses ein Urteil fällt, indem er das Kleinhaus empfehlen und das Mehr-

familienhaus verdammen würde. Ich glaube, daß man sowohl gute Einfamilienhäuser als gute Mehrfamilienhäuser bauen kann, und wenn Sie sich von der Wahrheit dessen, was ich Ihnen vortrage, überzeugen wollen, bitte ich Sie, nach Frankfurt am Main zu kommen, wo Sie sehr wohl Mehrfamilienhäuser sehen können, die den Vergleich mit dem Einfamilienhause aushalten können. Ich bin der Ansicht, daß man die lokalen Verhältnisse in Betracht ziehen muß. In einer Stadt wie Frankfurt am Main ist es gegenwärtig ganz unmöglich, das erstrebenswerte Ziel, das wir anerkennen und einmal zu erreichen hoffen, daß jeder Arbeiter in seinem Kleinhaus wohnen soll, zu erreichen. In Frankfurt am Main ist es wegen der hohen Bodenpreise nicht möglich. Deswegen soll unsere Fürsorge nicht bloß dem Einfamilienhause, sondern auch dem Mehrfamilienhause gelten. Ich kann nur sagen, daß ich in England gefunden habe, daß man dort, namentlich in London, Mehrfamilienhäuser baut, die sehr schön und alle bewohnt sind — es gehen also beide Typen nebeneinander — während ich auf der anderen Seite in England, Rheinland und Westfalen Einfamilienhäuser gesehen habe, die mir durchaus nicht das Ideal zu sein schienen. Ich möchte deswegen bitten, daß man dem Mehrfamilienhause auch weiterhin die Aufmerksamkeit zuwende, die es verdient, indem man versucht, den Typ zu verbessern. (Beifall.)

Präsident Exz. Dr. Klein übernimmt den Vorsitz.

Dr. Ferenczi (Budapest): Der Herr Generalreferent Professor Fuchs hat die Stadt Wien als eine Stadt der Mietkaserne par excellence bezeichnet. Es tut mir leid, gestehen zu müssen, daß dieses Epitheton, das ich nicht als „ornans“ bezeichnen kann, der Stadt Budapest vielleicht in viel größerem Maße zukommt. In dieser Stadt bestehen nämlich alle jene künstlichen verwaltungsrechtlichen Maßregeln, welche die Mietkaserne institutmäßig hervorbringen, in noch viel größerem Maße und ich möchte die Aufmerksamkeit des Kongresses auf einen speziellen Umstand lenken, der in Budapest das Kleinhaus selbst in den Außenbezirken als Wohnstätte für die Minderbemittelten unmöglich gemacht hat.

In Budapest ist selbst in den Außenbezirken eine Bauparzelle von mindestens 300 Quadratklaftern vorgeschrieben, ja es gibt große Gebiete, wo nur auf Parzellen von 600 bis 1000 Quadratklaftern Häuser erstellt werden können. Infolgedessen ist es wegen der großen Kosten unmöglich, für die Minder-

bemittelten Kleinhäuser zu erbauen, und alle Bestrebungen der Genossenschaft und der Einzelnen, darin einen Wandel herbeizuführen, waren bisher erfolglos. Infolgedessen ist die Mietkaserne zur vollkommenen Alleinherrschaft gekommen, da sie auch durch die Finanzinstitute dadurch gefördert wird, daß sie für die Mietkaserne viel günstigere Bedingungen stellen, einen geringeren Kapitalzins und eine längere Amortisation zugestehen. Welche ungünstigen Folgen die Mietkaserne und das vollkommene Fehlen von Kleinhäusern herbeiführt, dafür will ich einige soziale Mißstände aus Budapest nennen, um die Leitsätze des Herrn Generalreferenten, die auch zum Teil in meinem Referat enthalten sind, noch mehr zu erhärten. Die Kleinwohnungsherstellung ist in Budapest in den Händen eines schmarotzerhaften und wucherischen Elements. Dieses Element hat die Notlage, in welcher sich die minderbemittelte Bevölkerung befindet, dermaßen ausgenützt, daß dort gelegentlich jedes Mietquartales eine wahre Revolution der Mieter herrscht. In den Häusern verbinden sich die Mieter zu Organisationen, welche Mieterstreike veranstalten, indem sie die Bezahlung der erhöhten Mieten verweigern, die Häuser boykottieren und andere von den Häusern fernhalten, ja alle beweglichen Teile vernichten und eine Katzenmusik veranstalten, welche die Ohren der Polizisten gefährdet. Mit einem Worte: Die Wohnungsverhältnisse rufen geradezu gefährliche Verhältnisse hervor. Infolgedessen möchte ich die Aufmerksamkeit des Kongresses auf ein neues soziales Gebilde lenken, nämlich auf den kollektiven Mietnormenvertrag, der in Budapest heute stark vertreten ist, indem die Mieter nicht individuell, sondern in Organisationen mit den Hausvermietern Verträge abschließen und dadurch direkt ebenso günstige Erfolge erzielt haben wie die Arbeiterschaft auf dem Gebiete des kollektiven Arbeitsnormenvertrages. Sie haben nämlich die Erhöhung der Mieten verhindern können, haben selbst eine Herabsetzung der Mieten erreicht und in Zukunft wird selbst die Verwaltung der Häuser durch die Mieter erfolgen.

Eine andere Erscheinung ist, daß die Ausschließung des Kleinhauses eine Auswanderung gerade der Bestsituierten, der besten Bürgerelemente hervorgerufen hat, welche aus stadt-wirtschaftlichen und politischen Rücksichten die größte Gefahr herbeiführt. Es wurde einmal in der Stadtrepräsentanz mit Recht darauf verwiesen, daß selbst die Beamten der Stadt außerhalb der Stadt wohnen müssen. Die Auswanderung jener

Elemente, die unter normalen Verhältnissen Eigenhäuser für sich erlangen könnten, schließt aus politischen Gründen sehr große Gefahren in sich, indem infolge der schlechten verfassungsmäßigen Zustände, infolge des Vorherrschens des Virilismus, gerade jene Elemente, denen das Gemeinwohl am wenigsten am Herzen liegt, in der Stadtrepräsentanz die Macht in Händen haben. Ich möchte aus den Folgen, die diese Verhältnisse in einer Stadt herbeiführen, welche par excellence eine Mietkasernenstadt ist, darauf konkludieren, daß die Stadt darauf bedacht sein soll, möglichst große Flächen mit Kleinhäusern bebauen zu lassen. (Beifall.)

Stadtrat Dr. Plochl (Graz): Der Hauptberichterstatter Professor Mayröder hat unter anderem darauf hingewiesen, daß die österreichische Bauordnung sehr rückständig und daß auch die Handhabung der Baugesetze schwerfällig sei. Als Baureferent der Stadt Graz möchte ich in letzterer Beziehung doch betonen, daß ich von einer besonderen Schwerfälligkeit in der Handhabung unserer Bauvorschriften eigentlich nichts wahrgenommen habe, wenigstens soweit es die mit der Handhabung betrauten Gemeindebehörden anbelangt. Anders stehen die Verhältnisse allerdings in der formellen Behandlung eventueller Rekurse seitens der Oberbehörden, und darin muß Wandel geschaffen werden.

Was aber die Rückständigkeit der Bauordnung in materieller Hinsicht betrifft, liegen die Verhältnisse allerdings in Österreich sehr trüb. Unsere Bauordnung stammt aus sehr alter Zeit, und auch die später erlassenen Bauvorschriften erfassen das heute vom Internationalen Wohnungskongresse behandelte Wohnungsproblem nicht in richtiger und voller Weise. Wir haben in Graz eine Bauordnung aus dem Jahre 1881 — sie ist also eigentlich nicht gar alt. Aber schon im Jahre 1894 hat sich das Bedürfnis herausgestellt, an eine Revision dieser Bauordnung zu schreiten. Die Erhebungen und Studien haben einen langen Zeitraum in Anspruch genommen und erst im Jahre 1904 ist es uns post tot discrimina rerum, kann ich sagen, gelungen, in der Gemeindevertretung ein Reformwerk zur Verabschiedung zu bringen, das, wie ich heute mit großer Befriedigung feststelle, das Wohnungsproblem, wie es uns zur Behandlung vorliegt, in seinen wichtigsten Bestandteilen schon aufgelöst enthält. Gestatten Sie mir, auf einige Punkte hinzuweisen!

Wir haben dabei den Gedanken verfolgt, es müsse jede Bauordnung auf dem Fundament eines umfassenden, wohl durchdachten Verbauungsplanes aufgebaut werden, und es müsse: Verbauungsplan und Bauordnung zusammenarbeiten. Der Verbauungsplan hat zunächst Fabriksviertel und Wohnviertel zu scheiden im hygienischen Interesse, im Interesse des behaglichen Wohnens, der Verbauungsplan hat die Bauweisen, und zwar, wie es in den Forderungen der Herren Referenten ausgesprochen wurde, nach geschlossener, halboffener, offener, villenartiger Form zu verteilen, angemessen mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen, die örtlichen und die Verkehrsverhältnisse, der Verbauungsplan hat die Zonen, die Abstufung der Bauordnung zu enthalten, mit einem Worte den Niederschlag der Grundprinzipien eines modernen Baugesetzes; und im Baugesetz selbst haben wir auch schon entsprechend den bekannten Forderungen die Begünstigungen vorgesehen, Erleichterungen weitestgehender Art für den Kleinwohnungsbau, für den gemeinnützigen Bau von Arbeiterwohnungen und — wir sind sogar noch weiter gegangen — auch für landwirtschaftliche Wohnungen.

Wir haben aber anderseits, wo es galt, den Bauspekulanten, denjenigen, die lediglich im materiellen Interesse zu exploitierten suchen, den sogenannten Bauwucherern, entgegenzutreten, sie mit der vollen Strenge des Gesetzes zu treffen gesucht. Wir haben ferner — und da befinde ich mich wohl mit allen in Übereinstimmung, die es mit dem Wohnungsproblem ernst nehmen — die Anlage von Kellerwohnungen aus hygienischen und sittlichen Gründen vollkommen ausgeschlossen, ebenso die Anlage von Dachwohnungen eingeschränkt. Wir haben das Wohnungsproblem auch in seiner Schlußphase erfaßt, wir haben Bestimmungen über eine wirksame, regelmäßige Wohnungsinspektion getroffen. (Beifall.)

Dieses Reformwerk wurde im Jahre 1904 im Gemeinderat erledigt, aber seit dem Jahre 1904 haben wir eigentlich nichts mehr davon gehört. Die Schwerfälligkeit, die bezüglich der Handhabung der Bauordnungen uns gewissermaßen vorgeworfen wurde, ist an einem ganz anderen Orte zu suchen. Leider muß ich es sagen: Seit dem Jahre 1904 ist dieses Reformwerk, das gewiß von modernen Grundsätzen erfüllt ist, noch immer im Stadium der Vorberatung bei den zuständigen Behörden. Ich kann gegenüber diesen höheren Stellen nur den Wunsch aussprechen, es mögen die Beratungen des Inter-

nationalen Wohnungskongresses, es möge die gewichtige Stimme unserer Versammlung einiges dazu beitragen, daß unsere Bauordnung endlich einer Erledigung zugeführt werde. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Wir unterstützen selbstverständlich den Wunsch des Herrn Redners.

Herr L. A. Tippow, Sekretär des Allgemeinen österreichischen Mietervereines (Wien): Die Worte, die der vorletzte Herr Redner, Dr. Ferenczi, gesprochen hat, in bezug auf alles das, was dort die Mieter tun, waren mir sozusagen aus dem Herzen gesprochen, weil ich ein mittelständischer Wiener Mieter bin und gefunden habe, daß in Wien die Verhältnisse, obwohl es Herr Dr. Ferenczi bestreitet, schlechter sind als dort. Ich habe beabsichtigt, Sie mit einer etwas größeren Vorlesung zu bombardieren, das ist mir nicht möglich, weil mir das Wort abgeschnitten wird, und ich will also nur auszugsweise folgendes sagen.

Diese Frage, ob Miethaus, Mehrfamilienhaus oder Einfamilienhaus, ist bisher noch nicht von dem Standpunkt behandelt worden: Was wünschen sich die Mieter? Dabei müßten wir drei Gesichtspunkte festhalten. Der eine Gesichtspunkt wäre der des materiellen Könnens. Diejenigen Bewohner, denen es möglich ist, sich auf sich selbst zurückzuziehen, welche die Mittel besitzen, andere von einem Einblick in ihre Familienverhältnisse, von einer Annäherung fernzuhalten, welche es also vorziehen, für sich zu leben, werden es auch jedenfalls ausführen. Das ist den Minderbemittelten nicht möglich. Sie müssen zufrieden sein, die Wohnung dort zu finden, wo sie sie für ihre Miete bekommen können, weil sie mehr nicht bestreiten können. Ein zweiter Gesichtspunkt wäre der der persönlichen Veranlagung. Es gibt Leute mit gesundem Natursinn — ihnen liegt nichts daran, ob sie in einem Einfamilienhaus, in einem Kleinhaus, oder zusammen mit anderen wohnen. Es gibt umgekehrt Leute, die entweder Schwärmer sind oder krankhaft veranlagt oder wirklich körperlich krank, welche manchmal Grund haben, der menschlichen Gesellschaft auszuweichen — sozusagen Entartete. (Lebhafte Heiterkeit.) Von diesem Standpunkte aus, wenn wir uns in die Psychologie hineindenken, ist es wieder ein Unterschied: Wer sucht das Kleinhaus, die Einwohnung, und wer sucht ein Zusammenwohnen? Das Letztere sucht der, welcher sich nicht zu genieren braucht, mit anderen Leuten zusammenzuwohnen, und auch

diejenigen, welche einen sogenannten Antrieb haben — sie wollen nicht allein sein, sie wollen eine Gesellschaft haben — das sind die mittelständischen Leute, welche nicht allein sein können, weil sie zwar arbeiten, aber ihre Arbeiten ergänzen lassen müssen durch andere. (Lebhafte Rufe: Schluß!) Diese Ergänzung finden sie nur dadurch, daß sie sich an andere anlehnen. Die dritte Beziehung wäre die, daß die örtlichen Verhältnisse maßgebend sind. Entweder es ist Bauland zu haben oder nicht. Wo es zu haben ist, baut man ausgedehnter; wo es nicht zu haben ist, muß man sich zusammendrängen. (Lebhafte Heiterkeit.) Es hängt von den Mietern nicht ab. Aber betonen möchte ich: Wenn man die Mieter fragen würde, was sie vorziehen, können Sie sicher sein, daß die Mieter alle aus der Mietkaserne mit Sack und Pack in ein Kleinhaus wandern möchten. Damit wäre ich eigentlich mit meinen Ausführungen fertig. (Lebhafter Beifall.) Nur möchte ich noch etwas anführen, was uns Mietern in Wien am Herzen liegt. (Wiederholter ironischer Beifall, Heiterkeit.) Gestatten Sie, nur den Wunsch auszusprechen (anhaltender ironischer Beifall)...

Präsident Exz. Dr. Klein: Ihre fünf Minuten sind abgelaufen! (Lebhafter Beifall.)

Herr Tippow (fortsetzend): Nur den Wunsch möchte ich aussprechen, daß die Zentralstelle für Wohnungsreform in Wien einerseits und der Internationale Wohnungskongreß andererseits auch unsere Wünsche insofern berücksichtigen möge, daß sie unseren obersten Regierungskreisen zu begreifen geben: Wir wünschen vor allem als Mieter eine Herabsetzung der Hauszinssteuer, die Wohnungsinspektion und ein gutes Einvernehmen mit den Hausherren (lebhaftes Heiterkeit), daß die Hausherren die Gewohnheit ablegen, uns fortwährend und aus allen Anlässen zu steigern. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Wir teilen selbstverständlich auch diese Wünsche. (Lebhafte Heiterkeit.)

Stadtverordneter und Arbeitersekretär Schmitz (Neuß am Rhein): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bezüglich der Frage, ob Mietkaserne oder Kleinhaus, muß man das praktische Leben heranziehen. Wir haben in Neuß am Rhein drei gemeinnützige Bauvereine in Tätigkeit, und zwar hat der eine Verein sich auf den Typ verlegt, möglichst große Häuser hinzusetzen. So haben wir ein Haus für 26 Familien und mehrere Häuser für sieben bis acht Familien. Wir haben

nun die Erfahrung gemacht, daß die eine Genossenschaft, die nur Ein- und Zweifamilienhäuser baut, mehr Zuspruch hat und sich ganz anders entwickeln kann als die beiden anderen Genossenschaften, die das nicht machen, und es ist auch zu konstatieren, daß die Leute sich gerne ein solches Häuschen erwerben. Das ist ja auch nur zu befürworten, weil durch den Erwerb eines solchen Einfamilienhauses die Leute auch mehr an die Scholle gebunden werden; es tritt eine große Seßhaftigkeit ein und das ist für die Entwicklung eines Gemeinwesens viel wert. Wenn wir wahre Vaterlandsliebe und echte Heimatsliebe in die Arbeiterschaft verpflanzen wollen, müssen wir es so machen. Wenn wir auf diese Art das Kleinwohnungswesen fördern — und das praktische Leben hat uns bewiesen, daß es von den Arbeitern gewünscht wird, dann kämen wir auf diesem Gebiete vorwärts. Wir können ja manchmal im Erwerbsleben konstatieren, daß mitunter Streike nur auf Grund der Freizügigkeit inszeniert werden. Da werden die Leute von einem Orte zum andern hin und her geschoben. Wenn die Leute aber seßhaft sind, werden sie sich's gründlich überlegen und nicht solche Dummheiten machen, wie sie so häufig zu verzeichnen sind. Ich bitte Sie zum Schlusse: Fördern Sie den Bau von Ein- und Zweifamilienwohnungen! (Beifall.)

Arch. G. B. Ford (New-York): Nous avons eu déjà aux États-Unis d'Amérique deux conférences sur les plans de villes. Il y avait des représentants et des délégués officiels des sociétés suivantes: Le Comité de surpopulation à New-York, l'Institut américain d'architectes, la Société américaine d'architectes jardiniers, la Ligue des municipalités américaines, l'Association civique américaine, la Conférence nationale des charités et des corrections. La première conférence poursuit le but d'organiser le mouvement national. A la seconde conférence au mois de mai 1910 il y avait trois sujets à discuter:

1^o Les causes de surpopulation, leur prévention et amélioration;

2^o La grande question des transports de tout genre et sa relation avec les plans de villes;

3^o Les problèmes légaux et administratifs en ce qui touche les plans de villes.

Comme à New-York il y a quelquefois près de 1700 habitants par acre, la question de congestion est très im-

portante. On a distingué entre le surpeuplement du terrain et celui de la pièce. Le dernier est une question d'inspection, tandis que le premier est une question de plan de ville.

Les causes de congestion en Amérique sont les suivantes: L'immigration est la plus importante parceque les gens arrivés à New-York restent avec leurs amis dans les grandes villes parceque là ils trouvent toutes les choses auxquelles ils sont habitués chez eux. La seconde cause est que les usines préférèrent rester dans les grandes villes.

Comme remède nous trouvons que le seul moyen est de créer des Cités-jardins dans les environs des grandes villes et d'y construire des habitations à très bas prix. A cet égard nous avons fait des expériences pour préciser les meilleures méthodes de construction de maisonnettes en ciment armé.

Afin d'attirer les usines dans ces cités-jardins il faut surtout développer les meilleurs systèmes de transport. Dans ces Conférences tout le monde fut d'accord que la maison "bloc" n'était pas désirable. Mais comme il n'était pas possible de les éviter dans les grandes villes il serait nécessaire de disposer le plan de la ville de telle façon à ce que toutes les maisons puissent être abondamment inondées par la lumière du soleil avec une large circulation de l'air pendant toute la journée.

Les conférences ont discuté la question de construire des habitations par les municipalités elles-mêmes, mais on fut unanimement d'accord que cette méthode ne prendrait pas chez nous. Un grand mouvement se fait jour chez nous pour étudier les plans de ville. Mais ce mouvement est surtout en vue de la "Ville belle" et non au point de vue d'une amélioration sociale. La conférence a protesté contre cette idée et a défini la "Ville belle" comme la ville dans laquelle toute partie parfaite travaille dans l'ensemble avec toute autre partie parfaite pour créer un ensemble parfait; la ville idéale dans laquelle on peut vivre comme on doit vivre. (Applaudissements.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Ich habe der geehrten Versammlung mitzuteilen, daß die Rednerliste erschöpft ist (Beifall) und der Herr Generalberichterstatte Professor Fuchs das Wort erhält. (Lebhafter Beifall.)

Generalreferent Prof. Dr. Fuchs (Schlußwort): Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir als Nationalökonom, mit einer Statistik zu beginnen! Ersrecken Sie nicht — sie

wird nicht lang sein. Von den Rednern, die sich mit der Frage beschäftigt haben, haben zehn ohne Einschränkung sich für das Kleinhaus ausgesprochen, acht haben sich gleichfalls im Prinzip für das Kleinhaus erklärt, aber daneben im Innern der Städte das größere Haus, das Miethaus, als unentbehrlich bezeichnet, sich also auf den Standpunkt meiner Leitsätze gestellt, und so viel ich verstanden habe, hat für das Massenmiethaus nur ein Herr gesprochen. Von den Rednern, die sich ohne Einschränkung für das Kleinhaus, insbesondere für das Cottage, als Wohnform ausgesprochen haben, waren: aus England drei, aus Frankreich zwei, aus Deutschland zwei, aus Ungarn und Österreich je einer. Von denjenigen, die beide Grundformen als notwendig anerkennen, waren: aus Belgien einer, aus Österreich drei, aus Deutschland zwei, aus England und Italien je einer. Niemand hat dagegen gesprochen, daß die weiträumige Bauweise und die Unterbringung der Massen der Bevölkerung womöglich in Kleinhäusern oder Cottages die richtige Form sei, auch von der zweiten Gruppe ist es als das Ideal anerkannt worden. Das scheint mir ein bemerkenswertes Ergebnis unserer Diskussion und unseres Kongresses!

Aber ich verkenne nicht und muß gestehen, daß ich den Eindruck habe, daß die Einwendungen gegen die möglichst weitgehende Anwendung des Flachbaues und der Kleinhauswohnung und namentlich des Cottage-Systems, wie sie insbesondere in Deutschland bei unseren Praktikern bestehen, in der Diskussion nicht in vollem Maße zur Geltung gekommen sind, und daß insoferne der Eindruck der Diskussion vielleicht ein nicht ganz richtiger sein könnte. Darum werde ich mir erlauben, in diesem Schlußworte auch einige Einwendungen zu berücksichtigen, die mir in großer Zahl, nicht hier in der Diskussion, sondern privatim nach meinem Referat gemacht worden sind. Lassen Sie mich aber vorweg einige Einzelfragen erledigen, wobei es sich zum Teil um Mißverständnisse handelt!

Ich habe nicht gesagt, wie Herr Magistratsrat Schoener meint, es sollten überhaupt keine tiefen Baublöcke geschaffen werden. Ich habe die tiefen Baublöcke nur als geschichtliche Ursache der Entstehung der großen Miethäuser erwähnt und bin durchaus der Ansicht, daß wir dort, wo in den niedrigen Bauklassen die Bebauung in der Höhe beschränkt wird, tiefe Baublöcke machen können.

Ich habe auch nicht gesagt, Wien sei die Stadt der Mietkaserne par excellence. Ich kenne Wien viel zu wenig, um leichtfertig eine derartige Behauptung auszusprechen. Da hat mich Herr Dr. Ferenczi mißverstanden. Wenn ich den Ausdruck überhaupt gebraucht habe, so habe ich ihn jedenfalls von Berlin gebraucht.

Als einzelnes Moment aus der heutigen Diskussion, an das ich anknüpfen will, möchte ich auch hervorheben, was von Dr. Mildschuh namentlich eingewendet worden ist, daß — und das ist gewiß ein sehr diskutabler Punkt — das kleine Miethaus, das ich mit dem Cottage zusammengenommen habe, die Vorteile der Cottages nicht darbiere. So viel ist aber gewiß, daß es die Nachteile des Massenmiethauses nicht hat, und wenn es auf eine bestimmte Größe beschränkt bleibt, so kann es die Vorteile des Cottage wirklich in weitgehendem Maße bieten. Wir haben in England auch dafür mustergültige Beispiele — nicht nur für das eigentliche Cottage —, Beispiele, bei denen zwei, höchstens drei Familien übereinander wohnen, jede in einer Etage. In diesem Falle — bis zu drei Familien — kann technisch für jede noch ein besonderer Zugang und für jede ein Garten beschafft werden, einer vorne, zwei hinten. Daß das Cottage ein weitergehendes Ideal ist, ist natürlich. Aber das ist eben die Realität der Dinge, daß wir uns mit stufenweisen Verbesserungen begnügen müssen, das Ideal immer im Auge behalten, dort aber, wo wir es nicht ganz verwirklichen können, uns nicht abhalten lassen dürfen, ihm näher zu kommen.

Herr Dr. Mildschuh wird verzeihen, wenn ich auf die von ihm berührte Frage des Rentenproblems nicht eingehe; denn das würde auf diesem nicht nationalökonomisch-wissenschaftlichen Kongreß zu weit führen.

Unter den Einwendungen aber, wie sie namentlich von den Praktikern gegen die hier vertretene Auffassung wohl meist geltend gemacht werden und auch mir gegenüber geltend gemacht worden sind — auch schon gegen die gemäßigte Formulierung meiner Sätze —, spielt die Hauptrolle, daß es in Großstädten als unmöglich bezeichnet wird, auch nur in dem von mir gewünschten Umfang die heute übliche Wohnform zu ändern. Ich verweise auf die ganz richtigen Bemerkungen unseres Freundes Aldridge, die er an einem drastischen Beispiel begründet hat: Wenn Menschen in einem Zimmer so gedrängt sind, daß einer ohnmächtig wird und keine Luft bekommt, so sagt man nicht, die im Innern Stehenden sollen

über die Köpfe der anderen hinausspringen, sondern die außen Stehenden sollen aus dem Zimmer gehen. Wenn eine Änderung geschaffen werden soll, so soll man eben auf den äußeren Rand hinausgehen.

Ich brauche mich wohl nicht dagegen zu verteidigen, denn ich hoffe, nicht so verstanden worden zu sein, als ob der Gedanke meiner Ausführungen der wäre, daß die großen Städte vom Erdboden verschwinden sollen. Eine Chance dazu ist, nachdem der Komet an uns vorübergegangen ist, doch nicht mehr vorhanden. (Heiterkeit.) Ich würde es auch gar nicht wünschen, denn sie sind gewiß die Zentren für unsere moderne Kulturentwicklung und für den Fortschritt überhaupt. Allein ein guter Teil Dezentralisation auch in bezug auf Schulen u. dgl. wäre uns, namentlich in Deutschland, doch sehr zu wünschen.

Ich möchte vor allem unsere mittelgroßen Städte warnen, nicht allzu sicher auf ein unbegrenztes weiteres Wachstum in dem Tempo der letzten Jahrzehnte zu rechnen. Sie mögen sich ein warnendes Beispiel an Berlin nehmen, bei dem die Grenze bereits überschritten ist und die Sache umschlägt, so daß die Bevölkerung bereits in Abnahme begriffen ist. Die Bevölkerung in Berlin ist im letzten Jahre zum erstenmal nicht mehr gewachsen, sondern hat etwas abgenommen*), und ich weiß, daß sich daraus sehr unerfreuliche und schwierige Verhältnisse für die Hausbesitzer zu ergeben beginnen. Es wurde in meinem Seminar von einem älteren Herrn, der selbst glücklicher Besitzer eines Grundstückes im Innern von Berlin ist, um das sich Tietz und Wertheim augenblicklich streiten, nachgewiesen, in welcher Weise sich die Wirkungen des Hinausziehens aus Berlin bemerkbar machen. Wir haben gehört, daß auch New York und Chicago abzunehmen beginnen. Daraus entstehen gewiß unter Umständen für die Hausbesitzer sehr schwierige Verhältnisse.

Aber das sind die Früchte davon, daß sie so lange dieses System der Bau- und Bodenspekulation befördert und begünstigt haben, von dem sie sich erst jetzt in richtiger Erkenntnis abzuwenden beginnen (Beifall), und daß sie damit ein Wohnsystem geschaffen haben, das die Bevölkerung auch bei uns verläßt, sobald ihr ein besseres geboten wird — und daß

*) Dies war allerdings nur vorübergehend, aber zwischen den beiden letzten Volkszählungen war der Zuwachs der Bevölkerung in Berlin prozentual am niedrigsten von allen deutschen Großstädten.

dies das Bestreben der Bevölkerung ist, haben wir aus verschiedenen Kreisen der Mieter gehört.

Mir ist gestern bei dem Empfange beim Minister für öffentliche Arbeiten von einem Eisenbahnkondukteur und seinen Genossen erzählt worden, wie sie es möglich gemacht haben, in ganz primitiver Weise vor den Toren Wiens, in Deutsch-Wagram und Hetzendorf, Einfamilienhäuser zu schaffen. Natürlich bezahlen sie diese kleinen Häuser viel zu teuer, weil es eine unorganisierte Sache ist. Aber man sieht, daß man es in diesen Kreisen will, und daß es geht. Er machte darauf aufmerksam, wie gerade in diesen Kreisen das Bedürfnis und die Notwendigkeit besteht, daß der Mann, der über Tag eine so aufreibende Tätigkeit hat, am Abend die Ruhe des Einfamilienhauses finde, daß die Entfernung für sie keine Rolle spielt, weil sie freie Fahrt von der Arbeitsstätte zur Wohnstätte genießen, und daß das Quartiergeld, das sie bekommen, auch eine gewisse Garantie für die Kreditgewährung und den Bauunternehmer bildet. Und die Dame aus dem Settlement, die gewiß die Verhältnisse und Wünsche der Bevölkerung kennt, hat das Gleiche bestätigt.

Ich bin nun schon bei den Hausbesitzern angelangt. Sie sind wohl in einiger Anzahl vertreten, in der Diskussion durch den einen Herrn, der zugunsten des Berliner Systems sprach. Ich schließe das insbesondere aus der liebenswürdigen und bekannten Art, mit der er bei dieser Gelegenheit über die Kathederweisheit und die unbequeme Wissenschaft sprach. (Heiterkeit.) Das kennen wir zur Genüge, und wenn es nichts Weiteres ist, können wir im allgemeinen daraus schon schließen, um wen es sich handelt. Dieser Herr hat das Moment der Sterblichkeit betont. Die allgemeine Sterblichkeitsziffer sagt gar nichts, solange wir nicht die Sterblichkeit nach den Quartieren unterschieden haben. Noch immer ist die Sterblichkeit des kleinen Familienhauses in England eine viel günstigere als diese günstiger gewordene Sterblichkeit in Berlin.

Die Einwendungen, die in diesen Kreisen und in den Kreisen der Praktiker gegen das hier Vorgetragene gemacht werden, sind mir auch schon während meines Referates zum Ausdruck gekommen durch das spöttische Lächeln auf einem Gesichte, als ich die Forderung aufstellte, daß für eine Arbeiterwohnung drei Schlafräume und eine Küche zur Verfügung stehen sollen. Ich hätte gern den Herrn sofort gefragt: „Wie viele Kinder haben Sie und wie viele Schlafzimmer haben Sie?“

Ich bin kein Sozialist und kein Kommunist. Aber es gibt Existenzbedürfnisse, die von einer solchen Allgemeinheit sind, daß wir sie für alle verlangen müssen. Darüber kann und darf man nicht lachen, wenn man für unsere Arbeiterfamilien genügend viel Schlafzimmer verlangt, so daß die Geschlechter getrennt werden können! (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Wie es ein physiologisches „Existenzminimum“ der Nahrung, Kleidung und Erwärmung gibt, so gibt es ein soziologisches der Wohnung, dasjenige Minimum, das uns die Grundlage der Familie erhält und die Reinheit des Familienlebens. Das kann alle Länder vereinigen, wie immer ihre Wohnweise beschaffen sein mag, und ein internationaler Wohnungskongreß muß, wie Sie es durch Ihren Beifall tun, anerkennen, daß das die Grundlage für eine Wohnungsreform in allen Ländern zu bilden hat. Wir müssen das fordern nicht nur aus Mitleid für die Klassen, die es nicht haben, sondern im Interesse des Gesamtwohles, das sonst zugrunde geht, wie unser Herr Präsident in seiner Einleitungsrede so richtig gesagt hat.

Wir sehen, wo die Zusammenballung der Bevölkerung am schlimmsten ist, schon heute die schlimmsten Zustände. Die allerschlimmsten werden aber erst kommen, denn die da heranwachsenden Generationen sind zum großen Teil noch nicht erwachsen. Warten Sie ab, was für eine Saat noch daraus er stehen wird! Zu diesem Existenzminimum aber, das nach Ansicht der modernen Volkswirtschaftslehre durch die Volkswirtschaft für alle Glieder bis hinunter zur untersten Klasse in einem gewissen Maße geschaffen werden muß, gehört auch ein gewisses Maß von freier Zeit und Muße, um ein anderes als ein bloß tierisches, um ein menschenwürdiges Dasein führen zu können.

Hier komme ich zu einem in der Diskussion zu wenig berührten Punkte, d. i. dem Zusammenhang der Wohnweise mit der Arbeitszeit. Eine solche Wohnweise verlangt natürlich eine Verkürzung der Arbeitszeit, sie verlangt aber noch mehr und vielfach ohne das erstere die sogenannte englische Arbeitszeit. Wenn Sie die englische Wohnweise haben wollen, brauchen Sie auch die englische Arbeitszeit, und so schwierig sich auch derartige Änderungen durchsetzen, sie werden bei uns kommen, wie sie in England gekommen sind, durch die Notwendigkeit. Glauben Sie nicht, daß man in England immer so wie jetzt, weit entfernt von der Arbeitsstätte gewohnt hat!

Man hat ebenfalls in der Stadt gewohnt, und in den kleinen Städten ist es heute noch so und man ißt zu Mittag wie früher. Das alles hat sich erst mit der Notwendigkeit entwickelt — das Hinausziehen aufs Land, die ungeteilte Arbeitszeit und das Essen am Abend; das wird sich auch bei uns ausbilden.

Damit gelange ich zu dem Problem, das allen diesen Erörterungen zugrunde liegt, den Verschiedenheiten der Wohnsitte. Aber diese Verschiedenheiten sind nicht so groß, unveränderlich und willkürlich, wie man vielleicht glaubt, sondern sind das Produkt einer historischen und materiellen Entwicklung — in diesem Fall kann man materialistisch urteilen — und sie werden umgestaltet durch die materiellen Verhältnisse.

Gewiß besteht zwischen Deutschland und England ein Unterschied, daß in England seit Jahrhunderten das Einfamilienhaus festgehalten wurde, in Deutschland aber seit Jahrhunderten mehrstöckige Häuser gebaut wurden. Die Gründe waren aber in Deutschland: die Festhaltung des Festungscharakters der Städte, die Aufrechterhaltung des Octroi, der Zwang zu einer gedrängten Bauweise im Innern. Als diese Grenzen fielen, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, haben wir auch in Deutschland als vorherrschende Bauweise in allen Städten das niedrige Reihenhaus, wozu wir jetzt als vorherrschendem Typus zurückkehren wollen. Die Quartiere der zwanziger bis fünfziger Jahre zeigen uns solche Häuser, bis der Umschlag kam. Warum kam der Umschlag? Hier sind zwei Momente zu unterscheiden. Das neue, hohe Etagenhaus hat zwei wirtschaftliche Ursachen. Im Innern der Stadt das Bedürfnis des Geschäfts- und Handelsverkehrs, der Citybildung, der großen Geschäftsräume usw. Das ist ein unvermeidlicher Vorgang und damit kommt in jeder Großstadt der Moment, den London seit einer Reihe von Jahren erlebt, daß der Bodenpreis zu hoch wird, um da noch kleine Häuser dulden zu können. Da müssen hohe Häuser entstehen — in erster Linie für wirtschaftliche Zwecke, nur zum Teil als Wohnräume. Das ist die Entwicklung, von der mein verehrter Kollege, Herr Professor Mahaim, gesprochen hat.

Von diesem unvermeidlichen Vorgang wollen wir aber den künstlichen unterscheiden, wie er in Deutschland in den Wohnquartieren vor sich gegangen ist. In Berlin ist geradezu auf Grund einer Überlegung bei der Studierlampe das System der

tiefen Baublöcke, der Hinterhäuser und Seitenflügel von Bau-
rat Hobrecht ausgedacht worden, um eine Mischung der
Bevölkerungsklassen und damit den sozialen Frieden herbei-
zuführen. Wie er geirrt hat, wissen Sie alle. Aber Sie sehen,
daß das nicht die natürliche Entwicklung genannt werden
kann.

Und wie ist es auf dem Lande, in den kleineren Städten?
Da hat einer gelesen oder gesehen, in Berlin gibt es so hohe
Häuser, und nun fällt es diesem Hausbesitzer oder Geschäfts-
mann ein: „Könnte ich nicht auch meine Einnahme verdrei-
fachen oder vervierfachen?“ Er sieht in der Bauordnung nach,
und wenn sie es nicht verhindert, baut er das Viel-Etagenhaus.
Das ist der verhängnisvolle Moment. Jetzt steigen die Preise
überhaupt, das Stadtbild wird zerstört — das erwähne ich vom
Standpunkte des mir am Herzen liegenden „Heimatschutzes“
aus —, und es entstehen alle ungünstigen Wirkungen. Und so
wie es in diesen Wohnquartieren vielfach nicht die wirtschaft-
liche Notwendigkeit, sondern künstliche Umstände waren, die
uns die gedrängte Bauweise brachten, so ist, wie ich schon
sagte und jetzt wieder schließen möchte, diese Wohnsitte bei
uns wieder in Änderung begriffen.

Man hat immer gesagt: „Daran ist nicht zu denken, der
Deutsche verlangt seine Kneipen, Restaurants, und was ihm
die Großstadt sonst bietet!“ Warum fängt er aber in Berlin
an, etwas anderes zu verlangen? Weil der deutsche Bier-
philister zu verschwinden beginnt (Beifall), weil eine jüngere
Generation heranwächst, die sich dem Sport zuwendet — auch
hier danken wir unseren englischen Vettern viel und ich will
das dankbar anerkennen (lebhafter Beifall) —, weil die neue
Generation andere Ideale hat, bei diesen Betätigungen hinaus-
geführt wird in Luft und Natur, den Alkohol aufgibt und ent-
haltsam wird im Interesse des Sportes. Das sind die Mo-
mente, welche die Grundlage für die geänderte Lebensweise
bilden. Schaffen wir nur die Hindernisse weg, die heute noch
im Wege stehen, dann werden Sie sehen, welchen Umfang diese
Reform annimmt! Sorgen wir, daß das auch möglich wird
für die Masse des Volkes, — dann wird vielleicht auch eine
nächste Generation wieder sagen können: „Es ist eine Lust
zu leben!“ (Lebhafter Beifall.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Zur Geschäftsordnung hat das
Wort Herr Iden.

Stadtverordneter Iden (Berlin): Herr Professor Fuchs hat die Gesundheitsverhältnisse von Berlin nicht richtig dargestellt

Präsident Exz. Dr. Klein: Sie wollen zur Berichtigung des Vorgebrachten sprechen? Die Meldung „Zur Geschäftsordnung“ verstehe ich so, daß Sie eine Frage der formellen Geschäftsführung behandeln wollen. Welche Frage dieser Art wollen Sie anregen? Ein Zurückgreifen auf die Debatte ist in diesem Stadium ausgeschlossen. Was soll an der Geschäftsführung geändert werden?

Stadtverordneter Iden (fortsetzend): Herr Professor Fuchs hat mich bei seinem Referat angeschaut, wie ich gelächelt habe bei seinem frommen Wunsche, daß der Arbeiter drei Schlafzimmer haben müsse. Da habe ich gelacht, weil sich das in Berlin nicht einmal der Mittelstand gestatten kann. Ich habe gelacht, weil das nicht denkbar ist. (Zu Professor Dr. Fuchs gewendet:) Sie haben gesagt, Sie wären kein Sozialdemokrat, aber Singers Wünsche gehen auch nicht weiter!

Generalreferent Professor Mayröder (Schlußwort): Ich kann mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Stunde und auch deshalb auf ein Schlußwort verzichten, weil, soweit ich die Debatte verfolgt habe, bezüglich meines Generalreferates von keiner Seite eine Einwendung gemacht wurde.

Nur von einer Seite wurde bedauert, daß ich überhaupt keine Vorschläge gemacht habe. Ich erlaube mir, auf meine Thesen hinzuweisen, welche sich mit der Revision der Bauordnungen und mit den Gesichtspunkten für die Aufstellung von Bauplänen befassen. Sobald wir das Massenmiethaus für die schlechteste Form halten, müssen wir es auch als unnatürlich ansehen, daß die Bauordnungen und die Bebauungspläne von dem Massenmiethause ausgehen. Es genügt nicht, Erleichterungen für die Kleinwohnungsbauten und Einfamilienhäuser zu verlangen. Es muß so weit kommen, daß Bauordnungen und Bebauungspläne von dem niedrigen Etagenbau und vom Einfamilienhause ausgehen, so daß nicht für diese bessere Form Erleichterungen gefordert werden, sondern daß, von einer diese Bauweise berücksichtigenden Bauordnung ausgehend, Erschwernisse verlangt werden für das Massenmiethaus. Ich wiederhole: Was wir zunächst brauchen, wenigstens was die kontinentalen Verhältnisse betrifft, ist die Revision der Bauordnungen, zugunsten eines normalen, gesunden Woh-

nens, und die Neuaufstellung unserer Bebauungspläne in gleichem Sinne und nach den gleichen Gesichtspunkten. (Beifall.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Wir haben hiermit die Diskussion über das III. und IV. Thema und zugleich unsere Tagesordnung erledigt.

Zur Frage des nächsten Kongreßortes hat das Wort Herr Dr. Lely.

Exc. Dr. Lely, Beigeordneter (Den Haag): Geehrte Damen und Herren! Bei der wichtigen Wahl des nächsten Kongreßortes werden Sie sich vielleicht daran erinnern, daß der Kongreß in einigen Ländern noch nicht stattgefunden hat, und diese Länder würden es gewiß als eine große Ehre ansehen, den Kongreß auch innerhalb ihrer Grenzen zu begrüßen. Zu diesen Ländern gehört auch der Staat der Niederlande, und ich freue mich sehr, daß ich im Auftrage und im Namen der niederländischen Regierung ganz ergebenst einladen darf, den nächsten Kongreß in einer Stadt Hollands zu veranstalten. (Beifall.) Wenn Sie dieser Einladung zustimmen, dann freue ich mich auch, als Mitglied und im Namen der Stadtverwaltung der Residenz Haag Sie nach dem Haag einladen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Herr Tellegen, Direktor der Bau- und Wohnungspolizei (Amsterdam): Sehr geehrte Damen und Herren! Im Auftrage der Stadtverwaltung von Amsterdam und auf Ersuchen eines Freundes aus Rotterdam, erlaube ich mir, noch einige Worte zu dem hinzuzufügen, was Herr Dr. Lely im Namen der königlichen niederländischen Regierung gesprochen hat.

Sie haben alle gehört von dem steinreichen Holland und den steinreichen Holländern. Ich gehöre nicht dazu — zu Holland ja, aber nicht zu den Steinreichen. (Heiterkeit.) Sie hier in Wien sprechen von der Haupt- und Residenzstadt Wien, das ist das Zentrum Ihres politischen und sozialen Lebens. Das genügt uns in Holland nicht — wir sind zu reich! Wir müssen eine Residenzstadt haben, das ist Haag, wir müssen eine Hauptstadt haben, das ist Amsterdam, und dann müssen wir eine dritte im Bunde haben, das ist die große Hafenstadt Rotterdam. Reichtum gibt auch Beschwerden, Beschwerden von Rivalität und Beschwerden von Eifersucht. Ich habe selbst gehört, daß auch in Wien Eifersucht vorkommt, selbst bei den Wiener Damen. (Heiterkeit.) Aber wir Holländer haben uns klar gemacht: Wenn man Gäste empfängt, so stellt man das Beste voraus, das ist die Tochter. Wir haben gesagt: Haag

ist das Schönste, was wir haben, die schöne Residenz mit der Perle am Meere, Scheveningen, so beliebt in österreichischen Landen, wie ich gehört habe. Also lassen wir den Kongreß im Haag tagen. Aber die anderen, Vater und Mutter, Amsterdam und Rotterdam, werden auch einen Teil der Gastfreundschaft auf sich nehmen und Sie werden eine Tour machen durch Holland nach Amsterdam und Rotterdam. (Beifall.)

Wenn man Gäste empfängt, macht man das Haus rein, so peinlich rein wie möglich. Man holt das Beste aus den Schränken. Wir werden das in den drei Jahren, die wir dazu Zeit haben, auch tun. Aber ich sage „so rein wie möglich“, denn auf dem Gebiete des Wohnungswesens wird es nicht möglich sein, das ganze Holland vollständig rein zu machen. Dazu haben wir Sie nötig, um uns mit dem X. Wohnungskongreß zu helfen, die Reinheit des Wohnens in Holland zu befördern. Höchst wahrscheinlich werden wir Sie sehr Schönes sehen lassen können, wir haben in Amsterdam die schönen Kanäle, das schöne Amsterdam vom 17. Jahrhundert. Es wird aber nicht dabei bleiben, wir werden auch die Damen blaß werden lassen, wenn wir ihnen die alten Teile von Amsterdam zeigen. Das ist nötig, um diese alten Teile zum Verschwinden zu bringen.

Darum, meine Damen und Herren, kommen Sie nach drei Jahren nach Amsterdam, Rotterdam und Haag und helfen Sie uns, in dem Wohnungswesen in Holland wieder einen großen Fortschritt zu machen! Ich hoffe, daß Sie alle kommen werden und daß wir Holländer, wenn der X. Kongreß in Haag tagt, mit Schiller werden sagen können: „Er zählt die Häupter seiner Lieben und sich“, es fehlt kein teures Haupt.“ (Lebhafter Beifall.)

Le président d'honneur Lepreux exprime le vœux d'accepter l'invitation de la Hollande et des villes hollandaises. Il fait savoir que les membres italiens ont apporté l'invitation de leur pays; il sera donc désirable de tenir le XI^{ième} Congrès en Italie.

Präsident Exz. Dr. Klein: Herr Ehrenpräsident Lepreux macht den Vorschlag, als Sitz des X. Internationalen Wohnungskongresses Haag zu bestimmen. Das ist eine Frage, über welche die Versammlung zu entscheiden hat. Die Kongreßmitglieder, welche dafür sind, daß der X. Internationale Wohnungskongreß in den Niederlanden, und zwar im Haag, abgehalten werde, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Eine Gegenprobe ist

wohl kaum notwendig. Diese Einladung ist mit Stimmeneinhelligkeit dankbarst angenommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ehrenpräsident Lepreux: Il est mon devoir de faire communication des changements survenus dans la composition du Comité International Permanent. Les réformateurs hongrois ont exprimé le désir de se voir représentés au Comité. Les délégués hongrois proposent les candidatures au Comité de MM. le bourgmestre dr. B á r c z y, le dr. Wildner, le dr. Ferenczi. La séparation survenue entre la Suède et la Norvège impose la nécessité de désigner pour la Norvège une représentation spéciale. On propose donc d'admettre la Norvège au sein du comité et de lui nommer comme représentant Monsieur Svane, inspecteur à Christiania. Pour la Suède, il faut compléter la liste des membres. On propose la candidature de M. Axel Ramm, réviseur de la ville de Göteborg. La France a fait une grande perte par suite de la mort de Monsieur Cheysson; il serait remplacé par M. Paulet, directeur de la Prévoyance à Paris. Aux États-Unis, M. Guilder est décédé; sa place sera prise par M. Williams. (Accepté.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Verehrte Versammlung! Mein verehrter Herr Vorredner, Präsident Lepreux, hat soeben die große Transsubstantiation, die sich jetzt im Moment vollzieht, festgestellt. Bis jetzt hatte ich die Ehre, Ihr Präsident zu sein, und als solcher eine gewisse Gewalt, die sich unter Umständen zu einer gewissen douce violence steigern konnte, auszuüben. Von diesem Moment an bin ich nichts mehr, der Kongreß ist zu Ende, nun steht das Comité Permanent in seiner ganzen Glorie und Stärke da. Ich habe nur mein Vorleben zu rechtfertigen, indem ich Sie bitte, diese paar Tage, wo ich die Ehre hatte, dieser illustren Versammlung zu präsidieren, in angenehmer Erinnerung zu behalten und dadurch mein Verantwortlichkeitsgefühl etwas zu erleichtern. (Beifall.)

Ich will Sie, die Sie durch vier Tage so viel Geistreiches gehört haben, nicht mit Ausführungen aufhalten, die das nach der Persönlichkeit ihres Autors nicht sein können. (Widerspruch.) Aber es obliegt mir in erster Linie, in diesem Moment, der ja einer gewissen Feierlichkeit nicht entbehrt, das Gefühl der aufrichtigsten Dankbarkeit auszusprechen, zu der das Organisationskomitee des IX. Internationalen Wohnungskongresses mehr als eine Ursache hat.

Von der hohen Regierung, zumal vom Ministerium für öffentliche Arbeiten, ist das Kongreßunternehmen vom ersten Augenblick an auf das wärmste, tatkräftigste und freundlichste nicht bloß durch den platonischen Ausdruck von Sympathie, sondern durch das Reellste, was es in unserem modernen Leben gibt — Sie verstehen mich ja (Heiterkeit) — wirksamst unterstützt worden. Wir haben allen Anlaß, der hohen Regierung und dem hohen Ministerium den wärmsten Dank dafür auszusprechen, denn ohne seine grundlegende Unterstützung hätte der Kongreß nicht so abgehalten werden können.

Dann haben wir eine Pflicht zu erfüllen, die uns ebenso nahe liegt als die erste, nämlich die, unseren Hausherrn, denjenigen, die uns gestattet haben, unsere Tagung in diesen Räumen abzuhalten, unseren Dank sagen (Beifall), das ist das Kuratorium und die Direktion des Österreichischen Museums für Kunst und Industrie. Insbesondere darf ich den Namen des Direktors des Museums, Regierungsrat Dr. Leisching, nicht vergessen, weil ihm wirklich der innigste Dank gebührt für die großherzige Auffassung, die er bei seiner Gastfreundschaft bekundet hat. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben eben den Unterschied von Block und Cottage erörtert und gehört, welche schlechten Rückwirkungen mit der Ansammlung großer Massen in engeren Räumen verbunden sind. Bis zu einem gewissen Grade habe ich mich bei der Schilderung dieser Wirkungen an unsere Veranstaltung erinnern müssen. (Heiterkeit.) Ich glaube, wir dürften auch nicht als die angenehmsten Bewohner erschienen sein. Wenn wir plötzlich, Hunderte an der Zahl, hereinkommen in ein Institut, das der Kunst und dem Kunstgewerbe, aller Delikatesse und Lieblichkeit, gewidmet ist, dann finde ich es begreiflich, daß jemand, der für diese Interessen zu sorgen hat, dem Anprall mit einigem Schaudern entgegensieht. Herr Regierungsrat Dr. Leisching war aber so liebenswürdig, das alles mit dem besten Willen und Humor aufzunehmen, und er hat uns gegenüber eine so freundliche Stimmung an den Tag gelegt, daß ich ihm nicht genug danken kann für dieses Entgegenkommen. Desgleichen sage ich auch dem Kuratorium, das die Genehmigung zur Überlassung dieser Räume erteilt hat, nochmals den allerwärmsten Dank. (Lebhafter Beifall.)

Sodann glaube ich aus den Herzen aller Anwesenden zu sprechen, wenn ich der Gemeinde Wien unseren besten Dank ausspreche. (Beifall.) Ich habe schon, als wir uns das erstmal

begegneten, gesagt, den Fremden mit offenen Armen aufzunehmen und ihm mit Herzenswärme zu begegnen, sei gute Wiener Art. Ob es der Wiener Luft und Wiener Weise gelungen ist, sich bei Ihnen einzuschmeicheln, weiß ich nicht. Doch eines ist sicher: Der Abend, den wir bei der Gemeinde Wien zugebracht haben, hat zu dem Reizendsten gehört, was man sich denken kann — unterstützt durch das schöne Wetter, die Gastfreundschaft der Gemeinde und des Herrn Bürgermeisters und namentlich auch dadurch, daß wir in dem Herrn Bürgermeister bis zu einem gewissen Grade einen Gesinnungsgenossen gefunden haben. Das machte uns dort doppelt rasch heimisch. Denn was ist ein Gastmahl wert, wenn man empfindet, daß man sich eigentlich sonst gegnerisch gegenübersteht? So aber haben wir den Eindruck gewonnen, daß alles vom Herzen kam, und es ging zu Herzen. Die Gemeinde hat uns aber auch in anderer Hinsicht sehr wirksam unter die Arme gegriffen. Deshalb halte ich es für meine angenehme Pflicht, dem Herrn Bürgermeister und dem ganzen Gemeinderat verbindlichst zu danken, und ich bin überzeugt, daß die geehrte Versammlung mich dazu ermächtigt. (Lebhafter Beifall.)

Es haben ferner Behörden, Institutionen und Körperschaften dem Kongresse sehr wertvolle Publikationen zur Verfügung gestellt, die ich nicht einzeln aufzählen kann. Ich hoffe, daß Sie von der Liberalität dieser Korporationen Gebrauch gemacht haben, und ich sage allen jenen Stellen, die uns mit solchen Widmungen erfreut haben, hiefür unseren wärmsten Dank.

Schließlich darf ich nicht versäumen, die ausgezeichnete und für uns außerordentlich wertvolle Mitwirkung der Presse rühmend hervorzuheben. Die Presse hat uns nicht bloß bei der Vorbereitung, sondern auch während des Kongresses durch eine eingehende Berichterstattung sowie dadurch unterstützt, daß sie die kleinen Ereignisse des Kongreßlebens ebenso wie die sachlichen Verhandlungen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht hat. Wir sind der Presse und denjenigen, die die Presse am Kongreß vertreten haben und uns als deren unmittelbarste Organe gegenübertraten, zum aufrichtigsten Danke für ihre selbstlose und außerordentlich aufopfernde Mitwirkung verpflichtet. (Beifall.)

Nun, verehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir, einige Worte über den Kongreß selbst zu sagen! Sie würden es wohl

übel vermerken, wenn ich von Ihnen Abschied nehmen würde, ohne dessen Erwähnung zu tun, was uns hier beschäftigt hat.

Wir haben den Kongreß mit großen Hoffnungen begrüßt, das wissen Sie alle — und ich darf sagen: Wir schließen den Kongreß mit dem Bewußtsein, daß ein großer Teil dieser Hoffnungen in Erfüllung gegangen ist und wir nicht zu viel erwartet haben. Wir sehen schon jetzt an einzelnen Ausstrahlungen, welchen tiefen Eindruck die Verhandlungen des Kongresses in der Öffentlichkeit gemacht und daß sie uns auf dem Leidenswege, der uns noch bevorsteht, ein gutes Stück vorwärts gebracht haben. Dafür hat das Organisationskomitee und die kleine Gruppe derjenigen, die sich in Österreich für die Wohnungsfrage interessieren, Ihnen aufs beste zu danken.

Ob der Kongreß in der Geschichte der Wohnungsbewegung eine Rolle spielen wird, läßt sich noch nicht sagen. Um das zu beurteilen, ist, wie in vielen anderen Dingen, die Distanz der Geschichte notwendig. Manche Dinge, an denen wir vorübergehen, sehen zuerst in der Nähe unscheinbar aus, hinterher aber entwickeln sie sich als große geschichtliche Tatsachen. Vielleicht ist das auch unserem Kongreß beschieden. Wenn ich an die Worte denke, die Ihnen vorhin so zu Herzen gegangen sind, dann kann ich unmöglich glauben, daß das, was so gezündet hat, rasch wieder verfliegen sollte wie ein Lufthauch. Ich möchte vielmehr glauben, daß das Keime sind, die zum erstenmal ausgestreut wurden, die sich aber weiterentwickeln werden. Und wenn in Österreich die Wohnungsidee eine gute Entwicklung nimmt und wenn Sie lesen oder auf dem nächsten Kongreß hören werden, daß wir auf diesem Gebiete nicht mehr so armselig dastehen wie heute, dann denken Sie daran, daß das zum guten Teile Ihr Werk ist, und darum nehmen Sie unseren Dank mit sich, daß Sie uns in dieser Weise geholfen haben! (Beifall.)

Wir haben uns auf dem Kongresse gut verstanden. Etliche Wölkchen, die aufstiegen, sind bald zerronnen. Jeder trug das Seinige bei, daß wir uns verstanden. Besonders viel aber haben die Herren dafür getan, die sich der Mühe unterzogen, die Reden und Vorträge durch Übertragung in andere Sprachen wenigstens im Auszuge allen zugänglich zu machen. Wir danken den Herren dafür vom ganzen Herzen. (Beifall.)

Der Kongreß wäre kaum möglich gewesen und seine Arbeiten hätten keine so glatte Abwicklung erfahren können

ohne eine Menge von Voraussetzungen, die wir als selbstverständlich hinnehmen, die es aber nicht sind. Es ist mir daher ein Bedürfnis, an diesem Platze und in diesem Augenblicke unseres Herrn Generalsekretärs und jener Herren zu gedenken, die ihm bei seinen mühevollen Arbeiten zur Seite standen. (Lebhafter Beifall.) Man muß gesehen haben, was diese Herren in den letzten Monaten an Arbeit zu bewältigen hatten, um erfüllt zu sein von Bewunderung für die Selbstlosigkeit und Aufopferung, mit der sie sich dieser Aufgabe widmeten. Ich spreche Herrn Generalsekretär Dr. von Fürth und seinen beiden Mitarbeitern, Dr. Perels und Dr. Přibram, den wärmsten Dank der Versammlung aus. (Stürmischer Beifall.)

Ferner muß ich den Dank der Versammlung in Anspruch nehmen für das Bureau des Kongresses, das Sie nie gesehen haben — und das ist ja die schönste Eigenschaft eines Bureaus, wenn man es nicht sieht (Heiterkeit); denn wenn man es einmal sieht, ist es ein Zeichen, daß es Störungen und Hindernisse gibt. Ich darf, dessen bin ich sicher, dem Kongreßbureau Ihren Dank verkünden. Es war keine Kleinigkeit, in den letzten Wochen und während der Kongreßtage alles, was sich angehäuft hatte, so in Ordnung zu bringen, das wir immer am nächsten Tage freie Bahn und einen reinen Tisch gefunden haben. (Lebhafter Beifall.)

Zum Schluß auch noch denjenigen Herren, welche die mit dem Kongreß verbundene Ausstellung arrangiert haben — und insbesondere dem Leiter dieses Unternehmens, Herrn Architekten Sitte — unseren herzlichen Dank! Wir schmeicheln uns, damit eine sehr schöne Neuerung eingeführt zu haben. Diese Ausstellung hat gewiß manche der geehrten Kongreßteilnehmer sehr interessiert, aber sie hat auch von vornherein das Interesse für den Kongreß geweckt und augenfällig der Wiener Bevölkerung gezeigt, was hier diskutiert werden soll, mit einer Augenfälligkeit, die auch durch noch so schöne Zeitungsartikel nicht hätte ersetzt werden können. Die Ausstellung ist nicht groß, aber in ihrer Beschränkung liegt ein großer Vorzug, weil man sich liebevoll in sie versenken kann, und sie hat uns mehr Adepten gebracht als manches Buch. Auch dem Ausstellungskomitee sagen wir daher besten Dank. (Lebhafter Beifall.)

Und nun, verehrte Damen und Herren, bitte ich Sie nach all den Danksagungen, nach all dem Loben, Preisen und Rühmen etwas berühren zu dürfen, das mich persönlich wie

ein leiser Vorwurf nicht erfüllter Pflicht gerade jetzt, da ich von Ihnen scheidet, einigermaßen bedrückt.

Ich hatte keinen Einfluß auf die Tagesordnung des Kongresses, ich habe die Tagesordnung als Präsident aus den Händen des Permanenten Komitees übernommen und habe keine weiteren Beziehungen zu diesem Komitee. Deshalb benütze ich die Gelegenheit, um eine Bemerkung zu machen, die ich nicht übelzunehmen, sondern als einen unmaßgeblichen Rat zu betrachten bitte. Sie betrifft die Zusammenstellung der Tagesordnung. Meines Erachtens würde es für die Zukunft sehr vorteilhaft sein, wenn man es vermeiden wollte, zwei so große Probleme wie das der Kreditorganisation und der kommunalen Wohnungspolitik mit anderen Fragen in der Tagesordnung eines Kongresses zu kombinieren. (Beifall.) Wenn die Erinnerung an diesen Kongreß durch eines getrübt wird — verzeihen Sie, daß ich das aufrichtig sage! — so ist es die Art, wie die beiden ersten Probleme durchgehetzt werden mußten, die für uns auf dem Kontinent die Lebensfrage der Wohnungsreform sind. Wir sind doch zusammengekommen, um uns in mündlichem Gedankenaustausch zu unterhalten und aufzuklären, und gerade die Frage der Kreditorganisation konnte bei der uns aufgenötigten Überhastung nur äußerst flüchtig erörtert werden. Wir haben unsere Zeit eingehalten, aber nur dadurch, daß keine der Fragen erschöpfend besprochen wurde. Manche der Herren haben gewiß noch etwas auf dem Herzen gehabt, manche haben die besten Gedanken unterdrücken müssen, manche mußten sie in einer Form vortragen, in der sie nicht jenen Eindruck machen konnten, wie es sonst hätte sein können. Und deshalb möchte ich als einer, der diese Erfahrung gemacht hat und sie nicht wieder machen kann, dem geehrten Komitee raten, bei Zusammenstellung der Tagesordnung künftig die Erfahrungen des Wiener Kongresses zu verwerten. Ein großes Problem und vielleicht ein oder zwei kleine Fragen, das ist das Richtige. (Beifall.) Lieber alle sprechen lassen über eine Frage, als vieles bieten und niemandem zu gestatten, alles zu sagen, was er für nötig hält. (Beifall.)

(In englischer Sprache.)

Hoffentlich sind Sie alle überzeugt, daß Sie von uns gern empfangen wurden, daß wir Sie ungern scheiden lassen und daß, was wir Ihnen bieten konnten und wie wir Ihnen begegnet sind, nicht äußerer Schein, sondern der Ausfluß auf-

richtiger, wahrer Sympathie war. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Und nun, verehrte Damen und Herren, nehme ich von Ihnen Abschied. Ich bitte, meinen persönlichen Dank dafür entgegenzunehmen, daß Sie mein Präsidium liebenswürdig und geduldig ertragen haben und daß Sie durch das freundliche Eingehen auf meine Absichten und immer nur die Sache vor Augen, es ermöglicht haben, die reiche Tagesordnung in der vorgeschriebenen Zeit zu erledigen. Nochmals meinen und unser aller innigsten Dank! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Le président d'honneur Lepreux: Le discours de remerciement est un privilège du Président du Comité International. C'est un devoir que j'eus rarement plus de satisfaction à remplir. Chaque congrès a sa physiognomie propre, son caractère particulier. Tous les facteurs divers ont contribué à ranger le Congrès de Vienne, dans la longue liste des précédents Congrès, parmi les plus intéressants et les meilleurs. Jamais on ne vit un nombre plus grand d'auditeurs attentifs. Les raisons en sont peut-être dans le choix des sujets traités: mail il faut en chercher la raison propre dans la personnalité de MM. Maresch et Fürth et dans celle surtout de notre président S. Exc. M^r Klein. (Vifs applaudissements.) J'emportera le souvenir de chacune de ces heures trop brèves; au milieu de la concurrence des intérêts matériels, elles ont fourni aux œuvres de paix un apport durable. Si, comme je l'espère, comme je le crois décidé déjà, des initiatives nouvelles se lèvent en Autriche, vous pourrez avoir le sentiment du citoyen qui a bien mérité de sa patrie, selon la parole latine: homo sum, nihil humani a me alienum puto. (Vifs applaudissements.)

Hofrat Dr. Maresch: Nur ein kurzes Wort noch, ein kurzes Wort der Freude und des Dankes und der Befriedigung, die wir Österreicher über den Erfolg des Kongresses empfinden, ein kurzes Wort des Dankes Ihnen allen, die Sie gekommen sind, um, dem von uns ausgesprochenen Wunsche und unserer Anregung folgend, dem Kongresse in Wien beizuwohnen! Sodann ein Wort des Dankes von unserer Seite an Seine Exzellenz Dr. Klein dafür, daß er die Güte hatte, unserer Einladung zu folgen (lebhafter Beifall), das Präsidium des Kongresses zu übernehmen. Unter seiner Leitung nahm die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses jenen Verlauf,

daß sie uns die größte Befriedigung brachten, die wir als Abschluß unserer Tätigkeit erwarten konnten. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

M. Velghe parle au nom des délégués étrangers: Jamais gratitude ne fut plus agréable à exprimer. Je ne veux pas faire une énumération nouvelle de tous ceux qui ont pris part à la tâche. Mon admiration va à cette œuvre rare que fut le Congrès de Vienne. Ce qui en fit l'intérêt tout particulier c'est l'importance des questions débattues. Au retour nous rapporterons à notre gouvernement la rare profondeur qui présida aux débats, le tact avec lequel son Exc. M. Klein sut les diriger, la cordialité enfin qui nous accueillit à Vienne et qui marque une étape dans la voie de la paix sociale. C'est pourquoi je dis aux Autrichiens: au revoir mais non pas seulement "au revoir" à Amsterdam et en Italie. Non pas. Les Autrichiens qui, au premier Congrès tenu chez eux, ont remporté un tel succès nous montreront sans aucun doute les extraordinaires progrès du problème de l'habitation. Nous viendrons avec plaisir les trouver à Vienne et contempler les progrès qu'ils auront faits. (Applaudissements.)

Präsident Exz. Dr. Klein: Verlangt noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Da dies nicht der Fall ist, erkläre ich den IX. Internationalen Wohnungskongreß für geschlossen.

(Schluß: 2 Uhr.)



Rednerliste.

	Seite		Seite
Alberti	275	Lepreux 146, 222, 248, 321, 337,	359
Aldridge	260, 327	360,	366
Baumert	189, 261	Lošťák	271
Bellom	187, 198, 229, 249	Magaldi	151, 260
Benoît-Lévy	328	Mahaim	147, 327
Bielohlawek	142	Mangoldt	204
Boldt	217	Maresch	144, 248, 366
Buchholz	320	Marx	177
Costinescu	211	Mayer	324
Deroover	278	Mayreder	303, 357
Dufourmantelle	209	Méville	175, 176
Federn	331	Mildschuh	329
Ferenczi	212, 274, 342	Moroianu	158
Ferrand	257	Munthe af Morgenstjerne	326
Flusser	223	Neumayer	143
Ford	348	Neumann	155
Fuchs	218, 285, 303, 349	Oppenheimer	180
Fürth	156, 199, 200, 249	Pohlmann-Hohenaspe	194
Gargas	192	Plochl	344
Gielen	229	Přibram	266
Gretzschel	200	Rauchberg	233, 279
Groß	268	Rey	198
Grünbaum	340	Risler	148, 321
Hansson	184	Ritt	139
Harford	220	Schmid	214
Iden	357	Schmitz	347
Just	148	Schoener	338
Kampffmeyer	334	Schreber	337
Klein 129, 157, 158, 175, 176, 198,	200	Shawcross	334
208, 249, 256, 259, 260, 282,	303	Szántó	145, 264
319, 328, 342, 346, 347, 358,	359	Tellegen	226, 358
360, 367		Tippow	346
Kohl	225	Tolman	153
Koska	208	Velghe	222, 367
Kruseman	251	Wagner	161, 176, 231
Lardeur-Becquerel	269	Weißborn	202
Lehne	277	Wetzlar	276, 341
Lely	153, 358	Wilkins	154
		Wittek	282

277

POLITECHNIKA KRAKOWSKA
BIBLIOTEKA GŁÓWNA

Biblioteka Politechniki Krakowskiej



III-307262

Kdn. 524. 13. IX. 54

DRUCK VON FRIEDRICH JASPER IN WIEN.



Biblioteka Politechniki Krakowskiej



10000305604